

PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGTEUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE



No

MOSKAU
KREML.



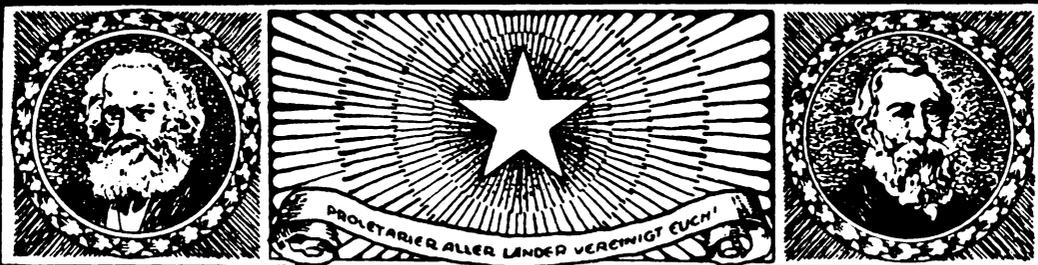
PETROGRAD
SMOLNY

23

Inhalt

	Seite
G. SINOWJEW: Das Unsterbliche in der russischen Revolution	1
KARL RADEK: 5 Jahre Weltrevolution—4 Jahre Kommunistische Internationale	3
A. LUNATSCHARSKI: Fünf Jahre Revolution	15
J. I. WALTON NEWBOLD: Politik u. Parteien in Großbritannien	26
TH. ROTHSTEIN: Sidney Webb	41
TH. A.: Der kombinierte Kohlenarbeiter- und Eisenbahnerstreik in Amerika	47
SEN KATAYAMA: Revolutionäre Propaganda in Japan	54
W. WILENSKI (SIBIRJAKOW): Politische Gruppierungen und Parteien in China	63
R. CONOLLY: Der republikanische Kampf in Irland	74
P. O—I.: Der Faschismus	95
A. WARSKI: Parteif	102
OLAV SCHEFLO: D Partei Norwegens	107
DISKUSSION ZUR MMS DER KOM- MUNISTISCHEN	114
E. VARGA: Ent Teiles des Pro- gramms der K. I.	114
AUG. THALHEIM chen Programm	118
PROGRAMM HEN PARTEI DEUTSCHL	122
ZUM PROGRAMM OMM. PARTEI ITALIENS (Schreiben des Præsidiams des Exekutiv- komitees der K. I.)	142
W. KOSTRZEWA: Thesen zur Agrarfrage	145
E. PREOBRASCHENSKI: Die ökonomische Politik des Prole- tariats im Bauernlande	156
RICHARD SCHÜLLER: Der III. Weltkongreß der Komm. Jugend- Internationale	163
CH. RAKOWSKY: Jules Guesde und der Kommunismus	168
BIBLIOGRAPHISCHER TEIL: L. RUDAS: Die Bauernrevolution in Rußland. (Paul Olberg: Die Bauernrevolution in Rußland. Die alte und die neue Politik Sowjetrußlands)	178
ILLUSTRATIONEN: Opfer des Fascismus. / Die Zerstö- rungswut der Fascisten. / Arthur Henderson. / Hender- son und Trotzki.	

Dieser Nummer liegt bei: Prospekt des soeben erschienenen Werkes von N. Bucharin: Theorie des historischen Materialismus. / Prospekt des Ver-
lages der Kommunistischen Internationale und der Vereinigung der Inter-
nationalen Verlagsanstalten.



DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER,
RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

UNTER REDAKTION VON
G. SINOWJEW UND *KARL RADEK*

N^o 23
VIERTER JAHRGANG

VERLAG: PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62, TEL. 1—19
REDAKTION: PETROGRAD, SMOLNY, KAB. G. SINOWJEW

*Verlag der
Kommunistischen Internationale*

*In Kommission:
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 8*

*Herausgegeben bei
G. S. Hermann & Co., Berlin*

1922

Das Unsterbliche in der russischen Revolution.

Im Journal „La Commune“, einem der wichtigsten Journale der Pariser Kommune, wird anlässlich des Aufstandes der Pariser Kommunards gesagt, daß es sich „in der Kommune nicht um „die Republik“, sondern um „die Revolution“ handle.“ Das ist außerordentlich treffend gesagt. Und zwar sind diese Worte um so bemerkenswerter, als sie am 31. März 1871, d. h. zwei Wochen nach Beginn des Aufstandes geschrieben wurden. Ja, es war dies keine „Republik“, sondern „die Revolution“! D. h. es war kein bürgerlich-republikanischer Umschwung, sondern — der Beginn der proletarischen Revolution. Es war die Bewegung, die zum ersten Male in ihrem Grunde und im historischen Sinne wirklich die hohe Bezeichnung: Revolution verdiente.

Wenn dies bezüglich der Pariser Kommune zutreffend ist, dann ist es in Anwendung auf unsere große Revolution in Rußland noch zutreffender. Wenn wir zum fünften Jahrestag der Sowjetmacht das Fazit ziehen, so können wir mit Stolz in Bezug auf unsere Revolution die Worte des Pariser Journals wiederholen: es handelt sich bei uns in Rußland nicht um „die Republik“, sondern um „die Revolution“.

„Die Tradition wurde durchbrochen. Es ereignete sich in der Welt etwas Unerwartetes. In der Regierung befand sich kein einziges Mitglied der herrschenden Klassen.“ So charakterisiert Arthur Arnould die Pariser Kommune. Und P. L. Lawrow schreibt in seinem bekannten Buche „Die Pariser Kommune“:

„Die Revolution 1871 entschloß sich, zum ersten Male in der Geschichte, von Anfang an „unbekannte Leute“ aus dem Volke an ihre Spitze zu stellen. Die Pariser Kommune 1871 war die erste Gesellschaftsorganisation, an deren Spitze Frankel, Varlin, Teiß, Pindy und andere körperlich Arbeitende standen, und bei all ihren Fehlern, bei allen Unvollkommenheiten der Verwaltung der Kommune haben sie doch den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklasse Leute

zur Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten aufstellen kann, die sie durchaus nicht schlechter erledigen, als die Arbeiter der Intelligenz, die bisher die Verwaltung für ihre Spezialität gehalten hatten . . . Im Vergleich zu den Dekreten, die aus Parlamenten und Ministerien hervorgehen, die voll sorgfältig herangezogener, zugerichteter und politisch dressierter Leute stecken, hat die Gesetzgebung der Kommune kaum irgend einen Tadel verdient: Die Buchbinder, Schlosser und Goldarbeiter erwiesen sich hier ebenso tauglich, als die Zöglinge der verschiedenen Lyceen und Spezialschulen, die unter Fachleuten und Politikern herangewachsen sind. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Pariser Kommune endgültig die Illusion vernichtet, daß die bürgerliche Entwicklung irgendeinen Vorzug für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten gewähre . . . Die großen Tage des März 1871 waren zugleich die ersten Tage, an denen das Proletariat nicht nur Träger der Revolution war, sondern auch an deren Spitze stand. Dies war die erste Revolution des Proletariats.“

In den angeführten Worten Arnoulds und P. L. Lawrows ist das charakterisiert, was das Unsterbliche an der Pariser Kommune ist.

Aber mit dem gleichen Rechte könnte unsere große proletarische Revolution in Rußland diese Worte von sich selbst sagen! Der Unterschied zwischen der Kommune und der Sowjetmacht in Rußland, ist der Unterschied zwischen Kindheit und vollem Mannesalter. Die Pariser Kommune bestand 72 Tage und wurde im Blute ihrer besten Söhne erstickt. Die siegreiche Revolution in Rußland feiert den Jahrestag ihres fünfjährigen Bestehens unter Umständen, die die volle Garantie dafür bieten, daß die schwersten Zeiten vorüber sind und daß der endgültige Sieg der Arbeiterklasse bedingungslos gesichert ist.

In der großen russischen Revolution gibt es viel Vorübergehendes, Zufälliges und Schweres. So trägt auch der mächtige

Fluß, der seine Wogen dahinwälzt, Späne, Schmutz und leblose Körper ans Ufer. Aber es gibt in der russischen proletarischen Revolution etwas, was unbestreitbar ewig und unsterblich bleibt.

Was ist das?

Das Unsterbliche in unserer Revolution ist vor allem, daß sie die Volksmassen wiedergeboren hat. Unsere Revolution ist vor allem darin groß, daß sie den Fetisch des bürgerlichen Staates in Splitter geschlagen hat. Die wilden Stürme der Revolution haben alle Mystik restlos verweht, die in den Augen der „Volkstiefen“ das Geheimnis der Staatsmacht umgab. Die arbeitenden Massen Rußlands haben mit eigenen Augen gesehen, wie ein Staat wird, wie eine Regierung geschaffen wird. Und welche schwere Schicksale auch in diesen fünf Jahren unseren arbeitenden Massen zuteil wurden, ein Gefühl blieb unverändert in ihnen lebendig: die Massen fühlen sich als Schöpfer ihrer neuen Macht, als Subjekte der Staatlichkeit, und nicht nur als deren Objekte.

Eine Spanne von bereits fünf Jahren regieren „unbekannte Leute“ ein Sechstel des Weltballs, Rußland. „Schlosser und Buchbinder“ halten die Macht in den Fabriken und Betrieben in den Händen, in den Schächten und auf den Eisenbahnen, in den Bezirken und Kreisen, in den Gouvernements, und von ihnen wieder manche auf dem Territorium eines ganzen Staates und in ganz Rußland.

Wieviel Spott erregte die bekannte Redensart des Genossen Lenin, daß die proletarische Revolution es jede Köchin lehre, den Staat zu leiten? Blickt um euch, ihr ungläubigen Thomasse! Hat sich diese Voraussage etwa nicht bewahrheitet? Lenken nicht etwa „auch körperlich Arbeitende“, um mit Lawrow zu sprechen, unseren Staat? Aus wem bestehen denn unsere Sowjets, wenn nicht aus Leuten der körperlichen Arbeit?

„Aber es gibt in Rußland keine Sowjets!“ schreien die Menschewiki und anderen Parteigänger der Bourgeoisie an allen Kreuzwegen. Unsere Sowjets seien nur Fiktionen . . .

Keine Räte? Das sagen sie deshalb, weil unsere Räte nicht dem bourgeoisen Parlament gleichen, das bourgeoise Parla-

ment aber ist ihr Ideal, über das ihnen nichts geht.

Keine Räte? Das sagt man uns zum fünften Jahrestag der Rätewahl, nachdem die Räte in der Tat Leben geworden sind, nachdem sie in das Fleisch und Blut des Volkes übergegangen sind.

Keine Räte! Wollten diese Herren doch wenigstens auf die letzten Wahlen des Petersburger Sowjets schauen, als in der großen wiedergeborenen proletarischen Stadt kein Arbeitsmann, keine Köchin und kein jugendlicher Arbeiter da war, der nicht an den Wahlen seines Sowjets teilgenommen hätte.

Das Unsterbliche der russischen Revolution liegt darin, daß die Volksmassen, daß die Millionen und Abermillionen der Schaffenden aus Objekten des Staates zu seinen Schöpfern wurden. Gerade diese Tatsache schuf das neue Rußland, weckte seine unerschöpflichen Quellen an menschlicher Energie, schuf einen neuen Stamm heranwachsender Jugend und weckte bei unseren Proletariern eine Kühnheit und Verwegenheit, wie sie die Welt noch nicht gekannt hat. Auch in vergangenen Revolutionen wurden mehr als einmal die Königsthone gestürzt, der Thron der Bourgeoisie aber wurde von „Grund aus“ zuerst bei uns in Rußland gestürzt. Zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit besteht, lebt und entwickelt sich zum Schrecken der Feinde nicht eine „Republik“ — im bürgerlichen Sinne des Wortes — sondern eine „Revolution“, die große proletarische Revolution . . .

In vielen Ländern Europas und Amerikas mit einer weiter zurückreichenden Arbeiterbewegung sind die Arbeiter gebildeter und kulturell entwickelter, als unsere russischen Arbeiter. Aber unsere russischen Proletarier haben im fünften Jahre des Bestehens der Sowjetmacht einen Vorzug vor ihren Mitbrüdern, vor den Arbeitern der gesamten übrigen Welt. Dieser Vorzug besteht darin, daß unsere Arbeiter die praktische Erfahrung der ersten proletarischen Revolution hinter sich haben. In diesem Sinne sind sie über alle übrigen Arbeiter der Welt um einen ganzen Kopf hinausgewachsen. In den Augen der rückständigsten russischen Arbeiter, und in denen eines Tagelöhners oder eines einfachen jugendlichen Arbeiter-

ters, der noch nie über die Mauern seiner Fabrikshule hinausgekommen ist, könnt ihr leicht — wenn ihr überhaupt sehen könnt — einen besonderen Funken erkennen, der bei den Arbeitern jener Länder, die ihre proletarische Revolution noch nicht gemacht haben, nicht vorhanden ist, nicht vorhanden sein kann. Dieses „Etwas“, diesen Funken hat der Sieg der proletarischen Revolution entzündet. Dieses „Etwas“ drückt den ganzen Realismus der großen Jahre der Revolution aus, und zusammen mit ihm den ganzen Heroismus der gigantischen Erlebnisse dieser Kreuzesjahre. Sie alle haben es gesehen, sie alle haben es erfahren, sie alle haben die Bourgeoisie niedergeworfen, — die vielgeprüften russischen Arbeiter und Arbeiterinnen. In diesem Sinne sind die russischen Arbeiter erwachsener als die Arbeiter der ganzen bürgerlichen Welt, was aber nicht verhindert, daß die Arbeiter der fortgeschritteneren Länder einige Zeit nach dem Siege über ihre Bourgeoisie das Proletariat Rußlands in vielem überflügeln werden.

In diesem „Etwas“ liegt das Unsterbliche der russischen Revolution, das nur die Leute nicht sehen können, die an Stelle des Herzens einen leblosen Mechanismus tragen.

Nun zum Schlusse: das russische Proletariat hat diesen praktischen Versuch als Avantgarde der internationalen Arbeiterbewegung gemacht. Dies gab dem russischen Arbeiter auch im Verlaufe dieser Jahre die Kraft, Leiter der ganzen kommunistischen Internationale zu sein.

Wer dient nun dem andern: Sowjetrußland der Weltrevolution, oder die Weltrevolution Sowjetrußland? Die Sowjetmacht der Komintern oder die Komintern der Sowjetmacht? Unsere Feinde haben nie aufgehört, sich für diese Frage zu interessieren, die einen von ihnen „erörterten“ dieses Thema aus mehr oder weniger sykopantischen Gelüsten, die anderen einfach aus Beschränktheit. Die Schlauköpfe! Was „dient“ wem: das Fundament des Hauses seinem Dache, oder das Dach seinem Fundamente? Denkt über das Rätsel nach!

Der kleine, aber in seiner Art gewaltige praktische Versuch der Pariser Kommune hat den Aufstand der Pariser Kommunards dadurch unsterblich gemacht, daß sie zum ersten Male den Schaffenden der ganzen Welt das Beispiel gab, wie man die Bourgeoisie stürzt. Der gigantische, nunmehr fünf Jahre währende Versuch der bolschewistischen Revolution hat den Aufstand der russischen Arbeiter in unvergleichlich höherem Maße unsterblich gemacht. Die russische proletarische Revolution, — was auch die Skeptiker und Kleinläubigen darüber sagen mögen, — lebt in den Herzen der Arbeiter der ganzen Welt, bildet für sie ein Vorbild, ruft sie zu Heldentaten auf, gibt ihnen Hoffnung und dient ihnen als Leitstern.

Um es ganz kurz zu sagen: das Unsterbliche in der russischen Revolution besteht darin, daß sie — der Anfang der Weltrevolution ist.

G. Sinowjew.

Fünf Jahre Weltrevolution — Vier Jahre Kommunistische Internationale.

I.

Fünf Jahre der Entwicklung der Weltrevolution liegen hinter uns. So kurz die Zeit, so inhaltsschwer, so blut- und kampfreich: das Zarenreich zusammengebrochen, der hohenzollernsche Imperialismus zusammengebrochen, das Habsburger Reich zusammengebrochen; drei der ältesten Zwingburgen der Weltreaktion, drei Juwelen in der Krone der

Weltbourgeoisie zertrümmert. Sie waren Symbole der Erstarrung des kapitalistischen Weltsystems. Wenn Proletarier in Deutschland in ohnmächtiger Wut Sturm liefen gegen die Junkerregierung, die sie knechtete und verhöhnte, da blieben sie bald wie vor einer Wand stehen, sie wagten sich nicht weiter, und sie vertrösteten sich auf den kommenden Tag; und dieser Trost war nicht so sehr Ausdruck des Glaubens

wie der Ohnmacht. Und jetzt liegen die Throne der Hohenzollern, Habsburger und Romanows wie zertretene, faule Pilze da. Die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht — hieß es, aber keine Hand griff nach dem Knauf des Säbels, um die alte Pracht und Herrlichkeit zu verteidigen. Die ältesten Throne Europas wurden vom Erdboden nicht mehr und nicht weniger als ins Klosett geschleudert. Und als der Mantel gefallen war, der den Rücken der Bourgeoisie mit Purpur bedeckte, da stand sie schlotternd und nackt da, ein Krüppel auf dünnen Beinen, mit aufgedunsenem Bauch, ein Anreiz zum Prügn. Und die Arbeiter und Bauern Rußlands gingen über sie hinweg und stampften sie mit Juchtenstiefeln ein. Wie der Bauer, wenn er einen Wolf faßt, bei jedem Schlag, den er ihm austeilt, sagt: dies für die gestohlenen Gänse und das für die gestohlene Kuh, so hagelten die Schläge der Arbeiter und Bauern Rußlands auf die Bourgeoisie, die, der Stütze des Zarismus beraubt, in den kleinbürgerlichen sozialistischen Parteien eine zu schwache Stütze fand und sich nicht wehren konnte. Und bei jedem Schlag hieß es: Dies, weil du mich drei Jahre lang im Schützengraben das Blut für dich, für deinen Profit vergießen ließest, dies für meine hundertjährige Knechtung; dies für meinen Hunger, den du nicht gestillt hast; dies für den Hunger meines Geistes, den du verhöhnt hast! Und erschüttert stand die kapitalistische Welt da, und wollte ihren eigenen Augen nicht trauen. Hunderte von Jahren hatte sie geherrscht, hatte sie befohlen, hatte sie geknechtet, hatte sie gehöhnt, und auf einmal hatte sich das Rad gedreht! Wie ein Schrei ging die Kunde davon durch die Welt, und es gab nichts, was die Vertreter des Kapitalismus nicht gegen die Revolution geschrieben hätten. Geschrieben hatten mit vollem Recht von ihrem Standpunkt aus, um die Arbeiter aller Länder mit Grauen zu erfüllen, gelogen, wie immer die besitzenden Klassen gelogen haben, wenn sie sich gegen eine Revolution wehrten. 2400 Jahre vor Christi Geburt, über ein Jahrtausend vor Moses wurde die Aristokratie, die im alten Aegypten herrschte, gestürzt. Und unlängst entzifferte Adolf Ermann folgenden alt-ägyptischen Text:

„Die Listen sind fortgenommen, die Sackschreiber sind ausgetilgt, und jeder

kann sich Korn nehmen, soviel er will. Die Bureaus stehen offen, die Personenlisten sind weggenommen, und Untertanen gibt es nicht mehr. In den Gerichtssälen gehen die Geringen ein und aus, und das Haus der Dreißig (der höchste Gerichtshof) ist entblößt. Jede Stadt sagt: Wir wollen die Starken aus unserer Mitte jagen, und nun dreht sich das Land wie eine Töpferscheibe es tut: die hohen Räte hungern, und die Bürger müssen an der Mühle sitzen, die Damen gehen in Lumpen, sie hungern und wagen nicht zu sprechen, die Söhne der Vornehmen sind nicht mehr zu erkennen, und ihre Kinder wirft man auf die Straße und schlägt sie an die Mauer.

Die Sklavinnen können das große Wort führen, Raub und Mord herrschen im Lande, die Städte werden zerstört, die Gräber werden erbrochen und die Bauten verbrannt. Man wagt nicht mehr zu ackern, man baut nicht mehr, und Holz wird nicht mehr ins Land gebracht. Das Land ist wüst wie ein abgeerntetes Flachsfeld: es gibt kein Getreide mehr, und vor Hunger raubt man den Schweinen das Futter. Niemand achtet mehr auf Reinlichkeit: man lacht nicht mehr, und die Kinder sind des Lebens überdrüssig. Der Menschen werden weniger, die Geburten nehmen ab, und schließlich bleibt nur der eine Wunsch, daß doch alles zugrunde gehen möge. Die Beamten sind abgetan, sie sind verjagt, kein Amt ist mehr an seinem Platze, und das Land wird von wenigen sinnlosen Leuten des Königtums beraubt. Und nun beginnt das Reich des Pöbels, er ist obenauf und freut sich dessen in seiner Weise. Er trägt das feinste Leinen und salbt selbst seine Glatze mit Myrrhen, hat ein großes Haus und einen Speicher, dessen Korn freilich einem anderen gehört hat. Er hat Herden und Schiffe, die auch einmal einen anderen Besitzer hatten. Sonst ging er selbst als Bote, jetzt freut es ihn, andere auszuschicken. Er schlägt die Harfe, und seine Frau, die sich früher im Wasser besah, paradiert jetzt mit einem Spiegel. Auch seinem Gotte, um den er sich sonst nicht kümmerte, spendet er jetzt Weihrauch — allerdings den Weihrauch eines anderen.

Während so, die nichts hatten, reich geworden sind, liegen die einstmaligen Reichen schutzlos im Winde, ohne Bett, zerlumpt und durstig. Der nichts hatte, besitzt Schätze, und ein Fürst lobt ihn, selbst

die Räte des alten Staates machen in ihrer Not den neuen Emporkömmlingen den Hof."

Seitdem der ägyptische Aristokrat, der zuschauen mußten, wie sich sein Knecht mit seiner Salbe die Glatze einrieb, der zuschauen mußte, wie ihm seine Herden konfisziert wurden, die Welt mit diesem Jammer gefüllt hat, hat sich die Natur der herrschenden Klassen nicht geändert. Sie lieben ihre Macht, sie lieben ihren Reichtum, wie sollen sie es nicht beweinen, wenn dies alles ihnen verloren geht, wie sollen sie nicht über Räuber und Mörder schimpfen, wenn sie entthront werden! Und die internationale Arbeiterklasse, obwohl nicht in all ihre Schliche und in all ihre Tücken eingeweiht, sie fühlte dumpf und instinktiv den großen Betrug der bürgerlichen Presse. Und es ging ein neuer Pulschlag durch den Körper der proletarischen Welt, er jagte schneller das Blut in den Adern, nicht nur des Kulis in Kanton und Shanghai, des Bauern am Ganges, des bis aufs Blut gepeinigten Negers, sondern — sogar die Arbeiteraristokratie in England, sie begann, sich hinter den Ohren zu kratzen und mit mißtrauischen Augen die Gentlemen zu beobachten, die sie die ganze Woche lang ausbeuten und Sonntags im Zylinder in die Kirche gehen. Die Arbeiter Deutschlands und Oesterreichs ergriffen die im Kot der Straße liegende Macht. Und wo vor kurzem Zucht und Ordnung die heiligsten Worte waren, dort herrschte der Arbeiter- und Soldatenrat, und ernannte die Regierung. Und als die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die Haase, Ebert, Scheidemann, Dittmann mit zitternden Knien und zitternden Händen sich entschlossen, das Reich zu regieren, da waren sie nicht mehr von Gottes Gnaden und nicht mehr von der Bourgeoisie Gnaden, sie waren die Herrscher Deutschlands von Gnaden des deutschen Proletariats. Und da erzitterte zum zweitenmal die Erde in ihrem Inneren von den Tritten von 150 Millionen russischer Bauern und Arbeiter, 80 Millionen deutscher, darunter der starke Stamm deutscher industrieller Proletarier, die Kohle heben, Eisen schmieden, Brücken bauen und eiserne Stränge um die Welt zu legen wissen. Eisen, Kohle, Brot — ein Land, ein Reich der Arbeit von Wladiwostock bis zum Rhein, war

dem Entstehen nahe. Und es erzitterte die kapitalistische Welt in Todesahnung. Lloyd George, einer der klügsten und einer der bewußtesten Vertreter der kapitalistischen Welt, schrieb im März 1919 in seinem geheimen Memorandum an die Großen Vier der Versailler Konferenz:

„Europa ist erfüllt von revolutionären Gedanken. Ein tiefes Gefühl, nicht von Mißstimmung, sondern von Wut und Auflehnung lebt in der Brust der Arbeiterklasse gegen die Lebensbedingungen vor dem Kriege. Alle heutigen Einrichtungen auf politischem, sozialem, ökonomischem Gebiete werden von der Bevölkerung in ganz Europa mißtrauisch angesehen. In einigen Ländern wie in Deutschland und in Rußland drängt diese Unruhe zu offener Empörung: in anderen Ländern, in Frankreich, England, Italien macht sie sich in Streiks, in einer gewissen Unlust zur Arbeit bemerkbar: alles Zeichen dafür, daß man sich ebensowohl nach einer sozialen und politischen Änderung wie nach einer Erhöhung der Löhne sehnt.

Ein guter Teil dieser Unruhe ist freudig zu begrüßen, wir kommen niemals zu einem Dauerfrieden, wenn wir uns das Ziel stecken, dieselben Lebensbedingungen wie 1914 zu schaffen. Damit laufen wir nur Gefahr, die Masse der Bevölkerung in Europa den Radikalen in die Arme zu treiben, deren Grundidee für die Wiedergeburt der Menschheit darin besteht, daß sie das heute bestehende soziale Gebäude vollständig niederreißen wollen. In Rußland haben diese Leute den Sieg davongetragen. Aber der Preis dieses Sieges war fürchterlich. Hunderttausende von Einwohnern sind nicht mehr am Leben. Eisenbahnen, Städte, das ganze russische Staatsgebäude ist fast völlig zerstört: jedoch in mancher Beziehung ist es ihnen gelungen, die Masse des russischen Volkes in Zucht zu halten, und, was noch bezeichnender ist, es ist ihnen gelungen, ein großes Heer zu organisieren, das anscheinend gut geführt und in strenger Disziplin gehalten wird und zum größten Teil bereit ist, sein Leben für seine Ideale zu opfern. Lassen wir noch ein Jahr verstreichen, und Rußland, von neuer Begeisterung beseelt, wird sein Friedensbedürfnis vergessen haben, weil ihm das einzige Heer zur Verfügung steht, das Vertrauen zu den Idealen hat, für die es kämpfen soll.

Die größte Gefahr, die ich in der jetzigen Lage erblicken kann, liegt darin, daß Deutschland imstande sein könnte, sein Schicksal in die Hand der Bolschewisten zu legen, seine Reichtümer, seinen Geist, seine großartige Organisationskraft diesen revolutionären Fanatikern zur Verfügung zu stellen, die von einer Eroberung der Welt durch den Bolschewismus träumen, und zwar mittels Waffengewalt. Diese Gefahr ist kein leeres Phantom. Die jetzige deutsche Regierung ist schwach; sie genießt keine Achtung; ihre Autorität ist gering; dennoch hält sie sich; ihr Gehen hieße den Spartakismus rufen, für den Deutschland noch nicht reif ist. Aber das Argument, das die Spartakisten ständig anzubringen wissen und das nie seine Wirkung verfehlt, ist, daß sie allein imstande wären, Deutschland von den unerträglichen Bedingungen zu befreien, in die der Krieg es stürzte. Sie erbieten sich, Deutschland von jeder Verpflichtung gegenüber den Alliierten, von jeder Verpflichtung gegen seine eigenen wohlhabenden Klassen zu befreien. Sie bieten den Deutschen vollständige Kontrolle über ihre Geschäfte an, sie eröffnen ihnen die Aussicht auf ein neues Paradies, auf eine bessere Welt. Freilich, der Preis wäre hoch. Zwei bis drei Jahre lang herrschte Anarchie, vielleicht Blutvergießen, aber zum Schlusse bliebe das Land erhalten, die Menschen, die meisten Häuser, die Fabriken, Straßen, Eisenbahnen; und Deutschland, von seinen Unterdrückern befreit, könnte einer neuen Ära entgegengehen.

Wenn sich Deutschland dem Spartakismus ergibt, ist es unvermeidlich, daß es sein Schicksal mit den russischen Bolschewisten eng verknüpft. Wenn dies geschähe, würde ganz Osteuropa in den Strudel der bolschewistischen Revolution hineingerissen und, im Verlauf von einem Jahre, fänden wir uns fast 300 Millionen Menschen gegenübergestellt, die von deutschen Generälen, von deutschen Instruktoern zu einer roten Riesenarmee geschult wären, ausgerüstet mit deutschen Kanonen, mit deutschen Maschinengewehren, jeden Augenblick bereit, den Angriff auf Westeuropa zu erneuern. Niemand kann dieser Aussicht gleichgültig entgegensehen. Gerade die gestern aus Ungarn eingetroffenen Nachrichten beweisen schon deutlich genug, daß diese Gefahr kein Phantasiegebilde ist.

Welche Gründe trieben zu dieser gewaltsamen Entscheidung? Furcht war es, nackte Furcht, daß eine große Anzahl Ungarn einer Fremdherrschaft unterstellt würden. Wenn wir klug wären, böten wir Deutschland einen Frieden an, der, seiner Gerechtigkeit wegen, von allen vernünftigen Menschen dem Bolschewismus vorgezogen würde."

War das ein böser Traum der Kapitalisten? Nein. Es war eine reale Möglichkeit, es war die Zukunft, die ihren Schatten warf, eine Zukunft, die von der kleinen Gegenwart noch verraten werden sollte.

Die Arbeiter Deutschlands und Österreichs waren geknechtet und ausgebeutet, und das einzige, auf das sie stolz waren, das war ihre Kultur und ihre Bildung, die sie sich mühevoll errungen haben. Aber in der kapitalistischen Welt gibt es nur eine kapitalistische Kultur, und die Kultur, die sie sich errungen hatten, sie war das Band, das sie mit der Bourgeoisie vereinigte. Das Kapital hat um sie Bande gelegt und sie haben sie noch freiwillig verstärkt; sie waren nicht nur Sklaven des Kapitals, sie waren Sklaven aus eigener, innerer Wahl. Und als sie die Macht in die Hände bekamen, da zitterten sie: Was sollen wir mit dieser Macht tun? Sollen wir kämpfen, um die Welt in neue Bahnen zu drängen? Und sie schauten mit Angst über die Weichsel, wo hungernd und blutend die proletarische Revolution kämpfte. Kreuziget sie! — schrie die Weltbourgeoisie. Und die verbürgerlichten Führer der deutschen Arbeiterklasse schrien: Ja, sie wird gekreuzigt, weil sie ein wahnsinniges Werk unternommen hat. Wer kann mit kühlem Verstand es wagen, die Hand zu erheben gegen die Könige über Kohle und Eisen, über Baumwolle und Brot? Es war leicht, die gekrönten Puppen davonzujagen, aber wer wird uns ernähren und kleiden, wenn wir mit den Mächtigen der Welt anbinden? Spartakus ist der Hunger, Spartakus ist der Krieg, und Wilson ist der Friede, mit ihm ist Brot und Speck. So hieß das „Hie Wolf und hie Waibling“, so hieß der Weltanschauungs-Kampf, so hieß der Schlachtruf der Scheidemann und Ebert, der Haase und Dittmann. Und die Proletarier, die vier Jahre lang gehungert und geduldet haben in der Durchhaltepolitik für die Bourgeoisie, sie haben für den Sozialismus, sie haben für ihre Zukunft nur zwei

Monate durchgehalten. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden wie Tiere geschlachtet auf dem Altar des Kapitals, und im März wurden die kleinen kämpfenden Vorhuten des Proletariats niedergeworfen. Und die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie wurde aufgerichtet mit Zustimmung der Mehrheit der deutschen Arbeiter.

Häuser für Helden! — schrie die bürgerliche Presse Englands, als, vom Pulverdampf beschmutzt, die Kohlenhauer von Wales, die Eisenarbeiter von Sheffield, die irischen Kleinbauern zurückkehrten aus den flandrischen Schützengräben. Ihr habt die Demokratie gerettet, Ihr habt die Kultur gerettet, Ihr habt die Welt gerettet, — so beweihräucherte sie das Kapital, und versprach ihnen ein menschenwürdiges Leben, weil sie das Kapital gerettet hatten. Und als die Bergarbeiter darauf sagten: mein Haus, meine Werkstatt ist der tiefe Schacht, in den keine Sonne hineindringt. Ich liege auf dem Rücken mit dem Hammer und der Schaufel in der Hand und sehe tagtäglich dem Tod in die Augen. Es soll nicht mehr aus meinem Schweiß, aus meinem mit Kohlenstaub gemischten Blut, aus meiner Todesangst und meinem Todestrotz Profit machen der Herzog von Northumberland, der Nation soll die Grube gehören, wie ich ihr gehöre. Da antworteten ihnen Lloyd George und die Seinen: Jawohl, selbstverständlich, nur keine Unruhe, nur keinen Krach, denn dabei gehen die Gruben, dabei geht Ihr flöten, und es verschwindet der geröstete Speck von der Frühstückstafel, der Euch und uns redlich ernährt. Wir wollen eine Kommission ernennen, sie soll die Sache, die Frage des Wie und Wann in Ruhe studieren. Und gleichzeitig hielt Wilson Churchill Kolonialtruppen bereit, um die Arbeiter zu beruhigen, falls sie sich von der süßen Stimme des berückenden und entzückenden Lloyd George nicht betören und betrügen lassen sollten. Und während die Soldaten scharfe Patronen erhielten, ging ein Redeturnier in des Richters yankee inquiry comittee vor sich, und der alte Bob Smillie diskutierte mit dem Herzog von Northumberland, und die ganze Arbeiterklasse Englands lachte, daß ihr der Bauch wackelte, wie dumm der Kohlenherzog sei, der glaubte, daß er sie ausbeuten könne, weil seinen Ahnen ein fünfzehnjähriger

König im 16. Jahrhundert ein Stück Pergament mit dem Königssiegel darauf gegeben hatte. Die ganze Presse berichtete über das Turnier, und die sehr geehrten Führer aus der Labour Party, sie schauten mitleidig auf die russischen Arbeiter, die armen Kerle, denen keine Demokratie gegönnt war und die sich darum verführen ließen zum Kampf mit den Waffen. Unter den Fittichen der englischen Demokratie wird der Herzog von Northumberland enteignet, durch den Witz von Bob Smillie und die Klugheit des englischen Parlaments, das sich vor den Argumenten beugt.

Und es gingen Monate ins Land, es ächzten die Maschinen in Europa und Amerika, es sausten die Spindeln, und Tag und Nacht spieen die Fabrikschloten den Rauch und den Ruß aus, und der Funken-telegraph übermittelte die hohen Kurse der Börsen: die kapitalistische Welt schien wieder in Ordnung zu sein. Daß Noskes weiße Gardien wie einst Tillys und Wallensteins Söldner mordeten, raubten und plünderten und die Demokratie in Deutschland auf den Knochen von 15 000 Arbeitern gründeten — was machts? Irgend ein Fundament muß sie haben, und Blut kittet gut. Daß 60 Millionen Deutscher zu Industriesklaven des Ententekapitals gemacht werden sollten — was machts? Hunde sind wir ja alle, wenn man nur Essen und Trinken kriegt. Daß in Armizar der englische General Dyer mit Maschinengewehren in eine umzingelte friedliche Masse der Hindu hineinfuerte — was machts? Die Labour Party und andere ehrliche und humanitäre Engländer, sie protestierten dagegen. Kein Hindu erwachte davon aus dem Tod. Aber General Dyer bekam eine Rüge, was selten so hochgestellten Herren passiert. In Amerika wurde eine Hetze gegen Kommunisten entfacht, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte. Zu 20 Jahren Zuchthaus wurde ein Mädchen verurteilt, weil es einen Sowjetstern trug. Dann aber begann ein leichtes Erdbeben: Die Kurse an der fernen Börse von Tokio fielen, und die Unruhe verpflanzte sich nach Amerika und nach England. Es kamen Krache, es kamen Bankerotte, und es begannen die Fabriken in Amerika, England, Japan, in Schweden und Holland die Arbeiter auszuspeien, es begann die große Arbeitslosigkeit. 10 Millionen Arbeiter in der Welt

standen betrogen da, den Speck, für den sie das Erstgeburtsrecht der Revolution verkauft hatten, haben die Mäuse gefressen. Sie verzehrten die Ersparnisse, die sie im Krieg bei zwölfstündiger Arbeitszeit gemacht hatten, und sie dachten mit Angst an den Tag, wo diese Ersparnisse verzehrt sein würden. Und die, die in den Fabriken blieben, sie schauten mit tiefer Sorge auf die Massen, die sich dort vor dem Fabriktor sammelten. Der Fabrikherr folgt den angsterfüllten Blicken und sagt: Wollt Ihr die Arbeit nicht verlieren, nun, so laßt doch Eure Mucken, Eure Träume von der Konstitution in der Fabrik. Ihr wollt Herrenlöhne, aber diese Zeit ist vorüber. Arbeitet für einen mir genehmen Lohn, oder ich hole mir die anderen. Und die englischen Bergarbeiter müssen jetzt monatelang kämpfen für die Beibehaltung des alten Lohnes, keine Rede ist jetzt mehr von der Nationalisierung. Man fragt Bob Smillie nicht mehr, ob er den Siegellack des 15jährigen Königs aus dem 16. Jahrhundert als genügenden Grund dafür anerkennt, daß die Bergarbeiter für den Herzog von Northumberland schufteten.

Während 10 Millionen Arbeiter in der Welt arbeitslos herumlaufen, gibt es in Deutschland keine Arbeitslosen. Die deutsche Industrie hat eine neue, des deutschen Volkes würdige Basis gefunden. Deutsche Tüchtigkeit, deutsche Technik haben ihr einen Platz in der Welt geschaffen; sie behauptet sich durch eine neue Kunst, die die deutschen Arbeiter im Kriege gelernt haben, durch die Hungerkunst, durch die Kunst, ein Kulileben zu führen, durch die Kunst, so viel für nichts zu schaffen, daß man die Waren verkaufen kann sogar bei einer Weltstockung. Eine der größten Nationen der Welt, die Nation, die der Welt Goethe, Kant und Marx gegeben hat, sie schlägt jetzt alle Billigkeits-Rekorde der Ware und menschlichen Arbeitskraft. Aus der Not der deutschen Arbeiter werden nicht nur Profite gemacht, die der Bourgeoisie erlauben, ein Schmarotzerleben zu führen, die ihr erlauben, durch die Zahl der Automobile, der Spielklubs, der Schlemmerlokale aus dem ollen spießbürgerlichen Berlin ein neues Babylon zu machen, sondern siehe da: der deutsche Arbeiter rettet nicht nur seiner Bourgeoisie Vaterland, er rettet auch die Herrschaft der französischen Bourgeoisie, der er hilft, die Defizite

im Budget auszufüllen. Er rettet die Herrschaft des Weltkapitals, das in seinen Grundfesten erschüttert würde, wenn die deutschen Proletarier „Genug!“ rufen würden. Die deutschen Arbeiter schufteten, aber der Speck, für den sie die Novemberrevolution verraten haben, er ist nur sichtbar in den hohen Regionen der mystischen Valuta, des neuen Gottes, der die Monarchie, die Aristokratie und die Demokratie hinter den Schleiern des Börsenspiels souverän beherrscht. Die deutschen Proletarier schufteten in den Fabriken, sie sind dem Bürgerkrieg entronnen. Sie führen keinen Krieg, sie schauen nur zu, wie die Konterrevolution den Krieg sogar gegen die armselige Republik von Dollars Gnaden führt. Sie haben zugeschaut, wie ihre Besten, wie die Luxemburg, Liebknecht, Jogiches, Lewiné, Landauer niedergeknallt wurden. Und sie marschieren auf zum Protest, wenn der frühere imperialistische commis voyageur und spätere demokratisch-pazifistische Schiebär, Seine Exzellenz Erzberger, von den Weißen erschossen wird. Und sie marschieren protestierend auf, wenn der Günstling des Kaisers, der Millionär Rathenau, erschossen wird, weil er Demokrat war, nachdem die Demokratie in Deutschland nicht mehr verboten war. Der deutsche Spießher hat in der Vergangenheit seinen Bratenrock und seinen Zylinder aus dem Schrank immer hervorgezogen, wenn er hinter einem Sarge marschierte. Die deutschen Proletarier erinnern sich an ihre revolutionären Pflichten an Särgen, dann schwören sie Rache und -- gehen nach Hause. Und über dem Hause weht die schwarz-rot-goldene Fahne; sie wird von der Konterrevolution bespioniert, und die Proletarier regen sich wieder auf. Und sie singen unter Herrn Eberts Leitung -- der Konterrevolution zum Trotz -- ihr eigenes Lied, ihr ureigenstes Lied: Deutschland, Deutschland, über alles . . . , das so schön gesungen wird auf die Melodie: Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser und sein Reich!

Und unter der glorreichen Fahne von 1848, die von Motten zerfressen ist, und mit dem Liede der deutschen Revolution auf den Lippen haben sie sich vereinigt, die feindlichen, aber trotzdem siamesischen Prüder, die Abhängigen und Unabhängigen. Und die Welt, die einst erzitterte, als sie das Bild sah, wie aus den Meereswogen, mit

langen Affenarmen, die bis unter die Knie reichen, Noske, der Hagen der deutschen Republik, der wehrhafte Recke erstand, und neben ihm Fritz Ebert, der proletarische Reichspräsident mit dem Schmerbauch, dastand in ruhigem Selbstbewußtsein: Wir von Gottes Gnaden, Proletarier a. D., sie sieht jetzt das hehre Bild Wels', des Schlächters vom 6. Dezember, und neben ihm Crispian, den Ehrlichen und Loyalen, der in Moskau im August des Jahres 1920 Treue schwur der Weltrevolution, schwur, den Wels auf Leben und Tod zu bekämpfen, wenn nur der Preis etwas billiger wäre, nicht 21, sondern 14 Punkte. Und sie schauen vergnügt in die Welt hinein: Wir haben uns vereinigt, was kann uns die Weltrevolution! Und der Eindruck dieser leidigen, von Sicherheit strotzenden Gestalten ist so groß, daß nicht nur alle die Clowns des Sozialismus, die Sozialisten Seiner Majestät des englischen Königs, und die Sozialisten Seiner Majestät des belgischen Königs, und die Skuhlsocialisten aus Schweden und Kopenhagen, wo die Butterbrote auf den Bäumen wachsen, und nur dem Proletariat in den Mund nicht fallen, sondern daß sogar der mutige Menschewik Martow Hosianna ruft und fordert, das russische Proletariat solle doch nach der Einigung von Crispian und Wels sich mit Herrn Lloyd George und mit dem Textilbaron Raputschinsky und mit dem Petroleumkönig Nobel einigen auf der gerechten Basis der Rückgabe der Fabriken und der Macht, die es im Oktober 1917 so unvernünftig sich angeeignet hat.

Die Weltrevolution ist zu Ende! — lispelten sie schon lange. Die Weltrevolution ist zu Ende! schreien sie jetzt sicher und überzeugt. Und: Brüder, wir können endlich Schweine sein! halt es aus allen Landen, wo es noch ehrwürdige, im Klassenkampf erprobte Führer des Proletariats gibt. Schön ist die Welt. Lenin tritt an Urquhart ein Königreich ab und wird vor der Demokratie Kotau machen müssen. Lloyd George und Poincaré schenken Deutschland einen großen Teil der Reparationen, und der Onkel aus Amerika gibt dazu eine Anleihe, wonach es nur noch eines gibt: Wachst, blühet und vermehret Euch! Fritz Adler und Otto Bauer sind schon in die Liga der Nationen aufgenommen. Der weiße Mörder Horthy sitzt neben ihnen, und Deutschland wird bald Gelegenheit

haben, seine Bankdirektoren als die Vertreter der demokratischen Republik nach Genf zu senden. Und das Proletariat macht Ueberschichten; und die Mark ist von 2000 — nebbich! — auf 1400 heruntergeklettert; und Stinnes hat sich mit Lubersac vermählt, was einerseits gut und andererseits schlecht ist.

In die Freudentöne schrillen Mißtöne hinein. Die wilden Türken, einst die lieben Verbündeten der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen den Zarismus, infiziert durch die noch wilderen Bolschewiki, haben sich nicht versöhnt mit der Versailler Sklaverei. Sie haben drei Jahre gefochten, wie die Sowjetarmee gefochten hat, hungrig und abgerissen. Und siehe da: sie haben die Heere der englischen Vasallen zu Paaren getrieben, sie stehen an den Dardanellen, und geben sie nicht nach, dann ist ein europäischer Krieg da. Lloyd George sendet die lebenswürdigsten Noten an den „unaussprechbaren Türken“, und sie werden eingeladen, in die fashionable Liga der Nationen einzutreten, als ob sie anständige Demokraten, oder wenigstens so aristokratische Leute wären, wie der blutige Horthy. Und im Lichte des Feuers von Smyrna sieht man den tiefen Riß, der durch die Grundlagen der Entente geht, den tiefen Riß, durch den das Feuer eines neuen Weltkrieges jeden Tag schlagen kann. Und Poincaré, der Napoleon in Unterhosen und Pantoffeln, er wird zum Friedensengel und zeigt hohnlächelnd seine Zähne dem David „Lloyd George la guerre“. Und der Vorwärts zittert so sehr um den Frieden der Welt, daß er sogar unruhig wird — und zu schimpfen beginnt, als die Sowjetregierung den Vertrag mit Urquhart zerriß, obwohl es doch bisher die Pflicht des vaterlandliebenden Sozialdemokraten war, nur für die eigenen Kapitalisten einzutreten und nicht für die englischen. Die Krise im Orient ist noch nicht vorüber. Sie beginnt erst ihren Lauf, denn hinter ihr lauert der Kampf um das Petroleum, den neuen Gott. Und schon sammeln sich neue große Wolken im Westen. Der Onkel aus Amerika, der dem hungernden Europa in Hülle und Fülle Gaben spenden sollte, er will nicht nur keine Gaben bringen, keine Anleihe geben, auf sein Schukdenregister nicht verzichten, sondern er will sogar dem braven deutschen Bourgeois die einzige Möglichkeit nehmen, sich über Wasser zu

halten: er erhöht seine Zölle, was es den lieben europäischen Pflegekindern unmöglich machen wird, den allmächtigen Dollar durch Warenausfuhr zu erlangen. Und der Präsident von Amerika kriegt das Recht, die Zölle um 50 % zu steigern oder zu erniedrigen, d. h. mit England, Frankreich und Deutschland zu spielen, wie die Katze mit der Maus: Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt und erhöhe die Zölle. Die Reparationsfrage, die Frage von der interalliierten Schuld, wird verschärft, die Mark fällt von 1400 Mark pro Dollar auf 3000 Mark, sodaß das Moratorium, die Erholungsfrist, im wörtlichen Sinne des Wortes zur Galgenfrist wird.

In Amerika kämpfen fünf Monate lang die Berg- und Eisenbahnarbeiter gegen alle Tücken und Mucken der Trusts. Und die Administration der republikanischen Regierung steht hilflos da, sie kann ihren Sieg nicht verhindern. Ein neues Kraftgefühl geht durch die amerikanischen Massen. In Frankreich kämpfen die Arbeiter von neuem. Nach dem Kampf der Textilarbeiter im Norden folgen die Kämpfe der Hafendarbeiter in Havre. In Italien kehrt ein Teil der Arbeiterklasse nach zweijährigem Schwanken und Wanken wieder zur Truppe der Revolution, zur Kommunistischen Internationale, zurück. Durch Deutschland flutet eine Welle der Erregung. Die Kommunistische Partei, noch eine Minderheit in der Arbeiterklasse, arbeitet mit wachsendem Erfolg; und die Vereinigungstagung der Sozialdemokraten, die der Bourgeoisie das Bündnis anbietet, ballt ihre Faust gegen die Kommunisten, weil sie zur Macht werden. Sowietrußland steht aber fest auf seinen Beinen. Es hat einen Teil seiner Kampflinien zurückgenommen. Verschanzt in den neuen Linien, gestärkt durch ein neues Bündnis mit den Bauern, lehnt die russische Arbeiterklasse alle Aufforderungen zur Kapitulation ab. Sie sagt im Haag und in Genua und Shantung den englischen und japanischen Kapitalisten: Wollt Ihr uns die Fabriken und die Macht entreißen, nun, dann kommt und nehmt sie mit Waffen in der Hand! Wir wollen sehen. Und ohne mit den Waffen zu rasseln, erklärt sie während der Orientkrise ruhig und selbstsicher: Ich bin da. Wenn Ihr die Fragen, die mich betreffen, ohne mich zu lösen versucht, so werdet Ihr mit mir zu tun haben.

Ein Tohuwabohu von Tatsachen. Ten-

denzen, sich kreuzender Bestrebungen, ein Auf und Ab ist es, was wir hier in knappen Zeilen niedergeschrieben haben. Der Hexenkessel der Weltrevolution. Auf Niederlage folgt Sieg; auf Sieg folgt Niederlage. Man stürmt vorwärts; man zieht sich zurück. Man unterschätzt den Feind, man wird geschlagen; der Feind überschätzt seine Kräfte, er renkt sich einen Fuß aus. Hungrig, zerlumpt, kriecht ein Teil der Arbeiterklasse zurück ins Joch. Frierend, hungernd, blutend verbleibt ein anderer Teil im Schützengraben. Zwischen denen, die verzagen, und denen, die kämpfen wollen, kommt es zu Zusammenstößen. Im Lager der anstürmenden Bourgeoisie entstehen Gegensätze. Die Spaltung des Proletariats stärkt die Bourgeoisie; die Haltung der Bourgeoisie stärkt das Proletariat. Das sind fünf Jahre der Weltrevolution.

II.

In Iron Heel, dem Roman von Jack London, der, vor dem Kriege geschrieben, tausendmal mehr die Konturen der Weltrevolution gefühlt und geahnt hat, als alle Theoretiker der 2. Internationale zusammengekommen, bemißt der große revolutionäre Dichter den Befreiungsweg des Proletariats auf 300 Jahre, 300 Jahre nicht des friedlichen Hineinwachsens, Hineinschlummerns und Hineinwählens in den Sozialismus, sondern 300 Jahre der schwersten Kämpfe, der Kämpfe, in denen die Arbeiterklasse heute siegreich, morgen in ihrem eigenen Blut erstickt wird, unter die eiserne Faust des Weltkapitals gerät, von ihm geteilt wird in eine ausgebeutete Masse und eine privilegierte Aristokratie der qualifizierten Arbeiter und der qualifizierten Mörder, 300 Jahre, in der sie lernt, illegal zu wirken, in alle Poren der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen, ihr gegenüber rücksichtslos zu sein, wie sie selbst rücksichtslos behandelt wird.

Im Zeitalter der Elektrizität, des Petroleums kann man sicher überzeugt hoffen, daß der Kampf des Proletariats kürzer sein und schneller mit dem Siege enden wird, als Jack London befürchtete. Aber eins unterliegt gar keinem Zweifel: er wird lange dauern, er wird sehr mühselig sein, und nicht nur einmal, nicht nur zweimal wird das Proletariat manchen Landes unter den ehernen Fuß der Kapitalistenoligarchien geraten und von ihm zermalmt

werden. Die russischen Proletarier in der Ukraine und in Sibirien haben es gelernt; die finnischen, die ungarischen und die deutschen haben daran glauben müssen. Aber die kurzen fünf Jahre haben schon gezeigt, wie unter der ehernen Faust, unter dem unerhörten Druck, unter dem Regime des Galgens die Arbeiterklasse von neuem zu kämpfen beginnt, von neuem sich wehren lernt. In Ungarn hat sich ihr Protest gegen die Herrschaft Horthys in der Stimmabgabe für die Sozialdemokraten ausgedrückt, obwohl Horthy auf ihrem Rücken zur Macht kam. In Finnland hat sie sich schon so weit aufgerafft, daß sie direkt unter kommunistischem Banner kämpft. In Rußland hat sie sich nicht niederringen lassen, sie steht da, fest, kämpfend und hält die Festung des Weltproletariats. Die ältere Generation der russischen Arbeiter ist müde und erschöpft; sie zählt ihre Wunden, sie fragt sich, wie lange sie noch zu kämpfen haben wird, sie schaut mit tiefer Unruhe nach dem Westen und fragt: Wann kommt die Hilfe? Aber eine neue Generation bahnt sich schon den Weg, die erklärt: Komme, was kommen will — wir werden die Position halten! Fünf Jahre — eine Ewigkeit für die, die hungernd kämpfen und kämpfend hungern, aber ein Augenblick in der langen Geschichte der größten Umwälzung, die der Welt bevorsteht, der Entthronung des Goldenen Kalbes; ein langer Weg, der nicht nur darum notwendig ist, weil der Feind stark und rücksichtslos ist, wie es kaum die Mutigsten des Proletariats zu sein wagen, sondern auch darum, weil die Arbeiterklasse erst lernt, den Feind auch gedanklich zu überwinden. Man nehme doch die Geschichte der italienischen Arbeiterklasse im September 1920: die Bourgeoisie ohnmächtig, die Arbeiterklasse kann die Fabriken nehmen. Sie nimmt sie in ihre Hände, und sie gibt sie zurück. Sie gibt sie zurück, weil ihre reformistischen Führer ihr versprechen, ohne Kämpfe, durch Zugeständnisse ihren Aufstieg zu ermöglichen. Dieser Teil der Arbeiterklasse bricht mit der Kommunistischen Internationale, um nicht mit seinen reformistischen Führern zu brechen. Es vergehen zwei Jahre. Die Positionen, die die Arbeiterklasse verlassen hat, hat der Feind besetzt; er hat die Faschistenorganisationen gebildet, und der Bürgerkrieg, den die Arbeiterklasse vermeiden wollte, ist

da. Nur ist nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bourgeoisie bewaffnet. Und es fallen Opfer, aber nicht seitens der Bourgeoisie, sondern seitens des Proletariats. In den Dörfern, wo die Landproletarier, in den kleinen Städten, wo kleine Gruppen der Arbeiter sich nicht wehren können, schauen sie sich um, ob sie nicht ein Wunder retten kann. Und die Reformisten sagen ihnen: Ja, es kann Euch retten die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Entsendet uns in die Regierung, wir werden mit den Händen die faschistischen Truppen der Bourgeoisie entwaffnen. Und die Reformisten, die vor zwei Jahren eine Hand voll Menschen waren, sammeln um sich zirka die Hälfte der organisierten italienischen Arbeiter, die aus Angst vor dem Kampfe, dem sie sich nicht gewachsen fühlen, kapitulieren wollen vor der Bourgeoisie. Aber die Proletarier der Hauptstädte, sie fühlen sich kräftig genug, um zu kämpfen, sie sehen ein, daß sie von den Reformisten der Bourgeoisie ausgeliefert werden, und sie brechen mit den Reformisten, sie kehren in die Reihen der Kommunistischen Internationale zurück. Zwei Jahre, ein Augenblick, ein kurzer Augenblick in der Geschichte der Menschheit und der Arbeiterklasse. Und doch jeder Tag ein Lehrtag, jeder Tag ein Schicksalstag. Zwei Jahre, siebenhundertzwanzig Tage, waren notwendig, damit 50 000 Proletarier das ABC des Kommunismus erlernten, nicht aus einer Broschüre, sondern aus den Schlägen des Feindes.

Gleichzeitig schwankt und wankt die Französische Kommunistische Partei, die der Internationale beitrug, als die Serbier aus ihr austraten, indem sie mit den offenen Reformisten brach, die aber, als sie beitrug, noch nicht endgültig mit dem reformistischen Geiste gebrochen hatte. Und indem wir das schreiben, wissen wir noch nicht, wieviele Spaltungen, Absplitterungen, wieviele Kämpfe die französische Partei erleben muß, bevor sie auch nur im Geiste dem Kampf mit der Bourgeoisie gewachsen ist.

Deutschland. 40 Jahre „Hoch die klassenbewußte, völkerbefreiende Sozialdemokratie!“ Proletarier aus allen Ländern pilgerten zu den Kongressen der deutschen Sozialdemokratie. Und sie lernten das ABC des Klassenkampfes in den Resolutionen der deutschen Sozialdemo-

kratie. Dann kam der Krieg und die große Niederlage des internationalen Proletariats, die große Entlarvung der deutschen Sozialdemokratie. Sie wurde entwurzelt im Herzen des internationalen Proletariats. Und vier Jahre lang hat sie die Arbeiter hinter dem Wagen der Bourgeoisie von einem Schlachtfeld aufs andere geschleppt. Es gab keine Nichtswürdigkeit des deutschen Imperialismus, die sie nicht verteidigt hat. Dann waren sie im Nu Pazifisten, Demokraten und Republikaner, alles, was man wollte. Dann haben sie wieder vier Jahre lang die Arbeiter verraten im Namen des Pazifismus, des Sozialismus, des Republikanismus, des Demokratismus und aller anderen Ismen; nur einen haben sie nicht genannt: den Kapitalismus, in dessen Interesse sie das alles gemacht haben. Und heute wagen sie sogar dieses Letzte, indem sie dem Proletarier sagen: Bevor Du die fette Kuh des Kapitalismus schlachten kannst, muß sie erst unter der Obhut der Kapitalisten fett werden. Und all diesen Verrat hat die Arbeiterklasse ertragen. Heute noch ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei des Proletariats in Deutschland. Man kann sich darüber entrüsten — man kann darüber traurig sein. Aber es ist eine Tatsache. Man kann sich dieser Tatsache unterwerfen, dann wird man — wie Levi — ein Verräter am Proletariat, und man geht vom Friedrichfelde-Hain, vom Grabe Rosa Luxemburgs, in den „Vorwärts“. Man kann sich dagegen aufbäumen mit den Waffen in der Hand, und man holt sich blutige Köpfe, wie es die deutsche Kommunistische Partei getan hat im März 1921. Und man kann gegen diese infame Tatsache kämpfen, kämpfen tagaus, tagein, Proletarier aufklärend, Proletarier mobilisierend, man kann kämpfen als Sappeur und Mineur, bevor dem Sturmtrupp kommandiert wird: In den Kampf! Und man wird die Fahne der Sozialdemokratie herunterholen und zerreißen.

Die kurze Geschichte der Kommunistischen Internationale, dieses Vortrupps der zukünftigen großen Armee der Weltrevolution, sie ist nichts anderes, als die Geschichte der Zerbröckelung der sozialdemokratischen Illusionen, der Herauskristallisierung des kommunistischen Wissens und der Anwendung dieses Wissens durch wachsende proletarische Massen im Kampfe. Die Kommunistische Inter-

nationale ist so jung wie ein Kind, verglichen mit der Organisationsgeschichte der sozialdemokratischen Parteien. Und trotzdem ist ihre Geschichte so lehrreich, daß es genügt, sie zu verstehen, um das Geheimnis des Sieges zu kennen. Sie wurde geboren im zweiten Jahr des Kampfes Sowjetrußlands. 50 Jahre der Geschichte des Sozialismus, zwei Jahre eines Heldenkampfes, wie ihn die ganze Menschheitsgeschichte nicht gesehen hat, waren nötig, um Zehntausende von Proletariern in der ganzen Welt außerhalb Rußlands um die Fahne des Kommunismus zu sammeln.

Als der 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale versammelt war, stand die Sowjetrepublik im Kampfe auf Leben und Tod. Wir hatten in Westeuropa und Amerika nur einige Zehntausende Anhänger. Als ich im Moabiter Gefängnis das Manifest des 1. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekam, da erinnerte ich mich an die Worte Michael Behrs in seiner Geschichte des englischen Sozialismus: „Die Revolutionen sind nur mit Blut geschriebene Programme für zukünftige Geschlechter.“ Und viele, viele sahen in diesem Manifest das Vermächtnis der russischen Revolution, geschrieben mit dem Blut der russischen Proletarier, bevor sie fallen im ungleichen Kampfe mit dem Weltkapital. Und wir, die wir damals jenseits der Kampfesfronten der ersten proletarischen Republik waren, wir konnten nur den Schwur leisten, zu kämpfen, was auch kommen möge. Demnach war die Arbeit des 1. Kongresses nur ein Schrei, den das neugeborene Kind ausstößt, um zu verkünden, daß es da ist. Die Arbeit des 1. Kongresses riß die demokratischen Masken der kapitalistischen Welt und die sozialpatriotischen und pazifistischen Masken der Sozialdemokratie herunter. Sie entzündete das Fanal des Endkampfes, und rief mit mächtiger Stimme den Proletariern aller Länder zu: Reißet von Banden ewig Euch los!

Es verging ein Jahr des schweren Kampfes. Sowjetrußland hat nicht nur die Weißen von seinen Grenzen verjagt, die Entente zu Friedensverhandlungen gezwungen, sondern es ist zum Gegenstoß übergegangen. Der 2. Kongreß fand statt in der Zeit, als die Rote Armee gegen Warschau marschierte. Im Großen Kongreßsaal diskutierte die Kommunistische Inter-

nationale die Lehren des Vorbereitungs-krieges, wie man die Gewerkschaften und mit ihnen die Arbeitermassen erobert, wie man den Parlamentarismus ausnützt zur Durchbildung dieser Arbeitermassen, wie man aus ihrem besten Teil eine eiserne Kommunistische Partei bildet, die Stahlklammer für die Massen, wie man die revolutionäre Bauernmasse, die unter dem Joch des Imperialismus unerhört leidet, für den Kampf des Proletariats gegen das Weltkapital gewinnt. Und während in diesem großen Saale die junge Führerschaft der jungen kommunistischen Bewegung gelehrt wurde, zu visieren auf weite Sicht, die Schaufel zu gebrauchen, Drahtverhaue zu bauen, standen in den Pausen in den Wandelgängen des Kongresses Gruppen von Genossen und schauten auf die große Karte der Sowjetwestfront, auf der jeden Tag die rote Linie nach dem Westen ausgebogen wurde. Und mancher von ihnen fragte: Ist diese Sappeur- und Mineurkunst notwendig? Ist es nicht möglich, auch ohne langwierige artilleristische Vorbereitung die Schützengräben des Gegners zu nehmen? Und obwohl die Rote Armee bei Warschau geschlagen wurde, — eben weil die artilleristische Vorbereitung ungenügend war, traten die Linien der Politik der Kommunistischen Internationale nicht genug klar und eindeutig hervor. Ein Teil der Genossen, niedergedrückt durch die Niederlage, ließ die Köpfe hängen; er sah, wie auf die Niederlage der Ansturm des Feindes in allen Ländern erfolgte, er sah das Hereinbrechen der Arbeitslosigkeit, die die Kraft des Proletariats schwächte. Und sie fragten sich, ob es nicht nötig sei, überhaupt auf den Kampf zu verzichten, ob es nicht nötig sei, alles, was grell unser Gesicht den Arbeitermassen zeigt, zu verwischen, ob es nicht angezeigt sei, sich zu ducken, und so wie die anderen zu sprechen, bis bessere Zeiten kommen. Andere Genossen sagten wieder: Man muß die Geschichte zwingen zum schnelleren Lauf. Die Märztag des Jahres 1921 waren Tage großer Lehren des internationalen Proletariats. Sie zeigten der kommunistischen Vorhut zwei große Gefahren: die Gefahr des Untergehens im Sumpf der Sozialdemokratie, des Verwischens unserer Ziele, des Versteckens unserer Fahnen und damit des Verlustes unserer Werbekraft und gleichzeitig die Gefahr der Niederlage

und Niederschlagung der Vorderreihen, bevor sie die Mehrheit des Proletariats wenn nicht eroberten, so wenigstens für sich mit Sympathie erfüllten.

Der 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale mußte seine Linien durchführen im Kampf nach rechts und links. Er mußte die liquidatorischen Tendenzen der Levi und Däumig abwehren, die, wie die Geschichte der Levigruppe praktisch bewiesen hat, nichts anderes bedeuteten, als die Tendenz zur Vereinigung mit der Sozialdemokratie. Er mußte gleichzeitig seinen besten Elementen, seinem kampffähigsten Teile konkret zeigen, daß man, ohne die Mehrheit des Proletariats für sich gewonnen zu haben, sich nicht in entscheidende Kämpfe stürzen darf. Die Auseinandersetzungen des 3. Kongresses haben unseren Feinden große Freude bereitet. Das Ende der Kommunistischen Internationale! — schrien sie, und am lautesten schrien die weichgekochten Eier der 2^{1/2}. Internationale, die sich schon als die Einiger des ganzen Proletariats unter dem Banner des Leipziger Allerlei fühlten.

Ein neues Jahr ist vorüber. Es hat mit einer mathematischen Klarheit die Richtigkeit unserer Linie gegen rechts bewiesen. Als wir die Reformisten, die in der Kommunistischen Internationale verbleiben wollten, denunzierten, daß sie das nur tun, um sie von innen aus aufzulösen, als wir die 21 Bedingungen stellten, um sie zu zwingen, Farbe zu bekennen, da schrieten die Turati und Modigliani, die Hilferdinge und die Crispiene, die Longuets und Blooms, die Macdonalds und Snowdens von „Ukasen aus Moskau“, von Splitterrichtereien, von der mangelnden Achtung vor den freien Gedanken, ohne die es keinen Sozialismus geben kann. Und heute erklärt der ehrenwerte D'Aragona und beschwört es auf seinen Patriarchenbart, daß er in der Kommunistischen Internationale nur bleiben wollte, um die italienische Arbeiterklasse von der Revolution zurückzuhalten. Meine Reformisten sind nicht wie die anderen — wehrte sich Serrati, als wir ihm sagten: Bruch mit den Reformisten. Heute muß er mit ihnen brechen. In Deutschland haben die Crispien, Dittmann und Hilferding nicht nur auf den Kampf um die Diktatur verzichtet, sondern sie sind zurückgekehrt bis zum Millerandismus, bis zur Koalition mit der Bourgeoisie. Die französische

Longuetistenpartei lebt im Solde von Vandervelde, im Solde der opportunistischen belgischen Arbeiterpartei, und sie ist die eifrigste Förderin der Einigung der 2. und 2½. Internationale. Die 2½. Internationale hat kapituliert vor der 2. Internationale. Auf dem Einigungskongreß der stärksten Partei der 2. Internationale und der stärksten Partei der 2½. Internationale, auf dem Kongreß in Nürnberg, saß Levi unter den Scheidemännern. Wenn unser Freund Smeral auf dem Gründungskongreß der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei im Frühjahr des vorigen Jahres ausführte, die Zentristen seien nur die sich langsam entwickelnden zukünftigen Kommunisten, so hat die Geschichte bewiesen, daß sie die sich sehr schnell entwickelnden Sozialdemokraten sind. Dieser Streit ist schon in unseren Reihen begraben und nach rechts, gegen die Parteien des proletarischen Verrates, ist eine unverrückbare Grenzlinie gezogen; nach links haben sich die Lehren der Märztage sehr fruchtbar gezeigt, und die deutsche Partei hat einen hohen Preis gezahlt im März. Aber sie ist durch ihre Erfahrungen gestärkt und gewachsen. Und wenn die Italienische Kommunistische Partei diese Lehren noch nicht voll zu verstehen scheint, so wird die Kommunistische Internationale die Möglichkeit haben, es ihr und anderen jungen Parteien auf diesem Kongreß klarzumachen. Dies wird geschehen, indem wir die Fragen der Einheitsfront ausführlich debattieren. Der 3. Kongreß hat schon Thesen über die Taktik der Einheitsfront festgelegt, in denen er bestimmt, daß der Weg der Mobilisierung der Arbeitermassen durch den Kampf um ihre nächsten Interessen führt. Wenn das wahr ist, und es ist zweifelsohne wahr, so ist die Frage der Einheitsfront nur die Frage, wie können wir leichter die Massen mobilisieren: wenn wir sie selbständig zum Kampfe um ihre Lebensnotwendigkeiten auffordern, ohne versucht zu haben, ihnen klar vorzudemonstrieren, daß die Sozialdemokraten diesen Kampf nicht wollen, oder ob dies nicht zehnmal besser geschehen kann, indem wir umgekehrt Schritt für Schritt die sozialdemokratischen Parteien durch Verhandlungen zwingen, ihren eigenen Mitgliedern klipp und klar zu sagen, ob sie kämpfen wollen für ein Stück Brot gegen die frechwerdende Reaktion oder nicht. Der beste Beweis der

Richtigkeit dieser Taktik ist das Grauen, das die Herren der 2. Internationale erfaßt hat vor der Möglichkeit, mit uns an einem Tisch zu sitzen. Es wird die Sache des Kongresses sein, die ganzen Erfahrungen dieses Jahres auszuschöpfen, die Frage der Einheitsfront zu studieren im Rahmen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Situation. Wird der Kongreß dies ausführlich und gründlich erledigen, so wird damit der Weg zum Siege klar und konkret vor uns liegen.

Ihn in allgemeiner, d. h. theoretischer Form festzulegen, das ist die Aufgabe der Schaffung eines Programms der Kommunistischen Internationale. Wir wissen nicht, ob dieser Kongreß diese Aufgabe schon erledigen wird. Sie ist sehr schwierig, weil sie die Prüfung der Lage in allen wichtigeren Ländern der Welt erfordert, die Vorzeichnung der Tätigkeitslinie für die kommunistischen Parteien, die konkret hinauswächst aus ihren speziellen Bedingungen und sie gleichzeitig in die Weltentwicklungslinie hineinpaßt. Die Entwicklung der Weltrevolution schlägt sich aber in den verschiedensten Formen in den verschiedenen Ländern durch, da sie sich durch die verschiedensten sozialen Strukturen in den einzelnen Ländern durchgeschlagen hat. Die Weltrevolution bietet ein einfaches Bild von Strömen, die einem Ziele zueilen nur dann, wenn die Gewässer des revolutionären Kampfes anschwellen und in breiten Wellen vorwärts eilen. Nachdem dies bis zu Ende des Jahres 1920 der Fall war, ist die Weltrevolution in eine neue, vorbereitende, organische Phase eingetreten. Sie sammelt sich in tausend Bächen, deren Richtung nicht ohne weiteres zu erkennen ist. Darin liegt die Schwierigkeit des Programms, die Schwierigkeit, die jedoch zu lösen ist, weil die kleinen Bäche trotzdem in einer Richtung fließen. Aber es erfordert eine eingehende geistige Arbeit, ein Ausgleichen der Erfahrungen, ein theoretisches Feilen, während bisher die Praxis der kommunistischen Parteien diese Fragen erst in den größten Umrissen gestellt hat. Aber sogar wenn der Kongreß nur in der Lage sein wird, die Hauptthesen über den Aufbau des Programms zu fassen, so wird er eine große Arbeit für die zukünftigen Kämpfe leisten. Der Sinn dieser Arbeit, von welchem Punkte sie auch angefaßt werden wird,

ist derselbe: die Bildung großer proletarischer kommunistischer Parteien zwecks Leitung des Kampfes der Arbeitermassen, der sich verschärfen wird, und der sich schon verschärft.

III.

Die Kommunistische Internationale war auf ihrem 1. Kongreß nur in einem Lande eine Massenmacht: in Rußland, in allen anderen war sie nur eine geistige Richtung. Auf dem 2. Kongreß sahen wir große, aber noch sehr unklare Massen uns zuströmen. Und indem wir sie freudig begrüßten, mußten wir Vorkehrungen treffen, damit mit den uns zufließenden und uns stärkenden Massen nicht die reformistischen Zersetzungs-elemente in unsere Reihen hineinkamen. Die 21 Bedingungen waren die Barrieren für den Reformismus. Zwischen dem 2. und 3. Kongreß haben die Reformisten eine offene Kampfposition gegen uns eingenommen. Und halbreformistische Elemente, die trotz aller Barrieren in unser Lager eingedrungen sind, haben sich aus unseren Reihen zurückgezogen oder wurden von uns ausgeschlossen. Zwischen dem 3. und 4. Kongreß liegt die Bildung einer Reihe proletarischer kommunistischer Massenparteien und ihre teilweise Erprobung. Wir haben jetzt Massenparteien außer in Rußland: in Deutschland, der Tschechoslowakei, Frankreich, Norwegen, und wir werden sie haben in Italien.

In allen diesen Parteien wirkt sich erst die politische Linie der Kommunistischen Internationale aus. Die Aufgabe des Kongresses wird sein, ihren Konsolidierungsprozeß zu beschleunigen, ihre Werbekraft zu erhöhen und die Werbekraft der ganzen Internationale zu steigern. Die Einigung der 2. und 2½. Internationale wird ein klares Blachfeld schaffen und wird die Werbekraft der Kommunistischen Internationale erhöhen. Indem wir unser Kampfprogramm für die nächsten Zeiten vorbereiten, wird diese Werbekraft noch mehr gesteigert. Der 4. Kongreß wird eine mühselige Arbeit leisten, eine Arbeit, die geleistet wird im Gefühl der wachsenden Kraft, im Gefühl der Sicherheit, daß wir auf gutem Wege sind, im Gefühl, daß wir eine Arbeit leisten, die von der größten Bedeutung für die zukünftigen entscheidenden Kämpfe ist.

Sowjetrußland feiert jetzt den fünften Jahrestag seines Bestehens; und jeder von uns versteht: Sowjetrußland ist und wird sein, nur weil ihm seine Geschichte jahrelange Kämpfe und eine starke und große kommunistische Partei gegeben haben. Und indem wir auf dem 4. Kongreß weitere Fortschritte machen werden in der Ausbildung starker kommunistischer Parteien in den anderen Ländern, werden wir weitere Fundamente legen für die zukünftigen Sowjetrepubliken Westeuropas.

Karl Radek.

Fünf Jahre Revolution.

Ein allgemeines Bild dieser unendlich schweren und heldenhaften fünf Jahre zu geben, ist keine leichte Aufgabe. Sobald das Gedächtnis in dieser Richtung zu arbeiten beginnt, stürmen von allen Seiten Erinnerungen herbei an in dieser Periode persönlich Erlebtes; neben den grandiosen Tatsachen eines ruhmvollen Epos eine ungeheure Fülle von Einzelheiten — politisch-militärische, diplomatische, ökonomische, kulturelle; sie verstricken sich wie Fäden zu einem dichten Netz, und wieder fließt das Leben vor unseren Augen vorüber, wie Puschkins Pimen sagt, „aufgeregt und hastig“, fast in der gleichen chaotischen Buntscheckigkeit, mit der es im

Augenblick des Seins der Geschehnisse ins Bewußtsein trat.

Fortwährend muß man die jäh auftauchenden wirren Erinnerungen mit strenger Hand niederhalten, sie ordnen und in irgend ein System, einen Rahmen einordnen.

Mir scheint, daß, um in einem nicht großen Aufsatz eine allgemeine Perspektive dieser fünf Jahre zu geben, man viel Zeit für ruhige Arbeit braucht, will man nicht die Proportionen des Spiegelbildes zerstören, das man von diesem Überfluß des Lebens zu geben sich anschickt. Doch uns fehlt die Zeit für eine solche ruhige Arbeit, und ich bitte daher die Leser im voraus um Entschuldigung, wenn

mein Bild stellenweise die einen oder anderen Probleme zu weit in den Vordergrund rückt und die eine oder andere Einzelheit nicht proportional hervorhebt. Außerdem möchte ich gleichfalls im voraus bemerken, daß die Aufgabe dieses Aufsatzes ist, etwas wie ein Bild der Ereignisse zu geben, nicht aber einen Bericht, der vor allen Dingen an vielen Stellen Zahlenreihen voraussetzen würde. Zahlen werde ich überhaupt vermeiden, selbst da, wo sie mir zur Verfügung stehen.

Als im Oktober die proletarische Bewegung das schon ins Wanken geratene Kerenski-regime stürzte und die Macht in die Hände der Arbeiter übergang, war es allen klar, daß dieses Ereignis der Welt nicht den Frieden, sondern das Schwert bringen würde.

Gewiß, die Hauptlosung unserer Bewegung war gerade der Frieden, d. h. das Ende des imperialistischen Krieges oder als Mindestaufgabe die Abkehr von diesem scheußlichen Morden und die Abschüttelung des Jochs der Bourgeoisie Rußlands. Diese Losung brachte uns sogar die Sympathien der Tolstojaner ein, die uns dann entsetzt den Vorwurf machten, daß es uns nicht gelungen sei, die Mobilisation aufzuhalten. Die Kommunisten wußten sehr wohl, daß hier nur eine radikale Frontverschiebung vorlag. Auf den Weltkrieg, in dem die unterdrückten Sklaven des Kapitals einander abschlachten, mit der Bildung einer grandiosen Front dieser Sklaven gegen ihre Ausbeuter zu antworten, das war die einzige Möglichkeit, um die internationalen Kriege des bürgerlichen Typus radikal zu beendigen und tatsächlich den Weg zur Verwirklichung der großen Ideale des Proletariats zu beschreiten.

Nach dem imperialistischen Krieg waren wir in militärischer Beziehung unendlich schwach. Wir selbst mußten an der Zersetzung der alten Armee energisch mitwirken. Damit untergruben wir natürlich die Kräfte Rußlands als solches, d. h. auch die militärischen Kräfte des roten Rußland, Sowjetrußlands, wie es schließlich geboren wurde. Wir besaßen fast nicht den geringsten Verteidigungsapparat. Die Unterhandlungen in Brest-Litowsk, der Brester Frieden waren geniale Schritte, um die eine Kriegswaffe, die direkte Kraft, durch eine andere, die Diplomatie, zu ersetzen. Heutzutage muß die These Klausewitz', daß der Krieg in Wirklichkeit eine Fortsetzung der Politik in anderer Form ist, schon etwas umgemodelt werden, denn wir haben uns gerade an diese Form der Politik zu sehr gewöhnt. Man müßte eher sagen „Die

Diplomatie ist in Wirklichkeit Krieg in etwas anderer Form“. Die an physischen Waffen armen Kommunisten verstanden es, so gut es ging, der Lawine des deutschen Einfalls zu entgehen, und erwiesen sich tatsächlich als Sieger gegenüber dem deutschen Imperialismus.

Selbstverständlich war jedoch die dringendste Aufgabe, die die Regierung zu lösen hatte, die Organisation der Verteidigung. Die Schaffung einer Roten Armee — das war die unaufschiebbare Aufgabe. Auf sie wurden alle Parteikräfte konzentriert und hier wurden die Wunder vollbracht, die, nachdem sie die Existenz des roten Rußland gesichert hatten, gleichzeitig die Bürgschaft dafür waren, daß die große Partei, die dieses Problem von außerordentlicher Schwierigkeit gelöst hat, die Kraft finden wird, auch auf den anderen Fronten zu siegen, die nach Beendigung des Bürgerkrieges in den Vordergrund getreten sind.

Gegen uns stand eine ganze Welt von Feinden. Die Sympathien, die das Proletariat uns trotz des wütendsten Lügenfeldzuges entgegenbrachte, hielten die Entente natürlich in erheblichem Maße davon ab, ernsthafte Kräfte direkt nach Rußland zu werfen. Dessenungeachtet gab die ausländische Bourgeoisie horrende Gelder für die Unterstützung unserer inneren Fronten aus, indem sie Waffen und Munition, sowie erfahrene Offiziere entsandte. Es begannen die Bewegungen der Reaktionäre in unseren Grenzgebieten, die sich auf das alteingesessene, individualistisch gestimmte Bauerntum des Südens, das Kosakentum und auf das kräftige und zugleich ziemlich reaktionäre sibirische Bauerntum stützten. Es setzte ein systematischer Druck der internationalen Räuber im Norden ein und eine Bedrohung unserer Grenze im Westen seitens Finnlands, Polens, Rumäniens, die mit dem heftigen Krieg zwischen der russischen und der polnischen Republik endeten.

Fast die ganze Zeit waren wir von einer 8000 Werst langen Front umgeben, wobei sich unsere Feinde jenseits der Front manchmal in einem engen Kreise Moskau näherten; sie hatten Tausende von Freunden bei uns im Land und, was noch schrecklicher ist, Tausende von Freunden in unserer eigenen Armee. Militärspezialisten gab es in den Reihen der Kommunistischen Partei nur sehr wenig. Das geschulte Bauerntum und in erheblichem Maße auch die Arbeitermasse wün-

schten keinen Krieg, verstanden nicht oder verstanden nur schlecht die neuen militärischen Aufgaben, sie desertierten, sehnten sich nach Ruhe.

Der Kern des Offizierstums, dessen sich der Zarismus bedient hatte, war fast durch und durch von konterrevolutionären Tendenzen durchdrungen. Selbst die Offiziere des Typus, die der Republik oder der Demokratie sympathisch gegenüberstanden, ließen sich an den Fingern herzählen. Die republikanisch gesinnte Masse der Fähnriche und Junker war bekanntlich ein großer Feind der Bolschewiki, denn gerade das ihnen sympathische Regime fiel unmittelbar unter den Schlägen der Kommunistischen Partei und des Proletariats. Und trotz alledem mußten Millionen Soldaten aus der so gern desertierenden Bauernmasse zusammengerafft und Zehntausende von Offizieren aus den speziell militärischen und intelligenten Kreisen gesammelt werden. Man hätte meinen sollen, daß eine jeder Begeisterung bare, zusammenhangslose Armee entstehen müßte, die von dem den Zielen der Republik feindlich gegenüberstehenden Offizierstum verraten und verkauft würde, und in der Tat schien es unseren Kritikern oft, daß dies der Fall war.

Welche Kräfte halfen nun der Kommunistischen Partei, diese lockere Masse der auf jeden Schritt desertierenden bäuerlichen Soldaten zusammenzuschweißen? Durch welche Kraft vermochte sie das Offizierstum zu zwingen, für sich zu arbeiten, und schließlich die mächtige militärische Macht zu schaffen, die nicht nur zu siegen, sondern sich nach den Niederlagen auch zu erholen und eine glänzende Revanche zu geben verstand?

Diese Kraft war der unerschöpfliche Hort der proletarischen Energie und des organisierten Genius, der Willensstrom der Arbeiter, gelenkt von den Parteizentren, die Harmonie der Prinzipien der wahren gesellschaftlichen Wissenschaft und der aus ihr entspringenden, den Ereignissen entsprechenden Taktik, kurz die Harmonie der Prinzipien und der Lehren des Marxismus. Im Zentrum des Staates leuchtete wie ein Feuer auf einem allgemeinen Altar das, was die Frucht der Erfahrungen des ganzen Proletariats ist, die von dem großen gesellschaftlichen Genius der Geschichte der Menschheit gesammelt sind. Das Bewußtsein des russischen Proletariats wurde von dem revolutionären Marxismus erleuchtet.

Und ohne ihre Kräfte zu schonen, ohne sich jemals zu weigern, mobilisierten die Parteiorganisationen und Gewerkschaftsverbände diese Petersburger, Moskauer, Iwano-Wosnessensker-Adler, die, ihre Werkstätten verlassend, als gemeine Soldaten, als politische Aufklärungskommissare, die die Offiziere zu beaufsichtigen hatten, sich an alle Teile dieser riesigen Front begaben, und jedesmal ihre Energie, ihren eisernen organisatorischen Willen dorthin warfen, die Lage verbesserten, die Masse zusammenschweißten und ihr Blut für alle Mängel dieses noch zu jungen Apparates hingaben.

Die Geschichte wird dereinst diesem revolutionären Kriegskommissar, der von der russischen Revolution geschaffen wurde, ihre volle Würdigung zuteil werden lassen. Die Heldentaten der blauen Armee in der französischen Revolution stehen weit hinter den Heldentaten der Roten russischen Armee zurück. Es gab Stellen an der Front, wo Kommissarwerden bedeutete, nach einigen Tagen zu sterben. Dort bestand die Pflicht des Kommissars eben darin, zu sterben, seinen Leuten in einer im gegebenen Augenblick hoffnungslosen, strategisch jedoch notwendigen Attacke voranzugehen. Die Kommissare wechselten wöchentlich, täglich, und stets trat an die Stelle des einen Helden ein anderer, der ohne Furcht in das Feuer ging, und seine junge proletarische Seele der riesigen allgemeinen proletarischen Heldentat zum Opfer brachte.

Und so mahlte das von der Kommunistischen Partei geführte Proletariat das harte bäuerliche Korn, nahm ihm die Schale des Individualismus, der Passivität. Die Rote Armee begann sich an dem Feuer des wahren Enthusiasmus zu entzünden. Der Geist des Offizierstums wurde gebrochen. Die einen zwang man durch Furcht, ehrlich zu sein, denn die fortwährende Aufsicht und die strengen Maßnahmen paralyisierten ihre Böswilligkeit. Die anderen wurden allmählich durch die Begeisterung ihrer kommunistischen Genossen mit fortgerissen, und viele von ihnen, die von ihrem feurigen Elan angesteckt wurden, wurden nicht nur durchaus treue Mitgenossen, sondern oft auch Opfer und Helden dieses Krieges; schließlich traten sie oft direkt in die Reihen der Kommunisten ein.

Die Partei und die ihr angeschlossenen arbeitenden Schichten brachten aus ihrer Mitte neue militärische Kräfte bis zu hochtalentierten Heerführern hervor, während die fieberhaft neben den Munitions- und Waffenfabri-

ken arbeitenden Militärschulen einen Stab von Kommandeuren schufen, der häufig schonungslos ins Feuer geworfen werden mußte, des öfteren noch in seiner Stellung als rote Junker der ruhmreichste Teil der Armee war und, nachdem er seine endgültige Form gefunden hatte, die Armee vielleicht zum drohendsten Militärapparat machte, der in der Welt besteht; denn die Mängel der toten Technik werden hier durch den tiefen bewußten Willen der die Armee darstellenden Personen aufgewogen.

Wie von einem Wunder kann man nur von der plötzlichen Formierung der Reiterei sprechen, als wir auf die Überfälle der Mamontow und Schkurow, der bewaffneten Horden, die bei uns im Rücken erschienen und die selbst einstmals den Kreml bedrohten, mit unserer jungen Reiterei antworteten, die diese Banden zu Paaren trieb. Wieviel Ironie mußten wir damals hören! Nach dem Aufruf Trotzki: „Proletarier, auf die Pferde“, machte ein Menschewik den Witz, daß wir dem flinken Mamontow-Kosaken den auf eine bäuerliche Mähre gesetzten Weber gegenüberstellen wollten. Der auf diese bäuerliche Mähre gesetzte Weber erwies sich dann als siegreicher Budjonnez.

Weiter wird die Geschichte später in ihren Annalen die politische und Aufklärungsarbeit in der Armee verzeichnen. In diesem beständigen Feuer lernte unsere nackte und hungrige Armee überhaupt erst politisch denken, und direkt hinter der Front und oft im Feuer der feindlichen Geschütze arbeiteten die Kulturaufklärungsabteilungen, durch ihre Begeisterung die Armee zu den größten Heldentaten anspornend.

Die militärischen Fronten aufzuzählen, wird sich für mich hier erübrigen, da sie schon jedem Lesekundigen in Europa bekannt sind: die Erhebung der Reaktion im Dongebiet, das tschechoslowakische Abenteuer, das das Wolgagebiet und Sibirien erschütterte; die schwarze Welle der Koltschakarmee, die bis an die Wolga vorwärts drang; die Denikinbanden, die bis Tula und Moskau vordrangen, zur gleichen Zeit, als Judenitsch an die Tore Petrograds pochte; Polen und die Wrangelschen „Schwarzen Hundert“, die ihre Krallen in den Körper Rußlands schlugen; die Nordfront. Dies ist jetzt alles vorüber und die Rote Armee blieb überall Siegerin, ohne jemals, selbst an der polnischen Front, mit der Waffe in der Hand mehr aufzugeben, als

die Regierung selbst friedlich angeboten hatte.

Ja, unsere Diplomatie war derselbe Bürgerkrieg, nur geführt mit einer anderen Waffe. Ebenso wie die Arbeit der Kommunistischen Partei Rußlands in der Kommunistischen Internationale für die Organisation einer internationalen Verteidigungsfront gegen die Reaktion, einer Angriffsfront der Revolution und die Arbeit unter den Proletariern des Westens und den Völkern des Ostens, so ist auch das feine, vorsichtige, mit unzähligen Gefahren verbundene Spiel mit dem noch herrschenden Kapitalismus eine wirkliche Fortsetzung der Front. Wie das Sonnenspektrum über das verschiedenfarbige Licht hinaus dem Auge dunkel erscheinende ultraviolette oder ultrarote Teile voll der gleichen Vibrationen hat, ebenso vibriert auf der rechten und der linken Seite der von Geschützen erdröhnenden und von Blut überfließenden Fronten die revolutionäre Energie in anderer Form.

Den Weltkapitalismus zu stürzen — das ist das Endziel. Was jedoch, wenn die Kräfte nicht reichen, um ihn sofort zu stürzen? Dann darf man ihm nicht erlauben, daß er uns stürzt, darf man ihm nicht erlauben, den Herd der revolutionären Flamme zu zertrüben, die noch nicht zu einem Weltbrand auflodern konnte, die jedoch sein beständiges Unterpfand bleibt. Wir hatten noch nicht die Kraft, das Weltkapital zu stürzen, und das Weltkapital hatte nicht die Kraft, die Sowjetregierung in Rußland zu stürzen. Zwei unversöhnliche Kräfte, von denen eine unbedingt die andere ausschließt. Dem Kapital schien es ein leichtes, ohne zum bewaffneten Kampf zu greifen, sondern Rußland mit dem Stacheldraht der Blockade umgebend, es den Folgen seiner fürchterlichen Erschöpfung, seines inneren Zwistes, der Unerfahrenheit und den Fehlern der jungen Macht zu überlassen, die von einer Klasse, die durch den Willen der Bourgeoisie selbst unwissend geblieben war, unterstützt wurde, — es schien ihm leicht, abzuwarten, bis dies alles zusammenbricht, um dann mit großfürstlichem Appetit oder als General Miljukowscher Drapierung zu erscheinen und Rußland in schmackhafte Kolonien für den vom Morden wild gewordenen Kapitalismus zu zerreißen.

Doch die Zersetzungskräfte, auf die das Kapital baute, erwiesen sich als schwächer, als die Kräfte des bewußten marxistischen Willens und der grenzenlosen Energie des

siegreichen russischen Proletariats. Rußland erwies sich als lebensfähig, und es wurde eine neue Situation geschaffen. Um diese Fähigkeit zu befestigen, den Prozeß der Wiedergenesung Rußlands zu beschleunigen, brauchten wir natürlich Hilfe von außen, eine Hilfe, die die Bruderhand des Proletariats, die der Hand des Feindes, des Kapitals, entrissen werden mußte, uns noch nicht bringen konnte. Auf diese Hilfe durfte aus Klugheit nicht gerechnet werden, denn alle Worte über den Wiederaufbau Europas, über Friede und Menschlichkeit wurden und werden von uns nur mit Spott aufgenommen, und wir wissen, daß die Taten diesen Worten niemals entsprechen.

Doch nicht genug damit, wir konnten nicht auf die Dienste des Kapitals durch einfachen Warenaustausch oder durch Überlassung irgendeines Äquivalents an dieses Kapital rechnen. Wir konnten vom Kapital die uns für den Aufbau unseres Transportwesens, unserer Industrie und für die ernsthafte Fortsetzung der von uns begonnenen Elektrifikation des Landes notwendige Hilfe nur in Form einer Anleihe bekommen. Und dabei sah uns das Kapital als seinen Schuldner an.

Oberflächlich betrachtet, schien die Lage hoffnungslos. Sie erwies sich auch als bedeutend schwieriger, als einige Optimisten annahmen. Doch die Optimisten hatten ihre Gründe. Immerhin, das Kapital ist am Wiederaufbau interessiert, kann sich nach eigenem Geständnis ohne Rußland nicht retten, und da sich Rußland einmal nicht weiß waschen läßt, so müssen sie es eben als rotes Rußland nehmen. Doch die inneren Widersprüche dieser prinzipiell von gegenseitiger Feindseligkeit strotzenden Welt, der bürgerlichen Welt, mußten dazu führen, daß Rußland, diese ungeheure Macht, die sich von der bürgerlichen Welt abgespalten hat und in militärischer Beziehung wieder erstarkt ist, zu einem bemerkenswerten Element der internationalen Berechnung und zu einem entscheidenden Element in den Zwistigkeiten der bürgerlichen Lager wurde.

Das schwer erschütterte Kapital, besonders soweit seine Interessen von den Industriellen und Händlern vertreten sind und nicht von den Bankiers und der sich ihnen nachdrängenden Herden der Inhaber verzinslicher innerer Anleihepapiere, wünschte wenigstens für einige Zeit Frieden, wollte sich erholen und die durch seine Verbrechen der Menschheit geschlagenen Wunden heilen lassen. Dies

drängte die anderen Parteien zu dem Versuch, Handelsverträge abzuschließen. Dies diktierte die Politik Lloyd Georges.

Doch gleichzeitig war jede Vereinbarung mit Rußland, die der bolschewistischen Regierung offen von Nutzen gewesen wäre — eine andere Vereinbarung konnte die bolschewistische Regierung nicht eingehen und wird sie nicht eingehen —, in den Augen der reaktionären Bourgeoisie ein solches Paradoxon, daß der innere Kampf im entscheidenden Moment immer wieder entbrannte und die Hand der klugen Vertreter des Handels- und Industriekapitals, die sich schon ausgestreckt hatte, um einen Vertrag zu unterschreiben, verschwand, von der Hand der reaktionären Bourgeoisie, der Großgrundbesitzer und der Bankiers zurückgestoßen.

Diese innere Front der Bourgeoisie zieht sich ganz eigenartig durch die einzelnen Länder, spiegelt sich jedoch auch innerhalb der einzelnen Länder mit ungeheurer Kraft wider, schafft dort auf den ersten Blick heikle Lagen, in denen die nach dem Krieg gewachsene und erstarkte französische Industrie die steinerne Grundlage ihrer Bankiers vielleicht mit noch größerer Kraft erschüttert, als die Poincaristen in England die englische Lloyd-George-Fassade erschütterten. Wir haben in diesen fünf Jahren auf dem Gebiet der Diplomatie große Siege errungen, wenn wir auch keine realen Resultate erreichten. Wir haben nicht nur die Spaltung unter der Bourgeoisie vertieft, nicht nur das russische Problem zu dem dringendsten gemacht, sondern haben auch ohne Zweifel unsere direkten Feinde, die Bourgeoisie und noch mehr die großen Massen des Kleinbürgertums, das immer mehr unter dem heutigen Regime leidet, immer mehr schwankt und von dem ein großer Teil nach links abzuschwenken beginnt, gezwungen, uns Achtung entgegenzubringen.

Ich halte es nicht für nötig, in diesem Aufsatz auf die Arbeit der russischen Revolution auf dem Gebiet der Arbeiter-Internationale einzugehen. Denn auch da gab es Fronten, in Blut getränkt, und eine komplizierte Diplomatie. Auch hier wechselten wir ab zwischen direkten Schlachten auf den Straßen, in denen die Kommunisten und gemäßigten Sozialisten sich Brust an Brust gegenüberstanden, und Unterhandlungen über die Einheitsfront der Arbeiter in der Art der Berliner Konferenz. Dies ist jedoch ein ungewöhn-

lich interessantes Kapitel, zu dem man auch die Anstrengungen der russischen Diplomatie und der K.P.R. als Mitglied der Kommunistischen Internationale hinzufügen müßte, ihre Anstrengungen in der Organisation der Kräfte aller in dem allgemeinen Kampf der Proletarier und der Kolonialvölker gegen das die einen wie die anderen ausbeutende Kapital.

Und die ganze Zeit über ging neben dieser Verteidigung mit Waffe und Wort die innere Verteidigung, die Verteidigung gegen die landverräterischen Umtriebe, die den Boden unter unseren Füßen erschüttern machten. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Maulwürfe der Reaktion von den Generalen und Admiralen bis zu den linken Sozialrevolutionären und Anarchisten unterwühlten den Boden unter unseren Füßen. Wir waren ringsum von Feinden umgeben. Hier war die Politik des Terrors absolut unvermeidlich. Wir wollten sie vermeiden, wir schlugen den gestürzten Gesellschaftsschichten nach dem unbestreitbaren Sieg des Großen Oktober vor, sich in ihr Schicksal zu ergeben, sich in den Rahmen der neuen Ordnung einzufügen, die, wie ich weiter unten ausführen werde, eine künstliche und sofortige Einführung des Kommunismus überhaupt nicht wollte, sondern sich eine Übergangsperiode vorstellte, die in ihrem Wesen für die gestürzten Träger der Privilegien annehmbar war. Doch sie hielten sich nicht für besiegt. Sie wollten den Krieg gegen uns fortsetzen, sie wollten die von Gefahren umgebene Republik von innen heraus zermürben. Unaufhörlich schärfte sie ein Messer nach dem anderen für den Rücken des Proletariats, das sein Gesicht der Außenfront zugewandt hatte. Da setzte der Terror ein, der zeitweilig einen Massencharakter annahm, in seine Reinigungsarbeit selbst die proletarischen Massen hineinzog und manchmal sogar in den von den Kommunisten geschaffenen staatlichen Polizeiapparat eindrang. Wir wissen sehr wohl, wieviel Beschuldigungen auf die Tscheka niederfallen. Wir bestreiten nicht die wahren Beschuldigungen, die von unseren Feinden, manchmal aber auch von der Hand eines großherzigen, aber auch kleinemütigen Zeugen in der Art Korolenkos über einzelne Exzesse niedergeschrieben wurden. Oh, dies ist doch etwas, worüber man sich entsetzen kann! Viele entsetzten sich bei dieser Form des Kampfes heuchlerisch, denn sie hätten hundertmal grausamer, in tierischer Wut die Revolution zerrissen, wenn sie unter

ihre Hände geraten wäre. Doch es gibt auch solche Don Quichotes, die sich jedesmal über die Maßnahmen des Siegers entsetzen, trotzdem diese allein seinen Sieg befestigen können. Sie berücksichtigen nicht, daß in Wirklichkeit die Kommunistische Regierung die schwächste im Weltkrieg war, und daß sie für die heiligste Fahne kämpfte, die jemals eine menschliche Hand gehalten hat.

Sie sahen dies alles nicht, weil sie die Augen nur auf den Terror gerichtet hielten, mit dessen Hilfe die Regierung mit den „Bürgern“ ins Gericht ging. Für sie war dies kein unbedingt notwendiger grausamer Kampf der revolutionären Paladine gegen die unter ihren Füßen wimmelnden Ungeheuer, sondern ein Strafgericht der Macht über Andersgesinnte.

Wir können nur mit Stolz dieses heuchlerische Entsetzen und liberale Stöhnen von uns weisen, und, indem wir die ganze Verantwortung für die Vergehen und Verbrechen, die in dem allgemeinen Strom dieses Kampfes geschehen konnten und natürlich auch geschehen sind, in jeder Hinsicht auf uns nehmen (das wird jeder Kommunist tun), blicken wir mit Stolz auf unsere Arbeit zurück, die speziell von den Händen aufopfernder Genossen, die in den Reihen der Außerordentlichen Kommission gekämpft haben, ausgeführt wurde. Wir fürchten uns nicht zu sagen, daß wir stolz darauf sind, daß wir den Reaktionären aller Schattierungen das Gehörn gebrochen, daß wir die Kräfte zerstört und in Schrecken versetzt haben, denen es ein leichtes zu sein schien, uns in die Hölle zu stürzen. Das Buch Trotzki über den Terrorismus bleibt für immer ein Denkstein des Edelmutts, des revolutionären Rittertums, das nicht den Kranz der Gerechtigkeit, nicht das Lob sentimentaler Herzen begehrt, sondern dem das Bewußtsein genügt, daß, ohne vor etwas zurückzuschrecken, mit allen Maßnahmen die Prinzipien durchführt, die allein die Menschheit aus der Hölle ihrer Vergangenheit und Gegenwart erretten können.

Ich gehe jetzt zur Wirtschaftspolitik über, wie sie sich in diesen fünf Jahren entwickelt hat, die nicht nur für Rußland, sondern für die Menschheit unvergeßlich sind.

Als Marxisten erkannten die Kommunisten sehr wohl die ganze Gegenstandslosigkeit des romantischen Maximalismus. Als man uns Maximalisten nannte, war dies ein kindliches Mißverständnis. Tatsächlich glaubten unsere men-

schewistischen Vettern, daß wir eine Abart des Marxismus darstellen, der mit dem Kopf gegen die Wand rennen, das Meer im Fieberwahn überschreiten, Abgründe überspringen und in 24 Stunden das Paradies auf Erden verwirklichen will. Sie erregten sich bis zu Tränen (ein Menschewik brach über meinen Bericht über die Einführung der Naturalsteuer in Tränen aus, indem er erklärte, daß ihm die Tatsache unerträglich sei, daß wir, die Bolschewiki, uns ihre menschewistischen Losungen angeeignet hätten), als sie sahen, daß wir keine Romantiker sind, sondern außerordentlich vorsichtige und umsichtige Politiker, wirkliche Realisten. Für die Menschewiki war der Realismus während ihrer ganzen Existenz immer etwas Nebensächliches. Keine schöpferische Kraft, keine revolutionäre Anstrengung, kein Streben, die Ereignisse auf ihrer Bewegungslinie zu überholen. Sie sind gewissermaßen Rechnungsführer alles dessen, was sich wirtschaftlich schon vollzogen hat, sie sind Buchhalter der Geschichte. Hierzu wurden die Marxisten verurteilt, die ihrem Geiste nach Kleinbürger waren. Der proletarische Marxismus dagegen unterscheidet sich von allen Formen der kleinbürgerlichen Romantik und des kleinbürgerlichen Pseudo-Realismus dadurch, daß er voller revolutionärer Energie ist, dynamisch sich beständig vorwärts wälzt, eine Kraft unter Kräften ist, und dabei die stärkste und schöpferischste Kraft, der dabei im Kreise der Wirklichkeit lebt und sich entfaltet, sich bewegt, ja selbst bewegt in der Richtung der gesellschaftlichen Kräfte, sie sich zu seinem Verbündeten machend.

Als Marxisten stellten sich die Kommunisten durchaus keine sofortige Verwandlung Rußlands in ein kommunistisches Land vor. Rußland ist eines der wirtschaftlich zersplittertesten Länder in der Welt. Tausendmal recht hatte Lenin, als er darauf hinwies, daß es sowohl den Gipfel der amerikanisierten Schwerindustrie hat, die sich vor dem Kriege mit Siebenmeilenschritten entfaltet und innerhalb des russischen Kapitalismus ein ungewöhnlich günstiges Verhältnis zwischen der Schwerindustrie, der kleinen und mittleren Industrie geschaffen hatte, — als auch einen langen dicken Schweif, der sich in der Finsternis der patriarchalischen Länder und des ursprünglichen Sklaventums verliert. Und hierbei muß daran gedacht werden, daß die größte Verdickung dieses riesigen gesellschaftlichen Körpers auf das Konto des mittleren Bauern-

tums kommt. Unser Plan auf der internationalen Arena wurde durch das Bewußtsein der roten proletarischen Regierung als Zeiger und Element der Weltrevolution diktiert. Unser Plan auf der Arena der inneren russischen Politik erinnerte im allgemeinen an das, was Kautsky in seiner Arbeit: „Einen Tag nach der sozialen Revolution“, schrieb.

Wir hatten vor, von den Kommandohöhen der Schwerindustrie Besitz zu ergreifen, das große und kleine Kapital der Kontrolle der proletarischen Macht zu unterstellen und ihm die Möglichkeit zu geben, sich schneller in der von der Revolution geschaffenen Atmosphäre zu entwickeln, es allmählich durch den emporwachsenden Staatsapparat abzulösen und in das System der kommunistischen Wirtschaft einzugliedern. Die individualistische Bauernschaft wäre die Hauptmasse gewesen, die jenseits der sozialistischen Ökonomie geblieben wäre, und wir hätten nicht im geringsten eine künstliche oder gewaltsame Hebung des Bauerntums auf das Niveau der kommunistischen Wirtschaft angestrebt. Die Bolschewiki setzten sich das Ziel, mit dem Bauerntum eine gute Nachbarschaft herzustellen, seine Interessen gegenüber dem Gutsbesitzer zu verteidigen und ihm jede Hilfe im Sinne einer allgemeinen und landwirtschaftlichen Kultur und durch einen mehr oder minder regelmäßigen Warenaustausch angedeihen zu lassen. In einer entfernteren Perspektive sah man, wie die proletarische städtische Industrie für das Bauerntum die Basis der Traktorenwirtschaften und der Elektrifikation schuf, die dem Bauerntum erlauben sollte, real, bewußt und soziologisch gesetzmäßig zu den breitesten Produktionskooperationen überzugehen und sich so dem letzten Ideal des städtischen und ländlichen Sozialismus zu nähern.

Wenn wir auch scheinbar in bezug auf die mittlere und kleinere Industrie, wie in bezug auf die bäuerliche Individualwirtschaft diesen Plan in den Jahren 1918—1919—1920 nicht durchgeführt haben, wenn wir auch hier und dort scheinbar zu einem heftigen und eiligen Kommunismus übergegangen sind, — so scheint dies doch nur so. Die tiefblickenden Kommunisten waren niemals der Ansicht, daß dieser Kriegskommunismus, der in gleicher Weise die Industrie und Landwirtschaft zerstört, ein tatsächlicher kommunistischer Erfolg sei und daß die Vorwärtsbewegung dieses militäristaatlichen und sozialen Kommunismus eine

reale Vorwärtsbewegung in der Richtung auf unser Ideal sei.

Nein, dies war eine Vorwärtsbewegung mit Umwegen, dies war eine Bewegung zur Seite, die nicht nur und selbst nicht so sehr durch unsere Prinzipien und Ziele als Kommunisten, als durch militärische Verhältnisse bedingt wurde. Daneben, und mehr als jedes Vorwärtsdrängen und jede Eilfertigkeit, wirkten die Kräfte, die sowohl England als Frankreich und besonders Deutschland zwangen, im Laufe des Krieges alle göttlichen und menschlichen Gesetze des bürgerlichen Individualismus zu verletzen und zu Maßnahmen überzugehen, die dem Staatssozialismus sehr nahe kamen. Alle verstanden, daß die Kontingentierung mit ihren Härten, unter denen besonders das Bauerntum der weniger ertragsreichen Gegenden, die näher an den Fronten und Industriezentren lagen, zu leiden hatte, daß diese Kontingentierung, die jeden Handel mit Produkten der bäuerlichen Arbeit verbot, — was uns vor das Paradoxon einer Privatwirtschaft im Sinne der Produktion ohne die hierzu notwendige Atmosphäre eines Marktes stellte, mit ihren politischen Folgen: dem tiefsten Unwillen der Bauern, der das mittlere Bauerntum in die Armee der Kulaki, der Popen und Sozialrevolutionäre trieb (ein würdiges Dreiblatt, das Hand in Hand auf diesem Boden arbeitete, Bauernaufstände inszenierte, die mit ihrem Feuer den ganzen Süden ergriffen, den blutigen Aufstand der Antonowbanden hervorrief und schließlich Kronstadt erschütterte) —, daß diese Kontingentierung eine Politik voller ungeheurer Gefahren war; doch alle verstanden ebenfalls, daß die militärische Notwendigkeit diesen Weg vorschrieb. Nur auf diesem Wege konnte man dem Bauerntum, das seine und seiner Kinder Interessen in ihrem ganzen Umfange und in ihrer ganzen Breite nicht erkannte, die Hunderte von Millionen Pud Getreide entreißen, ohne die der Transport paralytiert, die Armee auseinanderzulaufen und die Städte mit ihren Fabriken sich in Ruinen verwandelt hätten. Nur um den Preis unserer schonungslosen Verpflegungspolitik wurde die Republik gerettet.

Und es gab einen Augenblick, wo die Fronten im Erlöschen begriffen waren, wo sich die Macht festigte, und in diesem Augenblick setzte eine neue Welle des bäuerlichen Unwillens ein, die sich in Kronstadt erhob, doch man konnte schon das Steuer wenden und wenn auch nicht den idealen Weg des

äquivalenten Warenaustausches mit dem Bauerntum, so doch den Mittelweg der heutigen Naturalsteuer beschreiten. Und gleich begannen die hochgehenden Wellen der bäuerlichen Unzufriedenheit sich zu beruhigen, und trotz des schrecklichen Hungerelends, dessen Folgen uns noch lange quälen werden, beginnt die bäuerliche Wirtschaft im allgemeinen zu gesunden. 70 Prozent der Vorkriegsproduktion — das ist das annähernde Resultat der in der Tat sehr mittelmäßigen Ernte dieses Jahres. Und die Kommunistische Partei beginnt schon darüber zu sprechen, daß eine schnelle Wiedergesundung der bäuerlichen Wirtschaft in Rußland dann neue Gefahren in sich birgt, wenn ihr nicht eine ebenso schnelle Gesundung unserer Industrie gegenübersteht.

Selbstverständlich waren schon die Naturalsteuer und die Zulassung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten eine Durchbrechung des Verbots des Privathandels, eines Verbots, in dessen Atmosphäre das rote Rußland bis jetzt lebte. Doch die neue Wirtschaftspolitik ist nicht darum möglich geworden, sondern wurde durch andere Verhältnisse diktiert. Wir waren gezwungen, in der Richtung der unaufhaltsamen Nationalisierung der mittleren und kleineren Industrie zu gehen, die wir natürlich weder staatlich regeln, noch mit Rohstoffen, Heizmaterial versorgen konnten. Wir waren gezwungen, diesen Weg zu beschreiten, weil dies tatsächlich die Politik der Konfiskation der Mittel der Bourgeoisie war, die diese ihrerseits schonungslos und unerbitterlich in eine Waffe gegen uns verwandelte. Die Massennationalisierung, die Vernichtung der mittleren und kleineren Industrie, des Handels, die Unterdrückung jeder individuellen wirtschaftlichen Initiative, — das alles waren Kriegsakte, das alles waren die Maßnahmen, mit deren Hilfe die Bourgeoisie zu Boden geworfen wurde und sich für besiegt erklären mußte. Erst hierauf konnte man zur richtigen marxistischen Methode der Wirtschaftspolitik zurückkehren und von neuem in Form von Verpachtungen eine Atmosphäre der Warenproduktion und der Warenbewegung schaffen, eine Atmosphäre, die von der Privatinitiative um den Grundblock der staatlichen Industrie und des staatlichen Handels geschaffen werden muß. Dieses ist unsere neue Wirtschaftspolitik.

Die neue Wirtschaftspolitik ist die Rückkehr auf den realen Weg, den die kommunistische Ordnung überall und besonders in einem

Lande wie Rußland gehen kann. Gewiß, diese neue Wirtschaftspolitik birgt schreckliche Gefahren in sich. Wir geben den von uns wie in dem arabischen Märchen in die Flasche getriebenen Geist des Kleinbürgertums wieder frei, und dieser Geist wächst schon jetzt zu einem Giganten empor, dient uns und fügt sich wider Willen unseren Befehlen, schafft aber gleichzeitig eine Menge Widerwärtigkeiten, die mit unserem Programm durchaus nicht in Einklang stehen, und träumt davon, wie er Herr des ihn bannenden Zaubers werden könne. Auf der verhältnismäßig noch kleinen Insel der ehrlichen Privatproduktion breitet sich der stinkende See der Spekulation aus und aus ihm steigen die vergifteten Gase des kleinbürgerlichen Geistes empor.

Die neue Wirtschaftspolitik bedeutet jedoch nicht eine neue Politik. Auf dem Gebiete der Macht werden diesem entfesselten Kleinbürger nicht die geringsten Konzessionen gemacht werden. Er kann als Pächter und Agent arbeiten, er kann bedeutende Gewinne einheimsen, doch er bleibt immer ein rechtloser Bürger zweiter Sorte und wird nicht zu den Sowjetwahlurnen zugelassen werden, am allerwenigsten jedoch zur Leitung des russischen Staatsschiffes. Ebenso wird er auch auf dem Gebiet der Ideologie eine energische Zurückweisung erfahren, denn in Wahrheit beginnt schon in normalen Verhältnissen oberhalb des Kommunismus und unterhalb der Bourgeoisie der letzte Kampf in Rußland um die Ökonomie des Landes, um die öffentliche Meinung nicht nur der Werktätigen, sondern auch der mittleren Elemente um die Stimmungen und Ideale des heranwachsenden Geschlechts. Und hier ist es an der Zeit, zur summarischen Vereinigung der Kulturaufgaben und der Kulturarbeit überzugehen.

Die Sowjetmacht ist sich völlig bewußt, daß die wahre Demokratie, die wirkliche Macht der werktätigen Volksmassen, die von dem Sowjetregime aufgerichtet wurde, nur dann ihren vollkommenen Ausdruck finden wird, wenn das Niveau der Volksbildung gehoben wird. Hierbei muß die Aufmerksamkeit auf zwei Aufgaben gelenkt werden.

Vor allem kann das Proletariat nicht Herr des Landes werden im Sinne eines guten Wirtschafters und bleibt im besten Falle Herr lediglich im Sinne eines Besitzers, wenn es aus seiner Mitte nicht eine bedeutende Schicht Spezialisten für alle Gebiete der gewaltigen Staatsgeschäfte hervorbringt, wenn es sich

von der alten Kultur nicht alle die genauen Kenntnisse und technischen Fertigkeiten aneignet, die teilweise die Bourgeoisie selbst, teilweise die Gruppe der bei ihr in Sold stehenden Intelligenz besaßen.

Gewiß hat das Proletariat die Möglichkeit, teils durch Gewalt, teils durch Dingung seinerseits die breiten Kreise der Spezialisten zum Dienst heranzuziehen. So muß offen gesagt werden, daß der dem Proletariat fremde Spezialist, der bei allen unseren Leiden und bei aller Besserung der Beziehungen zwischen der Sowjetmacht und ihm nur in vereinzelt Fällen seine Aufgaben mit völliger Gewissenhaftigkeit erfüllt, nicht die Person ist, die die Fragen über die tatsächliche und praktische Lage der Wirtschaftsführung für das Proletariat befriedigend lösen könnte. Genosse Bucharin erklärte während des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre mit vollem Recht, daß von der Schnelligkeit der Formierung und von der Qualifikation dieser Schicht, dieser höchsten Schicht des Proletariats, letzten Endes das Schicksal der Revolution abhängt, wenigstens soweit man diese in isolierter Gestalt, im Rahmen des russischen Problems nimmt.

Daneben gibt es eine andere Aufgabe von weittragender Bedeutung. Das russische Volk ist in seiner Mehrzahl dunkel und unwissend, nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Schuld der früheren Regierung. Sein früheres Analphabetentum muß unbedingt liquidiert und dafür Sorge getragen werden, daß die neue Generation eine einigermaßen befriedigende Schule durchmacht, damit diese elementare und technische Schule, wie die folgenden Bildungsstufen, die dem Proletariat immer zugänglich werden, gleichzeitig von Elementen kommunistischen Selbstbewußtsein durchdrungen werden.

Die allgemeine und politische Aufklärung der Volksmassen ist auch außerhalb der Schule, d. h. bei der Arbeit unter den Erwachsenen und den heranwachsenden Geschlechtern von riesiger Bedeutung.

Von Anfang an ging die Sowjetmacht an diese Aufgaben mit großer Begeisterung heran, Universitäten und Politechniken entstanden in großer Menge. Mehr als 600 Kurse, die der Hebung des Niveaus der Arbeit dienten, wurden in ganz Rußland eingerichtet. Es wurden Arbeiterfakultäten geschaffen, d. h. besondere Vorbereitungsschulen, die den Proletariern den direkten Zutritt zur Uni-

versität ermöglichen, und die mehr als 40 000 Studenten dieser Art hervorbrachten.

Doch schon vor Einführung der neuen Wirtschaftspolitik zeigte es sich, daß im Lande weder genügend Lehrkräfte für eine Durchführung der Aufgaben auf solch breiter Basis, noch genügend materielle Mittel vorhanden waren. Die Lasten der Ausbesserung, Heizung und Versorgung auch nur der ältesten Universitäten, wie auch nur einer einigermaßen zufriedenstellenden Entlohnung der Lehrkräfte konnte der Staat nicht auf sich nehmen. Die Lage der Studentenschaft sowohl in den Universitäten selbst, als auch in den Arbeiterfakultäten war sehr schwer. Die neue Wirtschaftspolitik, die eine klare und objektive Rechenschaftsablegung erfordert, unterstrich den außerordentlichen Umfang unserer Arbeit auf dem Gebiete der Volksaufklärung. Es mußten Einschränkungen vorgenommen werden, das Netz der höheren Lehranstalten wurde bedeutend zusammengezogen, ihre Lage gefestigt. Augenblicklich kann die Lage der Gelehrten in Rußland als befriedigend angesprochen werden.

Verbessert wurde ebenfalls die Lage der Studenten der Arbeiterfakultäten, was durch eine Verminderung ihrer Zahl auf 30 000 erreicht wurde. Die Aufnahme der Studentenschaft hat eine Einschränkung erfahren, dafür wird sie jedoch ausschließlich Proletarier aufnehmen. Die Zahl der Kurse für die Arbeiter ist vielleicht zu sehr verringert worden, doch dafür erstehen immer mehr Fabriklehrschulen die, wie wir hoffen, bald alle in Fabriken und Betrieben arbeitenden Jungproletarier umfassen werden. Hierbei muß besonders die Existenz eines großen Netzes von Gouvernements- und Kreisparteischulen erwähnt werden, die sozusagen eine mittlere kommunistische Ausbildung geben, und das Bestehen von vier großen Parteiuniversitäten: die Swerdlow-Universität in Moskau, die Sinowjew-Universität in Petrograd, die der Völker des Ostens und die der Völker des Westens.

Hier ist hinzuzufügen, daß auf dem Gebiet der sozialökonomischen Ausbildung, wo die von uns geerbte Wissenschaft in erheblichem Maße ein bürgerliches Falsifikat darstellt, wo der wissenschaftliche Unterricht oft bei dem gewissenhaftesten Verhalten der Gelehrten sich in eine tatsächlich konterrevolutionäre Propaganda verwandelt, — die Sowjetmacht nicht nur bemüht war, diesen Gelehrten eine möglichst große Anzahl marxistischer Theo-

retiker gegenüberzustellen, sondern auch das Institut der Roten Professur gründete, was schon nach der ersten Entlassung der Schüler dieses Lehrfaches diese Seite der Angelegenheit ganz bedeutend bessern wird.

Fassen wir alles über das Gebiet des Kampfes des Proletariats um die Macht, über das Gebiet der Ausbildung einer neuen, mit dem proletarischen Bewußtsein untrennbar verbundenen, und aus ihm hervorgehenden Intelligenz Gesagte zusammen, so können wir sagen, daß hier verhältnismäßig alles günstig steht und ziemlich bemerkenswerte Resultate erzielt worden sind.

Schlechter steht es mit der politischen Aufklärungsarbeit der Massen, in die wir auch die reine Aufklärungsarbeit, d. h. die Liquidierung des Analphabetentums einbezogen haben. Immerhin hat der dem Analphabetentum erklärte Krieg den Erfolg gehabt, daß die verantwortlichen Organe der Sowjetmacht das Analphabetentum in der Armee vollkommen beseitigt und außerdem mehr als 2¼ Millionen Personen der übrigen Bevölkerung das Lesen und Schreiben gelehrt haben. Wir hofften, das Tempo dieser Arbeit beschleunigen und mit dem Analphabetentum in 15 bis 20 Jahren völlig aufräumen zu können, doch mußte dieses Tempo im Gegenteil aus Mangel an Mitteln sehr verlangsamt werden. Auch das große Netz der eingerichteten Lesehallen mußte erheblich eingeschränkt werden und heute sind nur wenige von ihnen übrig geblieben. Dagegen konnten sich die während der Revolution in großen Mengen entstandenen Bibliotheken auf der erreichten Höhe halten und dürften noch weitere Verbesserungen erfahren. Trotz alledem sind heldenhafte Anstrengungen nötig, um im Staatsbudget und in den örtlichen Budgets genügend Mittel freizumachen, um die geschwächte Front der Massenaufklärungsarbeit bis auf bessere Tage aufrechtzuerhalten. Die Schwächen liegen natürlich nicht in dem Mangel an Begeisterung oder in dem Mangel an Leuten. Das erste Jahr, in dem wir zur Liquidation des Analphabetentums schritten, hat gezeigt, daß der Plan unbedingt ausgeführt worden wäre, hätten die nötigen Mittel zur Verfügung gestanden. Nur die Verarmung läßt hier die Entwicklung einer titanischen Arbeit nicht zu.

Dasselbe trifft in noch höherem Maße auf die Schulen zu. In der ersten Zeit verkündete die Sowjetmacht die Schaffung der Ein-

heitsarbeitsschule, die unbedingt der höchste jemals von einem pädagogischen Gedanken ins Leben gerufene Typ eines Ausbildungssystems ist, und sie schritt auch zur praktischen Verwirklichung dieser Aufgaben, indem sie das Land mit einem Netz von Lehrkursen für die Ausbildung des Lehrpersonals überzog und die Elementarschulen, teilweise aber auch Schulen zweiten Grades, die über denen stehen, die wir übernommen haben, beständig vermehrte.

Es muß berücksichtigt werden, daß diese mit großer Begeisterung vorgenommene Verbreiterung und Verbesserung der Schulen mit den schwersten Kriegsjahren zusammenfielen. Wir hofften, bei Beendigung des Krieges auf neue Impulse auf diesem Gebiete rechnen zu können, doch in Wirklichkeit machte uns der Krieg zu Opfern der schwersten Verpflegungs-, Industrie- und Finanzkrisis. Die Republik, so hoffte man, würde nach dem von ihr bestandenen heldenhaften Kampf freier aufatmen können. Aber sie fand das Haus, das sie beschützte, als Ruine vor.

Und in diesem Jahr, als sich so viel Parteilute und Institutionen dahin äußerten, daß die Aufgabe des Kampfes gegen die Ideologie der Bourgeoisie, die unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik wieder zu wachsen beginnt, die unaufschiebbarste Aufgabe sei, mußten die kommunistischen Kulturarbeiter von den höchsten Vertretern der Regierung die traurige Nachricht vernehmen, daß die Krisis in der Schwerindustrie und im Transport wahrscheinlich alle flüssigen Mittel des Staates verschlingen werde und daß, da das Steuersystem noch nicht geordnet ist und über die zur Verfügung stehenden örtlichen Mittel noch keine Klarheit herrscht, das offenbar riskante Experiment, alle Elementarschulen der Finanzierung durch die örtlichen Budgets zu überlassen, fortgesetzt werden müßte.

Die Lage der Lehrer, der Zustand der Kinder in den Kinderheimen, dies alles bleibt äußerst unbefriedigend, und dabei führte der Hunger dem Staate mehr als 600 000 der Unterstützung ihrer Familien beraubte Kinder zu. Doch auch hier muß gesagt werden, daß es sich nicht um Fehler handelt, die einige gern konstatieren möchten, auch nicht um irgendeine Krisis, die in den Leuten selbst liegt. Auch hier natürlich, wie auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft und der allgemeinen Politik lernt die neue Volks-

macht und begeht Fehler, und nur langsam eignet sie sich Erfahrung an.

Doch alle einzelnen Tatsachen, vor denen wir stehen, der Typus der einzelnen Anschauungsschulen und Kinderkolonien, die Ausarbeitung außerordentlich elastischer, von neuem Geist erfüllter Programme, die Schaffung vieler neuer, den Anforderungen unserer Schule entsprechender Lehrbücher, dies alles beweist klar, daß das Aufklärungswerk in Rußland mit Siebenmeilenschritten vorwärts schreiten wird, sobald die rein materiellen Hilfsquellen eine Erhöhung erfahren.

Trotz dieser schwierigen Lage auf dem Gebiete der Aufklärung hat die Republik der Arbeiter gegenüber den höheren Formen der Wissenschaft und Kunst nicht den geringsten Vandalismus gezeigt. Eingedenk des rührenden Schutzes des Louvre durch die Pariser Arbeiter, der uns vorangegangenen Kommune, als eines Symbols des tiefen kulturellen Wesens des Proletariats, bewahren wir im allgemeinen in völlig befriedigendem Zustand die von den Zaren, Herren und Klöstern angehäuften gigantischen künstlerischen Kleinode. Wenn die Museen auch des öfteren darunter leiden, daß die nötigen Ausbesserungen in ihnen nicht vorgenommen werden können, so sind doch diese Zarenpaläste, die eine unerschöpfliche Quelle für das Studium der Geschichte, des Seins und der Kunst sind, im großen und ganzen in einem Zustand bewahrt geblieben, der die sie besuchenden Ausländer in Erstaunen setzt. Die revolutionären Stürme mit ihren Ausschreitungen, ihrem immer mehr verschwindenden Vandalismus haben dank der Bemühungen der Sowjetmacht die hauptsächlichsten Kleinode des Landes nicht berührt. In gleicher Weise sind die wissenschaftlichen Kunstinstitute, die die einen oder anderen dem Proletariat wertvollen Traditionen bewahren, in einem durchaus befriedigenden Zustand geblieben, was in Anbetracht der geringen Mittel, die für sie aufgewendet wurden, und der außerordentlich schwierigen Lage des Landes direkt verwundern muß.

Daneben kam der Staat allen Neuerungen auf dem Gebiet der Kunst entgegen, unterstützte nach Kräften die erfolgreicherer Versuche der formalen Kunst, gleichzeitig aber auch die Versuche der von dem Feuer unserer Revolution durchdrungenen revolutionären Kunst.

Überhaupt verstand es das Land, auf dem Gebiete der Wissenschaft nicht nur seinen

wissenschaftlichen Apparat zu erhalten, sondern es schuf auch neue Institute, die neben den besten Lehrapparaten der Welt einen ehrenvollen Platz einnehmen können. Solche Institute sind das Röntgenforschungs-radiographische Institut in Petrograd, das optische Institut in Petrograd, die Bergakademie in Moskau u. a.

Zusammenfassend kann ich sagen: Die Hauptanstrengungen der ersten drei Revolutionsjahre waren auf die innere und äußere Verteidigung gerichtet. Die Erfolge auf diesem Gebiet sind riesig, sie grenzen an ein wirkliches Wunder. Das Land hat die Kämpfe siegreich überstanden, es existiert und geht zu den nächsten Aufgaben über.

Die Sowjetdiplomatie versucht Vorteile aus den militärischen Erfolgen zu ziehen, und wenn noch keine durchaus konkreten Resultate aufzuweisen sind, so haben wir dennoch die Anerkennung der ersten Arbeiterrepublik als Großmacht durchgesetzt und uns die Sympathien aller ehrlichen Leute gewonnen.

Auf dem Gebiete der Agrar- und Individualwirtschaft hatten wir mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen. Es mußte das Todeelement des Hungers besiegt werden. Die Lage läßt sich hier bei weitem noch nicht günstig nennen. Alle Kräfte müssen vorläufig auf den Kampf an den wichtigsten Punkten dieser, wie wir sie nennen, zweiten Kampffront gegen die Zerrüttung konzentriert werden. Doch alles beweist uns, daß trotzdem heute der vom Marxismus vorgezeigte Weg der Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die Kommandohöhen der Schwerindustrie, auf die Ausübung des Handels durch die Ge-

nossenschaften und die von uns angestrebte Annäherung an das Bauertum, daß dies alles schließlich selbst bei einem Ausbleiben ausländischer Anleihen zu einer vielleicht langsamen, doch sicheren Gesundung des Landes führen wird.

Auf dem Gebiete der Kultur sind die chaotischen, doch glänzenden Schöpfungen der ersten Jahre von einer vertieften, man könnte fast sagen finsternen Arbeit, die ihre Ursache in der äußersten Armut der Republik hat, abgelöst worden. Doch im Proletariat lebt das tiefe und durch Beispiele bewiesene Bewußtsein, daß, sobald die ersten realen Siege an der zweiten Front es ermöglichen, die moralischen und materiellen Kräfte an die dritte Front zu werfen, hier ebensolche herrlichen Siege errungen werden, wie an der ersten Front — der Front der Verteidigung der Republik durch die Waffe.

Sich den Schweiß von der Stirn wischend, blickt das Arbeiterrußland auf diese unerhört schweren und unendlich ruhmvollen Jahre zurück. Finster, der bevorstehenden Schwierigkeiten bewußt, blickt es in die Zukunft. Doch in diesem Blick liegt keine Furcht, aber auch kein unverständiges Selbstbewußtsein, denn es ist sich der bevorstehenden Schwierigkeiten voll bewußt. In diesem in die Zukunft, auf den fünften Jahrestag seiner Siege gerichteten Blick liegt genügend Kraft und Glauben an sich, daß die Welt mit Achtung und Vertrauen auf dieses Antlitz des proletarischen Kämpfers und Schöpfers blicken kann.

A. Lunatscharski.

Politik und Parteien in Großbritannien.

Die Fragen der inneren Politik eines Landes werden naturgemäß immer in gewissem Grade für den Außenstehenden ein Gegenstand der Verwirrung sein. Doch nicht nur das, auch die Abgrenzung der verschiedenen politischen Parteien, wie die sozialwirtschaftlichen Faktoren, denen diese ihr Dasein verdanken und die weiterhin hinter ihnen stehen, sind, und dies notwendigerweise, schwer zu verstehen. Ist es doch schon schwer genug für den erfahrenen Beobachter der Geschehnisse im Lande selbst, Schritt zu halten, besonders in der jetzigen Zeit kaleido-

skopartigen Wechsels und unaufhörlicher Szenenveränderungen auf der Bühne der bürgerlichen und halbbürgerlichen Politik. Selbst wenn jemand in einem Lande die Namen und die führenden Persönlichkeiten der verschiedenen Parteien eines anderen Landes kennt — nehmen wir an, ein Engländer kenne die in Frankreich oder Deutschland —, so sagen ihm die Namen der Parteien doch wenig oder nichts über die Ziele und Bestrebungen der politischen Persönlichkeiten, deren Aktivität in ihnen angenehmerweise ihren Ausdruck findet.

Es muß verwirrend sein für einen Deutschen, für einen Russen oder für einen Franzosen, den Versuch zu machen, über das Verhältnis der politischen Parteien in Großbritannien zueinander, gerade im gegenwärtigen Moment, ins klare zu kommen, und die Tatsache, daß er sie auf dem vergleichsweise stabilen Hintergrund der britischen parlamentarischen Geschichte betrachten mag, ist nicht dazu angetan, ihm das Verständnis zu erleichtern.

In Großbritannien wie in den Vereinigten Staaten waren die Parteien bis in die neueste Zeit verhältnismäßig scharf abgegrenzt, und ihre Zahl war beschränkt.

In diesen angelsächsischen Ländern herrschte, allgemein gesprochen, das Zweiparteiensystem. Die Vereinigten Staaten waren, mit gewissen Abweichungen natürlich, infolge ihres merkantil-bürgerlichen Ursprungs der politische Ableger des Mutterstaates, des vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland.

Die beiden Häuser des englischen Parlaments (das nach 1717 mit dem schottischen Parlament, und zwar das Ober- und Unterhaus, verschmolzen wurde) haben seit der Regierung Heinrichs VIII. und seit der Reformation in Kammern getagt, wo die die königlichen Minister unterstützende Partei auf der rechten, und die oppositionelle Partei auf der linken Seite saß, und zwar vom Thron aus gesehen, im Oberhause, und vom Platze des Speakers (oder des Präsidenten) aus, im Unterhause. Dieses Arrangement hat sich im Laufe der Jahrhunderte so fest eingebürgert, daß bei der Errichtung neuer Parlamentsgebäude in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts ihrer Struktur die alte Form zugrunde gelegt wurde. In anderen Ländern tagen die Parlamente in theatermäßig konstruierten Kammern, in denen sich die Partefraktionen — wir sprechen bei uns nie von Partefraktionen — in der Art verteilen, daß sie eine Rechte bilden, ein rechtes Zentrum, ein linkes Zentrum, eine äußerste Linke usw. Bei uns hatten wir zwei Parteien, die einander gegenüber saßen, je nachdem, ob sie die Minister des Königs unterstützten oder die Opposition Seiner Majestät bildeten. Im XVII. Jahrhundert waren es die Royalisten und die Verfechter des Parlamentarismus, im XVIII. die Tories und die Whigs, im XIX. waren es die Konservativen und die Liberalen. Von Zeit zu Zeit verwischten sich die Grenzlinien, im allgemeinen waren jedoch immer zwei Parteien zu unterscheiden mit — wenngleich

ihre Namen sich änderten — kontinuierlicher Existenz. Dieser Stand der Dinge erklärt sich aus der Tatsache, daß seit 1690 in England und seit 1746 in Schottland die politische Macht völlig in den Händen der Bourgeoisie lag. Der Feudalismus verschied in England im XVI. Jahrhundert, die Kirche wurde dem König unterstellt, der die konfiszierten Kirchengüter an seine Günstlinge gab und mit ihnen zusammen daran ging, die Wirtschaft einer auf dem Profit beruhenden Agrarproduktion zu entwickeln. Im XVII. Jahrhundert brachten die Grundeigentümer und die neue, auf dem Handel mit den Agrarprodukten beruhende Bourgeoisie die königliche Exekutivgewalt unter ihre Botmäßigkeit. Im Beginn des XVIII. Jahrhunderts beschränkt die gesamte herrschende Klasse in England und Schottland im Bunde mit dem Amsterdamer Leihkapital begeistert den Weg der Handels- und Kolonialausbeutung.

Länger als zwei Jahrhunderte hindurch entsprach die Organisation der ganzen Wirtschaft Großbritanniens bürgerlichen Grundsätzen. Der König war gleichzeitig ein Sinnbild der Autorität, bestimmt, auf die untere Klasse Eindruck zu machen, eine Barriere, um den Aufstieg irgendeines bürgerlichen Magnaten, oder einer Gruppe von solchen zur höchsten Macht auf Kosten der übrigen zu verhindern, und ein Magnat, der aus allen Teilen der „Nation“ die Elemente an sich zog, die der Verknüpfung aller Klassen zu einer nationalen Einheit und zur Loyalität der Krone gegenüber dienen.

Irre man sich nicht, der britische Staat ist so organisiert, daß seine Gewalt überall hinreicht, während er gleichzeitig alle sozialen Interessen der Bourgeoisie zu einem systematisierten Ganzen verknüpft.

Großbritannien hatte den Vorteil seiner insularen Lage, mit dem Resultat, daß ohne Störung durch Invasionen oder Gebietsabtrennungen seine Herrscher in der Lage waren, auf die für Frankreich charakteristische Zentralisation zu verzichten und gleichzeitig jeden Schein eines Partikularismus auszuschneiden, der der Fluch Deutschlands gewesen ist. Wenngleich das Keltische in einigen Teilen Schottlands noch im Gebrauch ist und in Wales das Wallisische noch sehr viel gesprochen wird, so war doch der Staat während der letzten anderthalb Jahrhunderte nie genötigt, gegen diese Sprachen, als seiner Autorität schädlich, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen.

Neben dieser augenscheinlichen Förderung der spontan und fast unbeabsichtigt realisierten nationalen Einheit begünstigten die natürlichen geographischen Umstände erstens die Entwicklung eines enormen Überseehandels und damit, als eine Quelle von Kapital und als ein Ausweg, die Entwicklung einer immensen industriellen Produktivität. Die britische Bourgeoisie stand sich so glänzend, daß sie sich in ihren eigenen Reihen als Gentleman geben und auch ihren Proletariern erträgliche, ja sogar vergleichsweise gute Arbeitsbedingungen und Löhne zugestehen konnte.

Wir haben in unserem Lande dank dem Umstand, daß die großen Grundbesitzer es waren, die sich den König unterwarfen, keine Bauernschaft. Die größeren Landlords, in ihrer Gier nach Profiten aus Wolle und aus Korn, verjagten die meisten ihrer Pächter und machten auch den kleinen Bodeneigentümern ihre weitere Existenz als Bauern unmöglich. Dabei empörten sich diese beiden Klassen jedoch nicht. Sie zogen einfach in die Fabrikstädte oder richteten sich mit Hilfe ihres kleinen Kapitals einen Handel oder eine Manufaktur ein, oder sie wanderten aus, um in den jungfräulichen Ebenen Nordamerikas Riesenfarmen zu gründen. Ähnlich war es mit den Landlords, als die Aufhebung der Woll- und Kornzölle den Wert ihrer Güter herabdrückte. Entweder bezogen sie weitaus größere Beträge an Grundrente aus ihrem in London, Liverpool, Leeds und anderen Städten gelegenen Bodenbesitz, oder sie investierten ihre akkumulierten Renten in Bodengesellschaften, Eisenbahnen oder in den Kolonien. So hat es für uns kein Agrarproblem gegeben, das auf dem Kontinent entweder an der Basis der Gesellschaft oder an ihrer Spitze zu lösen war.

Das erklärt die Schwäche der „Diehard“-Gruppe, deren Organ die „Morning Post“ ist, und als deren Führer der Herzog von Northumberland und der Marquis of Salisbury gelten. Die „Morning Post“ ist natürlich antisemitisch, aber in einer rührenden und höchst unoriginellen Manie begnügt sie sich, hinter dem Monseigneur Youin und seinen französischen Brüdern herzuhinken. Einen großen Teil ihres Platzes widmet sie Fuchsjagden, der Landdrainage und ähnlichen Gutsbesitzergeschäften und -interessen. Aber ihr bester Nachrichtendienst betrifft den — Geldmarkt.

Der Herzog von Northumberland wurde, als Bob Smillie in seiner Eigenschaft als Mitglied

der Untersuchungskommission für die Kohlenindustrie die Kühnheit hatte, ihn einem Kreuzverhör zu unterziehen, sehr ungehalten und blamierte sich nachher nicht wenig, zum deutlichen Mißvergnügen und zur Verwirrung seiner Mitpairs. Was den Marquis of Salisbury betrifft — nun, dieser zählt nicht. Er ist der Sohn seines Vaters, sonst nichts.

Wir brauchen uns infolgedessen um diese Gruppen nicht weiter zu kümmern. Möglich, daß im Falle einer Zuspitzung der Verhältnisse es auch bei uns zur Bildung von Organisationen in der Art der faschistischen kommt. Angesichts der Konnexion des englischen und italienischen Finanzkapitals ist dies sogar nahezu gewiß. Aber wenn auch an diesem Tage die „Morning Post“ als ihr Pionier wird paradiere wollen, so werden doch die wirklichen Inspiratoren und Geldgeber ganz wo anders zu suchen sein als bei diesen „Diehards“, die sich in die Rolle von Teufelkerlen hineinträumen.

Um nun aber zur Hauptgruppe der konservativen Faktoren in der britischen Politik zu kommen, so ist diese eine Verbindung dreier Elemente: der Tories, der Konservativen und der Liberal-Unionisten. Um die ökonomischen und sozialen Wurzeln jeder dieser Elemente zu entdecken, müssen wir bis auf den Ausgang des XVIII. Jahrhunderts zurückgreifen, auf jene Tage, in denen die Höchstehrenden die Ostindienkompagnie, die Türkische Kompagnie und andere privilegierte Handelskompagnien den Grund legten zum indischen Kolonialreiche und dem britischen Einfluß im Osten.

Die Tories, d. h. der reaktionärere Teil der Konservativen Partei im XIX. Jahrhundert, rekrutierten sich aus den Mitgliedern dieser Kompagnien, ihren Söldlingen und der landbesitzenden und an Wolle und Korn profitierenden Großbourgeoisie, die niemals den Nervenchock verwinden konnten, den ihnen die französische Revolution verursacht hatte, und lange nicht die ihren Taschen zugefügte materielle Beleidigung infolge der Aufhebung ihrer Vorrechte durch die neue Handels-Oligarchie. Die Tories des XIX. Jahrhunderts rekrutierten sich nicht so sehr aus den Tories des XVIII. Jahrhunderts als aus ihren privilegierten Opponenten der Whig-Oligarchie. Die heutigen Tory-Elemente sind die Nachfolger dieser und all jener, die einst liberal, heute allen Neuerungen voller Mißtrauen und Feindschaft gegenüberstehen. Die Konservativen sind im we-

sentlichen die Schöpfung des großen Sir Robert Peel. Sie datieren seit der Annahme der Reform-Bill im Jahre 1832 und bestanden ursprünglich aus all den Elementen der Tory-Partei, die die Unmöglichkeit der Rückkehr zu dem alten und beschränkten Wahlrecht einsahen, das allen nicht landbesitzenden Bevölkerungsschichten die Möglichkeiten politischen Einflusses versperrte. Sie umfaßten alle, die sich dafür entschieden hatten, die neue Verfassung anzunehmen, dabei aber entschlossen eintraten für eine allmähliche Durchführung der Reformen, für die Vermeidung radikaler Änderungen, und die, was ihnen an der alten Ordnung am besten schien, zu „konservieren“ trachteten. Sie wurden verstärkt aus den Reihen der Kaufleute, besonders der mit den neuen Manufakturinhabern Kauf- und Verkaufsgeschäfte machenden, und den einheimischen Bankiers. Zu ihnen zählten unter anderem die Baring und die Glyn. Es war die Schule, der sich Benjamin Disraeli anschloß. Es war die Partei des Marquis of Salisbury und später des Earl of Balfour. Es war und ist die angesehenste und gefestigste Partei in der britischen Politik.

Die Liberal-Unionisten (oder Unionisten, wie sie meist genannt werden), die in neuerer Zeit ihre Selbständigkeit eingebüßt haben und in den Konservativen aufgegangen sind, trennten sich im Jahre 1886 von der Liberalen Partei unter dem Vorwande, daß sie die Politik der Zugestehung der Home Rule an Irland nicht unterstützen könnten. Das war indessen nur ein Vorwand und nicht die wirkliche Ursache. Ihre Führer wußten sehr gut, daß die internationale Lage und die erneut auftauchenden diplomatischen Schwierigkeiten mit Frankreich und Rußland die Versöhnung mit dem irischen Nationalismus, dessen Fonds sich in Paris befanden — mittels ökonomischer und politischer Reformen notwendig machten. Aber der Gedanke der Schaffung einer von den Klerikalen beherrschten Regierung erboste den Freimaurerorden, dem sich weite Kreise der britischen Großbourgeoisie während der Jahre unmittelbar vor der Home Rule-Spaltung angeschlossen hatten. Die Orange-Logen in Ulster und Schottland sind und waren seit langem Zitadellen des Freimaurertums. Dessen Einfluß, zusammen mit dem persönlichen Gegensatz Chamberlains zu Gladstone, bestimmten den Zeitpunkt und den unmittelbaren Anlaß der Spaltung. Die wirkliche Ursache war jedoch zu suchen in der veränderten Haltung der kosmopolitischen Fi-

nanziere und ihrer Freunde und Verbündeten in der Aristokratie gegenüber den Problemen der auswärtigen und kolonialen Politik. Die Rothschild, Goschen, Sassoon und ihresgleichen auf der einen Seite, und die Söhne der Herzöge von Abercorn, Devonshire und ihresgleichen auf der anderen Seite wünschten ein machtvolleres Einsetzen der britischen politischen Macht für die Verteidigung und Förderung ihrer Kapitalsanlagen in Ägypten und in anderen Teilen der Welt, als Gladstone zuzugestehen geneigt war. Zu diesen Elementen stießen die Eisenbahnindustriellen von Liverpool und Manchester, die Unternehmer der Messer- und Waffenschmiede-Industrie, die Metallindustriellen von Birmingham und die Unternehmer der chemischen Industrie von Glasgow. Im Verlauf von 35 Jahren haben sich diese Interessengruppen mehr und mehr den Konservativen angeschlossen; gegenwärtig aber beginnt sich eine deutliche Verschiedenheit, sagen wir zwischen dem Earl of Balfour und M. Austin Chamberlain, zu manifestieren. Sie stehen in dauerndem Bündnis miteinander, aber sie sind sich nicht völlig einig.

Während der letzten zehn Jahre wurde in die Reihen der Liberal-Unionisten ein neues und sehr einflußreiches Element eingeführt, das sie bis zu einem gewissen Grade mit den jetzt Lloyd George unterstützenden Liberalen teilen: die schottisch-kanadischen Unionisten unter Führung von Bonar Law und Lord Beaverbrook. Das sind die Vertreter jener Interessen, die ihre Vermögen der Eisenbahntwicklung, der Bodenspekulation, der Förderung des Städtebaues und dem Industrialismus in Toronto, Winnipeg, Calgary und Vancouver verdankten. Noch vor einem halben Jahrhundert waren sie und ihre Väter nichts anderes als schottische Kleinbürger oder standen im Beginn ihrer Karriere in Kanada. Auf dem Wege legaler Manipulationen und politischer Schiebungen in Ottawa und den Provinzialversammlungen Kanadas gelangten sie, faktisch ohne dafür zu zahlen, in den Besitz ausgedehnter Prärie-, Wald- und Bergwerksländereien mit ungeheuren Möglichkeiten der Weizenerzeugung und fabelhaftem Reichtum an ungeschnittenem Holz und allen Arten Mineralien. Sie sind heute die Eigentümer riesiger Domänen, dank deren unübersehbaren Reichtümern sie über eine furchtgebietende finanzielle Macht verfügen, die sie dazu benutzen, um sich die Kontrolle über das Imperium zu kaufen. Es war ihr großer Vor-

kämpfer und ökonomischer Führer, Lord Strathcona of Mount Royal (ließ Montreal!), der im Jahre 1901 von der Regierung Balfour-Chamberlain mit der Promotion der Gesellschaft betraut wurde, aus der sich später die Anglo-Persian Oil Company" entwickelte. Sie sind die Eigentümer des „Daily Express“ und des „John Bull“, und man sagt ihnen den Wunsch und die Absicht nach, auch die „Times“ in ihre Hände zu bringen.

Wir müssen uns jetzt den Gruppen der Bourgeoisie zuwenden, die, wie immer auch ihre gegenwärtige Orientierung sein mag, sich selbst für Liberale halten und sich als solche bezeichnen. Es sind dies die folgenden Gruppen: die Koalitions-Liberalen, die hinter Lloyd George stehen, und die Frei-Liberalen, deren Führer Sir Donald Mac Lean und Mr. Asquith sind. Die Koalitions- oder National-Liberalen, wie sie auch genannt werden, beanspruchen noch immer, Angehörige derselben Liberalen Partei zu sein, und führen einen heftigen Kampf um die Kontrolle der Organisation und des Wahlapparates dieser Partei. Sie haben diese Kontrolle indessen offensichtlich verloren, während die Frei-Liberalen ihrerseits nur über eine schwache Presse und, im Verhältnis zu ihrem Bedarf, ganz unzulängliche Mittel verfügen.

Das Hauptorgan der Koalitions-Liberalen ist der „Daily Chronicle“, das führende Blatt der Frei-Liberalen oder „Wee Frees“, wie sie sarkastisch genannt werden, sind die „Daily News“. Der „Manchester Guardian“ nimmt eine Sonderstellung ein. Er unterstützt im ganzen die Frei-Liberalen, aber er sympathisiert auch mit dem rechten Flügel der Labour Party, mit den Frei-Konservativen von der Art Lord Robert Cecils und dem Unabhängig-Liberalen Viscount Grey. Der Ursprung und die Entwicklung der Koalitions-Liberalen bilden ein interessantes Studienobjekt in bezug auf die sozialen und politischen Auswirkungen ökonomischer Faktoren in einem Übergangsstadium. Um ihre Stellung richtig zu verstehen, müssen wir 25 oder 30 Jahre zurückblicken. Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre entstanden in unserem Lande eine Art Investierungsagenturen, die, wenn sie auch nicht etwas ganz Neues darstellten — denn sie ähnelten in gewisser Beziehung dem Kredit-Mobilier — doch in Großbritannien wenig bekannt waren. Es waren dies die Investierungs-, Kredit- oder Finanzierungskompagnien, die nicht nur ihr eigenes Kapital für die Entwicklung aller

Arten von Unternehmen zur Verfügung stellten, sondern die auch die Gelder anderer Leute entgegennahmen und für diese placierten; aber anders als bei den englischen Banken, die bis vor kurzem noch Geld nur gegen Diskont vorstreckten und nur als kurzfristige Kredite, handelt es sich bei ihnen um dauernde Investitionen. Diese Kreditkompagnien hatten in vielem dieselben Funktionen wie die Bank von Paris in Frankreich und die großen „D“-Banken in Deutschland. Da die englischen Banken es ablehnten, die Funktionen der Geschäftsbanken auf sich zu nehmen, schritten Vermögensverwalter, Aktienhändler, Geschäftsleute usw., die den Wunsch hatten, ihnen zur Verfügung stehende freie Kapitalien zur Förderung und Konsolidierung irgendwelcher Unternehmungen zu verwenden, in verschiedenen Gruppen zur Gründung dieser Investierungskompagnien. Sie nahmen nach und nach den eigentlichen Mitgliedern des Geldmarktes den größten Teil des Investierungsgeschäfts aus der Hand. Sehr häufig besorgten sie die Geschäfte von Kaufleuten und Bankiers, die im Hintergrund zu bleiben oder sich vom aktiven Geschäftsleben zurückziehen wünschten. Sie sammelten die Renten, Profite und Gehaltsüberschüsse aller Arten von Eigentümern, von führenden Männern in Handel und Politik und stellten sie als neues Kapital solchen Kapitalisten zur Verfügung, die ihre Unternehmungen zu erweitern wünschten. Manchmal wollte ein großer Schiffseigentümer, wie beispielsweise der verstorbene Lord Farness, oder ein großer Kohlenmagnat, wie der verstorbene Lord Rondra, seine eigenen Kreditkompagnien gründen, sich eines Aktienhändlers bedienen. Das Zusammenbringen des erforderlichen Kapitals übernahmen sie. Auf diese Weise kamen die Farness- und Rondra-Schiffahrts-Kohlen- und Stahlkombination und die Schermaschinen- und Schiffahrtskombination zustande. In anderen Fällen benötigten Männer, wie die Gebrüder Philips oder Sir John Ellerman Kapitalien zum Aufkauf und zur Koordination aller Arten von Konzernen in allen denkbaren Geschäftszweigen.

Die Männer, die diese Investierungsagenturen verwalteten oder in den Jahren zwischen 1889 und 1906 hinter ihnen standen, wurden ungemein kapitalkräftig. Noch waren sie zwar ökonomisch und sozial weit weniger einflußreich als die Rothschild, Goschen, Baring oder viele der Kaufleute und Industriellen, deren Überschüsse sie handhabten. Aber

Der „Führer“.



Arthur Henderson.

Karikatur aus
„Manchester Guardian“.

Die französischen und deutschen Sozialdemokraten nennen Mr. Arthur Henderson „Genosse Henderson“. Soweit geht die Höflichkeit auf dem Kontinent. Die englischen Sozialdemokraten nennen ihn einfach „Henderson“. Soweit geht englische Unhöflichkeit. Alle englischen Sozialdemokraten müssen auf solche Benennungen wie „Mister“ verzichten, und wenn sie es schon tun, so bekommen sie dafür nicht einmal die Bezeichnung „Genosse“.

Bei den englischen Liberalen, heißt er jedoch einfach: „Onkel Arthur“.

sie waren reich genug, um aktiv in die Politik eingreifen zu können.

Sie erhielten Verstärkung durch die Kohlenbergwerksbesitzer und Kohlen-Exporteure von Südwales und Durham mit ihrem unaufhörlich wachsenden Verkauf von Industrie- und Schiffskohle. Diese Magnaten wandten sich dem Reedergeschäft, dem Schiffsbau und der Maschinenindustrie zu, womit sie auch in die Eisen- und Stahlphäre gelangten. An dem gleichen politischen Strange zogen die Jutefabrikanten von Dundee und die Feinbaumwollspinner von Lancashire, die in diesen beiden, rasch zu führender Bedeutung gelangenden Industriezweigen Millionenprofite realisierten.

Endlich war da noch eine solide Phalanx schottischer Kapitalisten und deren einflußreiche Freunde, alle untereinander aufs engste verknüpft durch Familien- oder soziale Bande der einen oder anderen Art, die nach dem Zusammenbruch des Monopols der Ostindienkompagnie deren politische und ökonomische Erben geworden waren, nicht nur in Indien, sondern auch in China, bei dem „Straits Settlement“ und in Borneo. Liberal gemäß der Tradition, die in den Reihen der schottischen Bourgeoisie so viele Jahrzehnte herrschte — eine Tradition, die zusammenhing mit den calvinistischen und im hohen Maße individualistischen religiösen Überzeugungen, zu denen die rauhen materiellen Bedingungen ihres Landes sie einige Jahrhunderte lang prädestinierten, sind diese Kaufleute, Fabrikanten, kleinen Bodenbesitzer, Pastoren und Advokaten das eigentliche Rückgrat des Gladstoneschen Liberalismus gewesen. Sie verfügten über höchst einflußreiche Beziehungen nicht nur in Calcutta, sondern auch in der City von London, in Manchester, Liverpool und Belfast. Sie waren Lord Haldane gefolgt, oder, soweit sie weniger imperialistisch waren, Sir Henry Campbell Bannerman. Als Churchill aus Manchester vertrieben wurde, reservierten sie ihm automatisch einen Platz in Dundee, der großen Textilstadt in Schottland.

Nüchtern, gediegen, streng in ihren Gewohnheiten, mit ihrer unermüdlichen Vorliebe für ernste Beschäftigungen, gelangten sie zu einem Wohlstand, der es ihnen ermöglichte, aus Edinburg — einer Stadt von weniger als 400 000 Einwohnern — den Sitz einer an Bank- und Versicherungsguthaben, an Aktienbesitz geradezu unglaublich reichen und in der imperialistischen Politik machtvollen Bourgeoisie zu machen.

Diese nun: die Magnaten der Investierungskompagnien, die Kohlenexporteure, die Reeder, die Feinbaumwollspinner sowohl, als auch die große Masse der Kapitalisten in Schottland bildeten die Stütze der Liberalen Partei, die das Land von 1906 bis 1916 regierte.

Mit ihnen in dieser Periode und nach 1916 bereit, Asquith in die Opposition zu folgen, waren die Reste der Gladstoneschen Partei: viele Baumwoll- und Wollfabrikanten in Lancashire und Yorkshire, Fabrikanten von Stiefeln, Schuhen, Lebensmitteln, nichtalkoholischen Getränken (die Fabrikanten alkoholischer Getränke waren in England Konservative, in Schottland teils Konservative, teils Liberale), die Bankiers des Baumwollhandels, von denen viele deutscher Herkunft waren. Treue Hilfe fanden die Asquith-Liberalen bei den Quäkern, den extremeren, von der Staatskirche losgelösten religiösen Sekten und, wie schon bemerkt wurde, in gewissen Bankiersfamilien, die ihre Geschäfte mit dem Baumwollhandel machten.

Ebenso wie die Imperialisten der achtziger Jahre Chamberlain folgten, folgten die der Kriegperiode Lloyd George. Während aber Chamberlain als Führer des industriekapitalistischen Elements in der Konservativen und Unionistischen Partei niemals Premier wurde, wurde Lloyd George es sofort, und er blieb seitdem das unbestrittene Haupt der ganzen konservativ - unionistisch - liberalen Koalition. Das erklärt sich daher, daß das aus den Industrieprofiten gespeiste Finanzkapital in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht hat, und daß die verschiedenen Kapitalisten die vereinten und stillen Teilhaber an allen möglichen Industrie-, Handels- und Finanzunternehmungen in allen Teilen der Welt geworden sind.

Von der Liberalen Partei, insoweit diese ihren alten Schlagworten — Freihandel, Vermeidung imperialistischer Abenteuer und jeder chauvinistischen Außenpolitik — treublieb, bröckelte Fraktion nach Fraktion ab, so daß sie nur noch der Schatten ihrer einstigen Größe ist.

Sie hat weder eine große Gefolgschaft unter den Kapitalisten, noch kann sie sich länger auf die respektvolle Sympathie der Arbeitermassen stützen. Diese unterstützen entweder die imperialistische Koalition oder die Labour Party, d. h. insoweit sie in diesem verhältnismäßig zufriedenen Lande, wo der Arbeiter sich hauptsächlich für Pferderennen und Fußball interessiert, überhaupt so etwas, wie ein

ernsthafte und intelligentes Interesse für politische Fragen an den Tag legen.

Wenn wir uns nun der Labour Party zuwenden, so dürfen wir die Tatsache nicht übersehen, daß materielle Ursachen ihre eigenartige Psychologie ebenso bestimmten wie die der anderen politischen Parteien in England. Die Labour Party und die Führer, die sie hervorbrachte, waren die Produkte der sozialen und industriellen Entwicklung des Landes, und die hieraus resultierenden Umstände bestimmten ihre Methoden der Rekrutierung und Organisation.

Die Existenz der Labour Party als unabhängiger politischer Faktor ist weitaus jüngeren Datums als die der Parteien der Arbeiterklasse auf dem Kontinent. Die Geburt der Labour Party war nicht so sehr das Resultat der sozialistischen Propaganda; sie sollte vielmehr die Arbeiter instand setzen, die Erhöhung zweier spezifisch proletarischer Beschwerden zu erzwingen. Als die Labour Party gebildet wurde, gab es im Unterhause bereits eine Gruppe von Arbeitervertretern, die sich der Liberalen Partei angeschlossen hatten und als Liberal-Labour-Gruppe bekannt waren. Zum Teil waren sie 1874 ins Parlament gewählt worden, um die Legalisierung des gewerkschaftlichen Rechtes des Streikpostenstehens zu erreichen, zum überwiegenden Teil saßen sie im Parlament seit den achtziger Jahren, als es um den Achtstundentag und andere weniger lebenswichtige Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen der Kohlenbergarbeiter ging. Die Labour Party oder das Labour Representation Committee, wie es damals hieß, war die bloße Fortsetzung einer alten Tradition, nur mit einer Neigung nach links unter dem Antrieb, vor allem von drei zahlenmäßig unbedeutenden Gruppen sozialistischer Propagandisten: der S. D. F., der Fabian Society und der I. L. P. Das Labour Representation Committee wurde im Jahre 1901 gegründet als Sammelpunkt unabhängiger Vertreter im Unterhause, wo bis jetzt Keir Hardie der einzige Unabhängige war. Als im nächsten Jahre die Gerichte das friedliche Streikpostenstehen für ungesetzlich erklärten, traten die großen Gewerkschaften, unter Führung der Amalgamated Society of Railway Servants (jetzt aufgegangen in der National Union of Railwaymen), gegen die die Gerichtsentscheidung gefällt worden war, dem Labour Representation Committee bei. Noch vor 1906 stattfindende Nachwahlen brachten Henderson, Will Crooks und Shackleton ins

Parlament, und aus den allgemeinen Wahlen 1906 ging das Labour Representation Committee mit 29 Mandaten hervor. Die Führerschaft fiel an Keir Hardie; Shackleton wurde Fraktionsvorsitzender. Während des ersten Jahres ihrer parlamentarischen Existenz war die Labour Party auffallend erfolgreich. Um ihren Forderungen Rechnung zu tragen, brachte die liberale Regierung sofort zwei Gesetze ein: die Industrie-Streitigkeiten-Bill und die Arbeiter-Entschädigungs-Bill. Sie akzeptierte in allen wesentlichen Punkten die von der Labour Party beantragten Änderungen. Und während das Oberhaus die große Bourgeois-Maßnahme dieses Jahres, die Schul-Bill, ablehnte, ließ es die beiden, die Arbeiter betreffenden Bills in der Form Gesetz werden, wie sie das Unterhaus verlassen hatten. „Punch“, das reaktionäre Witzblatt, brachte damals eine äußerst anschauliche Zeichnung, die die Situation ziemlich zutreffend charakterisierte. Das Bild zeigte den Marquis of Lansdowne, den Führer der konservativen Mehrheit im Oberhause (der nicht aus Wahlen hervorgegangenen Kammer), wie er zur Seite tritt, um die Industrie-Streitigkeiten-Bill passieren zu lassen, und dabei folgendes sagt: „Gehen Sie Herr, Sie haben ein Mandat!“

Die herrschende Klasse bewies mit dieser Aktion jene vollendete List, die ihre Eigentümlichkeit ist, und die von manchen Kommunisten nicht immer genügend in Rechnung gestellt wird. Indem sie die Gewerkschaftskassen von der Haftbarkeit für den einem Unternehmer zugefügten Schaden und der daraus resultierenden Beschlagnahmefahr befreite, trug sie der einzigen Beschwerde, die die Gewerkschaftsbürokratie hatte, Rechnung; und die Arbeiter, die gewerkschaftlich organisierten sowohl, als auch die nichtorganisierten, stellte sie zufrieden mit der Festsetzung der Entschädigungspflicht der Unternehmer gegenüber den Arbeitern bei Unfällen im Betriebe.

Damit versöhnte sie alle, mit Ausnahme der kleinen Gruppe der Sozialisten, die damals nicht mehr als 20 000 Anhänger zählte.

Nach Abstellung ihrer Beschwerden wandten sich die Gewerkschaftsparlamentarier, wenn gleich sie formell weiterhin eine besondere Partei bildeten, wieder den Zielen zu, die sie mit den kleinsten Mitgliedern der Liberalen Partei teilten.

Der Sieg der Labour Party führte indessen im Jahre 1906 zu einer Steigerung und in den Jahren 1907—1908 zu ausgesprochenen

Erfolgen der sozialistischen Propaganda. Im Jahre 1908 wies der englische Bergarbeiterverband seine im Parlament sitzenden Mitglieder, die noch immer zur Liberalen Partei zählten, an, sich der Labour Party anzuschließen. Indem die Bergarbeiterparlamentarier dieser Weisung entsprechend handelten, stärkten sie die liberalen Elemente in der Labour Party, so daß diese in der Lage waren, die von Keir Hardie geführte Gruppe völlig zu überstimmen. Gleichzeitig verstand die liberale Regierung den Wink und nahm das Gesetz über den Achtstundentag für Bergarbeiter an. Im nächsten Jahre brachte Lloyd George sein famoses Budget ein, was Philip Snowden, zu der Zeit ein Vertreter bitterer und mürrischer Unversöhnlichkeit innerhalb der Labour Party, zu der Bemerkung veranlaßte, daß Lloyd George ein äußerst „gelehriger Schüler“ sei. Von dieser Zeit an bis zum Ausbruch des Krieges war die Labour Party in erster Linie bemüht, den Liberalen bei der Überwindung der Kontrolle seitens des Oberhauses durch eine höchst sinnlose Reformmaßnahme zu helfen, „um den fortschrittlichen Faktoren die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Besteuerung und Nationalisierung, in Übereinstimmung mit den erprobten reformistischen Richtlinien, zu ermöglichen“.

Bis vor ganz kurzer Zeit gab es keine tiefwurzelnde Unzufriedenheit in nennenswerten Teilen des britischen Proletariats, aus dem sehr einfachen Grunde, weil seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts, abgesehen von einer kurzen Periode in den achtziger Jahren, der britische Kapitalismus in unaufhörlicher Expansion begriffen war und über so überreichliche Mittel verfügte, daß er es sich leisten konnte, seinen Arbeitern eine kürzere Arbeitszeit, einen freien Sonnabend-Nachmittag (neben dem freien Sonntag), Arbeiterschutzeinrichtungen, fortschreitende Ausschaltung der Kinderarbeit und verhältnismäßig hohe Löhne zuzubilligen. Es gab bis fast zwei Jahre nach Ausbruch des Krieges weder eine Militärpflicht noch einen Schutzzoll. Die meisten Arbeiter hatten das Wahlrecht und sie waren so zufriedengestellt, daß sie weder die Frage des allgemeinen Stimmrechtes interessierte, noch ihre Stimmen nutzten zur Entsendung proletarischer Kandidaten ins Parlament.

Im allgemeinen waren die britischen Arbeiter nicht übertrieben chauvinistisch; aber sie waren im Grunde bis zu einem gewissen Grade stolz auf das Imperium, auf die Flotte

und auf die furchtgebietende Festigkeit und Stärke des Staates, der zum Teil ihr Staat zu sein schien; hatte doch die Bourgeoisie bisher selten Ursache gehabt, ihn zu ihrer Unterwerfung und ihrem Schaden in Bewegung zu setzen.

Außerdem neigten die ernster gerichteten Proletarier zu tiefer Religiosität. Sie gehörten den extrem-protestantischen Sekten an, die in den ersten Tagen des Kapitalismus innerhalb der kleinen Bauern, des Kleinbürgertums und der Handwerker entstanden waren. In diesen Sekten war die Kirchenverwaltung oft rein demokratisch, und viele von ihnen hatten, wenigstens in ihrem Beginn, dazu gedient, eine Art proletarisches Klassenbewußtsein gegenüber den Bodenbesitzern und reichen Industriellen zu verhüllen. Sie waren leidenschaftliche Verfechter der Mäßigkeit, entschiedene Individualisten, und als treue Verehrer Gladstones neigten sie zum Rumpf der Liberalen Partei, die von John Bright inspiriert wurde.

Auf der anderen Seite erschöpfte sich das Interesse der Arbeiter, für die die Religion mehr eine Formalität war, dank den immer mehr ausgebauten billigen Fahrgelegenheiten und der ihnen zur Verfügung stehenden Freizeit in steigendem Maße in Fußballspiel, Boxen und Pferderennen. Besonders in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren haben die Kapitalisten ihre Kapitalkraft benutzt zur Errichtung von Zeitungssyndikaten für die Erzeugung und Verbreitung „öffentlicher Meinung“ und für die Anzeigen über Rennwetten und alle sonstigen Arten kommerzialisierten „Sports“.

Noch ein anderer Umstand mag geholfen haben, das politische Interesse der Massen unseres Landes zu ertönen. Das ist die allgemein verbreitete Gewohnheit, einen großen Teil der Freizeit im public-house zu verbringen, d. h. bei Bier und ale. Die public-houses sind in den meisten Gegenden Englands sehr anziehend ausgestattete, gut erleuchtete und äußerst angenehme Aufenthaltsräume, die von großen Brauereigesellschaften an Unternehmer verpachtet werden, die sich verpflichten, die Artikel der Brauerei zu verkaufen, der das Lokal gehört. Sie sind äußerst zahlreich — in einem Seehafen wie Liverpool findet man nicht selten drei oder vier an jeder größeren Straßenkreuzung — und sie sind alle überfüllt mit Arbeitern, die meist keine anderen Interessen kennen, als ihr körperliches Wohlbehagen und ihre beliebtesten Fußballspieler, Boxer oder Rennpferde.

Die in der Fabrikation und dem Handel mit alkoholischen Getränken investierten Kapitalmengen sind so groß, die Alkoholindustrie ist so sehr eine Quelle wirtschaftlicher Macht für die mit dem Grundbesitzertum und der Kirche verwobenen konservativen Interessen, und sie hat eine so feste Stütze in den traditionellen Empfindungen der nichtpuritanischen Massen, daß die Frage eines Alkoholverbotes, wenigstens in England und Südwesten, wenig Aussicht hat, ein Objekt praktischer Politik zu werden, was immer in Schottland oder Nordwesten geschehen mag.

Vor allem aber sind in der proletarischen Bewegung Englands zwei entscheidende Faktoren zu beachten. Erstens sind, abgesehen von den Randgebieten in Schottland, Wales und den mehr abgelegenen Distrikten, die Menschen schon seit Jahrhunderten losgelöst von der Wirklichkeit, ja sogar den herrschenden Überlieferungen der Stammes- oder Dorfgemeinschaft. Die Mark als wirtschaftliche und soziale Form ist längst dahin, und auch der Feudalismus im strikten Sinne liegt weit zurück. Unsere ländliche und städtische Bevölkerung unterliegt infolgedessen schon seit langem dem bürgerlichen Einfluß, in der Ökonomie ihres Arbeitslebens sowohl, als auch in den Kirchen und in den Schulen, in denen ihr Denken gedrillt wird.

Unter diesen Umständen und Einflüssen, angesichts dieser mangelnden Bereitschaft zur Auflehnung gegen ihre Lebensbedingungen — die, wenigstens bis zum letzten Jahre, halbwegs erträglich und sicher waren — kann es für Marxisten kein Wunder sein, daß die britische Arbeiterbewegung Führer wie Thomas, Henderson, Clynes und Tom Shaw hervorgebracht hat und sie noch immer duldet und sogar respektiert.

Das wären die politischen Parteien in England. Dazu kämen noch drei andere Gruppen. In erster Linie natürlich die Kommunistische Partei Großbritanniens, die einen Abgeordneten im Parlament hat, C. L. E. Malone, der dort allein wenig ausrichten kann. Dazu gibt es eine kleine Gruppe unabhängiger Abgeordneter, die mit dem notorischen Halunken Horatio Bottomley zusammenzugehen pflegen, und die ihre Wahl ins Parlament einem einzigen Programmpunkt verdanken, „Sparsamkeit in den Regierungsausgaben“. Zum Schluß seien die parlamentarische Gruppe der nationalchauvinistischen Mitglieder der S.D.F. genannt, die Abgeordneten der I. L. P. und endlich jene Gewerkschaftler, die sich von

der Labour Party und den sozialistischen Parteien während des Krieges getrennt haben und allgemein als Mitglieder des Grand Orient von Frankreich angesehen werden und die 1918 gewählt wurden, um in der Koalition zu sitzen. Unter diesen ist zu nennen Havelock Wilson, der Generalsekretär des Seemanns- und Heizerverbandes.

Bis zu den letzten allgemeinen Wahlen saßen im Parlament außerdem einige 70 oder 80 irische Nationalisten, die manchmal mit den Liberalen stimmten und manchmal mit der Labour Party. Diese sind jetzt verschwunden, aus der Politik verdrängt durch die Sinnfeiner-Partei, mit Ausnahme von einem oder zwei Abgeordneten für Belfast und Waterford und einem für Liverpool.

Die irisch-nationalistischen Stimmen, die einen bedeutenden politischen Faktor in Lancashire, im westlichen Schottland darstellen und in einigen Bergwerksgebieten nicht unbedeutend sind, entfielen gewöhnlich auf die Liberalen oder die Labour Party. Vor der Spaltung in der Irisch-Republikanischen Partei, die auch in der Irish Self-Determination League in Großbritannien eine Spaltung zur Folge hatte, war die Taktik der irischen Nationalisten, sich von der englischen Politik fernzuhalten, obgleich die Kommunisten und manche Kandidaten der Labour Party wahrscheinlich die Stimmen ihrer in England wohnenden Mitglieder erhalten haben würden. Der Einfluß der United Irish League, in der ehemals die in England lebenden irischen Nationalisten organisiert waren, ist stark untergraben worden. Obgleich er sich noch in gewisser Beziehung bei der alten Generation geltend macht, hat er doch aufgehört, ein entscheidender Faktor in der britischen Politik zu sein.

Absolut bedeutungslos ist auch die Propaganda einer kleinen, sehr kleinen Zahl von Romantikern, die sich für die Home Rule oder Selbstbestimmung für Schottland einsetzen. Einen Faktor in Schottland bildet in gewissen Bergdistrikten an der Westküste die Highland Land League, die Kandidaten aufstellt zur Vertretung der Interessen der „Crofters“ oder kleinen Pachtbauern. Diese Organisation arbeitet Hand in Hand mit der Labour Party.

Infolge der zeitlich weit zurückliegenden und mit extremer Entschiedenheit durchgeführten Reformation, als Wechsel in den politischen Formen und in der Verteilung des Bodenbesitzes der religiösen Orden — der Zwang einer rücksichtslosen Diktatur, Hand



Meinungen.

(Vor dem englischen Unterhause, bei Betrachtung des Denkmals Oliver Cromwells.)

Arthur Henderson:

Ein großer Mann! Siehe die Bibel.

Leo Trotzki:

Richtig, ein sehr großer Mann! Siehe das Schwert!

in Hand mit ihrer völligen Ausraubung — und dank der jetzt und seit langem seitens des Staates geübten Toleranz allen religiösen Sekten gegenüber, gibt es in unserem Lande absolut keinen organisierten Ausdruck des romanischen Katholizismus. Wir haben keine klerikale Partei, und solange nicht über den Kirchenschulen die Drohung der Verweltlichung ihres Unterrichts schwebt, was seit Jahren schon nicht mehr der Fall gewesen ist, greifen die Kirchen — die katholische, wie die staatliche und die nichtstaatlichen — in den politischen Kampf nicht ein. Weiter, während die ihrer Zahl und ihrem Einfluß nach vergleichsweise unbedeutenden englischen Katholiken reaktionär gerichtet sind, sind die ebenfalls katholischen irischen Emigranten vor allem Nationalisten und darum geneigt, sich der Labour Party anzuschließen. In Schottland sind viele von ihnen Kommunisten geworden.

Das wäre kurz die Entwicklung und die gegenwärtige Abgrenzung der politischen Parteien in Großbritannien. Das folgende ist eine Aufstellung der Vertretungen dieser verschiedenen Elemente in der aus Wahlen hervorgegangenen Kammer, d. h. im Unterhause.

Der Koalition angeschlossene und ihr nicht angeschlossene Unionisten und Konservative	368
Der Koalition angeschlossene Liberale	124
Der Koalition angeschlossene Labour-Abgeordnete	12
Frei-Liberale	31
Labour Party	72
Kommunistische Partei	1
Sonstige Gruppen	22

Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1918 erhielten Stimmen:

Die der Koalition angeschlossenen und ihr nicht angeschlossenen Konservativen und Unionisten	3 850 251
Die der Koalition angeschlossenen Liberalen	1 445 738
Frei-Liberale	1 298 806
Labour Party	2 734 385
Andere Gruppen	711 832

Bei den Nachwahlen in den Jahren 1919, 1920 und 1921 erhielten die Kandidaten der Koalition, der Labour Party, der Frei-Liberalen und der Unabhängigen Stimmen im Verhältnis von 5,2 : 2,2 : 1,0.

Zur Zeit der allgemeinen Wahlen im Jahre 1918 und in den beiden darauffolgenden

Jahren befand sich die ökonomische und die politische Gewalt in den Händen der großen Industrie- und Transportmagnaten. Diese waren seit 1918, nachdem sie sich einmal in dem neuerrichteten Munitionsministerium und darum herum festgesetzt hatten, darauf aus, feste Positionen auch in der Finanz und Politik zu beziehen. Vor diesem Jahre schon hatten sie stete Fortschritte gemacht dank der Logik der ökonomischen Evolution sowohl, als auch der Unterstützung durch Lloyd Georges ausnehmend geschickte Politik der Radikalpropaganda und Sozialreformen, die ganz dazu angetan war, die Geschäfte der Versicherungskompagnien zu besorgen. In aller Stille, aber darum nicht weniger sicher, hatten es die Kapitalisten, die sich Lloyd Georges als Werkzeug bedienten, verstanden, auf dem Wege des Kaufes und der Bestechung in die Positionen der Bank-, Eisenbahn- und anderer Konzerne mit finanziellem und politischem Einfluß und in die von Lloyd George während seiner Tätigkeit im Handel- oder im Finanzministerium errichteten Institutionen einzudringen, und so ein Übergewicht über die Kaufleute und Finanzmänner der alten Schule zu erringen, die unter der Kanzlerschaft Asquiths und Balfours begünstigt worden waren.

Das Programm der Kollektivisten Webb und Snowden, das von Lloyd George so erfolgreich geplündert wurde, kam und kommt noch heute den Finanziers wunderbar zustatten, gleichgültig welcher von ihren Politikern im Amte ist; denn es wäre nur zu verwirklichen auf dem Wege des „Aufkaufes“ oder staatlicher Hilfe mittels Darlehen, was alles zur Voraussetzung hat den Kredit der Banken. Das ist es, was die Finanzmagnaten den Reformisten so geneigt macht, und es ist auch dieser Umstand, dem der kleinbürgerliche Radikale Lloyd George die herrschende Stellung verdankt, die er heute innehat.

Es war im Jahre 1915, als diese ganze Bande ihren Zeitpunkt nützte. Sie sicherte die zentralisierte Kontrolle der Herstellung und des Durchgangs des Kriegsmaterials durch ein Organ, das gegründet und verwaltet wurde von ihrem Werkzeug Lloyd George. 1916 schloß sie sich, auf der Grundlage der Freiwilligkeit, im Interesse der Steigerung ihrer Macht zu einer gigantischen Organisation zusammen: dem britischen Industrieverband (Federation of British Industries). Kurze Zeit vorher verfügte diese Allianz der Unternehmer der Schwer- und der Textilindustrien über ein Kapital von mehr als 3 Milliarden Pfund Ster-

ling. Seitdem ist diese Ziffer auf mehr als 5 Milliarden Pfund Sterling angewachsen. Ihnen schlossen sich die „Employers Parliamentary Association“, die „British Manufacturers Association“, die „British Empire Producers Association“ und viele andere Verbände und Vereinigungen von Kaufleuten und Fabrikanten an. Ende 1916 war ihr politischer Führer, Lloyd George, stark genug, um seinen Chef Asquith zu stürzen und selbst das Amt als Premier zu übernehmen, um in ihrem Interesse zu regieren. Im April 1917 sicherte sich diese Gruppe die Einverleibung unter die Royal Charter und auf Ersuchen des Parlaments, der „British Trade Corporation“, deren Aufgabe die Vorbereitung besonderer Krediterleichterungen für die britische Industrie für die Zeit nach dem Kriege sein sollte. 1918 erlangte sie eine ähnliche Einverleibung für ein Metall-(nicht Eisen-)Verarbeitungssyndikat, der „British Metal Corporation Ltd.“, und den Beistand der Regierung bei der Errichtung zweier kolossaler chemischer Kombinationen, der „British Dyestuff Corporation Ltd.“ und der „British Cellulose and Chemical Manufacturing Company Ltd.“. 1919 hatte sie die Genugtuung, die von ihr aufgestellten Friedensforderungen in dem Versailler Vertrag verkörpert zu sehen. 1920 schlug sie die „Miner's Federation of Great Britain“ in der von dieser eingeleiteten Kampagne für die Nationalisierung der Gruben, und im letzten Jahre endlich faßte sie die Maßnahmen zur Erzwingung einer allgemeinen Lohnherabsetzung für die gesamte britische Industrie zusammen.

Von 1916—1920 ist die F. B. I. unbestreitbar der eigentliche Machthaber in Großbritannien gewesen. Doch würde ich es für falsch halten, ihr für die Jetztzeit die gleiche Bedeutung zuzuschreiben, die sie damals hatte. Die Macht der F. B. I. wurde in weitem Maße verdrängt durch die anderer Faktoren, die zwar in keiner sichtbaren Vereinigung zusammengefaßt, darum aber nicht weniger mächtig sind.

Der Einfluß der Industriellen und der Reeder, deren Kapital in der Hauptsache den in den Jahren 1909—1920 realisierten Profiten entstammt, hat dem der großen Handelshäuser (vor allem für Rohmaterialien) und der großen Unternehmen für die Durchführung von Börsen- und Kredittransaktionen weichen müssen.

Die Kriegsgewinnler haben während des Krieges ohne Zweifel von der Regierung

große Summen für die Ausdehnung und Verbesserung ihrer Unternehmungen erhalten; aber sie waren damit nicht zufrieden. Zwei Jahre lang sahen sie sich demgemäß gezwungen, ihre Profite zum weiteren Ausbau ihrer Unternehmungen anzulegen. Um den Anforderungen des Krieges oder der in den Jahren nach seiner Beendigung erwarteten Konjunktur genügend entsprechen zu können, erweiterten sie die maschinelle Ausrüstung ihrer Fabriken, Schiffswerften und ihre Handelsflotte enorm. Sie legten ihr ganzes Kapital und dazugeborgtes in Immobilien an. Als dann das Ende der Konjunktur kam, waren sie außerstande, die Produkte zu verkaufen, die diese erweiterten Fabriken und verbesserten Maschinen hervorbrachten. Infolgedessen hörten ihre Produktionsmittel auf, Kapital zu sein; sie wurden, obwohl noch immer intakt, zu altem Eisen. Die Kapitalisten schlossen ihre Fabriken, Schiffswerften, sie stellten ihre Handelsschiffe außer Dienst. Mittlerweile drangen die Banken auf die Zahlung der Zinsen für das von ihnen geliehene Kapital und beanspruchten, als diese ausblieb, auf Grund der in ihren Tresors befindlichen Sicherheiten Eigentümerrechte an den Unternehmungen.

Auf diese Weise verloren die Industriellen die Kontrolle über die Banken und Kreditunternehmungen, die sie in den Jahren der Prosperität erlangt hatten, und wurden erneut die Klienten jener Kapitalisten, deren Reichtum nicht in Produktionsmitteln besteht, sondern in Waren im allgemeinen und der ununterbrochenen Nachfrage nach Korn, Baumwolle, Wolle und nach Kreditmitteln und Bargeld.

Diese Reaktion in der Ökonomie der kapitalistischen Produktion und des Handels führte zu einer Rückkehr zur politischen Philosophie Norman Angells und J. W. Keynes.

Gemäß den neuen Bedingungen müssen die einst unabhängigen, jetzt aber abhängigen Finanzagenturen der Industriellen ihre Zeitungen und durch diese und andere unmittelbare Kanäle ihre Politiker anweisen, die Maschine der öffentlichen Meinung und der Staatspolitik umzustellen und sie in Einklang mit den Interessen der neuen Herren, der kosmopolitischen Banken, laufen zu lassen.

So zwang beispielsweise der Zusammenbruch auf dem Metallmarkt Leslie Urquhart, als Agent der großen Metall- (nicht Eisen-) Syndikate, zur Aufnahme der Beziehungen mit Rußland und zum Abschluß eines Handelsver-

trages mit den verhaßten Sowjets. Leslie Urquhart ist nicht mehr der hinter der „Imperial and Foreign Corporation“ stehende triumphierende Agent, sondern der bescheidene Klient von Messrs. Kleinwort und der sich auf Baumwolle und Korn stützenden Weltkreditunternehmen. Die gleichen Umstände, die die Kapitalisten zur Liquidierung ihrer Abenteuer im Auslande zwingen, bedeuten für sie auch die Notwendigkeit, ihre inneren Ausgaben einzuschränken.

Und hier wird die Lage in der Tat zweifelt. Die seit nahezu zwei Jahren währende Industriedepression — in deren Verlauf so maßgebende Industrien, wie die Kohle-, Schiffsbau-, Stahl- und Schiffahrtsindustrien mit Verlust arbeiteten — und die Aussichten auf eine Knappheit an Rohmaterialien in den Baumwollindustrien ließen die Kapitalisten zwei ausgeprägte Kampagnen für Sparsamkeit beginnen.

Einerseits in der Richtung eines rücksichtslosen Anschlages auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ganzen Industrie. Wo sie konnten, schränkten sie die Zahl der Arbeitskräfte ein und warfen zirka 2 Millionen Männer und Frauen aufs Pflaster. Andererseits stellten sie die Forderung der weitestgehenden Einschränkung in den staatlichen Einrichtungen. Im vergangenen Herbst erzwangen sie die Einsetzung der aus fünf maßgebenden Industriellen und Finanzleuten bestehenden Geddes-Kommission, die in ihrem Bericht die Herabsetzung der Staatsausgaben um zirka 75 Millionen Pfund forderte. Es gelang der Regierung irgendwie 50 Millionen Pfund zu sparen. Sie wagt es indessen nicht, die Unterstützungssätze für Arbeitslose herabzusetzen; sie kann nicht ohne Gefähr-

dung ihrer Dominions ihre Garnisonen aus dem Osten zurückzuziehen; sie kann ihrem Nachbarn und „Verbündeten“ Frankreich nicht trauen, und darum ihre Flottenstärke auch nicht herabmindern. Sie wagt es nicht, den Zinssatz für die Kriegaanleihen herabzusetzen, weil infolge der dabei unvermeidlichen Erschütterung des ganzen Gebäudes aufgeblähter Werte die Banken, die Versicherungsgesellschaften und andere Konzerne sich auf ihre sehr unsichere Basis von „Zahlungsversprechungen“ angewiesen sähen. Sie wagt es nicht, im Interesse ihres Prestiges als Großmacht und ihrer Kreditwürdigkeit, die vereinbarten Termine für die Zahlung der Zinsen und die Abzahlung der den Vereinigten Staaten von Amerika geschuldeten Summen zu versäumen.

Es ist dieser komplizierte Charakter des Problems, vor das sich die Kapitalisten Großbritanniens gestellt sehen, der die Dauer der Koalition erklärt und die Gefolgschaft einem Führer gegenüber, den sie nicht achten, den sie aber nicht zu entlassen wagen.

Sie haben eine schreckliche Furcht vor den Kräften, die das Ende dieser Koalition und die Rückkehr, entweder einer wenig festen Koalition der Liberalen und der Labour Party oder einer Mehrheit der Labour Party ins Parlament, in Bewegung setzen könnte. Sie fürchten sich, vorwärts — und nicht minder rückwärts zu gehen. Fürs erste finden sie sich mit den Unannehmlichkeiten einer Regierung ab, die sie kennen — weil sie unter Umständen die Unannehmlichkeiten einer Regierung erfahren könnten, die kennen zu lernen sie sich fürchten.

J. J. Walton Newbold.

Sidney Webb.

Sidney Webb, der neue Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei, ist eine zu bedeutende und charakteristische Erscheinung des englischen politischen Lebens, als daß man an sie mit polemischer Eiferung, sozusagen nach der Methode der „auf einen Schlag vernichtenden Kritik“ herantreten könnte, wie man dies stets gern tun möchte, wenn es sich um irgendeinen Henderson oder sogar MacDonald handelt. Erstens ist Webb kein Karricrist und nicht einmal, im vulgären Sinne des Wortes, ehrgeizig. Ganz im Gegenteil: niemand bemüht

sich so wenig wie er, sich in den Vordergrund zu schieben, niemand tritt so selten wie er vor dem Publikum auf, niemand begnügt sich so willig wie er mit seinem hinter den Kulissen ausgeübten Einfluß. Zweitens ist er ein Mann mit soliden wissenschaftlichen Kenntnissen und einem bedeutenden literarischen Talent. In dieser Hinsicht ist er ein nach dem besten Typus jener englischen Gelehrten abgestochenes Muster, die mit der Fähigkeit, die Details von Tatsachen liebevoll zu sammeln und zu studieren, die Fähigkeit verbinden,

diese zu beherrschen und aus ihnen die erforderlichen Verallgemeinerungen zu ziehen. Es ist dies jener Typus, der uns in seinen höchsten Erscheinungsformen einen Darwin und Spencer gegeben hat. Natürlich gehört Webb nicht zu so bedeutenden Köpfen, doch ist es möglich, daß er gerade von Spencer dieses oder jenes in seinem Verhalten zu den Details entlehnt hat, denn seine Frau, die sich an allen seinen wissenschaftlichen Arbeiten beteiligt, war Schülerin und Sekretärin des großen englischen Denkers. Drittens erfreut sich Webb eines großen und ernsthaften Einflusses, wenn auch nicht gerade in der Volksmasse, so doch in radikalen politischen Kreisen und im besonderen unter der radikalen Intelligenz, und stellt darum eine Größe dar, mit der zu rechnen ist.

Webb hat sich seinen Einfluß nicht nur durch seine Gelehrsamkeit auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaften erobert, auf dem uns England seit Mill fast nichts Originelles mehr gegeben hat, er hat ihn nicht nur durch persönliche Beziehungen, durch seine Frau, die einer der angesehensten und reichsten Familien Englands angehört, erworben, sondern weit mehr durch jenen Umstand, daß er ein talentierter Repräsentant jener Reaktion in der Richtung zum „Etatismus“, der staatlichen Einmischung, und überhaupt der Wiedergeburt des Staates als reglementierender und schöpferischer Macht war, die sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als Folge des Zusammenbruches des ministeriellen Liberalismus unter den empfindlichen Schlägen der deutschen und teilweise der amerikanischen Konkurrenz, bemerkbar machte. Man empfand die Notwendigkeit, „sich nach der Decke zu strecken“ und dem bankrott gewordenen Individualismus mit den organisierten Kräften des Staates (nach dem Vorbild z. B. eben desselben Deutschlands) zu Hilfe zu kommen als die nächstliegende Aufgabe nicht nur des industriellen, sondern überhaupt des gesellschaftlich-politischen Lebens, und da vorher der Individualismus mit dem Liberalismus identifiziert wurde, erhielt die neue Richtung den Namen „Sozialismus“, zumal da auch in Deutschland die Bismarckschen „Reformen“ als Staatssozialismus bezeichnet wurden. Während aber die „Sozialisten“ von der Art Williams, eines ehemaligen Mitgliedes der „Sozialdemokratischen Föderation“ und Verfassers des Buches „Made in Germany“, das seiner Zeit viel Lärm gemacht hat, das Wesen der staatlichen Einmischung in der Schaffung eines Protektionstarifes erblickten, verlegte Sidney Webb, der dem Protektionismus durchaus nicht abhold gesinnt ist, das Schwergewicht des Etatismus in das soziale Gebiet, in das Gebiet der sozialen Reformen und der Beziehungen zwischen „Arbeit und Kapital“. Diese reformistische Linie wurde gerade durch jenen Umstand nahegelegt, daß zu jener Zeit zum ersten Mal der „richtige“, der marxistische Sozialismus in Erscheinung trat, der von der erwähnten sozialdemokratischen Fö-

deration vertreten wurde und für Außenstehende gefährlicher erschien, da er bei den unter schärfster Arbeitslosigkeit leidenden Arbeitermassen anscheinend Anklang fand. Es mußte hier ein anderer „Sozialismus“ gefunden werden, einer, der nicht revolutionär, nicht so gefährlich ist, der die gleichen Endziele auf friedlichem Wege, „im guten“, auf dem Wege der sogenannten Evolution anstrebt, an der sich, wenn auch nicht die Kapitalisten selbst, so doch alle „an der Spitze marschierenden“ Elemente, die ganze Demokratie beteiligen sollte. Einen solchen „Sozialismus“ hat nun Webb gefunden. Er hat „nachgewiesen“, daß die Marxsche Ökonomik Unsinn sei, daß die Grenznutzentheorie von Jevons richtig sei, daß es folglich keine Klassengegensätze und keinen Klassenkampf gebe, daß die Revolution eine Chimäre sei und daß die sozialistische Gesellschaft auf dem Wege der Ansammlung kleiner und großer Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft in „sozialistischer“ Richtung entstehen werde. Das war gerade jener „fabianische“ Sozialismus, der später unter dem Namen des Reformismus und Revisionismus auch ohne die Jevonssche Begründung zu einer außerordentlich starken Verbreitung gelangt ist. Bei einer solchen Behandlung der Frage bekam die Arbeiterklasse natürlich nicht die Bedeutung eines grundlegenden und selbständigen historischen Faktors: insofern als sie unmittelbar an der Entwicklung der Gesellschaft von der kapitalistischen zur sozialistischen Phase interessiert war, konnte sie auch die Rolle eines historischen Faktors spielen, jedoch nur „auch“, denn die Gesellschaft besteht nicht aus Arbeitern allein, und es wäre ein Widerspruch, wenn man für die Gesamtevolution der Gesellschaft die treibende Kraft nur in einer „Schicht“ der Bevölkerung suchen wollte. Webb verließ sich mehr auf die Intelligenz und die aufgeklärten Leute in liberalen und demokratischen Kreisen, die im Staate Macht haben und sich gesellschaftlichen Einflusses erfreuen. Darum beschränkte sich seine Organisation auf die Propaganda ihrer eigenen Ansichten, auf die „Durchtränkung“ der genannten Kreise mit „Sozialismus“ und beteiligte sich nicht unmittelbar am politischen oder, richtiger, am parlamentarischen Kampf. Die Arbeiter lehrte sie, daß es weder Klassenkampf noch Revolution gebe oder geben dürfe, und der radikalen Bourgeoisie und Intelligenz bewies sie, daß die Aera des Individualismus und des *laissez faire* vorüber sei, daß jetzt die Aera der staatlichen Einmischung und Führung eingetreten sei, und daß diese Einmischung und Führung, wenn sie in die erforderliche Richtung gelenkt würde, die Struktur der Gesellschaft allmählich so verändern könne, daß der ganz offensichtlich bankrotte Kapitalismus in sozialistisches Geleise übergehen werde. Die aufgeklärte Demokratie — das war für Webb die Waffe des historischen Prozesses, während die allmähliche Nationalisierung und Munizipalisierung

der dem öffentlichen Gemeinwohl dienenden Unternehmen und die Entwicklung der Fabrikgesetzgebung, des Systems der direkten Steuern und der staatlichen Versicherung für ihn nicht nur an und für sich erwünschte Reformen, sondern Stufen waren, die zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft führen. Darum war für ihn Neuseeland, das freie, demokratische Land, das bei sich alle möglichen „kühnen“ Reformen eingeführt hat, fast das Urbild eines sozialistischen Staates, während er die Munizipalisierung der städtischen Wasserversorgung, der Beleuchtung, der Straßenbahnen, Schlachthäuser usw. und überhaupt die Entwicklung der munizipalen Tätigkeit als ein lebendiges Beispiel der Verwirklichung des Sozialismus „schon in unseren Tagen“ hinstellte.

Das alles erscheint uns heute sehr komisch, doch wirkte dies in dem vom nurmanchesterlichen Liberalismus zermürbten und sich im Stadium vollständiger Stagnation befindenden England vor 30 bis 35 Jahren nicht so komisch. Die mit großer Beharrlichkeit, Kunst und großem Wissen durchgeführte Propaganda Webbs hatte tatsächlich unter einem Teil der Intelligenz Erfolg, die nach neuen Wegen suchte, aber vor dem Marxismus und allem, was den Beigeschmack von Revolution hatte, ängstlich halt machte. Unter diesen Leuten befand sich unter anderen auch der seinerzeit berühmte Lord Roseberry, der den Posten des Vorsitzenden des nach dem Webbschen Rezept neugeschaffenen Rates der Londoner Grafschaft angenommen hatte, um das fabianisch-sozialistische Programm der Munizipalisierung und der sozialen Reformen zu verwirklichen. O weh, es kam dabei nichts heraus außer der Errichtung von etwa zwanzig -kasernenartigen Wohnhäusern für Arbeiter. Zu gleicher Zeit gründete Webb auch die „Londoner Schule der ökonomischen Wissenschaften“, die sich im Auslande eine weitgehende Reputation erworben hat und in der die theoretische Ökonomik „nach Jevons“ behandelt wurde, in der aber die Hauptaufmerksamkeit den praktischen und beschreibenden ökonomischen Wissenschaften, dem Finanz- und Steuerrecht, der Gewerkschaftsbewegung usw. zugewandt wurde, allen jenen Dingen, die ein fabianischer Administrator und „Sachverständiger“ wissen mußte, der berufen war, nach dem Webbschen Schema eine entscheidende Rolle in seiner sozialen, oder, wie er sie nannte, der „industriellen“ Demokratie zu spielen. Heute ist diese Schule bereits der Londoner Universität einverleibt, und selbst jener geringe sozialistische Hauch, der ihr damals anhaftete, ist schon verschwunden. Es ist dies jetzt eine Schule für die Vorbereitung von Beamten und Beratern auf den ökonomischen Gebieten der staatlichen und munizipalen Administration.

So ein Mann war Webb. Im Laufe der verfloßenen 25—30 Jahre hat er viel gearbeitet und viel über verschiedene Fragen „praktischer Reformen“ geschrieben, von der Reform der Schankwirt-

schaften bis zur Reform der sozialen Fürsorge, von der Arbeitslosigkeit und Kooperation bis zum Finanzprojekt der Deckung der Kriegskosten und von der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung bis zur „Verfassung für den sozialistischen Staat Großbritannien“. Nicht weniger eifrig arbeitete er hinter den Kulissen, doch bereits mehr über politische Fragen. Während des Burenkrieges unterstützte er . . . England, als das Land, das die höhere fortschrittliche Kultur vertrat (diese These entlehnte bei ihm damals Eduard Bernstein). Während des Streites, der von Chamberlain über die Frage der Zollpolitik begonnen wurde, stand er auf der Seite des Protektionismus; während des imperialistischen Krieges unterstützte er die Alliierten, und während unserer Revolution war er gegen die Bolschewiki und billigte den Aufstand der Tschechoslovaken und lange Zeit auch die Intervention überhaupt. In England gab es einmal eine Art von Leuten, die sich Tory-Demokraten nannten; Tories waren sie in der Politik, auf dem Gebiete der politischen Reformen, und Demokraten hinsichtlich der sozialen Reformen. Diese spaßigen Leute leiteten ihren Stammbaum her von Richard Ostler und Lord Shaftesbury, den Romantikern des gutherrlichen Feudalismus und den Kämpfern für die Fabrikgesetzgebung, und endeten mit den politischen Nullen Lord Randolph Churchill, dem Vater des sich heute wohl befindenden Bolschewikentressers, und Sir John Horst, der sich zuweilen sogar entschlossen hat, auf der gleichen Tribüne wie die Sozialdemokraten aufzutreten. Webb und die Mehrzahl seiner fabianischen Kampfgenossen bilden ein Beispiel von Imperialisten-Demokraten, die ihre Weltanschauung in der einen Lösung zusammenfassen: „gegen den Manchester-Liberalismus“ und glauben, daß dies zum Sozialismus führe.

Auf die Arbeiterklasse hat Webb die ganze Zeit über keinen unmittelbaren Einfluß ausgeübt (und übt ihn auch gegenwärtig nicht aus), ja auch mit den Spitzen war sein Kontakt ein schwacher. Die Spitzen, d. h. die Arbeiterführer, besonders die politischen, gingen ihre eigenen Wege, leiteten die Gewerkschaftsbewegung, arbeiteten am Aufbau der Arbeiterpartei, machten sich mit dem Parlamentsspiel zu schaffen (als „Kampf“ kann man ihre Tätigkeit wohl kaum bezeichnen), besuchten die internationalen sozialistischen Kongresse, einige unter ihnen, wie z. B. Snowden und, im besonderen, Macdonald, schufen sich ihren eigenen Sozialismus und ihre eigenen soziologischen Theorien, die sie in Büchern und Broschüren darlegten, während Sidney Webb ebenfalls seinen eigenen Weg ging, indem er bemüht war, immer wieder dieselbe bourgeoise radikale Intelligenz mit „Sozialismus“ zu „durchtränken“, und seinen fabianischen Anhängern nicht gestattete, den Rahmen einer propagandistischen Gesellschaft zu überschreiten, obgleich diese offiziell der Arbeiterpartei angehörte: sie stellte keine Parlamentskan-

didaten auf und beteiligte sich seit 1896 fast gar nicht mehr an den Angelegenheiten der Internationale.

Der Einfluß Webbs und des ganzen Fabianismus war zweifellos im Sinken, da alle lebendigen Elemente, die es noch unter der Intelligenz gab und die über den Liberalismus enttäuscht waren, in die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (I. L. P.) abströmten und durch sie mit der Arbeiterpartei (Labour Party) in Kontakt traten, oder sich irgendeinen neuen „Sozialismus“, wie z. B. den „Gildensozialismus“, schufen. Die liberal-radikale Partei selbst, die Webb mit Sozialismus zu „durchtränken“ beabsichtigte, verwandelte sich vor aller Augen in einen lebenden Leichnam und verschwand schließlich von der historischen Szene. Unterdessen begannen sich die Wellen der Arbeiterbewegung immer höher und höher zu erheben und umspülten bereits die im Laufe eines halben Jahrhunderts sowohl von der Bourgeoisie als auch von der Arbeiterklasse selbst errichteten Dämme, es tauchten neue Lösungen und neue Marschrouten auf (direkte Aktion, industrieller Trade-Unionismus, Vereinigung der Arbeiterschaft nach dem Produktionsprinzip), kurz, es wuchs eine neue, mächtige, das revolutionäre Bewußtsein als Frucht in sich tragende Bewegung der Arbeiterklasse empor. Webb begriff, daß die Hoffnung, die er auf die bourgeoise Intelligenz gesetzt hatte, zunichte gemacht worden war und daß man seine Aufmerksamkeit der Arbeiterintelligenz, wenn nicht unmittelbar der Arbeiterklasse selbst zuwenden mußte.

Der Krieg kam ihm bei dieser Veränderung seiner Orientierung gerade zustatten. Der Krieg rief eine ganze Reihe ökonomischer Probleme ins Leben, in denen Webb sich sofort wie zu Hause fühlte, da der Krieg eine aktive Einmischung und Reglementierung durch den Staat forderte und darum mit der Grundlinie seines „Sozialismus“ übereinstimmte. Es mußte nicht nur die Kriegsindustrie, sondern auch das ganze Transportwesen und die Kohlenindustrie unter Regierungskontrolle gestellt werden; es mußte ein Apparat für die Registrierung, Verteilung und Einfuhr von Lebensmitteln für die auf Rationen gesetzte Bevölkerung geschaffen werden; es mußte zum Schutze der Interessen der Konsumenten die Spekulation in ihren verschiedenen Formen bekämpft werden; es mußte der Verkauf und der Konsum alkoholischer Getränke reguliert werden; es mußten die Interessen der Mieter gegen die Hausbesitzer geschützt werden; es mußten den monströsen Profiten der kapitalistischen Klasse bescheidenere Grenzen gezogen und umgekehrt den Arbeitern ein Verdienst garantiert werden, der dem fortwährenden Steigen der Preise entsprach, kurz der Staat mußte sich mit einer ganzen Reihe von Angelegenheiten befassen, in denen Webb ein Fachmann wie kein anderer war. Andererseits mußte dies alles der

Arbeiterklasse erklärt werden, es mußte die Mitarbeit derselben bei der Durchführung dieser Maßnahmen herbeigeführt werden, aber es mußte auch die Regierung selbst auf die Bedürfnisse und die Stimmungen der Arbeiter hingewiesen werden und es mußten zugleich auch für andere annehmbare Lösungen dieser oder jener Frage gefunden werden. Webb hat in allen diesen Dingen eine wichtige Rolle gespielt, ohne sich dem Publikum gegenüber in den Vordergrund zu schieben, indem er sich zu gleicher Zeit hinter den Kulissen sowohl der einen als auch der anderen Seite annäherte. Besonders hat er sich im Laufe dieser Zeit den Führern der Arbeiterpartei angenähert und einen großen geistigen Einfluß auf diese erworben, sowohl persönlich, als auch vielleicht noch mehr durch das fabianische Informationsbüro, das sogenannte Labour Research Department, das die Fragen der Sozialpolitik detailliert ausarbeitete, und das er ganz der Arbeiterpartei zu übergeben verstanden hat, indem er faktisch der Leiter desselben blieb. An die Stelle der „Durchtränkung“ der bourgeois-radikalen Intelligenz trat die „Durchtränkung“ der Arbeiterführer, und das Resultat seiner Bemühungen war, daß die Arbeiterpartei, die bisher auf den Arbeitern und den sozialistischen Organisationen basierte hatte, ihren Organisationsrahmen bis zur Aufnahme einzelner bourgeois-radikaler Elemente erweiterte und ihr Statut mit der programmatischen Definierung ihres „Endzieles“ verzierte, die folgendermaßen lautet: „... den physischen und geistigen Produzenten die Früchte ihrer Arbeiten und eine maximal gerechte Verteilung derselben auf der Grundlage des Gemeinbesitzes der Produktionsmittel und eines bestmöglichen Systems der Volksverwaltung und der Kontrolle jedes Industriezweiges und jedes gesellschaftlichen Unternehmens voll zu garantieren.“ Es ist nicht verwunderlich, daß auf Grund dieser Formel in die Arbeiterpartei nicht nur alle einzelnen Fabianer, nicht nur die Gildensozialisten, sondern auch als Liberale bekannte Leute, wie etwa Wedgwood, Louis Smith, Trevelian u. a. aufgenommen werden konnten.

Zu welchem Glauben bekennt sich nun Webb gegenwärtig, nachdem er hinsichtlich der Möglichkeit, die radikale Bourgeoisie auszunützen, eine Enttäuschung erlebt hat und sich heute bemüht, die Arbeiterführer auszunützen? Die Antwort hierauf gibt uns sein neues Buch „Die Verfassung für den sozialistischen Staat Großbritannien“, sowie auch die Ergänzungskapitel zu der Neuauflage der „Geschichte der Gewerkvereine“. Von Interesse ist es vor allem, hervorzuheben, daß sogar an ihm der Krieg und die russische Revolution nicht spurlos vorübergegangen sind. Es stellt sich heraus, daß die heutige bourgeoise Gesellschaft nichts anderes als die Diktatur der kapitalistischen Klasse ist¹⁾, daß diese Klasse nur von der Exploi-

¹⁾ Allerdings sagt Webb nicht „der Klasse“.

tation lebt, daß gerade die Arbeiterklasse das Objekt dieser Exploitation ist und, was am verwunderlichsten ist, daß zwischen den beiden Klassen sich ein wirklicher Kampf im Marxschen Sinne des Wortes, ein Klassenkampf, abspielt. Gleich auf der ersten Seite der Einleitung spricht Webb davon, daß „das kapitalistische System ganz offensichtlich bankrott gemacht hat“, daß es „vom einen Ende der zivilisierten Welt bis zum anderen seine moralische Autorität eingebüßt hat“, daß „ganze Völker es schon als Grundlage ihrer sozialökonomischen Struktur abgelehnt haben“, und nachdem er erklärt hat, daß dies „System“ charakterisiert wird durch die monopolistische Konzentration der Produktionsmittel in den Händen „eines verhältnismäßig geringen Teiles der Gesellschaft“, nennt er es „Diktatur der kapitalistischen Klasse“, da diese Klasse, indem sie die Macht über die Produktionsmittel innehat, dadurch auch die Macht über die Handlungen ihrer Mitbürger und über die physischen und geistigen Lebensbedingungen der aufeinanderfolgenden Generationen innehat, so daß sich „für die Volksmasse die persönliche Freiheit fast in einen Hohn verwandelt“. Diese letztere These entwickelt er darauf und kehrt am Ende des Buches zu demselben Thema zurück und sagt: „Bei der heutigen Diktatur des Kapitals ist die Gesellschaft in zwei gegeneinander Krieg führende Parteien gespalten — in eine Nation der Reichen und eine Nation der Armen. Auf der einen Seite stehen einige Hundert Personen beiderlei Geschlechts, die im Besitze des größeren Teiles des Grund und Bodens und Kapitals des Landes sind, die in Form von Einkünften die größere Hälfte des ganzen nationalen Produktes einheimsen und sich gegenwärtig zum Schutze ihrer privilegierten Stellung zusammenschließen; auf der anderen Seite steht das Proletariat. Diese schroffe Einteilung in Besitzende und Besitzlose, die in herausfordernder Weise kürzlich erst der Premierminister selbst in seinem Appell an alle Eigentümer, die konservativen wie die Liberalen, zum Zwecke einer Einigung gegen die Arbeiterpartei proklamiert hat, war durch den Weltkrieg im höchsten Grade offenbar geworden. Das plötzliche und furchtbare Licht, in dem der Krieg und der auf ihn folgende Frieden das kapitalistische System aufleuchten ließ, offenbarte der Arbeitermasse den in seinen Grundlagen räuberischen Charakter des kapitalistischen Staates.“

Diese Fragmente genügen, um zu sehen, daß Sidney Webb im Laufe der letzten Jahre manches

sondern einfach „der Kapitalisten“ (Dictatorship of the capitalists). Er ist ein Meister auf dem Gebiete des „Kastrierens“ von Ideen und sogar des Inhaltes ganzer historischer Episoden durch bewußte Milderung und Verschleiern von Ausdrücken, aber aus den im Text angeführten Zitaten ist zu ersehen, daß er die kapitalistische Klasse als Ganzes im Auge hat und überhaupt das Bestehen von Klassen anerkennt.

gelernt hat, obwohl man es bedauern muß, daß selbst ein so „gelehrter“ Mann eine so greifbare und elementare Tatsache, wie sie der Weltkrieg war, benötigte, um die Elementarwahrheiten nicht des Marxismus, sondern nur des Chartismus kennen zu lernen. Jetzt wird Webb vielleicht nicht mehr sagen, der Marxismus sei ein „überwundenes Stadium“, wie er sich gern auszudrücken pflegte. Aber wir können auch noch ein anderes Beispiel für die in seinen Ansichten eingetretene Veränderung nicht unerwähnt lassen. Seine „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“ begann in der ersten, späterhin oftmals neuaufgelegten Auflage, mit den folgenden Worten: „Ein Gewerkschaftsverein ist unserer Meinung nach eine dauernde Assoziation von Arbeitern für den Schutz und die Verbesserung der Bedingungen der Lohnarbeit.“ In der letzten Auflage von 1920 stehen an Stelle der Worte „der Lohnarbeit“ bereits die Worte „ihres werktätigen Lebens“, und es ist hierzu eine erklärende Anmerkung des Inhaltes vorhanden, daß die ursprüngliche Formulierung zu der Meinung Anlaß gab, die Gewerkschaften hätten nach Meinung des Verfassers stets mit dem ewigen Bestehen des Systems des Kapitalismus und der Lohnarbeit gerechnet. Webb versichert, daß ihm nie etwas diesem Gedanken ähnliches in den Sinn gekommen sei, denn es habe viele Momente in der Geschichte der Trade-Unions gegeben, in denen diese die Revolution anstrebten. Natürlich wird niemand, der Webb kennt, diesen Versicherungen Glauben schenken, um so weniger, da die ursprüngliche Formulierung unverändert 25 Jahre lang in ihrer ganzen Schönheit geprangt hat. Für Webb ist, wie für jeden Historiker, die Geschichte Propaganda, und indem er in seiner Definition die revolutionären Momente in der Gewerkschaftsbewegung verschwiegen und deren Funktionen auf den Kampf für „die Bedingungen der Lohnarbeit“ beschränkte, ging er darauf aus, seinen Lesern den Gedanken einzufloßen, daß die Trade-Unions keine anderen Funktionen gehabt hätten und keine anderen haben dürften. Die neue Version beseitigt diese kastrierte Auslegung des Wesens der Gewerkschaftsbewegung, aber auch sie ist eine so umfassende, daß sie verschwommen und unbestimmt wird. Darum sagt er am Ende seiner Geschichte in den neu geschriebenen Ergänzungskapiteln bereits folgendes: „Das Ziel der Arbeiter, die beruflich in den Trade-Unions und politisch in der Arbeiterpartei organisiert sind, ist nicht nur die Erhöhung des Arbeitslohnes und die Verkürzung des Arbeitstages: es begreift nicht mehr und nicht weniger mit ein, als die Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Wege der Beseitigung des Kapitalismus.“ Und in seiner „Verfassung“ geht er noch weiter und definiert die Gewerkschaftsbewegung „als Organ der Empörung gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung, gegen den Kapitalismus“. Natürlich mildert Webb auch hier den Ausdruck, um die Idee etwas abzu-

schwächen, er spricht von „Empörung“ (revolt) und nicht von Revolution; aber der Sinn hiervon ist ganz klar und zeigt, daß Webb sogar auf diesem Gebiete etwas gelernt hat, auf dem er bisher keine Konkurrenten zu haben schien — auf dem Gebiete der Theorie und Geschichte der Gewerkschaftsbewegung.

Aber selbst wenn er dies und jenes gelernt hat, so hat er doch bei weitem nicht alles gelernt. Weder der Krieg, noch die russische Revolution, noch auch seine eigene neuerworbene Konzeption von der Diktatur der kapitalistischen Klasse und dem Klassenkampfe haben ihn gelehrt, eine einfache Sache zu verstehen, nämlich, daß die sozialistische Gesellschaft nicht aus der kapitalistischen wie eine Blume aus einer Zwiebel „herauswächst“, daß die erstere aus den Trümmern der letzteren emporwachsen wird und daß zwischen ihnen keinerlei „Erbfolge“ im direkten Sinne dieses Wortes bestehen wird. Darum sagt er auch in seiner „Verfassung“: „Wenn, wie es heute von allen anerkannt wird (1), die Zukunft aus der Gegenwart emporwachsen muß, so müssen wir (bei der Aufstellung des Projektes der Verfassung der sozialistischen Gesellschaft) nicht eine ganz neue Struktur der Gesellschaft besprechen, sondern, auf welche Weise der bestehende Apparat der Gesellschaft verändert werden kann, auf welche Weise die Kraft und die Funktionen ihrer verschiedenen Teile verkürzt oder erweitert werden können, was hinzugefügt und was beseitigt werden muß, um eine praktische, tatsächlich demokratische Verfassung für die Gesellschaft zu schaffen.“

Es ist klar, daß Webb sich auch den Übergang zur neuen Gesellschaft als einen „parlamentarischen“ vorstellt: die Arbeiterpartei erhält die Mehrheit im Parlament und gestaltet die Verfassung, d. h. die Institutionen und die Gesetzgebung, in Übereinstimmung mit ihren Ideen von den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft, um. Und da stellt sich vor allem heraus: „die von mir weiter unten geschilderte nationale (gesellschaftliche) Organisation setzt nicht die Aufhebung des uralten Instituts der erblichen Monarchie voraus“. Ganz im Gegenteil, in dem Maße, wie der Monarch sich auf „zeremonielle Funktionen“ beschränkt, auf das „Gottesgnadentum“ verzichtet und sein Nachfolger nach „den Weisungen eines dem Parlament gegenüber verantwortlichen Kabinetts erzogen wird“, bietet die Beibehaltung dieses Instituts „viele politische Bequemlichkeiten“. Es ist nicht zu verwundern, daß Henderson auf dem letzten Kongreß der Arbeiterpartei erklärt hat, daß die Arbeiterpartei durchaus keine republikanische Partei ist, und die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß die Arbeiterpartei noch zu Lebzeiten des heutigen Königs zur Macht gelangen und die Arbeiterregierung durch diesen mit Handschlag verpflichtet werden würde. Die Lordkammer wird „natürlich“ aufhören, als gesetzgebendes Organ zu existieren — so heißt es im Text —, aber in einer

Anmerkung auf der nächsten Seite wird auf die Möglichkeit und sogar Erwünschtheit der Ernennung einer „Kontrollkommission“ durch das Parlament nach norwegischem Muster hingewiesen, bestehend aus „hervorragenden Juristen und administrativen und anderen Sachverständigen“ für die ganze Zeit der Parlamentssession, zum Zwecke der Nachprüfung jedes legislativen Aktes und der Eintragung von Verbesserungen und Veränderungen in denselben, sogar mit dem Rechte der Aufhebung seiner Rechtskraft auf eine bestimmte Zeit, wenn nach Ansicht der Kommission der Akt „zu eilig“ durchgeführt wurde. Die Lordkammer ist also nicht notwendig, die zweite Kammer aber kann man immerhin gebrauchen. Und das in einer sozialistischen Gesellschaft!

Aber auch das Parlament selbst wird „großen“ Veränderungen unterzogen werden. Webb kritisiert den heutigen Parlamentarismus sogar in seiner klassischen Heimat England so heftig, daß ein Außenstehender meinen könnte, er trete für die Sowjets ein. Aber es stellt sich heraus, daß er für „volle“ Demokratie beim Bestehen ganzer zwei Parlamente eintritt! Das eine Parlament ist ein politisches und hat die Außenpolitik, die innere politische und bürgerliche Verwaltung, das Kriegswesen, die Justiz und . . . die Kolonien unter sich, denn auch die sozialistische Großmacht wird Kolonien haben, da viele Rassen noch „nicht reif“ sind und man sie „bevormunden“ muß. Diesem gegenüber wird das Ministerium mit dem Premierminister an der Spitze verantwortlich sein, der nach wie vor das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen kann. Und das Parlament selbst wird nach wie vor für fünf Jahre gewählt werden. Neben ihm wird das „soziale Parlament“ mit ökonomischen und sozialen Funktionen fungieren, mit Einschluß der Volksbildung und der Finanzen. Sein Vollzugsorgan ist bereits nicht mehr diese oder jene Regierung, sondern sind eigene Kommissionen, „ebenso wie beim Londoner Grafschaftsrat“. Beide Parlamente werden voneinander vollständig unabhängig sein, und „die Beziehungen beider Parlamente und ihrer Vollzugsorgane zum König mit allen zeremoniellen Funktionen eines Monarchen müssen ganz die gleichen sein“. Ferner wird auch noch eine „nationale Kommission“ bestehen für die Verwaltung der Industrie, die ernannt wird vom „sozialen Parlament“, es wird lokale Verwaltungsorgane, Kooperativorganisationen von Konsumenten, Trade-Unions und vieles andere geben, was sich schwer in einem kurzen Artikel aufzählen läßt.

Aber wir wollen keine Rezension des Webb'schen Buches schreiben: wir führen das Projekt seiner „sozialistischen“ Verfassung nur zu dem Zwecke an, um zu zeigen, was dieser Theoretiker des Sozialismus und jetzt sogar der Vorsitzende der Arbeiterpartei heute für ein Mann ist. Es ist ganz klar, daß, während er früher bemüht war, die liberal-radikale Partei mit Sozialismus „zu

durchtränken“, er sich gegenwärtig darangemacht hat, die Arbeiterpartei mit Liberalismus und Radikalismus zu durchtränken. Denn es ist charakteristisch, daß er bei der Beschreibung der Produktion und Verteilung in der „sozialistischen“ Gesellschaft in seinem Buche vom Arbeitslohn zu sprechen fortfährt und zuvorkommend darauf aufmerksam macht, daß „die Sozialisierung der Unternehmen und der Industrie allmählich und sehr langsam vor sich gehen werde und das Privatunternehmertum niemals endgültig vernichtet werde“. Offenbar werden sogar in den sozialisierten Industrien nicht die Arbeiter die Herren der Unternehmen sein, wie es sich die Gildensozialisten denken, sondern die „Nation“, d. h. der Staat; die Arbeiter werden für Lohn arbeiten. Das alles schmeckt nach dem alten französischen „Kollektivismus“.

In der Periode des heftigsten Klassenkampfes, in einer Zeit, in der sich auf der einen Seite die kapitalistische Klasse konzentriert hat, die es zu unglaublicher Macht und Schamlosigkeit gebracht hat, während sich auf der anderen Seite die Arbeitermassen sammeln, die durch die Arbeitslosigkeit und das erbarmungslose Vorrücken des Kapitals an der Front des Arbeitslohnes in die Verzweiflung getrieben worden sind — in dieser Zeit präsentiert Sidney Webb den Führern der Arbeiterpartei den Gallimathias vom Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft mit Beibehaltung der Monarchie, der zweiten Kammer, des Parlaments, sogar zweier Parlamente — und der all-

mählichen, schmerzlosen Nationalisierung der einzelnen Industriezweige (mit Loskaufzahlung), während die Arbeiterführer voll ungeheurer, überströmender Achtung vor solcher Gelehrsamkeit sind und ihn sogar zum Vorsitzenden der Partei ernennen.

Was kann es traurigeres und zu gleicher Zeit komischeres geben als diese Situation? Die Henderson und Macdonald meinen tatsächlich, daß das flutende und jederzeit zum Hinausbranden über seine Ufer bereite Meer der Arbeiterbewegung jederzeit in den engen Kanal des Webbschen monarchisch-parlamentarischen „Sozialismus“ geleitet werden könne und dann als idyllisches Bächlein weiterfließen werde, in dessen Wasserspiegel die Kapitalisten ihre eigene Schönheit bewundern werden wie zarte Narzisse, bis sie einsanften und stillen Todes sterben. Diese Empiriker und Praktiker sind die größten Utopisten, und wir sind überzeugt, daß die von ihnen vorgenommene Ernennung Webbs zum Vorsitzenden die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der Massen beschleunigen wird (es muß betont werden, daß diese Ernennung nicht vom Parteikongreß selbst, sondern durch das neugewählte Exekutivkomitee vorgenommen und von den Delegierten erst kurz vor ihrem Auseinandergehen beschlossen wurde). Für Webb selbst wäre es unvergleichlich besser, wenn er nach wie vor bescheiden in seinem Studierzimmer geblieben und nicht so unerwartet die Avantszene betreten hätte.

Ch. Rotstein.

Der kombinierte Kohlenarbeiter- und Eisenbahnerstreik in Nordamerika.

„Die Kohlenvorräte sind zu Ende.“ „Kohlennot ist sicher!“ „Zugentgleisungen und Lokomotivexplosionen mehren sich.“ „Streikende terrorisieren Arbeitswillige.“ „Zusammenstöße zwischen Streikenden und Staats- und Privatmiliz.“ „Lähmung der wichtigsten Industriezweige bevorstehend.“ „Proklamierung der „nationalen Notlage“ zum erstenmal in der Friedensgeschichte des Landes.“

Diese Überschriften füllten in den Monaten Juli und August die Spalten der amerikanischen Zeitungen. Was war geschehen? Über eine Million Kohlenarbeiter und Eisenbahner befanden sich im Ausstand gegen die „normalcy“, gegen die Wiederkehr der „normalen“ Zustände der Vorkriegszeit, die die Kapitalisten und ihre Handlangerin, die republikanische Regierung, durch den Abbau der Arbeitererrungenschaften während des Krieges wiederherzustellen suchten.

Bekanntlich haben die amerikanischen Gewerkschaften ihre Position während des Krieges sehr

wesentlich gestärkt. Die Notwendigkeit der riesig entwickelten Kriegsindustrie schuf eine für die Arbeitenden günstige Arbeitslage und brachte es mit sich, daß die Unternehmer in vielen Industriezweigen zusehen mußten, wie sich die Arbeiter, die sich bisher vor dem Anschluß an eine Organisation gescheut hatten, nunmehr an den Verband anschlossen. Speziell bei den Eisenbahnern wuchsen die Verbandsgruppen der unqualifizierten und der Werkstättenarbeiter stark an. Auch der Kohlenarbeiterverband, der der einzige in der amerikanischen Arbeiterföderation organisierte industrielle Verband ist, hat seine Mitgliedschaft stark vergrößert.

Unter dem Einfluß der russischen Revolution und der Bewegungen in Westeuropa, vor allem in England, drangen neue Ideen in die Gewerkschaftsbewegung ein. Die Forderung nach einem Zusammenschluß der Verbände und solidarischem Auftreten der Arbeiter fand in den Reihen der

organisierten Arbeiterschaft ein beifälliges Echo. Die Kohlenarbeiter und die Eisenbahner entwarfen für beide Industrien ein Nationalisierungsprogramm. Der alte Großmogul Gompers, der vor jeder an den Sozialismus erinnernden Idee einen natürlichen Abscheu hat, stellte seine eigene amerikanische Arbeitsphilosophie auf: Die Arbeit ist keine Ware! Und unter der Zustimmung der Gewerkschaften versuchte er diese Lehre in der Gesetzgebung festzulegen.

Nun aber kam die Krise und die Unternehmer beeilten sich, der Arbeiterschaft zu beweisen, daß die Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur eine Ware ist, sondern daß sie auch entschlossen waren, die Kaufbedingungen für diese Ware auf eigene Faust zu diktieren. Es folgte eine Welle von Lohnkürzungen, denen sich der organisierte Ansturm gegen die Gewerkschaften selber anschloß. Hilflos standen die unzusammenhängenden Verbände der amerikanischen Arbeiterföderation diesem Angriff gegenüber, und der alte Gompers, der noch immer wie ein Papagei seine Phrase von den „Rechten der Arbeiter“ wiederholte, wußte diesem Ansturm des vertrauten Kapitals nichts anderes entgegenzustellen, als die Aufforderung, dessen Waren zu boykottieren. (Resolution des A. A. F. Kongresses 1921.)

Ausgehend von den unorganisierten und schwach organisierten Arbeitern mußte die Abbaukampagne schließlich auf die Kerntuppen der amerikanischen Arbeiterbewegung stoßen: Die Kohlenarbeiter und die Eisenbahner.

Der Kohlenarbeiterverband ist der stärkste Verband der amerikanischen Arbeiterföderation. Er ist industriell aufgebaut, d. h. er umfaßt alle in dem Industriezweig beschäftigten Arbeitergattungen. In der Anthrazit-Industrie hat er es verstanden, den ganzen Industriezweig zu organisieren. In der Weichkohlenindustrie dagegen stieß er auf den hartnäckigen Widerstand des Stahltrusts, der große Kohlenrayons beherrscht und die Politik der Grubenbesitzer in starkem Maße beeinflußt. Große Weichkohlenrayons spez. in den Staaten West-Virginien und Pennsylvanien konnten trotz der Anstrengungen der Gewerkschaften nicht organisiert werden. Blutige Kämpfe wurden um das Recht der Organisierung ausgefochten, doch bisher ohne Erfolg. Die unorganisierten Gruben, die mit allen Gewaltmitteln das Eindringen der Gewerkschaften, und sei es auch in der Gestalt eines einzigen Gewerkschaftsmitgliedes, zu verhindern wissen und die etwa 35 Prozent der gesamten Weichkohlenproduktion ausmachen, wollten den Besitzern gewerkschaftlich organisierter Gruben den Weg zeigen, die Macht des Verbandes zu brechen.

Die hartnäckigen Kämpfe zwischen Bergarbeit und Bergkapital, die in den letzten zwei Jahrzehnten Hunderte von Opfern gefordert haben — man erinnere sich nur an die blutigen Ereignisse in dem von Rockefeller beherrschten Colorado, wo Frauen und Kinder von der Gruben- und Staatsmiliz er-

stickt und verbrannt wurden, sowie an den seit zwei Jahren andauernden Bürgerkrieg im Staate West-Virginien, in dem der sich jetzt abspielende Mord- und Verschwörungsprozeß gegen 300 Mitglieder und Beamte des Bergarbeiter-Verbandes nur eine Episode bildet —, alle diese erbitterten Kämpfe haben die Mitglieder des Verbandes gehärtet und aggressiv gestimmt. Die nackte Gewalt des Kapitals, das Arbeiter ungestraft töten und vergewaltigen darf, der Umstand, daß infolge der Entfernung von den Großstädten in den Bergarbeiteransiedlungen absolut alles, Wohnhäuser, Läden, Polizei, Gericht usw. Eigentum der Gesellschaften ist, alles das gibt ihrem Kampfe einen unmittelbaren Charakter und bringt die Klassengegensätze stärker ins Bewußtsein und deutlicher zum Ausdruck. Auch die Gefahren des Gewerbes — die Unfallstatistik zeigt das Dreifache der Todesfälle in England — bringen es mit sich, daß die Bergarbeiter geneigt sind, mit Todesverachtung einen wagemutigen Kampf zu beginnen; daher sind auch die Mitglieder kampfbereiter und aggressiver als die Führer, die bei ihrem Kontakte mit den Unternehmern deren entgegengesetzte Interessen in den Tarifverträgen berücksichtigen müssen und die, um ihre eigene Stellung und das störungslose Wachstum des Verbandes nicht in Gefahr zu bringen, eine konservative Politik verfolgen.

Der sich daraus ergebende Zwiespalt, der in Fraktionskämpfen zutage tritt, wurde bisher überbrückt, aber sollten die Führer sich nicht mehr so verhältnismäßig gut wie im letzten Kampfe bewähren, dann ist die Einigkeit des Verbandes gefährdet. Obgleich sich die bei den Kohlenarbeitern stärker entwickelte Aggressivität und das lebhaftere Klassengefühl noch keineswegs zu einem ganz klaren Klassenbewußtsein und einem vollen Verständnis der sozialen und politischen Zusammenhänge ausgewachsen haben, sind die Bergarbeiter doch unter dem Druck der Verhältnisse in ihrer Industrie auf dem unmittelbaren Wege, dahin zu gelangen.

Die eigentümliche Situation der Weichkohlenindustrie, deren Produktion die Bedürfnisse des Landes erheblich übersteigt, was eine chronische Arbeitslosigkeit unter den Bergleuten zur Folge hat, brachte es mit sich, daß die Bergarbeiter ihr Augenmerk auf die sozialen Zusammenhänge richteten und, um ihrer Notlage abzuhelpen, ein Sozialisierungsprogramm aufstellten. Während der letzten 10 Jahre betrug die Arbeitstage im Durchschnitt jährlich nur 213 Tage, was eine Folge davon war, daß das Land ein Drittel zu viel Gruben und Bergleute besitzt. Um diesen ungesunden Zustand zu überwinden, strebten die Arbeiter die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche und des Sechsstundentages an, sowie weiterhin die Nationalisierung der Industrie. Diese Forderungen wurden auf dem Verbandskongreß der United Mine Workers 1919 aufgestellt, und als sich die Lage 1921 außerordentlich zugespitzt hatte — die Zahl der Arbeitstage war im

Durchschnitt jährlich auf 108, in einigen Gegenden sogar auf 24 gesunken, wurde eine Kommission zur Untersuchung der Vorbedingungen für die praktische Durchführung dieses Programms ernannt.

Schon im Jahre 1919 hat die Mitgliedschaft des Kohlenarbeiterverbandes den Gedanken eines Zusammenarbeitens zwischen den Kohlenarbeitern und Eisenbahnern entwickelt. Unter den Eisenbahnern war damals der Plan einer Verstaatlichung der Eisenbahnen auf Grund des sogenannten Plumb-Planes, der eine Art Gildensozialismus darstellt, aufgetaucht, und bei der Einigungsidee handelte es sich ausschließlich um gemeinsame Schritte zur Verwirklichung des Nationalisierungsprogramms der beiden Arbeitergruppen. Im Jahre 1919 beauftragte der Verbandstag der Kohlenarbeiter die Verbandsexekutive, sich zu diesem Zwecke mit den Eisenbahnern zu Benehmen zu setzen. Da aber die Verbandsexekutive der Kohlenarbeiter kein Interesse für diesen Plan hegte und die Führer der Eisenbahnernverbände auch nicht viel Eifer dafür zeigten, so sind die wenigen gemeinsamen Konferenzen resultatlos verlaufen.

Bald darauf mußten die Kohlenarbeiter und die Eisenbahner ihre Kämpfe um Lohnerhöhungen und dgl. ausfechten, und um die „praktische Politik“ nicht zu stören, wurden alle Nationalisierungspläne usw. fallen gelassen. Der im Herbst 1919 um den Sechsstundentag und die fünftägige Arbeitswoche durchgeführte Streik der Arbeiter in den Weichkohlengruben (550 000 Mann) wurde von der Wilsonschen Regierung einesteils mit Gewalt, anderenteils durch Einschüchterung des Verbandspräsidenten, Lewis, unterdrückt. Sie bewirkte, daß Lewis den Streik, entgegen dem Willen der weiterkämpfenden Arbeiterschaft, widerrief, und vermittelte Maßregelung der widerspenstigen Mitglieder wurde der Streik vielerorts auch tatsächlich abgebrochen. Der neue Tarifvertrag sollte gemäß den Lohnbeschlüssen der für die zwei Kohlenindustriezweige (Anthrazit- und Weichkohle) eingesetzten Regierungskommissionen abgeschlossen werden. In ähnlicher Weise standen auch die Eisenbahner um diese Zeit in einer Welle „wilder“ Streiks, die seitens der Verbandsführer mit Maßregelung und Ausschluß der „disziplinwidrigen“ Mitglieder geahndet wurden. Inzwischen schickten sich nun die Führer selbst an, die immer wieder aufgeschobene Lohnerhöhung für die Eisenbahner bei dem Eisenbahnarbeitsamt (Railway Labor Board) durchzusetzen. Die verschiedenen (insgesamt 16) Eisenbahnernverbände schlossen im Februar 1920 ein Schutz- und Trutzbündnis, das sich freilich später als bedeutungslos erwies.

Wir wollen nunmehr versuchen, uns die Verhältnisse in den 16 Verbänden der etwa 2 Millionen zählenden Eisenbahner einigermaßen klar zu machen. Das Bild ist hier viel komplizierter, da die verschiedenen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft sowohl organisatorisch, als auch in dem traditionellen Arbeiterbewußtsein viel stärker zum Ausdruck kommen als bei der mehr

homogenen Masse der Kohlenarbeiter. Vor allem muß der Umstand in Betracht gezogen werden, daß die vier etwa 400 000 Mitglieder zählenden Verbände des Zugdienstpersonals, die sogenannten „Vier Bruderschaften“ der Lokomotivführer, der Lokomotivheizer, der Schaffner und der Bremser, außerhalb der amerikanischen Arbeiterföderation stehen und traditionell ihre eigene Politik treiben; wegen ihrer strategischen Wichtigkeit wurden sie von den Bahnunternehmern immer mit mehr Rücksicht behandelt und sie betrachteten daher den Rest der Eisenbahner, speziell die unqualifizierten Eisenbahner in den Bahnbetrieben und auf den Strecken von oben herab. Die Führer sowohl, als auch bis zu einem gewissen Grade die Mitgliedschaft, die in ihrer Mehrheit einheimisch ist, waren immer wegen ihrer eng zünftlerischen und konservativen Einstellung bekannt, was bei den Schaffner- und Bremserverbänden noch immer zutrifft, während bei den Lokomotivführern und Heizern in letzter Zeit ein regeres allgemeines Interesse, sowie Einigkeitsbestrebungen mit den anderen Eisenbahnern zutage treten (die zwei Verbände beschlossen neulich, sich zu verschmelzen). Die anderen 12 Verbände sind sämtlich in der Amerikanischen Arbeiterföderation organisiert, jedoch ungeachtet der Tatsache, daß die meisten von ihnen in dem sogenannten Eisenbahner-Departement der Amerikanischen Arbeiterföderation zusammengeschlossen sind, treten nur die sechs Werkstättenarbeiterverbände gemeinsam auf, während die anderen auf eigene Faust ihre „Kämpfe“ ausfechten. Die Gegensätze zwischen den Verbänden, ebenso wie innerhalb derselben, sind hier stärker ausgeprägt; andererseits bilden auch die Eisenbahnernverbände zusammen mit den Kohlenarbeitern den „auführerischen“ und um Einfluß kämpfenden Teil der amerikanischen Arbeiterföderation, weshalb auch der erst während des Krieges emporgewachsene und über 200 000 Mitglieder zählende Verband der Streckenarbeiter und anderer unqualifizierter Eisenbahner, dessen Präsident Grable im letzten Streik eine so traurige Rolle gespielt hat, so „stiefmütterlich“ von der Föderation behandelt wurde: sie schloß ihn im Jahre 1919 wegen „jurisdiktioneller“ Differenzen mit dem Verbands der Zimmerleute aus der Föderation zeitweilig aus, und erst auf dem letzten Kongreß im Juni wurde er wieder in die Föderation aufgenommen.

Der oben erwähnte Kampf der Eisenbahner vor dem Eisenbahnarbeitsamt wurde im Frühjahr 1920 durch eine 22prozentige Lohnerhöhung beigelegt. Die Eisenbahnen wurden damals, im März 1920, den Privatbesitzern zurückgegeben, und zunächst war für eine gewisse Zeit „Ruhe“ geschaffen. Allein diese Ruhe dauerte nicht lange. Die Krise kam heran, und die Eisenbahnunternehmer, die über die während der Zeit der Regierungsverwaltung errungenen Machtpositionen der Arbeiter unzufrieden waren, beschlossen diese Errungenschaften zunichte zu machen. In dieser Absicht wurden sie von der Finanzoligarchie in New York, die die Bahngesell-

schaften beherrscht, und deren Arbeiterpolitik sie, oft gegen den Willen der Eisenbahnverwaltungen selbst, leitet, bestärkt. Die Vermittlungsbehörde, das Railroad Labor Board, wurde im Frühjahr 1921 veranlaßt, einen Lohnabbau vorzunehmen, was sie auch tat, indem sie die Löhne durchschnittlich um 12 Prozent kürzte. Die Bestrebungen der Unternehmer und der inzwischen ans Ruder gekommenen republikanischen Regierung waren aber vor allem auf die während der Verwaltungszeit der Regierung auf nationaler Basis geschaffenen Tarifabkommen gerichtet, die den Arbeitern eine einheitlichere und solidarischere Politik ermöglichten. Das Eisenbahnarbeitsamt machte sich daran, die Abschaffung derselben bei den verschiedenen Eisenbahnergruppen durchzusetzen, was allerdings viele Monate in Anspruch nahm und der Arbeiterschaft Zeit ließ, die geplanten Angriffe genau zu durchschauen. Da überdies die Unternehmer ihrem Verlangen nach neuen Lohnkürzungen lauten Ausdruck gaben und außerdem verschiedene Eisenbahnlinien die vom Eisenbahnarbeitsamt festgesetzten Löhne dadurch zu umgehen suchten, daß sie ihre Werkstätten- und Streckenarbeiten zumeist an „Stroh-männer“ verpachteten, da weiterhin einzelne Linien versuchten, gelbe Gewerkschaften einzuführen, so entstand Ende des Jahres 1921 eine Situation, die sich zu einem allgemeinen Eisenbahnerstreik zu entwickeln drohte. Die fünf Verbände des Zugdienstpersonals, nämlich die vier Bruderschaften und der Weichenstellerverband, kündigten für den 28. Oktober einen Streik an, und hätten sie nicht eine beschränkt selbständige Politik getrieben und sich von den übrigen Eisenbahnern abgesondert, dann wäre es damals ziemlich sicher zur Proklamierung eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks gekommen. Die Führer des Zugdienstpersonals zogen es aber vor, isoliert vorzugehen, und obgleich sie in ihrer eigenen Angelegenheit eine halbe Genugtuung erhalten hatten, da das E. A. A. erklärte, die von den Gesellschaften geforderten Lohnkürzungen zunächst nicht erwägen zu wollen, so schaden sie doch damals schon in wichtigen Fragen der allgemeinen Sache der Eisenbahner. Als sie nämlich von dem E. A. A. in eine vielleicht dem Verband selbst nicht unerwünschte Falle gedrängt wurden, unter dem Vorwand, der Streik sei nicht gegen die Gesellschaften, sondern gegen die Regierung gerichtet, widerriefen sie den Streik feierlich mit der Erklärung, „sie wollten nicht gegen die Regierung der Vereinigten Staaten streiken“. Damit ließen sie zu, daß das E. A. A. sich überhaupt das Recht anmaßte, das Streikrecht der Eisenbahner anzutasten, und daß es schon damals den ganz unberechtigten Grundsatz aufstellen konnte, streikende Eisenbahner seien allein schon durch die Tatsache des Streiks ihrer Vertretungsrechte vor dem Amt verlustig gegangen. Indem die Verbände des Zugdienstpersonals es unterließen, diesen Anmaßungen entgegenzutreten, haben sie die Haltung des E. A. A. in dem soeben beendeten Streik beeinflusst und gewissermaßen sanktioniert.

Nachdem die Streikgefahr vorüber war, begann das E. A. A. mit der Abschaffung des „nationalen Abkommens“ fortzufahren, während das Faktotum der Regierung, Handelssekretär Hoover, sich bemühte, die Verbände des Zugdienstpersonals von den übrigen Eisenbahnern zu isolieren, indem er sie bewog, ihre Angelegenheiten direkt mit den Eisenbahngesellschaften zu schlichten. Die Ende 1921 von dem E. A. A. begonnene „Revision“ der für das ganze Land gültigen Verträge war binnen zwei Monaten so erfolgreich beendet, daß im Februar 1922 die gesamten Eisenbahner, mit Ausnahme des Zugdienstpersonals, ihrer zahlreichen Kriegs- und sogar Vorkriegserrungenschaften beraubt waren, unter anderem auch des gesetzlich festgelegten Achtstundentages, den das Amt durch schamlose Kniffe außer Kraft setzte. Daraufhin kündigte das Amt seine Absicht an, auch die Forderungen der Eisenbahngesellschaften nach neuen Lohnkürzungen zu befriedigen, die es mit einigen Unterbrechungen in den folgenden Monaten für die einzelnen Eisenbahnergruppen auch ausführte; verschont blieben davon nur das Zugdienstpersonal und das am schwersten zu ersetzende Telegraphenpersonal.

Inzwischen näherte sich der Tarifvertrag in der Kohlenindustrie, der bis zum 1. April gültig war, seinem Ende. Es war derselbe Tarifvertrag, den die von der Wilsonschen Regierung eingesetzte Kohlenkommission nach dem Streik in der Weichkohlenindustrie im Jahre 1919 mit Hilfe des eingeschücherteten Verbandspräsidenten Lewis und seiner Beamten durchgesetzt hatte. Die Unternehmer schickten sich mit Hilfe der ganzen bürgerlichen Presse und unter der Leitung der Finanzoligarchie an, die Löhne zu kürzen und die Macht des Verbandes zu brechen, eine Absicht, die sie schon seit Monaten kundgegeben hatten. Auch die Eisenbahner standen jetzt den gleichen Angriffen der gleichen Finanzoligarchie gegenüber wie die Kohlenarbeiter, und als nunmehr der Verbandspräsident der Kohlenarbeiter, Lewis, mit der Idee einer gemeinsamen Aktion der beiden Arbeitergruppen hervortrat, war der Widerhall in den Reihen der Mitgliedschaft so lebhaft, daß im Februar 1922 eine gemeinsame Konferenz zustande kam, auf der ein loses Bündnis geschlossen wurde. Es war sicher mehr zur Beruhigung der Mitgliedschaft und als ein in Amerika üblicher Bluff dem Unternehmertum gegenüber gedacht, als ein wirkliches Kampfbündnis; in diesem Sinne wurde es auch von der bürgerlichen Presse aufgefaßt, so wenig Sympathie sie dafür übrig hatte . . .

Je näher der Ablaufstermin des Tarifvertrags heranrückte, desto mehr bemühte sich der Verbandspräsident Lewis den Kampf zu vermeiden. Er stieß aber dabei auf doppelten Widerstand; einerseits waren die Unternehmer entschlossen, dem Verband einen Kampf zu liefern und seine Macht womöglich zu schmälern, und andererseits bestand die Mitgliedschaft auf ihren Lohn- und anderen Forderungen, für die sie entschlossen

war, den Kampf aufzunehmen. Die Grubenbesitzer verlangten Lohnreduktionen und die Abschaffung des zwischenstaatlichen Vertrages, den sie durch einzelne Distriktsverträge ersetzen wollten, die Arbeiter parierten diese Forderungen mit der grundsätzlichen Forderung des Sechstuentages und der Fünftagewoche und beharrten auf der Beibehaltung der geltenden Lohnsätze. Die Hartnäckigkeit, mit der die Grubenbesitzer eine allgemeine Konferenz ablehnten und auf Einzelabmachungen bestanden, überzeugte den Verbandspräsidenten Lewis, daß es diesmal nicht nur die Interessen der Mitgliedschaft, bei denen man schlimmstenfalls Konzessionen machen darf, zu verteidigen galt, sondern die Interessen der Verbandsexekutive, d. h. seine eigenen. Zugeständnisse in dieser Frage würden nicht nur einen Rückzug des Verbandes bedeuten und die angestrebte Einheitlichkeit der Tarifpolitik stark beeinträchtigt haben, sondern sie würden vor allem auch die Macht des Verbandspräsidenten und der mit ihm solidarischen Exekutive zugunsten der lokalen Distriktsführer, die oft genug auch die Leiter der Fraktionskämpfe sind, geschwächt haben. Es blieb der Exekutive also nichts anderes übrig, als einen Streik für den 1. April anzusetzen, der sich zum ersten Male in der Geschichte des Verbandes auf beide Industriezweige — die Weichkohlen- und Anthrazitindustrie — erstreckte.

Bei der Betrachtung des Kampfes der Kohlenarbeiter sind zunächst folgende Faktoren von Wichtigkeit: Die Unternehmerinteressen, die Verbandspolitik, die Regierungspolitik und schließlich die Kohlenversorgung des Landes unter Berücksichtigung der Produktion der nichtorganisierten Gruben.

Die Unternehmer waren darauf bedacht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den organisierten Gruben auf das Niveau der nichtorganisierten herunterzudrücken und die Macht des Verbandes zu brechen. In dieser Politik wurden sie auch durch die Unternehmer in den nichtorganisierten Gruben bestärkt, die sich auf diese Weise in ihrer Lohnrückerei und Gewerkschaftsverfolgung schützen wollten. Allein auch aus anderen Gründen war ein Streik den Unternehmern ganz angenehm. Sie konnten während des Streiks vortreffliche Geschäfte machen, indem sie ihre kolossalen Kohlenvorräte zu enorm aufgeschlagenen Preisen verkauften, abgesehen davon, daß ein Teil von ihnen an den nichtorganisierten Gruben beteiligt ist, und daher auch aus dem Erlös der weiterproduzierenden Gruben Gewinn ziehen konnte. Sie hatten um so weniger Interesse an einer schnellen Beendigung des Streiks, da, je länger der Streik dauerte, sie desto sicherer auch nach Beendigung des Streiks hohe Kohlenpreise erzwingen konnten. Wie der Streik auch ausgehen mochte, das Risiko war für sie gering und der Profit sicher.

Die Verbandsleitung kämpfte dagegen um ihr Dasein. Ihre Streikpolitik war darauf gerichtet, jeden Versuch der Unternehmer, separate Abkom-

men zu schließen, zu verhindern, den Einfluß der Unternehmer in den nichtorganisierten Gruben zu schwächen und der Gewinnsucht der Unternehmer durch öffentliche Propaganda eine Grenze zu setzen; weiter ging ihr Bestreben daraufhin, jeden Versuch einer arbeiterfeindlichen Regierungseinmischung zu vereiteln und schließlich den Streik mit dem Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks zu verbinden. Man muß gestehen, daß die Verbandsleitung dieser Aufgabe im allgemeinen gerecht wurde. Trotz der immer wiederkehrenden Versuche der Unternehmer und der um die Kohlenvorräte besorgten Gouverneure der Einzelstaaten, sowie der Strömungen im Verbandsverband selbst, Distriktsabkommen abzuschließen, verhinderte die Verbandsleitung resp. der Verbandspräsident Lewis doch bis zum letzten Moment das Zustandekommen derartiger Abkommen; ferner hat zum ersten Male in der Streikgeschichte des Verbandes sich der Verband nicht damit begnügt, die Reihen der Streikenden aufrecht zu erhalten, sondern er übertrug den Kampf in das feindliche Gebiet, indem er einen beträchtlichen Teil der Arbeiter aus den nichtorganisierten Gruben heranzog und in bisher unzugängliches, vom Stahltrust beherrschtes Gebiet eindrang. Der Profit sucher der Unternehmer trat der Verband mit einer ausgebreiteten Propaganda und Aufklärung über die Kosten und Gewinne entgegen. Auch waren die scharfmacherischen Drohungen und Eingriffe der Regierung diesmal nicht imstande, die Verbandsleitung, deren feiges Verhalten während des Streiks im Jahre 1919 bittere Vorwürfe und Auflehnung der Mitgliedschaft zur Folge gehabt hatte, einzuschüchtern. Sie beharrte darauf, jedes Angebot der Regierung, den Streik durch ein schiedsgerichtliches Verfahren zu schlichten, abzulehnen. Und schließlich im kritischen Moment, als die Produktion der nichtorganisierten Gruben schon eine hohe Stufe erreicht hatte, setzte sich der Verbandspräsident Lewis mit den für einen Streik gestimmten Eisenbahnführern ins Benehmen, um durch den Ausbruch eines Eisenbahnerstreiks den Kohlentransport aus den nichtorganisierten Gruben zu verhindern und deren Produktion durch das Ausbleiben von Kohlenwaggons unmöglich zu machen.

Vom Standpunkt des unmittelbaren Streikerfolges war also die Haltung der Verbandsleitung, die übrigens durch den eisernen Willen der Arbeiterschaft, eher Hunger und Not zu leiden, als sich zu ergeben, beeinflußt war, im allgemeinen zu billigen. Sie hat unzweifelhaft zu dem Erfolg des Streiks beigetragen, dagegen hat sie vom Standpunkt der weiteren Kämpfe, sowie der sozialen Bestrebungen der Kohlenarbeiter alles getan, die letzteren zu lähmen. Von der bei amerikanischen Gewerkschaftsführern selbstverständlichen Ablehnung jeder Verbindung mit kommunistischen Elementen gar nicht zu sprechen, hat Lewis es vereitelt, daß für die entgegen seinem Willen vom Verbandstag aufgestellte Forderung des Sechstuentages und der fünftägigen Arbeitswoche wenigstens Propaganda gemacht wurde; auf seinen

Druck haben auch die weitsichtigeren und sozial aufgeklärteren Gewerkschaftler in der vom Verbandstag gewählten Kommission zur Untersuchung der Nationalisierungsfrage von der Erörterung ihres Programms auf dem Kongreß Abstand genommen. Lewis' Abscheu gegen ein weitergehendes soziales Programm wurde dabei noch von der kurzsichtigen Furcht genährt, die Aufstellung derartiger „Pläne“ würde dem Erfolg des Streiks schaden. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß nach seinem Dafürhalten eine Gesundung der Industrie durch eine Verständigung zwischen den Industriellen und den Arbeitern geschaffen werden könnte. Allein das Maß des Klassenbewußtseins, das sich in diesem Streike offenbarte, läßt hoffen, daß die Verbandsmitgliedschaft ihm auf diesem Wege nicht folgen wird.

Die Politik der Regierung dem Kohlenstreik gegenüber war anfänglich die der Nichteinmischung. Von ihrer Zuversicht auf die Niederlage der Streikenden geleitet, drängte die Regierung sich nach ihren ersten lauwarmen Vermittlungsversuchen nicht weiter auf, und erst, als die Kohlenpreise so stark gestiegen waren, daß sie öffentliche Unzufriedenheit verursachten, bemühte sie sich einen schwachen Druck auf die Unternehmer auszuüben und die Preise auf einem niedrigeren, übrigens immer noch recht profitablen Niveau zu halten. Die Zuversicht der Regierung wurde durch die enormen Quantitäten der aufgestapelten Kohlenvorräte, sowie durch die Produktion der nichtorganisierten Gruben, die man auf eine hohe Stufe zu bringen hoffte, unterstützt. Die Aufmerksamkeit aller war auf die Produktionsziffern dieser Gruben gerichtet: Mit großem Jubel konnte die bürgerliche Presse von Woche zu Woche steigende Produktionsziffern melden, die im Juni eine für den Streikerfolg ernsthaft bedrohliche Höhe erreicht hatten. Der in dieser Situation am 1. Juli ausgebrochene Streik der Eisenbahnwerkstättenarbeiter hat jedoch alle arbeiterfeindlichen Hoffnungen auf ein baldiges Zusammenbrechen des Kohlenstreiks zunichte gemacht.

Wenden wir jetzt unsere Aufmerksamkeit wieder den Eisenbahnern zu. Von den 16 Eisenbahnverbänden waren zehn von den im April, Mai und Juni vom E. A. A. beschlossenen Lohnkürzungen betroffen. Geschickterweise war das Schwergewicht derselben auf die Schultern der am schlechtesten bezahlten, dafür aber am zahlreichsten und am leichtesten ersetzbaren Schichten der Arbeiterschaft — die unqualifizierten Strecken- und Bahnbetriebsarbeiter — abgewälzt. Die seit Herbst des vorigen Jahres sich bemerkbar machende Gärung unter der Arbeiterschaft loderte jetzt hell auf. Die Gewerkschaftsführer sahen sich genötigt, eine Streikabstimmung in ihren Verbänden vorzunehmen. Die Versuche einzelner von ihnen, u. a. auch des Vorsitzenden des Eisenbahn-Departements der Amerikanischen Arbeiterföderation, Jewell, den Streik auf einzelne Eisenbahnlinien zu lokalisieren, scheiterten. Die Abstimmung in den Verbänden ergab eine überwiegende Mehrheit für den Streik. Feier-

lich versicherten die Führer, sie würden dem Willen der Mitgliedschaft nicht entgegentreten. Auf gemeinsamen Konferenzen, an denen auch die Verbandsleitung der Kohlenarbeiter teilnahm, wurden die Einzelheiten einer gemeinsamen Aktion besprochen und der Öffentlichkeit der Entschluß einer derartigen Aktion bekanntgegeben. An das E. A. A. wurde eine gemeinsame Erklärung der 10 Eisenbahnverbände (6 Werkstättenverbände, 1 Streckenarbeiter-, 1 Stationsheizer-, 1 Bahnangestellten- und 1 Signalisierungsbeamtenverband) gerichtet, die das arbeiterfeindliche Verhalten des Amtes einer vernichtenden Kritik unterzog, und den Bruch der Arbeiterschaft mit dem Amte erklärte. Nichts schien den für Anfang Juli angekündigten Streik von über 1 Million Eisenbahnarbeitern abwenden zu können. Und doch, als dieser Termin herankam, waren es nur die 6 Werkstättenarbeiterverbände mit ihren 400 000 Mitgliedern, die in den Ausstand traten. Eine Streikbrecherei sondergleichen wurde an der Arbeiterschaft verübt, deren unmittelbare Ursache das verräterische Verhalten des Streckenarbeiterführers Grable war, deren tiefere Ursache aber die Furcht aller Führer vor einem wirklichen Generalstreik der Eisenbahner war. Der Tatbestand war folgender. Vor die akute Gefahr eines Streiks von 1 200 000 Eisenbahnern gestellt, der u. a. auch für die Vermittlungsbehörde den endgültigen Verlust jeder Autorität bedeutete, griff das E. A. A. im letzten Moment in die Situation ein. Die Führer der Werkstättenarbeiter haben sich an den Verhandlungen mit dem Amte nicht beteiligt, dagegen haben sich die Führer der übrigen 4 Verbände zu ihnen eingestellt. Bei der Besprechung gab der Präsident des am empfindlichsten betroffenen Streckenarbeiterverbandes, Grable, auf ein vages Versprechen des Amtes, daß es die Löhne der Streckenarbeiter einer nochmaligen Prüfung unterziehen werde, die Versicherung ab, der Verband werde einstweilen von einem Streik Abstand nehmen. Umsonst waren die Proteste der Mitglieder und eines Teiles der Beamten, die den Verrat an den Werkstättenarbeitern scharf tadelten. Umsonst waren auch die „wilden“ Streiks eines Teiles der empörten Mitgliedschaft, — Grable und seine getreuen Exekutivbeamten widerriefen den Streik. Von den übrigen 3 Verbänden schlossen sich die Stationsheizer dem Streik an, während der Verband der Bahnangestellten vereinzelt Streiks auf verschiedenen Bahnlinien organisierte. Die Signalisierungsbeamten beteiligten sich überhaupt nicht am Streik. Die Aktion von über 1 Million Eisenbahnern war gebrochen.

Bei der Betrachtung des Werkstättenarbeiterstreiks drängt sich einem vor allem die Frage auf, woraus sich der Streikwille der Führer gerade dieser Verbände erklärt. Es unterliegt unserer Meinung nach keinem Zweifel, daß die Streikbrecherei der Streckenarbeiterführer und damit die schwankende Haltung der anderen Verbände für die Führer der Werkstättenarbeiter nicht ganz un-

erwartet kam. Aus verschiedenen Kundgebungen ist ersichtlich, daß die letzteren von Anfang an nur mit dem Streik ihrer eigenen Verbände gerechnet hatten. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Mitglieder ihrer Verbände im Verhältnis zu den übrigen Verbänden wenig von den Lohnreduktionen des E. A. A. betroffen waren. Auch ihre Beschwerden über die Verpachtungs- und Antigewerkschaftspolitik hatten Aussicht, vor dem Amte eine gewisse Genugtuung zu finden, wenn sie mit ihm verhandelt und nach dem Vorbild des Streckenarbeiterführers den Streik einstweilen aufgegeben hätten. Sie zogen es jedoch vor, das E. A. A. zu ignorieren und unwiderruflich den Streikbefehl durchzuführen. Die Erklärung hierfür muß wahrscheinlich über die geheimgehaltenen faktischen Motive und Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsführern lassen sich nur Vermutungen aufstellen — in folgenden Punkten gesucht werden: zunächst war die Zusammensetzung der Mitgliedschaft in den Werkstättenarbeiterverbänden eine wesentlich radikalere, als in den meisten anderen Verbänden. Dazu machte sich seit einiger Zeit in dem bedeutendsten der ihnen angeschlossenen Verbände, im Maschinen-schlosserverband (Int. Ass. of Machinists) eine revolutionäre Strömung geltend, die für die Autorität der Verbandsführer sehr bedrohlich wurde. Die letzteren fühlten, daß sie diese nur durch eine entschlossene Haltung und entschiedene Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder erhalten konnten. Dazu kam auch, daß schon seit einiger Zeit Stimmung für einen allgemeinen Eisenbahnerstreik vorhanden war und ein Rückzug seitens der Werkstättenarbeiterführer deren Ansehen einen schweren Stoß versetzt hätte. Hierzu gesellte sich dann auch der in den Kreisen der Eisenbahnarbeiter gehegte Wunsch, den Kohlenarbeitern zu Hilfe zu kommen, denn über die Bedeutung des Kohlenarbeiterstreiks waren sich alle Arbeiter klar und alle wußten, daß er der erste Gegenstoß gegen die Offensive des Kapitals war, ein entscheidender Kampf in einer Schlüsselindustrie des Landes, an dem über 600 000 Arbeiter beteiligt waren und dessen Ausgang die zukünftigen Kämpfe der Arbeiter stark beeinflussen mußte. Eine weitere Ursache bildeten wohl auch die Bemühungen der Verbandsleitung der Kohlenarbeiter, die dadurch den Kohlenstreik aus seiner kritischen Situation zu befreien hoffte. Es fanden Verhandlungen zwischen den Werkstättenarbeitern der beiden Industrien statt, und während des Streiks der Eisenbahnwerkstättenarbeiter zeigte sich deutlich das Bestreben, den Kohlenarbeitern an strategischen Punkten zu Hilfe zu kommen, indem man die hauptsächlich Kohlen aus den unorganisierten Gruben transportierenden Bahnen stilllegte. Ebenso ist es nicht ausgeschlossen, daß die Führer der Werkstättenarbeiter in Anbetracht des schon im Gange befindlichen Kohlenstreiks auf einen länger dauernden Streik ihrer eigenen Verbände und mit der Möglichkeit

rechneten, daß ihr Streik schließlich das strategisch wichtigste Zugdienstpersonal in eine Streiksituation bringen würde. Dies alles sind nur Vermutungen, aber die ganzen Ereignisse lassen darauf schließen, daß die amerikanischen Gewerkschaftsführer, vielleicht sogar gegen ihren eigentlichen Willen, Versuche gemacht haben, den Kohlen- und Eisenbahnstreik zu vereinigen.

Wir können uns nicht genauer mit der Lage, die aus dem Zusammentreffen der beiden Streiks resultierte, sowie mit der Politik aller an dem Streik Interessierten befassen und müssen uns mit einigen Andeutungen begnügen. Das Zusammentreffen der beiden Streiks brachte die Regierung aus ihrer ruhigen Haltung. Ihre Hoffnungen auf einen baldigen Zusammenbruch des Kohlenstreiks schwanden in Anbetracht des sofortigen Sinkens der Produktion in den nichtorganisierten Gruben und der rapiden Abnahme der Kohlenvorräte. Auch hatte sie die Nichtbeachtung des E. A. A. seitens der Eisenbahner vor den Kopf gestoßen. Sie versuchte nunmehr, den Kohlenarbeitern ein Schiedsgericht aufzudrängen und bei den Eisenbahnern die Autorität des E. A. A. wiederherzustellen. Was ihr bei den Kohlenarbeitern nicht gelang, wäre ihr bei den Eisenbahnern vielleicht gelungen, wenn sich hier nicht die Unternehmer widerspenstig gezeigt hätten, die sich auf die zu Beginn des Streiks scharfmacherische Haltung des Amtes stützen konnten. Das Amt machte nun wiederum seinen Grundsatz geltend, daß die Streikenden an und für sich ihrer Vorrechte verlustig seien und gab damit den Unternehmern Gelegenheit, eine neue Komplikation in den Streik der Werkstättenarbeiter hineinzutragen, nämlich die Frage der Senioritätsrechte, d. h. der durch die Länge des Dienstes erworbenen Rechte. Später drehte sich der gesamte Streik der Werkstättenarbeiter eben um diese Frage. Manchenorts hatte der Eisenbahnwerkstättenstreik auch auf das Zugdienstpersonal übergegriffen und der Kampf nahm den Charakter eines Guerillakrieges an. Anfänglich nahmen die Führer des Zugdienstpersonals dem Streik gegenüber eine zustimmende Haltung ein; als aber die Regierung mit der Einbringung neuer Gesetzesvorschläge, die das Streikrecht der Eisenbahner überhaupt aufheben sollten, drohte, ließen sie sich einschüchtern. Sie bemühten sich, zwischen den Streikenden und den Gesellschaften zu vermitteln. Nach langen Anstrengungen und als der Kohlenstreik bereits erfolgreich beendet war, gelang es, die Werkstättenarbeiter, die zuerst jeder teilweisen Schlichtung widerstrebt hatten, zu einem Abkommen mit den weniger scharfmacherischen Gesellschaften zu bewegen.

Die etwas nachgiebigere Haltung dieser Gesellschaften war übrigens beeinflußt von den auf eine Beendigung des Streiks dringenden Kleinaktionären, die sich durch den infolge des Streiks hervorgerufenen Wertverlust des Eisenbahnmaterials in ihren Interessen geschädigt fühlten. — Den einzigen Streikerfolg bildete die Einsetzung von

Schlichtungskommissionen, welche die Unternehmer früher abgelehnt hatten, da sie die Tätigkeit des E. A. A. durch eine Überhäufung mit Streiksachen lahmlegen wollten.

Ohne auf eine erschöpfende Zusammenfassung der Bedeutung der beiden Streiks eingehen zu können, wollen wir doch zum Schlusse bemerken, daß trotz des traditionell rückständigen Charakters der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, trotz des Widerstandes, den die amerikanischen Arbeiter jeder radikalen Losung entgegenbringen, der täglich erneute Klassenkampf Situationen schafft, die die Führer zu ihrer eigenen Einstellung widersprechenden Maßnahmen zwingen. Die Bewegung wächst ihnen über den Kopf. Daß dies keine leeren Worte sind, beweisen die zahlreichen Forderungen der lokalen Organisationen der amerikanischen Arbeiterföderation nach der Proklamierung des Generalstreiks, als Protest gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierung den streikenden Eisenbahnern gegenüber. Wenn es ein Mann vom Schlage Gompers' über sich bringt, mit der Drohung des Generalstreiks der Regierung und dem Unternehmertum gegenüber zu operieren, so ist das be-

zeichnend dafür, was die Bewegung reaktionären Führern aufzwingen kann.

Es wäre gewiß verfrüht, große Hoffnungen auf ein Bewußtwerden der amerikanischen Arbeitermassen zu setzen, aber immerhin lassen die Ereignisse der letzten Monate darauf schließen, daß in der amerikanischen Arbeiterbewegung eine Verschiebung der Ideologie vor sich geht, die zu gewaltigen Zusammenstößen mit dem Unternehmertum hindrängt. Die Tatsache, daß die Regierung unter dem Eindruck der letzten beiden Streiks beabsichtigt, das Streikrecht der Kohlen- und Eisenbahnarbeiter überhaupt aufzuheben und durch ein zwangsschiedsgerichtliches Verfahren zu ersetzen, muß den Kampf auf politisches Gebiet überleiten. Der Anfang hierzu ist bereits in dem Kampfe der Eisenbahner mit dem E. A. A. und der grundsätzlichen Ablehnung jeder schiedsgerichtlichen Einmischung der Regierung seitens der Kohlenarbeiter gemacht. Das Feld ist für die Propaganda der Kommunistischen Partei vorbereitet, für den Rest werden Regierung und Unternehmer sorgen.

Сб. А

Revolutionäre Propaganda in Japan.

Wie die japanischen Arbeiter die westliche Art und Weise der Handhabung von Werkzeugen und Maschinen zivilisierter Industrien in etwas mehr als einem Menschenalter seit der ersten Einführung maschineller Industrie aus dem Westen erlernt haben, so machen sie sich jetzt mit den Methoden und Arten der in den westlichen Ländern verbreiteten Arbeiterbewegung vertraut. Es steht von unseren Arbeitern zu erwarten, daß sie die letzteren sich ebenso erfolgreich aneignen werden, wie sie die erstere in einem Zeitraume erlernt haben, der im Vergleich zu ihren Brüdern und Schwestern im Westen kurz erscheint. Diese Erwartungen sind nicht bloßer Traum, sondern eine rasch sich verwirklichende, feststehende Tatsache.

Es gab eine Zeit, da wir das Fehlen jeglicher Propaganda mit tyrannischen Gesetzen und rohem Vorgehen der Polizei gegen die Agitation der Arbeiter und Sozialisten entschuldigten. Heute jedoch haben die Arbeiter diese Hindernisse aus dem Wege geräumt und trotz aller dieser verhaßten Unterdrückungsmaßregeln und barbarischen Polizeimächte mit ihrer Propaganda Fortschritte gemacht.

Je strenger und gewaltsamer die Polizeimacht wurde, um so tatkräftiger, radikaler und revolutionärer wurde die Propaganda. Propagandistisch wirken Streiks, Sabotagen, Straßenkundgebungen, Massenversammlungen, Zusenden oder Verteilen von Propagandaliteratur in Gestalt von Flugschriften, Aufrufen und Anschlägen, Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Arbeitern in

den Straßen; Meetings, Aufstände usw. Alle die oben erwähnten Arten werden neuerdings als wirksame Streitmittel gegen die gierigen und rohen Beamten und Machthaber der Regierung angewandt. Es gibt noch andere Formen der Tätigkeit, wie z. B. die Gründung einer propagandistischen Keimzelle in einer Fabrik, ruhiges Wirken für die Bewegung inmitten der Arbeiter, eifrige Verbreitung von Propagandaliteratur.

Jede einzelne dieser Propagandaformen ist für den Japaner interessant und gewissermaßen einzig in ihrer Art in bezug auf die herrschenden Zustände und die allgemeine Sachlage. Bekanntlich befindet sich Japan noch unter einer sehr konservativen Regierung von Militaristen und Bürokraten, mit dem ganzen heutigen Bedrückungs- und Unterdrückungssystem, welches dem des Zarismus gleichkommt. Aber die japanischen Arbeiter haben sich der Lage angepaßt und haben ihre besondere Taktik beim Verfolgen ihrer Ziele.

Ich werde nun über die bei allen Arbeitern gebräuchlichste Propagandaliteratur sprechen, und zwar nur über die kürzlich während Massenversammlungen, Straßenkundgebungen und Streiks verteilten Flugblätter; viele von den hier angeführten sind beschlagnahmt und ihre Verteilung verboten worden; trotzdem haben sie heimlich durch Vervielfältigung Verbreitung gefunden. Sie geben uns einen Begriff von dem Charakter der Agitation, den Zielen und Zwecken der Arbeiterbewegung in Japan. Natürlich habe ich nicht alle mitgebracht, sondern nur typische Beispiele — so-

weit ich sie ins Ausland bringen konnte. Es sind noch stärkere da, über die Kommunistische Internationale, über die Gewerkschaftsbewegung, aber wir haben sie noch nicht in unseren Händen, da es schwierig ist, sie über die Grenzen zu bringen. Das vorliegende Material genügt jedoch als Beispiel zur Beurteilung der Propaganda unserer Arbeiter.

Das erste, das ich dem Leser unterbreiten möchte, ist ein Manifest samt Resolution vom Meeting der Arbeitslosen in Osaka:

Manifest und Resolution über die Arbeitslosigkeit.

Das Manifest und die Resolution wurden auf einem in Osaka unter der Leitung aller Arbeiterverbände des westlichen Teiles von Japan abgehaltenen Meeting Arbeitsloser bekanntgemacht und einstimmig angenommen.

Manifest.

Seht den Arbeiter in den Straßen herumlungern! Er steht da, niedergeschlagen, gleich einem Hunde in einem Totenhaus. Der Mechanismus der Zivilisation rettet ihn nicht. Ist keine rettende Macht da im Kapital und in den Behörden? Warum müssen über zehn Millionen Arbeiter in den Straßen umherirren? Müssen wegen der Krisis und dem Kreditverlust, den die Kapitalisten selbst über sich gebracht haben, die unschuldigen Arbeiter eines gewaltsamen Todes auf der Straße sterben? Wenn sie streiken, werden sie von mächtigen Behörden verhaftet. Und wenn sie aus der Fabrik entlassen werden, verfolgt sie der Hohn der Kapitalisten! Für sie gibt es kein schützendes Gesetz. Sie haben nicht einmal das Recht, sich zu einem Verband zu organisieren. Alle seufzen sie in die Dunkelheit hinaus wie ein Mensch in Sklaverei.

Die Stimme der Arbeiter, die auf der Straße liegen, sendet ihren Fluch empör. Solange wir den Kapitalismus nicht vernichtet haben, werden wir nie imstande sein, die anarchischen Zustände der industriellen Welt zu besiegen.

Wir hungern nach Brot. Rettet uns! Gebt uns das wirkliche Recht, Verbände zu gründen! Ja, mehr als das. Wir stehen auf und verfechten dies Recht. Dann — und nur dann — werden wir ein Mittel wissen, uns aus unserem jetzigen Unglück zu retten.

Laßt uns frei werden. Wir, die industriell Schaffenden, wissen, wie wir uns befreien können. Wir erstreben deswegen die Vernichtung des Kapitalismus, — der wahren Quelle der Krisis und der Arbeitslosigkeit, der industriellen Überproduktion, — und wir ersuchen heiß die baldmöglichste Verwirklichung einer Welt mit dem Arbeiterverband als wahrer Gesellschaft.

Resolution.

1. Wir erstreben die Gründung eines freien, rechtmäßigen Arbeiterverbandes.
2. Wir verlangen fortdauernde Unterstützung der Arbeitslosen.

Obiges wird von der großen Massenversammlung der Arbeiter von Kanzei (Westlicher Teil) beschlossen.

19. Juni 1922.

Obenstehendes beweist, wie gut unsere Arbeiter die ökonomische Lage erfassen, in welcher sie sich heutzutage unter dem Kapitalismus befinden. Natürlich mußte bei der Abfassung des Manifestes und der Resolution für die Arbeitslosen die herrschende strenge Pressezensur berücksichtigt werden.

Nachstehendes ist das gewöhnlichste und typischste Flugblatt, das immer wieder und wieder gedruckt und von den Arbeitern verschiedener Gewerbe und bei verschiedenen Gelegenheiten verteilt wird. Es drückt die Natur und den Zweck des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus aus.

**Wenn wir nicht siegen,
so siegt der Feind!**

Die Arbeiterbewegung ist der Krieg zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse. Wenn wir nicht vorrücken und die Schlacht gewinnen, werden die Kapitalisten uns unterjochen.

Um diesen Klassenkrieg zu gewinnen und die Arbeiterklasse zu unterjochen, werden die Kapitalisten vor keinem Kampfmittel gegen uns zurückscheuen!

Mit ihren großen Geldsummen, die sie aus Schweiß und Blut erpreßt haben, werden sie unseren Verband zu zerstören trachten. Der Polizeibeamte wird uns mit seines Säbels Spitze verfolgen. Und auch diese Mittel genügen noch nicht; sie werden die Truppen gegen uns brauchen wie bei dem letzten Streik in Kobe.

Arbeiter und Arbeiterinnen! So, wie die Dinge liegen, sind Polizei, Gesetz und Armee Waffen, die der Kapitalist anwenden wird, um uns zu unterdrücken und zu unterjochen.

Aber auch wir haben starke Waffen! Die Arbeitervverbände sind unsere Armee. Der Streik ist unser Kampfmittel. Wir besitzen eine Waffe, Sabotage genannt, und noch eine andere, Streikausschuß genannt. Wenn diese tatkräftig angewandt werden, ist unsere Macht noch größer.

Die Arbeiterbewegung ist ein Krieg zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse. Wenn wir nicht vorrücken und die Schlacht gewinnen, wird der Feind uns sicherlich unterjochen.

Um diesen Krieg zu gewinnen, wird der Feind zu allen erdenklichen Streitmitteln seine Zuflucht nehmen.

Warum sollten wir Arbeiter allein die Mittel und Waffen nicht gebrauchen, die sich am wirksamsten gegen die Kapitalistenklasse erweisen?

Unser Schicksal liegt in diesem Kampfe!!!

Dieses Flugblatt ist immer wieder während der Streiks von den Arbeitern verbreitet worden.

Und noch ein Muster der gewöhnlich verbreiteten Flugblätter, ähnlich wie das vorher-

gehende, über Kapitalismus und Arbeit in ihrem Kampfe.

Erhebet Euch, Genossen und Kollegen!

In der Welt des Kapitalismus herrscht Krieg zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse, und unser Verband ist das Heer, das diesen Klassenkampf auszufechten hat.

Deshalb versucht die Kapitalistenklasse, unseren Verband und die Arbeiterbewegung zu vernichten. Deshalb müssen die Arbeiter, trotzdem sie große Opfer bringen müssen, die rohe Kapitalistenklasse bekämpfen.

Die Kapitalistenklasse nimmt in ihren Bemühungen, uns zu vernichten, zu allen möglichen gefährlichen und unsauberen Waffen ihre Zuflucht. Seit dem verfloßenen Jahre fanden viele Arbeitskonflikte statt und manche davon waren besonders furchtbar. Da erhoben sich viele Millionen unserer Genossen und Kollegen zum Kampfe gegen die brutale Kapitalistenklasse.

Während wir dies als etwas betrachteten, was uns nichts angeht, wird es jetzt tatsächlich zu unserer eigenen Angelegenheit; es ist unser eigenes Schicksal, über das wir selbst zu entscheiden haben.

Aber es handelt sich nicht nur um diejenigen, die ungerechterweise aus der Fabrik entlassen wurden. Solange wir schweigen und uns die Ausbeutung der Kapitalisten und die Auspressung unseres Schweißes und Blutes gefallen lassen, und uns mit sklavischen Zuständen begnügen, wird über kurz oder lang das gleiche Schicksal über alle Arbeiter hereinbrechen. Das steht fest.

Wenn wir geschlagen sind, hat die Klasse der Kapitalisten nichts zu befürchten. Sie werden willkürlich Arbeiter entlohnen, nach Gutdünken unsere Gehälter schmälern. Sie werden mit uns machen, was ihnen beliebt. Die Gefahr ist nahe. Um unserer Genossen willen, nein, um unserer selbst willen, — mehr noch: um der ganzen Arbeiterklasse willen müssen wir diesen Kampf gewinnen!

Ob wir ihn gewinnen oder geschlagen werden, hängt voll und ganz von unserem Verhalten jetzt, in diesem Augenblicke, ab. Wir befinden uns tatsächlich im kritischsten Moment. Wir dürfen diese letzte günstige Gelegenheit nicht verpassen und müssen uns erheben. Versäumen wir diese Gelegenheit, so werden die Arbeiter keine andere mehr haben, das Haupt zu erheben. Wir müssen sofort ans Werk gehen. Es bietet sich uns eine letzte Gelegenheit, jetzt unseren Kampf zu beginnen!

Das nächste Flugblatt ist eines, das weiteste Verbreitung fand, und das Ziel verfolgte, die Gesetzesvorlage betreffs Unterdrückung der kommunistischen Bewegung umzustößen. Die Vorlage wurde überall eifrig besprochen und die Stimmung war gegen sie. Obgleich sie vom Oberhause in der letzten Parlamentssitzung abgelehnt wurde, wurde sie von der Regierung im Unterhause zur Debatte

gebracht. Der Aufruf ist von allen wichtigen Arbeiterverbänden unterzeichnet.

Nr. 1.

Manifest gegen die Vorlage betreffs Unterdrückung der kommunistischen Bewegung.

1. Die Gesetzesvorlage zur Unterdrückung der Bolschewisten und Sozialisten ist nun von dem getreuen Hunde der Kapitalisten dem kapitalistischen Parlament unterbreitet worden. Obschon ihr Inhalt äußerst geschickt, grausam und barbarisch ist und im Grunde genommen die Vernichtung unserer Rechte und Freiheiten bedeutet, beabsichtigen wir keineswegs, sie hier irgend einer Kritik zu unterziehen. Und mag auch ein wahnwitziger Feind seine scharfe Klinge gegen uns richten, so liegt es uns doch ferne, furchtsame Versuche zur Abwendung dieser scharfen Spitze von uns zu machen. Im Gegenteil, — wir spotten des Todeskampfes der regierenden Klasse, die nicht gegen uns aufkommen konnte, ohne ein barbarisches, grausames Gesetz zu schaffen; mehr als das, — wir haben eher Mitleid mit dem armen, dummen, blutdürstigen Teufel, der sich sein eigenes Grab gräbt!
2. Indessen können wir jedoch nicht ganz achtlos an einem so barbarischen Angriffe vorbeigehen. Wir sind daher entschlossen, denselben kräftig zurückzuschlagen. Abgesehen von unserem jetzigen Kampfe, der einen erbitterten Charakter annehmen kann, geht aus unserer Vergangenheit hervor, wie sehr wir hofften, daß die allerletzte, unvermeidliche Schlacht des Klassenkampfes so wenig Opfer und Elend wie nur möglich kosten möge und daß sie so schnell wie möglich beendet werde.
Sie aber, die regierende Klasse, gibt eine tyrannische, ungerechte Gesetzesvorlage heraus und geht darauf aus, dem kommenden Kampfe einen äußerst wilden und tragischen Charakter zu verleihen.
3. Wie großes Elend und Verwirrung der nahende Kampf auch mit sich bringen, wie große Opfer er auch erfordern möge, — einerlei, ob auch unser Blut in Strömen fließt und Fleisch und Bein in Stücke geht, — uns wird keine Schuld am Verbrechen treffen. Die ganze Verantwortlichkeit fällt allein auf die regierende Macht zurück!
4. Wir sind gegen jedes Gemetzel. Wir werden uns aber keinem noch so großen Opfer für Recht und Freiheit entziehen. Und überdies ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, die kalte Schwertklinge der Hand eines Tobsüchtigen zu entwenden. Wir, die wir die Gerechtigkeit und Freiheit lieben, werden auf diese Weise unsere Gesellschaft aus den Händen der tyrannischen Unterdrückung erretten, und müssen eine neue, friedliche und geordnete Gesellschaft gründen.

5. Proletarier! Brüder und Schwestern und Kampfgenossen! Nun ist der Kampf zum tiefinnersten und nachdrücklichen Zusammenstoß geworden. Es ist tatsächlich unsere Entscheidungsschlacht: ob wir auf ewig zu Sklaven werden und uns von der regierenden Klasse unterkriegen lassen oder dieselbe stürzen und uns, dem Proletariat, unterwerfen!
6. Herrschende! Wir fordern euch hiermit kühn und entschlossen zur Entscheidungsschlacht heraus.

Rodo-Undo-Dantai-Domei.

(Verband der organisierten Arbeiterbewegung)

Vertreten durch folgende Organisationen:

Jiujin Remmei	Jonan Kokushoku
Hoku Fu Kai	Nippon Kofu S. Do.
Ewanzei Rodo Sha	Shosetsuka Kumiai
Keimei Kai	Seishin Kai
Kensetsusha Domei	Tokei Ko Kumiai
Tane Maki Sha	Tsukujima
Zenei Sha	Rosossodansho
Kokushoku Rodosha	Rodo Sha
Zokisekoro Kumiai	Koku Yo Kai
Kotsu Rodo Kumiai	Suiyo Kai
Hoku Jiyo Sha	Bunka Kai
Musan Kai	Mumei Kai
Kojin Kai	Shinyu Kai
Doyu Kai	Shinjin Kai
Cosmo Club	Gyomin Kai
Rodo Undo Sha	Kokuy Kai
Proletariasha	Nippon Rogi Kai
Gogatsu Kai	Seki Ran Kai
Giko Kai (Rodosha)	Kakuto Kai
Sinnippen Kenset	Taishu Jiho Sha

Das nächstfolgende Flugblatt wurde zuerst anlässlich des Streikes auf der Schiffswerft von Yokohama gedruckt und verbreitet und erhielt seitdem bei den Streiks verschiedener Industriezweige weiteste Verbreitung, um den Arbeitern die Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens klarzumachen.

Arbeiter, vereinigt Euch!

Erschöpfung und Arbeitslosigkeit sind notwendige Begleiterscheinungen des kapitalistischen Systems. Solange die Arbeiter die Welt nicht umschaffen, werden Erschöpfung und Arbeitslosigkeit kein Ende nehmen. Die Organisation eines Arbeiterverbandes ist der erste Schritt für die Arbeiter, die Welt in ihre Hand zu nehmen!

Der einzige Zweck des Kapitalisten ist Profitmacherei. Solange er Geld machen kann, wird er die Arbeiter ausbeuten und Schundwaren fabrizieren; sobald kein Profit für ihn dabei abfällt, stellt er die Arbeit ein und entläßt die Arbeiter. Solange das kapitalistische System besteht, werden die Arbeiter ewig vom Hunger bedroht bleiben.

Die erste Pflicht des Arbeiterverbandes ist, den Eigennutz des Kapitalisten ins rechte Licht zu rücken. Arbeitsdauer und Lohn, alle Verträge mit dem Kapitalisten müssen von den Arbeiterver-

bänden aufgesetzt und durch dieselben geschlossen werden.

Die zweite Pflicht des Arbeiterverbandes ist, die Aufsicht des Arbeiters über die Industrie einzuführen. Die Produktion ist für die Gesellschaft da. Die Produktionsmittel dürfen nicht auf privatem Wege vom Kapitalisten angeeignet und zum Werkzeuge seiner Geldmacherei gemacht werden. Der Arbeiterverband muß sie in seine Hand nehmen und den Betrieb zum Nutzen der Gesellschaft leiten.

Die dritte Pflicht des Arbeiterverbandes ist, denselben zu einer politischen Einheit der kommenden gesellschaftlichen Ordnung zu gestalten. In der Welt der Arbeiter muß der Arbeiterverband seinen Vertreter wählen und ihn am politischen Leben teilnehmen lassen. Es gibt dann keinen Unterschied zwischen Reich und Arm, Ausbeuter und Ausgebeutetem, Untertan und Regenten. Die neue, friedliche und freie Gesellschaft könnte auf diese Weise zum ersten Male verwirklicht werden.

Arbeiter, die Ihr die Welt besitzen sollt, — vereinigt Euch! Ihr braucht bloß Eure Ketten zu lockern!

Proletarier, vereinigt Euch!

Nachfolgender Aufruf wurde gelegentlich eines Streiks der Eisenarbeiter von Shibaura, die bei der Millionenfirma Mitsui angestellt waren, herausgegeben.

**Manifest des Arbeiterverbandes
von Shibaura.**

Wir, die wir alle Proletarier sind, besitzen nichts. Von unserer Geburt an verspürten wir die Bitternis eines Lebens inmitten des Staubes und Oles der Fabrik.

Diese unsere schmutzigen Hände sind die Erzeuger und Schöpfer kostbaren Reichtums für die Gesellschaft.

Seht! Alle Notwendigkeiten des Lebens, wie Licht, Wärme, Kleider, Häuser, — all dies ist eigentlich das Ergebnis unseres Schweißes, unseres Blutes, unserer Tränen!

Nichtsdestoweniger besitzen wir, als Mitglieder der Gesellschaft, nichts. Die von unseren schmutzigen Händen erschaffenen Reichtümer werden von den Kapitalisten monopolisiert; wir aber werden immer von Hunger und Tod bedroht.

Unsere Kameraden sind zu Knochengrüsten abgemagert. Unsere Väter müssen auf ihre alten Tage noch den Hammer schwingen, und unsere Töchter ihr schönes, junges Leben in der Finsternis verbringen und ihr Lebensblut und alle Kräfte vergeuden. O, welch elendes, jämmerliches Leben! Freunde! Wie können wir diesen fürchterlichen Zuständen ein Ende machen?

Als Hervorbringer sozialen Wohlstandes müssen wir uns das Recht auf unser Leben sichern, damit wir unsere Unantastbarkeit als zivilisierte soziale Wesen aufrechterhalten können. Seht, dies suchen wir mit unserem heißen Wollen und unserer Kraft zu erreichen!

„Arbeiter der ganzen Welt, vereinigt euch!“
Hierin liegt unsere wahre Stärke.

Genossen! Unter unserer Anleitung und Aufsicht erhebt euch und bringt mit aller Macht euren Verband zur Geltung!

Arbeiterverband Shibaaura
November 1921.

Obleich die beiden vorhergehenden Flugblätter nur während der Streiks auf zwei der größten Fabriken zwecks Aufrechterhaltung der Stimmung unter den Arbeitern verbreitet wurden, geben sie auch ein gutes Beispiel der revolutionären Propaganda in Japan.

Das nächste Flugblatt ist der erste Versuch der von Kommunisten geleiteten Arbeiter Japans, der russischen Hungersnot Hilfe zu leisten. Es wurde unterdrückt, jedoch neuerdings von den Kommunisten wiederum herausgegeben.

Hunger! Hilfe für Rußland!

Hungersnot! Bei diesem Schrei fühlen wir uns furchtbar, tragisch erschüttert.

Sowjetrußland ist gegenwärtig von großer Hungersnot bedrängt. Eine Dürre, die von März bis Juni andauerte, verursachte Hungersnot im Wolgagebiet, das gewöhnlich zwei Drittel des Korns für ganz Rußland lieferte. Es wird berichtet, daß in diesem Gebiete die Erde verbrannt ist.

Infolge des imperialistischen und des Bürgerkrieges, der sieben lange Jahre hindurch Rußland auspreßte, verbrauchte es nahezu seine ganze eigene Lebenskraft, und die Menschen leiden immer noch unter ihren Kriegswunden. Und sie sind nicht in der Lage, die erlittenen Verluste zu ersetzen. Gerade in diesem kritischen Augenblick — welche ungeheure Tragödie! — wird Rußland von großer Hungersnot betroffen. Die Hungersnot zieht natürlich Krankheiten und Seuchen nach sich. Zwanzig Millionen Menschen haben nichts zu essen, nichts anzuziehen, sterben vor Hunger und Durst.

Wir brauchen Rußlands Sowjetregierung hier nicht zu beurteilen oder zu kritisieren. Leute, die genau wie wir menschliche Wesen sind, leiden Not und sterben an den Folgen der Dürre. Und wir hören, daß sie umkommen ohne Brot, ohne Kleidung und ohne Arznei gegen die Krankheiten. Solche Dinge geschehen tagtäglich! Wir dürfen uns nicht mit bloßen mitfühlenden Worten begnügen. Es sind zu schauerliche, zu tragische Tatsachen!

Früher wurde unser Nachbarland China von Hungersnot heimgesucht. Unsere leitenden Persönlichkeiten in der Regierung und außerhalb derselben veranlaßten viele reiche und vornehme Menschen, große Geldsummen und ungeheure Mengen Nahrungsmittel zu sammeln und nach den chinesischen Hungerdistrikten zu senden. Sie haben sich tatsächlich bemüht, die von Hunger betroffenen Menschen unseres Nachbarstaates zu

retten. Was tun sie jetzt? Für sie ist China das Land umstrittener Konzessionen; Rußland — eine gigantische Drohung. In diesen Punkten sind China und Rußland die größten Gegenpole für uns.

Das Bestehen Sowjetrußlands bedeutet für die Kapitalistenklasse der ganzen Welt eine Drohung. Die brutalen, barbarischen Weltkapitalisten sehen die Hungersnot in Rußland ruhig mit an, und statt Mitgefühl zu zeigen, versuchen sie, sie auszunutzen. Eine Zeitung äußerte sogar offen folgende Ansicht: „Wenn das russische Volk sich nicht gegen die Sowjetregierung auflehnen kann, mag es Hungers sterben!“ Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, ob die japanischen Kapitalisten in ihrem Denken ebenso barbarisch und oberflächlich sind, wie die Kapitalisten anderer Länder. Aber sie haben sich für ein Land bemüht, in dem die Hungersnot am Orte ihrer Streitigkeiten um Konzessionen herrschte, und übersehen die Hungersnot in einem anderen Lande, weil es für sie eine Gefahr ist. Das können wir nicht außer acht lassen.

Einem Zeitungsbericht zufolge stellt die japanische Regierung Nachforschungen über die Hungersnot in Rußland an und will eine Vorlage zur Bewilligung einer Geldsumme ausarbeiten, um Hilfe für die russische Hungersnot zu schaffen. So muß es sein. Wir sind gewöhnlich nicht mit ihren Handlungen zufrieden, aber in diesem Falle billigen wir ihr Vorgehen.

Wir, die wir selbst unbedeutend an Macht und Einfluß sind, konnten bis auf den heutigen Tag nichts tun, aber jetzt dürfen wir nicht länger müßig sein. Dies ist der eigentliche Grund, warum wir uns jetzt versammeln, um einen Arbeiter-Hilfsverband für die russische Hungersnot zu gründen. Wir beabsichtigen zu allererst, Konzerte, Vorträge und Kunstausstellungen zu veranstalten und an das Solidaritätsgefühl des ganzen Proletariats des Landes zu appellieren.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Für die Kapitalistenklasse ist Rußland in der Tat eine große Drohung, aber für uns Arbeiter hat es manchen Kampf gekämpft und allen Menschen der Welt ein Beispiel gegeben, d. h. es zeigte uns den Weg, den das Proletariat einschlagen und gehen muß. Uns Arbeitern gab es den größten Anstoß und die Triebkraft und den Kapitalisten eine Warnung. Diese russischen Bauern sind jetzt von entsetzlicher Hungersnot heimgesucht. Ihr werdet sicherlich in jeder Beziehung von Mitgefühl und Begeisterung für diese russischen Bauern in ihrer furchtbaren Hungerkrise ergriffen werden.

Arbeitsgenossen! Obleich wir nahezu machtlos sind, glauben wir fest, daß unsere gegenwärtigen Bemühungen, unser Mitgefühl und unsere Begeisterung nicht ohne Ergebnis bleiben werden!

Dezember 1921. Tokio, Kojimachi-ku, Motazeno-cho 8, chome 44.

Arbeiter-Hilfsverein für die russische Hungersnot

Die Washingtoner Konferenz war die erste Gelegenheit für die Kommunistische Partei Japans, eine Propaganda einzuleiten gegen den Militarismus und für die Revolutionäre Konferenz des Fernen Ostens, die am 11. November 1921 in Irkutsk abgehalten wurde. Die Partei druckte lange vorher dreißig oder noch mehr verschiedene Arten von Anschlägen in ungefähr 500 000 Exemplaren und hängte sie am Vorabend des 11. November in allen größeren Städten und Orten des Landes genau zu derselben Stunde aus. Dies mißfiel der Regierung und diente dazu, sofort das Unterdrückungsgesetz zu formulieren, gegen welches die Partei unter Mitwirkung aller Verbände kämpfte.

An dieser Stelle bringen wir noch ein Flugblatt gegen die Arbeitslosigkeit, die als unmittelbare Folge der Washingtoner Konferenz angesehen wird:

Auf, Arbeiter des ganzen Landes!
(Manifest über das Problem der teilweisen Abrüstung.)

I.

Mord in großem Maßstabe, Vernichtung der Produktion in großem Maßstabe, das ist der eigentliche Zweck des Militarismus. Er ist für uns Arbeiter von keinem Nutzen. Wir wollen den Militarismus auf einmal aus der Welt schaffen, ohne viel von teilweiser Abrüstung zu reden. Doch wenn wir das nicht auf einmal erreichen können, müssen wir uns mit der teilweisen Abrüstung zufriedengeben.

II.

Die teilweise Abrüstung vergrößert die Anzahl der Arbeitslosen. Das ist eine wohlbekannte Tatsache. Tatsache, daß in den Munitionsfabriken die Arbeitslosigkeit wachsen wird. Wir Arbeiter werden jetzt alle in Mitleidenschaft gezogen werden und furchtbares Elend durchmachen. Auch das ist eine bekannte Tatsache. Aber deswegen protestieren wir noch nicht gegen die Verminderung der Rüstung. Wir, die Arbeiterklasse, hassen mehr als jede andere den bestehenden Militarismus.

III.

Aber es gibt Leute, die Gerüchte verbreiten, wie: „Eine teilweise Abrüstung wird die Zahl der Arbeitslosen vermehren, deshalb sind die Arbeiter dagegen.“ — Das sind entweder die Armeeliquen oder die Kapitalisten. Wenn nicht, so sind es die Marionetten der Armeeliquen, ihre Handlanger. Die echten Arbeiter werden solcher Propaganda niemals Aufmerksamkeit schenken.

IV.

Solange der gegenwärtige ökonomische Aufbau und die Methode des Profitmachens in der Produktion andauern, werden wir Arbeiter, gleichgültig ob gerüstet oder abgerüstet wird, weiterhin von Jahr zu Jahr allen Gefahren ausgesetzt bleiben.

Eine tolle Konjunktur folgt, die Krisis ist gleichzeitige Ursache der Zerstörung der Produktion und der Einstellung der Fabrikstätigkeit. Dies sind notwendige Folgen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems. Um uns nun von unserer Sorge zu befreien, bleibt uns daher kein anderer Ausweg, als die gegenwärtigen industriellen Methoden von Grund aus zu ändern.

V.

Dies sind Tatsachen. Aber die teilweise Abrüstung geschieht zum Wohl des Landes. Deswegen trägt das Land die volle Verantwortlichkeit für die den Arbeitslosen zu erweisende Hilfe. Es ist für uns unerlässlich, eine wirksame Hilfe zu fordern. Das zu tun, ist unser eigenes Recht. Es ist natürlich zweifelhaft, ob unsere Forderung erfüllt werden wird. Aber das Erreichen unseres Zweckes hängt lediglich davon ab, ob wir die Forderung wirksam und kräftig gestalten oder nicht. Ist unser Rückgrat stark, so wird die Forderung bewilligt werden; sind wir schwach, so ist unsere Forderung umsonst.

VI.

Die teilweise Abrüstung bedeutet eine große Verringerung der Staatsausgaben; folglich wird eine Menge überflüssiges Geld vorhanden sein. Sind wir stark in unserer Forderung, so ist Gewißheit da, daß unsere Forderung bewilligt werden wird. Nur wenn wir hin- und herschwanken, unentschlossen sind und unsere Zeit nutzlos verstreichen lassen, dann liegt es auf der Hand, daß die Folge hiervon erneute Bereicherung der Kapitalisten sein wird, welche lange vorher schon, während des letzten Krieges, riesige Summen verdienten und ihre Errungenschaften festigten und sicherten.

VII.

Was sollen wir also tun, damit unsere Forderung erhört werde? Da gibt es nur einen Weg und nur ein Mittel. Das ist die Macht der Organisation; es gibt kein anderes in der Welt. Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nicht um eine Idee, nicht um einen individuellen Kapitalisten, es geht wider alle Kapitalisten; daher muß unsere Organisation keine individuelle sein, und nicht individuell und vereinzelt zusammenkommen, sondern alle Unterschiede und Streitigkeiten aller Art zwischen den Arbeiterverbänden und Arbeitern des ganzen Landes beiseite schieben. Durch solche starke Föderation aller Arbeiter müssen wir der immer mehr erstarkenden kapitalistischen Organisation entgegentreten.

VIII.

Diejenigen, welche einen Verband bilden, müssen sich mit der Föderation unter einem Banner vereinigen, und diejenigen Arbeiter, die keinen eigenen Verband besitzen, müssen einen solchen gründen und als Zweigverband in die allgemeine Föderation eintreten; und alle müssen

jetzt einmütig handeln, im Namen der ganzen Arbeiterklasse des Landes!

Dezember 1921.

Tokio.

RODO KUMIAI DOMEIKAI
(Föderation der Arbeiterverbände)
Hauptquartier Tokio, Vorstadt
Okubo, 519.

Unterzeichnet von folgenden Verbänden:

Verband der Schiffsarbeiter
Druckereiverband Shinyukai
Lehrerverband Keimei Kai
Verband japanischer Maschinisten
Verband japanischer Transportarbeiter
Zeitungsarbeiterverband Seishinkai
Arbeiterverband Genuine
Allgemeine Föderation japanischer Minenarbeiter
Uhrmacherverband.

Anmerkung: Der Zweck dieser Föderation ist:

1. Den Zusammenschluß vorhandener Verbände zu beschleunigen.
2. Den Arbeitern, die keinen Verband bilden, bei der Gründung eines solchen zu helfen.

Angesichts der bevorstehenden Arbeitslosigkeit auf den Schiffswerften und anderen ähnlichen Unternehmungen organisierten sich einhundertfünftausend Arbeiter der staatlichen Unternehmungen.

Die jüngste Arbeiterbewegung in Japan wird durch Verschmelzung von Arbeiterverbänden und das Entstehen der Föderation gekennzeichnet. Die Verbände der Metallarbeiter verbanden sich zu einem gut zentralisierten Verband mit dreißigtausend Verbandsmitglieder; Osaka ist mit den umliegenden Provinzen zu einem Verbandsvereinigt. Alle die Verbände wurden jetzt zu einer nationalen Föderation vereinigt. Nachstehende Flugblätter sind für die Föderation der Transportarbeiter in West-Japan bestimmt.

Ein Aufruf der westlichen Sektion der Föderation der Transportarbeiter und ihr Programm für die Eröffnungsfeier.

„VEREINIGUNG IST UNSER RECHT!“

Versammlungsrecht und Vereinsrecht sind die von der Verfassung garantierten Rechte des Volkes.

Arbeiterzentralverband der Elektrischen Eisenbahn von Osaka! Es ist der Tag gekommen, die Gründung der Westlichen Sektion der Transportarbeiter-Föderation zu feiern. Die Arbeiter der genannten Eisenbahn müssen zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einen festen Verband gründen. Kommt! Jeder einzelne von euch, der dem Verbands beitrifft, bedeutet einen Fortschritt für die Verbesserung eurer Lebensverhältnisse. Der Gründung unseres Verbandes steht nichts im Wege. Wenn man unserer Verbandsbewegung ein ungerechtfertigtes Hindernis in den

Weg legen wollte, so werden wir keinesfalls dazu schweigen. Und wir sind fest entschlossen und unerschütterlich. Wenn ihr alle kommt, kann uns niemand etwas antun. Am Tage unserer Feier werden wir voll und ganz bereit sein. Genossen! Kommt! Ja, kommt unerschrocken!

Programm für die Eröffnungsfeier der Westlichen Sektion der Föderation der Transportarbeiter.*)

Redner: von den Vertretern verschiedener Zweige der Elektrischen Bahn von Osaka und solche von der Elektrischen Bahn der Stadt Kobe.

Ansprechen von den verbrüderten Delegierten: Verband der Stadtbahner von Tokio, Verband der Elektrizitätsarbeiter von Osaka, Allgemeine Arbeiterföderation von Japan, Föderation Kwanzai, Arbeiterförderung von Koipkai und Vertreter anderer Verbände, Journalistenklub der Arbeiter von Osaka u. a.

Fünf Minuten lange Ansprechen von jedem der Stadtbahnarbeiter.

Datum: 16. März 1922, um 6 Uhr nachmittags.

Ort: Tsugi Koyasan, West Osaka

Aufruf an die Bürger.

An die Bürger von Osaka!

Bürger von Osaka! Wie unser Manifest und Programm besagen, haben wir uns einmütig zu einem Verbands zusammengeschlossen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß unser Geist durchaus gemäßigt ist; nie wird er wahllos den Kampf wünschen und nie euer friedliches Leben bedrohen.

Bürger von Osaka! Die Gründung eines Verbandes entspringt bei den Arbeitern demselben Bedürfnis, das euch die städtische Selbstverwaltung gründen ließ. Es ist kein Unterschied zwischen diesen beiden da. Dies zu leugnen hieße das menschliche Leben selbst leugnen. Überdies wißt ihr bereits und täglich aufs neue, wie schwer unsere Arbeit zu vollbringen ist. Außerdem, wenn ihr eine Vervollkommnung der Transportfrage in der Stadt Osaka wünscht, so solltet ihr uns helfen, einen lebensfähigen gesunden Verband zu gründen und ihn zu einem vollkommenen zu machen.

Bürger von Osaka! Wie gesagt, lassen wir euer Glück und Bequemlichkeit nicht aus den Augen. Unser Verband ist bestrebt, die Arbeit nach dieser Richtung hin zu beginnen. Aber sollten die Stadthäupter dieser vernünftigen, wenn nicht allervernünftigsten Bewegung die altherkömmlichen, ungerechten Hindernisse entgegenstellen, so werden wir, die wir unsere Freiheit schätzen, den Kampf bis zum äußersten ausfechten. In solcher Zeit seid ihr gerechte Richter, auch wenn euch daraus unter Umständen Mißhelligkeiten erwachsen sollten, für welche die Verantwortlichkeit auf die Stadthäupter

* Auf die Rückseite des Programms waren zwei Verbandslieder gedruckt. Eines davon wurde speziell für den Verband komponiert.

fällt, die wahren Unterdrücker von uns, den Arbeitern. Deswegen erwarten wir euer gerechtes Urteil!

März 1922.

Die Westliche Sektion der Föderation der Transportarbeiter.

Eine Sektion der Elektrischen Bahnarbeiter von Osaba.

Manifest und Programm der Westlichen Sektion der Föderation der Transportarbeiter.

Manifest.

Der Geist der Freiheit und Selbstbestimmung ist das angeborene Recht eines jeden menschlichen Wesens. Wir wünschen, von diesem Geiste beseelt, eine vollkommene Lebensweise zu erreichen. Daß wir Arbeiter aus diesem Geiste heraus ein gemeinsames Leben mit gegenseitiger Unterstützung führen und es außerdem noch wiederaufbauen könnten, ist unmöglich, gleich den Bemühungen eines Narren, der einen starken Strom mit seinen beiden Händen aufzuhalten versucht!

Unsere Brüder, die Arbeiter des ganzen Landes, schreiten bereits unter einem organisierten Banner auf dem Wege ihrer Befreiung vorwärts. Wir jedoch konnten bislang nicht einmal unsere Stimme für die Befreiung erheben. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir können nicht länger schweigen; jetzt ist für uns die Zeit gekommen, daß unser Schrei gehört werde!

Wir, die Arbeiter der Transportwerke, sind Blut und Nerv der Industrie. Wir können bewirken, daß der Blutumlauf der Landesindustrie auf einmal abgeschnitten wird und stockt. Daher fühlen wir immerwährend eine große Verantwortlichkeit auf uns lasten. Und diese große Verantwortlichkeit ist unseren Schultern von der Gesellschaft aufgebürdet worden. Insbesondere ist die Gefahr unserer Arbeit größer, die Unregelmäßigkeit der Arbeitsstunden beträchtlicher, sowie die Dauer derselben im Vergleich zu derjenigen anderer Arbeiter länger, und doch ist unser Lohn für diese schwere Verantwortung und die harte und strenge Arbeit am niedrigsten — ein wahrhaft jämmerlicher Lohn. Wenn die gegenwärtigen Zustände fort dauern, so können wir uns nicht vor ewiger Armut, Krankheit im Alter und Verachtung in der Gesellschaft retten.

Unser Schrei nach der Verbandbewegung ist eine Stimme aus dem tiefsten Innern unseres Herzens. Die Macht eines Individuums kann die Welt erschüttern. Um wieviel größeren Einfluß und Macht kann die organisierte Kraft von hunderten und tausenden von Arbeitern ausüben! Was wir fordern, ist menschliche Freiheit. Wenn man mit menschlichen Wesen nicht wie mit Sklaven umgeht, kann niemand die Gesetzmäßigkeit unserer Forderung ableugnen. Wir hegen keine zügellose Vorliebe für den Konflikt und Kampf. Doch wenn irgend jemand dieser unserer vollkommen recht-

mäßigen Forderungen demütigenden Widerstand entgegengesetzt, werden wir im gleichen Augenblick uns entschieden dagegen auflehnen und bis zum alleräußersten für unser Recht kämpfen. Dies ist unsere Parole!

März 1922.

Die Westliche Sektion der Föderation der Transportarbeiter.

Vorstadt Osaka, Mutokizu 181, Hagi-No-Chaya.

Programm der Westlichen Sektion der Föderation der Transportarbeiter.

1. Der Achtstundentag.
2. Gehaltsminimum.
3. Arbeitslosenversicherung.
4. Altersversicherung.
5. Krankheits- und Unfallversicherung.
6. Strafreform.
7. Vervollkommnung der sanitären Einrichtungen.

Resolution: Auf Grund des Geistes unseres Manifestes und Programms werden wir die endgültige Erreichung der Arbeiterbefreiung anstreben.

Das nächste Manifest wurde in der Mainnummer des Arbeiter-Wochenblattes veröffentlicht und auch in Form von Flugblättern verbreitet. Es zeigt den Fortschritt der Propaganda in Japan. Die rote Farbe — die revolutionäre Farbe — ist nicht mehr in Japan verboten, sondern wird als die Farbe der Arbeiter- und Bauernverbände verwendet. Im verflossenen Mai fanden überall Kundgebungen statt, und die beteiligten Arbeiter trugen alle eine kleine dreieckige rote Fahne.

Manifest an die Bauernjugend!

Genossen!

Arme Bauern, Landleute und Pächter, aus denen die ackerbauenden Dörfer bestehen, befinden sich in den allerjämmerlichsten und beklagenswertesten Verhältnissen. Warum? Weil die Gutsbesitzer und Kapitalisten, diese beiden Ausbeuterklassen, die zur Wahrung ihrer eigenen egoistischen Interessen die unvernünftigsten und willkürlichsten Institutionen bilden, die armen Landleute und Pächter immerwährend ausbeuten.

Genossen, Bauernjugend! Dies kommt daher, weil diese Gutsbesitzer und Kapitalisten stets den Reis und den Weizen für sich nehmen, den ihr, eure Väter, Mütter, Schwestern und Brüder im Schweiß des Angesichts durch harte Arbeit hervorbringen. Diese Gutsbesitzer und Kapitalisten tun nichts, als von der Arbeit der Bauern und Arbeiter leben. Sie sind soziale Schmarotzer! Genossen! Wir können unter so ungerechten und bedrückenden sozialen Institutionen nicht leben. Wir müssen ein freieres und friedlicheres Leben entdecken und ein richtiges Leben begründen. Dazu müßt ihr euch erheben und den herrschenden sozialen Aufbau und seine Einrichtungen zerstören.

Regierung, Provinz- und Dorfversammlungen und Gesetz sollten für euch da sein. Erhebt euch! Revolution in den Dörfern — das ist eure Aufgabe. Seht die russische Jugend an! Sie hat die drückenden Fesseln des Zarismus gesprengt, die sie jahrhundertlang in Sklaverei gehalten haben, und die Freiheit begründet. Sie hat für die Revolution gekämpft. Sind sie nicht die jungen Söhne russischer Bauern und Pächter? Die lange Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung zunichte zu machen und die Revolution in den japanischen ackerbaureibenden Dörfern zu vollbringen, ist eure Aufgabe. Ihr müßt es tun, um jeden Preis.

Erwacht, Jünglinge des Bauernstandes! Als Organ dieser revolutionären Bewegung haben wir die „Sekishoku Nominkai“ (Roter Bauernverband) gegründet. Dieser Verband ist eine freie Institution, der beizutreten und deren Pflichten zu tragen nicht schwer ist. Schreibt uns eure Namen und Adressen, wir werden euch den „Rodo Undo“ („Arbeiterbewegung“) und den „Kosakunin“ („Landpächter“) zusenden — zwei Zeitschriften, die zum Zweck des Studiums der Fragen des Bauerntums herausgegeben werden; alle sind sie für euch von Interesse. Kommt und tretet dem Verbands bei!

Sekishoku Nominkai.
West-Sano, Takomachi, Chibaken.

Die diesjährige Maifeier war sehr erfolgreich, trotz der Feindseligkeiten, Verbote und Beschränkungen seitens der Regierung. Viele große Fabriken wurden genötigt, wegen der Maifeier-Arbeitsruhe zu schließen.

„Alle Arbeiterorganisationen vereinigten sich zur Maifeier und stimmten für die Veröffentlichung des nachstehenden Manifests; über hunderttausend Exemplare wurden verteilt. Der Tag wird für die Arbeiter eines der größten Ereignisse bleiben und für die Ausbeuter — ein Schrecken!“ (Rodo Shudo, Arbeiterwochenblatt).

Der erste Mai ist da!

Der Festtag der Arbeit, der große internationale Feiertag aller Arbeiter der ganzen Welt ist gekommen. Der Festtag der Arbeit ist ausschließlich der Tag der Arbeiter, der Feiertag des Proletariats.

Nach dem heutigen Tage sollte kein einziger Arbeiter mehr über acht Stunden täglich arbeiten. „Der Achtstundentag! Acht Stunden Rast! Acht Stunden Kultur!“ Es ist jetzt mehr als dreißig Jahre her, daß die Arbeiter aller Berufe in der ganzen Welt diesen Ruf erschallen ließen und ihre Werkzeuge und Geräte niederlegten, um in den Straßen Kundgebungen zu veranstalten und ungeheure Meetings unter freiem Himmel in den Arbeitervierteln abzuhalten und Arbeiterlieder zu singen. Seitdem ist die Macht und der Einfluß des 1. Mai mit jedem Jahr gewachsen. Ein Jahr nach dem andern forderten mächtige Kundgebungen und periodisch wiederkehrende Kämpfe die auf

Kosten des Schweißes und Blutes der Arbeiter sorglos schlafenden Kapitalisten heraus.

Der 1. Mai ist für die Arbeiter der Ausdruck ihres Arbeitertums. Es ist der Tag, an dem die in unabänderlichen Verhältnissen lebenden Arbeiter ihre Geduld und ohnmächtige Wut abschütteln, ihrem Ingrim gegen den Feind freien Lauf lassen und die Kapitalisten und Ausbeuter vor der drohenden Macht der Arbeiter erbeben machen.

Ja, der 1. Mai dient den Arbeitern als Ausdruck ihrer Macht und gleichzeitig als Ausdruck ihres „Stolzes“ als Schaffende: der Wohlstand der ganzen Welt, der für die menschliche Existenz nötig ist, geht aus den starken Händen von uns Arbeitern hervor. Wo unsere Arbeit nicht ist, wo kein Arbeiter ist, da ist nichts als Zusammenbruch und Tod!

Die Arbeiter der ganzen Welt sind Brüder. Für die Arbeiter gibt es weder Rassen- noch nationale Unterschiede, noch den Unterschied zwischen den Geschlechtern. Der 1. Mai ist in dieser Beziehung eine Organisationsmacht, und der Tag, an welchem der Geist der Liebe und des Friedens klar zum Ausdruck gelangt.

Die dritte Wiederkehr des 1. Mai in Japan, unseres eigenen Tages, ist gekommen! Erhebt euch! Versammelt euch, singt, ruft, tanzt und regt euch!

Wir erheben uns, versammeln uns, singen, rufen, tanzen und regen uns, zu derselben Zeit, da die Hunderte von Millionen Arbeiter der ganzen Welt — in Paris, London, Berlin, Moskau und Shanghai — überall auf der ganzen Erde sich erheben, versammeln, singen, rufen, tanzen und sich regen, und wenn ihre Stimmen auch nicht bis zu uns gelangen, so übermitteln sie uns doch die Gedanken ihrer Seelen!

Feiert den 1. Mai!

Habt den Mut zu den größten Kundgebungen!

Segnet die Arbeit und seid stolz, Arbeiter zu sein!

Vereinigt euch, Arbeiter der ganzen Welt!

Allgemeiner Arbeiterverband von Tokio.

(Aus dem „Arbeiter - Wochenblatt“, Tokio, Nr. 11, 25. April 1922.)

Die oben angeführten Flugblätter zeigen, daß die japanischen Arbeiter die Arbeiterbewegung richtig auffassen und selbst entschlossen nach revolutionärer Methode und Taktik handeln; sie begreifen die Notwendigkeit einer geschlossenen Arbeiterfront, handeln in diesem Sinne und kämpfen gegen die Kapitalistenklasse. Zweck und Ziel der Arbeiterbewegung und ihrer Verbände ist der Sturz des Kapitalismus und die Gründung einer neuen Gesellschaft durch die Arbeitersowjets.

Sen Katayama.

Politische Gruppierungen und Parteien in China.

Um das innere Wesen des großen und komplizierten Prozesses, den der Kampf der sozialen Kräfte in China darstellt, zu begreifen, muß ein für allemal die primitive Vorstellung aufgegeben werden, daß in China ein Kampf zwischen Generalen sich abspielt und daß damit die Frage erledigt sei. Leider hat diese oberflächliche Auffassung der komplizierten chinesischen Verhältnisse gleichsam schon ein Bürgerrecht erworben, in Wirklichkeit aber bildet sie eine voreilig gezogene, oberflächliche Folgerung aus angeblichen Tatsachen, die nicht existieren.

Gewiß erscheinen auf der Oberfläche des politischen Lebens in einem fort Generalnamen. Der Bürgerkrieg schiebt militärische Gruppen in die Arena des Kampfes, so daß die meisten nicht sehen, was sich hinter diesen Gruppen in den Tiefen der chinesischen Millionenmassen abspielt.

Von Tag zu Tag wird China immer mehr in die Sphäre des internationalen Warenaustausches hineingezogen. Die chinesische Mauer, die einst China von der ganzen Welt abtrennte, ist gefallen. China ist jetzt keinesfalls ein isoliertes Land, das mit der kapitalistischen Welt Europas und der Welt nichts gemein hat. Nein, das Eindringen ausländischen Kapitals nach China mit allen seinen Begleiterscheinungen tat das seinige. Eisenbahnen, ganze Fabriksiedlungen mit rauchenden Schloten, Ozeandampfern, all das zeugt von neuen Faktoren im Wirtschaftsleben Chinas, die natürlich bestimmte Folgen haben und keinesfalls unbeachtet bleiben dürfen.

Es muß bemerkt werden, daß in der letzten Zeit der chinesische Außenhandel fast auf das Zweifache stieg und die Summe von über 1½ Milliarden Rubeln erreichte. Das chinesische Eisenbahnnetz, das die einzelnen Teile des Riesengebietes Chinas verbindet, ist in stetem Wachsen begriffen. Daß aber China in seiner wirtschaftlichen Struktur kein einheitliches Bild bietet, ist bei weitem nicht allen bekannt.

Infolge der weiten Entfernung ist China für die meisten etwas einheitlich Ganzes, das dann auch demgemäß behandelt wird. In Wirklichkeit verhält es sich aber ganz und gar nicht so. In großen Zügen kann China in drei Teile geteilt werden: Der Süden, — das ganze Gebiet, das sich südlich vom Flusse Jang-Zi befindet; das Vereinigte China (gewöhnlich Nordchina genannt), — das ganze Gebiet nördlich vom Flusse Jang-Zi bis zur großen chinesischen Mauer und der Mandschurei, die meiner Ansicht nach am richtigsten Nordchina genannt werden sollte.

Diese drei Teile Chinas besitzen eigenartige ökonomische Vorbedingungen, die die soziale Eigenart jener politischen Gruppierungen, die mit den einzelnen Teilen Chinas eng verbunden sind, wie auch jene politischen Forderungen und

Wünsche, die im Laufe des sich abspielenden Kampfes immer klarer hervortreten, bestimmen.

Der Süden Chinas macht jetzt die Periode der ursprünglichen Akkumulation durch. Es ist ein Reich der Klein-Bourgeoisie, die fast ausschließlich aus eingeborenen Chinesen besteht. Zum Unterschied von Nordchina ist der Süden weniger vom ausländischen Kapital geknechtet. Es besteht hier ein gewisser Einfluß des Bankkapitals, aber auch dieses erfüllt sozusagen bloß eine Aushilfsfunktion. In einigermaßen verschiedener Lage befindet sich das Küstengebiet Südchinas, das unter der Kontrolle des in den Händen der Engländer befindlichen Hong-Kong steht. Hong-Kong reguliert aber nicht die Industrie, sondern lediglich den Handel, hauptsächlich durch Zölle, mit denen sowohl die Ausfuhr als auch die Einfuhr belegt werden.

Nehmen wir den äußersten Pol Chinas: die Mandschurei, so finden wir hier eine stürmische Entwicklung der Landwirtschaft, die große Überschüsse abwirft, die den Ausfuhrhandel nähren und den Zustrom von Gold sicherstellen, was das Gedeihen der mandschurischen Agrar- und besonders der Handelsbourgeoisie fördert. Gleichzeitig ist auch die Entwicklung eigenartiger Formen des Finanzkapitals festzustellen, das gleichsam die Entwicklung der mandschurischen Landwirtschaft fördert.

Endlich kommt das Vereinigte China mit dem Wassersystem des Flusses Jang-Zi, einem Eisenbahnnetz und 2 wichtigen Hafenplätzen: Schanghai und Tientsin, — das ist das Reich des industriellen China. Hier schlug das ausländische Kapital, das die Entwicklung der chinesischen Industrie förderte, den chinesischen Handel organisierte, tiefe Wurzeln und drückte im allgemeinen ganz Mittelchina den Stempel der kapitalistischen Herrschaft auf. Hier finden wir ganze Fabrikstädte, hier ist die Wiege der chinesischen Industriebourgeoisie, hier ist auch der Prozeß der intensiven Proletarisierung von Millionen chinesischer Bauern zu beobachten, die in den Wirbel der kapitalistischen Entwicklung dieses Teiles Chinas hineingerissen werden.

Dem dargelegten Schema der ökonomischen Struktur entspricht auch das Anwachsen jener sozialen Kräfte, die den sich jetzt in China abspielenden politischen Kampf in Bewegung setzen.

Mehr als 10 Jahre sind vergangen, seit der revolutionäre Krieg in China die Monarchie weglegte und über der neugegründeten chinesischen Republik die fünf farbigste Flagge hißte. Das Erbe der viele Jahrhunderte lang dauernden Herrschaft der mandschurischen Dynastie lebt aber noch in der Gestalt des Mandarintums, der chinesischen bürokratischen Clique des Beamtentums, das sich fest an die Macht klammert und für das moderne China die wichtigste der reaktionären Kräfte, gegen die jetzt der Kampf geführt wird, darstellt.

Dies ist um so mehr der Fall, als das chinesische Mandarinentum sein Schicksal eng mit dem Weltimperialismus verknüpfte, das noch das alte kaiserliche China mit einem Netze ausbeuterischer Verträge umgarnte und dann, seine Vertragsrechte eifrig schützend, mit allen Mitteln bestrebt war, mit Hilfe des Mandarinentums das Vertragsjoch am Halse des chinesischen Volkes zu halten.

Der Bürgerkrieg der ersten Jahre der Revolution förderte das Zustandekommen militärischer Gruppen, die die Gewohnheiten des Mandarinentums übernahmen, mit diesem fest zusammenwuchsen und den Anfang zur Bildung jener militärischen Gruppierungen und Cliques, wie man sie in China nennt, bildeten, die in den letzten Jahren so stark wurden, daß die Illusion zustande kam, als wären ausschließlich die militärischen Gruppierungen die in China tätigen Kräfte.

Das Mandarinentum und die Militaristen sind reaktionäre Kräfte. Mit ihnen ist aber das chinesische Leben nicht erschöpft. Zweifellos geht jetzt in China der Prozeß des Wachstums und der Entwicklung des Klassenbewußtseins der chinesischen Bourgeoisie vor sich, die in den verschiedenen Teilen Chinas ihre Klasseninteressen und -forderungen in verschiedener Weise formuliert und die Frage der Erfüllung dieser Forderungen auf die Tagesordnung stellt.

Die Handels- und Industriekammern, die gegenwärtig die Ansichten der chinesischen Bourgeoisie zum Ausdruck bringen, sind Organe, um die herum sich die Kräfte der jungen chinesischen Bourgeoisie sammeln.

Die chinesische Bourgeoisie organisiert nicht nur sich selbst, sie übernimmt auch die Organisation der zersplitterten Kräfte der Kleinbourgeoisie und des in China stark entwickelten Handwerkertums. Außerdem kommt zwischen der chinesischen Bourgeoisie und der heranwachsenden chinesischen Intelligenz (wir meinen hiermit die sogen. europäisierte chinesische Intelligenz, deren Kader im steten Wachsen begriffen sind) allmählich jenes Abhängigkeitsverhältnis zustande, das mit der Umwandlung der chinesischen Intelligenz in ein Werkzeug der chinesischen Bourgeoisie zu enden droht.

Somit figurieren jetzt auf der politischen Arena Chinas als große Kräfte und reale Größen: das militarisierte Mandarinentum und die heranwachsende chinesische Bourgeoisie. Und erst in der allerletzten Zeit meldet sich auch das chinesische Proletariat, worüber wir später ausführlicher reden werden.

Das ist aber bloß ein flüchtiges Schema, das keinesfalls die tatsächlichen Verhältnisse voll erschöpft. Denn wie das militarisierte Mandarinentum des modernen China in seiner Struktur bei weitem nicht einheitlich ist, so hat auch die im Entstehen begriffene Bourgeoisie ihre endgültige Gestaltung noch bei weitem nicht gefunden.

Gleichzeitig brachten die tatsächlichen Verhältnisse wunderliche Gestaltungen hervor, in der

Form von durchaus nicht einzeln dastehenden Fällen, in denen Militaristen mit der chinesischen Bourgeoisie gleichsam zusammenwuchsen, d. h. daß der eine oder andere Militarist, der Kapital aufgehäuft hatte, zum Aktionär oder zum selbständigen Besitzer von Industrie- und Handelsunternehmen wurde. Ein solcher ist der bekannte Führer der Partei „Schi-Li“, General Zao-Kunj, ein solcher ist General Tschan-Zo-Lin und viele Dutzende andere.

Selbstverständlich stärkt dies nur die Stellung der chinesischen Bourgeoisie und gibt ihr Anlaß, die Frage der Macht und ihrer Teilnahme an derselben in immer größerem Umfange und immer energischer zu stellen. Hier stößt sie aber mit den militärischen Gruppierungen des militarisierten Mandarinentums zusammen, das seine Stellungen nicht ohne Kampf aufgeben will, und daraus ergeben sich die außerordentlich komplizierten Verhältnisse des in China sich abspielenden Bürgerkrieges.

Auf der politischen Arena Chinas standen und stehen auch jetzt 3 große politische Gruppierungen, die vollkommen dem von uns dargelegten wirtschaftlichen Schema entsprechen.

Südchina hat die sogen. Regierung von Sun-Jat-Sen, Mittelchina hat in Peking die sogen. Fekinger Regierung, die unter der Kontrolle der von den Generalen U-Pei-Fu und Zao-Kunj geführten Partei „Schi-Li“ steht. In der Mandschurei schließlich sitzt Tschan-Zo-Lin.

Der erbitterte bewaffnete Kampf, der sich in den letzten Monaten abspielte, führte zwar zur Erstarkung der Regierung von Peking, er brachte aber keinerlei Änderungen der „politischen Karte“ Chinas mit sich, die vorläufig ihre frühere Gestalt behält. Wo sind die Gründe dafür zu suchen?

Augenscheinlich müssen wir die Gründe in jenen sozialen Verhältnissen suchen, die letzten Endes den Ursprung der allgemeinen politischen Lage Chinas und des Bürgerkrieges bilden.

Der Kampf zwischen dem Süden und dem Norden hat tiefe Wurzeln ökonomischer Art. Für die Bewohner des Südens, hauptsächlich für die Kleinbourgeoisie, bedeutet der Sieg des Nordens das Eindringen des inländischen Kapitals nach dem Süden, was die Handelsbourgeoisie des Südens zugrunderichten würde.

Aus diesen Gründen sind im Süden die Tendenzen der Unabhängigkeit, des Provinzialismus und der Autonomie sehr stark. Andererseits ist das der Grund, warum Sun-Jat-Sen, der die Hoffnungen der Kleinbourgeoisie zum Ausdruck bringt, in seinem Programm die Nationalisierung des Großkapitals und die Unabhängigkeit vom ausländischen Kapital verlangt, denn das Großkapital, mag es inländisch oder ausländisch sein, ist der Feind des südlichen Handelsmannes und Werkstättenbesitzers.

Sun-Jat-Sen und die Partei „Go-Min-Dan“ sind im Süden populär, und gründliche Beobachter be-

haupten, daß die Popularität nicht so sehr durch die Tatsache erklärlich ist, daß Sun-Jat-Sen ganz China reformieren will, sondern dadurch, daß er im Kampfe gegen den Norden die Unabhängigkeit des Südens verteidigt.

Die Mandschurei, wo die Partei „Fin-Tjan“ (Mukden) unter Führung von Tschan-Zo-Lin wirtschaftet, ist einerseits die Wiege der letzten mandschurischen Dynastie, deren Andenken die Phantasie Tschan-Zo-Lins erregt, andererseits bildet sie die Arena für die sich kreuzenden Einflüsse der Imperialisten, in deren Konzert Japan die erste Geige spielt und Tschan-Zo-Lin zwingt, zu tanzen, wie es Japan genehm ist.

Es ist nunmehr für niemanden ein Geheimnis, daß Tschan-Zo-Lin mit Unterstützung Japans stark wurde. Japan stärkte ihn, in der Berechnung, daß es auf diese Weise nicht bloß die Mandschurei unter seiner Kontrolle haben werde, die den Japanern notwendig ist als ein Korea ersetzendes Gebiet, sondern auch Peking, wo die offizielle chinesische Regierung sitzt, deren Kontrolle für Japan von großer Wichtigkeit ist.

Wir bemerkten schon, daß Tschan-Zo-Lin Großaktionär vieler mandschurischer finanzieller Handelsunternehmungen ist, was ihn organisch mit der mandschurischen Bourgeoisie verbindet. Es ergab sich im Resultat, daß der halb geschlagene Tschan-Zo-Lin trotzdem sowohl für Japan als auch für die mandschurische Bourgeoisie notwendig war, wodurch sich jenes Gleichgewicht ergab, das Tschan-Zo-Lin die Wahrung seiner Stellungen in der Mandschurei ermöglichte.

Begnügte sich aber Sun-Jat-Sen nicht mit dem Süden, und war er bestrebt, seinen Einfluß auf den Norden auszubreiten, so war auch Tschan-Zo-Lin, der unwillkürlich ein Werkzeug in den Händen Japans war, seine Lage zweifellos unbequem und er versuchte, mit japanischer Hilfe festen Fuß in Mittelchina zu fassen, um sich nachher möglicherweise vom japanischen Einfluß freizumachen.

Das gelang ihm zwar nicht, dafür aber gelang es ihm, vorläufig die Mandschurei für sich zu behalten.

Süden und Norden hatten im April die laufenden Jahres einen gemeinsamen Feind: U-Pei-Fu, der in Mittelchina herrschte. Er stand fest im Tale des Flusses Jang-Zi. Er hielt die Mehrheit der chinesischen Arsenale in seinen Händen. Die Flagge des Kampfes für die nationale Wiedergeburt Chinas hissend, bildete er einen ernsten Konkurrenten sowohl für Tschan-Zo-Lin als auch für Sun-Jat-Sen. Das Ergebnis hiervon war einerseits die Expedition von Sun-Jat-Sen gegen den Norden und andererseits die von Tschan-Zo-Lin gegen U-Pei-Fu eröffneten Kriegshandlungen.

Tschan-Zo-Lin erschien in Mittelchina gebrandmarkt als Verräter am chinesischen Volke und Söldling Japans. U-Pei-Fu wußte dies auszunutzen und das erleichterte ihm den Sieg über seinen Feind. Die Kräfte der Expedition von Sun-

Jat-Sen gegen den Norden waren zu schwach, die Niederlage von Tschan-Zo-Lin im Norden wurde im Süden sympathisch aufgenommen und alle Berechnungen Sun-Jat-Sens erwiesen sich als verfehlt. Die Oberhand behielt U-Pei-Fu, der infolge seines Sieges die Möglichkeit erhielt, die Pekingener Regierung unter seine Kontrolle zu nehmen, was er auch tat. Er stellte das alte Parlament und die Macht des früheren Präsidenten Li-Jun-Chun wieder her.

Es ist natürlich, daß der Sieg von U-Pei-Fu für jenen Teil der chinesischen Bourgeoisie von Vorteil war, die wir oben als die industrielle Bourgeoisie Mittelchinas charakterisierten. Denn es ist vollkommen verständlich, daß die Wiederherstellung des Parlamentarismus der chinesischen Bourgeoisie den Eintritt in die politische Arena ermöglicht, wo bisher eher die Vertreter des militarisierten Mandarintums handelnde Personen waren. Die zur Macht strebende chinesische Bourgeoisie ist sich natürlich klar darüber, daß sie auch eines biegsamen Schwertes bedarf, mit dem sie den Kampf führen könnte. Sie behandelt und bewertet U-Pei-Fu zweifellos demgemäß.

Das letzte Auflodern des bewaffneten Kampfes ist zweifellos dadurch bedeutungsvoll, daß es der chinesischen Bourgeoisie die Hände freimachte und den Hoffnungen der chinesischen öffentlichen Meinung gleichsam Flügel verlieh.

Die Kampfarena des chinesischen Lebens wird nunmehr das Parlament sein, wie es noch unlängst die Schlachtfelder waren. Wir wollen damit sagen, daß der Bürgerkrieg in China noch bei weitem nicht erledigt ist. Die Kanonen schweigen, die Truppen ruhen aus. U-Pei-Fu und Tschan-Zo-Lin begaben sich in ihre Hauptquartiere, der eine nach Lao-Jan, der andere nach Mukden, um ihre Truppenteile zu ergänzen, neue Kader zu bilden und sich zu einem neuen Waffengang vorzubereiten. Vorläufig wird der Kampf mit friedlichen Waffen im Parlament und noch mehr außerhalb desselben geführt werden.

Die Einberufung des Parlaments ist keinesfalls eine ideale Lösung. Unter den gegebenen Verhältnissen ist dieses Parlament weit davon entfernt, eine auch nur einigermaßen annehmbare Vertretung des Landes zu sein. Es ist aber das kleinste Übel und wurde dadurch sozusagen zum Ausgangspunkt der zeitgenössischen Politik.

Folgende Fragen stehen als politische Aufgaben vor China:

1. Beendigung der Arbeiten zur Festlegung der Verfassung der chinesischen Republik.
2. Vereinigung des Landes und Bildung einer Zentralregierung.
3. Aufhebung der „Dudsjunen“ und Verringerung der Armees.

Dürfte die erste Frage der allgemeinen parlamentarischen Praxis gemäß viel Zeit in Anspruch nehmen, so bergen die beiden anderen die Möglichkeiten großer Komplikationen in sich. Denn

es ist leicht zu sagen: Vereinigung Chinas, es ist aber außerordentlich schwer, diese Vereinigung unter den oben geschilderten Verhältnissen zu verwirklichen.

Was die Aufhebung der „Dudsjunen“ betrifft, so legte der „Beste unter den Militaristen“, U-Pei-Fu, freiwillig den Titel eines Dudsjunen ab, um damit ein Beispiel zu geben; viele andere Dudsjunen aber nehmen die Sache nicht so leicht. Es handelt sich hier letzten Endes um reale Kräfteverhältnisse. Gelingt es U-Pei-Fu, eine chinesische Armee zu bilden, so wird das natürlich die tatsächliche Lösung der dritten Frage bedeuten. Um die eventuelle Erörterung dieser Fragen im Parlament zu verstehen, ist eine Untersuchung der gegenwärtig in China tätigen politischen Gruppierungen notwendig.

Politische Parteien im eigentlichen Sinne des Wortes gibt es in China nicht. Die sogen. „Parteien“ sind in Wirklichkeit Gruppen von Personen, die durch persönliche Interessen und nicht durch irgend welche prinzipielle Stellungnahme miteinander verbunden sind.

Als die einzige Partei, die ein, wenn auch nicht streng eingehaltenes Programm besitzt, kann die Partei Go-Min-Dan genannt werden, mit dem alten Revolutionär Sun-Jat-Sen an der Spitze.

Vor der Revolution 1911 trug sie den Namen „Tin-Men-Wei“ oder „Bund der Nationalisten“.

Dieser Bund war es, der an der Spitze der Revolution von Jahre 1911 stand, nachher aber zerfiel die nunmehr schon den Namen „Go-Min-Dan“ tragende Partei teils infolge der Repressalien seitens des Diktators Suan-Schi-Kai, teils infolge der Zersetzung innerhalb der Partei selbst. Ihre Führer flüchteten ins Ausland und auch innerhalb der Partei selbst machten sich ernste Meinungsverschiedenheiten bemerkbar.

Etwas später schuf Sun-Jat-Sen aus den Scherben der Partei „Go-Min-Dan“ eine neue Partei unter dem Namen „Chinesische Revolutionäre Partei“. Diese nahm 3 grundlegende prinzipielle Leitsätze Sun-Jat-Sens an: 1. das Rassenprinzip, 2. die Demokratie, 3. Sozialismus (etwas in der Art der „einheitlichen Steuer“ von Henry George) und den Punkt über Unterordnung dem führenden Oberhaupt der Partei gegenüber.

Sie bildete eine verhältnismäßig kleine Gruppe, da viele alte Mitglieder die Partei verließen. Nach Wiedererlangung der Provinz Schantung im Jahre 1920 wurde aber der Einfluß dieser Partei allmählich stärker; sie wurde im Jahre 1921 reorganisiert und nahm den alten Namen „Go-Min-Dan“ an, ohne Änderung des Programms der alten Partei.

Ihrer Zusammensetzung nach ist die Partei außerordentlich bunt. Die verschiedenartigsten Elemente gehören ihr an, unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit: alte Beamte und Generale, bürgerliche Emmigranten, Soldaten und Arbeiter

und hauptsächlich die im Ausland gereifte chinesische Intelligenz. Diese Partei ist den russischen Sozialrevolutionären sehr ähnlich, wiewohl bei ihr die Bauernfrage nicht so sehr überwiegt, wie bei den letzteren.

Das sogen. „Rassenprinzip“, d. h. der Nationalismus wird von den Anhängern der Partei als ein Streben zur Wiederherstellung Chinas durch die Kräfte der Chinesen selbst gedacht, es wird aber auch der Gedanke an die Kolonisierung und Assimilation Mongoliens, des chinesischen Turkestan, Tibets und der Mandschurei damit verknüpft. Unter Sozialismus versteht die Partei die Nationalisierung der Großindustrie. Der Sozialismus ist der Sun-Jat-Sens: Staatskapitalismus.

Die verschiedenartige Zusammensetzung der Partei macht die Rolle unmöglich, die sie bei ihrer großen Mitgliederzahl in China spielen könnte. (Sie hat auf dem Papier ungefähr 100.000 Mitglieder.) Den Grundkern der Partei bildet die Kleinbourgeoisie, die ihr ihren Stempel aufdrückt. Eigentlich zieht das Eintreten in die Partei keinerlei Verpflichtungen nach sich, wenn auch Sun-Jat-Sen selbst die Frage der Unterordnung dem „führenden“ Oberhaupt der Partei gegenüber in den Vordergrund stellt.

In organisatorischer Beziehung ist das unserer Auffassung nach keine Partei. Sie hat keine Kongresse, keine Konferenzen. Das vor 2 Jahren gewählte Zentralbüro leitet die Tätigkeit der Partei durch seine persönliche Autorität, wobei diese Leitung sich nicht auf die Partei als Ganzes erstreckt, sondern eher auf eine bestimmte Gruppe von Personen.

Die Partei „Go-Min-Dan“ könnte folgendermaßen charakterisiert werden: Sie ist eine Partei des Kleinbürgertums, das sich die Befreiung Chinas vom ausländischen Kapital zur Aufgabe macht. Sie ist gegenwärtig jenes Mittel, das der Sun-Jat-Sen-Regierung des Südens ermöglicht, sich zu halten.

In letzter Zeit entwickeln sich in der Partei „Go-Min-Dan“ ernste Meinungsverschiedenheiten, und zwar zwischen Sun-Jat-Sen und einem anderen Führer der Partei: Tschen-Zun-Min. Dieser Führer des Südens hat eine Reihe von Anhängern. Die Meinungsverschiedenheiten zeigten sich schon vor 2 Jahren. Es handelt sich im wesentlichen um folgendes: Sun-Jat-Sen beharrte auf der sofortigen Wahl eines Präsidenten, ohne jede Berücksichtigung des „Gesetzes“ und der Verfassung, Tschen-Zun-Min hingegen hielt einen „Rat der Verwalter der Regierung von Kanton“ für möglich. Sun forderte die Zentralisation der Macht, Tschen die Dezentralisation.

Sun wollte die Regierung des Nordens mit bewaffneter Macht stürzen, Tschen hingegen war der Ansicht, daß der Norden gespalten werden solle und daß man die Macht der Pekingener Regierung durch Vereinigung der autonomen Provinzen schwächen müsse. Sun war für Errichtung der

Diktatur der Partei „Go-Min-Dan“, während Tschen Anhänger des Koalitionsgedankens ist. Wie aus den neuesten Ereignissen bekannt ist, führten diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu einem bewaffneten Kampf zwischen den Anhängern von Sun-Jat-Sen und Tschen-Zun-Min, der eine starke Schwächung der Partei herbeiführte.

Und doch wird diese Partei, die viele talentvolle Leute und wenigstens ein gewisses Maß von organisatorischer Erfahrung besitzt, eine bedeutende Rolle in der Geschichte des chinesischen Lebens spielen, insbesondere im politischen Kampfe, der jetzt im wiederhergestellten Parlament einsetzen wird.

Nach der Revolution bildete sich neben der „Go-Min-Dan“ noch eine andere Partei: die der „Progressisten“, die sich von der „Go-Min-Dan“ in der Auffassung der Zentralisationsfrage unterschied. Diese Partei bestand in ihrer ursprünglichen Form verhältnismäßig nicht lange und löste sich schnell auf.

An Stelle dieser „progressiven“ Partei bildeten sich 2 Gruppen oder, wie man sie nennt, „Cliques“; „Njan-Gin“ und „Tsao-Tun“. Keine dieser Gruppen hat ein geschriebenes Programm, sie bestehen aber aus praktischen Geschäftsleuten, aus Mitgliedern der großen Industrie und Finanzbourgeoisie. An der Spitze der Gruppe „Njan-Gin“ steht Lan-Schi-Tschas, der unter der Herrschaft der mandschurischen Kaiserinnen einer der Reformatoren und vor der Revolution Anhänger der konstitutionellen Monarchie und Gegner der Republik war. Unter Juan-Schi-Kai bekleidete er die Stelle eines Justizministers, die er bei dem Versuche Juan-Schi-Kais, sich zum Kaiser auszurufen, verließ. Später nahm er teil am Kampfe gegen den Süden und verlor hierbei sein politisches „Gesicht“, so daß die Rückkehr in die Regierung ihm zur Unmöglichkeit wurde. Während der Studentenbewegung im Jahre 1919 waren er und seine Gruppe mit allen Mitteln bestrebt, Einfluß auf die junge Generation zu gewinnen, zu welchem Zwecke sie eine Zeitlang sogar versuchten, den Sozialismus zu verkünden. Die Stimmung der chinesischen Jugend blieb aber trotzdem gegen diese Gruppe gerichtet.

Die Gruppe „Tsao-Tun“ zerfiel in eine alte und eine neue Gruppe. An der Spitze der alten Gruppe stehen Lan-Schi-In und Zao-Tschu-Lin. Diese Gruppe ist eng verbunden mit den chinesischen finanziellen und industriellen Kreisen. Die neue Gruppe besteht in Wirklichkeit aus Handelsleuten, die der „Verkehrsbank“ angehören. Nach dem Siege von U-Pei-Fu ist nun diese Gruppe, die so eng mit Tschan-Zo-Lin verbunden ist, halb zugrunde gerichtet. Der gewesene Premierminister Lan-Schi-In flüchtete nach Japan.

Es ist äußerst wahrscheinlich, daß die Versuche zur Organisierung der großen Finanzbourgeoisie in neuer Form auferstehen werden, denn gegenwärtig tragen die Anhänger der Tsao-Tun das Schandmal der Verräter und japanischen Söld-

linge an sich, was eine offene Arbeit für sie äußerst schwierig macht.

An der Oberfläche des chinesischen Lebens erschien in letzter Zeit noch eine neue Gruppierung, die mit den Progressisten in Verbindung steht. Diese neue Gruppe besteht aus Professoren, hauptsächlich der Pekinger Universität, und ihre Führer sind der Rektor der Universität, Zi-Juan-Pei, und ein Professor derselben Universität, Chusch-Schi. Sie gaben ein Manifest und ein Programm heraus unter der Überschrift „Unsere politischen Ansichten“, das ein interessantes Muster der Formulierung politischer Forderungen des chinesischen Liberalismus darstellt.

Sie richten ihr Manifest an die „Besten Leute“ ohne Rücksicht auf ihre Ideen, d. h. sie wollen mit diesem Dokument ein Programm vorschlagen, das sowohl die Demokraten als auch die Syndikalisten und Anarchisten vereinigen könnte. Dieses Dokument ist äußerst charakteristisch für die individualistische chinesische Intelligenz, die eine starke Neigung zu verschiedenen anarchistischen Theorien aufweist.

Die Verfasser des Manifestes, die bestrebt sind, eine gemeinsame politische Plattform zu finden, erklären: „Wir müssen einmütig eine gute Regierung für China verlangen als Minimum unserer Forderungen.“ Das Maximum der Forderungen dieser Gruppe besteht in zwei Punkten: 1. alle Staatsorgane müssen in vollem Maße den Interessen der Gesellschaft dienen, 2. die Freiheit jedes Individuums und seine Entwicklung müssen in vollem Umfange gewahrt werden.

Ihre politischen Wünsche konkretisieren die Verfasser in drei Forderungen an die Regierung:

1. die Regierung soll konstitutionell sein;
2. sie soll verantwortlich sein und in Finanzangelegenheiten des Staates wie auch bei den Prüfungen, die eine staatliche Anstellung ermöglichen, öffentlich vorgehen;
3. eine Regierung mit einem „Aktionsplan“.

Dieser „Aktionsplan“ wird aufgestellt in der Form von programmatischen Forderungen, die von der neuen Progressiven Partei unter den gegebenen politischen Verhältnissen Chinas gestellt werden.

In der Frage der Vereinigung Chinas verlangen sie die Einberufung einer Friedenskonferenz des Südens und des Nordens. Als praktische Maßnahmen, die die Vereinigung des Südens und des Nordens sichern könnten, empfehlen sie: 1. die Einberufung des im 6. Revolutionsjahr aufgelösten Parlaments, 2. endgültige Bestätigung der Verfassung, 3. Erörterung der Frage über Verringerung der Armee, 4. Reorganisation und Verringerung des Regierungsapparates und eine ganze Reihe anderer Forderungen, die fast in vollem Umfange die Grundlage der Tätigkeit von U-Pei-Fu bildeten.

Es ist von Interesse, hervorzuheben, daß Zi-Juan-Pei eine hervorragende Gestalt ist und wiederholt als Volksbildungsminister an der Regierung

teilnahm. Diesmal figurierte er auch als Kandidat auf den Präsidentenposten. Es ist ganz klar, daß wenig Aussicht besteht für eine Präsidentschaft von Zi-Juan-Pei. Zweifellos aber sind die gestellten Forderungen übereinstimmend mit den Gedanken der progressiven Schichten der chinesischen Bourgeoisie und U-Pei-Fu selbst, und scheinen auch jetzt zur Verwirklichung zu gelangen.

Jedenfalls bildet die neue politische Gruppierung den Keim einer politischen Organisation, die in dem Leben Chinas eine wesentliche politische Rolle spielen könnte, vielleicht nicht so sehr als praktisch tätige Kraft, sondern vielmehr als ideologischer Faktor:

Es gibt noch eine politische Gruppierung, die noch nicht von der Szene verschwunden ist, d. i. der „Klub An-Fu“. Dieser Klub wurde vor vier Jahren gegründet, um die Wahl des nunmehr zurückgetretenen Ex-Präsidenten Sui-Schi-Tschan sicherzustellen. Man kann sich schwer schamlosere und abscheulichere Schacherer vorstellen als die Mitglieder dieses Klubs, die meistens dem Mandarinentum angehören. Die Hauptaufgaben dieses Klubs bestehen im Erzielen von Gewinnen und in der Erreichung der Macht mit allen Mitteln. Die Führer dieser Gruppierung sind Duan-Zi-Schui und der Ex-Präsident Sui-Schi-Tschan.

Im Jahre 1920 hielt der „Klub An-Fu“ die Peking Regierung in der Hand und wurde damals durch die unter Leitung von Zao-Kunj und U-Pei stehenden militärischen Gruppierung von Schi-Li mit Unterstützung von Tschan-Zo-Lin gestürzt. Gegenwärtig spielt der Klub noch eine gewisse Rolle, indem er bestrebt ist, mit der militärischen Gruppierung von Fin-Tjan (Mukden) einen Block zu bilden.

Das sind die politischen Gruppierungen, die gegenwärtig im politischen Leben Chinas tätig sind.

Stützen sie sich auf breite Massen der chinesischen Bevölkerung? Die Antwort auf diese Frage kann nur verneinend sein. Mit Ausnahme der Partei Go-Min-Dan haben alle Gruppierungen nur mit einer dünnen Oberschicht der Bevölkerung Verbindung. Es sind Vereinigungen entweder der herrschenden Klassen oder der chinesischen Intelligenz, die im Dienste dieser herrschenden Klassen stehen.

Das Bauerntum, das die überwältigende Mehrheit der chinesischen Bevölkerung darstellt, ist mit Ausnahme des Südens in den politischen Kampf fast gar nicht hineingezogen. Es ist unwissend, voller Vorurteile und führt wirtschaftlich ein klägliches Dasein. Die Soldatenmasse der chinesischen Söldner ist am Bürgerkriege mehr als bloße mechanische Kraft beteiligt.

Das junge China — die Masse der Hochschüler und überhaupt die Studentenschaft, die sporadisch an der gesellschaftlichen Bewegung teilnehmen — bildet vorläufig bloß eine ganz dünne Schicht der riesigen Millionenmassen Chinas. Diese Schicht ist

aber in bedeutendem Maße von sozialistischen Ideen durchdrungen und steht den radikalen Gruppen sympathisch gegenüber.

Es kann also zusammenfassend gesagt werden, daß die breiten Massen des chinesischen Volkes vorläufig außerhalb des chinesischen politischen Lebens stehen. Jene politischen Parteien, die von uns im obigen geschildert wurden, erlangten einen geringen Einfluß auf die Massen, und darin besteht ihr Unglück und ihre Schwäche.

Die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei Chinas.

Gegenwärtig ist im chinesischen politischen Leben ein neuer Faktor mit großer Schärfe aufgetreten: die Arbeiterbewegung, die mit dem Anwachsen der Industrialisierung Chinas entsprechende Tendenzen des Wachstums und der Stärkung aufweist. Das ist auch völlig begreiflich, wenn wir das Wachsen der chinesischen Industrie beachten, in deren Schoß sich der Prozeß der Proletarisierung und der Erziehung der chinesischen Arbeiter zum Klassenbewußtsein abspielt. Die erste Baumwollfabrik nach europäischem Muster wurde in China im Jahre 1890 errichtet. In den letzten Jahren gab es in China schon 63 Fabriken mit 1 745 000 Spindeln, wobei diese Zahl als zu niedrig betrachtet wird.

Aus Schanghai und Tientsin, d. h. aus den Hafenstädten des Küstengebietes des Stillen Ozeans, verbreitete sich die Großindustrie nach den inneren Rayons Chinas, längs des Flusses Jang-Zi nach Hankou, Tschanscha usw.

Die Industrialisierung Chinas wird in nicht geringem Maße durch das sich entwickelnde Eisenbahnnetz gefördert, das die Industriezentren miteinander verbindet und gleichzeitig aus den Eisenbahnarbeitern proletarische Kader schafft.

Schließlich ermöglichen es die spezifisch chinesischen Arbeitszweige der Kulis und Rikschaträger, daß man im zeitgenössischen China von Arbeitermassen sprechen kann.

Die Arbeiterbewegung, als wichtiger Faktor des gesellschaftlichen Lebens, ist besonders für das Küstengebiet des Stillen Ozeans und in erster Linie für den Süden charakteristisch, wo sie einerseits durch die günstigen politischen Verhältnisse und die geringe Unabhängigkeit vom ausländischen Kapital und andererseits durch jene Expansion und Geselligkeit gefördert wurde, die für die Bewohner des Südens sehr charakteristisch ist.

Spricht man von der Arbeiterbewegung in China, so muß ihr abweichender Charakter im Norden und im Süden beachtet werden. Wegen der größeren industriellen Entwicklung des Nordens werden hier die Arbeitermassen nicht nur stärker ausgebeutet, sondern befinden sich auch in dem Zustande größerer Erniedrigung infolge jener Bevormundung der chinesischen Politik, die das ausländische Kapital zur Sicherung seiner Ruhe ausübt.

Im Süden ist es anders. Zum Unterschied vom Norden ist hier die proletarische Schicht, die in der Maschinenindustrie erzogen wurde, sehr schwach; der Kuli ist hier der typischste Vertreter des chinesischen Proletariats. Der Charakter der Arbeiterbewegung hat hier die nationalistischen Tendenzen noch nicht überwunden. Das Klassenbewußtsein entwickelt sich zwar, jedoch langsam. Der Grund besteht sowohl in der Zusammensetzung des Proletariats, als auch darin, daß der Arbeiter des Südens mit der Kleinbourgeoisie gewisse gemeinsame Aufgaben hat im Kampfe gegen das inländische Kapital des Nordens und gegen das Kapital des Auslandes.

Wirtschaft und Politik sind in der Arbeiterbewegung des Südens eng verbunden. Bezeichnend hierfür ist der Streik von Hong-Kong, der im Laufe seiner Entwicklung einen allgemeinen Charakter annahm und zweifellos einen politischen Charakter besaß, da er gegen die Engländer gerichtet war, ein Umstand, der seinerseits zu der interessanten Tatsache führte, daß dieser Streik von der Bourgeoisie von Hong-Kong unterstützt wurde. Nach dem Streik von Hong-Kong machte das südliche Küstengebiet eine Streikwelle von außerordentlicher Stärke durch, die auch jetzt noch andauert, sich auf immer weitere Produktionszweige erstreckt und zu einer Kampfmethodik der chinesischen Arbeiter wird.

Die Streikbewegung beschränkte sich übrigens nicht auf die Privatindustrie, sondern ergriff auch die staatlichen Unternehmungen des Südens. Das Einschreiten der Regierung brachte es mit sich, daß die wirtschaftliche Bewegung zu einer politischen wurde, besonders als aus dem Kampfe um Erhöhung des Arbeitslohnes ein gegen jene Repressalien gerichteter Kampf wurde, die die Regierung Sun-Jat-Sens gegen die Arbeiter anwendete.

Diese Streikkämpfe sind aber für die Arbeiterbewegung auch in anderer Beziehung nützlich. Sie brachten Momente der Klassensolidarität zum Ausdruck. Dem Kampfe, der aus dem Streik der Arbeiterschaft der Salzindustrie und der Fleischer emporflamte, schlossen sich auch andere Verbände an, versprachen finanzielle Unterstützung und brachten ihre Solidaritätsgefühle zum Ausdruck. Es entstand eine ernste Lage, ein allgemeiner Streik drohte, was die Regierung veranlaßte, Zugeständnisse zu machen, ihre Repressalien gegen die Arbeiterverbände aufzugeben und die Arbeiterverbände selbst zu legalisieren. Somit endete der erste großzügige Versuch der Arbeiter des Südens mit einem vollen Siege der Arbeiterklasse, was für die gesamte chinesische Arbeiterbewegung von riesiger erzieherischer Bedeutung war.

Trotz der Zusammenhangslosigkeit der chinesischen Arbeitermassen besitzen die chinesischen Arbeiter große organisatorische Möglichkeiten und wohl nur dadurch sind die Erfolge zu erklären, die sie schon bei den ersten Schritten ihres Kampfes erreichten.

In Kanton allein bestehen 134 Arbeiterverbände. Schon diese Zahl ist bezeichnend für ihren Charakter. Sie entwickelten sich aus den Gilden, haben aber gegenwärtig ihren Gildencharakter schon verloren. Der Beitritt ist obligatorisch, und ein Arbeiter, der nicht Mitglied des Verbandes ist, wird zur Arbeit nicht zugelassen. Es ist eine entschiedene Tendenz zur Reorganisation nach dem Produktionsprinzip bemerkbar, wie auch das Streben zur Zentralisation und zur Zusammenfassung aller Arbeiterverbände. All dies ist jenen Siegen der gemeinsamen Aktionen zuzuschreiben, über die wir oben sprachen.

Mit Rücksicht auf die schnelle Entwicklung der Arbeiterbewegung im Süden und die unmittelbaren Erfahrungen, die sie erwarb, wurde es notwendig, diese wertvollen Erfahrungen organisatorisch zu gestalten, um auf dieser Grundlage den weiteren Kampf der Arbeiterklasse nunmehr im allgemeinen chinesischen Maßstab vorzubereiten.

Ein Versuch zur Verwirklichung dieses Zieles wurde im Mai dieses Jahres in Kanton gemacht, wo ein chinesischer Gewerkschaftskongreß einberufen wurde. Dieser Kongreß ist auch in der Beziehung interessant, daß hier der erste offene Zusammenstoß sich abspielte zwischen den Anhängern der Go-Min-Dan-Partei und den Kommunisten, als eine Folge des Kampfes um den Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Zur Illustrierung jener Stimmungen, die auf dem Kongreß überwiegende Bedeutung hatten, wollen wir einige Resolutionen des Kongresses anführen. Hier z. B. die Resolution über Klassensolidarität: „Die Arbeiter eines Arbeitszweiges dürfen unter keinen Umständen streikende Arbeitergenossen ersetzen. Finanzielle Unterstützung, die streikenden Arbeitern anderer Unternehmen gewährt wird, darf über die Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse nicht hinausgehen. Im Notfalle wird ein Solidaritätsstreik erklärt.“

In China besteht bis auf den heutigen Tag der 12- und sogar 13-Stunden-Arbeitstag. Hier die Resolution des Kongresses über den Achtstundentag: „Im Namen des gegenwärtigen Kongresses soll dem Präsidenten der Kantoner Regierung eine Erklärung übergeben werden, in der für erwachsene Arbeiter die Festsetzung eines Achtstunden-Arbeitstages gefordert wird. Gehen die Kapitalisten nicht freiwillig auf die Einführung dieses Systems ein, soll ein allgemeiner Streik organisiert werden.“

In der Frage der Organisation der Arbeiterverbände wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die Arbeiterverbände sollen auf Grundlage des industriellen Unionismus und, wo dies unmöglich ist, auf Grundlage des Trade-Unionismus organisiert werden. Die Arbeiterverbände eines Rayons werden in eine Organisation zusammengefaßt und alle Arbeiterorganisationen des Landes sollen um ein Zentrum herum vereinigt sein.“

Gegenwärtig steht an der Spitze der Arbeiterbewegung das Sekretariat der Arbeiterunion. Dieses hat seinen Sitz in Schanghai, dem größten Arbeiterzentrum, das die Arbeiterbewegung mit seinen proletarischen Elementen nähren kann. Das Sekretariat besitzt eine Abteilung für den Norden in Peking und eine für den Süden in Kanton; ferner gibt es Abteilungen in U-Chan und Schan-Scha.

Eng verbunden mit der allgemein-gewerkschaftlichen Arbeit ist die Arbeit unter den chinesischen Eisenbahnern, unter denen es einige Zehntausend Arbeiter gibt, die fast in ganz Mittelchina eine solide Grundlage für die Arbeiterbewegung bilden. Auch hier ist die Arbeit erfolgreich, was die Streiks beweisen, die in neuester Zeit unter Leitung des Eisenbahnerverbandes durchgeführt wurden.

Die Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung ist eine Vorbedingung zur Entstehung einer chinesischen kommunistischen Arbeiterpartei. Allerdings zeigten sich die ersten kommunistischen Keime in China im Jahre 1920 zum ersten Male in der Studentenschaft und in industriellen Kreisen, als unter dem Einflusse der russischen proletarischen Revolution in China die ersten Spuren kommunistischer Gesinnung auftauchten. Aber erst jetzt gewinnt die chinesische kommunistische Bewegung feste Form, und zwar mit Hilfe und im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung. Das ist auch völlig verständlich. Gehörte doch bisher die politische Hegemonie der Partei „Go-Min-Dan“, deren Anhänger als Revolutionäre auftraten und mit der Verkündung sozialistischer Ideen sowohl unter der chinesischen Intelligenz als auch in den Massen der Studentenschaft, die stets einen Hang zum Radikalismus aufwies, großen Erfolg hatten. Die Kräfte der Arbeiterschaft waren notwendig, damit jene Männer, die von den Konzeptionen des Marxismus ausgingen und diese auf China anwenden wollten, eine feste Grundlage hatten. Als nun diese Grundlage gefunden war, wurde es leichter, die sozialistische Jugend von der Go-Min-Dan-Partei und anderen Gruppen zu trennen und fest mit der Arbeiterbewegung zu verknüpfen.

Die Chinesische Kommunistische Partei ist jetzt zahlenmäßig zwar schwach, aber innerlich diszipliniert, weiß, was sie will, und stellt aus diesem Grunde eine gewisse Kraft dar, die sowohl die Arbeiterbewegung als auch die Jugendbewegung lenkt und leitet. Die letztere ist mit der Arbeiterbewegung wie auch mit der Kommunistischen Partei, für die sie die Rolle einer Vorbereitungsschule spielt, eng verbunden.

Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die sozialistische Jugendbewegung in China sich durch Energie und Kraft auszeichnet. Sie nahm die besten aktiven Elemente aus der Studentenschaft auf. Ihrem Charakter nach ist sie eine allgemein-politische Bewegung, die unter der Führung der Chinesischen Kommunistischen Partei steht. Da-

bei ist auch in der Jugendbewegung der Prozeß der Herauskristallisierung des Klassenbewußtseins im Gange. Sie macht sich zweifellos frei von fremden kleinbürgerlichen Einflüssen.

Im Mai v. J. fand der Kongreß der Verbände der sozialistischen Jugend statt, der viele organisatorische Momente in die Jugendbewegung hineinbrachte. Zur Illustrierung wollen wir Auszüge aus den Resolutionen dieses Kongresses anführen:

„Eine Bewegung soll im Lande organisiert werden, die auch eine Bewegung gegen die räuberischen Absichten des ausländischen Kapitals ist. Um sich den Weg für den Kampf freizumachen, muß die chinesische sozialistische Jugend für das Volk das allgemeine Wahlrecht und ebenso die Freiheit des Wortes, der Presse, der Verbände und Vereinigungen erkämpfen.“

„Die chinesische sozialistische Jugend muß auf folgenden Forderungen beharren: a) Festsetzung des Sechsstundenarbeitstages für Arbeiter unter 18 Jahren, b) Festsetzung des achtstündigen Normalarbeitstages, c) Verbot der Verwendung der Arbeitskraft von Kindern unter 12 Jahren, d) Festsetzung einer normalen Wochenarbeitsruhe nicht unter 36 Stunden, e) Verbot, minderjährige Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben zu beschäftigen.“

Als der beste Vertreter sozialistischer Ideen in den Massen der chinesischen werktätigen Bevölkerung leistet der chinesische Bund der sozialistischen Jugend gegenwärtig in China eine riesige Arbeit. Er schafft die Grundlage für jene allgemein-sozialistische Bewegung, die jetzt alle Poren des chinesischen Lebens durchdringt. Er leistet auch gleichzeitig jene große erzieherische Arbeit, die notwendig ist, als Hauptvorbedingung zur Aneignung sozialistischer Ideen durch die breiten werktätigen Massen.

Der expansive Süden leistet in dieser Beziehung am meisten. Er bildet sozusagen die Basis zur Entfaltung der Bewegung. Die Mehrheit der aktiven Funktionäre sowohl in der allgemein-politischen als auch in der Jugendbewegung kommt aus dem Süden. In dieser Beziehung spielt der Süden zweifellos die Rolle einer Schule der chinesischen sozialistischen Bewegung.

In neuester Zeit werden in der chinesischen Arbeiterbewegung und überhaupt in der sozialistischen Bewegung in immer größerem Umfange Arbeitsmethoden angewendet, die den Erfahrungen Sowjetrußlands entlehnt sind. Dutzende chinesischer Parteifunktionäre waren in Sowjetrußland, nahmen an Kongressen und Konferenzen teil, lernten die organisatorische Struktur unserer Parteiorganisationen kennen usw. Dementsprechend werden unsere Methoden den chinesischen Verhältnissen angepaßt. Die lokalen Organisationen sind bestrebt, energisch zu arbeiten, eine genaue Registrierung der Parteimitglieder wird organisiert und Neuregistrierungen werden vorgenommen. Kongresse und Konferenzen werden einberufen, ein

Apparat für Agitation und Propaganda wird errichtet, Kampagnen werden durchgeführt usw.

Gleichzeitig wird die Chinesische Kommunistische Partei auch im politischen Leben aktiv. Einerseits versuchen die chinesischen Kommunisten, die Geschichte Chinas vom marxistischen Standpunkt zu untersuchen und zu erklären. Die große marxistische Übersetzungsliteratur, die dank den Bemühungen des Prof. Tschén-Du-Schu zustande kam, ermöglicht den chinesischen Kommunisten das Studium des Marxismus und die Aneignung seiner Methoden. Andererseits versuchen die chinesischen Kommunisten, ihren Standpunkt und ihre Taktik den gegenwärtig in der chinesischen politischen Arena tätigen politischen Gruppen und Parteien gegenüber festzustellen.

Die chinesischen Kommunisten sind der Ansicht, daß im gegenwärtigen Stadium der politischen Entwicklung Chinas die Vereinigung aller revolutionären Kräfte notwendig ist, um den Sieg der nationalen Freiheitsbewegung zu erkämpfen. Sie sind daher geneigt, eine revolutionäre Einheitsfront zu bilden mit der Go-Min-Dan-Partei, die sie als eine demokratische und revolutionäre Gruppierung des chinesischen öffentlichen Lebens betrachten. Gleichzeitig hält aber die Chinesische Kommunistische Partei die Stärkung und Entwicklung der organisierten Arbeiterbewegung für ihre Hauptaufgabe. Die Arbeiterbewegung ist die feste Grundlage, auf der die Chinesische Kommunistische Partei stehen muß, um eine reale Bedeutung zu besitzen und auf die vielen Millionen chinesischer Bauern, von deren Teilnahme der Erfolg der Revolution abhängt, einen Einfluß auszuüben.

Die Aufgaben der nationalen Freiheitsbewegung.

China in seiner gegenwärtigen Lage ist eine geknechtete Halbkolonie. Der Interessengegensatz zwischen den imperialistischen Räubern rettete und rettet es auch jetzt noch vor einer gewaltsamen Aufteilung, deren Rezept in den berüchtigten „Einflußsphären“ besteht, die bis auf den heutigen Tag in China vorhanden sind.

Die Vereinigten Staaten Amerikas stellten auf der Washingtoner Konferenz die Frage der Umwandlung Chinas in einen Markt für Amerika auf die Tagesordnung, denn das ist das Wesen jener Politik „der offenen Türen in China“, die gemacht wird in der Hoffnung, daß der Stärkere den Schwächeren verdrängen wird.

China ist mit ausbeuterischen Verträgen umgarnt, die seine Unabhängigkeit buchstäblich zunichte machen. Peking, die Residenz der Regierung der chinesischen Republik, befindet sich in Wirklichkeit unter schärfster ausländischer Kontrolle. Es kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß der schlimmste Feind chinesischer Unabhängigkeit im Herzen Chinas sitzt und hier allmählich jenes Gift verbreitet, das den Willen und die Unabhängigkeit

des chinesischen Volkes lähmt. Es könnten viele Beispiele dafür angegeben werden, welcher Art der Einfluß der fremden Bevormundung auf China ist, wie kompliziert jene Intrigen sind, die das Botschafterviertel Pekings mit dem Mandarinentum verbinden und wie oft der Gang der chinesischen Angelegenheiten nicht so ist, wie es das Interesse Chinas verlangt, sondern wie es den Botschaftern, diesen Interessenvertretern des ausländischen Kapitals, genehm ist.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Hauptaufgabe Chinas in der Befreiung von der ausländischen Bevormundung besteht. Die Chinesen sind entzückt von dem russischen Beispiel der Annullierung der Verträge und des Unabhängigkeitskampfes, wie sie unseren bewaffneten Kampf nennen. Sie erklären aber, daß sie diesen Weg nicht gehen können, denn sie befürchten, daß es bei dem zersstückelten Zustande Chinas ihnen nicht gelingen würde, einem Angriff von außen, der nach einem solchen Akt Chinas zweifellos einsetzen würde, standzuhalten.

Hieraus ergibt sich ein Programm, das folgende Fragen als unumgänglich notwendige Vorbedingungen auf die Tagesordnung stellt: 1. Vereinigung Chinas, 2. Organisation einer Nationalarmee. Beides bedeutet die Konsolidierung aller Kräfte, die zum Kampfe für die nationale Unabhängigkeit Chinas notwendig sind. Das sind sozusagen reale Vorbedingungen, die China unter gewissen Umständen innerhalb seiner Grenzen als innere Angelegenheit verwirklichen kann. Dabei muß aber China auch ernstlich über seine internationale Lage nachdenken und bestrebt sein, solche Zustände zu schaffen, die ihm seinen inneren Umbau ermöglichen. Aus einer ganzen Reihe konkreter Fälle konnte China ersehen, daß zwischen seiner äußeren Lage und inneren Politik ein enger Zusammenhang besteht.

Der Ausweg für China in bezug auf die Besserung seiner internationalen Lage besteht ausschließlich in einer Politik der Umgruppierung der internationalen Kräfte in Ostasien mit der Berechnung, daß hierdurch ein realer Stützpunkt zur Verwirklichung seiner nationalen Befreiung geschaffen wird.

In welcher Weise kann nun diese Umgruppierung geschehen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es notwendig, wenigstens in flüchtigen Zügen die Bedeutung der sogen. Großstaaten für China zu kennzeichnen.

In historischer Perspektive entfalteten China gegenüber in der Vergangenheit England, Japan, Frankreich, Rußland und Deutschland die größte Aggressivität. Alle waren Prätendenten im Falle einer Aufteilung Chinas. Der Weltkrieg warf Deutschland und das zaristische Rußland aus den „chinesischen Stellungen“ heraus. Sie verloren die Privilegien und Gebiete, die sie in früherer Zeit zusammengerafft hatten. Diese „Erbchaft“ ging aber ganz und gar nicht unverzüglich in den Besitz des legitimen chinesischen Erben über, son-

dern es setzte ein stiller Kampf zwischen den Ententestaaten ein, der zur Washingtoner Konferenz führte, wo in der Gestalt des „Viererbundes“ ein Gleichgewichtsbund geschaffen wurde. Es gelang hier zwar den Vereinigten Staaten, die Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses zu erreichen, aber es gelang natürlich nicht, all jene Gegensätze zu liquidieren, die in bezug auf China zwischen den Imperialisten bestehen.

Die Periode der größten Gefahr für China war die Zeit, als das englisch-japanische Bündnis bestand, und der sich sicher fühlende japanische Imperialismus in China besonders schamlos auftrat. Zu dieser Periode gehört die endgültige Annexion von Korea, der südlichen Mandschurei usw. Der japanische Imperialismus beschränkte sich aber nicht auf diese Gebietserweiterungen, er hatte kein geringeres Ziel als die völlige Unterordnung Chinas unter japanischen Einfluß und japanische Führung in der Hoffnung, daß das chinesische Menschennaterial der Weltpolitik Großjapans dienstbar gemacht werden könne. Japan, das sich in unmittelbarer Nähe von China befindet und in kultureller Hinsicht viel Gemeinsames mit China aufweist, rechnete hierbei auf Erfolg. Nebenbei ließ es auch die Zeit nicht unnütz verstreichen und errichtete an allen Punkten Chinas Garnisonen. Eine besondere Energie entfaltete es aber in der Mandschurei, das völlig richtig als Basis für eine Offensive gegen Mittelchina betrachtet wurde. Den vereinten Bemühungen der imperialistischen Staaten gelang es bisher immer, China zu zwingen, daß es Peking als seine offizielle Hauptstadt betrachte, und die Politik Japans war im Laufe des letzten Jahrzehnts stets darauf gerichtet, die Pekingener Regierung unter seiner Kontrolle zu halten.

Es genügt, auf die Geschichte des Klubs „An-Fu“ hinzuweisen, der dazu geschaffen wurde, um Sui-Schi-Tschan auf den Präsidentenstuhl zu setzen, der als der Bahnbrecher japanischen Einflusses sich den Haß des ganzen chinesischen Volkes erwarb.

Noch bezeichnender ist die Geschichte mit Tschan-Zo-Lin, den die Japaner in der Mandschurei unterstützten in der Hoffnung, daß sie durch ihn die Pekingener Regierung kontrollieren könnten. Eine Zeitlang war es auch so: Tschan-Zo-Lin diktierte der Hauptstadt seinen Willen und machte im Dezember Lan-Schi-In zum Premierminister, der sich jetzt in Japan zur Erholung befindet. Auch jetzt befindet sich Tschan-Zo-Lin von Japans Gnaden in der Mandschurei.

England, der frühere Verbündete Japans, ist jetzt in China in einer ziemlich guten Lage, hält viele Stellen im chinesischen Staatsapparat besetzt, aber mehr auf Grund der Anciennität seiner Eroberungen, wie auch auf Grund seiner Traditionen, mit denen es einen starken Kultus treibt. Zweifellos aber ist es Amerika, das im internationalen Konzert in China die erste Geige zu spielen anfängt. Früher machte Amerika seine Politik in chinesischen Angelegenheiten mit „Enthaltung“, d. h. es nahm mit anderen Staaten zusammen an ver-

schiedenen, manchmal sehr verwerflichen Unternehmungen teil, sobald es aber zum Unterzeichnen irgend eines Vertrages kam, „enthielten sich“ die amerikanischen Vertreter „in Ermangelung von Instruktionen“ der Unterschrift. Im allgemeinen war Amerika bestrebt, in China die Überzeugung von einer freundschaftlichen Haltung seitens Amerikas zu erwecken.

Zu der Zeit, als die Gefahr, die die Erstarkung Japans im Stillen Ozean für Amerika mit sich bringt, völlig sichtbar wurde, und es klar wurde, daß diese Gefahr um so größer sein wird, je mehr Japan im Sinne der Festigung seiner Stellung in China erreichen wird, geriet Amerika in Erregung und die amerikanische Politik in China besteht jetzt in der Herausdrängung Japans aus China.

Andererseits veranlaßte die Veränderung der wirtschaftlichen Weltkonjunktur die Vereinigten Staaten, dem chinesischen Markt größere Beachtung zu schenken und sich mit der Frage der Umwandlung Chinas in eine amerikanische Halbkolonie zu befassen.

Mit einem Wort, Amerika ist jetzt der Feind Japans in China, obwohl beide Mitglieder des „Viererbundes“ sind. England ist augenscheinlich gezwungen, sich nach Amerika zu richten, und hetzt in China schön langsam gegen Japan.

Trotz aller Gegensätze bilden all diese Antagonisten ein kompaktes Ganzes, sobald es sich um jene Privilegien und Vorteile handelt, die die chinesische Republik zu einer Halbkolonie machen und sie der Unabhängigkeit berauben.

China war ein talentvoller Schüler und lernte vieles von seinen Lehrern. Es erlernte auch so manches von dem komplizierten diplomatischen Spiel und versucht jetzt unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, ein selbständiges Spiel zu treiben. Einiges erreichte China auch auf der Konferenz in Washington, aber das Wichtigste ist natürlich noch eine Aufgabe der Zukunft.

Aus einer flüchtigen Übersicht der Politik der einzelnen Staaten in China ist ersichtlich, daß der Weltkrieg und die Revolution eine tiefe Furche zwischen den einzelnen Staaten gezogen haben. Für China schieden sie sich in gefährliche Feinde und evtl. Freunde. Gehören zu den ersteren Japan, England und Frankreich, so gehören zu den letzteren Rußland, Deutschland und mit einigen Vorbehalten Amerika.

In diesem Sinne muß eine Umgruppierung der politischen Abmachungen Chinas stattfinden. China—Sowjetrußland—Deutschland, das ist das politische Schema der nächsten Zukunft. Amerika wird sich dieser Gruppierung etwas später anschließen.

Die Rolle der auf den Goldsäckchen sitzenden Vereinigten Staaten ist jetzt überhaupt ganz eigenartig. Amerika wünscht vorläufig nicht, irgend welche Zugeständnisse zu machen. Es zieht vor, auf eigene Faust die Politik zu machen, die es für sich nützlich hält. Auch in bezug auf China

ist das der Fall. Mit besonderer Schärfe trat dies z. B. in der Frage der chinesischen Anleihe hervor.

China benötigt Geldmittel, es befindet sich am Rande eines Bankrotts, es verhält sich aber der Frage einer Auslandsanleihe gegenüber äußerst vorsichtig, da es diese vollkommen richtig als ein neues Knechtungsmittel betrachtet.

Hier ist die Rolle Amerikas außerordentlich interessant: es bereitet nämlich ein Projekt der Konsolidierung aller japanischen Anleihen und ihre Umwandlung in eine langfristige Anleihe vor. Japan totzumachen, seinen Einfluß auf China zu vernichten, und zwar ausschließlich durch die Bemühungen Amerikas, trotzdem ein internationales Konsortium besteht, — das ist die Tendenz Amerikas. Die amerikanische Politik ist aber eine Politik mit zwei Gesichtern. Amerika will die Befreiung Chinas von der japanischen Bevormundung, aber es hat nicht die Absicht, es im allgemeinen von der imperialistischen Bevormundung zu befreien. Daher ist es klar, daß die „freundschaftlichen“ Versicherungen Amerikas ganz eigentümlicher Art sind und sich in hohem Maße unterscheiden von dem, worauf China von seinen Sowjetrußlands rechnen kann.

Wie wir schon oben erwähnten, ist eine starke und kampffähige Armee, die imstande wäre, die chinesische Unabhängigkeit zu verteidigen, eine Vorbedingung der nationalen Befreiung Chinas. Das begreifen alle. China befaßt sich jetzt mit der Frage der Liquidation des verfaulten, den Körper der Republik zersetzenden Militarismus, um an seiner Stelle eine kampffähige Nationalarmee zu organisieren, die die Stütze der unabhängigen Republik sein könnte.

Selbstverständlich haben die Imperialisten an der Erreichung dieses Zieles kein Interesse, wie sie auch an der Vereinigung Chinas und überhaupt an allem, was die Kraft Chinas fördern könnte, kein Interesse haben. Einfacher gesagt: sie fürchten mit vollem Recht die Stunde, in der China so erstarkt, daß es imstande sein wird, ihnen die Tür zu weisen.

Die Projekte, die die Amerikaner in bezug auf die chinesischen bewaffneten Kräfte vorschlagen, bestehen daher ungefähr darin, daß China keine Nationalarmee benötigt; zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung genüge ja ein Gendarmeriekorps, was aber die äußere Sicherheit betrifft, so befindet sich China unter dem Schutze internationaler Abmachungen.

Alle diese Projekte werden mit tief sinniger Miene und mit dem Hinweis darauf vorgelegt, daß strengste Sparsamkeit geübt werden müsse. Nur die für die Chinesen charakteristische Liebenswürdigkeit, die sie schon seit den Zeiten Konfuzius' gewohnt sind, stets zur Schau zu tragen, kann die

Verfasser dieser Projekte vor einer verdienten Würdigung ihrer Werke und ihres Eifers retten.

Die chinesische öffentliche Meinung verhält sich dem gegenwärtigen militarisierten Mandarinentum gegenüber streng abweisend und sieht in ihm mit voller Berechtigung eine Eiterbeule des chinesischen Lebens. Die öffentliche Meinung begreift aber auch, daß sich das Land von der unerbetenen Bevormundung der Imperialisten nur durch bewaffnete Kraft befreien kann, denn die Imperialisten haben nur vor der Offenbarung einer realen Kraft Respekt.

Die Frage der Neuorganisierung der bewaffneten Kräfte Chinas bildet überhaupt eine der wichtigsten Fragen der chinesischen Politik. Entweder — oder. Entweder gelingt es China nicht, Ordnung zu bringen in das jetzt bestehende Chaos auf dem Gebiete der bewaffneten Kräfte, das zur Bildung förmlicher militärischer Fürstentümer führt und letzten Endes den Imperialisten außerordentlich vorteilhaft ist, oder aber wird es ihm gelingen, seine bewaffneten Kräfte in eine Nationalarmee umzuwandeln, die der Zentralregierung untergeordnet ist und nicht den Interessen einzelner Personen und Gruppierungen, sondern den Interessen der Republik dienen wird.

In engem Zusammenhange mit dieser Frage steht die Persönlichkeit von U-Pei-Fu, der selbst in der Einschätzung chinesischer Kommunisten als der Beste unter den Militaristen bezeichnet wird und sich die Schaffung einer Nationalarmee und die Aufhebung des „Dudsjunates“ zur Aufgabe macht.

Gegenwärtig steht U-Pei-Fu der obenerwähnten liberalen Gruppe nahe, stimmt aber nicht immer und in allem mit ihr überein. Zweifellos ist aber U-Pei-Fu Nationalist, einer der chinesischen führenden Männer, die freigeblieben sind vom Einfluß des fremdländischen Kapitals. Schon allein der Umstand, daß er in seinem Hauptquartier im Herzen Chinas, in Laojan, weilt, verleiht ihm Widerstandskraft gegen Beeinflussungsversuche seitens der Agenten des Imperialismus.

Das von den erfahrenen Händen der Agenten des Imperialismus gelenkte militarisierte Mandarinentum macht jetzt in China den letzten Versuch zur Mobilisierung seiner Kräfte gegen U-Pei-Fu, gegen diese wichtigste reale Kraft, die gegenwärtig den Reorganisationsprozeß des Landes und jene Tendenzen der nationalen Befreiung, die sich jetzt im chinesischen öffentlichen Leben herauskristallisierten, unterstützt. Es dürfte ihm aber kaum gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, denn viel zu groß ist die Stoßkraft jener Kräfte, die es gestern in der politischen Arena Chinas noch nicht gab, die aber heute mit ungestüme Energie sich Bahn brechen.

Moskau, den 9. August 1922.

W. Wileński (Sibirjakow)

Der republikanische Kampf in Irland.

Der vorliegende Artikel beschränkt sich auf eine Studie informativen Charakters über die gegenwärtigen republikanischen Kämpfe in den südlichen Grafschaften Irlands. Im Interesse der Vereinfachung des recht komplizierten Gegenstandes haben wir die „Ulster“-Frage beiseite gelassen, um so mehr, als diese Frage durch die gegenwärtigen Ereignisse auf der entgegengesetzten Grenze des Landes vorübergehend in den Hintergrund gedrängt wurde. Ulster ist der Name der von den großen Industriemagnaten Belfasts beherrschten sechs nördlichen Grafschaften. Es wird vom britischen Imperialismus als ein Marionettenstaat konserviert, dessen Aufgabe es ist, jeden Versuch einer Ausdehnung der durch den englisch-irischen Vertrag der Südbevölkerung zugestandenen „Freiheiten“ im Keime zu ersticken.

Die Bedeutung Irlands für den britischen Imperialismus hat der bekannte Marinestrategie, Admiral Mahan, mit den folgenden treffenden Worten charakterisiert: „Irland beherrscht dank seiner geographischen Lage die Verbindungen Großbritanniens mit der Außenwelt.“ In diesem Umstande der geographischen Lage Irlands haben wir den Schlüssel zum Verständnis der englischen Politik seit den letzten 700 Jahren, und die gegenwärtigen Unterdrückungen der irischen Bevölkerung sind das Resultat des Versuches, diese Politik weiterzuführen.

Über die verschiedenen Faktoren und Bewegungen in Irland, die dem gegenwärtigen Kampf vorausgingen, unterrichtet der unter dem Titel „Das revolutionäre Irland und der Kommunismus“ in der Nummer 12 dieser Zeitschrift erschienene Artikel. Wir haben dort eine Darstellung der Bewegungen und Ereignisse gegeben, die zu dem Aufstand von 1916 führten, seiner Konsequenzen und endlich der neuen Sinnfeiner-Bewegung, die aus der von den Revolutionären im Jahre 1916 erlittenen Niederlage erwuchs. Der Aufstand von 1916 ist in jeder Hinsicht ein Wendepunkt für das heutige Irland. An sich war er aber nur eine der zahllosen bewaffneten Erhebungen, die in der ganzen Geschichte der britischen Herrschaft über Irland zu beobachten sind.

Hand in Hand mit diesen nationalen Erhebungen gingen stets Bewegungen der Bauernschaft ausgesprochen sozialen Charakters, die gerichtet waren auf die Wiederherstellung der

Eigentumsrechte der Bauern an dem Boden oder auf die Beseitigung oder Reformierung der mannigfaltigen und wechselnden Formen der Unterdrückung, die sich aus dem Bodenbesitzrecht der Grundherrenklasse und des Adels ergeben. Man ist in der Tat berechtigt zu sagen, daß alle nationalen Erhebungen ihre entscheidende Kraft aus diesen Agrarbewegungen zogen. So hatte die machtvolle republikanische Geheimorganisation vor dem Vertrag, die „Irish Republican Brotherhood“, ihren Ursprung in der von James Steffens aus Zweigen der „Ribbonmens Society“ organisierten „Fenian Brotherhood“ von 1867, einer im Süden und Westen des Landes bestehenden terroristischen Bauernorganisation aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Alle Erhebungen zeigen eine mehr oder weniger vollständige Verbindung der nationalen und sozialen Aufstandsbewegungen. In der Erhebung vom 1916 ist diese Verbindung vielleicht offener als jemals vorher. Der Kampf des Industrieproletariats um bessere Lebensbedingungen tritt hier zu einem Teil an die Stelle der revolutionären Bewegung der Bauern als die Quelle der revolutionären Energie. Der kolossale Streik der Dubliner Arbeiter, bekannt als „der große Lock-out“, war der Vorläufer des Aufstandes von 1916. In diesem Aufstand begegnen wir auch zum erstenmal dem Vertreter der arbeitenden Klasse, James Conolly, als dem anerkannten Führer der nationalen Bewegung, was den Zusammenhang zwischen dem Klassenkampf und dem revolutionären nationalen Kampf deutlich hervortreten läßt.

Die unvermeidlichen Resultate der grausamen Unterdrückungsmaßregeln, die dieser Revolte folgten, die Hinrichtung der 16 Führer, die Masseneinkerkerungen aller jungen Leute im Lande und die Internierung dieser Träger rebellischen Geistes in Konzentrationslagern, ließen nicht auf sich warten. Die Konzentrationslager, die alle Führer des Aufstandes zusammenführten und ihnen so die Möglichkeit ununterbrochener Diskussionen und des Austausches ihrer Meinungen gaben, erwiesen sich als ausgezeichnete Schulen für die Heranbildung revolutionärer Nationalisten und waren der Ausgangspunkt der späteren, gegen England gerichteten ausgedehnten Bewegung. Diese Masseneinkerkerungen brachten den Rebellen die Sympathie der Bevöl-

kerung ein, und nach ihrer Freilassung, Weihnachten 1916, fanden die Revolutionäre den Boden für die erfolgreiche Weiterführung ihrer Bewegung aufs beste vorbereitet.

Schon vor 1916 gab es in der nationalistischen Bewegung mehrere Strömungen. Ihre beiden bedeutendsten waren 1. die in ihren Bestrebungen und Methoden konstitutionelle politische Sinnfeiner-Bewegung und 2. die aus der I. R. B. (irische republikanische Bruderschaft) hervorgegangene militärische Irische Freiwilligen-Bewegung. Nach der Freilassung der Gefangenen hatten beide Bewegungen einen Massenzuwachs zu verzeichnen; gleichzeitig traten sie in enge Beziehungen zueinander, und beide zusammen bildeten jetzt den entscheidenden Faktor im Lande. Diese Vereinigung war das bedeutsamste Ergebnis der Erhebung. Vor dem Aufstand war die Sinnfeinerpartei nur klein, sie war mehr ein Kritiker als ein Opponent der — von Redmond und Dillon geführten — sogenannten Nationalistischen Partei, die die irische Vertretung im britischen Unterhause beherrschte und die Interessen der irischen Grundbesitzer und industriellen Bourgeoisie vertrat. Seit dem Weltkriege hatte die Nationalistische Partei offen imperialistische Tendenzen entwickelt und in Irland die Rolle des Rekrutentreibers für die britischen imperialistischen Streitkräfte gespielt. Von jetzt ab schlug die Sinnfeinerpartei dank ihres Bündnisses mit der Freiwilligen-Bewegung die Nationalistische Partei bei jedem Wahlkampf, bis sie bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1918 einen alle bisherigen übertreffenden und vollständigen Sieg errang. Damit verschwindet die Nationalistische Partei endgültig aus dem politischen Leben Irlands. Diese der Nationalistischen Partei gelieferten parlamentarischen Scharmützel schlossen und festigten die Reihen der neuen Partei für den kommenden Kampf gegen England. Wengleich die Sinnfeinerpartei in der irischen Bevölkerung eine bemerkenswerte Eintracht herzustellen vermochte, so enthielt sie doch recht auseinanderstrebende Elemente, als die Vertreter verschiedener sozialer Schichten mit absolut nicht einheitlichen Nöten und Wünschen. Spätere Ereignisse zeigten bündig, daß diese nicht anders als auseinanderfallen konnten, sobald einmal einer ihrer Teile zu wirklicher Macht gelangte und in die Lage kam, sein eigenes besonderes Programm zur Geltung zu bringen. Die zwei Hauptströmungen waren die republikanische und die Sinnfeiner-Strömung.

Das Ziel der erstgenannten war eine absolut unabhängige irische Republik und ihre Hauptkraft zog sie aus der irischen Freiwilligen-Organisation, aus der später die Irische Republikanische Armee hervorging. Die andere war die von Griffith geführte alte konstitutionelle Partei, deren Ziel eine Kontrolle der irischen Finanzen, Zölle, Verwaltung usw. war, die gerade ausreichte, sie vor der Konkurrenz der größeren imperialistischen Bourgeoisie zu schützen, wobei sie keineswegs mit dem Imperium oder England zu brechen trachtete, in dem sie den „besten Markt für die irischen Produkte“ sah. Diese Tendenz stützte sich auf die kleineren Industriellen, Großfarmer, Krämer, die Intelligenz usw. Die Großindustriellen und Großgrundbesitzer hielten sich abseits, bis es ihnen klar war, wie ihre imperialistischen Herren die Bewegung beurteilten. Als im Jahre 1921 der „englisch-irische Vertrag“ von Griffith und Lloyd George unterzeichnet wurde und über die Stellung Griffiths zum Imperium keinerlei Zweifel mehr bestand, schlossen sich diese Großindustriellen, Finanzleute und Grundbesitzer der „Freistaatspartei“, wie sie jetzt hieß, in so großem Umfange an, daß sie die Politik der Partei und ihrer Regierung völlig beherrschten. Die Voraussetzung für die Koalition der Republikaner und Sinnfeiner war die Tatsache, daß einerseits die Republikaner in ihrem Programm nur einen Punkt hatten — die Eroberung der Republik mittels der Waffen — während andererseits die Sinnfeiner zwar ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm und eine vollkommene Taktik für seine Anwendung besaßen, dabei jedoch der Kräfte ermangelten, es zu verwirklichen, und diese Kraft von den kriegesischen Republikanern erhoffen konnten. Die einen hatten ein Programm, aber keine Kraft, es zu verwirklichen; die anderen besaßen diese Kraft, hatten aber kein Programm. Die Kombination dieser Elemente war die Sinnfeinerpartei. Besiegelt wurde die Koalition auf der All-Irischen Konvention der Sinnfeiner-Partei im Oktober 1917, die De Valera — den Vertreter der Republikaner — zum Präsidenten der Partei erwählte, an Stelle von Griffith, der in der alten Partei seit ihrer Gründung diese Funktion innegehabt hatte. Dieser Konvention gingen ausgedehnte Diskussionen innerhalb der Exekutive der Partei voraus, in denen man sich bemühte, die politischen Bestrebungen dieser beiden verschiedenen Gruppen in ein gemeinsames Pro-

gramm zusammenzufassen. Von seiten der Republikaner setzte sich Cathal Brugha im Verlaufe dieser Diskussionen mit aller Kraft dafür ein, daß das neue Sinnfeiner Programm ein uneingeschränkt republikanisches werde. Demgegenüber traten die Sinnfeiner, die sich der Stärke der republikanischen Position nicht verschließen konnten, für ein Kompromis ein. Nach ihnen sollte das Programm aussprechen, daß sie, falls eine autonome irische Republik die internationale Anerkennung nicht erlangen könnte, das erreichbare Höchstmaß an Freiheit akzeptieren würden. Die Republikaner forderten die „Republik oder nichts“; es kam zur Krisis, in deren Verlauf mehrere Sinnfeiner-Mitglieder zurücktraten. Griffith fand zuguterletzt einen Ausweg in der Wilsonschen Phraseologie. Man einigte sich schließlich in dem Sinne, daß auch im Falle der internationalen Anerkennung der Republik dem irischen Volke „die freie Wahl gelassen werden solle, unter welcher Art Regierung es leben wolle“. Auf dieser Grundlage nun, vorläufiger Kampf für die Republik und sodann Befragung des Volkes, ob es eine Republik, Monarchie oder sonst eine Regierungsform haben wolle, begann die Sinnfeinerpartei ihre erfolgreiche Kampagne. Die Republikaner waren in der Lage, sich in ihrem Kampfe für die Republik auf die in dem Programm verkörperten praktischen Erfahrungen und die organisatorischen Fähigkeiten der Sinnfeiner zu stützen und mit ihrer Hilfe tatsächlich eine Art Republik zu errichten, während die Sinnfeiner die Möglichkeit erhielten, den republikanischen Einfluß auf die Massen zu nützen, um ihren alten Gegner, die Nationalistische Partei, zu schlagen, ihre Bestrebungen und Methoden in das Volk zu tragen und England so sehr zu schwächen, daß es sich schließlich zur Anerkennung ihres eingeschränkten Programmes gezwungen sah. Das ist der Sinn des „Freistaates“ — er ist die Verwirklichung der alten Sinnfeiner-Politik, angepaßt den imperialistischen Bedürfnissen in der gegenwärtigen Phase des Imperialismus und errichtet ausschließlich dank den Republikanern und auf deren Kosten. Wieweit der Einfluß der Republikaner in dieser Koalition ging, zeigt die folgende Bemerkung Walter Coles, eines der Begründer der ursprünglichen Sinnfeiner Partei, in dem ehemals von Arthur Griffith herausgegebenen Organ der Freistaatspartei, „Young Ireland“: „Alles, was bisher getan wurde, seit 1917 durch die Ak-

tivität der Bewegung und seit dem Januar 1919 durch die Regierung, geschah im Interesse und im Namen der irischen Republik, und es wird die Dinge eher klären als verschleiern, wenn wir uns dessen erinnern, daß Präsident Griffith als der Präsident des „Dail Eireann“, der Regierung der Republik, starb.“ Wie die irischen Republikaner von 1918 bis zum Juni 1919 ihren Krieg gegen die Engländer führten, daß sie ihre Republik errichteten, die ganz illegal und unterirdisch existierte, daß sie im Auslande um ihre Anerkennung nachsuchten und daß aller Terror und alle militärische Macht der britischen Imperialisten nicht ausreichten, ihren Widerstand zu brechen, ist allgemein bekannt. Die Schwierigkeiten der imperialistischen Situation in Indien und Aegypten, die gespannten Beziehungen zu Amerika und die drängende Notwendigkeit der Einschränkung der Staatsausgaben zwangen schließlich Lloyd George zu seinem denkwürdigen Vorschlage eines Waffenstillstandes und der Einladung der Republikaner zur Diskussion der Friedensbedingungen im Juli 1921. Dieser Einladung — der, woran zu erinnern ist, eine ganze Reihe geheimer Verhandlungen zwischen den Abgesandten Lloyd Georges und den Vertretern der republikanischen Regierung vorangingen, die die Grundlage für ihre schließliche öffentliche Fortsetzung schufen — folgte eine lange Serie von Konferenzen, von Noten und Besprechungen, mit ihren immer wiederkehrenden Krisen, bis es schließlich zur Londoner Konferenz kam, auf der Griffith und Collins als die Vertreter des irischen Volkes, zusammen mit Barton, Duffy und Duggan, die Artikel des Übereinkommens oder Vertrages mit Großbritannien unterzeichneten. Diese Unterzeichnung erfolgte am 6. Dezember, nach der Darstellung der irischen Delegierten erzwungen durch die englische Drohung mit dem unverzüglichen Beginn eines erbarmungslosen Krieges im Falle der Weigerung. In ihren letzten Phasen wurden die Verhandlungen irischerseits nur von Griffith und Collins, ohne ihre Mitdelegierten, mit Lloyd George und Churchill geführt. De Valera und das Kabinett in Dublin wurden über den Fortgang der Verhandlungen nicht unterrichtet. Es konnte daher nicht überraschen, daß sich, als die Delegierten mit der Vereinbarung nach Hause kamen, im Kabinett Meinungsverschiedenheiten ergaben. De Valera, Brugha und Stack, die drei Führer der Republikaner, erklärten sie für unannehmbar. Mit der

ersten Tagung des Dail (irische Nationalversammlung der Republik) am 19. Dezember war es klar, daß der Moment gekommen war, wo die Wege der Sinnfeiner und Republikaner sich trennen mußten. Griffith und die Sinnfeiner hatten mehr erreicht, als sie möglicherweise erhofft hatten, und der Streber und Abenteurer Collins verließ die Republikaner, um sich den nun verbündeten Sinnfeinern und britischen Imperialisten anzuschließen. Es mag hier darauf hingewiesen werden, daß Collins erst seit der Erhebung von 1916 ein Republikaner genannt werden kann. Er war kurz vorher von London nach Irland geflohen, um der Aushebung zu entgehen. Vor und während des Aufstandes war er unbekannt. Er war indessen ein fleißiger Arbeiter und tüchtiger Organisator, dabei aber ein Intrigant. Nach der der Revolte folgenden Masseneinlieferung wurde er aus dem Gefängnis entlassen, noch ehe die alten Führer frei wurden. Er nützte seine Zeit, indem er sich unverzüglich an die Sammlung der Reste der Freiwilligen machte, und ließ sich zum Sekretär ihres Rates wählen. Gleichzeitig reorganisierte er die Reste der I. R. B. (Irish-Republicanismische Bruderschaft) und trat in ihren Zentralrat ein. Diesem Einfluß dankte er seine Wahl zum Sekretär der „Irish National Aid“, der irischen Gefangenenhilfe. Nach der Freilassung der anderen Führer lehnten De Valera und Brugha den Beitritt zur wiedererrichteten I. R. B. ab, und diese verlor infolgedessen einen großen Teil ihres Einflusses. Während des Krieges hatte Collins die Funktion eines Nachrichtenoffiziers im Generalstab inne und führte zahlreiche inoffizielle Verhandlungen mit dem Unterstaatssekretär für Irland, Cope, über eine mögliche Basis von Friedensverhandlungen. Wengleich hier zum erstenmal öffentlich festgestellt, so ist doch der Haupterfolg der englisch-irischen Verhandlungen und auch die Abkehr Collins von den Republikanern dem stillen und geschickten Wirken Copes zuzuschreiben. Ein heftiger Gegner Collins war immer Brugha, dem seine Intrigantennatur von Herzen verhaßt war. Seine heftigen Angriffe gegen Collins im Verlaufe der Vertragsdebatte überraschten die Außenstehenden, die nicht wußten, daß ohne den vermittelnden Einfluß De Valeras Brugha niemals mit Collins in der gleichen Partei gearbeitet haben würde. Die Abkehr Collins' von den Republikanern stärkte die Sinnfeiner außerordentlich, da er ihnen die zentralen Organe der I. R. B. zuführte, auf

deren Macht gestützt er verschiedene Deputierte — wie den einstigen Bevollmächtigten in Rußland, Dr. Mac Cartan —, die geschworen hatten, unter keinen Umständen für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen, zum Umfallen veranlaßte, so daß sie in der letzten Tagung für den Vertrag stimmten.

Die von der republikanischen Bewegung erlangte große Einheit der nationalen Kräfte ging mit der Annahme des Vertrages durch die Sinnfeiner in die Brüche. Da alle andern nationalen und sonstigen Interessen, soziale wie ökonomische, stets dem Wunsch nach der Einheit gegenüber England untergeordnet gewesen waren, verzichteten die Republikaner auf die Versuche der Wiederherstellung dieser verlorengegangenen Einheit, die während der drei Jahre Terrors und erbitterten Kampfes gegen England alle Köpfe und Aktionen beherrscht hatte, erst angesichts eines am 28. Juni gegen sie gerichteten Angriffes der Freistaatkräfte und der britischen Artillerie. Aus diesem Einheitsstreben erklärten sich alle Fehler und Irrtümer der Republikaner und alle Niederlagen, die sie erlitten. Sie begriffen nicht, daß die Sinnfeiner und die sozialen Schichten, die diese vertreten, durchaus zufrieden waren mit den Vertragsbedingungen, und daß sie in den ihnen zugestandenen Machtvollkommenheiten eine ausreichende Garantie für ihren eigenen Schutz und für die Möglichkeiten ihrer Entwicklung als Freistaat innerhalb des Imperiums sahen. Sie glaubten noch immer an die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einigkeit mit Griffith und seiner Partei auf dem Wege annehmbarer Kompromisse, im Interesse der Fortführung des Kampfes für die Republik. Dieses verzweifelte Festhalten an der Hoffnung der Wiederherstellung der Einigkeit, der man so viel verdankte, war es, die De Valera zur Formulierung seines berühmten Dokumentes Nr. 2 veranlaßte, das, wengleich vom republikanischen Standpunkt aus ein großer Fortschritt gegenüber dem Vertrag, doch weit hinter dem Ziel der I. R. A. (Irische Republikanische Armee) zurückblieb. Es hätte immerhin ein brauchbares Kompromiß abgeben können, wenn die Sinnfeiner die Engländer nicht allzusehr gefürchtet hätten, um es auf die Folgen noch längerer Unterhandlungen ankommen zu lassen. Dieser Wunsch nach Einigkeit war es, der die I. R. A. von dem Vorgehen gegen Collins und die Freistaatpartei abhielt, als ein bedeutender Teil von ihr zu einem solchen drängte; er war es

der De Valera in die fatale Koalition bei den Wahlen im Juni führte, und die I. R. A. paralyisierte, so daß die Freistaatspartei in der Lage war, gegen sie eine Armee zu organisieren und auszurüsten und sie schließlich zu vernichten. Indem sie das Einheitsstreben zur Schwächung der Republikaner ausnützte, brachte die Freistaatspartei diesen die ersten Niederlagen bei. Jetzt ist aber an die Stelle dieses Einheitswunsches der Wille getreten, von allen Kompromissen mit der Sinnfeiner Partei oder Freistaatspartei abzusehen und mit den Verrätern, als die man sie heute betrachtet, gründlichst abzurechnen.

Nach einer langen und heftigen Debatte, die vom 19. Dezember, mit einer Unterbrechung zu Weihnachten, bis zum 7. Januar dauerte, ratifizierte an diesem Tage der Dail den Vertrag mit 64 gegen 57 Stimmen. Dies vollendete die Spaltung. Die Sinnfeiner und Republikaner trennten sich und bildeten neue Parteiorganisationen. Ziemlich unmittelbar danach schritt die Freistaatspartei zur tatsächlichen Errichtung des Freistaates. Die Provisorische Regierung mit Collins an der Spitze wurde gebildet, und im Dail selbst wurde Griffith mit einer knappen Majorität gegen De Valera zum Präsidenten gewählt. Somit gab es von jetzt ab in Irland eine Doppelregierung; denn der Dail ist die Nationalversammlung der im Jahre 1918 errichteten Irischen Republik, während die Provisorische Regierung eine von dem Vertrag vorgesehene Körperschaft ohne jede Autorität ist, von der abgesehen, die die Engländer ihr zugestehen. Obgleich der Dail zur Zeit über keine wirkliche Macht verfügt und die Freistaatler seine ehemaligen Machtvollkommenheiten mit möglichster Beschleunigung zu beseitigen wünschten, um der einheitlichen Verwaltung unter der provisorischen Regierung die Wege zu ebnen, hat die Rücksicht auf die öffentliche Sympathie für die republikanischen Einrichtungen sie von der Beseitigung des Dail abgehalten, so daß der alte Dail, als die Versammlung der Republik sogar bis zur Eröffnung des jetzt tagenden Dail fortexistierte, und Griffith in der Tat, wie schon bemerkt wurde, als der Präsident derselben Republik starb, zu deren Schwächung und Zerstörung er so viel getan hatte. Der neu eröffnete Dail hat der Doppelregierung ein Ende bereitet und wird jetzt das Parlament des Freistaates den Regeln des Vertrages gemäß.

Das nächste Ereignis nach der Ratifizierung des Vertrages durch den Dail war die am 21. Februar abgehaltene Tagung der Nationalkonvention der im Jahre 1917 auf Grund des Kompromisses zwischen den beiden Strömungen gegründeten Sinnfeiner Partei, zu der die Sinnfeiner wie die Republikaner trotz der Spaltung noch immer gehörten. Die Konvention sollte entscheiden, was mit dem Parteiapparat und dem Vermögen der alten Partei zu geschehen hätte, nachdem die Wege ihrer Mitglieder sich getrennt hatten. Die Arbeit des ersten Tages bestand in der Fortsetzung der Debatte aus dem Dail. „Nach dem Eingeständnis Collins' war die Mehrheit der Konvention gegen den Vertrag. („Round Table“ Juli 1920 Seite 512.) Die Versammlung vertagte sich, um eine Konferenz zwischen den Führern zu ermöglichen. Hier brachten die überlegene Taktik Griffiths und die Einheitswünsche der Republikaner diesen erneut eine Niederlage bei. Mit einer Mehrheit zu ihren Gunsten, lehnten sie es dennoch ab, den Freistaatlern ein Ultimatum zu stellen; sie zogen es vor, den Versuch einer völlig unrealen Einigung zu machen. Wie erwartet wurde, machte De Valera am nächsten Tage eine Vereinbarung bekannt, die in folgendem bestand: der Dail sollte weiterhin als die Versammlung der Republik gelten; die Geschäftsstelle der Organisation sollte, und zwar mit gleich starker Vertretung beider Gruppen weiterbestehen, ebenso die Sinnfeiner Organisation; endlich sollten innerhalb dreier Monate keine Neuwahlen stattfinden, so daß bis dahin die Verfassung des Freistaates fertiggestellt und den Wählern unterbreitet werden konnte. Das war ein ausgesprochener Sieg der Freistaatler im Angesicht der überlegenen republikanischen Kräfte, der nur zurückzuführen ist auf die Unentschlossenheit und die immer wiederholten Einigungsversuche De Valeras. Die Freistaatler gewannen drei weitere Monate, die sie zur Konsolidierung ihrer Kräfte nützen konnten. Obwohl damit die Armee von einer entscheidenden Aktion abgehalten wurde, war doch nicht zu verhindern, daß bedeutende Teile von ihr die absolute Hoffnungslosigkeit dieser Einigungsversuche einsehen und die Zeit für gekommen erachteten zur Organisation ihrer Kräfte für den Kampf gegen den Freistaat. Die Armee war in ihrer überwältigenden Mehrheit republikanisch gesinnt. Die Wahlen interessierten sie nur wenig; nur ein verschwindender Teil der ihr Angehörigen stand auf den Wählerlisten, da die

meisten zur Zeit der Aufstellung der Listen teils das wahlberechtigte Alter noch nicht erreicht hatten, teils eingekerkert waren oder illegal lebten. Ihre Auffassungen brachte Brugha am 5. März auf einem Meeting in New Ross, County Wexford, mit den folgenden Worten zum Ausdruck: „Meine Meinung ist, daß die Männer, die die Kämpfe führten und jetzt keine Stimme haben sollen, nicht ruhig zulassen werden, daß Irland dem britischen Imperium einverleibt wird, ohne daß sie die Möglichkeit erhalten, zu sagen, was sie über die Angelegenheit denken. Wenn die Stimmen von Leuten sie unterjochen sollen, die nicht die geringsten Opfer gebracht haben, und wenn sie auf dem Wege einer solchen Übereinstimmung zu britischen Untertanen gemacht werden sollen, so werden diese Männer sich wahrscheinlich in anderer Weise Gehör zu schaffen wissen als durch bloße Wahlstimmen.“ Das nächste Anzeichen, daß die Armee dem Vertrag ablehnend gegenüberstand, war eine Proklamation, die unterzeichnet war von dem Generalkommandant der Tipperary-Brigade, der sich als einen Sozial-Republikaner bezeichnete, und den acht Bataillonskommandeuren. In dieser Proklamation wurde der Versuch der Errichtung einer Regierung der Freistaatspartei als „ungesetzlich und unmoralisch“ bezeichnet und an die andern Armeeeinheiten die Aufforderung gerichtet, sich zur Verhinderung derartiger Bestrebungen zusammenzuschließen. Die höheren Offiziere beim Generalstab, die sich mit knapper Mehrheit für den Vertrag erklärt hatten, versuchten hierauf, einen Republikaner vom Kommando der Limerick-Brigade zu entheben. Die Republikaner verweigerten die Zustimmung, was den Generalstab veranlaßte, aus den benachbarten Grafschaften einige ihm ergebene Truppeneinheiten zusammenzuziehen, um seinen Befehlen Nachdruck zu verleihen. Das führte zur Konzentrierung der republikanischen Kräfte in Limerick. Die City, alle Hotels, Kasernen usw. wurden besetzt und die Vorbereitungen zum Angriff gegen die Freistaatler getroffen. Dank der Vermittlung des Bürgermeisters kam ein Kompromiß zustande, demzufolge beide Seiten ihre Truppen zurückzogen und der status quo blieb. Das war der erste Versuch einer Austragung des Konfliktes, und hätten die Republikaner die zahlenmäßig schwächeren Freistaattruppen angegriffen, so wäre wahrscheinlich die ganze Situation eine andere geworden. Indessen behielt der Einfluß

der Politiker und ihr Wunsch, den Frieden aufrechtzuerhalten, die Oberhand. Andere ähnliche Zwischenfälle verliefen in nahezu gleicher Weise. Wenngleich De Valera zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Einigung entschlossen war, so zwangen diese Zwischenfälle ihn doch, sich über die Stimmung in der Armee klar zu werden. Er bediente sich zu wiederholten Malen dieser Gefahr des Bürgerkriegs als Druckmittel gegenüber den Freistaatlern, um sie zur Verständigung mit den Republikanern zu zwingen. Das war auch der Sinn seiner am 17. März in Thurles gehaltenen Rede, die in der irischen Politik historische Bedeutung erlangt hat. „Bis jetzt,“ so erklärte er, „haben die Iren, wenn sie für die Unabhängigkeit kämpften, einer fremden Regierung und fremden Soldaten gegenübergestanden; wenn sie aber heute kämpfen müßten, so hätten sie nicht über die toten Leiber fremder Soldaten hinwegzuschreiten, sondern über die ihrer eigenen Landsleute, und sie hätten im Blute zu waten der Soldaten der irischen Regierung und vielleicht auch einiger Mitglieder dieser Regierung, um ihre Freiheit zu erringen.“ Wenngleich dieser Ausspruch sich als prophetisch erwies, so ist doch sicher, daß De Valera keinerlei Vorstellung davon hatte, wann dieser Fall eintreten würde.

De Valera forderte auch, wenn auch nicht offiziell, von Griffith eine Revidierung der Wählerlisten zugunsten der Armee und eine Vereinbarung, die nächsten Wahlen auf der Plattform „für oder gegen den Vertrag“ durch allgemeine Abstimmung entscheiden zu lassen. Diese Forderung wurde sehr wenig energisch erhoben und Griffith lehnte sie ab, wie er auch das Frauenstimmrecht verweigerte, als die Organisation für Frauenstimmrecht diese Forderung erhob.

Ende März war die Stellung der Armee ziemlich klar. Als die Mehrheit des Generalstabs sich für den Vertrag aussprach, forderte die Minderheit von dem Verteidigungsminister die Einberufung einer allgemeinen Armeekonferenz, zur Entscheidung dieser Frage, wie der ihrer Stellung zur Regierung, die jetzt offen auf den Umsturz der Republik hinarbeitete, für die sich die Armee drei Jahre lang geschlagen hatte. Der Verteidigungsminister erklärte sich hierzu bereit; angesichts der entschieden ablehnenden Haltung der gesamten Armee dem Vertrag gegenüber erklärte jedoch auf seinen Rat hin das — jetzt ausschließlich aus Freistaatlern zu-

sammengesetzte — Daillkabinett die bevorstehende Armeekonferenz für ungesetzlich. Das zeigte, wie sehr die Freistaatler die Armee fürchteten. Wie vorausszusehen war, ließ die Armee diese Erklärung unbeachtet, und am festgesetzten Tage fanden sich die Delegierten aller Truppenteile in Kraftwagen, und Panzerautos in Dublin ein, besetzten das „Mansion House“, den größten Saal der Stadt, und hielten hier ihre Konferenz unter dem bewaffneten Schutz der Dubliner Brigade ab. Nach den offiziellen Berichten waren auf dieser Konferenz 80 Prozent der Armee vertreten. Unter anderem stellte die Konferenz in einem Beschluß fest, daß der Dail die Republik zu stürzen versucht hatte, und daß die Armee von ihrem Treueid ihm gegenüber entbunden und für die Zukunft von ihm und seinem Kriegsminister unabhängig sei. Weiter wurde beschlossen, den Kampf für die Republik weiterzuführen, und zu diesem Zweck ein nur der Kontrolle der I. R. A. unterstehender Exekutivrat gewählt. Um den gegen die katholischen Arbeiter von Belfast gerichteten Pogromen ein Ende zu machen, wurde erneut der Boykott der Belfaster Industriewaren ausgesprochen, den die Freistaatspartei infolge eines Abkommens mit der Nordexekutive aufgehoben hatte. Zur Strafe für ihre lügenhafte Berichterstattung über die Konferenz und als warnendes Beispiel für die anderen Blätter wurde das, ganz auf seiten der Freistaatler stehende „Freemans' Journal“, eine Tageszeitung, von der I. R. A. völlig zerstört.

Während dieser ganzen Zeit wurden immer neue Friedensversuche gemacht und zahlreiche Konferenzen zwischen den politischen Republikanern und den Freistaatlern abgehalten. Schließlich fand eine Konferenz statt, an der der Erzbischof von Dublin, die beiden Bürgermeister von Dublin und Limerick und Vertreter beider Seiten teilnahmen. Während dieser Konferenz beantwortete der Führer des neuen Exekutivrates der I. R. A. diese Versuche zur Herstellung des Friedens mit der Besetzung der strategisch bedeutendsten Gebäude der Stadt, der „Four Courts“ in Dublin; er baute sie zu einer stark befestigten Stellung aus und machte sie zu seinem Hauptquartier. Der nächste Zwischenfall wurde veranlaßt durch die beabsichtigte Abhaltung eines Freistaatsmeetings in Sligo zum Andenken an die Erhebung von 1916. Der kommandierende I. R. A.-Offizier im Distrikt erklärte das Meeting für ungesetzlich. Die Freistaatler zogen daraufhin in der Stadt alle

ihnen ergebenen, mit englischem Geld unterhaltenen und mit englischen Waffen ausgerüsteten Truppen zusammen. Um Blutvergießen zu vermeiden, gab die I. R. A. erneut nach und gestattete Griffith die Abhaltung des Meetings. Dieses weitere Zurückweichen schwächte das Ansehen der Republikaner außerordentlich, bei der Bevölkerung sowohl, als auch in der Armee. Von da an bis zum tatsächlichen Beginn der Kämpfe gewann die Auffassung immer mehr an Boden, daß die Republikaner an ein ernstliches Vorgehen gegen den Freistaat gar nicht dachten. Seitdem ging ihr Einfluß in der Armee ständig zurück, während die Freistaatler dank einer energisch betriebenen Propaganda und der glänzenden Bewaffnung und Ausrüstung ihrer Truppen immer mehr Elemente, wenn auch nicht die besten, auf ihre Seite zogen.

Als nächste erschien die Labour Party auf der Szene. Unentwegt neutral und pazifistisch, hatte deren Nationalexekutive im Süden des Landes einen 24stündigen Proteststreik gegen die militaristischen Methoden beider Seiten arrangiert, in der Hoffnung, sie beide zur Vernunft zu bringen und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die maßgebendsten Labour-Führer neigten aus den verschiedensten Gründen zu den Freistaatlern, und mit Hilfe der großen Unternehmer im ganzen Lande brachten sie es fertig, den Arbeitern den sogenannten Proteststreik aufzuzwingen. Es sollte ein versteckter Hieb gegen die Republikaner sein; aber es war eine wenig begeisterte Demonstration. Nirgends gingen die Arbeiter freiwillig aus den Betrieben. Die Aufforderung zum Streik war absichtlich unbestimmt und neutral gehalten. Es war klar, daß es sich nicht um einen Streik der Arbeiter, sondern in Wirklichkeit um eine Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer handelte, die diese Demonstration der Labour Party zur Wiederherstellung geordneterer Zustände im Interesse des Handels usw. ausnützen zu können hofften. So und mit vielen anderen Bemühungen, Frieden zu stiften, ist die Labour-Party im ganzen bei ihrer neutralen Haltung verblieben, obgleich sie sich öfter gegen die Regierung wenden mußte, da sie das Wachsen des Freistaatsmilitarismus fürchtete und dessen mögliche Verwendung gegen die Arbeiterbewegung. Die Labour-Party nahm an der letzten Friedenskonferenz teil, die am 29. April abgebrochen wurde.

Nach dem Fehlschlage dieses Versuches gab Griffith bekannt, daß die Wahlen nach Ablauf des auf der Nationalkonvention vereinbarten Waffenstillstandes stattfinden würden. Der Wahltag sollte der 16. Juni sein. Die I. R. A. hatte über ihre Stellung zu den Wahlen bis jetzt nichts verlauten lassen, wengleich die allgemeine Auffassung war, daß sie ihre Durchführung auf Grundlage der alten Listen nicht zugeben würde. Die Mehrzahl der Reden ihrer Führer waren auf den Grundton gestimmt: „Ich bin kein Politiker . . . wir können uns nur auf unsere Kanonen verlassen“. Es wurde indessen immer deutlicher, daß innerhalb der I. R. A. zwei Gruppen in Entwicklung begriffen waren. Die erste, unter Führung von O'Connor, O'Donnell (der der Kommunistischen Partei Irlands angehört), Robinson und Mellowes, war sich durchaus klar darüber, daß die fortwährenden Verhandlungen und Kompromisse mit der von Collins und Mulcahy geführten Freistaatsgruppe der Armee zu nichts führen würden und daß im Gegenteil das unaufhörliche Hinausschieben der Aktionen ihrer Sache nur schaden könnte. Die andere, von dem derzeitigen Stabschef, Lynch, geführte Gruppe befand sich in der Mehrheit. Sie vertrat die Ansicht, daß Collins und Mulcahy nicht so sehr Verräter seien als von Griffith in der Vertragsfrage Irreführte; daß bei ausreichender Geduld ihnen das Irrige ihres Handelns klargemacht, auf diese Weise die Armee wieder vereinigt und die Kalamität des Bürgerkrieges, des Kampfes der einstigen Waffengefährten gegeneinander, vermieden werden könnte. Das klang sehr plausibel, und seine ständigen Appelle, den Bürgerkrieg zu vermeiden, brachten schließlich eine bedeutende Mehrheit auf Lynchs Seite. Dies zwang die anderen Führer — obwohl sie sich über die Zwecklosigkeit dieser Bemühungen durchaus klar waren — zum Beginn der Verhandlungen mit den Freistaatsführern zur Aufindung einer Basis für die Vereinigung der Armee. Andererseits verstanden es die Freistaatler, aus dieser Spaltung innerhalb der I. R. A. und der geringen Kampflust ihrer zweiten Gruppe außerordentlichen Nutzen zu ziehen. Während noch die Republikaner ihrer Illusion der Vereinigung der beiden feindlichen Lager nachjagten, vervollkommneten sie ihren militärischen Apparat, in der Absicht, gegen die Republikaner einen Schlag zu führen, sobald die politische Situation dafür günstig war.

Mitte Mai trat der Dail zusammen, der sich jedoch darauf beschränkte, abzuwarten, was aus den Bemühungen, zum Frieden und zur Vereinigung zu gelangen — die von inoffiziellen Kommissionen beider Seiten noch immer fortgesetzt wurden — herauskommen würde. Beide Kommissionen, von denen sich die eine aus Deputierten des Dail und die andere aus Armeeeoffizieren zusammensetzte, teilten das Fehlschlagen ihrer Verständigungsbemühungen mit. Gerade als es schien, als ob endlich die wirkliche Krise zum Ausbruch kommen sollte, und die Nachgiebigkeit der Republikaner einen Punkt erreicht hatte, über den nicht hinauszugehen sie fest entschlossen waren, als man annehmen durfte, daß sie endlich die Unmöglichkeit, mit den Freistaatlern zu einer Verständigung zu gelangen, eingesehen hatten, machte am 20. Mai De Valera im Dail bekannt, daß weitere Besprechungen zwischen ihm und Collins zu einer Vereinbarung geführt hätten, die wie folgt lauteten:

„Wir sind übereingekommen

1. daß für diesen dritten Dail eine nationale Koalitionsliste aufzustellen ist, in der beide Parteien, im Dail sowohl, als auch in der Sinnfeiner Organisation, vertreten sind, davon ausgehend, daß die Lage der Nation die Übergabe der Regierung des Landes in die Hände derer erheischt, die während der letzten Jahre ihre hauptsächlichste Stütze gewesen sind, ohne Beeinträchtigung ihrer gegenwärtigen Stellung;
2. daß diese Koalitionsliste von der Sinnfeiner Organisation aufzustellen ist, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Stärke beider Parteien im Dail;
3. daß die Namhaftmachung der Kandidaten durch jede der beiden bestehenden Parteieuxekutiven zu erfolgen hat;
4. daß es jeder Interessengruppe unbenommen ist, den Wahlkampf unabhängig von der Nationalen (Sinnfeiner) Liste zu führen;
5. daß die Kreise, in denen keine Wahlen stattfinden, von ihren gegenwärtigen Abgeordneten weiter vertreten werden;
6. daß nach der Wahl die Exekutive aus dem (aus formeller Wahl hervorzugehenden) Präsidenten, dem (die Armee repräsentierenden) Verteidigungsminister und neun weiteren Ministern — fünf von der Mehrheit und vier von der Minder-

heit — zu bestehen hat, wobei es jeder Partei überlassen ist, ihre Vertreter zu ernennen. Die Verteilung der Ressorts liegt in den Händen des Präsidenten;

7. daß, falls die Koalitionsregierung die Auflösung des Parlaments für notwendig erachtet, mit größtmöglicher Beschleunigung eine allgemeine Wahl auf der Grundlage der Stimmberechtigung aller Erwachsenen anzusetzen ist."

Neben dem ihn noch immer leitenden Wunsch nach der Einigung mögen zwei andere Erwägungen De Valera zum Abschluß dieser Vereinbarung veranlaßt haben. Erstens die Lage im Innern: die bald hier bald dort im Lande aufflammenden Agrarunruhen, wenn auch vorläufig noch nicht allzu bedrohlich, hatten doch zur Folge, was die gelbe Presse als „chaotische Zustände“ bezeichnete. Von allen Übertreibungen abgesehen, erweckte die ökonomische Lage des Landes doch Sorgen, und De Valera war noch immer genügend Bourgeois, um die Zerstörungen des Bürgerkrieges zu fürchten. Zweitens war es die äußere Lage — die Drohung Englands mit der Liquidierung des Vertrages und der erneuten und entschiedenen Besetzung des Landes für den Fall, daß die allerschleunigste Regelung der Streitfragen ausbliebe. Diese Drohung Englands entsprang der Befürchtung, daß es dem Freistaat an Macht gebrechen könnte, die Situation zu meistern, und daß die I. R. A. die Durchführung der Wahlen verhindern würde. Es war dies aber nur eine vorübergehende Drohung, die gegenstandslos wurde, als der zwischen den Freistaatlern und Republikanern abgeschlossene Vertrag zeigte, daß die Freistaatler es sehr wohl verstanden, mit den Republikanern fertig zu werden. Aber jede Drohung von außen veranlaßte die Republikaner, ihre Versuche der Einigung gegen den gemeinsamen Feind um so eifriger zu betreiben.

Das Resultat der Vereinbarung war die Vertagung der Auseinandersetzung zwischen den Republikanern und Sinnfeinern, die völlige Beiseiteschiebung des Vertrages; und an Stelle des Wahlkampfes zwischen den für den Vertrag eintretenden Freistaatlern und den ihn bekämpfenden Republikanern hatten wir eine Wahl, ausgefochten von einer Koalition der — objektiv — bitter feindlichen Parteien zum Zwecke der Errichtung einer von ihnen zu bildenden Koalitionsregierung. Bei oberflächlicher Betrachtung mochte es

scheinen, als ob mit der Aufrechterhaltung des status quo die Republikaner einen Vorteil errungen hätten, in Wirklichkeit hatten aber die Freistaatler den Hauptgewinn. Erstens mußten die Wähler in der Vereinbarung ein Bündnis der Republikaner mit den Freistaatlern und die Aufgabe ihrer Gegnerschaft in bezug auf den Vertrag sehen; zweitens bedeutete die Akzeptierung von nur 45 Prozent der Sitze durch die Republikaner das Eingeständnis, daß sie sich in der Minderheit befanden, womit sie ihrem Ansehen außerordentlich schaden; drittens enthielt die Vereinbarung die Lücke der vierten Klausel bezüglich der unabhängigen Kandidaten, dank der diese die Möglichkeit hatten, die Wirkung der letzten wichtigen Klauseln aufzuheben; viertens verschob sie die Frage der allgemeinen Stimmberechtigung — die allerwichtigste Frage für die Republikaner und die I. R. A. — auf die dunkle und sehr unbestimmte Zukunft. Schließlich unterstützten zwar die Republikaner vereinbarungsgemäß die Freistaatler; diese aber waren in der Innehaltung der Vereinbarung nicht so gewissenhaft und gaben praktisch überall den unabhängigen Kandidaten den Vorzug gegenüber den Republikanern. Sie wurden in dieser Haltung von ihren Parteiführern offen bestärkt, nachdem die Republikaner durch die Vereinbarung einmal gebunden waren. Beweise für diese Tatsache wurden von der I. R. A. erbracht, als sie die Wahlurnen der Nationaluniversität beschlagnahmte, wo sämtliche Wähler ihre Stimmzettel namentlich zu zeichnen hatten. Hier hatten die Freistaatler, mit Einschluß ihrer maßgebendsten Führer, ohne Rücksicht auf die Vereinbarung zugunsten der unabhängigen Kandidaten gestimmt.

Da die republikanischen Politiker sich zur Teilnahme an der Wahl bereit erklärt hatten, mußte die I. R. A. ihre Durchführung wohl oder übel gestatten. Im übrigen ließ sie sie unbeachtet. Wo in einigen Fällen Führer der I. R. A. als republikanische Kandidaten auftraten, waren es solche, die schon dem alten Dail, vor der Spaltung von den Freistaatlern, angehört hatten und gemäß den Bedingungen des De Valera-Collins-Paktes erneut aufgestellt worden waren. Wie „Young Ireland“ — das kampflustigste der Freistaatsorgane — es formulierte, hatten „sie nicht einen einzigen Kandidaten aufzustellen versucht, um bei der letzten Wahl (9. September) ihre Exekutive vertreten zu lassen“.

Drei Tage später trat die Nationalkonvention, die sich am 22. Februar für 3 Monate verlagert hatte, zusammen und ratifizierte die Vereinbarung, womit sie die Sinnfeinerorganisation, wenn auch in zwei Gruppen gespalten, formell aufrechterhielt.

Die folgenden den Wahlen vorausgehenden Wochen waren ausgefüllt mit der Frage der Ausarbeitung der Verfassung für den vorgeschlagenen Freistaat. Nach ihrer Fertigstellung in der Unterkommission wurde sie in London dem englischen Kabinett zur Sanktion vorgelegt und dort noch einmal den imperialistischen Interessen entsprechend umgearbeitet. In Übereinstimmung mit der Vereinbarung der Nationalkonvention am 22. Februar sollte die Veröffentlichung des Verfassungsplanes vor dem Wahltag erfolgen. Die Sinnfeinerpartei, die den Gefühlsumschwung, und zwar zuungunsten des Freistaates, die das Bekanntwerden ihres ausgesprochen imperialistischen Charakters zur Folge haben mußte, voraussahen, waren klug genug, die Veröffentlichung bis zum Morgen des Abstimmungstages hinauszuschieben. Sie erhielten damit die Sicherheit, daß kaum einer der Wähler auch nur die mindeste Vorstellung von dem Charakter dieser Verfassung hatte. Es war ein äußerst umfangreiches Dokument, und die Mehrzahl der ländlichen Wählermassen sahen die *Dubliner Zeitungen*, wo die Veröffentlichung erfolgt, erst nach Beendigung der Wahl. Diesem raffinierten Vorgehen hatten die Freistaatler sicher viele Stimmen zu verdanken, die sonst der anderen Seite zugute gekommen wären. Hier sei auf einige Hauptzüge der Verfassung hingewiesen:

1. Der irische Freistaat ist ein gleichberechtigtes Glied in der britischen Nationsgemeinschaft.
2. Die Legislative besteht aus dem König, einer Deputiertenkammer und einem Senat.
3. Die Wahlen zur Deputiertenkammer und zum Senat erfolgen durch die Bürger beider Geschlechter von mehr als 25 respektive mehr als 30 Jahren.
4. Die Mitglieder des Parlaments leisten den Treueid dem König usw., wie in dem Vertrag vorgesehen ist.
5. Die normale Amtsdauer des Senats beträgt 12 Jahre; der vierte Teil der Senatsmitglieder ist alle 3 Jahre neu zu wählen, und zwar auf der Grundlage des

Proportionalsystems, wobei das ganze Land als ein Wahlkreis zu betrachten ist.

6. Der Vertreter des Königs kann seine Zustimmung zu jedem Gesetz verweigern, jedoch nur in Übereinstimmung mit den Gesetzen, Gebräuchen usw., die in Kanada in Übung sind.
7. Auf Verlangen von drei Fünfteln des Senats oder einem Zwanzigstel der Wähler ist ein Referendum vorzunehmen.
8. Die Exekutivgewalt liegt in den Händen des Königs und wird durch dessen Vertreter entsprechend den verfassungsmäßigen Gebräuchen Kanadas ausgeübt.
9. Die aus höchstens 12 Mitgliedern bestehende Exekutive ist der Kammer verantwortlich.
10. Die Ernennung des Generalgouverneurs erfolgt wie in Kanada, seine Besoldung geht zu Lasten des Freistaates.
11. Ein Oberster Gerichtshof wird eingesetzt, der, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist, alle beschlossenen Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu prüfen hat.
12. Die Ratifizierung der Verfassung darf im irischen und britischen Parlament nicht nach dem 6. Dezember 1922 erfolgen. Wird dieser Klausel nicht entsprochen, so hat dies die Aufhebung des Vertrages zur Folge, so lange, bis hierüber eine besondere Vereinbarung getroffen ist.

Man sieht, daß diese Verfassung nur ein schwächliches Gemisch amerikanisch- und schweizerisch-bürgerlicher Demokratie darstellt, eingeschlossen in den engen Rahmen des britischen Imperialismus. Weitere Klauseln enthalten die bekannten Garantien der Freiheit und der Rechte des Individuums in seinem Hause oder beziehen sich auf die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die garantiert ist, insoweit sie nicht der Verfolgung gesetzwidriger Ziele dient. Öffentliche Versammlungen Bewaffneter sind ausdrücklich verboten.

Der Ausgang der Wahlen war für die Mehrzahl der Republikaner eine Überraschung, für andere war er es nicht. Unter Berufung auf die Klausel 4 der De Valera-Collins-Vereinbarung, die es jeder anderen Interessengruppe freistellte, den Wahlkampf unabhängig von der Koalition zu führen, stellte die Labour-

Party 18 Kandidaten auf; auch die von den reaktionären Großbauern beherrschte Farmer-Union nominierte ihre eigenen Kandidaten; dazu tauchte eine ganze Menge sogenannter „Unabhängiger“ Kandidaten auf, deren Programm sich in der angeblichen ausschließlichen Wahrnehmung des „Allgemeinwohls“ erschöpfte, und die im Vertrauen auf die Verschwommenheit ihrer Erklärungen und den Reiz ihrer Persönlichkeit den Kampf wagten. In ihrer Mehrzahl erklärten sich diese Unabhängigen mehr oder weniger unumwunden für den Vertrag. Diese Entwicklung hatten die Republikaner nicht vermutet. Sie waren überzeugt gewesen, daß die Macht und der Einfluß der wiedervereinigten Sinnfeinerpartei die anderen schwächeren Parteien — wie es bei früheren Wahlen der Fall war — von der Aufstellung eigener Kandidaten abhalten würde. Das wäre auch eingetroffen — wobei von den Labourpolitikern abzusehen ist, die unter allen Umständen entschlossen waren, auf die parlamentarischen Ehren nicht zu verzichten — wenn es die Freistaatler ernstlich gewollt hätten. Diese hatten aber keinen anderen Wunsch, als die Früchte der Vereinbarung zu zerstören, nachdem die Republikaner sich einmal festgelegt und die friedliche Durchführung der Wahl nicht zu hindern versprochen hatten. Die Freistaatler dankten ihren Wahlsieg in erster Linie dem Auftreten der „Unabhängigen“. Die Republikaner waren zu vertrauensselig Collins und seiner Partei gegenüber — zum mindesten ist dies von Führern wie De Valera zu sagen — und erwarteten, daß die einmal unterzeichnete Vereinbarung nicht nur auf dem Papier stehen bleiben würde. Die politischen Republikaner waren nicht genügend Realisten. Die Freistaatführer dagegen ermunterten die Wähler systematisch, die Vereinbarung unbeachtet zu lassen. Collins selber erklärte in seinem eigenen Wahlkreis in Cork, als er von einer Koalitionsplattform sprach, daß „die Gegenwart der Koalitionisten ihn nicht hindere“, und er empfahl den Bürgern von Cork, „für die Kandidaten zu stimmen, die ihnen am besten zusagten“, mit anderen Worten, daß sie die Anweisungen der Koalition, für die Republikaner zu stimmen, unbeachtet lassen könnten.

Dazu führten die Republikaner ihren Wahlkampf äußerst schlecht — sie nahmen die Vereinbarung zu wörtlich und setzten sich in der Propaganda für die Paned- oder Koalitions-kandidaten ein, ohne Rücksicht darauf,

ob diese Republikaner oder Freistaatler waren, anstatt daß sie, wie die Freistaatler es taten, sich auf die Empfehlung ihrer eigenen Kandidaten beschränkten. Die Folge der Vereinbarung war, daß die von den Republikanern zugunsten der Koalition herausgegebenen Wahlparolen immer reaktionärer wurden. Sie traten für die Errichtung einer gefestigten Regierung ein, in deren Händen die gesamte Staatsgewalt zentralisiert sein sollte, für die Überwindung des Chaos und der Anarchie durch energische Regierungsmaßnahmen, für Steuern und für die Lösung aller Landstreitigkeiten durch eine zentrale Behörde anstatt auf dem Wege lokaler Aktionen. Sie zeigten sich in diesen Wahlaufrufen im ganzen viel bürgerlicher, als selbst die Freistaatler es zu sein wagten. Die letztgenannten beschränkten sich auf die Erklärung, daß das Resultat des Vertrages politische Freiheit, wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Gesundung, geregelte Verhältnisse im Handel und günstigere Beschäftigungsmöglichkeiten sein würden. Der reaktionäre Charakter des republikanischen Programms und alle die genannten Umstände kamen in großem Maße der Labour-Party zugute. Das wunderbare Programm dieser Partei war, den Vertrag und den Frieden und die brauchbare Regierung, die er ergeben würde, als eine Grundlage zu akzeptieren, auf der dann für eine Arbeiterrepublik zu wirken war. Sie forderten, daß die Regierung des Landes dem Chaos dadurch ein Ende bereiten sollte, daß sie nur eine, in jeder Hinsicht wohl organisierte und disziplinierte Armee bestehen ließ, die der Kontrolle der Zivilverwaltung zu unterstehen hatte. Dies forderten sie, um das Chaos zu beenden, damit sie auf verfassungsmäßigem Wege und mit Erlaubnis der wohl-disziplinierten Armee, deren Schaffung sie der Regierung anheimstellten, für die von ihnen äußerst unbestimmt definierte Arbeiterrepublik wirken könnten. Außerdem verlangten sie von dem Dail, daß er seine Aufmerksamkeit wirtschaftlichen Problemen zuwenden sollte: der Arbeitslosen-, der Wohnungs-, der Agrarfrage und anderen. Der Hinweis auf diese brennenden Probleme, die Ausnützung der Gefühle der Arbeitermassen durch ihre Solidaritätserklärung mit James Conolly und der Arbeiter-Republik, die Annahme des Vertrages als eines Friedensinstruments und die Unzufriedenheit der Wähler mit der kompromißloseren Haltung der Republikaner führten der Labour-Party neben den in ihr organi-

sierten Arbeitern große Wählermassen zu, die bisher für die Republikaner gewesen waren, vor allem Kleinbürger, Ladeninhaber usw. So gelangte ihr Führer Johnson in dem vorwiegend kleinbürgerlichen Wahlkreis in der Umgebung der Hauptstadt an die zweite Stelle.

Es konnte daher nicht weiter überraschen, als die schließlich veröffentlichten Resultate das folgende Bild ergaben:

Koalitionisten	94	Unabhängige	10
Labour	17	Farmer	7

Nach Beendigung der Wahl war es natürlich für jedermann klar, daß die Koalition ein Ende hatte. Dementsprechend verteilten sich die Sitze der Koalition wie folgt:

Sinnfeiner für den Vertrag (Freistaatler) 58
Sinnfeiner gegen den Vertrag (Republikaner) 36

Berücksichtigt man die Art der Ausfechtung des Wahlkampfes, so zeigen die ersten Zahlen das genaue Resultat; denn die Frage stand da nicht, ob Republik oder Freistaat, ob für oder gegen den Vertrag. Es war eine Frage der in einer Koalition gegen alle anderen Parteien zusammengeschlossenen Parteien. Aber die Resultate wären nicht annähernd dieselben gewesen, wenn der Wahlkampf unmittelbar geführt worden wäre. Die Beurteilung der Republikaner als Koalitionskandidaten hat ihnen unzweifelhaft geschadet. Die ganze Wahlaktion der Republikaner hat gezeigt, was für schlechte Politiker sie waren, und sie haben ihre Niederlage zweifellos wohl verdient.

Seit der Unterzeichnung des Vertrages am 6. Dezember 1921 bis zum Beginn der Kämpfe am 28. Juni 1922 stellt die Geschichte der irischen Politik eine einzige Reihe von den Republikanern verpaßter Gelegenheiten dar. Andererseits bedeuteten die Wahlen durchaus keinen entscheidenden Sieg für die Freistaatspartei. Sie besaß nicht die Mehrheit über alle anderen Parteien; sie gewann ihre Sitze nicht auf Grund ihres Eintretens für den Vertrag oder für den Freistaat, sondern weil sie sich als Vorkämpferin der Einigung im Interesse der irischen Politik gab. Als Koalitionspartei wurden ihr dank der Vereinbarung mit den Republikanern 21 Sitze ohne Kampf ausgeliefert, während die Republikaner auf dem gleichen Wege nur 17 Sitze erhielten. Wenn angenommen wurde, daß die Labour-Party und die Unabhängigen mit den Freistaatlern gehen würden, so traf das nicht zu, abgesehen höchstens von der Frage des Ver-

trages, und auch da geschah es nicht bedingungslos. Diese Parteien wurden gewählt, weil sie sich für den Frieden einzusetzen versprochen, und sie werden sich sicher der Kriegspolitik der Regierung gegen die Republikaner widersetzen. In der Frage der Verfassung haben sie zahlreiche Einwände zu machen. Bei Eröffnung des Dail am 9. September nach fünf aufeinanderfolgenden Verhandlungen lehnte die Labour-Party es ab, die Wahl des Freistaatspräsidenten zu unterstützen, und später widersetzten sich beide Labour-Mitglieder und einige unabhängige Deputierte der Übertragung der Funktion des Armee-Oberkommandos und des Armeekriegsministers auf eine Person. In anderen inneren Fragen wird die Regierung auf weitaus heftigere Opposition stoßen. Ebenso ist man sich auch innerhalb der Freistaatspartei keineswegs einig über die Frage des Krieges gegen die Republikaner — im Verlaufe der ersten Operationen waren verschiedene ihrer Mitglieder an Deputationen beteiligt, die sich bei der Regierung um einen Waffenstillstand zwischen den beiden Lagern bemühten. „The Round Table“ stellt fest: „Die Labour-Party mit einem extremistischen Element in ihren Reihen kann als eine zuverlässige Stütze der Regierung nicht angesehen werden.“ Allgemein bekannt ist, daß mehrere Mitglieder der Labour-Party zum Zusammengehen mit der im Süden operierenden republikanischen Armee gewillt waren und daß sie, als die I. R. A. den Südwesten hielt, sich nicht geweigert hätten, in eine republikanische Regierung des Südens einzutreten, wenn die Republikaner die ersten Schritte zur Bildung einer solchen getan hätten.

Der Ausbruch des Bürgerkriegs.

Nach den Wahlen übte das britische Kabinett einen immer stärkeren Druck auf den Freistaat aus, um ihn zum Vorgehen gegen die I. R. A. zu zwingen. Churchill drohte öffentlich, wenn der Freistaat nicht die notwendigen Schritte unternehmen würde, um der für ihn selbst eine Drohung bedeutenden Existenz bewaffneter Organisationen ein Ende zu machen, müsse das Kabinett des Imperiums selbst in Erwägung ziehen, was in der Angelegenheit zu tun sei. Das war eine offene Drohung mit der Intervention von seiten der Engländer, die zu der Zeit den größten Teil ihrer Truppen aus Irland zurückgezogen hatten. Das Attentat auf Sir Henry Wilson in London am 22. Juni hatte

eine außerordentliche Erregung ausgelöst. Das ließ die Engländer ihre Anstrengungen verdoppeln, Collins zum Vorgehen gegen die Republikaner zu bringen. Unter diesem Druck nützte die Freistaatspartei nach endgültiger Beendigung der Wahlen, deren Ausgang sie nach ihrer Auffassung zur Vernichtung der Republikaner ermächtigte — in Wirklichkeit hatte den Wählern ein solcher Gedanke absolut fern gelegen — die erste sich bietende Gelegenheit aus, um die Feindseligkeiten zu eröffnen. Teile der I. R. A. waren bei der Beschlagnahme von Motoren im Interesse der Durchführung des Boykotts Belfaster Waren von überlegenen Kräften der Freistaatruppen festgenommen worden. Die Republikaner verhafteten dafür den Generaladjutanten der Freistaat-Armee, um die Freilassung ihrer Leute zu erzwingen. In der folgenden Nacht, am 27. Juni, begann der gegenwärtige Feldzug mit einem Bombardement aus 18-Pfündern, die dem Freistaat vom britischen Kriegsministerium zur Verfügung gestellt worden waren. Der Kriegsplan der Freistaatler ging dahin, die Four Courts in Dublin niederzuzwingen und die im Lande verstreuten Einheiten der I. R. A. auf diese Weise ihres leitenden Zentrums zu berauben, womit sie das ganze Land ohne große Kämpfe in ihre Hände zu bekommen hofften. Collins rechnete damit, daß im Süden, wo er herkam und wo er in seinem Wahlkreis die größte Stimmenzahl erhalten hatte, die Republikaner zum mindestens neutral bleiben würden, während er in Dublin und in den Midlands die I. R. A. liquidierte. Er beging indessen einen Irrtum, wie nie vorher in seinem Leben. Noch als er den Süden bereits in voller Opposition fand, erklärte er zuversichtlich, daß der Feldzug in spätestens 14 Tagen erledigt sein würde, da die schlecht bewaffnete I. R. A. sich unmöglich lange gegen die mit Feldgeschützen, Panzerwagen usw. ausgerüsteten Kräfte der Freistaatler halten könnte.

Das republikanische Hauptquartier war anfangs überrascht infolge des Überwiegens der Einigkeit-Illusionäre in seinen Reihen. Sobald jedoch der Angriff begonnen hatte, stellten sich auch diese Elemente dem Hauptquartier entschlossen zur Verfügung, und ihr nach Süden vorrückender Führer organisierte dort den heftigsten Widerstand, auf den die Freistaatler stießen. Dies war Liam Lynch, der jetzige Stabschef. Ohne Artillerie zu besitzen, hielt sich die aus 120 Mann bestehende Garnison drei Tage lang, bis die Gebäude

um sie herum in Trümmer lagen. Sie brachten den Freistaatlern schwere Verluste bei, und als schließlich das Gebäude, in dem sie sich verschanzt hatten, nicht mehr gehalten werden konnte, sprengten sie es in die Luft und zerstörten es völlig. Erst dann ergaben sie sich. Ihre ganzen Verluste bestanden aus zwei Toten. Auf dem Wege ins Gefängnis gelang es zweien ihrer Führer zu flüchten. Diese gingen in die Provinz, um den weiteren Widerstand zu organisieren.

Während dieser Kämpfe um die „Four Courts“ erfolgte die Konzentration der Dubliner Brigade von außerhalb des Kampfgebietes in die Stadt. Sie bemächtigte sich der Hauptstraße der Stadt und machte sie zu ihrer Zentralstellung; außerdem besetzten sie zahlreiche Punkte außerhalb der Stadt als vorgeschobene Posten. Nach der Eroberung der Four Courts wandten die Freistaatler ihre Aufmerksamkeit dem Stadtzentrum zu. Fünf Tage weiteren Schießens und Bombardierens folgten. Am dritten Tage erkannten die Republikaner die Unmöglichkeit, die Hotels, Banken, Häuser usw. gegen die Artillerie zu halten. Sie beschloßen, das Gebiet zu räumen und nur eine Nachhut zurückzulassen. Am 3. Juli war dies bewerkstelligt. Die Brigade war mit allen ihren Geschützen und anderem Kriegsmaterial ausgezogen. In den ausgedehnten Gebäuden verblieb nur eine kleine Besatzung von 17 Mann. Man sieht hieraus, daß die Republikaner weitaus bessere Soldaten waren als Politiker. Als nach zwei weiteren Tagen beide Seiten der Hauptstraße infolge des Geschützfeuers und der Brandstiftung von seiten der Freistaatler zerstört waren, ergab sich die republikanische Nachhut. Im Moment der Übergabe fand der auf seiten der Republikaner kämpfende Brugha, der während des Krieges gegen England das Verteidigungsministerium innegehabt hatte, den Tod. Das Resultat dieses Kampfes war die Zerstörung von Eigentum im Werte von 6 Millionen Pfund Sterling und die Vernichtung vieler Menschenleben. Auf wie hoch sich die Kosten der zehntägigen Kämpfe in Dublin belaufen, mit Einschluß des Wertes der zerstörten historischen Four Courts, der großen Hotels, des Hauptpostamtes und sonstiger öffentlicher Gebäude, wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verluste infolge der Störung des Handels usw., ist schwer zu sagen. Der Hauptkampf in der Hauptstadt war damit fürs erste beendet. Es gab von jetzt ab regelmäßige Überfälle auf Freistaat-

truppen, Freistaatposten und Kasernen, während von seiten der Regierung ein Verhaftungsfeldzug einsetzte gegen alle, die irgendwie in den Verdacht republikanischer Sympathien gerieten. Alle Häuser wurden durchsucht, sogar die der hingerichteten Führer der Erhebung von 1916. Was irgendwie nach Republikanismus aussah, wurde unterdrückt. Sehr große Erfolge hatten die Freistaatler indessen nicht zu verzeichnen, und noch immer werden auf den Straßen ein oder zwei illegale, täglich erscheinende Propagandablätter der Republikaner verkauft, während der Guerillakrieg mit der alten Heftigkeit weitergeht.

Der Bürgerkrieg im Lande.

Beim Ausbruch der Feindseligkeiten traten die republikanischen Politiker De Valera, Childers, Sean T. O'Kelly (der ehemalige Gesandte der Republik in Frankreich), Harry Boland (der Gesandte in den Vereinigten Staaten) ohne Zögern in die Reihen der Kämpfenden I. R. A. ein und bekleideten dort untergeordnete Posten. Der Zusammentritt des Parlamentes sollte am 1. Juli erfolgen, aber „infolge der ernsten Lage“ sah sich die Regierung gezwungen, den Eröffnungstermin erstmalig auf den 15. Juli, dann nacheinander auf den 29. Juli, 12. August und 26. August zu vertagen. Am 9. September trat es endlich zusammen.

Die Niederlage der Republikaner in Dublin brachte keineswegs das Ende des Feldzuges, wie Collins es sich gedacht hatte. Sie eröffnete vielmehr einen Kampf, der noch immer mit unermüdlicher Energie von seiten der Republikaner fortgeführt wird. Die Freistaattruppen bestanden vorwiegend aus Teilen der alten I. R. A., die Collins gefolgt waren, und einigen seit Ende Januar eingezogenen Rekruten. Die Soldaten stammten meist aus Dublin und der näheren Umgebung der Stadt. Nach Beendigung der Kämpfe in Dublin mußten die Freistaatler, die sich dem ganzen Westen und Südwesten gegenübersehen, einen „Ruf zu den Waffen“ erlassen, um ihre Streitkräfte zu vermehren. Den einzig nennenswerten Widerhall fanden sie in Dublin, und hier waren die sich Meldenden meist ehemalige britische Söldner, Polizisten, Black-and-Tan-Typen, dazwischen Arbeitslose. Der Zahl nach wuchsen ihre Reihen zwar, aber die militärische Qualität der Leute war gering; anderenfalls hätte der gegenwärtige Feldzug längst beendet sein

müssen. Mit diesen eilig ausgerüsteten Streitkräften unternahmen es die Freistaatler, das Land zu unterwerfen.

Die republikanische Armee oder, wie jetzt auf Anordnung der freistaatlichen Pressezensur ihre Angehörigen genannt wurden, „die Irregulären“ hielten die ganze Provinz Münster, Teile von Leinster und Connaugh und die Grafschaft Donegal in Ulster. Beim Beginn der Kämpfe in Dublin griffen sie, was es in diesen Gebieten an Freistaatkräften gab, an und nahmen sie gefangen. Ihre ganze Bewaffnung bestand aus Gewehren, englischen Maschinengewehren, amerikanischen Kleinmaschinengewehren vom Thompsonstyp, einigen Panzerwagen, Handgranaten usw. Sie besaßen keine Artillerie, dazu fehlten alle Arten Munition. Im Südwesten kam zum mindesten eine unbewaffnete Kompanie auf jedes bewaffnete Bataillon. Ohne die Beschlagnahme einer englischen Schiffsladung Waffen während der Evakuierung der britischen Truppen aus Cork hätten sie ihre Kämpfe kaum so erfolgreich führen können. Der Widerstand, den sie den von den Engländern mit Geschützen und Munition ausgerüsteten und finanzierten Freistaattruppen entgegensetzten, war überraschend. Im Südwesten mochte sich die Stärke der Irregulären auf 8000 Mann belaufen, während man ihre Gesamtstärke im ganzen Lande auf 10 000 Mann berechnen kann. Die Nationalarmee zählt 13—15 000 Mann. Interessant ist, daß der Führer der Labour-Party, Johnson, „den Grad der Beschäftigungslosigkeit und die Feldstärke der Irregulären in enge Beziehung zueinander bringt“. „Ferner weiß Mr. Johnson, daß es den Gewerkschaften und der Labourbewegung nur schaden kann, wenn viele ihrer Mitglieder sich durch Hunger und erzwungenes Feiern dazu verleiten lassen, in die Reihen der Irregulären einzutreten.“ (Beides dem „Manchester Guardian“ vom 11. September entnommen.)

Die Hauptkonzentration der Republikaner war im Südwesten. Ende der dritten Juliwoche, da die Freistaatkräfte der republikanischen Einheiten in Leinster, Donegal und Connaugh zersprengt waren und zur Annahme einer Guerillataktik gezwungen hatten, zog sich die scharf abgegrenzte Kampffront von der Stadt Waterford über Tipperary bis nach Limerick. In Connaugh und Donegal hatten die Republikaner noch immer mehrere bedeutende Städte inne. Hinter dieser Hauptlinie befand sich das ganze Land seit dem Be-

ginn der Kämpfe am 27. Januar immer in ihrem unbestrittenen Besitz. An diesem Tage hatten sie sich der wenigen Städte und Kasernen bemächtigt, die dem Freistaat ergeben geblieben waren. In den meisten Fällen aber verbanden sich hier die Freistaattruppen freiwillig mit ihnen, um gegen die Regierung zu kämpfen. Dies erklärt sich daraus, daß die meisten der noch aus der alten republikanischen Armee stammenden Einheiten sich den Freistaatlern nicht darum angeschlossen hatten, weil sie bereit waren, für sie zu kämpfen, sondern um eine Existenz zu haben. Hinter dieser Frontlinie ging das Leben seinen gewohnten Gang; ja es verlief normaler als in Dublin und in den anderen von den Freistaatlern beherrschten Teilen des Landes, weil hier die Überfälle usw. wegfielen. Die Republikaner übernahmen die Kontrolle der Zölle und Steuereinnahmen in Cork, sie vereinnahmten, solange sie die Stadt hielten, wöchentlich 10 000 Pfund Sterling. Im übrigen erlitt das geschäftliche Leben die ganze Zeit über nicht die geringste Unterbrechung. Das Hauptquartier der Republikaner befand sich in den „Fermoy Old Barraks“, der größten britischen Kaserne in Süd-Irland. Außer allen anderen Kasernen beherrschten sie das Kabel und die Funkstation von Valencia, wie die Funkstation in Chiffden, in Calway.

Bis zum 22. Juli hatten die Freistaattruppen nur die beiden Flankenstädte Limerick und Waterford zu nehmen vermocht. Darüber hinaus machten sie nur geringe Fortschritte. Zahlreiche Vorstöße nach dem Zentrum zu waren mit für sie schweren Verlusten an Menschen und Material zurückgeschlagen worden. Es ist schwer zu sagen, wie lange sich die republikanische Front noch gehalten haben würde, hätten die Freistaatler nicht die Hilfe der britischen Flotte erhalten. Sechs an der Südküste patrouillierende englische Kriegsschiffe verhinderten jede Zufuhr von Munition und anderem Material nach Cork. Später, am 10. August, beschossen diese Kriegsschiffe verschiedene republikanische Stellungen an der Küste, und unter ihrem Schutz landeten Freistaattruppen. Diese Angriffe in ihrem Rücken zwangen die Republikaner zur Preisgabe von Cork; nachdem sie die Hauptkasernen der Stadt, die Druckereien und alle Verkehrslinien zerstört hatten. Aus denselben Gründen mußten sie auch die seit sechs Wochen gehaltene Front aufgeben. Nachdem sie alle strategisch wichtigen Punkte in dem

Gebiet zerstört hatten, zogen sie sich aus den Städten zurück und begannen einen äußerst erfolgreichen Guerillakrieg. Zu dieser Zeit ungefähr kaperten ihre Kräfte in Midland das Panzerauto des Kommandeurs der Freistaatlichen Midlanddivision. Damit machten sie einen erfolgreichen Angriff auf Sligo, beschlagnahmten dort alle erreichbaren Waffen und verschwanden wieder, als überlegene Kräfte gegen sie zusammengezogen wurden. Im Nordosten war die I. R. A. neutral geblieben, um die Ulstergrenze zu bewachen, trotzdem wurde sie von den Freistaattruppen umzingelt und die Mehrzahl ihrer Soldaten gefangen gesetzt. Infolge dieses hinterhältigen Vorgehens gab der Rest am 14. August seine Neutralität auf und stürmte Dundalk, das Hauptquartier der Freistaatkräfte in diesem Gebiet, wo sie riesige Mengen an Munition, Geschützen und Panzerwagen in ihre Hände brachten und sämtliche im Stadtgefängnis internierten gefangenen Republikaner befreiten. Nach mehrtägigen Kämpfen gaben sie beim Herannahen überlegener Kräfte aus Dublin die Stadt auf und verschwanden nach dem flachen Lande zu. Überall bedienten sie sich derselben Taktik. Aus den Bergen, aus den benachbarten Städten von allerwärts brechen sie plötzlich hervor, konzentrieren sich und greifen irgend eine Stadt oder freistaatliche Stellung an, nehmen sie, entwaffnen ihre Gefangenen, während sie sich selbst aufs beste ausrüsten und verschwinden beim Auftauchen überlegener Freistaattruppen. In dieser Weise haben sie eben wieder nach siebenstündigen schweren Kämpfen das an der Südwestküste gelegene Kenmare eingenommen.

In der Taktik des Guerillakrieges haben sie es in der Tat zu unvergleichlicher Fertigkeit gebracht. Kein Ort, wo die Freistaattruppen vor Überfällen sicher sind; wo sie nicht auf die verschiedensten Hindernisse stoßen; wo nicht ihre Verbindungen, Straßen, Brücken zerstört, Eisenbahnlinien aufgerissen, Telegraphendrähte zerschnitten werden, während sie die Republikaner nirgends fassen können. Sogar in den Straßen Dublins vollführen die Republikaner ihre Überfälle und attackieren ihre Kasernen wie früher die der britischen Streitkräfte. Sie bedienen sich in der Tat derselben Taktik, die sich gegenüber den britischen Truppen so außerordentlich bewährt hatte, mit dem Unterschied nur, daß sie heute weit besser ausgerüstet und erfahrener sind.

als sie es damals waren; während sie es in der Mehrzahl der Fälle jetzt nicht mehr mit den langjährig gedienten Imperialtruppen, den besonders ausgebildeten „Black and Tans“ und Hilfsstoßtruppen, sondern mit frisch ausgeschobenen Rekruten zu tun haben. Die Tatsache, daß ihre Überfälle noch immer stattfinden, daß beispielsweise innerhalb eines verhältnismäßig kleinen, von den Freistaatstruppen angeblich völlig beherrschten Gebietes die Freistaatkräfte an einem Tage sechsmal überfallen wurden, beweist, daß die republikanischen Streitkräfte weit mehr Unterstützung und Hilfe bei der Bevölkerung finden, als die bürgerlichen Blätter zugeben wollen. Am 9. September erklärte Mr. Johnson im Dail, „er wolle nicht hoffen, daß die Regierung unbedingt die Vernichtung der Irregulären anstrebe; denn das irische Volk würde nie entwaffnet werden können.“ („Manchester Guardian“, 11. September.)

Ebendasselbst stellte der Oberstkommandierende und Kriegsminister, General Mulcahy, fest, „daß die Widerstandskraft der Armee ernstlich gelitten habe“. Neben diesem Guerillakrieg betrieben die Republikaner einige Propaganda. In Dublin veröffentlichten sie zwei illegale Blätter: „The Fenian“ und „The Republic of Ireland“ oder „Poblacht nah-Eircann“; davon erscheint das zweite täglich. Ihnen zur Seite steht das illegale kommunistische Organ „The Workers Republic“. Bemerkenswert ist, daß ihre Propaganda unter dem Einfluß kommunistischen Denkens steht. Zum ersten Male geschieht es, daß sie die Labour-Elemente zur Unterstützung der Republik heranzuziehen suchen. Mit Bezug hierauf sind die folgenden zutreffenden Bemerkungen des „Spectator“ von Interesse: „Die ‚Morningpost‘ vom Donnerstag lenkte die Aufmerksamkeit auf die Methoden des freistaatlichen Militärzensors. Das Organ der Republikaner, ‚Poblacht nah-Eircann‘ wird von ihm offenbar in keiner Weise am Erscheinen gehindert. Der Sonderkorrespondent der ‚Morningpost‘ weist darauf hin, daß dieses Blatt, in dem es die Freistaatstruppen als ‚Black and Tans‘ bezeichnet und alle anderen Blätter als gekauft beschimpft, durch seine Notizen über angeblich zum Tode verurteilte Journalisten (das ist natürlich nicht wahr), durch seine Meldungen über angebliche große Siege der Republikaner der Propaganda der Partei De Valera große Hilfe leistet. Der Korrespondent bemerkt, daß es den Rebellen wahrscheinlich

täglich 100 neue Rekruten zuführe und 500 andere Personen davon abhalte, aktive Freistaatler zu werden. Während nun diese Zeitung unbehindert verkauft werden kann, ist der ‚Spectator‘ vom Verkauf ausgeschlossen. Die Freistaatbehörden haben den republikanischen Blättern das Erscheinen zwar nicht gestattet, aber die Republikaner sind zu gut organisiert, als daß ihre Publikationen unterdrückt werden könnten. Die Mehrzahl der englischen Zeitungen unterwerfen sich der freistaatlichen Zensur, und ihrem Verkauf steht darum nichts im Wege. Einige wenige unionistische Organe wie die ‚Morningpost‘ lehnen die Zensur ab. Trotzdem werden die Telegramme ihrer Korrespondenten zensuriert, und man verbietet ihren Verkauf.

Der Tod Griffiths und Collins’.

Der Plan der Republikaner ist, den Freistaat unmöglich zu machen. Soweit die ländlichen Distrikte in Frage kommen, gelingt ihnen das vorzüglich. Die Funktion des freistaatlichen Apparates ist nur dort gesichert, wo seine Streitkräfte genügend stark sind. Die Schwierigkeiten des Freistaates vermehren sich und wachsen. Mit dem Tode Griffiths, des „überzeugtesten und entschiedensten Verteidigers der Vertragsregelung“, und Collins’, des Hauptorganisations des Freistaates, verlor dieser die einzigen, allgemein bekannten Führerpersönlichkeiten, die er hatte. Bei der Entstehung junger Staaten sind die führenden Männer stets von großem Einfluß und großer Bedeutung, und der Tod seiner beiden Führer war für den Freistaat der allerschwerste Schlag. Angesichts des bürgerlichen Geschreis über die angebliche Ermordung muß darauf hingewiesen werden, daß der gegen die Republikaner erhobene Vorwurf des politischen Mordes unberechtigt ist. Collins wurde überfallen und fiel, die Pistole in der Hand, wie es jeder andere freistaatliche Soldat oder Offizier unter ähnlichen Umständen im Kriegsgebiet zu gewärtigen haben müßte. Man kann nicht der Führer einer Armee sein, die in einem Vernichtungsfeldzug gegen die Republikaner begriffen ist, und sich im Kriegsgebiet aufhalten, uniformiert, bewaffnet, von Offizieren, Soldaten, Panzerautos umgeben, und dabei erwarten, von allen Angriffen verschont zu werden. Collins fiel als der Führer der Armee, während er ihre Aktionen leitete, und nicht, weil er zufällig auch an der Spitze der Regierung stand. Der „Manchester Guardian“

vom 24. August erklärt: „Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Irregulären, als sie den Zug attackierten, gar nicht wußten, daß der Oberstkommandierende (Collins) bei dem General Dalton war, den anzugreifen sie sich natürlich für berechtigt hielten. Aber selbst wenn sie von seiner Anwesenheit Kenntnis gehabt hätten, wären sie vom militärischen Gesichtspunkt aus berechtigt gewesen, einen Armeeführer anzugreifen, der seine Truppen in ihren Kampfstellungen aufsucht, um sie anzufeuern.“

Friedensbemühungen.

Während der Kämpfe wurden verschiedene Versuche unternommen, den Frieden zwischen den feindlichen Lagern wiederherzustellen. Die Vermittler waren einzelne Mitglieder der Freistaatspartei; dann eine Organisation, die sich in Cork unter dem Namen der „Citizens Rights Association“ gebildet hatte und die aus vertragsfreundlichen und vertragsgegnerischen Deputierten und Mitgliedern der Labour Organisationen bestand; weiter die Labour-Party und Handels- und andere öffentliche Organisationen. Was sie zuwege brachten, waren nur fruchtlose Konferenzen, Deputationen und umfangreiche Korrespondenzen mit den Ministerien. Die Regierung verhartete bei ihrer Auffassung, daß der Friede nur durch den Sieg der Freistaatsarmee erreicht werden könne. Die den Republikanern gestellte Waffenstillstandsbedingung war die Herausgabe aller Waffen, Munition usw.; eine Forderung, die die Republikaner naturgemäß nicht akzeptieren konnten. Nach einem Protest gegen die Weigerung der Regierung, den Dail zu einer Tagung zu berufen, forderte die Labour-Party zu einer Deputiertenkonferenz nach Dublin auf, wo die gegenwärtige Lage besprochen und eine Friedensgrundlage gesucht werden sollte. Das Resultat war ein völliges Fiasko, da nicht einmal die eigenen Deputierten der Partei vollzählig erschienen und von den anderen Parteien überhaupt niemand kam. Im allgemeinen hat die Labour-Party sich während des ganzen Kampfes äußerst feige benommen. Als noch Friede war und für sie keine Gefahr bestand, da veranlaßten die Führer der Nationalexecutive den 24stündigen Streik (Aussperrung!) als Protest gegen den Militarismus; während des ganzen Kampfes aber, als der Bürgerkrieg das Land ruinierte und der Freistaatmilitarismus immer mehr die Oberhand gewann, da hatten sie nicht den Mut, auch nur zu einem ein-

stündigen Proteststreik aufzurufen, von ernsthafteren Schriften, dem Konflikt ein Ende zu bereiten, ganz zu schweigen. Die Labour-Party erklärte sich für neutral, und sie spiegelte damit vielleicht die Durchschnittsauffassung der Arbeitermassen und der allgemeinen Öffentlichkeit in Irland wieder. Es ist ihnen ganz gleichgültig, welches der beiden Lager den Sieg davonträgt. Aktive Unterstützung findet die Regierung bei der Bourgeoisie. Die Labour-Party unterstützt sie nur durch ihre Apathie, sonst nicht. Die Massen haben gegen den Gedanken, der Regierung zu helfen, noch immer ihren traditionellen Widerwillen. Sogar Johnson fürchtet, wie seine angeführte Rede zeigt, daß große Teile der Massen den kämpfenden Republikanern mehr als bloße Sympathie entgegenbringen. Im allgemeinen aber dürfte der „Round Table“ die Lage ziemlich richtig schildern, wenn er (in seiner Juliausgabe auf Seite 509) sagt: „Die robusteren, überzeugungstreuen Elemente in den politischen Gruppierungen Irlands sind naturgemäß vom Extremismus angezogen worden. Die Regierung wendet sich an den Durchschnittsirenen. Dieser hat aber ein angeborenes Vorurteil gegen die Regierung, für die er jetzt Gefahren auf sich nehmen soll, wenn notwendig, den Bürgerkrieg. Um sich herum sieht er die schwarzgebrannten Ruinen und bitteren Hinterlassenschaften der irregulären Kämpfe der verflorenen drei Jahre. Was immer seine Meinung sein mag, sein Instinkt weist ihm den Weg der Neutralität in der Aktion. Die wetteifernde Umschmeichelung durch die „Black and Tans“ und die „Gunmen“ bestärken ihn in seinen alten Überzeugungen von der Klugheit beiseite zu stehen und denen die Verantwortlichkeit zu überlassen, die sie auf sich zu nehmen bereit waren. Er ist genügend kriegsmüde, um auf den Frieden zu hoffen. Aber diese Kriegsüberdrüssigkeit an sich läßt ihn keinen weiteren Schritt tun. Und ist denn schließlich die Wahl so leicht? Die Opposition erhebt die Forderung der nationalen Freiheit, die einen guten Klang hat. Der Patriotismus ihrer Führer ist unbestreitbar. Sie sind uneigennützig, entschlossen, persönlich furchtlos. Die Propheten der nationalen Sache für im Irrtum befangen halten, das ist eine Sache, aber es ist eine andere, sich zu gürteln, um gegen sie zu Felde zu ziehen.“

Die gegenwärtige Lage.

Nach fünf Vertagungen erfolgte endlich die Eröffnung des Dail am 9. September. Aus

den Berichten geht hervor, daß die republikanische Opposition nicht an der Tagung teilnahm. Die Regierung verweigerte ihnen das freie Geleit. Das alte Kabinett, mit einigen Offizieren, wurde wiedergewählt. Berichte über andere Arbeiten der Tagung sind nicht zur Hand. Der Verlauf des ersten Sitzungstages scheint darauf hinzudeuten, daß die Kriegspolitik der Regierung auf eine sehr heftige Opposition der Labourgruppe — die es ablehnten, für die Wahl des Präsidenten zu stimmen — stoßen wird, dazu auf die einiger unabhängiger Abgeordneten. Der Dail tagt in einem Lande, das sich in einem nahezu chaotischen Zustande befindet, und dessen Regierung sich kaum zu halten vermag. Die Republikaner haben das Land fast überall praktisch unpassierbar gemacht. Die Verbindungen sind schlecht, das Geschäftsleben stockt zum guten Teil, die Arbeitslosigkeit nimmt notwendigerweise zu. Collins stellte fest, daß der Bürgerkrieg Irland, das eines der wenigen solventen Länder Europas war, an den Rand des Bankrotts gebracht hat. Die gesamten, in diesem Feldzug verbrauchten Gelder wurden aus der englischen Staatskasse entliehen. Die dafür an England abzuführenden jährlichen Zinsen werden bald größer sein als die Steuern, die England früher aus Irland erhielt. Sehr bald werden die Engländer sich die Frage vorlegen, ob es nicht billiger gewesen wäre, wenn man es beim alten Regime belassen hätte, als daß man nun Millionen über Millionen in die Kriegeskasse des Freistaates steckt, die wieder zu erhalten man schwerlich hoffen darf. Es ist sicher, daß mit dem Näherücken des Dezembers einflußreiche Kreise der britischen Bourgeoisie immer energischer auf die Liquidierung des Freistaates und die erneute Besetzung Irlands hinwirken werden, unter dem technischen Vorwande, daß die in dem Vertrag vorgesehene Inkraftsetzung der Verfassung bis zum 6. Dezember nicht erfolge. Im Hinblick hierauf werden die Republikaner ihr möglichstes tun, um die Aktionen des Freistaates zu lähmen.

Das Resultat dieses Kampfes könnte sein:

1. eine so weit gehende Schwächung beider Lager, daß die Freistaatler sich zu Zugeständnissen bequemen und andererseits De Valera und die republikanischen Politiker sich von der militärischen Aktion der politischen und ihren Einigungsbestrebungen wieder zuwenden. Je länger der Kampf währt, ohne daß er zu irgend

einem entscheidenden Resultat führt, um so geneigter wird De Valera „im Interesse der Rettung des Landes“ zur Verständigung mit dem Freistaat sein.

2. Die Unfähigkeit der Freistaatler, die Situation zu meistern, so daß die Engländer wieder zur Besetzung des Landes schreiten, was die Liquidierung des Freistaates und die Wiederaufnahme des Krieges gegen die Republikaner bedeuten würde. Das würde schließlich wieder zu Verhandlungen zwischen den Republikanern und den Engländern führen, die möglicherweise auf der Grundlage von De Valeras als Dokument Nr. 2 bekannten Gegenvorschlag zum Vertrag begonnen werden könnten.
3. Die Weiterentwicklung eines genügend starken Teiles der Republikaner in eine kommunistische Richtung im Verlaufe des Kampfes und dessen Umschlagen in einen unmittelbaren Klassenkampf gegen den Freistaat mit anderen Methoden und anderer Taktik.
4. Der Zusammenbruch der Republikaner, der Übergang der Reste dieser Bewegung in die Kommunistische Partei; eine vorläufige Unterbrechung und später die Wiederaufnahme des Kampfes in anderer Form.
5. Als Alternative zu 4 die Entwicklung einer neuen republikanischen Partei oder republikanischen Arbeiterpartei, die in starkem Maße unter dem Einfluß kommunistischen Denkens stände.

Zwei Dinge sind zu beachten: Es ist für die Freistaatler nicht möglich, die I. R. A. oder ihre Bewegung völlig zu vernichten; und zweitens ist die Errichtung einer kraftvollen, alle ihre Widersacher in Schach haltenden Freistaatsregierung zurzeit eine Unmöglichkeit.

Anhang I.

Der Gewerkschaftskongreß.

Am 9. August sagte auf dem irischen Gewerkschaftskongreß bei der Besprechung des Berichts der Nationalexecutive der Vertreter des irischen Nationalverbandes der Lehrer, Ereathnach, daß der Bericht der Exekutive mit Bezug auf die Provisorische Regierung die Tendenz enthalte, über ihre militärischen Aktionen hinwegzusehen; daß dagegen eine gleiche Tendenz, wo es sich um Republikaner handele, nicht bestehe. Er machte den Vor-

schlag, den „Arbeiterschaft und republikanische Kriegspolitik“ überschriebenen Artikel zu streichen. In diesem Artikel wurden nicht nur die politischen Bestrebungen der Republikaner als unvernünftig bezeichnet, sondern auch ihre Methoden der Kriegführung der heftigsten Kritik unterzogen. Bei der Abstimmung stimmten 34 dafür, 91 dagegen. So der Bericht des „Manchester Guardian“; der offizielle Bericht mit dem Text des angeführten Artikels usw. ist nicht zur Hand. Weitere Opposition kam von dem kommunistischen Vertreter, Walter Carpenter, bei der Vertragsfrage, und hier sah sich die Exekutive gezwungen, eine Resolution vorzuschlagen, die die Einberufung des Dail forderte, um dem Bruderkrieg ein Ende zu bereiten, und die im Falle des Nichtzusammentritts des Dail bis zum 26. die Labourabgeordneten zur Niederlegung ihre Mandate verpflichtete. Der Dail trat bis zum 26. nicht zusammen; aber da die letzte Vertagung offiziell mit dem Tode Collins motiviert wurde, benutzte die Labour-Party diese Entschuldigung, um ihre Nichtbeachtung der auf dem Kongreß beschlossenen Resolution zu rechtfertigen. Betont zu werden verdient, daß, solange die republikanischen Methoden der Kriegführung sich gegen die Engländer richteten, mit nicht weniger Gefahr für die Zivilbevölkerung als jetzt, die Labour-Party eine viel striktere Neutralität bewahrt hat, indem sie schwieg und kein Wort des Tadels für sie hatte. Das war allerdings damals, als die republikanische Bewegung allmächtig war. Sie hat auch keinerlei Proteste erhoben gegen die freistaatlichen Methoden der Kriegführung, gegen die Bombardierung öffentlicher Gebäude, die Brandstiftungen, die Ermordung eines Volksvertreters, Harry Boland, die Internierung von Gefangenen ohne Prozeß usw.

Anhang II.

Die Haltung der Kommunisten.

Die Irische Kommunistische Partei wurde im Oktober 1921 gegründet. Seit dem September beherrschten die Kommunisten indessen die sozialistische Partei. Am 8. Oktober wurde von R. Connolly das Organ der Socialist Party, „The Worker's Republic“ gegründet. Seitdem ist dies das Organ der Nationalexekutive der Partei geworden. Der Herausgeber blieb derselbe. Von ihrer ersten Ausgabe an warnte die Zeitung die Republikaner vor den Gefahren des Kompromisses

mit den Engländern und den Freistaatlern. Nach Bekanntwerden des Vertrages war die „Worker's Republic“ die einzige Zeitung, die aufrichtig und entschieden gegen den Vertrag Stellung nahm. Durch ihre Haltung erwarb sich die K. P. große Sympathien. Mehrere Wochen später schuf sich die Republikanische Partei auf Drängen der „Worker's Republic“ ein Organ: „The Republic of Ireland“. Die Haltung der „Worker's Republic“ gegenüber den Republikanern war eine zweifache; erstens versuchte sie die republikanische Opposition gegen den Vertrag anzufeuern; und sie wurde nicht müde, die Schwächen ihres Vorgehens und ihrer Taktik zu kritisieren. Zweitens forderte sie die Arbeiter zur Unterstützung der Republikaner und zur Ablehnung des Vertrages auf. Gleichzeitig zeigte sie den Republikanern, daß sie nur dann auf die Hilfe der Massen rechnen können, wenn sie sich für ein Programm erklären, das die sozialen Nöte und Forderungen der Arbeiter und Bauern befriedigt, und wenn sie sich endgültig über die Form der Republik aussprechen, die sie erstreben. Indem sie so die Republikaner unterstützte und gleichzeitig mit schneidender Schärfe ihre Unzulänglichkeit kritisierte, schuf sich die K. P. Irlands viele Sympathien in der I. R. A. Das Organ der K. P. unterschied stets zwischen der meist aus bürgerlichen Politikern zusammengesetzten republikanischen Partei und der fast ausschließlich aus Proletariern bestehenden I. R. A.; indem sie unaufhörlich die Schwächen der ersten aufdeckte, bemühte sie sich, die I. R. A. zu entscheidenden Aktionen anzutreiben. Sie wies nach, wie verderblich die Koalition für die Republikaner sein würde; als aber die Katastrophe eingetreten war, gefolgt von dem Angriff des Freistaates auf die I. R. A., vertrat sie deren Sache mit aller Entschiedenheit und forderte die Arbeiter zum Widerstand gegen die Regierung auf. Während der ersten Phasen des Kampfes in Dublin war sie am Erscheinen verhindert; aber unmittelbar danach wurde sie, da sie es ablehnte, sich der freistaatlichen Zensur zu unterwerfen, in London gedruckt und auf den verschiedensten Wegen nach Irland eingeführt. In ihrer ersten Nummer nach ihrem zeitweiligen Nichterscheinen legte sie ihre Stellung den Republikanern und dem gegenwärtigen Kampf gegenüber klar. Ihre Politik entspricht dem Manifest der K. I. an die Arbeiter und Bauern Englands und Irlands, das sie in ihrer letzten Ausgabe vor der Unter-

drückung veröffentlicht hatte. Die Kommunisten unterstützten die kämpfenden Republikaner als die einzig objektiv revolutionäre Bewegung im Lande. Sie sind bestrebt, indem sie einerseits versuchen, ihnen die Kräfte der organisierten Arbeiter zuzuführen und andererseits, die Republikaner zur Annahme eines sozialen revolutionären Programmes zu veranlassen, sie zu einer subjektiv revolutionären Macht unter kommunistischer Führung zu machen. Als eine Alternative würden sie die Errichtung einer neuen republikanischen Partei oder republikanischen Arbeiterpartei begrüßen, wie dies im Leitartikel vom 29. Juni ausgeführt wurde. Im ganzen hat diese Politik sich als erfolgreich erwiesen und der Partei sogar einige der besten Führer der I. R. A. zugeführt. Wir sagen ihnen: wenn ihr den Kampf gewinnen wollt, dürft ihr ihn nicht als ausschließlich militärischen führen; denn in diesem Falle würde der Freistaat euch früher oder später vernichten. Ihr müßt die Basis des Kampfes erweitern, ihr müßt Euch bemühen, alle Faktoren der sozialen, ökonomischen und politischen Unzufriedenheit auf Eure Seite zu ziehen und den Kampf kombiniert führen, auf ökonomischem, industriellem, politischem sowohl als auch militärischem Gebiet. Ihr müßt die Vereinigung aller revolutionären Kräfte anstreben unter einem Programm, das den Bedürfnissen der Massen nach einem entscheidenden Kampf gegen den Freistaat Rechnung trägt.

Das folgende sind Auszüge aus dem Leitartikel vom 22. Juli, überschrieben: „Gewinnt den Krieg!“ „ . . . Vor der kommunistischen Partei stehen zwei Aufgaben. Erstens muß sie ihre eigenen Kräfte intakt halten, ihre Macht und ihren Einfluß steigern, und sich auf alle Möglichkeiten vorbereiten; sie muß tun, was in ihren Kräften steht, um den Kampf der Republikaner gegen den Freistaat in jeder Weise zu unterstützen. Sie muß ihnen zeigen, wie sie ihren Kampf siegreich führen und die Massen der Arbeiter und Bauern auf ihre Seite bringen können, und daß nur die Hilfe dieser Massen ihnen den Erfolg sichern kann.“ . . .

Nun zu unserer zweiten Aufgabe, die wir erfüllen müssen, wenn wir Kommunisten sind. James Conolly, der echtteste Revolutionär, den die irische Arbeiterklasse hervorgebracht hat, hat sie wie folgt zusammengefaßt:

„der wahre Revolutionär muß immer danach trachten, in seinen Aktionen die Gesamtheit der Kräfte und Faktoren der politischen

und sozialen Unzufriedenheit auf seiner Seite zu haben.“

Republikaner! Vergeßt diese Worte nie, wenn ihr gewinnen wollt! Republikaner! Schafft Euch ein Programm, dem diese Worte zugrunde liegen. Vergeßt nicht: „und soziale Unzufriedenheit.“ Laßt Ihr das außer acht, dann werdet Ihr elend Schiffbruch erleiden, wenn ihr es beachtet, werdet Ihr gewinnen und die Freistaatler vernichten. Ihr werdet den britischen Imperialismus verjagen und eine wirkliche und wahre irische Republik errichten. Das ist es, Genossen, was wir zu tun bestrebt sein müssen. Wir müssen es den Republikanern klar machen, daß die zentralisierte Militärmaschine des kapitalistischen Staates sie in wenigen Monaten zerschmettert haben wird, wenn sie sich auf die Führung eines rein militärischen Kampfes beschränken. In einem militärischen Ringen gewinnt, wer das Zentrum des Landes und den zentralen Regierungsapparat in seinen Händen hält, wer über die größeren Mengen an Stahl und Eisen und Explosivstoffen verfügt. Und in diesem Kampf wird der von dem britischen imperialistischen Staat gestützte Freistaat leicht den Sieg davongetragen, wenn er ein rein militärischer Kampf bleibt. Wir müssen die Basis des Krieges erweitern — von einem rein militärischen zu einem militärischen und sozialen Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Freistaat. Die Republikaner müssen begreifen, daß den Freistaatlern die Niederlage sicher ist, wenn in diesem Kampf die Arbeiter und kleinen Bauern auf ihrer Seite sind. Bleiben diese dagegen kalt und gleichgültig oder neigen sie mit ihren Sympathien den Freistaatlern zu, so ist über die republikanische Bewegung das Urteil gesprochen. . . . Hier liegt die Schwierigkeit des Problems: Seid Ihr imstande, die arbeitenden Massen auf Eure Seite zu ziehen, so daß sie den Transport von Truppen oder Munition gegen die republikanischen Streitkräfte ablehnen und dem Freistaat die Unterstützung verweigern, daß sie den Streik proklamieren, so lange, bis die Freistaatler ab danken oder die Waffen strecken? Wenn Ihr das könnt, dann werdet Ihr siegen. Gelingt es aber dem Freistaat, die Massen in Gleichgültigkeit zu erhalten gegenüber dem Kampf oder sie mit Versprechungen der Verbesserung ihrer Lage für den Fall des freistaatlichen Sieges zu ködern, dann werden die Freistaatler gewinnen. Was kann die Massen zur Unterstützung der Republikaner veranlassen? Im

Augenblick können sie keinen Vorteil in dem Eintreten für die Republikaner erkennen. Ja, der Freistaat bietet ihnen sogar mehr an ökonomischen und sozialen Vorteilen und es scheint, als ob die Labour-Party, die Vertreterin dieser Massen, ihre Rettung eher in dem Freistaat sieht als in der Republik. Wenn ihr den Massen zeigen könnt, daß die irische Republik ihnen entschiedene und konkrete Verbesserungen in ihrem ökonomischen und sozialen Leben bringen wird, dann werden sie erkennen, daß die Republik es verdient, daß man für sie kämpft; aber es müssen wirkliche Vorteile sein.

Erklärt mutig und entschieden:

Unter der Herrschaft der Republik wird die gesamte Industrie der Kontrolle des Staates unterstellt zum Nutzen der Arbeiter und der Bauern.

Alle Transportmittel — Eisenbahnen, Kanäle usw. — werden dem Staat gehören, dem republikanischen Staat, zum Besten der Arbeiter und der Bauern.

Alle Banken werden der Verwaltung des Staates unterstellt zum Besten der Industrie und der Landwirtschaft und nicht zum Zwecke des Profitmachens durch Kredite, Pfänder usw.

Das Land des Adels — der in London ein Luxusleben führt und von dort aus den Freistaat unterstützt — wird mit Beschlag belegt, und unter die aufgeteilt, die es zum Besten der Nation bearbeiten können, unter die landlosen Bauern, die arbeitenden Bauern, die Kleinbauern. Komitees dieser Klassen nehmen die Verteilung des Landes vor und entscheiden, wie das beschlagnahmte Land zu bearbeiten ist.

Das sind die Hauptpunkte eines sozialen Programms, das den Republikanern neue Kräfte zuführen könnte. Die Ausarbeitung des Programmes in seinen Einzelheiten kann die Aufgabe einer Vertreterversammlung aller republikanischen Faktoren sein. Es muß solche Forderungen enthalten, die die Arbeiter veranlassen können, den neuen republikanischen Staat zu verteidigen, der ihnen den Achtstundentag, — die 48stündige Arbeitswoche

— die Bereitstellung aller öffentlichen Einrichtungen zur freien Benutzung der Arbeiter, die Streichung aller Pfand- und Schuldverpflichtungen gegenüber Banken, Privatgesellschaften usw., die Lösung des Wohnungsproblems auf dem Wege eines Rationierungsplans, die allgemeine Bewaffnung der Arbeiter und anderes mehr.

All dies wurde am 2. September in dem gleichen Blatte wie folgt zusammengefaßt:

Was die Republik sein muß!

1. Besitzergreifung und Kontrolle sämtlicher Schwerindustrien durch den Staat zum Besten des gesamten Volkes.
2. Völlige Besitzergreifung des Transportsystems durch den Staat (Eisenbahnen, Kanäle, Schifffahrt usw.).
3. Staatlicher Besitz aller Banken.
4. Entschädigungslose Konfiskation aller großen Güter des Grundadels und die Aufteilung des Bodens unter die landlosen Bauern und Landarbeiter. Die Wahl von Räten aus Vertretern beider Klassen zur Verteilung und Verwaltung des Landes. Aufhebung aller Formen der Pacht- und Schuldverpflichtungen Privaten und dem Staat gegenüber, Streichung aller Schuld- und Pfandverpflichtungen.
5. Festsetzung des allgemeinen 8stündigen Arbeitstages.
6. Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen in Fabriken und Werkstätten liegt in den Händen eines Rates, der sich zusammensetzt aus den Arbeitern, den beteiligten Gewerkschaften und dem Staat.
7. Kommunalisierung aller öffentlichen Einrichtungen, Straßenbahnen, Beleuchtung, Heizung, Wasser usw., freie Benutzung für die Arbeiter.
8. Zwangsweise Rationierung aller vorhandenen Wohngelegenheiten, Beseitigung aller Mietseinkommen.
9. Volle Bezahlung aller Arbeitslosen zu vollen Gewerkschafts-Lohnsätzen.
10. Allgemeine Bewaffnung aller Arbeiter in Stadt und Land zur Verteidigung ihrer Rechte.

R. Conolly.

Der Fascismus.

Um die eigenartige, unter dem Namen Fascismus bekannte Erscheinung zu verstehen, muß man sich folgende Tatsachen vor Augen führen:

1. daß Italien sich stets durch eine Überproduktion an Intelligenz des kleinbürgerlichen Typus auszeichnete, die in den verschiedensten Epochen reiches Material für die politischen Bewegungen der verschiedenen Richtungen lieferte;
2. daß diese Intelligenz gerade der ideologische Träger des Interventionismus, d. h. der Beteiligung Italiens am Kriege war, und der imperialistischen Großbourgeoisie als Werkzeug diente;
3. daß gerade in der Frage über die Beteiligung Italiens am Kriege die intelligente Masse sich von den Sozialisten lossagte, die die ganze Zeit gegen den Interventionismus kämpften;
4. daß in der Nachkriegsperiode der revolutionäre Aufschwung nahe an die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat herankam und die Existenz der Bourgeoisie in Frage stellte;
5. schließlich, daß es in Italien niemals eine starke Staatsmacht gab und die Autorität des Staates äußerst schwach ist.

Die ersten Versuche, Kampfgruppen (Fasci di combattimento) zu organisieren, waren die Reaktion der Industrie- und Agrarbourgeoisie auf die Besetzung der Fabriken und der Beschlagnahme der Ländereien durch die Arbeiter in Oberitalien. Gegen den Sozialismus hieß natürlich ihre Parole, mit der sie an die Gesellschaftsgruppen appellierte, die den Krieg gemacht, seine Lasten ertragen und dank ihm den ehrenvollen Namen „Retter des Vaterlandes“ erworben hatten, d. h. sie wandte sich an die intelligente (und halbintelligente) Jugend, die am Krieg teilgenommen hatte, den Sozialismus wegen seiner ablehnenden Stellung zum Kriege haßte und nach dem Kriege, nach allen den militärischen Heldentaten, Auszeichnungen, Orden und glänzenden Uniformen sich in die traurige Lage versetzt sah, in die früheren Büros, Kanzleien u. s. w. zurückzukehren oder überhaupt keine Arbeit zu finden. Unter diesen Elementen wurden nun die ersten Fasci angeworben, die ein buntes Gemisch von Bourgeoisiesöhnchen, patriotischen Fanatikern, arbeitslosen Offizieren und verkommenen Ele-

menten der bürgerlichen Gesellschaft, darstellten, den sogenannten malavita, die es in den großen Städten Italiens im Überfluß gibt, Eins war zweifellos: sie alle vereinigte ein aufrichtiger Haß gegen die Sozialisten, diese Feinde des Vaterlandes, und die sie unterstützenden Arbeiter und Tagelöhner.

Ursprünglich beschränkten sich diese Gruppen auf kleine Aktionen, Überfälle auf einzelne Arbeiter oder sozialistische und kommunistische Funktionäre. Allmählich gingen sie zu sogenannten Strafexpeditionen über. Auf Lastautomobilen, die ihnen von der Bourgeoisie, nicht selten auch von den Militärbehörden zur Verfügung gestellt wurden, fielen sie in Gruppen von 50, 100 und manchmal auch mehr Fascisten über kleine Städte, Fabrikvororte und Dörfer her, brannten die Gebäude der kommunistischen und sozialistischen Organisationen, Genossenschaften, Arbeitsbörsen wie auch Privatwohnungen von Führern der Arbeiterbewegung nieder und peitschten die ihnen verhaßten Funktionäre aus, ohne manchmal selbst vor einem Mord zurückzuschrecken.

Einen starken Antrieb erhielt diese Bewegung durch den Eintritt Giolittis in Ministerium. Dieser völlig prinzipienlose Politikant, bereit, sich mit jedem Beliebigen und gegen jeden Beliebigen zu vereinigen, nur um zu herrschen, wollte den Fascismus für seine Interessen ausnutzen: mit einem Schlage die revolutionäre Bewegung des Proletariats vernichten und gleichzeitig die Opportunisten durch Terror zwingen, die revolutionären Methoden zu verurteilen und sich in die Arme der Regierung, d. h. der Bourgeoisie zu werfen — wie dies nach 1905 in Rußland der Fall war — und den Klassenkampf in Klassengemeinschaft verwandeln. — das Ideal jedes politischen Pfuschers.

Und tatsächlich standen den Fascisten unter der Regierung Giolittis nicht nur große Geldmittel, die ihnen von den Banken und Industrieverbänden ausgezahlt wurden, zur Verfügung, sondern auch Waffen, Kleider, Stiefel u. a. aus den Militärdepots. Die Mehrzahl der Offiziersjugend schloß sich dieser Bewegung an. Besonders das Carabinierkorps (Gendarmen) und die neu gebildete Königsgarde (Polizeitruppen gegen den „inneren Feind“) erhielten ein ausgesuchtes Schwarzhundert-Offizierstum.

Opfer des Fascismus.

(Aus der erschütternden Zusammenstellung über die zahllosen Opfer des weißen Terrors in Italien.)



Ricci Alfredo
(17 Jahre alt),
ermordet am 31. Mai 1921 in
Piacenza.



Pilati Giuseppina
(5 Jahre alt),
ermordet am 6. April 1921 in
Ca' de' Fabri (Minerbio).



Kommunist
Ghinaglia Ferruccio,
ermordet am 21. April 1921 in Pavia.



Ferri Mario,
ermordet am 25. September 1921 in
Pilastrì (Bondeno).

Opfer des Fascismus.

(Aus der erschütternden Zusammenstellung über die zahllosen Opfer des weißen Terrors in Italien.)



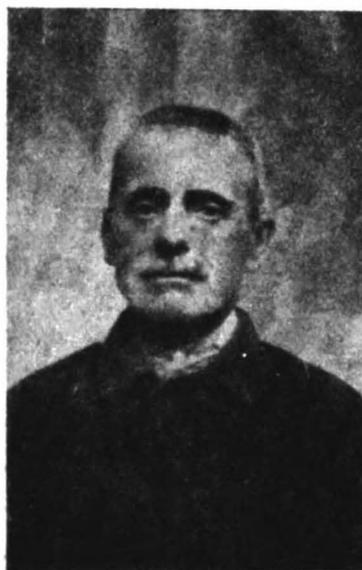
Monchietti Maria,
ermordet am 22. März 1921 in
Ceretto Lomellina.



Marchiori Mansereto,
ermordet am 4. November 1921
in Bottrighe.



Annovazzi Ernesto,
ermordet in Milano.



Crepoldi Antonio,
ermordet im Oktober 1921 in
Mazzorno (Taglio Po).

Doch wie geschickt und scharfsinnig der Greis Giolitti auch ist, die Geschichte betrog er nicht. Denn die fascistische Bewegung ist nicht nur ein abenteuerliches Unternehmen, wie viele ähnliche Unternehmen der Nachkriegszeit, sondern eine neue Form des Klassenkampfes, sozusagen des außerstaatlichen Kampfes. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft verzichtete die Staatsmacht auf ihre Rolle des Beschützers der öffentlichen Ordnung, indem sie diese Aufgabe schweigend einer der politischen Parteien überließ. Und tatsächlich sind die Führer des Fascismus und besonders Mussolini, dem man das Verständnis, den Augenblick richtig einzuschätzen und auszunutzen, nicht absprechen kann, schon so weit gekommen, daß sie von sich wie von einem „fascistischen Staat“ sprechen, Regeln der Organisation und Disziplin der fascistischen Miliz veröffentlichen, Befehle herausgeben, die die bestehenden Gesetze often verletzen, und sie in die Tat umsetzen, wobei sie es der sogenannten „gesetzlichen“ Regierung überlassen, sie nachträglich zu sanktionieren, und durch Rechtsverdrehungen für sie gesetzliche Motive zu suchen. Die Fascisten als Leute der Tat interessiert diese Seite nicht.

In den letzten Monaten haben die Fascisten Italien „erobert“: sie zertrümmerten die Arbeiterorganisationen — politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche —, sie zwangen die streikenden Arbeiter oder sabotierenden Bauern mit den Besitzern eine Verständigung einzugehen, wobei sie auf die einen wie die anderen einen Druck ausübten, durch ihre Verfolgungen und Friedensversprechungen eine Anzahl sozialistischer und kommunistischer Verbände zwangen, geschlossen in die Fasci einzutreten, und da diesen von keiner Seite Unterstützung zu teil wurde, folgten sie ihnen. Im ganzen Norden und Zentrum Italiens trieben sie die sozialistischen und kommunistischen Stadtverwaltungen auseinander und verboten vielen ihrer Mitglieder wie auch vielen Deputierten des Parlaments den Zutritt zu ihren Heimatsstädten. Doch sie beschränken sich nicht auf die Verfolgungen der Kommunisten und Sozialisten, sondern verfolgen auch die katholische Partei (Popolari), die Republikaner, Demokraten und selbst . . . Minister. So verboten sie erst kürzlich einigen Mitgliedern des Ministeriums, in ihren Wahlkreisen aufzutreten. Und sie gehorchten. Die Fascisten haben die ganze Bevölkerung Italiens in drei Gruppen geteilt:

die erste, — die Neutralen, sie haben zu Hause zu sitzen und sich nicht zu mucksen, die zweite, — die Sympathisierenden, diese müssen aktiv am Kampf teilnehmen, die dritte Gruppe, — die Gegner, diese haben keine Rechte und unterliegen der Verfolgung.

Liegt in allem diesen nicht etwas, was an den Bolschewismus, besonders in der zuge-spitztesten revolutionären Periode erinnert? Und tatsächlich, der Fascismus und der Bolschewismus haben gemeinsame Kampfmethoden. Beiden ist es gleichgültig, ob die eine oder andere Handlung gesetzlich oder ungesetzlich, demokratisch oder nicht demokratisch, gerecht oder ungerecht ist. Sie gehen auf ihr Ziel los, treten Gesetze mit Füßen, reißen Scheidewände nieder und unterordnen alles ihrer Aufgabe. Hieraus folgt natürlich nicht, daß der Fascismus unsere Methoden einfach nachahmt. Zweifellos schweben viele von den russischen Bolschewiki eingeführte Neuerungen wie Bakterien in der Luft und werden unwillkürlich von den schlimmsten Feinden Rußlands nachgeahmt. Doch die Hauptsache ist, daß die Methoden durch die ganze Lage, durch die politische Notwendigkeit bestimmt werden. Solange die von der Polizei, den Gerichten und Gefängnissen gestützten bürgerlichen Gesetze genügten, um die Arbeiter und Bauern im Zaum zu halten, war die Bourgeoisie die erste Beschützerin der „Legalität“. Doch der Krieg hat es dem „Volk“ abgewöhnt, sich zu fürchten. Andererseits hat er dasselbe Volk an die Waffe und an das Bewußtsein seiner Macht gewöhnt. Das Gesetz hörte auf, ein schrecklicher Buchstabe zu sein. Die Menge lernte, die Gefängnisse zu zerstören und die Polizei zu beschießen. Und wenn die alte angestammte Bourgeoisie — aus der Erwägung heraus, „die Massen zu erziehen“ — fortfährt, die Heiligkeit des Gesetzes zu betonen, werfen ihre aktiven Kampfelemente die Maske ab und gehen offen zu revolutionären, antilegalen Methoden über. Darum auch spendet die europäische Kapitalistenpresse den Fascisten Beifall, wenn diese Kommunisten töten und Arbeitsbörsen niederbrennen, sie ist aber aufgebracht, wenn derselbe Mussolini sich über das Parlament lustig macht, mit seinem Republikanertum prahlt und sich in das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital mischt . . . nicht immer zugunsten des letzteren.

Die Furcht der Väter des Kapitalismus, die Demagogie der Fascisten könnte zu weit gehen und sich aus einer Waffe der Bourgeoisie in

eine Kampfeswaffe gegen die Bourgeoisie verwandeln, ist völlig begründet. Denn der Fascismus wächst schon über den Rahmen seiner Klassenaufgaben als Organisation, die die Interessen des Kapitals gegen die Diktatur des Kapitals beschützt, hinaus. In dem Maße, wie der Fascismus sich verbreitert, indem er immer neue Elemente in sich aufsaugt, von denen er die einen — wie die Arbeiter und Bauern — mit Gewalt in seine Reihen preßt, die anderen wie jede erfolgversprechende Bewegung anzieht, ändert sich seine soziale Zusammensetzung und gestaltet sich beständig und unmerkbar um. Aus einer Organisation der Großbourgeoisie, die die Söldner für die „Besänftigung“ der Tagelöhner und Arbeiter bezahlt, verwandelt sich die Partei der Fascisten nach und nach in eine demokratische Massenorganisation, die ähnlich wie die gelben Syndikate u. a. den Kapitalisten Vorspanndienste leistet. Denn jedem Marxisten ist es klar, daß die demokratischen Tendenzen der kleinbürgerlichen fascistischen Masse früher oder später unter der kapitalistischen Ideologie, in deren Zeichen die ganze fascistische Bewegung steht, hervorbekommen werden und daß diese Masse gegen ihre Herren und Geldgeber rebellieren werden. Schon jetzt läßt sich die Linie erkennen, auf der die einige national-fascistische Partei einen Riß bekommen wird. Während Mussolini in seiner Rede in Udine, die viel Aufsehen erregte, eine Theorie der „Helden“ entwickelte, die den Staat und die „Menge“, die nur zu gehorchen hat, leiten — eine Formel, die der Macht des Großkapitals am meisten entspricht — erklärte sein Mitarbeiter, der ebenfalls bekannte Fascist Dino Grandi in der „Resto del Carlino“, daß der Fascismus, der den Sozialismus vernichtet habe, alle seine sozialen Funktionen übernommen habe, und daß der Fascismus die wahre Demokratie sei, die für alle demokratischen Errungenschaften, wie das allgemeine Wahlrecht, die proportionale Vertretung der Minderheit usw. eintreten werde.

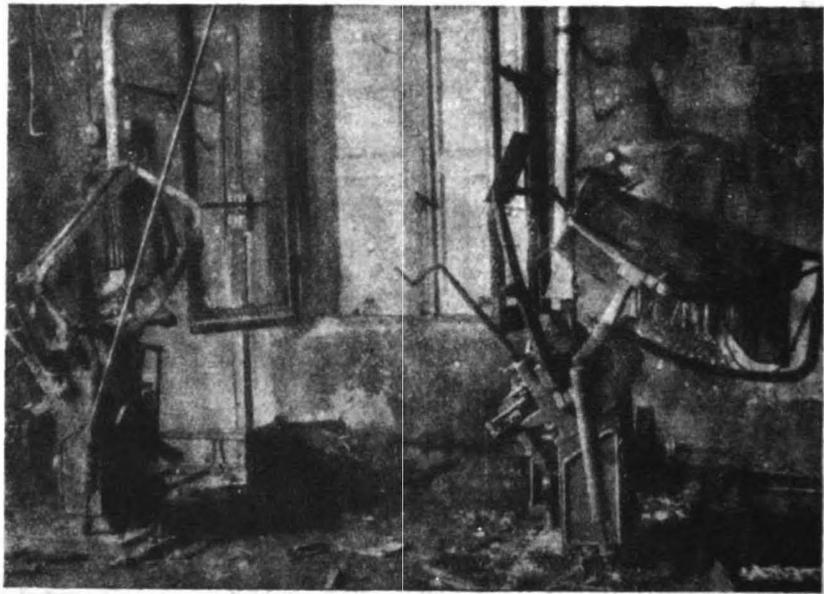
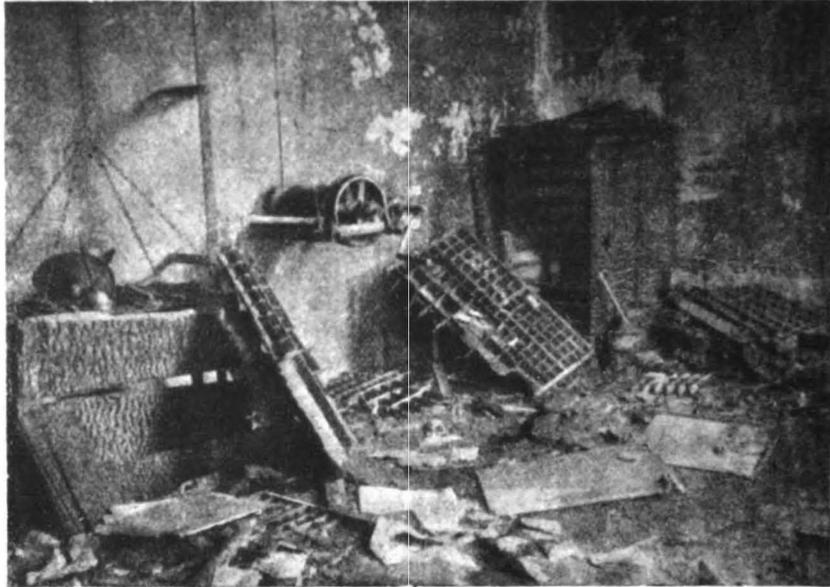
Diese demokratischen Tendenzen, die vorläufig noch einen vorwiegend demagogischen Charakter tragen, beginnen die Großbourgeoisie schon zu schrecken. Ihr Organ, die „Corriere della Sera“ äußerte sich vor kurzem sehr wehmütig über die Einmischung der Fasci in den Wirtschaftskampf und kam zu dem Schluß, daß die von den Fascisten durchgeführte „Arbeitsgemeinschaft“ sich in nichts von dem „Klassenkampf“ der Soziali-

sten unterscheidet. Und in der Tat, für die Bourgeoisie ist es kein Trost, daß sie sich Fascisten nennen und nicht Sozialisten, wenn sie durch die Drohung, die Schiffswerften Arlando in Livorno zu besetzen, die Leitung zwingen, sich mit den Arbeitern zu verständigen, oder wenn sie die Bauern auszupeitschen drohen, die über freies Land verfügen, doch den Arbeitslosen keine Verdienstmöglichkeiten geben. Vorläufig allerdings halten die fascistischen Spitzen das soziale Schaffen ihrer Organisationen noch auf, in einigen Fällen wurden Beschlüsse solcher Art schon abgeändert, doch die Linie der sozialen Widersprüche läßt sich schon erkennen.

Ohne auf die Frage einzugehen, wie sich der Fascismus in Zukunft gestalten wird, müssen wir den starken zersetzenden Einfluß vermerken, den er in alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien gemischten Bestandes hineingetragen hat. Der Fascismus ist augenblicklich eine Macht, und noch dazu die einzige Macht in Italien, und darum hat sich alles Wankelmütige, Hilflose und Zwiespältige — mit der Regierung angefangen — unterwürfig in die Arme dieser neuen Macht geworfen. Die ganze bürgerliche Presse ist jetzt fascistisch und fascistophil und nur Paese hat den Mut, gegen den Fascismus aufzutreten. Gleichzeitig hat der Fascismus eine zersetzende Wirkung auch auf Parteien wie die „Popolari“ und die Liberalen mit ihrer stark gemischten sozialen Zusammensetzung ausgeübt. In diesen beiden Parteien geht eine dumpfe Gärung, ein innerer Kampf zwischen den offen zum Fascismus drängenden kapitalistischen Elementen und den gegen den Fascismus auftretenden demokratischen Elementen vor sich. Diese Wirkung des triumphierenden Fascismus wird zweifellos noch wachsen und sich verstärken und zu einer grundlegenden Umgruppierung der Parteien nach sozial-wirtschaftlichem Symptom führen, indem sie die gemischten Organisationen, die Unternehmer und Arbeiter, Gutsbesitzer, Bauern, Intelligenzler und Pfaffen vereinigten, zerstört.

Einen anderen ebenso wichtigen Einfluß übt der Fascismus auf die breiten Massen durch seine revolutionären „bolschewistischen“ Methoden aus. Wenn der Führer der Fascisten, Mussolini, öffentlich erklärt, daß seine Partei „in der Tendenz“ republikanisch sei, daß sie jedoch bereit sei, auch einen Monarchen zu dulden, wenn dieser sich ihrem Willen füge, so kann man sich keine bessere Kritik über

Die Zerstörungswut der Fascisten.



In der Druckerei der Zeitung „La Giustizia“ in Reggio Emilia (April 1921).

Die Zerstörungswut der Fascisten.



Im Gebäude der Arbeitergenossenschaft in Zeme Lomellina (Mai 1921).



Im Lokal der kommunistischen Organisation in Turin (April 1921).

„die Heiligkeit“ der Monarchie von Gottes Gnaden wünschen. Wenn die Fascisten die Kommunisten und Sozialisten außerhalb des Gesetzes stellen und augenblicklich auch die Popolari und Republikaner, indem sie ihre Institutionen zerstören, ihre Häuser und ihr Eigentum niederbrennen, indem sie ihre politischen Gegner töten, sie auspeitschen oder aus ihren heimatlichen Provinzen vertreiben — und dies alles unter den Augen und dem stillschweigenden Einverständnis der Behörden —, so geben sie den Massen ein anschauliches Beispiel des Staatsrechts und bestätigen die alte Wahrheit des Marxismus, daß Recht, Gesetz, Gerechtigkeit usw. nichts weiter sind als der äußere Deckmantel der Macht. Mit ihrer täglichen Tätigkeit untergraben die Fascisten endgültig den letzten Glauben an den Staat, das Parlament, das Gericht, an alle die „großen Kulturerrungenschaften“ der Menschheit, die den herrschenden Klassen seit altersher als Werkzeug zu Versklavung und Verdummung des Bewußtseins der werktätigen Massen dienten.

Der Krieg hat eine starke Unordnung in den Mechanismen der kapitalistischen Evolution gebracht. Der Sklave des Kapitals, der Pro-

letarier, erhob sich, um seinen Herrn zu stürzen. Zur Bezähmung des Sklaven bewaffnete der Herr sein zahlreiches Gesinde des Kleinbürgertums. Doch das Gesinde hat sich während des Krieges an die Waffe gewöhnt und ist „dreist“ geworden. Zwar hat es die Sklaven niedergeschlagen, doch dafür will es die Waffe nicht mehr zurückgeben und selbst nicht in das Gesindezimmer zurückgehen.

Und vor dem Herrscher Kapital steht die neue Drohung in Gestalt des rebellierenden Hausgesindes. Gewiß, wenn es zwischen ihnen zum äußersten kommt, wird das Kapital den hochtrabenden Fascismus zertrümmern, doch durch seinen Sieg wird er den schon früher besiegten Gegner von gestern — das revolutionäre Proletariat auferwecken. So ebnet sich die Geschichte durch die Wirren des Bürgerkrieges und lange Kämpfe von neuem ihren Weg und stellt in reiner Gestalt die wirkliche, wahre Grundlage und den Zeiger der kapitalistischen Gesellschaft wieder her — den Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie — für den endgültigen Sieg des Kommunismus.

P. O—i.

Parteifragen.

I. Die Notwendigkeit der Kritik.

Die Illegalität der kommunistischen Organisation birgt eine gewisse Gefahr für die politische und organisatorische Tätigkeit der Partei selbst: sie zwingt, die taktischen Debatten zwischen den engen und stummen Wänden der Konspiration einzuschließen, sie zwingt, die allerwichtigsten und allerschwierigsten Fragen der Taktik im kleinen, oft sehr kleinen Kreise der Genossen zu erledigen, wobei unabhängig von diesem Kreise und gegen seinen Willen oft der „glückliche Zufall“ (die politische Polizei) eine Rolle spielen kann und entscheidet, wer im gegebenen Augenblick an der Parteiversammlung teilnehmen und somit auf diese oder andere Art auf die Beschlüsse der Partei und die Richtung der Parteipolitik Einfluß nehmen kann. In der Partei können verschiedene Strömungen bestehen: es kann in ihr der Geist des Opportunismus vorwiegen, es kann in ihr die Tendenz zur Berauschung an pseudo-revolutionären Phrasen bestehen und reifen, — und alle diese Tendenzen, im unterirdischen, illegalen Leben versteckt, können oft nicht rasch genug bemerkt werden. Die Partei, die nicht die

Möglichkeit hat, ein öffentliches Leben zu führen, die Freiheit der Presse und der Versammlungen zu genießen, ist auch nicht imstande, eine breite Diskussion zu führen, ist nicht imstande, sich selbst zu kontrollieren, kann nicht die eigenen Fehler, Schwankungen und Abweichungen kritisieren. Die früheren sozialistischen Parteien verteidigten sich gegen diese Gefahren auf solche Weise, daß sie außerhalb der Grenzen ihres Landes eine Parteipresse ins Leben riefen, und heute tun das die kommunistischen Parteien, die keine Preßfreiheit im eigenen Lande genießen. Die deutschen Sozialdemokraten haben im Jahre 1878, nach der Einführung des Sozialistengesetzes, in der Schweiz ein Zentrum ihrer politischen Presse geschaffen und von dort aus ihren Anhängern die Schriften und Aufrufe der Partei nach Deutschland gesandt, wenn auch gleichzeitig solche Führer wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht und andere über das freie Wort von der parlamentarischen Tribüne aus verfügten, so daß der Abgeordnete Dombal jetzt in der „demokratischen Republik“ Polen nach diesen Zuständen in der deutschen Monarchie während der Zeit des So-

zialistengesetzes Sehnsucht haben konnte. Diese im Ausland erscheinende Presse hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die deutsche Partei in der Zeit des Ausnahmegesetzes sich der ihr gestellten Aufgaben gewachsen zeigte, vielleicht so wie nie in späterer Zeit. So daß Friedrich Engels im Jahre 1884 in einem seiner Briefe feststellen konnte, daß in keinem anderen europäischen Lande das Proletariat so glänzend die Probe des Ausnahmegesetzes ausgehalten haben würde und nach sechs Verfolgungsjahren kaum einen solchen Beweis des Anwachsens seiner Kraft und der organisatorischen Festigung hätte geben können. Kein anderes Proletariat wäre imstande gewesen, solche Organisation ohne irgendwelchen konspirativen Humbug zu schaffen. Engels sagt: Seitdem ich die Wahlauftrufe erhalten habe, ist mein Zweifel geschwunden. Wenn die Partei imstande ist, so revolutionär und so proletarisch zu sprechen, so ist die Sache gewonnen.

Und wenn bis jetzt keine Partei imstande ist, die russischen Bolschewiki in der Führung der Kommunistischen Internationale abzulösen, wenn heute keine Sektion der Internationale in der Klarheit des Blickes, der Tapferkeit des Entschlusses und der Kühnheit des revolutionären Gedankens, Eigenschaften, die zusammengehen mit dem politischen Realismus, mit der Elastizität der Taktik, die gleich feindlich dem Opportunismus und den zentristischen Tendenzen, wie auch der pseudorevolutionären Phraseologie gegenüberstehen, mit den Bolschewiki verglichen werden kann, wenn heute, mit einem Worte, die russischen Kommunisten trotz der Fehler, die unvermeidlich sind in dem sich in die Länge ziehenden Todesringen der Revolution mit der Konterrevolution, an der Spitze des internationalen revolutionären Proletariats stehen, so verdanken sie das nicht nur den Erfahrungen der drei Revolutionen, die Rußland seit dem Jahre 1905 durchmachte. Sie wären nicht imstande gewesen, sich an die Spitze der großen Oktoberrevolution zu stellen, sie wären nicht imstande gewesen, seit so vielen Jahren ununterbrochenen Kampfes mit der kapitalistischen Welt, unglaublichen Qualen der Vernichtung und des Hungers die Macht zu halten, wenn sie nicht Jahre des Kampfes nicht nur mit den menschewistischen Opportunisten, sondern auch mit den pseudorevolutionären Abweichungen im eigenen, bolschewistischen Lager, mit den Antiparlamentariern der Otsewisten, hinter sich gehabt hätten. Jahre des Kampfes, den sie meist in ihrer Auslandspresse führten, und in dem der revolutionäre Gedanke und der revolutionäre Wille der Bolschewiki sich stählte.

Und wenn unsere Partei im großen und ganzen imstande war, sich auf der Höhe ihrer Aufgabe zu halten, trotz des Fehlens der Pressefreiheit und der Kritik, so verdankt sie das einer Gruppe der Parteiarbeiter, deren Zahl mit der Zeit immer kleiner wird, die ihre Schulung erhielten dank der Auslandsparteipresse in der Vorkriegszeit.

Es wäre somit eine unverständliche Kleinmütigkeit oder direkt unbegreiflicher Opportunismus unserer Parteiführer, die mit großen Schwierigkeiten für die Gründung der entsprechenden Presse im Lande zu kämpfen haben, sich der Herausgabe einer Zeitschrift für Theorie und Kritik entgegenzustemmen unter der Befürchtung, daß so ein Organ der „Emigration“ vom Lande und von der Parteiführung abgeschnitten sein würde. Als wenn die Partei nicht imstande wäre, die Leitung eines solchen Organs dem zu übertragen, den sie dafür für geeignet hält, und jeden von der Leitung abzurufen, der ihr nicht mehr entspricht. In Wirklichkeit würden auf andere Weise die Debatten über Fragen der Theorie und der Taktik weiter in Abhängigkeit von den konspirativen Bedingungen bestehen, d. h. versteckt vor der breiten Welt, wie auch vor der Mehrheit der Genossen, die keinen Einfluß auf die Wahl der Führer der Parteiöffentlichkeit hätten. Ja noch mehr: Wir würden in diesem Falle der Welt zeigen, daß die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in der Republik Pilsudskis mehr Freiheit der Presse genießt, als sie zu Zeiten des Zaren genossen hat, und daß sie nicht gezwungen ist, die Freiheit des Wortes im Auslande zu suchen. Wenn auch in Wirklichkeit, wie die Erfahrung bewiesen hat, wir gegenwärtig weniger legale Möglichkeiten besitzen als zu Zeiten der Zarenregierung und unsere Presse nicht soviel Freiheit besitzt, als zum Beispiel die Presse der Anarchisten in den Monarchien der Hohenzollern und Habsburger besaßen. Und doch, wenn in der Vorkriegszeit, als das Tempo der Entwicklung verhältnismäßig langsam war, keine Arbeiterpartei imstande war, auf die Freiheit der Presse zu verzichten, so ist diese Pressefreiheit in der gegenwärtigen Periode eine der dringendsten Notwendigkeiten der so schnell wechselnden Bedingungen der Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe.

Es genügt, einige krasse Beispiele anzuführen, um die Schnelligkeit und den Umfang der gegenwärtigen Veränderungen festzustellen. Noch im Jahre 1919 erklärte die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) in ihren offiziellen Resolutionen, daß „wir in die Periode des unmittelbaren Kampfes um den Sozialismus eingetreten sind“. Und heute hat dieselbe Partei den Mut, den unmittelbaren Kampf sogar um die Demokratie zu vermeiden, sogar um die gewöhnliche demokratische Bourgeois-Regierung. Noch im Jahre 1919 war die P. P. S. gezwungen, zusammen mit den Kommunisten den Platz in den Arbeiterräten einzunehmen und vom Präsidententisch, den gemeinsam mit den Kommunisten zu besetzen sie gezwungen war, in offiziellen Resolutionen zu erklären, daß „die Regierung (Muratschewski) den Arbeiterräten (also auch den Kommunisten) moralisch verantwortlich sei“ (zwar nur moralisch und nicht politisch und organisatorisch). Und heute kann dieselbe Partei sich erlauben, die Einheitsfront im Kampf zwar nicht

um die „moralische“ Regierung der Arbeiter, sondern um das tägliche Brot und um die Freiheit der Arbeiter abzulehnen. Schon diese Beispiele beweisen, wie die Stärke und der Druck der Arbeiterbewegung sich geändert haben. Es ist klar, daß in dieser kurzen Zeit, in der große Umgruppierungen in den Reihen der Arbeiterbewegung vor sich gegangen sind, auch das Verhältnis der sozialen Klassen sich geändert haben mußte. Und die Partei, die kein entsprechendes Preßorgan besaß, war nicht imstande, mit entsprechender Aufmerksamkeit diese Änderungen zu verfolgen, wie auch ihre Taktik den so schnell sich ändernden Kampfbedingungen anzupassen, und ihre eigenen Schritte entsprechend zu kontrollieren. Nicht weniger klar ist es, daß unter solchen Bedingungen die Politik der Partei nicht in der Lage sein konnte, Fehler, Abweichungen und Schwankungen zu vermeiden.

Daraus ist nicht unbedingt zu folgern, daß die Partei unbedingt ihr Presseorgan im Auslande haben muß. Es ist daraus zu schließen, daß die Partei hier oder dort unbedingt ein theoretisches Organ der Analyse und der Kritik haben muß. Und wenn trotz der allergrößten Anstrengungen der Genossen die Partei nicht in der Lage ist, ein solches Organ im Lande zu schaffen, so muß sie es außerhalb des Landes ins Leben rufen. Der Beschluß der dritten Parteikonferenz, daß eine theoretische Zeitschrift gegründet werden sollte, und der Beschluß, den Bericht über diese Konferenz mit der Diskussion über taktische Fragen herauszugeben, ist mit einem Gefühl großer Erleichterung zu begrüßen. Von diesem Augenblicke an, seitdem die Parteidebatten nicht mehr ein Geheimnis sind, eingesperrt in die vier Wände der Konspiration, und ihr Inhalt und ihre Bedeutung allen Genossen zugänglich werden, kann die Mitgliedschaft auf diese oder jene Weise bewußt auf die Formulierung und Linie der Parteipolitik Einfluß nehmen.

II. Zur Verteidigung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (S. D. P. L.).

Der veröffentlichte ausführliche „Bericht“ über die dritte „Partei-Konferenz“ gibt zweifelsohne ziemlich reichhaltiges Material zur Beurteilung der politischen Physiognomie unserer Partei. Vor allem fällt auf, daß die Partei, die noch im Jahre 1919 die Beteiligung an den Wahlen zum Landtag ablehnte, und die ihre ganze Taktik auf die Arbeiterräte einzustellen bestrebt war, sogar dann noch, als diese Arbeiterräte keine Bedeutung mehr hatten, ja sogar dann, als sie schon nicht mehr existierten, daß die Partei, die sich erst langsam über die Bedeutung der Teilforderungen in der Periode des allgemeinen Zurückgehens der revolutionären Welle und in der Zeit der Offensive des Kapitals bewußt wurde, endlich bewußt die letzten Konsequenzen gezogen hat, indem sie die Bedeutung der Einheitsfront der Arbeiter im

Kampfe um die Teilforderungen in der gegenwärtigen Etappe der sozialen Revolution erkannt hat. Die Partei hat also ihre politische Linie auf die Linie der dritten Internationale eingestellt.

Es sticht doch in die Augen, daß unsere Partei noch nicht vollständig jene Schwächen überwunden hat, die Lenin „Linke Kinderkrankheiten“ nannte. Und besonders verstand sie bis jetzt noch nicht, die pseudorevolutionäre Richtung zu überwinden, die auf der Konferenz von dem Genossen Slusarski vertreten wurde.

Bevor ich diese Frage näher betrachte, erlaube ich mir die S. D. P. L. vor dem Genossen Slusarski in Schutz zu nehmen. Ich glaube, daß ich dazu ein bestimmtes Recht und sogar eine bestimmte Pflicht habe, nicht nur, weil ich einen bescheidenen Anteil an der Formulierung der Politik und Taktik der S. D. P. L. nahm, sondern darum, weil von den Gründern der S. D. P. L. und ihren eigentlichen Schöpfern aus allgemein bekannten Gründen niemand diese Verteidigung jetzt übernehmen kann.

Genosse Slusarski trat in seinem Referat gegen die Einheitsfront der Arbeiterschaft auf und berief sich auf die S. D. P. L. als auf einen Kronzeugen, indem er sagte: „Die zwischenparteiliche Verständigung widerspricht der Tradition der Bewegung, und ich erinnere an die S. D. P. L., die ähnliche Verständigungen, nicht nur mit der Fraktion der P. P. S., sondern auch mit der Linken der P. P. S. bis auf die letzte Zeit gemieden hat“

Daraus folgert, daß die S. D. P. L. eine besondere Theorie oder ein Prinzip gehabt hätte, demzufolge immer und überall eine Verständigung mit anderen Arbeiterparteien zu „vermeiden“ war. Ich kann dem Genossen Slusarski versichern, daß die S. D. P. L. es in einer bestimmten Periode nicht nur „gemieden“, sondern sogar abgelehnt hat, zu irgendwelcher Verständigung sogar mit der „Linken der P. P. S.“ zu kommen. Jedoch ist es für jeden Marxisten klar, daß eine solche Theorie oder ein solches Prinzip, die überall und immer verpflichtend sein sollen, Unsinn ist. Die „ewigen“ Regeln der Tätigkeit haben nur die Heilige Kirche und die idealistische Philosophie, für die revolutionären Marxisten ist nur das einzige taktische Prinzip maßgebend: der Klassenkampf des Proletariats. Im Rahmen dieses allgemeinen Prinzips, in bestimmten historischen Perioden, unter bestimmten politischen Bedingungen ist sogar die Verständigung mit den bürgerlichen Parteien möglich, nicht nur die Verständigung, sondern sogar der gemeinsame Kampf. So haben z. B. Marx und Engels im Kommunistischen Manifest empfohlen, daß, wenn in Deutschland die Bourgeoisie revolutionär auftritt, die Kommunistische Partei mit ihr gemeinsam gegen die absolutistische Monarchie kämpfen soll. Ähnlich haben Marx und Engels für andere Länder den gemeinsamen Kampf oder die Unterstützung der verschiedenen radikalen Parteien empfohlen. Z. B. haben sie den polnischen Kommunisten empfohlen,

die Partei, die die Agrarrevolution als Mittel zur nationalen Emanzipation forderte, die Partei, die den Krakauer Aufstand im Jahre 1846 hervorrief, zu unterstützen.

Die späteren Erfahrungen, besonders das Juni-Blutbad unter den Arbeitern im Jahre 1848 und die Pariser Kommune haben bewiesen, daß die Ära der bürgerlichen Revolutionen beendet ist. Damals, daß heißt nicht auf Grund irgendwelcher taktischen Prinzipien, sondern auf Grund der neuen historischen Bedingungen, hat sich das Verhältnis der Marxisten zu den verschiedenen bürgerlichen Strömungen gründlich geändert. Und schon am Ausgange des vorigen Jahrhunderts war es für alle revolutionären Marxisten klar, daß man, wenigstens in kapitalistischen Ländern, die Verständigung, die Koalitionen, den Wahlblock mit den bürgerlichen Parteien vermeiden müsse. Jedoch hat nie ein Marxist von einem solchen Prinzip, von einer solchen „Tradition“ der Bewegung gehört, die niemals eine Verständigung mit verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse und mit verschiedenen Arbeiterparteien gestattet. Ein solches Prinzip konnte die S.D.P.L. nicht haben und hatte es nicht. Die ganze Vergangenheit der S.D.P.L. ist offenbar für den Genossen Slusarski unverständlich, ist für ihn ein Geheimbuch mit sieben Siegeln, und die einzige Entschuldigung für ihn ist, daß er zu den Genossen gehört, die der Partei erst während des Krieges beigetreten sind, also in einer Zeit, die am wenigsten geeignet war, um die Theorie und Praxis der Vorkriegszeit kennenzulernen, in einer Zeit, in der die früheren Begriffe von den Aufgaben der Bewegung brachen. Darum ist ihm die ganze geistige Vergangenheit der S.D.P.L., ihr Ideenkampf und die Entwicklung dieses Kampfes fremd und unverständlich.

Die „Vermeidung“ aller Verständigungen ging in der S.D.P.L. viel weiter. Sie betraf nicht nur die anderen Arbeiterparteien, sondern auch die Gewerkschaften, die Genossenschaften und alle möglichen Gruppierungen überhaupt. Und Genosse Slusarski, der sich auf die ihm fremden „Traditionen“ der Bewegung beruft, die gegen irgendwelche Verständigung mit anderen Parteien sind, könnte mit gleichem Recht behaupten:

1. Die Arbeiterräte entsprechen nicht der Tradition der Bewegung, und ich erinnere an die S.D.P.L., die im Jahre 1905 den Gedanken der Bildung von Arbeiterräten „mied“ oder ihm ablehnend gegenüberstand, dem Gedanken der Arbeiterräte, der in der damaligen russischen Revolution eine so große Rolle spielte.

2. Gemeinsame, parteilose Klassengewerkschaften entsprechen nicht der Tradition der Bewegung, und ich erinnere an die S.D.P.L., die ähnliche Verbände gemieden hat, von ihnen nichts hören wollte, und nur ihre eigenen (Partei-)Gewerkschaften anerkannte usw. usw.

Wie kann man also alle die Traditionen gegen „Einheit der Front“, gegen Arbeiter-

räte, gegen gemeinsame Gewerkschaften mit dem gegenwärtigen Standpunkt der Partei vereinigen: für die Einheitsfront, für die Arbeiterräte für die gemeinsamen Gewerkschaften! Genosse Slusarski, als Mitglied der S.D.P.L. aus dem Jahre 1916 kann so gar nicht erraten, daß in all diesen „Traditionen“, in allen diesen Standpunkten der S.D.P.L. gegen die „Verständigung“, gegen die Arbeiterräte, gegen die gemeinsamen Verbände und unserem heutigen Standpunkt eine gemeinsame taktische Idee enthalten ist, ähnlich wie der gegenwärtige gegenteilige Standpunkt der Kommunistischen Partei zu allen diesen Fragen in einer gemeinsamen Leitidee liegen muß. Indem Genosse Slusarski aus der Kette dieser praktischen Erscheinungen ein Glied herausreißt und alle anderen Glieder nicht berücksichtigt, die „Traditionen“ in einer Frage (Vermeidung der Verständigung mit Arbeiterparteien) annimmt und in allen anderen Fragen (Arbeiterräte, Gewerkschaften, Genossenschaften) ablehnt, beraubt er die damalige Taktik der S.D.P.L. jedes Richtungsgedankens und macht ihren damaligen Standpunkt in jeder einzelnen Frage zu einem Dinge des Zufalls oder der Laune, die ganze Taktik der S.D.P.L. verliert auf solche Weise die einheitliche Linie und wird zu einem Sammelsurium von Unsinnigkeiten und Gedankenlosigkeiten. Und wenn Genosse Slusarski die Pose des Verteidigers der S.D.P.L. einnehmen will, so wird jedes ehemalige Mitglied dieser Partei sagen müssen: Wir danken schön! Jedoch verbitten wir uns solche Verteidigung.“

Wer ein wenig revolutionär denken kann, der wird leicht verstehen, daß die taktischen Regeln nicht metaphysische Wahrheiten sein können, d. h. unabhängig von Zeit, Raum und historischen Bedingungen bestehen, daß sie vielmehr eng verbunden sind mit den Aufgaben, die die Partei in einem bestimmten Lande und unter bestimmten Verhältnissen sich stellt. Wer forwährend und gern die richtige Behauptung wiederholt, daß wir in der Periode der sozialen Revolution leben, und sich gleichzeitig auf die „Tradition“ der Bewegung in einer anderen Epoche stützt, wer also meint, daß unsere Taktik immer die gleiche sein soll, in den Jahren 1905 und 1906 und vor und nach dem Weltkriege, der kann tatsächlich nicht die Vorkriegsperiode von der gegenwärtigen, revolutionären Epoche unterscheiden, und in „revolutionärer“ Art erschüttert er nicht die kapitalistische Gesellschaft, sondern die Luft.

Um die Kausalität der Taktik von den Aufgaben, die der revolutionäre Sozialismus sich in der gegebenen historischen Epoche stellt, klarzulegen, wollen wir ein klassisches Beispiel betrachten: die Aufgaben, die Marx und Engels seinerzeit dem Internationalen Verbände der Kommunisten und später der ersten Internationale vorgezeichnet haben.

In der ersten Periode, im Jahre 1847, wimmelte es in Europa von verschiedenen „Sozialismen“, feudale, kleinbürgerliche, bourgeoise, utopische

usw. usw. Europa stand vor dem Ausbruche der Revolution des Jahres 1848, die den Auftakt zu der Periode der proletarischen Revolution bilden sollte. Die Arbeiterbewegung stand in ihren Anfängen. Die Aufgabe von Marx und Engels bestand darin, dem Kommunistenverband ein revolutionäres Programm und die revolutionäre Taktik zu geben, dem Verbands, der zum ersten Mal die Fahne des wissenschaftlichen Sozialismus erheben konnte, der zur Aufgabe hatte, den wissenschaftlichen Sozialismus von allen anderen Sozialismen abzugrenzen, die Arbeiter von der Bourgeoisie zu scheiden, sie zur eigenen Klasse zu formieren und zu selbständigen Kämpfen auszurüsten. So entstand das Kommunistische Manifest. Nach Jahren, als sie an der Spitze der ersten Internationale standen, stellten sie sich eine neue Aufgabe, der sie die neue Taktik anpaßten. Das schildert Engels in einem seiner Briefe aus dem Jahre 1890, indem er sagt, daß die Internationale Arbeiterassoziation die Vereinigung aller kämpfenden Arbeiter Amerikas und Europas in einer großen Armee zur Aufgabe hatte. Sie konnte also sich in ihren Voraussetzungen nicht auf die Prinzipien, die im Kommunistischen Manifest dargelegt worden sind, stützen, sie mußte ein Programm haben, das den englischen Trade-Unions, den französischen Proudhonisten, den belgischen, italienischen, spanischen und deutschen Lassalleanern den Beitritt ermöglichte. Um den Prinzipien des Kommunistischen Manifestes den entscheidenden Sieg zu sichern, verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse als unvermeidliches Resultat der vereinigten Aktion und Diskussion. Und Marx hatte recht: die Arbeiterklasse des Jahres 1874, in der Zeit der Auflösung der Internationale, war eine andere, als in der Zeit ihrer Gründung im Jahre 1864.

Soweit Engels. Wir sehen also: zwei verschiedene historische Perioden, zwei verschiedene Taktiken. Im einen Fall die Abschließung der Kommunisten von allen anderen „Sozialisten“. Im anderen Falle das breite Öffnen der Türe für alle Arbeiter ohne Ausnahme, sogar für die konservativen englischen Gewerkschaftler, für die damals das Wort „Sozialismus“ ein Schrecknis war.

Und was macht die Dritte Internationale? Sie kehrt zum Kommunistischen Manifest zurück, nicht nur in dem Sinne, daß sie die Kommunisten von allen anderen Sozialisten, die in zwei anderen Internationalen gruppiert sind, abschließt. So wie Marx und Engels, als sie den Kommunistenbund von allen anderen Parteien und Richtungen abgrenzten, am Vorabend der Revolution des Jahres 1848 dachten, daß die Kommunisten in Deutschland gemeinsam mit der Bourgeoisie kämpfen könnten, falls diese Revolution eintreten würde, weil sie überzeugt waren, daß die bürgerliche Revolution in der Entwicklung ihrer Kämpfe das Proletariat organisieren würde, so auch die Dritte Internationale, indem sie, abgegrenzt von Oppor-

tunisten und Zentristen, sagt: Wir sind bereit, und wir wollen zusammen mit den Parteien der 2. und 2½. Internationale um die Teilforderungen zu kämpfen, weil wir überzeugt sind, daß die Kämpfe im Prozesse ihrer Entwicklung das Proletariat zum Kampfe um die Macht führen werden.

Der Unterschied ist der, daß man damals auf die bürgerliche Revolution rechnete, solange die historische Erfahrung diese Hoffnung nicht vernichtete. Heute können wir nur auf die proletarischen Massen rechnen, die in den beiden anderen Internationalen organisiert sind. Wer jedoch an der Möglichkeit der Revolutionierung dieser Massen, die außerhalb der Dritten Internationale organisiert sind, zweifelt, der muß die Revolution in eine sehr entfernte Zukunft verlegen. Das ist der historische Sinn der Einheitsfront, die von der Kommunistischen Internationale proklamiert wird.

Endlich ein Beispiel: Lange Zeit nach der Pariser Kommune herrschte in der französischen Arbeiterbewegung und in verschiedenen Parteien eine starke und bis heute noch nicht liquidirte Tradition der Großen Französischen Revolution, wie auch Proudhonistische und Blanquistische Ideen. Später kamen noch die Ideen des reinen Syndikalismus hinzu. Jules Guesde und Paul Lafargue, die enge Beziehungen zu Marx und Engels unterhielten, haben die „Französische Arbeiterpartei“ gegründet, die sich als spezielle Aufgabe gestellt hatte, unter den Arbeitern den Kampf gegen diese Traditionen zu führen. Es ist klar, daß eine so spezifische Aufgabe zur Kritik aller anderen Parteien zwang. Sogar der Wert jeder Aktion mußte vom Standpunkt dieser Kritik und Propaganda gewertet werden, was die gemeinsame Aktion ausschloß. So war lange Zeit die Guesdistische Partei einem Felsen im Meere ähnlich, der sich scharf von der Umgebung abhebt und mit nichts zusammenfließt. Das konnte selbstverständlich nur so lange dauern, solange die Ideologie der Partei selbst sich nicht genügend entwickelt hatte oder solange die Partei noch immer ernste politische und ideelle Gründe hatte, um jede Verständigung abzulehnen, und solange zwischen ihr und den anderen Arbeiterparteien die Gegensätze der Anschauungen sich nicht soweit abgeschliffen haben, um die Vereinigung mit einer anderen Partei möglich und somit notwendig zu machen.

Jetzt ist auch für die jüngeren Genossen, die am politischen Leben der früheren Zeit nicht Anteil genommen haben, die damalige Taktik der S. D. P. L. klar. Ihre spezifische Rolle, ihre Hauptaufgabe seit der Zeit ihres Entstehens war der Kampf mit dem polnischen Nationalismus in der Arbeiterbewegung, der Kampf mit den Traditionen der Schlachzizen und des Kleinbürgertums im polnischen Sozialismus. Und für sie hatte jede Aktion der Arbeiterschaft desto mehr Bedeutung, soweit man sie gleichzeitig als kritische Waffe gegen den Nationalismus benutzen konnte. Darum „vermied“ sie und lehnte ab jede Verständigung sogar dann, als es sich um Massen-

aktionen handelte, darum wollte sie nicht gemeinsame Arbeiterräte, gemeinsame Gewerkschaften, gemeinsame kulturelle Vereine, gemeinsame Aktionen. Sie dachte, wie heute die Kommunistische Partei und die ganze Kommunistische Internationale denken, daß die Hauptvorbedingung des Erfolges des revolutionären Sozialismus die Bildung der ideell homogenen und wie ein Fels geschlossenen Partei ist. In diesem Bestreben war die Partei konsequent bis zur letzten Möglichkeit, und dieses Bestreben diktierte ihr die ganze Taktik den anderen Parteien gegenüber. Darum lehnte sie solange die Vereinigung mit der Linken der P.P.S. sogar dann noch ab, als die letztere den allerschärfsten Kampf mit der nationalistischen Fraktion der P.P.S. führte. Es ist klar, daß eine so spezifische Aufgabe: rücksichtslose Abgrenzung vom Nationalismus und rücksichtsloses Sichentgegenstellen in der Arbeiterbewegung der Tätigkeit der Partei einen, am Anfang sogar ausschließlich propagandistischen Charakter geben mußte. Und daß diese Hauptaufgaben mit der Zeit zurücktraten, als die Partei im weiteren Kampfe mit dem Nationalismus ihre eigene Weltanschauung bildete, als sie zum ersten Male in der Geschichte der polnischen Arbeiterbewegung die marxistische Methode auf die polnischen Verhältnisse anwandte. Von diesem Augenblicke an, als die theoretische Waffe der Partei, geschärft in ununterbrochenen Ideenkämpfen, erprobt wurde, konnte diese Hauptaufgabe einzig und allein nicht mehr genügen, sie hätte die Partei in den Massenkämpfen des Proletariats isoliert und zu einer doktrinarischen Sekte gemacht. Der zukünftige Historiker unserer Bewegung wird bestimmt zu der Überzeugung kommen, daß die Vereinigung der S.D.P.L. mit der Linken der P.P.S. früher hätte zustande kommen können. Das wird immer klarer, je mehr wir uns von dieser Periode entfernen. Jedenfalls war es für die Gründer und Führer der S.D.P.L. schon dann klar, als die Linke der P.P.S. einen scharfen Kampf mit der nationalistischen Fraktion führte, daß bei einer neuen revolutionären Welle, bei einer neuen Massenaktion des Proletariats eine solche Verschmelzung der beiden Parteien unvermeidlich war. Und als nach dem Jahre 1912, nach dem

Blutbad an der Lena, die neue revolutionäre Welle sich erhob und die Arbeiter Polens ergriff, stellten die Führer der S.D.P.L. die Frage der Verschmelzung auf die Tagesordnung der Partei.

In Polen war und ist noch heute der Kampf gegen den Nationalismus in der Arbeiterbewegung eine der wichtigsten Formen des Kampfes des revolutionären Sozialismus mit Opportunismus und Revisionismus. Dieser Kampf hat in jedem Lande einen anderen praktischen Ausdruck. In Polen war die praktische Auswirkung des Revisionismus der Nationalismus, der zu einer Harmonie der Klassen, zu einer gemeinsamen Arbeit mit der Bourgeoisie, zur nationalen Solidarität führt. Und umgekehrt: der Kampf mit dem Nationalismus führte unvermeidlich ins Lager der sozialen Revolution. Heute, in der Epoche der Dritten Internationale, sieht jeder von uns klar, daß der Kampf mit dem Nationalismus, mit dem Imperialismus der Probestein ist, der das revolutionäre Lager von den Lagern der 2. und 2½. Internationale trennt. Unabhängig von kleineren und größeren Abweichungen der Linken der P.P.S., die wir vor dem Kriege dank der Absonderung und des noch nicht vergessenen gegenseitigen Kampfes leicht auf das Konto eines Opportunismus setzten, mußte der Kampf der Linken der P.P.S. entscheiden über ihren revolutionären Inhalt und zu einer Vereinigung führen. Wer das nicht versteht, für den muß die schnelle und gründliche Verschmelzung der beiden Parteien in eine Kommunistische Partei ein großes Rätsel sein, historisch unverständlich. Und ein ebenso unlösbares Rätsel bleibt die Taktik der S.D.P.L. für jeden, der meint, daß man ein ihr charakteristisches Merkmal als „Tradition“ herausreißen kann und alles andere nicht berücksichtigen. Ihre Taktik war konsequent und hart, wie aus einem Guß. Und wenn das, was konsequent und gut vor dem Weltkriege war, sich für die Periode der sozialen Revolution nicht eignet, so muß doch in der neuen Periode unsere Taktik nicht weniger konsequent und hart sein, falls unsere Partei ihre Aufgaben in der jetzigen Zeit erfüllen soll.

O. Warski.

Die Fragen der Kommunistischen Partei Norwegens.

I.

Im letzten Jahre entstand innerhalb der leitenden Kreise der Norwegischen Arbeiter-Partei ein Streit, der die Partei sehr leicht in eine gefährliche Krise bringen kann, wenn er, wie bisher, fortgesetzt wird. Noch sind die Massen der Parteimitglieder — auf alle Fälle außerhalb Christianias

— verhältnismäßig vom Streite unberührt; doch je mehr wir uns dem Parteikongresse nähern, der wahrscheinlich am Anfang des Jahres 1923 stattfinden wird, desto mehr werden die Mitglieder zu ihm ihren Standpunkt einnehmen müssen. Was wir nun von der Kommunistischen Internationale erwarten, ist, daß sie sich — obwohl es sich nur um

ein kleines Land handelt — mit den norwegischen Fragen bekannt macht und hilft, daß der Streit zur Erreichung größerer Klarheit ausgekämpft werden kann und die Entwicklung fördert, die die Partei jetzt durchmacht: von einer sozialdemokratischen zu einer kommunistischen Partei. Ein derartiger Ausgang des Streites wird eine große Bedeutung haben, nicht nur für Norwegen, sondern für ganz Skandinavien mit seiner 12-Millionen-Bevölkerung.

Von dieser leben circa 2,6 Millionen in Norwegen. Der Gewerbezug, der die meisten Menschen in Norwegen beschäftigt, ist die Landwirtschaft. Es sind circa 261 000 Landwirte vorhanden, circa 2200 Bauern sind Kleinbauern, die bis zu 5000 Quadratmeter Boden im Durchschnitt besitzen. Nur ausnahmsweise haben sie die Möglichkeit, sich bezahlte Hilfskräfte zu leisten. Die gesamte Schuldenlast der Bauern ist in den letzten 20 Jahren gewaltig gewachsen, nämlich von 1½ Milliarden auf 1¼ Milliarden Kronen. Gleichzeitig ist, was die Menge betrifft, der Ertrag der Landwirtschaft in dieser Zeitspanne nicht nennenswert gestiegen. Während des Krieges und der Zeit der Teuerung konnte sich ein Teil der Bauern, besonders im Westlande, der Schulden entledigen, doch gleichzeitig entwickelte sich eine lebhaftere Spekulation mit dem Grund und Boden, der mit abnorm hohen Preisen bezahlt wurde, weshalb die jetzigen Besitzer eine unerhörte schwere Schuldenlast zu tragen haben. Die Preissteigerung und die stetig wachsende Verpfändung ist das Unglück der norwegischen Landwirtschaft. Die Verzinsung erfordert circa 75 Millionen Kronen jährlich, wenn nicht mehr.

Die norwegische Industrie beschäftigte 1917 circa 170 000 Arbeiter in circa 7000 Betrieben. Eine nennenswerte Großindustrie war vor der Jahrhundertwende in Norwegen nicht vorhanden. Erst nachher trat diese mit dem Ausbau der vielfach vorkommenden großen Wasserfälle in Erscheinung. Der größte Industriezweig, die Eisenindustrie, beschäftigt circa 37 000 Arbeiter in 990 Betrieben (alle Zahlen stammen aus dem Jahre 1917). Danach kommt die Holzindustrie mit 27 000 Arbeitern in circa 2000 Betrieben, die chemische Industrie mit 13 000 Arbeitern in 304 Betrieben, die Papierindustrie mit 13 000 Arbeitern in 190 Betrieben und der Bergbau mit circa 9000 Arbeitern in 90 Betrieben.

Norwegen hat eine verhältnismäßig große Schifffahrt. Nur England, U. S. A., Frankreich und Japan haben mehr Tonnage als Norwegen. Eine sehr große Rolle im norwegischen Gewerbeleben spielen auch die Fischereien, die sich in den letzten Jahren mehr und mehr kapitalistisch entwickelt haben. Die Fischer litten übrigens in allen Zeiten äußerst hart unter der Herrschaft des Kapitals. Wenn sie auch ihre Fahrzeuge selbst „besitzen“, müssen sie dennoch Betriebskapital leihen und die Preise der Fische werden von den Handelsleuten bestimmt.

Während des Weltkrieges bewahrte Norwegen seine Neutralität und alle Gewerbezüge ergaben gute Gelderträge. Besonders viel verdienten die Exporteure und die Reeder. Trotzdem aber stieg die Staatsschuld von 357 Millionen Kronen im Jahre 1914 auf circa 1 Milliarde im Jahre 1920, und die Steigerung dauert weiter an. Das Preisniveau stieg von 1914 bis 1920 um circa 200 %.

Man hat oft die Frage gestellt, warum die Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei in Norwegen weit stärker sind als in den anderen beiden skandinavischen Ländern. Ich glaube dies auf zwei Ursachen zurückführen zu können. Die eine ist, daß die kapitalistische Entwicklung in Norwegen zu einem späteren Zeitpunkt einsetzte als in Schweden und Dänemark, dann aber mit desto größerer Kraft. Die andere Ursache ist in der Geschichte des Landes überhaupt zu suchen. Der Adel wurde in Norwegen formell 1821 abgeschafft, tatsächlich aber waren ihm schon im 12. Jahrhundert nach langandauerndem Bürgerkrieg die Flügel gebrochen. Die Ausrottung des norwegischen Adels hatte zur Folge, daß das Land im 14. Jahrhundert an Dänemark kam, welches 1814 das Land an den schwedischen König „abtrat“. Die Union mit Schweden, während welcher Norwegen sein eigenes Parlament, seine eigene Kriegsmacht usw., doch nicht die eigene Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hatte, bestand bis 1905, als Norwegen sich löste und ein selbständiges Königreich wurde. Als das Land noch mit Dänemark vereinigt war, mußte das norwegische Volk, das damals hauptsächlich aus Bauern bestand, einen zähen Kampf gegen die dänischen Reichsbeamten führen. Nicht selten ereignete es sich, daß diese Beamten erschlagen wurden. Nach 1814 bekamen wir eine norwegische Bürokratie, doch waren die norwegischen Beamten nicht viel besser als die dänischen. Um ihre Macht zu bewahren, stellten sie sich auf die Seite des Königs, der die größte Zeit des Jahres in Stockholm wohnte und alle norwegischen Angelegenheiten vom schwedischen Gesichtspunkt aus betrachtete. Der Kampf der Bauern gegen den Beamtenstand und die Königsmacht gestaltete sich daher teilweise zu einem nationalen Kampf. Ein Parteiwesen im modernen Sinne des Wortes gab es jedoch nicht eher als seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Um 1850 herum vereinigten sich die Bauern in der Partei der Linken, die Bürokratie und der größte Teil der Bourgeoisie in der Partei der Rechten. In den 80er Jahren spitzten sich die Kämpfe derart zu, daß die Bauern bewaffnete Organisationen errichten mußten (Schützengilden); auf diese gestützt, konnten sie die meisten ihrer Forderungen durchsetzen. Bis zu diesem Zeitpunkt war die politische Macht geteilt zwischen dem Parlament (Storting) und dem König, der eigenmächtig sein Ministerium ernennen konnte. 1884 sprach das Reichsgericht der damals fungierenden Regierung ihre Ämter ab (!); das Reichsgericht war in seiner Mehrzahl aus Bauern

zusammengesetzt, die sich rücksichtslos Einfluß verschafft hatten. Das Urteil des Reichsgerichtes war und wirkte auf alle wie eine revolutionäre Tat. Nach diesem Siege nahmen die Bauern den Kampf für die eigene Leitung der auswärtigen Angelegenheiten auf. Damit die Arbeiter an diesem Kampfe teilnehmen konnten, bekamen sie das Wahlrecht, was von ihnen dann auch ausgenützt wurde. Der Kampf endete damit, daß der Storting 1905 den König absetzte. Diese Ereignisse und die Geschichte des Landes überhaupt haben ohne Zweifel dazu beigetragen, daß das arbeitende Volk in Norwegen verhältnismäßig leicht für die revolutionäre Agitation empfänglich ist.

Als das Unionsproblem gelöst war und das soziale Problem mehr in den Vordergrund trat, begann die Norwegische Arbeiterpartei stark zu wachsen. Sie wuchs auf Kosten der Linken, die zwar viele Reformen versprochen, aber nur wenige durchgeführt hatte. Nunmehr hat die Linke in den Städten so gut wie keine Bedeutung mehr.

Vor den letzten Wahlen traten die arbeiterfeindlichsten Bauern aus der Linken aus und bildeten eine neue, die sogenannte Bauernpartei, deren Leitung aus Grundbesitzern und reichen Waldeigentümern besteht, die von der Partei der Rechten gekommen waren. Durch diese Abspaltung wurde die Partei der Linken noch mehr eine Partei der minder bemittelten Bauern. Diese Bauern sind gegen die Getreidezölle, doch verlangen sie Zölle auf Fleisch, Eier und andere kleine Landwirtschaftsprodukte, was natürlich zu einer Quelle von Streitigkeiten zwischen Kleinbauern und Arbeitern wurde.

Für die Kommunistische Partei besteht deshalb die Aufgabe, die Kleinbauern von diesen Zollfragen abzulenken und sie für Dinge zu interessieren, an denen die Kleinbauern und die Arbeiter gemeinsame Interessen haben. Einen solchen Berührungspunkt haben wir in der Frage des Bankkapitals. Die Anzahl der Banken ist während des Krieges um circa 200 % gestiegen. Sie leben wie Parasiten am Gewerbeleben, sie sind Aufspeicherungsmagazine, die die Gelder an die großen Geldinstitute in Christiania und Bergen (insgesamt gibt es 3 bis 4 solcher Institute) weiterleiten, die auf diese Weise die ganze finanzielle Macht haben. Während des Krieges wurde auch der Bankverein gegründet, der eine politische Organisation der Bankchefs darstellt. Der Zweck der Organisation war, dem Finanzkapital den größtmöglichen direkten Einfluß auf das Staatsleben zu verschaffen. Dagegen opponierten die Kleinbauern, und die Forderung der Kommunistischen Partei, die Kontrolle der Banken, hat sowohl unter den Bauern als auch bei der Linken starken Widerhall gefunden. Ja, sogar in der Bauernpartei gibt man zu, daß die Banken eine allzu große Macht besitzen. Die Erbitterung der Bauern gegen die Banken wurde noch dadurch gesteigert, daß sich eine Reihe kleinerer und mittlerer Banken im Lande durch leichtsinnige

Spekulationen ruinierten. Bei diesen Konkursen gingen vielfach die Gelder der Aktionäre, wie auch der Einzahler verloren. Wenn die Bauern ein Elektrizitätswerk oder andere große Anlagen bauen wollen, müssen sie Kommunalanleihen aufnehmen. Doch um diese Anleihen zu bekommen, müssen sie äußerst hohe Zinsen — bis zu 7 % — zahlen. Man wird verstehen, daß es aus all diesen Gründen auf dem Lande für den kommunistischen Agitator ein dankbares Thema ist, über das Bankkapital zu referieren.

Ein weiterer Gegenstand, der auch geeignet ist, die Bauern und die Arbeiter einander zu nähern und die Kluft zwischen den Bauern und der Bourgeoisie zu vertiefen, ist das Sprachenproblem. Unter der Vereinigung mit Dänemark wurde Dänisch als Schriftsprache in Norwegen eingeführt. Dänisch wurde die Sprache der gesellschaftlichen Oberschichten. Doch Bauern und Arbeiter blieben dabei, Norwegisch zu sprechen. Natürlich gibt es zwischen Stadt- und Landdialekten Unterschiede, doch sind diese alle norwegisch, im Gegensatz zur „Reichsprache“, die faktisch dänisch ist. Als die Bauern die Regierungsmacht innehatten, verlangten sie, daß ihre Sprache als offizielle Schriftsprache Seite an Seite mit der Reichssprache anerkannt werden sollte. Die Bourgeoisie leistete kräftigen Widerstand und hatte auch anfänglich den größten Teil der Arbeiter hinter sich. Doch ist es später den Arbeitern klar geworden, daß kein Schaden entstehen könnte, wenn die Sprache der Bourgeoisie als Schriftsprache abgeschafft wird. Und die Bauern beginnen nun auch zu verstehen, daß, wenn man die Reichssprache ausrotten will, man zunächst die Bourgeoisie ausrotten muß. Der Sprachenkampf wird in Norwegen mit einem Fanatismus ausgefochten, von dem sich die Ausländer keinen Begriff machen können. Es ist dies ein Kampf zwischen Stadt und Land. Für uns Kommunisten besteht die Aufgabe, ihn zu einem Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem arbeitenden Volke zu machen. Gleichzeitig müssen wir natürlich auch verlangen, daß nicht nur die Dialekte der Bauern, sondern auch die der Arbeiter in der neuen norwegischen Schriftsprache aufgenommen werden.

II.

Nach dieser kurzen Einleitung wollen wir dazu übergehen, den Streit innerhalb der Kommunistischen Partei zu schildern. Der Streit gilt besonders zwei Fragen: der Frage der Organisation der Partei und der parlamentarischen Taktik. Die Partei akzeptierte bekanntlich die Thesen des II. Kongresses, auch die Organisationsthesen. Doch bekamen wir für die letzten vom E. K. eine Übergangsperiode bewilligt. Diese Periode dehnte sich indessen ein wenig zu lang aus. Die Norwegische Arbeiterpartei ist auf den Gewerkschaften aufgebaut. 1920 war die Mehrzahl der Gewerkschaften der Partei angeschlossen. Seitdem haben sich einige abgespalten, gleichzeitig damit ging die Mitgliederzahl der

Gewerkschaftsorganisationen und die der Partei stark zurück. Die Partei zählt nunmehr gegen 69 000 Mitglieder. Von diesen sind kaum mehr als 15—20 000 individuell der Partei angeschlossen. Die übrigen gehören der Partei durch ihre Gewerkschaften an. Man versuchte, die beiden Systeme der individuellen und kollektiven Mitgliedschaft zu kombinieren durch die Einführung des Reservationsrechtes und der Reservationspflicht für nicht kommunistische Gewerkschaftsmitglieder und durch die Errichtung von sog. „Arbeitsgruppen“ in den verschiedenen Gewerkschaftssektionen. Alles dieses zeitigte jedoch nur äußerst geringe Ergebnisse. Wie die Partei jetzt ist, wird sie im Falle einer akuten revolutionären Situation schlecht vorbereitet sein. Zwar hat die Partei die große Masse der Arbeiter hinter sich, doch einen langandauernden revolutionären Kampf auszuhalten, ist sie in ihrer jetzigen Form nicht imstande.

Auf dem Kongreß der Norwegischen Arbeiterpartei im Jahre 1918 wurden die Rechtssozialisten von den Linkssozialisten besiegt. Diese verließen die Partei jedoch nicht vor 1920. Es waren die Thesen des II. Kongresses, die sie verscheuchten. Sie warteten nicht einmal die Besprechung der Thesen durch die Partei ab. Doch der Umstand, daß die Rechtssozialisten zurücktraten, war natürlich nur der erste entscheidende Schritt in der Richtung des Werdens einer kommunistischen Partei. Es sind noch immer eine ganze Reihe von Aufgaben vorhanden, deren Lösung eine Riesearbeit erfordert.

In der Zeitschrift der Partei „Das 20. Jahrhundert“ hat ein Mitarbeiter, Redakteur A. Eines, versucht, die Linien des Kampfes sowohl in der Organisation, als auch in der parlamentarischen Arbeit aufzuzeigen. Er personifiziert den Streit, indem er auf die eine Seite Martin Tranmål, den Redakteur des Hauptorgans der Partei, und auf die andere Seite den ehemaligen Redakteur des Jugendorgans „Klassekampen“, Eugène Olausson, und den Schreiber dieses Aufsatzes stellt. Ich bemerke im voraus, daß Genosse Eines seit vielen Jahren, und auch jetzt noch, persönlich in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis zu dem Genossen Tranmål und mir steht. Ich betrachte Eines als einen meiner guten Freunde. Sein Wille zur Objektivität ist daher über alle Zweifel erhaben.

Eines behandelt zunächst die Stellungnahme Tranmåls zum Begriff „Massenaktion“ — ein Wort, das eine bedeutende Rolle im Kampfe zwischen den Rechtssozialisten und den jetzt Herrschenden in der Partei spielt.

„Wenn ich mich hier damit befassen soll, darzustellen, was Tranmål mit Massenaktion und direkter Aktion meint, muß ich zugeben, daß ich unvollständig sein muß und daß ich auf Vermutungen angewiesen bin. Tranmål ist nämlich nicht das, was viele von ihm glauben: ein Schematiker, und er ist noch viel weniger ein Theoretiker. Alles was er über direkte

Aktion und Massenaktion geschrieben und gesprochen hat, war immer der konkreten Situation angepaßt — er ist auf eine Art der Praktikant des pulsierenden Lebens. Doch glaube ich, daß er mit Massenaktion nicht jedwelche Masse und nicht jedwelche Aktion meint. Ich glaube, daß für ihn die Masse begrenzt ist auf die gewerkschaftlich Organisierten und die gewerkschaftlich organisierten auf den industriellen Arbeitsplätzen. Zur Not kann er so weit gehen, daß er die Kleinbauern und Fischer, die in der Norwegischen Arbeiterpartei organisiert sind, als aktionsfähig betrachtet und ihnen auch Einfluß auf den Verlauf der Aktion zuspricht. Diese sind es, die den Kampf führen sollen; diese sind es, die den Kampfplatz auf oder bei den Arbeitsstätten wählen sollen; es sind diese, die die Organe aufbauen sollen, die einstmals die Produktion übernehmen werden.“

Nachdem er die Ansicht Tranmåls von diesen Dingen geschildert hat, schreibt Eines weiter:

„Tranmåls Gegenpole, sowohl im Temperament, als auch in der Anschauungsweise, sind Männer wie z. B. Schefflo und Olausson. Diese beiden halten selbstverständlich die Massenaktion für das Entscheidende. Doch sind sie kommunistische Politiker, die mit der Masse im erweiterten Sinne des Begriffes operieren. Für sie besteht die Masse aus allen, die arbeiten, Organisierten und Unorganisierten, überhaupt allen denen, die mit dem Kapitalismus keine gemeinsamen ökonomischen Interessen haben. Die Massenaktion bedeutet für sie etwas mehr, als dies für Tranmål der Fall ist. Die Aktion kann vom Storthing aus von kommunistischen Gehirnen geleitet werden. Sie sind überzeugt, daß ihre Propaganda und ihre Arbeit im Parlament draußen in der Masse — wie sie von Olausson und Schefflo verstanden wird — Aufmerksamkeit erweckt, und daß diese Masse dahin gebracht werden wird, zu verstehen, daß es die Kommunisten sind, die ihre Interessen wahrnehmen, und daß die Arbeiter deshalb der Kommunistischen Partei folgen müssen, selbst wenn sie nicht organisierte Kommunisten sind, ja vielleicht selbst sogar dann, wenn sie nicht die Erlaubnis bekommen, Mitglieder der Partei zu werden. Tranmål will große, und alle Arbeiter umfassende Organisationen haben, deren Mitglieder nicht so absolut stark in ihrer kommunistischen Eigenschaft zu sein brauchen, wenn sie nur die elementarsten Formen des Kampfes verstehen. Schefflo und Olausson wollen eine kommunistische Partei haben, mag sie groß oder klein sein, nur muß sie kommunistisch sein im Geist und in der Wahrheit und auf Leben und Tod.“ . . . „Tranmål war nie froh über Abspaltungen oder Austritt; Meinungsverschiedenheiten über Prinzipien und Programme waren nie das Entscheidende für Tranmål. Damit er mit leichtem Herzen eine Abspaltung erleben kann, muß sie durch Taten begründet sein, die im Widerspruch zum Organisationsgedanken stehen, es müssen klar zutage liegende schädliche Auswirkungen vorhanden sein.“ . . . „In der Frage der Bewaffnung der Arbeiter glaube

Es auch nicht, daß Tranmål mit Olaussen und Schefflo einig ist. Nicht daß er moralische Skrupel hat, doch meint er, daß die Anwendung der Waffen nicht zu dem Ziele führen kann, das er stets vor Augen hat — die wirkliche und immerwährende Eroberung der Arbeitsplätze. Ich glaube, daß er die Bewaffnung der Arbeiter ablehnt. Bekanntlich halten Schefflo und Olaussen viel von diesem Kampfmittel und messen ihm im Klassenkampfe große Bedeutung bei. Es können viele andere Gegenstände angeführt werden, in denen Tranmål auf der einen, Schefflo und Olaussen auf der anderen Seite stehen. Doch — wird man sagen — wie konnte Tranmål so viele der Grundsätze der Thesen akzeptieren, wie er es tat, trotzdem er mit so vielen nicht übereinstimmt. Denn darüber sind wir uns klar, Olaussen und Schefflo stehen mehr auf dem Boden der Thesen als es Tranmål tut, sie sind auch mehr im Kontakt mit dem Geiste der Thesen. Ich glaube zunächst, daß dies eine Folge der ausgezeichneten Klassenmoral Tranmåls ist. Er läßt niemals denjenigen im Stich, der für die Machtstellung der Arbeiter kämpft, und die III. Internationale ist eine kämpfende Organisation. Eine solche Agitation zu verwerfen, anstatt sie zu unterstützen, würde ihm nie einfallen, selbst wenn er in manchem auch mit ihr nicht übereinstimmen kann. Zweitens aber legt Tranmål das Gewicht auf die Dinge, die mit seiner eigenen Auffassung übereinstimmen, und diese bilden ohne Zweifel das Wesentliche (?) der Thesen. Die Massenaktion ist das primäre Prinzip der Thesen, auf welche Art die Massen geführt werden und kämpfen sollen, ist das sekundäre. Das Prinzip der Thesen von der außerparlamentarischen Aktion als dem entscheidenden Kampfmittel ist etwas, womit Tranmål vollkommen einverstanden ist. Und was ihm sicherlich am meisten gefiel, was er vollkommen unterschreiben konnte und was sozusagen die Konsequenz seines Denkens war, schon ehe die Thesen kamen, war das R ä t e s y s t e m. Betriebsrätesystem und Räteverfassung, das war etwas, was ganz und gar im Einklang mit seiner eigenen Auffassung stand; das Rätssystem legte das Gewicht auf die ökonomische Grundlage und war ein Aufbau auf dieser Grundlage, den er genial fand. Und dann bedeutete alles andere, womit er nicht ganz und gar einig war, weniger. Dieses konnte man schon ändern. Schefflo und Olaussen hielten sich in erster Linie an all das, wogegen Tranmål war. All dies gefiel ihnen. Die zentralistisch aufgebaute Organisation, aus zuverlässigen bewußten Elementen bestehend, der Gebrauch der Waffen usw., und zu allererst die kommunistische Taktik. Und diese gefällt Tranmål nicht besonders gut. Sie steht auf jeden Fall in der Praxis im Widerspruch zu seiner eigenen Taktik. Selbstverständlich nicht völlig, aber doch so sehr, daß er anfänglich unbewußt, jetzt bewußt, von ihr absieht."

Soweit Genosse Eins. Er kündigt einen weiteren Artikel an, in dem er u. a. die parlamentarische Taktik behandeln will; doch da dieser Artikel

noch nicht vorliegt, bin ich gezwungen, hier selbst als Zeuge aufzutreten. Es sei aber vorausgeschickt, daß ich der Vorsitzende der Parlamentsfraktion bin und trotz aller Aufrichtigkeit doch nicht gänzlich objektiv schreiben kann.

Bei den vorjährigen Stortingswahlen bekam die Rechte, die die Kapitalistenklasse repräsentiert, 301 000 Stimmen, die Norwegische Arbeiterpartei (Kommunistische Partei) 192 500 Stimmen, die Linke 181 900 Stimmen, die Bauernpartei 118 000, die Rechtssozialisten 83 500 und die Arbeiterdemokraten (später sind sie der Linkspartei beigetreten) 22 900 Stimmen. Die Rechte bekam 57 Mandate, die Kommunisten 29, die Linke 37, die Bauernpartei 17, die Rechtssozialisten 8 und die Arbeiterdemokraten 2 — zusammen 150 Mandate. Die norwegische Regierung ging aus der Linken hervor. Wie aus der Parteistellung im Storting ersichtlich ist, steht die Regierung auf schwankendem Boden, und es waren viele, die der Ansicht waren, daß sie einige Wochen nach der Eröffnung des Storthings bei der Thronrede fallen werde. Man ging davon aus, daß die Rechte, wie auch die Kommunisten ein Mißtrauensvotum stellen würden. Zwar würden beide Vorschläge abgelehnt werden, doch würde es sich bei der Abstimmung zeigen, daß im Storting eine Mehrheit gegen die Regierung vorhanden sei und diese müßte demzufolge zurücktreten. Wenn man es für sicher erachtete, daß die Kommunistische Partei ein Mißtrauensvotum stellen würde, so deshalb, weil die Partei 1919 einen Beschluß gefaßt hatte, der der Storthingsfraktion bei allen Thronredendebatten gebot, ein Mißtrauensvotum zu stellen. Unsere damalige Storthingsgruppe war sehr reformistisch und stand in direktem Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung. Diesem Zustand mußten wir ein Ende bereiten. Und um jedes Mißverständnis oder jede falsche Auslegung aus der Welt zu schaffen, verwandelten wir dieses taktische Problem in ein prinzipielles. Das war leicht erklärlich, doch sahen wir natürlich später ein, daß die Frage des Sturzes oder des Bleibens einer bürgerlichen Regierung eine rein taktische Frage ist, zu der man nach genauer Überlegung und Prüfung der politischen Situation Stellung nehmen muß.

Als der Storting im Januar zusammentrat, wurde auch der Landesausschuß der Partei einberufen. Er beschloß, daß die endgültige Entscheidung über die Frage des Mißtrauensvotums vom Zentralvorstand getroffen werden solle. Es ging indessen aus der Debatte hervor, daß die überwiegende Auffassung im Landesausschuß die war, daß, falls nicht noch etwas Unvorhergesehenes eintreten würde, die Gruppe kein Mißtrauensvotum stellen sollte. Die Regierung blieb deshalb auch bestehen. Die Motivierung für den Beschluß der Partei war folgende: Stürzen wir diese Regierung aus „prinzipiellen“ Gründen, bekommen wir eine Regierung der Rechten. Indem sie der Bauernpartei den Getreidezoll und andere Leckerbissen anbietet, wird die Rechte die Bauernpartei dazu bewegen, an der Re-

gierung teilzunehmen. Zusammen haben diese beiden Parteien zwar nur 74 von 150 Stimmen, doch da innerhalb der Linken viele reaktionäre Elemente zu finden sind, würde die neue Regierung in beinahe allen Fragen mit einer Mehrheit im Storting rechnen können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie sich einen bürgerlichen Block schaffen und die kommunistische Gruppe würde isoliert und ohne jeden Einfluß bleiben, trotz aller Redegewandtheit. Eine solche Politik würden die norwegischen Arbeiter nicht verstehen. So argumentierten wir und das war zweifelsohne richtig. Der Führer der Rechten, der Advokat Otto B. Halvorsen, der nach dem Sturz der Regierung Ministerpräsident geworden wäre, ist bei den Arbeitern wegen seines Auftretens als Justizminister in den Jahren 1920 und 1921, besonders während des großen Landesstreiks, sehr verhaßt. Er setzte sich auch einen würdigen Gedenkstein durch sein Verbot der Ein- und Ausfuhr (!) von Literatur, die in Rußland gedruckt war. Sollte die erste Tat der Kommunisten als Parlamentarier die sein, diesem Mann zur Regierungsmacht zu verhelfen, eine Macht, die er dann später dazu benützen würde, um einen großen antikommunistischen Block zu schaffen? Unmöglich. Falls wir die Regierung stürzen wollten, mußte es aus einem Anlaß geschehen, bei dem die Arbeiter unser Auftreten verstehen konnten, am besten unter solchen Umständen, bei denen die Linke gespalten wurde.

Ich weiß mit Bestimmtheit, daß, praktisch genommen, die gesamte norwegische Arbeiterklasse mit uns darin einig war, daß wir richtig handelten, indem wir die Regierung der Linken nicht stürzten. Die Rechtssozialisten im Storting versuchten vergebens, uns zu provozieren. Sie hatten im Wahlkampf damit agitiert, daß die Kommunisten im Storting nur Spektakel und Dummheiten — nach der Order aus Moskau — machen würden, und sie waren verzweifelt darüber, daß wir nicht mit der Dummheit debütieren wollten, den Arbeitern eine Regierung der Rechten und einen bürgerlichen Block auf den Hals zu laden. Selbst hatten diese Kerle von einem solchen Block nichts zu fürchten. Im Gegenteil, die Arbeiter, die bei den Wahlen mit den Rechtssozialisten stimmten, begannen nun, uns Kommunisten mit anderen Augen zu betrachten. Sie verstanden, daß wir doch nicht so dumm waren, wie uns die Rechtssozialisten hingestellt hatten. Und sie lernten dies immer besser verstehen. Unsere Genossen im Storting gingen in ihrer Arbeit auf. Sie arbeiteten sich in den Stoff ein, sie warfen sich in alle Debatten und es ist eine Tatsache, die niemand in Norwegen bestreiten kann, daß die kommunistische Gruppe als Repräsentant der Arbeiterklasse die rechtssozialistische Gruppe vollständig in den Schatten gestellt hat.

Als die sozialdemokratische Presse uns nicht länger als unnütze Radaumacher hinstellen konnte, schlug sie vollständig um und verhöhnnte uns, weil wir allzu eifrige Parlamentarier seien und die Re-

gierung „stützen“. Diese Agitation würde jedoch völlig harmlos gewesen sein, wenn sie nicht Nahrung bekommen hätte durch die halbsyndikalistische Agitation innerhalb unserer Partei. Das ist tatsächlich geschehen. Es ist ganz natürlich, daß die Stellung der Gruppe schwierig ist, und es wurde während der Debatten vieles gesagt, was besser nicht gesagt worden wäre. Doch ist es nicht wahr, was unsere syndikalistisch gefärbten Mitglieder insinuierten — daß wir uns in unserer Taktik von der Regierung abhängig machen.

Ausländische Parteigenossen, die jemals von der kommunistischen Stortinggruppe haben sprechen hören, werden sicherlich bei einer solchen Behauptung mit dem Kopfe schütteln. Leider ist es so, daß von unserem Auftreten und unseren Taten, die außerhalb Skandinaviens Aufmerksamkeit erweckten, unser Eintreten für das Gesetz des Zwangsvergleiches bei wirtschaftlichen Konflikten am bekanntesten geworden ist. Das E. K. urteilte, daß wir diesmal einen Fehler begangen haben, und ich will mich keineswegs bemühen, das Urteil des E. K. abzuändern. Doch sind die Mitglieder der Internationale berechtigt, zu verlangen, die Gründe für unsere Handlungsweise kennen zu lernen.

Der Gedanke, Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern durch Gerichtsverhandlung und Urteil entscheiden zu lassen, ist natürlich in der Partei der Linken entstanden. Er tauchte schon vor dem Kriege auf. Die Arbeiter wehrten sich dagegen mit Händen und Füßen. Auch die Kapitalisten warnten vor diesem Gesetz. Ja, es ereignete sich sogar, daß das Sekretariat der gewerkschaftlichen Landesorganisation, zusammen mit dem Zentralvorstand des Arbeitgebervereins einen gemeinschaftlichen Protest an den Storting gegen das Gesetz richteten. Wenige Jahre später wurde es doch eingeführt, indem die Rechte wie auch die Linke für das Gesetz stimmten. Es war jedoch nur von zeitweiliger Dauer. Die Arbeiter streikten zwei Tage gegen das Gesetz, ohne aber etwas damit zu erzielen. Nun ereignete es sich, daß die Regierung — der Linken — zum Präsidenten des Zwangsschiedsgerichts einen Richter ausersah, der für seine arbeiterfreundlichen Ansichten bekannt war. Er wurde auch bei späteren Gelegenheiten zum Schiedsrichter ausersehen, und stets verkündete er Urteile, die für die Arbeiterschaft vorteilhaft waren. Während seiner letzten Tätigkeit bekamen die Arbeiter 12 Tage Ferien (der 8-Stundentag ist gesetzlich eingeführt) und es wurden ihnen erhebliche Lohnerhöhungen zugesprochen. Die Gültigkeit des Gesetzes war im Jahre 1920 zu Ende. Es ist natürlich, daß die günstigen Urteilsprüche, die gefällt wurden, die Stimmung unter den Arbeitern zugunsten des Gesetzes beeinflussten.

Im Jahre 1920 hatten wir in Norwegen einen Eisenbahnerstreik, der mit der Niederlage der Arbeiter endete. Im vorigen Jahre hatten wir den

großen Landesstreik, der auch mit der Niederlage der Arbeiter endete. (Die Ursachen dieser Niederlagen will ich hier nicht erörtern, ich konstatiere nur die Tatsachen.) Die Arbeitslosigkeit war im vorigen Jahre — und ist auch noch — sehr groß, die Finanzen einiger Gewerkschaften sind zerrüttet. Solcherart war die Situation, als im April dieses Jahres die Frist für die Zwangsgerichtsurteile und die Tarifverträge ablief. Die Regierung brauchte im Februar die Vorlage eines neuen Zwangsvergleichsgesetzes ein. Diesmal sollte das Gesetz eine zweijährige Dauer haben. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Rechte jetzt, im Gegensatz zu früher, als wir uns in einer Anfangsperiode befanden, gegen das Gesetz stimmen würde. Würden die Kommunisten dasselbe tun, so war das Schicksal des Gesetzes besiegelt. Doch war es ratsam, daß wir dagegen stimmten? Dies war das Problem, worüber wir wochenlang diskutierten, und ich kann sagen, daß die Diskussion ziemlich heftig war. Die Gegner des Gesetzes hoben hervor: Wir können nicht für ein Gesetz stimmen, das den Arbeitern verbietet, zu streiken. Alles andere — nur nicht das. Anstatt für das Gesetz zu stimmen, ist es unsere Pflicht, die Arbeiter in den Kampf zu führen. Für das Gesetz zu stimmen, ist Kapitulation, Selbstaufgabe und eine Verurteilung unseres früheren Auftretens in dieser Sache. — Es läßt sich nicht leugnen, daß Tranmäl und andere, die die Wortführer dieser Ansicht waren, in vielen Arbeiterversammlungen Christianias großen Erfolg hatten. Doch in den organisationsmäßigen Instanzen, in denen die Angelegenheit entschieden werden sollte, siegten doch wir anderen, die auf der anderen Seite standen. Wir wiesen zunächst darauf hin, daß das Gesetz nicht jeden Streik verbietet. Es gibt nur der Regierung — bei gewissen Anlässen und unter gewissen Umständen — die Handhabe, Streiks oder Aussperrungen zu verbieten und ein zwangsmäßiges Schiedsurteil herbeizuführen. Wir erklärten uns des weiteren bereit, es durchzusetzen, daß das Gesetz nur einjährige Gültigkeit erhalten solle. Wir gaben zu, daß es unsere Pflicht sei, die Arbeiter in den Kampf zu führen und ihnen im Kampfe beizustehen. Doch sollten wir sie jetzt in einen Kampf hineinziehen? Alle wußten, daß, wenn wir gegen das Gesetz stimmten, dies gleichbedeutend wäre mit einer großen Aussperrung im April. Und wir überlegten: Ist die norwegische Arbeiterklasse moralisch und ökonomisch vorbereitet, einen solchen lock out durchzumachen? Es war ganz offensichtlich, daß die Antwort ein Nein sein mußte. Nach den großen Niederlagen von 1920 und 1921, nach der furchterlichen Arbeitslosigkeit, die die ökonomischen Möglichkeiten der Gewerkschaften dezimiert und deprimierend auf die Stimmung der Arbeiter gewirkt hatte, nach alledem würde das Stimmen gegen das Gesetz ein Stimmen für die Eröffnung einer Offensive der Arbeitgeber bedeuten, die ohne jeden Zweifel mit einer vernichtenden Niederlage der Arbeiter enden würde. — Es würde dies ein Verbrechen

sein, das die norwegische Arbeiterklasse der Kommunistischen Partei lange nicht verzeihen hätte.

Im Zentralvorstand der Partei war ursprünglich die Mehrheit gegen das Gesetz. Als aber später die Repräsentantschaft (der erweiterte Rat) der gewerkschaftlichen Landesorganisation das Gesetz empfahl, wurde der Landesvorstand der Partei einberufen, und dieser gab der Storthingsgruppe einstimmig die Anweisung, für das Gesetz zu stimmen.

Wir wußten, als wir für das Gesetz stimmten, daß diesmal ein anderer Schiedsrichter ernannt und daß die Löhne gedrückt werden würden. So rechneten wir z. B. damit, daß die Löhne der Metallarbeiter von 2,10 Kronen auf 1,70 oder 1,65 Kronen herabgesetzt werden würden. Sie wurden indessen auf 1,60 Kronen herabgesetzt, also um 50 Öre. Die Ferien wurden von 12 auf 8 Tage herabgesetzt. Dies kann hart erscheinen, doch würde ein Kampf mit weit schlechteren Resultaten geendigt haben.

Der Tarif der Seeleute gehörte zu denen, die abließen, und die Reeder weigerten sich strikte, überhaupt über einen neuen Tarif zu verhandeln. Sie wußten, daß sie die Seeleute, von denen nur ein geringer Bruchteil organisiert war, zwingen konnten, für ganz elende Heuer zu arbeiten. Der Sozialminister, der einer der mehr konservativen Regierungsmitglieder ist und der in erster Linie entscheidet, bei welchen Anlässen das Zwangsvergleichsgesetz in Anwendung kommen soll, ließ die Seeleute nur widerwillig vor das Schiedsgericht kommen. Er fürchtete den Zorn der Reeder. Im Storting mußten die Kommunisten daher den Sozialminister förmlich zwingen, das Gesetz in Anwendung zu bringen. In diesem unseren Auftreten waren alle — absolut alle — Parteigenossen mit uns einig. Durch das Urteil bekamen die Seeleute die Heuer natürlich bedeutend gedrückt, doch glaube ich, daß sie dennoch 40—50 Kronen im Monat über das betragen, was die Reeder bereit waren, zu zahlen.

Nach dem Urteil wurde eine Protestversammlung arrangiert. Es hatten schon vorher viele solcher Protestversammlungen gegen die Urteile stattgefunden. Das Bedauerliche daran war nur, daß diese Versammlungen von unseren eigenen Parteigenossen zur Agitation gegen die Storthingsfraktion ausgenutzt wurden.

In der Praxis ist das Schiedsgerichtsgesetz von 1922 kein Gesetz, das den Streik verbietet. Die Arbeiter aber wollen in diesem Jahre gar nicht in den Streik gehen. In der Praxis ist das Gesetz ein Verbot gegen Aussperrungen. Die Regierung tritt in dieser Sache nach dem Willen der Bauern gegen das organisierte Großkapital auf.

Das E. K. hat, wie gesagt, geurteilt, daß wir, die wir für das Gesetz stimmten, einen Fehler begangen haben; doch in dem für uns Wesentlichen, daß dies eine rein taktische Frage ist, in der es den Kommunisten erlaubt ist, verschiedener Auffassung zu sein, ist das E. K. mit uns einer Meinung, und es ist be-

geschlossen worden, daß, wenn die Frage das nächste Mal eventuell wieder gestellt wird, die Norwegische Arbeiterpartei mit der Internationale verhandeln soll.

Eine Angelegenheit, die verschiedene taktische Schwierigkeiten bereitet, ist die der Enthaltbarkeit. Die Abstinenzbewegung ist in Norwegen sehr stark und während des Krieges wurde die Regierung gezwungen, ein zeitweiliges Verbot gegen Branntwein und starke Weine zu erlassen. Unsere Partei fügte 1912 in ihr Programm einen Punkt ein, der das Verbot fordert. 1919 wurde eine Volksabstimmung vorgenommen und die große Mehrheit verlangte damals, daß das zeitweilige Verbot zu einem dauernden gemacht werden solle. In Christiania war eine große Mehrheit gegen das Verbot, doch auf dem Lande, besonders im Westlande, waren die Gegner des Verbotes in verschwindender Minorität. Es zeigte sich indessen, daß das Verbot nicht wirksam war. Längs der weitgestreckten Küste werden ungeheure Mengen deutschen Branntweins ins Land geschmuggelt. Hinzu kam, daß Spanien den Handelsvertrag kündigte und nunmehr Norwegen gezwungen hat, 500 000 Liter Sherry pro Jahr einzuführen. Wir haben für diesen Wein weder die Möglichkeit, ihn zu verdünnen, noch umzudestillieren, noch zu

expedieren oder (das letzte verbietet unser eigener Verbotsparagraph) ihn auszutrinken. Die kommunistische Gruppe stimmte gegen dieses Handelsabkommen, das wir widerwärtig und skandalös fanden. Doch ist es eine Tatsache, daß wir dadurch in Gegensatz zu der großen Fischerbevölkerung kamen. Aus diesen und vielen anderen Gründen ist in der Partei eine wachsende Stimmung für die Absetzung der Verbotsforderung. Die letzte Landesausschußsitzung hat denn auch in dieser Richtung einen Schritt unternommen. Anstatt die Arbeiterklasse zu vereinen, hat diese Forderung dazu beigetragen, Uneinigkeit und Verwirrung unter den Arbeitern zu schaffen.

Wie sich die Partei zum Alkoholproblem während der Diktatur des Proletariats in Norwegen stellen soll, ist eine Sache für sich, die wir schon ohne Streit lösen werden, wenn der Tag — hoffentlich recht bald — heranbricht.

Was die anderen Fragen anbetrifft, die im Vorhergehenden behandelt wurden, so glaube ich, daß der Brief des E. K. an die Norwegische Arbeiterpartei vom 25. September 1922 uns ein gutes Stück vorwärts auf dem Wege einer glücklichen Lösung gebracht hat.

Olaw Schefsto.

Diskussion zur Frage des Programms der Kommunistischen Internationale.

Entwurf des theoretischen Teils des Programms der K. I. (Die Nachkriegszeit.)

I. Der Weltkrieg bildet den Übergang zu dem gegenwärtigen Verfallsstadium des Kapitalismus. Der Weltkrieg war aber durchaus kein unheilvoller Zufall, der das bis dahin feste Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert und die gegenwärtige revolutionäre Situation heraufbeschworen hat; sondern nur eine Erscheinungsform des in der imperialistischen Periode sich stets verschärfenden Widerspruchs zwischen den Produktionskräften und den ihrer Weiterentwicklung zur Fessel gewordenen Produktionsverhältnissen, d. h. den kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnissen. Der Weltkrieg muß sich unvermeidlich periodisch wiederholen, falls die soziale Revolution dem Kapitalismus nicht ein Ende bereitet.

Der Weltkrieg hat aber durch die ungeheure Vernichtung an sachlichen Produktions-

mitteln und menschlicher Arbeitskraft die Harmonie zwischen Produktionskräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen durchaus nicht hergestellt. Im Gegenteil: Der Krieg hat zu einem ökonomischen Chaos geführt und hierdurch die gegenwärtige revolutionäre Periode des Überganges vom Kapitalismus zur Diktatur eingeleitet. Der Kapitalismus ist unfähig, die durch den Krieg entfesselten revolutionären Kräfte des Proletariats wieder seiner Herrschaft zu unterwerfen, auf kapitalistischer Grundlage eine neue Periode der ruhigen „normalen“ Produktion zu schaffen.

II. Die Vernichtung der Produktionskräfte durch den Weltkrieg ging nicht gleichmäßig vor sich. Während Ost- und Mitteleuropa bis zur Hungersnot verarmten, erfuhr der sachliche Produktionsapparat Englands und der

außereuropäischen Länder eine gewaltige Ausdehnung. Das Schwergewicht des Kapitalismus ist nach Amerika gerückt: der früher einheitlich um den höchst entwickelten westeuropäischen Kern gelagerte Weltkapitalismus zerfällt in zwei durch eine Kluft getrennte Gebiete. Das Unterproduktionsgebiet: Mittel- und Osteuropa, das Überproduktionsgebiet: Vereinigte Staaten, England, Japan, die neutralen Länder. Das sichtbarste Zeichen dieses Zerfalles ist die fortschreitende rapide Entwertung der Valuta des Unterproduktionsgebietes. Der auf den Warenaustausch aufgebaute, durch das Gold als Weltgeld zu einer Einheit verbundene Weltmarkt zerfällt in zwei Teile mit ganz verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen.

III. Das Zerfallen des Weltmarktes hat eine ständige, allgemeine, aber in jedem Gebiete anders geartete Wirtschaftskrise zur Folge. Während in den vorhergehenden Epochen des Kapitalismus die Überproduktionskrisen, vom industriellen Zentrum ausgehend, sich wellenartig ausbreiteten und abschwächten, zeigt sich gegenwärtig — von vorübergehenden Konjunkturschwankungen abgesehen — die Tendenz zu einer anhaltenden Unterproduktionskrise in den Unterproduktionsgebieten, verursacht durch die Kaufunfähigkeit des Unterproduktionsgebietes in den Überproduktionsgebieten; zu einer anhaltenden Agrar- und Industriekrise in den Kolonien, die die Rohstoffe am Weltmarkt nicht unterbringen können und deren während des Krieges neu entstandene Industrie dem Ansturm der Produkte der alten Industrieländer schwer standhalten kann. Die ständige Krisentendenz wird durch den Versuch der Entente-Länder, ihre im Kriege erlittenen Verluste auf Kosten der Länder Mitteleuropas zu decken, verschärft.

IV. Dieser chaotische Krisenzustand des Weltmarktes führt zu einem dauernden Weiterbestehen des im Weltkrieg begonnenen allgemeinen Rückganges der Produktion. In den Unterproduktionsgebieten führt der Mangel an Kapital, an sachlichen Produktionsmitteln einerseits, die Unterernährung der arbeitenden Massen andererseits, zu einem Rückgang sowohl der individuellen Arbeitsleistung, als auch der Gesamtproduktion. In den Gebieten mit erweitertem Produktionsapparat werden große Teile der Produktionsanlagen stillgelegt, Millionen Arbeiter ständig der Arbeits-

möglichkeit beraubt, weil die verfallende Welt keinen Markt für ihre Produkte bietet. Das Fehlen eines Maßstabes von beständigem Wert macht die Höhe des im Produktionsprozess erzeugten Profits von den richtigen oder unrichtigen Valutaspekulationen abhängig. Jener Teil des Kapitals, welcher noch nicht vertraut ist, zieht sich von der Produktion zurück, wird in erhöhtem Maßstabe zu Handels- und Spekulationskapital. Die fortgesetzte Entwertung des Geldes in den Unterproduktionsgebieten richtet das Kreditsystem zugrunde, macht das Sparen ökonomisch sinnlos. All dies wirkt zersetzend auf den Gang der Produktion.

Der Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft ist gelockert. Die landwirtschaftliche Produktion geht zurück; in den Unterproduktionsgebieten infolge des Mangels an Produktionsmitteln (Vieh, Kunstdünger usw.) und weil die ungemein hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte es den Bauern ermöglichen, auch bei verminderter Produktion alle ihre Ansprüche zu befriedigen; in den Überproduktionsgebieten, weil die Produkte zu profitbringenden Preisen keine Käufer finden und es oft vorteilhafter erscheint, Getreide als Brennmaterial zu verbrauchen als zu verkaufen. Durch das ungeheure Anschwellen des Beamtenstabes und des Heeres im Weltmaßstab — trotz allen pazifistischen Phrasenschwallen — wird die Zahl der produktiv Tätigen vermindert, was zu einem weiteren Rückgang der Produktion führt.

V. Machtlos steht das Kapital diesem Verfall der kapitalistischen Weltwirtschaft gegenüber. Die Kapitalisten der Unterproduktionsgebiete suchen durch Verschieben ihres Vermögens in die sozial vorläufig minder gefährdeten neutralen Länder Rettung. Das Kapital der Länder des Überproduktionsgebietes schwankt unaufhörlich zwischen zwei auf gleiche Weise nicht zum Ziele führenden Methoden hin und her: Entweder das verfallende Mittel- und Osteuropa seinem Schicksal zu überlassen, durch hohe Schutzzölle seinen inneren Markt voll und ganz dem inländischen Kapital zur schrankenlosen Ausbeutung auszuliefern, durch die Entwicklung der Kolonien, Chinas und Südamerikas das zum Fortbestehen des Kapitalismus unentbehrliche neue Absatzgebiet zu schaffen; oder durch riesige Kredite und durch Öffnung der Grenzen für ihre Produkte die Wirtschaft der Unterproduktionsgebiete wieder aufzurich-

t e n. Der erste Weg führt unvermeidlich zur sozialen Revolution, zur Diktatur des Proletariats in ganz Kontinental-Europa in sehr kurzer Zeit, schafft höchstens den Ländern mit genügender eigener Agrarbasis (Vereinigte Staaten, englische Kolonialländer, Südamerika) eine Atempause. Der zweite Weg führt einerseits zur Wiedererstarkung Deutschlands, ist aber nur auf Grundlage einer raschen ökonomischen Gesundung Sowjetrußlands möglich, welches die unentbehrliche Rohstoffbasis Deutschlands bilden müßte. Die ökonomische Erstarkung Sowjetrußlands würde aber dem Proletariat aller Länder einen verstärkten Anreiz zur sozialen Revolution bieten. Keiner der Wege führt zu dem von der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten ersehnten Ziel: zur Wiederherstellung eines „normalen“ Kapitalismus.

VI. Der Kampf um die Aneignung der zusammengeschrumpften Wertprodukte geht sowohl in den einzelnen Ländern, als auch im Weltmaßstab in verschärfter Form weiter. Die Konzentration des Vermögens und der wirtschaftlichen Macht in wenige Hände schreitet im Kriege und in der Nachkriegszeit rasch fort. In den Unterproduktionsgebieten sinken weite Schichten der Bevölkerung ins Proletariat herab: Rentnerschichten mit in Geld fixiertem Einkommen durch die Entwertung des Geldes; Handwerker durch die Unmöglichkeit, bei der ungeheuren Preissteigerung die Mittel zur Weiterführung eines selbständigen Betriebes herbeizuschaffen; die ganze Beamtenschaft, deren Gehalt durch die Entwertung des Geldes auf das Niveau des Proletariats gesunken ist, wodurch der allgemeinen Korruption der Weg geebnet wird. In allen Ländern stehen die Bauern als Klasse mit dem in Monopolen gebildeten zusammengeballten Kapital in scharfem Kampf. Innerhalb des Bauerntums geht eine Differenzierung vor sich: die sich bereichernden Großbauern stehen den durch die Teuerung schwer bedrückten, zum Teil auf ihren Arbeitsverdienst angewiesenen Zwergbauern schroff gegenüber. Die Lebenshaltung sowohl des alten, als auch des neuen Mittelstandes verschlechtert sich. Ein weit sichtbares Zeichen des verschärften Klassenkampfes, des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft ist die permanente Krise des Parlamentarismus und der Bourgeoisie-Regierungen. In keinem Lande gibt es eine feste parlamentarische Regierungspartei. Rasch wechselnde Parteigruppierungen, eine ununterbrochene Folge von

Regierungswechseln kennzeichnen diese Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

VII. Der entscheidende Kampf wird aber zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ausgefochten. Das Kapital sucht die Krise durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats zu überwinden. Alle Methoden zur Erhöhung der Ausbeutung sollen angewendet werden. Die Errungenschaft der revolutionären Demobilisierungsperiode, der Achtstundentag, soll wieder abgeschafft, die Mehrarbeit vergrößert werden. Zugleich soll die Intensität der Arbeit und der Ausbeutung erhöht werden: Das Kapital schreitet nach höherer Arbeitsleistung. Endlich soll die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkürzt werden durch Herabsetzung des Lohnes weit unter das reale Niveau der Vorkriegszeit.

VIII. Aber das Proletariat wehrt sich mit revolutionärer Entschlossenheit. Umsonst versuchen verräterische Gewerkschaftsführer und Sozialpatrioten das Proletariat zu zwingen, im Interesse des Weiterbestehens des Kapitals, sich einer vermehrten Ausbeutung friedlich zu unterwerfen. Das Proletariat hat in den langen Kriegsjahren und in der gegenwärtigen revolutionären Periode große Fortschritte im Klassenbewußtsein gemacht. Es ist mit dem Gebrauch der Waffen vertraut geworden. Es ist eher bereit, mit den Waffen in der Hand zu kämpfen, als sich dem Diktat des Kapitals zu unterwerfen. Der Glaube an die Unerlöschlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist bei den klassenbewußten Schichten des Proletariats dahin. Das Beispiel Sowjet-Rußlands, wo die proletarische Macht nunmehr seit 5 Jahren feststeht, gibt den revolutionären Vorkämpfern Mut und Entschlossenheit. So sehen wir, daß das Proletariat dem Versuch des Kapitalismus, die Krise auf seine Kosten zu überwinden, den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Ungeheuer lang anhaltende, sich rasch wiederholende Streiks hindern die Produktion. Politische Massenstreiks, bewaffnete Aufstände erschüttern den Gang der kapitalistischen Produktion. In manchen Ländern wird der Bürgerkrieg zu einer ständigen Erscheinung. Das Kapital kann sich zu seinem Schutze nicht mehr auf die über den Klassen stehende Staatsgewalt verlassen: Es müssen Klassentruppen aus den Mitgliedern der herrschenden Klasse selbst gebildet werden. Ein immer größerer Teil des Gesamtprofits muß für die Kosten der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft verwendet werden.

IX. Aber auch wenn es dem Kapital gelingen würde, durch Anwendung von Waffengewalt das Proletariat zeitweilig auf die Knie zu zwingen, so würde auch dies keinen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Gesellschaft bedeuten. Das Proletariat des Unterproduktionsgebietes ist so herabgekommen, so unterernährt, daß es zu einer ständigen Mehrleistung bei einer weiteren Herabsetzung seiner Lebenshaltung unfähig ist. Das Beispiel Ungarns, wo sich die siegreiche Gegenrevolution — trotz der zeitweiligen vollständigen Unterdrückung jeglicher Arbeiterbewegung — unfähig erwiesen hat, den ökonomischen Verfall des Landes aufzuhalten, beweist dies. In den Überproduktionsgebieten würde eine allgemeine Herabsetzung der Lebenshaltung des Proletariats und Verlängerung der Arbeitszeit — bei der Unfähigkeit des Weltmarktes, das Mehrprodukt aufzunehmen — zu einer Verschärfung der Überproduktionskrise, zu einer katastrophalen Ausdehnung der Arbeitslosigkeit führen. Was dem einzelnen Kapitalisten als Lösung erscheint, beschleunigt den Zusammenbruch des Systems als Ganzes.

X. Das Kapital der nach dem Kriege übrig gebliebenen Großmächte: Vereinigte Staaten, England, Frankreich und Japan sucht die Krise durch die Verwandlung der ganzen übrigen Welt in ihr Kolonialgebiet zu überwinden. Ganz Europa östlich des Rheins bis an die Grenze Sowjet-Rußlands ist in wirtschaftlich unselbständige, tatsächlich unterjochte Kolonialländer zerlegt. Die kleineren, im Kriege neutralen Länder haben zwar den Schein ihrer politischen Selbständigkeit noch erhalten, werden aber wirtschaftlich von den imperialistischen Mächten ins Schlepptau genommen (Belgien durch Frankreich, Holland durch England). Alle anderen sind die Beute des Ententekapitals geworden. Ihre Produktionsmittel gehen in raschem Tempo in die Gewalt des französischen und englischen Kapitals über. Ihre Wirtschaftspolitik wird vom englischen und französischen Kapital diktiert. Während Deutschland, der einzige ebenbürtige Gegner, entwaffnet wurde, zermürben sich die anderen in gegenseitigen, von den gegensätzlichen Interessen des französischen und englischen Kapitals diktierten Rüstungen.

Trotz Völkerbund, Friedensliga, Washingtoner Konferenz, Entwaffnung Deutschlands verwendet die Bourgeoisie im Weltmaßstab einen größeren Teil des gesellschaftlichen Wertproduktes für militärische Ausgaben als vor dem Weltkriege. Bis an die Zähne bewaffnet stehen sich die vier Rivalen um die Weltherrschaft gegenüber: Zwischen Versicherungen der Bundestreue und kaum verschleierte Kriegsdrohungen taumelt ihre Politik hin und her. Um jedes Eckchen der Erde, welches noch nicht endgültig in dem Machtbereich einer der Weltmächte eingereicht ist, geht der Kampf. Jeder trachtet, einen immer größeren Teil des Weltmarktes monopolistisch zu beherrschen. Unaufhaltsam treiben sie einem neuen Weltkrieg entgegen.

XI. Der Befreiungskampf der Kolonialvölker nimmt immer schärfere Formen an. Die Siedlungskolonien Englands befreien sich auf friedlichem Wege von der Vorherrschaft des Mutterlandes. Die in den Weltkrieg hineingeretzten Kolonialvölker haben die Grundlage der Vorherrschaft der weißen imperialistischen Völker, die Überlegenheit in der Kriegstechnik, kennengelernt. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der weißen Fremdherrschaft verschwindet. In immer weiter sich ausbreitendem Kampfe bemühen sich die Kolonialvölker das Joch der Unterdrücker abzuwerfen. Hierdurch wird die Grundlage der ökonomischen Vorherrschaft der imperialistischen Großmächte untergraben.

XII. Während der Widerspruch zwischen den Produktionskräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer schärfer wird, konsolidiert sich die auf neuer Grundlage aufgebaute Wirtschaft Sowjet-Rußlands. Der Prozeß ist langwierig und von dem Krisenzustand der kapitalistischen Welt ungünstig beeinflusst. Trotzdem geht die Entwicklung dahin, daß die aufsteigende Linie der russischen Wirtschaft die abfallende der umliegenden kapitalistischen Länder in absehbarer Zeit überholen wird. Ist die Entwicklung so weit gediehen, so wird der Kampf um die Änderung der Produktionsverhältnisse in den umliegenden Ländern einen neuen, starken Impuls erhalten.

E. Varga.

Zum kommunistischen Programm.

Die Programmkommission der K. P. D. hat die nachfolgenden Ausführungen als Grundlage der Programmarbeit einstimmig angenommen:

Die Form des Programms.

Verschiedene Typen liegen vor:

A. Das kommunistische Manifest gibt eine umfassende historische Darstellung in der Form historischer Gliederung: Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Unterscheidung von früheren Gesellschaftsformen. Als Triebkraft der Klassenkampf. Revolutionäre Rolle der Bourgeoisie: technisch, ökonomisch, sozial, politisch. Positives Resultat: die Schaffung ungeheurer Produktionskräfte. Umschlag: Die Rebellion der unter dem Kapitalismus aufgewachsenen Produktionskräfte gegen die bürgerlichen Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Erscheinungsweise dieser Widersprüche: die periodisch wiederkehrenden Handelskrisen.

Also objektive Resultate des ökonomischen Prozesses:

1. Ungeheure Steigerung und Konzentration (Vergesellschaftung) der Produktionsmittel. Entsprechende politische Zentralisation (Nationalstaat usw.). Dies die positive ökonomische Voraussetzung, Bedingung der sozialistischen Umgestaltung. 2. Die Rebellion dieser Produktionskräfte gegen bürgerliche Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Die kapitalistische Anarchie, die notwendigerweise zu periodischen Krisen führt, die Krisenursachen in immer wachsendem Umfang erzeugt. 3. Die Arbeiterklasse als die aktive Kraft, die die sozialistische Umgestaltung bewußt vollzieht.

1. Kapitel.

Geschichtliche Entwicklung des Proletariats: 1. Anfänglich durch die Konkurrenz zersplittert. Seine Vereinigung nicht für eigene politische Zwecke, sondern für die der Bourgeoisie, als Schlachthaufe gegen die Gegner der Bourgeoisie (absolute Monarchie, Grundeigentümer, nichtindustrielle Bourgeoisie, Kleinbürger). Also noch ohne eigenes Klassenbewußtsein. 2. Herausbildung proletarischer Koalitionen und Assoziationen gegen die Bourgeoisie, zur Verteidigung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. Positives Resultat: Wachsende Organisation der Arbeiterklasse.

Die Entwicklung der Lohnkämpfe, ihr quantitatives Wachstum schlägt um in qualitativ Höheres: Klassenkampf, der zugleich politischer Kampf. Erringung von Reformen.

Die Bourgeoisie gezwungen, durch die Kollisionen (im nationalen Rahmen und international) die Arbeiterklasse in die politische Bewegung hineinzureißen. Gleichzeitig Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse. Übergang vereinzelter Teile zum Proletariat, Zuführung von Bildungselementen.

Zustrom von seiten des Kleinbürgertums, Charakteristik des Lumpenproletariats.

Die Ziele des Proletariats, die durch seine Klassenlage gegeben sind.

In der Existenz des Proletariats sind die Lebensbedingungen der alten Gesellschaft vernichtet. Für den Proletarier ist aufgehoben: das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Familie, bürgerliche Moral und Religion, das nationale Vorurteil. Das Proletariat, um die gesellschaftliche Produktionskraft zu erobern, muß seine eigene bisherige Aneignungsweise (Lohnarbeit) und die ganze bisherige Aneignungsweise (kapitalistische Produktion, Distribution, Zirkulation) aufheben.

Dieser Klassenkampf zunächst der Form, aber nicht dem Inhalt nach ein nationaler.

Proletarische Bewegung die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der Mehrzahl. Der Klassenkampf bricht in offene Revolution aus, wenn und sobald die Bourgeoisie nicht mehr imstande, „ihren Sklaven die Existenz selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern“.

2. Kapitel.

Proletarier und Kommunisten:
Die Grundsätze und Ziele des
Kommunismus.

1. Das Verhältnis der Kommunisten zum Proletariat:

Der bewußte Teil des Proletariats, der das Interesse der Gesamtbewegung übersieht und verfehlt.

2. Die nächsten Ziele der Kommunisten:

a) „Bildung des Proletariats zur Klasse“ (d. h. Schaffung der mit Klassenbewußtsein erfüllten Organisation). Was ist „Klassenbewußtsein“? Lebendiges, im

Handeln sich äußerndes Bewußtsein der gemeinsamen Interessen der Proletarier und des Gegensatzes der proletarischen Interessen zu denen der Bourgeoisie.

- b) Sturz der Bourgeoisieherrschafft,
- c) Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In der Auseinandersetzung mit dem Bourgeoisieliberalismus werden die proletarischen Ziele noch näher bestimmt:

1. Aufhebung des Privateigentums.
2. Mit dem Handel überhaupt fällt der Freihandel.
3. Aufhebung der Klassenbildung.
4. Aufhebung der bürgerlichen Familie, gesellschaftliche an Stelle häuslicher Erziehung, Entreißung der Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.
5. Indem das Proletariat die Herrschaft erobert, erhebt es sich zur nationalen Klasse, konstituiert sich als Nation.
6. Aufhebung der nationalen Absonderungen und Gegensätze.

Die Mittel der Arbeiterrevolution:

Politisch.

„Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse.“

„Erkämpfung der Demokratie.“

„Organisation als herrschende Klasse.“

Staat und Revolution.

Erster Schritt: Das Proletariat macht sich durch eine Revolution zur herrschenden Klasse, organisiert sich als Staatsgewalt zur Unterdrückung der Bourgeoisie.

Zweiter Schritt: Mit dem Verschwinden der Klassenunterschiede, d. i. mit der Ausbildung der sozialistischen Gesellschaft, „verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter“.

Übergangsmaßregeln.

Vorbedingung: Die politische Herrschaft des Proletariats.

Allgemeine Ziele: Enteignung des Kapitals der Bourgeoisie „nach und nach“, staatliche Zentralisation der Produktionsmittel, möglichst rasche Vermehrung der Produktionskräfte, ökonomische Übergangsmaßregeln, die zunächst „ökonomisch unzureichend und unhaltbar“, aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaustreiben. „Unvermeidlich“ als Mittel der „Umwälzung der ganzen Produktionsweise“.

Diese Maßregeln verschieden nach den verschiedenen Ländern.

Vorschläge für die fortgeschrittenen Länder:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuern.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staates.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

3. Kapitel.

Auseinandersetzung mit feudalem Sozialismus, kleinbürgerlichem Sozialismus (Simondi), dem „wahren Sozialismus“, dem konservativen oder Bourgeoisozialismus, dem kritisch-utopischen Sozialismus und Kommunismus.

4. Kapitel.

Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien.

In Frankreich Anschluß an die Sozialistisch-demokratische Partei gegen konservative und radikale Bourgeoisie.

In Deutschland gemeinsam mit Bourgeoisie gegen absolute Monarchie, feudales Grundeigentum und Kleinbürgerei, dabei Erhaltung des selbständigen Klassenbewußtseins der Arbeiter.

Allgemeine Linie: Unterstützung der revolutionären Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände, unter Hervorhebung der Eigentumsfrage als des Grundlegenden.

B. Das Erfurter Programm (1891) gliedert sich:

1. in einen grundsätzlichen Teil.

Inhalt: Tendenz der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus: Untergang der Kleinbetriebe, Proletarisierung von großen Massen, Monopolisierung der Produktionsmittel in wenigen Händen. Riesiges Wachstum der Produktivkraft der Arbeit, steigende Verelendung der Massen.

Entfaltung des Klassenkampfes. Krisen liefern Beweis, daß Produktivkräfte der Gesellschaft über den Kopf gewachsen.

Allgemeines Ziel: Umwandlung der kapitalistischen in sozialistische Produktionsweise.

Dieser Kampf ein politischer Kampf um die politische Macht.

Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei: Vereinheitlichung und Bewußtmachung dieses Kampfes.

Internationale Einheit dieses Kampfes.

2. Minimalprogramm.

Inhalt: Demokratie, soziale Reformen, Arbeiterschutz.

C. Spartakusprogramm.

1. Ausgangspunkt der 9. November. Der Zusammenbruch ist ausweglos außer im Sozialismus, in der Weltrevolution.

2. Die politische Form der Proletarierherrschaft: Räteorgane, Klassenorgane der Arbeiterschaft, an Stelle der Bürokratie. Die wirtschaftliche Umwälzung muß von den breitesten Massen errungen, von ihren Organen getragen sein.

3. Revolution als Bürgerkrieg in schärfster Form, Stellung zum Terror. Definition der Diktatur des Proletariats.

4. Maßregeln zur Sicherung der Revolution, zur Verwirklichung der Räteordnung, zur Anbahnung des Sozialismus, internationale Aufgaben.

5. Verhältnis des Spartakusbundes zur Bourgeoisie, zur Arbeiterklasse, zu den übrigen Arbeiterparteien.

I.

Das Kommunistische Manifest entwickelt historische Ziele und Grundsätze des Kommunismus, enthält aber zugleich in kurzer und leser Form Übergangsforderungen (keine Mini-

malforderungen) nebst einigen Forderungen des Arbeiterschutzes. (Schutz der Kinderarbeit).

Beim Erfurter Programm liegt das praktische Schwergewicht auf den demokratischen und sozialen Reformforderungen. Der grundsätzliche Text umschreibt die Ziele nur in abstrakt-allgemeiner Weise. Keine Andeutung, weder über die konkrete Form der Ausübung der proletarischen Diktatur (ihre Staatsform), noch Übergangsmaßregeln zum Sozialismus.

Das Spartakusprogramm beschränkt sich auf die Formulierung der konkreten Formen und Mittel der proletarischen Diktatur und der sozialistischen Umgestaltung. Darauf liegt hier das Schwergewicht. Die demokratischen Forderungen des Erfurter Programms fallen natürlich vollständig weg. Geblieben ist nur die summarische Forderung „einschneidender sozialer Gesetzgebung“ usw. Das Spartakusprogramm enthält kein Minimalprogramm und keine „Übergangsforderungen“.

Ein jetzt abzufassendes kommunistisches Programm müßte in der Form (im Grundplan), nicht dem Inhalt nach, zum Typus des Kommunistischen Manifestes insofern zurückkehren, als es neben der Begründung und Fixierung der kommunistischen Ziele und Grundsätze Übergangsforderungen enthalten müßte, politische und ökonomische Übergangsmaßregeln, die, an die bürgerliche Demokratie und die kapitalistische Produktions- und Eigentumsordnung anknüpfend, „über sich selbst hinaustreiben“. Diese „Übergangsforderungen“ stimmen ihrem allgemeinen Charakter nach mit denen des Kommunistischen Manifestes überein, natürlich nicht dem Inhalt nach, weil 1. der Ausgangspunkt verschieden und 2. der Endpunkt an der Hand der bisherigen Erfahrungen proletarischer Revolutionen viel konkreter zu fassen ist. Diese Übergangsforderungen unterscheiden sich scharf ihrem allgemeinen Charakter nach von dem demokratischen Minimalprogramm des Erfurter Programms. Die Minimalforderungen des Erfurter Programms gelten der Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie, der Beseitigung der militärisch-bürokratisch-feudalen Überreste des Absolutismus in Deutschland und der Linderung des Drucks der kapitalistischen Ausbeutung. Die Übergangsforderungen des Kommunistischen Programms zielen hin auf die Überwindung der bürgerlichen Demokratie, die in mehr oder minder entwickelter Form die tatsächliche Voraussetzung ist, und

der kapitalistischen Ordnung, deren Druck nicht mehr durch bloße Reformen, sondern nur noch durch bereits revolutionäre Teilmaßregeln zu beheben ist. Das Spartakusprogramm sah von solchen Übergangsforderungen ab, weil sein Ausgangspunkt nicht die bürgerliche Republik, sondern die Arbeiter- und Soldatenräte und die tiefe Erschütterung der kapitalistischen Ordnung und sein unmittelbares Ziel, Ausbau, Befestigung der Räteordnung und die sozialistische Umwandlung usw.

Soll das Programm umfangreiche Erläuterungen enthalten, zugleich Propaganda- und Streitschrift sein? Das Kommunistische Manifest war zugleich, aus konkretem Stoff, Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung und polemische Schrift (gegen „wahren Sozialismus, kleinbürgerlichen Sozialismus“ usw.). Das war nötig, weil dem Kommunistischen Manifest umfassende geschlossene Darstellungen der kommunistischen Geschichtsauffassung und Methoden nicht vorausgegangen waren. (Die Marx-Engelschen Arbeiten vor dem Kommunistischen Manifest sind Vorarbeiten.) Dagegen liegen in den Thesen der Kongresse der Komintern ausführliche propagandistische und polemisch-kritische Darstellungen der Grundsätze und Ziele des Kommunismus vor. Das Programm und die Programme sollten sich also darauf beschränken, so wie die klassischen sozialdemokratischen Parteiprogramme dies tun (Erfurter Programm, Programm der französischen Sozialdemokratie), in knapper schlagender Form die Resultate zusammenzufassen.

Siehe F. Engels Kritik zum Entwurf des Erfurter Programms von 1891:

„I. Erwägungsgründe in zehn Absätzen.

Im allgemeinen leiden diese an dem Versuch, zwei unvereinbare Dinge zu vereinigen: sowohl Programm wie Kommentar zum Programm zu sein. Man fürchtet nicht deutlich genug zu sein, wenn man kurz und schlagend ist, setzt deshalb Erläuterungen hinein, die die Sache breit und schleppend machen. Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzise als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Verhandlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut dann alles Nötige, und der kurze prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden.

im Gedächtnis, wird Schlagwort, und das passiert der breiteren Auseinandersetzung nie.“ (Friedrich Engels zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891, „Neue Zeit“, XX. 1, S. 5, 6. (1902).

Die Kommentare zu einem Kommunistischen Programm liegen in den Thesen bereits vor. Das Programm selbst soll sich einprägen, muß also „kurz und präzise“ sein.

II.

Die Frage ist: Soll ein Kommunistisches Programm die Übergangsforderungen festlegen? Wir haben uns gegen die Ex-K. A. G.-Leute gewandt, die die Arbeiterregierung usw. programmatisch festlegen wollten. Aber hier ist ein grundsätzlicher Unterschied. Sie hatten im Auge Mindestforderungen im Sinne des Erfurter Programms, d. h. Forderungen, die allein für die absehbare Zeit in Betracht kommen, während die Ziele und Grundsätze des Kommunismus nur theoretische, ideelle, jenseitige, d. h. keine praktische Bedeutung haben sollten. Wir wollen die Übergangsforderungen ausschließlich im Sinne von Übergangsforderungen formulieren, d. h. als mögliche Durchgangspunkte, nicht als Haltpunkte für absehbare Zeit, im selben Sinn also wie die Übergangsforderungen des Kommunistischen Manifests. Das ist ein prinzipieller Unterschied.

Die K. A. G., indem sie sich der U. S. P. D. anschloß, indem sie in ihr ihre Bereitschaft zum Eintritt in eine bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition vertrat, indem sie vorher schon die anonyme Koalitionspolitik der U. S. P. D. deckte, indem sie schließlich mit der U. S. P. D. die Verschmelzung mit der S. P. D. mitmacht, beweist, daß die kommunistischen Grundsätze und Ziele von ihr aufgegeben sind. (Wie bereits im Anfang von uns vorausgesagt.)

Droht nicht den kommunistischen Parteien eine ähnliche Gefahr, wenn sie Übergangsforderungen programmatisch festlegen? Nicht im mindesten, wenn sie diesen Übergangscharakter streng festhalten.

III.

Weitere Frage: Lassen sich allgemeine Übergangsforderungen (für alle Länder gültige) überhaupt formulieren, und in welchem Umfang ist ein kommunistisches Programm allgemein gültig zu machen?

Es trifft hierbei durchaus zu, was das Kommunistische Manifest fordert, daß „diese Maß-

regeln natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein müssen". Das Kommunistische Manifest formuliert jedoch Übergangsmaßregeln für die damaligen „fortgeschrittensten Länder“.

Heute haben wir es mit einem viel weiteren und viel bunteren Kreis von Ländern zu tun, in denen die revolutionäre Bewegung eine Rolle spielt. Neben den kapitalistisch entwickeltesten Ländern mit im einzelnen verschiedenen Staatsformen, auf verschiedenen Stufen der Entfaltung des Klassenkampfes befindlich, auf verschiedenen Stufen des wirtschaftlichen Niedergangs. Ländern in verschiedenen Stadien des Frühkapitalismus, einfacher Warenproduktion, patriarchalischer Produktionsformen, Kolonial- und Halbkolonialländern mit mehr oder weniger absolutistischen Verfassungen usw.

Das Zweckmäßigste erscheint uns deshalb:

1. Für das allgemeine Programm ein grundsätzlicher Teil nebst Übergangsforderungen nach Ländergruppen von verwandtem Typus gegliedert:

Folgende Hauptgruppen:

a) Länder, in denen das Proletariat die Macht bereits erobert hat,

b) kapitalistisch entwickelte Staaten mit mehr oder weniger ausgebildeter bürgerlicher Demokratie und starker ökonomischer und finanzieller Zerrüttung: Typus Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Schweiz, Italien, Frankreich, Balkanländer.

c) Typen noch stabilerer kapitalistischer Staaten: England, Amerika.

d) Typus Japan: Kapitalistisch entwickelt, aber noch mehr oder weniger absolutistisch.

e) Kolonial- und Halbkolonialländer: Indien, Ägypten, Persien, China usw.

Die allgemeinen Übergangsforderungen für die einzelnen Gruppen müßten natürlich, ähnlich wie im Kommunistischen Manifest, Spielraum lassen, elastisch sein.

2. Für die Programme der einzelnen Länder der grundsätzliche Teil des allgemeinen Programms nebst Übergangsforderungen, die ganz speziell auf das betreffende Land zugeschnitten sind.

Die Übergangsforderungen des allgemeinen Programms könnten den Übergangsforderungen der einzelnen Länder als Ausgangspunkt, als allgemeiner Rahmen dienen.

Aug. Thalheimer.

Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Entwurf.

Die Zentrale der KPD. unterbreitet nachstehend den Parteigenossen den ersten Entwurf eines Programms der KPD zur Diskussion. Der Entwurf wird auf der Sitzung des Zentralausschusses am 14. und 15. Oktober zur Beratung stehen, dann dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unterbreitet werden und schließlich noch unseren voraussichtlich Anfang Januar stattfindenden Parteitag beschäftigen.

Am Vorabend einer Sturmflut bürgerlicher Revolutionen ließ der Kommunismus seinen ersten mächtigen Schlachtruf an die Proletarier aller Länder erschallen.

Der kapitalistischen Ordnung, die in jugendlicher Kraft ihre Glieder reckte, kündigte er kühn und drohend ihren unvermeidlichen Untergang an.

Im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft selbst sah er ihre künftigen Totengräber heranwachsen: die durch den Kapitalismus in ständig anschwellender Zahl erzeugte, die durch ihn geknechtete und

ausgebeutete, aber auch vereinigte und kampfgeschulte Arbeiterklasse.

Die kapitalistische Ordnung erhob sich aus den ersten revolutionären Erschütterungen zu neuem, unerhörtem Aufstieg.

Heute aber ist die geschichtliche Voraussage des Kommunismus erfüllt, ist das Todesurteil, das er über sie fällt, zur Vollstreckung herangereift.

Die kapitalistische Welt windet sich im Todeskampf. Die Stunde ihres Untergangs hat geschlagen. Und jetzt endlich nähert sich der zahllose, Jahrhundert erfüllende Befreiungskampf der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen seinem Abschluß.

Den Kampf der Sklaven gegen den Sklavhalter, der mittelalterlichen Hörigen gegen den feudalen Grundherrn, der agrarkommunistischen Dorfgemeinde gegen den orientalischen Despoten — der moderne Proletarier entscheidet ihn heute.

Der Proletarier, indem er die Ketten der Lohnsklaverei zerreißt, macht er der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in jedweder Gestalt ein Ende.

Wenige Tausende der fortgeschrittensten Proletarier in einigen Ländern Mittel- und Westeuropas waren es erst, die um das Banner des Kommunismus sich sammelten. Fünfundsiebzig Jahre haben den Kommunismus zur Weltmacht erhoben.

Millionen Proletarier, Millionen armer Bauern, in allen Ländern und Weltteilen, aller Nationen und Rassen folgen der Fahne des Kommunismus.

Der Juniaufstand der Pariser Proletarier des Jahres 1848, die glorreiche Pariser Kommune des Jahres 1871 wurden von der Bourgeoisie in Strömen von Blut erstickt.

Heute weht die Fahne des Kommunismus siegreich über einem Gebiet, das den sechsten Teil des Erdballs umfaßt.

Mitten in den Kreis der großen kapitalistischen Weltmächte ist der Kommunismus als neue Großmacht getreten und hat mit der Waffe in der Hand alle Widerstände bezwungen.

Der Kommunismus ist nicht mehr nur Sache der Ankündigung und der fernen Zukunft.

Er ist Tat und Gegenwart.

Sein Reich hat bereits begonnen.

1. Abschnitt.

Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus.

1. Das Zeitalter des Imperialismus.

1. Um die Wende der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts tritt der Kapitalismus in einen neuen Lebensabschnitt. Das Zeitalter des Imperialismus beginnt. Im Blitz und Donner von Kolonialkriegen, die in Amerika, in Afrika, in Asien, schließlich in Europa selbst aufflammen, reckt der Kapitalismus sich zu Riesenhöhe empor. Die steinzeitlichen Jäger- und Fischerhorden Neuguineas, die patriarchalischen Hirtenstämme Afrikas, die ältesten Kulturreiche Asiens — den ganzen Erdball hat er im Laufe eines Menschenalters aufgeschlossen und mehr oder weniger seiner Herrschaft unterworfen. Die kolonialen Eroberungen des Kapitals in dem einen Menschenalter von 1884—1914 überholen an Umfang, was vier Jahrhunderte zuvor geleistet. Unbegrenzte Aussichten scheinen sich dem Kapitalismus zu eröffnen. Seine Politiker, Literaten, Künstler, Philosophen malen in den glühendsten Farben die Größe der kapitalistischen Weltherrschaft aus. Der imperialistische Rausch benebelt die Köpfe nicht nur der großen Bourgeoisie, sondern auch des Kleinbürgertums, der bürgerlichen Intelligenz und sogar von Teilen der Arbeiterklasse. Aber ehe noch der höchste Gipfel erreicht, beginnt bereits die Wendung, der Abstieg. Es setzt eine Periode nationaler Aufstände und bürgerlicher Revolutionen in den patriarchalischen und halbfeudalen Bauernländern des Ostens ein, in denen das europäische Kapital begonnen hat, Fuß zu fassen — in der Türkei, in Persien, China usw. Und schließlich schlägt die Flamme der kolonialen Kriege zurück in die kapitalistischen Mutterländer,

nach Europa. Drei Balkankriege folgen aufeinander, um endlich in den allgemeinen Weltbrand, den Weltkrieg, auszubrechen, der fast den ganzen Erdkreis in seinen Bereich zieht. Der Untergang des Abendlandes, d. h. des europäischen Kapitalismus, kündigt sich an.

2. Das imperialistische Zeitalter ersetzt in den ausschlaggebenden Industrien, im Bankwesen, im Großhandel, im Verkehrswesen die freie Konkurrenz durch das kapitalistische Monopol, den Einzelkapitalisten durch die kapitalistischen Verbände (die Syndikate, Kartelle, Trusts). Ganze Industriezweige werden in der Hand einiger weniger oder einer einzigen Kapitalistengesellschaft vereinigt. Verschiedene Industriezweige und Industrien, die eine zusammenhängende Produktionsstufenleiter bilden, werden vereinigt und zwingen die Fertigungsindustrien unter ihre Herrschaft. Der Kampf der Einzelkapitalisten untereinander und der Einzelkapitalisten gegen den industriellen Kleinbetrieb ist in den kapitalistischen Hauptländern überholt durch den Kampf der Kapitalgesellschaften gegen den einzelnen Kapitalisten und der Kapitalgesellschaften untereinander. Die Konkurrenzkämpfe münden aus in Vereinbarungen, Kartelle, Vereinigungen, Fusionen, um auf größerer Stufenleiter wieder auszubrechen und um schließlich in riesigere Monopole auszumünden. Das Monopol schlägt um in Konkurrenz, die Konkurrenz in erweitertes Monopol. Die Monopolverbände machen an den Staatsgrenzen nicht halt. Sie weiten sich aus zu internationalen Verbänden, die aber immer aufs neue durchbrochen werden durch die Machtkämpfe der nationalen Verbände, die sich der Staatsgewalt bedienen, um ihre Konkurrenzkämpfe gewaltsam auszufechten. Das Bankkapital seinerseits ballt sich in immer wenigeren Händen in Riesenbanken zusammen. Das Bankkapital faßt in der monopolisierten Industrie selbst Fuß, beteiligt sich an seiner Kontrolle und Leitung. Umgekehrt faßt das Industriekapital im Bankwesen Fuß. Das Ergebnis ist die immer engere Durchdringung des industriellen und des Bankkapitals, ist ihre Zusammenballung zum Finanzkapital, ist die Beherrschung der Wirtschaft großer industrieller Staaten durch eine kleine Anzahl eng verbundener monopolistischer Beherrscher der ausschlaggebenden Industrien und der Banken. Einige hundert Bank- und Trustkönige gebieten über die Weltwirtschaft.

Der monopolistische Kapitalismus setzt an die Stelle des Freihandels den Hochschutzzoll. Der Hochschutzzoll wird im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus das spezifische Mittel für die höchstentwickelten kapitalistischen Staaten, um auf dem inneren Märkte Monopolüberprofite zu sichern und um in den Kolonialgebieten die Konkurrenz der imperialistischen Rivalen zu erschweren oder ganz auszuschalten.

Die vorhergehende Periode des Kapitalismus organisierte die Produktion in der einzelnen Fabrik und vereinzelt, wie z. B. im Eisenbahnwesen, nahm

er ganze Industriezweige in die Hand. Die imperialistisch-monopolistische Periode unterwirft eine Anzahl zusammengehöriger Fabriken, ganze Industriezweige, ganze Industrien einheitlicher planmäßiger Leitung, ja in kritischen Augenblicken, wo seine Existenz auf dem Spiel steht, versteht sich das Kapital dazu, innerhalb großer Staaten vorübergehend die gesamte Industrie, den Handel, Verkehr, das Bankwesen innerhalb bestimmter Grenzen einer planmäßigen Leitung zu unterwerfen. Das imperialistische Zeitalter hat die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in ungeheuer raschem Tempo vorangetrieben. Es hat den Weltmarkt und die Weltwirtschaft aus bloßen Tendenzen zu einer Wirklichkeit gemacht.

Es hat aber auch die gesellschaftlichen Produktivkräfte selbst ins Ungeheure erweitert und bereichert. Planmäßige Erforschungs- und Erfindungstätigkeit ist jetzt nicht mehr nur Sache des einzelnen Erfinders, sondern der staatlichen Forschungsanstalten und der großen Industrieverbände selbst. Das imperialistische Zeitalter sieht eine Kette umwälzender naturwissenschaftlicher Entdeckungen und technischer Erfindungen und eine rasche wechselseitige Befruchtung und Beförderung beider. Die Elektrizität beginnt ihre Siegeslaufbahn, der Explosionsmotor wälzt zusammen mit der Elektrizität die Industrie und das Verkehrswesen um. Das lenkbare Luftschiff, das Flugzeug, das Tauchboot, die drahtlose Telegraphie und Telephonie lassen alle Entfernungen zusammenschrumpfen, vervielfachen das Tempo und die Reichweite des Weltverkehrs, des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Die Dampf- und Wasserturbine, der Explosionsmotor, das elektrische Kraftwerk wälzen die überkommenen Methoden der Energieerzeugung um und schaffen bisher ungeahnte Möglichkeiten ihrer Übertragung auf weite Entfernungen und ihrer Verteilung von wenigen Zentralstellen aus. Die Chemie verdrängt die alten pflanzlichen Farbstoffe, die chemische Herstellung des Stickstoffs und anderer künstlicher Düngemittel, schafft für die Landwirtschaft neue Grundlagen, neue Ausdehnungsmöglichkeiten. Die angewandte Biologie findet neue Methoden der Pflanzen- und Tierzucht. Der Arbeiter der modernen Industrie, genötigt, der unablässigen technischen Revolution zu folgen, wird ein Proteus, er lernt, sich schnell neuen Arbeitsmethoden, neuer Umgebung anzupassen. Während die Ansprüche an seine physische Kraft fallen, steigen die an seine Intelligenz und seine technischen Kenntnisse. Die technische Umwälzung entwertet ständig die erworbenen technischen Kenntnisse des Arbeiters, aber sie steigert gleichzeitig seine Vielseitigkeit und sein Bewußtsein, allen Lagen, allen Veränderungen gewachsen zu sein. Sie läßt die Zahl der hochqualifizierten Spezialisten zusammenschrumpfen und steigert dafür die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit des angelernten Arbeiters.

Der monopolistische Kapitalismus entwickelt die Landwirtschaft nicht in demselben Tempo wie die

Industrie. Zwar erfolgt eine fortschreitende Industrialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und ihre unmittelbare Verbindung mit den industriellen Unternehmungen. Der sprunghaften stürmischen Ausdehnung der Industrie vermag jedoch die Landwirtschaft, gehemmt durch das Grundbesitzermonopol und das kleine bäuerliche Eigentum, nicht zu folgen. Das Zeitalter des Imperialismus weist ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft auf.

3. Die im Zeitraum eines Menschenalters neu geschaffenen Produktivkräfte übersteigen um ein Vielfaches, was die vorhergehenden Jahrhunderte geleistet haben.

Diese riesigen Produktivkräfte werden vom Kapital nicht um ihrer selbst willen erzeugt. Sie sind das unbeabsichtigte Ergebnis, das nicht zu umgehende Mittel für das Kapital, um den Profit zu steigern, eine untrennbare Begleiterscheinung des Kapitalwachstums. Das Kapitalwachstum ist aber in allen seinen Stadien unlösbar gebunden an die Notwendigkeit, die Marktshranken zu erweitern, nichtkapitalistische Gebiete sich einzuverleiben. Unablässig wird es durch innere Notwendigkeit getrieben, neue Absatzgebiete zu erobern, neue Rohstoffquellen zu erschließen, neue Arbeitskräfte aus allen Zonen des Erdballs sich einzuverleiben. Das ungeheure Wachstum der kapitalistischen Produktivkräfte im imperialistischen Zeitalter, ihre monopolistische Zusammenfassung war nur möglich auf Grund der unablässigen Einverleibung neuer Gebiete, Kolonien und Halbkolonien, auf Grund nicht nur des Warenexports, sondern auch des Kapitalextorts. Das Kapital hat in diesem seinem Sturmflug über den Erdball aber nicht nur neue, bisher schlummernde Kräfte erweckt, neue Rohstoffquellen erschlossen, neue Menschenmassen in sein Arbeitsheer eingereicht, die kapitalistischen Produktionsmittel in neue Gebiete übertragen. Es hat mit brutaler Gewalt alte Kulturen vernichtet, ganze Völkerschaften, ja ganze Rassen ausgerottet. Millionen farbiger Menschen auf die unterste Stufe menschlicher Existenz herabgedrückt und geknechtet, es hat überall, wo es Fuß faßte, mit einer rücksichtslosen Raubwirtschaft begonnen.

Es hat überall die für den Selbstbedarf wirtschaftenden uralten Dorfgemeinden vernichtet, durch offene Gewalt, durch staatlichen Steuerdruck ihr Land geraubt, ihre Bodenschätze sich angeeignet, die primitive Hausindustrie vernichtet und durch die Vereinigung aller dieser Druckmittel die Mitglieder dieser Gemeinwesen seiner Ausbeutung gefügig gemacht. Es hat diese ursprünglichen Gemeinwesen, nachdem es sie zerrüttet, dann mit der Gewalt seiner Schiffskanonen und seiner Kolonialheere gezwungen, „seinen Waren“ den Zugang zu eröffnen.

Es hat die kleinen Bauernwirtschaften, die amerikanischen Farmer, die Transvaalbauern, die australischen Squatters, in den Kolonialländern teils durch übermächtigen wirtschaftlichen Druck,

teils durch offene Gewalt zerstört, sich an ihre Stelle gesetzt und sie seiner politischen und wirtschaftlichen Herrschaft unterworfen.

Es führt schließlich nach der Auflösung der selbstwertschaffenden Gemeinwesen und der patriarchalischen Bauernwirtschaft die kapitalistische Betriebsweise selbst in die Kolonial- und Halbkolonialländer ein. Es schafft so mit eigener Hand seine Nebenbuhler. Indem die kapitalistische Wirtschaftsweise sich ausbreitet, verengert sie ihren fernerer Lebensspielraum, verschärft sie die Konkurrenz und die im Verhältnis zu den wachsenden Produktivkräften immer mehr zusammenschumpfenden nichtkapitalistischen Absatzgebiete.

Die höchste Ausdehnung des Kapitalismus wirkt sich zugleich als die höchste Ausdehnung der Ausbeutung und Knechtung der breiten Volksmassen der Stammländer des Kapitalismus wie der Kolonial- und Halbkolonialländer, als die äußerste Zuspitzung aller Widersprüche der kapitalistischen Ordnung, als die Erzeugung sozialer, politischer, wirtschaftlicher Krisen und Katastrophen in periodischer Wiederkehr.

4. Der monopolistische Kapitalismus entfernt die Planlosigkeit, die Anarchie aus einzelnen Industriezweigen oder Industrien, nur um die Anarchie und den Konkurrenzkampf in erhöhtem Umfang wieder zu erzeugen. Der planmäßigen Wirtschaft der einzelnen Trusts, Kartelle, Syndikate tritt gegenüber ihre anarchische Konkurrenz im Rahmen des einzelnen Staates und im Rahmen des Weltmarkts. Der Weltmarkt wird im Zeitalter des Imperialismus der Schauplatz der unablässigen Gegensätze, Spannungen und Kämpfe der Kapitalistengruppen der einzelnen Staaten. Die Zusammenfassung der Produktion innerhalb der Grenzen einzelner Industriezweige oder Industriegruppen wird auf einer bestimmten Höhe der monopolistischen Entwicklung erkaufte durch Einschränkung des Umfangs der Produktion, ja durch die Hemmung des technischen Fortschritts. Das kapitalistische Monopol, nachdem es seinen inneren Gegner mit den Waffen des technischen Fortschritts und der wohlfeilen Preise niedergeworfen hat, schreitet stellenweise dazu, den technischen Fortschritt zu hemmen und statt durch Erweiterung der Produktion durch Erzielung von Monopolprofiten auf Kosten der übrigen Industriezweige der Arbeiter und Bauern seinen Gesamtprofit zu erhöhen. Und in dem Maße, wie die kapitalistische Ausbeutung von Kolonien und Halbkolonien durch wenige Länder fortschreitet, schreitet fort die Umwandlung des industriellen Kapitals in Geld- und Wucherkapital und die Umwandlung des industriellen Kapitalisten selbst in einen müßigen Rentner, einen Parasiten.

5. Indem der monopolistische Kapitalismus die Wirtschaft ganzer Staaten in die Hände weniger Kapitalgesellschaften legt, indem er die kapitalistische Konkurrenz einengt, tritt er der Arbeiterklasse als Ganzes übermächtig, brutal und gewalttätig gegenüber. Er verschärft die Ausbeutung der

breiten proletarischen Massen und des Kleinbürgertums, indem er der Ausbeutung in der Fabrik die verschärfte Ausbeutung auf dem Warenmarkt hinzufügt. Er steigert aufs höchste die militärischen Rüstungen und gleichzeitig damit die Ausraubung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Handwerker, des Klein- und Mittelbürgertums. Er proletarisiert in steigendem Umfang die technische und kaufmännische Intelligenz. Er vergrößert den Abstand zwischen rückständigem Kleinbetrieb und dem mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik ausgestatteten Riesenbetrieb. Er schafft so eine ökonomisch versinkende, zwischen Reaktion und Revolution unschlüssig schwankende, schließlich verzweifelnde Mittelschicht von kleinen Kapitalisten, Handwerkern, Kleinbauern, Kleinrentnern, Krämer. In der Arbeiterklasse, die der monopolistische Kapitalismus in Riesenbetrieben, in Riesenindustriestädten zusammenballt, die er zwingt, seiner eigenen Organisation immer gewaltigere Organisationen entgegenzustellen, wächst die Empörung und der Widerstand gegen den steigenden Druck und die ständig sich wiederholende Kriegsgefahr. Der Einzelstreik beginnt teilweise bereits zu versagen. Gegenüber dem Riesenkapital greift der Klassenkampf zu einer mächtigeren Waffe: dem wirtschaftlichen und politischen Massenstreik, der mit einem Schlage ganze Industrien und ganze Industriegebiete aufflammen läßt. Aber gleichzeitig korrumpiert der monopolistische Kapitalismus Teile der Intelligenz, des Kleinbürgertums, ja eine Minderheit der Arbeiterschaft, indem er sie am Monopolprofit teilnehmen läßt. Das Zeitalter des Imperialismus ist nicht nur das Zeitalter der raschen relativen und absoluten Verelendung der tiefen Schichten der Arbeiterklasse, sondern auch der Korrumpierung ihrer Spitzen. Ein Teil der Arbeiterklasse, der Intelligenz, des Kleinbürgertums nimmt an der allgemeinen Weltplünderung teil. Diese Korrumpierung ermöglichte dem Imperialismus die Ausbildung einer Scheindemokratie. Die koloniale Expansion, das Wettrüsten, die Hochschutzzölle, die Steuerplünderung sind ohne die tätige Unterstützung oder das Gewährenlassen der Mittelschichten und zum mindesten von Teilen des Proletariats auf die Dauer nicht durchführbar. Der monopolistische Kapitalismus braucht zu Hause „Ruhe und Ordnung“. Mit Hilfe der korrumpierten Schichten, kleiner Geschenke, harmloser Reformen, demokratischer Scheinrechte, gelingt es ihm, die breiten Massen vor seinen Wagen zu spannen, sie schärfer als je auszubeuten, sie widerspruchslos, ja „begeistert“ auf die Schlachtfelder zu schicken. Diese imperialistische „Demokratie“ ist die raffinierteste Form der Massenbeherrschung, ist unter der Maske der Freiheit ihre völlige Versklavung, ist die planmäßige Benutzung des „Volkswillens“ gegen das Volk. Das monopolistische Kapital beherrscht den Staatsapparat, indem es sich hinter dem Rücken der „Demokratie“ versteckt. Es bemächtigt sich fast unsichtbar aller Institutionen

des bürgerlichen Staates. Es verwandelt den bürgerlichen Staat selbst in das unbedingte Werkzeug zur Durchsetzung seiner Zwecke nach innen, gegenüber der ausgebeuteten Volksmasse, nach außen gegenüber den anderen imperialistischen Staaten und der Bevölkerung der Kolonialländer. Es unterwirft sich die Parlamente, die Bürokratie, die Diplomatie, die Presse, die Schule, die Kanzel, die Literatur. Es räumt mit dem alten Freihandelsliberalismus auf. Es durchdringt alle Sphären des Staates und der Gesellschaft mit dem Geist der Gewaltsamkeit. Es reiht die breitesten Volksmassen, von der Jugend an, in die Flotten und Massenbeere ein, mit denen es die Welt erobert und die imperialistischen Nebenbuhler bekämpft.

6. Die vom monopolistischen Kapitalismus beherrschten Staaten stoßen schließlich gewaltsam aufeinander. Sie kämpfen auf Tod und Leben um die Verteilung von Ausbeutungsgebieten, von Kolonial- und Halbkolonialländern, und um die Machtverteilung der kapitalistischen Staaten selbst.

In dem großen Weltbrand versuchen die imperialistischen Gruppen die inneren Widersprüche gewaltsam zur Lösung zu bringen, die zu enge gewordenen Marktschranken auf Kosten des Nebenbuhlers gewaltsam zu erweitern, den Produktivkräften selbst zur Ader zu lassen, die rebellierenden Volksmassen wieder an sich zu ketten, die nahende proletarische Revolution hinauszuschieben.

II. Der Weltkrieg

7. Der Weltkrieg hat Produktionsmittel in ungeheurem Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte, den besten und tüchtigsten Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der Krieg ist die tiefste Wirtschaftskrise, die die Welt gesehen. Überall werden die breiten Volksmassen der schärfsten Ausbeutung unterworfen. Die Vernichtungsarbeit des Krieges selber wird für das Kapital zu einem kolossalen Ausbeutungsfeld. Der Krieg zwingt die Bourgeoisie, in den einzelnen Staaten ein Minimum von staatlicher Regulierung der kapitalistischen Anarchie durchzuführen. Sie bezeugt so, daß im Moment der höchsten Anstrengung die kapitalistische Unordnung von ihr selbst eingedämmt werden muß. Der Krieg treibt, vor allem in den blockierten Ländern Mitteleuropas, das Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft auf die Spitze. Die Lebensmittelproduktion bleibt in den meisten kriegführenden Ländern weit zurück hinter dem ungeheuren unproduktiven Bedarf der Kriegsheere und dem Bedarf der Zivilbevölkerung. Er führt zeitweilig und örtlich zu Rückfällen in die Naturalwirtschaft und den Naturaltausch. Das Land bereichert sich auf Kosten der Städte. Und auf dem Lande selbst bereichert sich der Großgrundbesitzer und Großbauer in unverhältnismäßig größerem Umfang als der Mittel- und Kleinbauer. In den Gebieten großer Lebens-

mittelnot erläßt die staatliche Rationierung und Preisregulierung nur einen Bruchteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Je mehr hier die Lebensmittelnot steigt, um so rücksichtsloser wird die staatliche Regulierung der Lebensmittelversorgung durchbrochen. Die Preise der Lebensmittel auf dem „freien Markt“ steigen zu schwindelnder Höhe. In demselben Maße, wie auf dem kapitalistischen Pol die Monopolprofite ansteigen, steigen die Preise der zusammenschrumpfenden Lebensmittel, wächst der Anteil, den die besitzenden Klassen an sich reißen und schrumpft der Anteil der Arbeiterklasse zusammen.

In den blockierten Ländern Mitteleuropas und in Osteuropa führt der Krieg zu einem rücksichtslosen Herabwirtschaften der Eisenbahnen, der Fabrikanlagen, der Grubeneinrichtungen. Ebenso rücksichtslos verwüstet hier der Krieg die menschlichen Arbeitskräfte. Weiber, Kinder, Greise werden bei Hungerrationen zu den schwersten Arbeiten eingespannt. Eine um die andere werden die Schranken niedergedrückt, die die Arbeiterklasse in mühevollen, jahrelangen Kämpfen gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft aufgerichtet: der Normalarbeitstag, die Arbeiterschutzgesetze. Derselbe Raubbau an den Arbeitsmitteln und Arbeitskräften wird in einer Reihe neutraler Staaten getrieben. In einigen Ländern Westeuropas dagegen und vor allem in den Vereinigten Staaten werden Fabrikanlagen, Maschinerie, Bergwerke, Verkehrsmittel ungeheuer ausgedehnt.

Auf der Grundlage des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Warenmarkt, der steigenden absoluten Warenknappheit, andererseits auf Grundlage des ungeheuren, um jeden Preis und aufs schnellste zu befriedigenden Kriegsbedarfs entwickelt sich eine stets wachsende parasitische Kapitalistenschicht, die sich zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten und den letzten Verbraucher einschleibt, sei dies nun der Staat oder der einzelne Konsument: der „Kriegsgewinnler“, der „neue Reiche“. Andererseits ruiniert der Krieg eine Masse kleinbürgerlicher und kleinkapitalistischer Existenzen -- die „neuen Armen“. Auf die breite Masse der Arbeiter und Bauern, die an der Front für das Kapital fallen, und auf die Männer, Weiber, Kinder und Greise, die hinter der Front dem Kriege immer neuen Nahrungsstoff zuführen, stürzt sich ein wilder Schwarm von Blutsaugern. Diese Plünderung wird nur schwach eingeeignet und verhüllt durch die staatliche Zwangsregulierung.

Die allgemeine Verarmung der Wirtschaft drückt sich aus in der Entwertung des Geldes. Der Staat zieht in Form der Kriegsanleihen alles verfügbare Kapital an sich. Er saugt die Ersparnisse der Angestellten, der Bauern, der kleinen Handwerker auf. Er legt selbst auf Teile des Arbeitslohnes Beschlag und stellt ihn der Kriegsindustrie zur Verfügung. Vereinzelt sucht er sich durch eine gewaltige Steigerung der Steuerlasten

zu helfen. Aber das alles genügt nicht. Eine Reihe Staaten schaffen in riesigem Umfang Kreditgeld, — Scheinkapital. Das Gold, das wirkliche Geld, — scheidet fast überall aus dem inneren Verkehr der Staaten aus.

Entsprechend der tatsächlichen Vernichtung von Werten durch den Krieg — sei es unmittelbar durch den Verbrauch der Kanonen, Gewehre, Munition usw., und durch die Zerstörung ganzer Landstrecken, Industriebezirke, Städte, Dörfer usw., sei es mittelbar durch den unproduktiven Verbrauch der Heeresmassen — schwillt die Masse des Scheinkapitals — der inneren oder äußeren Staatsschulden ungeheuerlich an. Die vernichteten materiellen Werte werden unter kapitalistischen Verhältnissen nicht einfach vernichtet. Sie verwandeln sich in Staatsschulden, in Schuldansprüche des Kapitals an den Staat, d. h. an den verkrüppelten Rest der Produktivkräfte. Das tote ergreift das überlebende Kapital.

8. In seinen Stammländern ruft das Kapital das gesamte erwachsene Proletariat und Bauerntum unter die Fahne. Das stehende Heer mit seinem besonderen Geist der Entfremdung von den Volksmassen geht unter in der bewaffneten breiten Volksmasse. Der Krieg verwirklicht allenthalben die Miliz, aber in der widerspruchsvollen Form der Unterstellung der breiten Volksmasse unter die den herrschenden Klassen und Schichten entnommene Offizierskaste. Der Klassegegensatz ist in den Heeren des Weltkrieges brutal vereinfacht und auf die äußerste Spitze getrieben: als Gegensatz zwischen Offizier und Mannschaft, zwischen Front und Etappe, zwischen Wohlleben und Privilegien auf der einen Seite und äußerstem Druck, Brutalisierung, Entwürdigung, Entbehrungen auf der anderen Seite. Die schamlose Ausbeutung der Volksmassen durch den Kriegsgewinnler und Schieber hinter der Front, wird ergänzt und gesteigert durch die niederträchtige, schmutzige Ausbeutung des gemeinen Soldaten durch den Junker-Offizier und den Kapitalist-Offizier im Heere selbst. Indem der Krieg die herrschenden Klassen nötigt, die breite Masse der Arbeiter und armen Bauern zu bewaffnen, und also von ihr die letzte Entscheidung des Krieges abhängig zu machen, kann er nicht umhin, ihr Selbstbewußtsein mächtig zu steigern. Bei einer gewissen Höhe des Druckes, der Brutalisierung und der Hoffnungslosigkeit im Heere selbst, wird der eiserne Druck der militärischen Disziplin gesprengt, die bewaffnete Volksmasse erhebt sich zu offener Rebellion, das Heer der allgemeinen Wehrpflicht zerbricht von innen heraus.

Der Krieg wälzt in seinem Verlauf die Kriegstechnik von Grund auf um. Das Geschütz wird massiert. Seine Tragweite, sein Kaliber, die Explosivkraft der Geschosse werden ins Phantastische gesteigert. Stunden- und schließlich tagelanges Trommelfeuer schleudern einen heulenden Orkan von Geschossen in Abschnitten von Hunderten von Kilometern. Der Soldat gräbt sich

wie ein Maulwurf in die Erde ein. Minenwerfer aller Art schleudern mit schweren Minen die Schützengräben samt ihrem lebenden Inhalt in die Luft. Das einfache Infanteriegewehr wird mehr und mehr verdrängt durch das Maschinengewehr, das ganze Menschenreihen zugleich niedermäht. Maschinengewehr, Schnellfeuerkanone, Panzerung und Motorwagen werden kombiniert zu dem fast unverwundbaren, auch im Trichtergelände beweglichen Tank. Der Krieg erobert sich mit dem lenkbaren Luftschild und Flugzeug die Luft. Die bombenbeladenen Flugzeuge und Luftschilder wenden ihre furchtbaren Zerstörungskräfte gegen die Zivilbevölkerung der großen Städte, legen ganze Straßenzüge nieder. Der Krieg greift zur chemischen Waffe, zur Scheußlichkeit der Giftgase. Das Unterseeboot schließlich führt einen mörderischen Krieg gegen Passagier- und Handelsschilder.

Kurz, alle Errungenschaften der höchstentwickelten Technik, der „reinen“ wie der angewandten Naturwissenschaften, werden angespannt. Die höchste kapitalistische „Zivilisation“ schlägt um in die tiefste Barbarei. Der Krieg wird zu einer „Material-“ und „Industrieschlacht“. Auf den Schlachtfeldern messen sich nicht nur Volksmassen mit Volksmassen; es messen sich Industrien mit Industrien, Rohstoffe mit Rohstoffen, Kapitalkraft mit Kapitalkraft, Technik mit Technik, industrielle Organisation mit industrieller Organisation.

Der Krieg schafft in seinem Verlauf den Ausgangspunkt für eine neue, noch verheerendere und barbarischere Kriegstechnik und zugleich für neue Formen militärischer Organisation, Taktik und Strategie. Er wird Ausgangspunkt verstärkter Kriegsrüstungen.

9. Der Kapitalismus stampft im Krieg die überkommenen Volksrechte rücksichtslos zu Boden. Im Namen der Demokratie und der Volksbefreiung vernichtet er die Demokratie, knebelt die Völker durch den Belagerungszustand, verschließt ihnen durch die Zensur den Mund, erstickt die Stimme der Volksversammlungen, überschwemmt die Länder mit einem Heer von Spitzeln, schließt die Parlamente oder erdrosselt das Wort der Rebellion in ihnen.

Der Krieg enthüllt die bürgerliche Demokratie als die eiserne Diktatur der Bourgeoisie.

Er reißt die Maske vom bürgerlichen Staat, aber auch von den verbürgerlichten Arbeiterparteien.

Der Krieg beginnt mit dem katastrophalen Zusammenbruch der Zweiten opportunistischen Internationale. Er enthüllt mit grausamer Klarheit, bis auf den Grund, das Verwachsensein des sozialistischen Opportunismus mit der nationalen imperialistischen Bourgeoisie. Die sozialistischen Wortführer der Arbeiteraristokratie treten unmittelbar, offen, im Namen der „Vaterlandsverteidigung“ in den Dienst des monopolistischen Kapitals. Die Kettung dieser korrumpierten, verbürgerlichten Arbeiteraristokratie an ihre nationalen Bourgeoisien sprengt das internationale Band der Ar-

beiterklasse, die Internationale selbst und die meisten sozialdemokratischen Parteien. Die durch den Krieg revolutionierten aktivsten und mutigsten Teile des Proletariats werden abgespalten, bilden Richtungen, Gruppen und gehen schließlich teilweise zu selbständiger Parteibildung über. Zwischen den wirklich revolutionären Teilen des Proletariats und den offenen Sozialimperialisten schwanken in allen Ländern Gruppen, Richtungen oder Parteien, die den Krieg verabscheuen, aber gleichzeitig die Revolution fürchten, die eingeschüchtert sind durch den Militarismus, aber ohne Zutrauen zur revolutionären Kraft des Proletariats, schwankende Gestalten, die je nach den Umständen sich bald zur Revolution, bald zur Gegenrevolution schlagen. Es sind dies die Anfänge der „Zentrums“-Parteien.

Der imperialistische Weltkrieg mündet trotz des Verrats der sozialdemokratischen Parteien, kraft der inneren Widersprüche der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung des Kapitalismus in die gewaltigste, gründlichste, wirtschaftliche, soziale und politische Krise aus. Er stellt zuerst die breiten Volksmassen der besiegten Länder, aber nicht sie allein, vor die Frage: Revolutionäre Erhebung gegen das Kapital oder Untergang in der Barbarei.

10. Die Kolonialländer werden von den imperialistischen Herrscherstaaten rücksichtslos ausgepreßt zu Lieferungen von Lebensmitteln, Arbeitskräften und Kanonenfutter. Gleichzeitig ist aber der Imperialismus genötigt, die koloniale Industrie ungehemmt sich entfalten zu lassen. Er bringt die Industrie zur Entfaltung in bisher vorwiegend agrarischen, halbkolonialen Ländern. Er ist gezwungen, den Dominions Mitbestimmungsrecht über die Politik des Mutterlandes zu geben, den Kolonialländern größere Freiheit, ein größeres Maß von Selbstverwaltung zu versprechen. Er sieht sich endlich genötigt, die Kolonialbevölkerung selbst zu bewaffnen und in seine Heere einzureihen. Während so die imperialistischen Staaten sich in einem Weltringen um die Beherrschung und Ausbeutung der Kolonialländer gegenüberstreiten, sehen sie sich gezwungen, in den Kolonialländern den Drang nach nationaler Befreiung zu verstärken und ihnen die materiellen und ideellen Mittel in die Hand zu geben, mit denen sie ihren Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Knechtung verstärkt aufnehmen können.

III. Die imperialistischen Friedensschlüsse.

11. Die imperialistischen Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain, Sèvres sind die Fortsetzung des imperialistischen Krieges mit anderen Mitteln. Indem sie die machtpolitischen Gegensätze der Sieger auf Kosten der Besiegten mit feierlich beschworenen Verträgen ausgleichen wollen, schaffen sie nur neuen Zündstoff für neue imperialistische Weltkriege. Die Sieger befriedigen unter dem Vorwand der Weltgerechtigkeit, des Selbstbestim-

mungsrechts der Völker ihre offenen oder in Geheimverträgen ausgesprochenen Raubgelüste.

Die imperialistischen Friedensschlüsse bezeugen handgreiflich, daß der Imperialismus nicht imstande ist, eine neue, feste, dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Sie haben die durch den Krieg geschaffene Störung des wirtschaftlichen Weltgleichgewichtes vertieft und verewigt. Sie machen diese Störung zum Ausgangspunkt eines Zeitalters weiterer, noch tieferer Störungen. Sie haben wirtschaftliche Konkurrenten um die nicht kapitalistischen Absatzgebiete vernichtet, aber nur, um den wirtschaftlichen Stoffwechsel der kapitalistischen Staaten untereinander von Grund auf zu zerrütten. England, Frankreich haben den stärksten ökonomischen Rivalen auf dem Festland nur niedergeworfen, eine Reihe von Vasallenstaaten sich angegliedert, um jenseits des atlantischen Ozeans einen unendlich mächtigeren Rivalen gegen sich aufzurichten. Sie haben Deutschland sich verschuldet und sie sind tiefer verschuldet an Amerika.

So wenig wie das wirtschaftliche ist das politische Weltgleichgewicht erreicht. Die Verteilung und Sicherung der Siegesbeute — Deutschland, Österreich, die Türkei — muß die Sieger in feindlichen Lagern einander gegenüberstellen. Die politischen Ergebnisse des Sieges kehren sich gegen die ursprünglichen Zwecke der Sieger.

England hat in Deutschland seinen mächtigsten Festlandgegner vernichtet, aber in Frankreich hat es sich einen mächtigeren und gefährlicheren Festlandgegner geschaffen, dem kein ebenbürtiger Partner in dem festländischen Europa mehr gegenübersteht.

Frankreich seinerseits hat die fast unumschränkte Herrschaft auf dem europäischen Festlande erobert; aber um sein militärisches Übergewicht festzuhalten, hat es seine frühere finanzielle Vorherrschaft in den Bankrott seiner Finanzen umwandeln müssen. Um Preußen niederzuschlagen, hat es sich selbst verpreußt.

Im Fernen Osten schlägt Japan seine Krallen in das wehrlose chinesische Riesenreich und trifft dabei auf den amerikanischen Konkurrenten.

Dieser, der Koloß der Vereinigten Staaten, geht ohne Landerwerb aus; aber er befestigt seine Stellung in Ostasien, im Stillen Ozean, in der Südsee, in weiten Gebieten Südamerikas und er kommt aus dem Krieg hervor als das industrielle, finanzielle und politische Weltzentrum mit einer Kriegs- und Handelsflotte, die mit der englischen wetteifert.

Um die Resultate des imperialistischen Krieges politisch zu sichern, haben die imperialistischen Sieger das europäische Stammgebiet des Imperialismus balkanisiert, wirtschaftlich lebensunfähig gemacht. Um den Weltmarkt zu erobern, haben sie die Weltwirtschaft zerrissen und sich neue mächtige Konkurrenten geschaffen. Sie entfesselten den Krieg, um den Weltmarkt zu erweitern: sie haben ihn verengert. Sie entfesselten den

Krieg, um ihre soziale Herrschaft zu sichern: sie haben die soziale Revolution entfesselt — eine viel gründlichere, umfassendere, tiefergehendere als je zuvor. Jedes ihrer Ziele und Zwecke kehrt sich gegen sie.

IV. Das Zeitalter der Weltrevolution.

12. Die Weltrevolution löst nicht nur den Weltkrieg ab, sie unterbricht ihn bereits in seinem Lauf. Sie beginnt mit der Vollstreckung des Urteils, das der Kapitalismus im imperialistischen Weltkrieg über sich selbst gefällt hat. Die Revolution folgt der Linie des geringsten Widerstandes. Sie bricht zuerst aus nicht in dem entwickeltsten kapitalistischen Großstaat, sondern in dem wenigsten entwickelten, in Rußland, wo einer jungen und schwachen Bourgeoisie ein modernes, kühnes Proletariat und, mit ihm verbündet, eine millionenköpfige verelendete, landhungrige Bauernschaft entgegentritt. Mit einem kühnen Sprunge holt sie dort den Abstand ein, der sie von den bürgerlichen Demokratien des Westens trennte, und überholt bereits zu Beginn den kapitalistischen Westen, indem sie neben die bürgerliche Demokratie bereits die Organe der proletarischen Demokratie in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte setzt. Die bürgerliche Demokratie, der anschwellenden, immer selbstbewußter auftretenden proletarischen Demokratie gegenübergestellt, vermag sich aber nicht vom Flecke zu rühren. Sie ist unfähig, irgendeine der von der revolutionären Bewegung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen aufgeworfenen großen gesellschaftlichen Fragen zu lösen — außer in der Phrase. Gefesselt an die große Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer des eigenen Landes und durch sie an die der Ententemächte, ist sie weder fähig, den imperialistischen Krieg weiterzuführen, noch ihn zu beenden. Sie ist unfähig, das zerrüttete Wirtschaftsleben des Landes neu zu ordnen. Sie schreckt ängstlich davor zurück, den Bauern das Land zu geben, das sie begehren. Unfähig, eine soziale Neuordnung durchzuführen, ist sie außerstande, den Zerfall des Heeres und seiner Disziplin aufzuhalten, und das Heer auf neuer Klassengrundlage, auf Grund umgewälzter sozialer Beziehungen neu zu schaffen. Gescheitert in allen ihren Bestrebungen gegenüber dem anschwellenden Mißtrauen und der Empörung der Arbeiterklasse und des Bauerntums, strebt sie zurück in die Arme der alten reaktionären Gewalten: des Großgrundbesitzes, des Großkapitals, der zaristischen Bürokratie, der Generale, der Pfaffen. Die neugeborene bürgerliche Demokratie schreitet Schritt für Schritt fort in der Richtung der bürgerlichen Diktatur. Um die zur bürgerlichen Diktatur sich entwickelnde bürgerliche Demokratie sammelt sich alles, was reaktionär, schwankend, zweideutig ist: Von den zaristischen Generalen und den Popen bis zu den ehemals kleinbürgerlich-revolutionären Sozialrevolutionären und den Vertretern der kleinbürgerlichen proletarischen Minderheit, den menschwistischen Sozialdemokraten. Mit einem

zweiten kühnen Sprung setzt die Revolution vorwärts. Geführt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei stürzt die proletarische Revolution, gestützt auf die überwältigende Masse der Proletarier und Bauern, die bürgerliche Demokratie in den Abgrund, zerbricht die alte unförmlich angeschwollene Staatsmaschine, baut in den Räten die politische Gewalt der revolutionären Arbeiter und Bauern auf, vollendet die bürgerliche Revolution, indem sie die Verwirklichung der sozialistischen Revolution beginnt, schlägt eine tiefe Bresche in den Krieg, indem sie ihn für das proletarische Rußland beendet, und gibt der revolutionären Entwicklung in Mittel- und Westeuropa einen ungeheuren Anstoß.

Die siegreiche proletarische Revolution in Rußland schafft für den Fortschritt der sozialen Revolution ein festes Bollwerk, eine zentrale Achse und eine mächtige politische, wirtschaftliche und militärische Reservestellung. Die erste siegreiche proletarische Revolution im Rahmen eines Großstaates entdeckt endlich und baut aus die politische Form des proletarischen Staates im Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft: die Räterepublik. Sie ist zugleich, in all ihren Stadien, ein Schatzhaus politischer Strategie, eine lebendige Quelle revolutionärer Energie, ein Arsenal von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues.

Arbeiter- und Soldatenräte: sie sind auch das erste stammelnde Wort der deutschen wie der übrigen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Hier jedoch, gegenüber einer stärkeren, besser organisierten Bourgeoisie, ohne die Führung einer starken revolutionären Arbeiterpartei, bleiben die Räte nur Episode. Geführt von der Sozialdemokratie, schlägt die deutsche Bourgeoisie die Räte und die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse in einem Meer von Proletarierblut nieder. Die revolutionäre Welle flutet zurück. Die Bühne beherrscht zunächst die bürgerliche Demokratie, sie gerät immer tiefer in die Umarmung der Reaktion, sie vermag, so wenig wie die bürgerliche Demokratie in Rußland, irgendeine der Fragen zu lösen, die das Kriegsende und die Krise des Kapitalismus aufgeworfen haben. Unter ihrer Herrschaft schreitet der wirtschaftliche Zerfall unerbittlich weiter. Sie versucht ihn aufzuhalten auf Kosten der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Sie gerät so immer tiefer unter das Joch des monopolistischen Kapitals und in Gegensatz zu der gesamten ausgebeuteten Volksmasse. Sie vermag ebensowenig die außenpolitische Frage zu lösen. Ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Entente erleichtert nicht nur nicht, sondern erschwert die Lebensbedingungen der bürgerlichen Republik.

Die Revolutionen des Westens, die unmittelbar dem militärischen Zusammenbruch entspringen, wiederholen in den großen, allgemeinen Zügen, aber in verlangsamtem Tempo und unter fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verhältnissen die erste proletarische Revolution.

Das Zeitalter der Weltrevolution kündigt sich nicht minder drohend an in den Kolonial- und Halbkolonialländern.

Die Weltbourgeoisie, nachdem sie im Westen den ersten Ansturm des Proletariats siegreich überstanden, hat ihre politische Machtstellung auf Grund der von ihr gemachten Erfahrungen mit neuen Stützen versehen, sie hat zu ihrer Befestigung aus dem Kleinbürgertum und aus der Arbeiterklasse selbst immer neue Reserven herangezogen. Aber sie hat in den Jahren nach Beendigung des Krieges sich völlig unfähig gezeigt, die zerstörte kapitalistische Ordnung wiederherzustellen und ihren proletarischen Sklaven selbst innerhalb der kapitalistischen Sklaverei die Existenz zu sichern.

V. Die Krise des Kapitalismus

13. Der Weltkrieg hat durch die ungeheure Vernichtung an sachlichen Produktionsmitteln und menschlicher Arbeitskraft die Harmonie zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen durchaus nicht hergestellt. Im Gegenteil. Der Krieg hat gezeigt, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mehr und mehr zur Fessel der Produktivkräfte geworden sind, er hat das ökonomische Chaos und die Krise zu einer dauernden Erscheinung der verfallenden kapitalistischen Wirtschaft gemacht.

14. Die Vernichtung der Produktivkräfte durch den Weltkrieg ging nicht gleichmäßig vor sich. Während Ost- und Mitteleuropa bis zur Hungersnot verarmten, wurde der sachliche Produktionsapparat Englands und der außereuropäischen Länder gewaltig ausgedehnt. Das Schwergewicht des Kapitalismus ist nach Amerika gerückt. Das normale weltwirtschaftliche Gleichgewicht ist zerstört. Während in Mittel- und Osteuropa die Produktion wegen Mangels an Kapital (Rohstoffe, Brennmaterial, Maschinerie), wegen Unterernährung der Arbeiterschaft verfällt, wird die Produktion der Gebiete mit unbeschädigtem Produktionsapparat durch das Fehlen des Absatzmarktes unterbunden. Dort volle Beschäftigung bei Hungerlöhnen, hier dauernde Arbeitslosigkeit. In beiden Gebieten verelendet das Proletariat.

Das sichtbarste Zeichen dieses Zerfalles ist die fortschreitende rasche Entwertung der Valuta der verarmten Gebiete. Der auf den Warenaustausch aufgebaute, durch das Gold als Weltgeld zu einer Einheit verbundene Weltmarkt zerfällt in Teile mit ganz verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Das Fehlen eines Maßstabes von beständigem Wert macht die Höhe des im Produktionsprozeß erzeugten Profits von der richtigen oder unrichtigen Valutaspekulation abhängig. Jener Teil des Kapitals, der noch nicht vertrustet ist, zieht sich von der Produktion zurück, wird in erhöhtem Maßstabe zu Handels- und Spekulationskapital. Die fortgestezte Entwertung des Geldes in den verarmten, rasch verfallenden Gebieten,

richtet das Kreditsystem zugrunde, macht das Sparen ökonomisch sinnlos. All dies wirkt zersetzend auf den Gang der Produktion.

Der Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft wird gelockert. Die landwirtschaftliche Produktion geht zurück: in den während des Weltkrieges blockierten, verarmten Gebieten infolge Mangels an Produktionsmitteln (Vieh, Kunststoffe usw.), und weil die ungemein hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte es den Bauern ermöglichen, auch bei verminderter Produktion all ihre Ansprüche zu befriedigen; in den Lebensmittelausfuhrgebieten mit hoher Valuta, weil die Produkte zu profitbringenden Preisen keine Käufer am Weltmarkt finden.

Der Kampf um die Aneignung der zusammengeschrumpften Weltproduktion geht sowohl in den einzelnen Ländern als im Weltmaßstab in verschärfter Form weiter. Die Zusammenfassung des Kapitals und der wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen schreitet im Kriege und in der Nachkriegszeit rasch fort. In den verarmten Gebieten sinken weite Schichten der Bevölkerung ins Proletariat herab: Rentnerschichten mit in Geld fixiertem Einkommen durch die Entwertung des Geldes; Handwerker durch die Unmöglichkeit, bei der ungeheuren Preissteigerung die Mittel zur Weiterführung eines selbständigen Betriebes herbeizuschaffen; die ganze Beamtenschaft, deren Gehalt durch die Entwertung des Geldes auf das Niveau des Proletariats herabgesunken ist, wodurch der allgemeinen Korruption der Weg ebnet wird. In allen Ländern stehen die Bauern als Klasse mit dem in Monopolgebilden zusammengeballten Kapital in scharfem Kampf. Innerhalb des Bauerntums geht eine Klassenscheidung vor sich: die sich bereichernden Großbauern stehen durch die Teuerung schwer bedrückten, zum Teil auf ihren Arbeitsverdienst angewiesenen Zwergbauern schroff gegenüber. Die Lebenshaltung sowohl des alten, als des neuen Mittelstandes verschlechtert sich. Ein weit sichtbares Zeichen des verschärften Klassenkampfes, des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft ist die permanente Krise des Parlamentarismus und der Bourgeoiseregierungen. In keinem Lande gibt es eine feste parlamentarische Regierungspartei. Rasch wechselnde Parteigruppierungen, eine ununterbrochene Folge von Regierungswechseln kennzeichnet die Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Der entscheidende Kampf wird aber zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ausgefochten. Das Kapital sucht die Krise durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats zu überwinden. Alle Methoden zur Erhöhung der Ausbeutung sollen angewandt werden. Die Errungenschaft der revolutionären Demobilisierungsperiode, der Achtstundentag, soll wieder abgeschafft, die Mehrarbeit vergrößert werden. Zugleich soll die Intensität der Arbeit und der Ausbeutung erhöht werden. Das Kapital schreitet nach höherer Arbeitsleistung. Es will die kapitalistischen Produktionskosten ver-

mindern durch Herabsetzung des Reallohnes weit unter das Niveau der Vorkriegszeit.

Aber das Proletariat wehrt sich mit revolutionärer Entschlossenheit. Zwar versuchen verräterische Gewerkschaftsführer und Sozialpatrioten das Proletariat zu zwingen, im Interesse des Weiterbestehens des Kapitals sich einer vermehrten Ausbeutung friedlich zu unterwerfen. Doch das Proletariat hat in den langen Kriegsjahren und in der gegenwärtigen revolutionären Periode große Fortschritte im Klassenbewußtsein gemacht. Es ist mit dem Gebrauch der Waffen vertraut geworden. Es ist eher bereit, mit den Waffen in der Hand zu kämpfen, als sich dem Diktat des Kapitals zu unterwerfen. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schwindet bei immer weiteren Schichten des Proletariats dahin. Das Beispiel Sowjet-Rußlands, wo die proletarische Macht nunmehr seit 5 Jahren fest steht, gibt den revolutionären Vorkämpfern Mut und Entschlossenheit. Das Proletariat leistet dem Versuch des Kapitalismus, die Krise auf seine Kosten zu überwinden, den schärfsten Widerstand. Ungeheuer lang anhaltende, sich rasch wiederholende Streiks hindern die Produktion. Politische Massenstreiks, bewaffnete Aufstände erschüttern den Gang der kapitalistischen Produktion. In manchen Ländern wird der Bürgerkrieg zu einer ständigen Erscheinung. Das Kapital kann sich zu seinem Schutze nicht mehr auf die über den Klassen stehende Staatsgewalt verlassen: Es müssen Klassetruppen aus den Mitgliedern der herrschenden Klasse selbst gebildet werden. Ein immer größerer Teil des Gesamtprofits muß auf die Kosten der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft selbst verwendet werden.

Machtlos steht das Kapital diesem Verfall gegenüber. Die besiegten, verarmten Länder gehen widerstandslos zugrunde. Das Kapital sucht hier durch Anschluß an das Kapital der Siegerländer Schutz gegen das Proletariat. Das Kapital der vier nach dem Kriege übrig gebliebenen Großmächte: Vereinigte Staaten, England, Frankreich und Japan, sucht die Krise durch die Verwindung der ganzen übrigen Welt in ihr Kolonialgebiet zu überwinden. Ganz Europa östlich des Rheins bis an die Grenze Sowjet-Rußlands ist in wirtschaftlich unselbständige, tatsächlich unterjochte Kolonialländer zerlegt. Die kleineren, im Kriege neutralen Länder haben zwar den Schein ihrer politischen Selbständigkeit noch erhalten, werden aber wirtschaftlich von den imperialistischen Mächten ins Schlepptau genommen. (Belgien durch Frankreich, Holland durch England.) Alle anderen sind die Beute des Entente-Kapitals geworden. Ihre Produktionsmittel gehen in raschem Tempo in die Gewalt des französischen und englischen Kapitals über. Ihre Wirtschaftspolitik wird vom englischen und französischen Kapital diktiert. Während Deutschland, der einzige ebenbürtige Gegner, entwaffnet wurde, zermürben sich

die anderen in gegenseitigen, von den gegensätzlichen Interessen des französischen und englischen Kapitals diktierten Rüstungen. Trotz Völkerbund, Friedensliga, Washingtoner Konferenz, Entwaffnung Deutschlands verwendet die Bourgeoisie im Weltmaßstabe einen größeren Teil des gesellschaftlichen Wertproduktes für militärische Ausgaben als vor dem Weltkrieg. Bis an die Zähne bewaffnet stehen sich die vier Rivalen um die Weltherrschaft gegenüber: Zwischen Versicherungen der Bundestreue und kaum verschleierte Kriegsdrohungen taumelt ihre Politik hin und her. Um jedes Eckchen der Erde, das noch nicht endgültig in den Machtbereich einer der Weltmächte eingereicht ist, geht der Kampf. Jeder trachtet, den größeren Teil des Weltmarktes monopolistisch zu beherrschen, unaufhaltsam treiben sie einem neuen Weltkrieg entgegen. Inzwischen nimmt der Befreiungskampf der eigentlichen Kolonialvölker immer schärfere Formen an. Die Siedlungskolonien Englands befreien sich auf friedlichem Wege von der Vorherrschaft des Mutterlandes. Die in den Weltkrieg hineingezerzten Kolonialvölker haben die Grundlage der Vorherrschaft der weißen imperialistischen Völker, die Überlegenheit in der Kriegstechnik, kennengelernt. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der weißen Fremdherrschaft verschwindet. In immer weiter sich ausbreitendem Kampfe bemühen sich die Kolonialvölker, das Joch der Unterdrücker abzuwerfen. Hierdurch wird die Grundlage der ökonomischen Vorherrschaft der imperialistischen Großmächte untergraben.

Während der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer schärfer wird, befestigt sich die auf neuer Grundlage aufgebaute Wirtschaft Sowjetrußlands. Der Prozeß ist langwierig und von dem Krisenzustand der kapitalistischen Welt ungünstig beeinflusst. Trotzdem geht die Entwicklung dahin, daß die aufsteigende Linie der russischen Wirtschaft die abfallende der umliegenden kapitalistischen Länder in absehbarer Zeit überholen wird. Ist die Entwicklung so weit gediehen, so wird der Kampf um die Änderung der Produktionsverhältnisse in den umliegenden Ländern einen neuen starken Antrieb erhalten.

15. Der Weltkampf des Proletariats und der unterdrückten Völker hat in den verschiedenen Ländern an verschiedene wirtschaftliche und politische Bedingungen anzuknüpfen. Die einsetzende Weltrevolution und die Weltkrise hat die einzelnen Staaten und Gebiete in verschiedenem Grade erfaßt, hat ihre Verhältnisse bald einander angenähert, bald voneinander entfernt. Bei aller Übereinstimmung der großen Ziele der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern einerseits, und der unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölker andererseits, bedingen die verschiedenen Ausgangspunkte eine Verschiedenheit der nächsten Etappen bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat und die armen Bauern.

Die für die Weltrevolution entscheidenden Gesichtspunkte sind: Erstens, die mehr oder minder große wirtschaftliche Festigkeit und Selbstgenügsamkeit eines kapitalistischen Landes oder einer Ländergruppe, zweitens die Machtverteilung unter den wichtigsten Klassen und Schichten des Landes, der Grad der Erschütterung der bürgerlichen Staatsmacht, drittens die Stufe der Ausbildung einer bürgerlichen Staatsmacht.

Nach diesen Gesichtspunkten lassen sich folgende Hauptgruppen unterscheiden:

1. Kapitalistische Länder, die der Krieg bereichert hat, die auf dem eigenen Staatsgebiet und dem unter ihren politischen Einfluß stehenden Staatsgebiet noch bedeutende kapitalistische Ausdehnungsmöglichkeiten haben, mit noch unerschütterter, demokratisch organisierter bürgerlicher Staatsmacht.

Dahin gehören: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Südafrikanische Union und Australien.

2. Kapitalistische Länder, ebenfalls durch den Krieg bereichert, aber mit halb-absolutistischer Staatsverfassung: Japan.

3. Kapitalistische Länder, deren Wirtschaft im Krieg im großen ganzen intakt geblieben ist, mit großem Kolonialgebiet, mit demokratisch organisierter bürgerlicher Staatsgewalt: England, Kanada.

4. Kapitalistische Länder, die, obwohl Sieger im Weltkrieg, wirtschaftlich und finanziell schwer durch ihn erschüttert sind, mit demokratisch organisierter, aber bereits mehr oder weniger großen Erschütterungen ausgesetzter Staatsgewalt: Frankreich, Italien.

5. Die verarmenden Staaten östlich des Rheins, mit junger, schwach organisierter, aber bereits heftigen revolutionären Erschütterungen ausgesetzter bürgerlicher Staatsgewalt: Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen, Balkanländer usw.

6. Die Kolonial- und Halbkolonialländer:

a) Indien, Persien, Türkei, Korea usw. (mit starkem Großgrundbesitz).

b) China (mit vorwiegendem Kleingrundbesitz).

7. Die Länder, in denen das Proletariat in Besitz der Staatsgewalt ist: Sowjetrußland und die mit ihm föderierten Sowjetrepubliken und die Republik des Fernen Ostens.

2. Abschnitt.

Die Eroberung der politischen Gewalt.

1. *Das Proletariat als die aktive Macht und die führende Klasse der sozialistischen Umwälzung.*

16. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an einer Sackgasse angelangt. Aus dem gewaltigsten Hebel zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Reichtums ist sie zur würgenden Fessel der Produktivkräfte, zur Zerstörererin des gesellschaftlichen Reichtums geworden. In ihrem Aufstieg hat sie sich zur Weltwirtschaft entfaltet. In ihrem Abstieg zer-

reißt sie die Weltwirtschaft. Die zeitweiligen Krisen, d. h. die Vernichtung von Arbeitsmitteln und -erzeugnissen, waren für sie periodisch das Mittel, um einen neuen Aufschwung der Produktion einzuleiten. Die Krise ist dauernd geworden. Die Stilllegung und Vernichtung von Arbeitsmitteln, lebendigen Arbeitskräften und Arbeitserzeugnissen ist der Normalzustand des verfallenden Kapitalismus. In Kriegen und Revolutionen brach die kapitalistische Wirtschaftsweise sich Bahn, räumte sie die ihr entgegenstehenden Hindernisse aus dem Weg, beflügelte sie in ihren Schritt. Der Krieg ist umgekehrt zu dem furchtbaren Mittel der Selbstzerstörung der kapitalistischen Wirtschaft geworden. Er strebt periodischer Wiederholung auf größerer Stufenleiter zu. Der aufsteigende Kapitalismus vertiefte die soziale Kluft zwischen Kapital und Arbeit. Er überantwortete von Zeit zu Zeit Teile der Arbeiterschaft rücksichtslos dem Untergang, dem physischen Verkommen. Er war ständig begleitet von dem Herabsinken der untersten Schichten der Arbeiterschaft in das Heer der Entwurzelten, Entarteten, Verlumpten. Aber bestehen konnte der Kapitalismus nur, indem er der großen Masse der Arbeiterklasse die physische Existenz, die normale Erhaltung der Arbeitskraft, die Aufzucht ihrer Nachkommenschaft gewährte, indem er einzelne Teile des Proletariats an seinem Aufstieg teilnehmen ließ. Der zerfallende Kapitalismus greift dagegen die physische Existenz der Arbeiterklasse an ihren Wurzeln an. Er verwandelt für die große Masse die verhältnismäßige in die absolute, die soziale in die physische Verelendung. Er schneidet brutal ab die kulturelle Erhebung der Arbeiterschaft. Er mäht die proletarische Nachkommenschaft zu Zehntausenden nieder. Er sucht sich am Leben zu erhalten auf Kosten der normalen Existenz und Fortpflanzung der Arbeiterklasse, der Angestellten, ja selbst der unteren und mittleren Beamten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist an dem Punkt angelangt, wo sie die materiellen Errungenschaften und Grundlagen ihres Daseins auflöst und zerstört — die aufgehäuften Arbeitsmittel, den gesammelten gesellschaftlichen Reichtum, die lebendigen Arbeitskräfte. Noch mehr. Im rücksichtslosen Kampf um ihre gesellschaftlichen Privilegien opfert die bürgerliche Gesellschaft kalt das, worauf sie ihren Herrschaftsstandpunkt gründete: die bürgerliche Zivilisation. Ihre Künstler, ihre Wissenschaftler, ihre Literaten werden auf Hungerration gesetzt; Kunst, Literatur, Wissenschaft wirft sie als Ballast über Bord. Der grobe materielle Genuß, die raffinierte Ausschweifung, die künstliche Betäubung, der Obskurantismus aller Zeiten und Zonen — darin löst sich die bürgerliche Zivilisation auf.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise und die bürgerliche Zivilisation sind in voller Auflösung.

Nur eine neue, höhere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kann noch den Zerfall aufhalten, die zusammenbrechende Wirtschaft retten, sie aus den Trümmern neu aufbauen, den arbeitenden

Massen das Leben sichern, die verfaulende bürgerliche Zivilisation erneuern, die durch den Kapitalismus aus den Fugen geratene Welt wieder erneuern.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat durch ihren eigenen Mechanismus alle materiellen Vorbedingungen für diese höhere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung geschaffen: für die bewußte, planmäßige, einheitliche Leitung der Wirtschaft durch die Gesellschaft zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft — für den Sozialismus.

Sie hat die technischen Mittel geschaffen, um bei ihrer planmäßigen bewußten Anwendung allen Gliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, ja die überfließende Fülle zu erzeugen. Sie hat die Arbeit selbst in hohem Grade vergesellschaftet.

Die Sprengung der Fesseln des kapitalistischen Eigentums ist zur unabwendbaren gebieterischen Notwendigkeit, die Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums an den Arbeitsmitteln ist eine handgreifliche Möglichkeit geworden.

Die Fesseln des kapitalistischen Eigentums aber fallen nicht von selbst. „Von selbst“, blind, unbewußt vollzieht sich nur der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft. Das kapitalistische Eigentum wird aufrechterhalten durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie. Es kann also gesprengt werden nur durch den Sturz dieser Herrschaft, durch den Hammerschlag einer politischen Revolution, die den politischen Überbau der alten kapitalistischen Ordnung zertümmert, die eine neue Gesellschaftsklasse ans Ruder bringt.

Die Herbeiführung des Sozialismus ist also nur möglich durch die bewußte Tat, durch den Willensakt der revolutionären Klasse (oder Klassen), die die bloße materielle Möglichkeit der sozialistischen Umgestaltung vermittelt der in ihren Händen konzentrierten politischen Gewalt verwirklicht.

17. Vollstrecker und Führer der politischen Revolution und der sozialistischen Umgestaltung ist das Proletariat. Es kann sein Dasein als ausgebeutete Klasse nur aufheben, indem es zugleich seinen Gegensatz, das Kapital, und damit die auf dem Gegensatz zwischen den Besitzern von Arbeitsmitteln und ihren Nichtbesitzern beruhende Gesellschaftsform überhaupt aufhebt. Es kann sich als Klasse nur befreien, indem es die Gesellschaft von den Klassen befreit. Es kann sich seine Existenz nur sichern, indem es sich der Produktionsmittel bemächtigt. Es kann sich der Produktionsmittel nur bemächtigen, indem es sie zu gesellschaftlichen Produktionsmitteln macht. Es kann seine industriellen Bedürfnisse nur befriedigen, indem es das gesellschaftliche Bedürfnis zur Grundlage der Produktion macht. Es kann den Müßiggang, das Schmarotzertum nur aufheben, indem es alle in genossenschaftliche Arbeiter verwandelt. Es kann die Planlosigkeit nur entfernen, indem es die ganze Wirtschaft seinem Plan unterwirft. In dem Dasein

des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist der Grundcharakter der zukünftigen Gesellschaft bereits vorgezeichnet. Es ist durch die Arbeit selbst vergesellschaftet, aber es wird durch das Kapital der Früchte seiner Vergesellschaftung beraubt. Andererseits hat sich die ausbeutende Funktion der Kapitalisten von der Tätigkeit der Leitung der Produktion immer mehr getrennt. In dem Maße, wie die Vergesellschaftung der Produktion gewachsen ist, hat das Kapital die technische, kaufmännische, organisatorische Leitung immer mehr Angestellten zugewiesen und das Gros seiner Angestellten auf bloßen Lohn qualifizierter Arbeit beschränkt oder gar darunter herabgedrückt. Technische und organisatorische Fähigkeiten zur Leitung der Produktion sind also bereits in bedeutendem Maße im Proletariat vorhanden.

Im Laufe jahrzehntelanger wirtschaftlicher und politischer Klassenkämpfe hat das Proletariat sich organisatorische Kaders geschaffen und sein Klassenbewußtsein entwickelt. Überall da, wo das Kapital den höheren Grad der Zusammenfassung erreicht hat, hat das Proletariat umfassende wirtschaftliche und politische Organisationen geschaffen.

Auf das Proletariat sucht der zerfallende Kapitalismus alle Lasten und Leiden des Zerfalls abzuwälzen — die Lasten des Krieges wie die Lasten des kapitalistischen Wiederaufbaues. Physischer Untergang des Proletariats oder Sturz der Kapitalherrschaft, tatenloses Verderben oder Rettung durch die eigene Tat — so ist die Frage an das Proletariat gestellt.

Der verfallende Kapitalismus drückt außer der Kapitalistenklasse, den Großgrundbesitzern und Großbauern alle anderen Volksklassen und Schichten zu Boden: das kleine, auf die eigene Arbeit des Besitzers gegründete Eigentum — den Handwerker, den Krämer, den Klein- und Zwergebauern; den unteren und mittleren Beamten. Er hat durch den Krieg und die Krisis eine wachsende Schicht Deklassierter aus allen Klassen geschaffen. Alle diese Schichten und Klassen schwanken immer wieder zwischen Kapital und Arbeiterklasse, zwischen Reaktion und Revolution. Die an das kleine Eigentum gebundenen Schichten und Klassen können keine selbständige revolutionäre Rolle spielen. Sie lehnen sich entweder an die Bourgeoisie oder das Proletariat an. Das Proletariat muß danach trachten, sie von der Bourgeoisie loszureißen, sie in den Kampf gegen sie zu führen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Die Führung der Revolution kann nur in den Händen der Klasse sein, die vermöge ihrer gesellschaftlichen Rolle dazu befähigt und berufen ist, den Bruch mit der Bourgeoisie ohne Hemmungen und Schwanken zu Ende zu führen.

In seinem Befreiungskampf gruppiert das Proletariat um sich alle Klassen, Schichten und Kräfte, die gegen die bürgerliche Klassenherrschaft ankämpfen: die revolutionären Teile des Kleinbürgertums, der Intelligenz, des Kleinbäuerntums. Es

verbindet sich selbst mit den national-bürgerlichen Revolutionären in den Kolonial- und Halbkolonialländern, die den Kampf gegen die imperialistische Gewaltherrschaft führen.

In allen diesen Verbindungen macht das Proletariat sein eigenes revolutionäres Interesse zum ausschlaggebenden, führenden. Indem dieses Interesse die radikalste Lösung fordert — den Umsturz der bürgerlichen Ordnung — begreift es in sich die Lösung der zeitweiligen Konflikte anderer sozialer Schichten und Klassen.

Der Sieg der proletarischen Revolution wird nicht durch die bloße Tatsache verbürgt, daß die Arbeiterklasse über die größeren Kräfte verfügt. Er hängt davon ab, daß sie versteht, mit klarem Zielwillen die überlegenen Kräfte an den entscheidenden Punkten und in den entscheidenden Augenblicken auszunutzen und ihre Kämpfe durchzuhalten.

II. Die Rolle der Kommunistischen Partei und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen proletarischen Organisationen.

18. Das Proletariat ist weder in seinem Dasein noch seinem Bewußtsein nach von vornherein als Klasse einheitlich. Seine Vereinheitlichung verwirklicht sich erst im Laufe seiner Kämpfe mit dem kapitalistischen Unternehmertum, mit der Bourgeoisie und namentlich im Laufe des Kampfes um die Macht.

In der Periode des Frühkapitalismus entsteht das moderne Proletariat aus den enteigneten Bauern und Handwerkern und ist tatsächlich und ideologisch gebunden an die Bourgeoisie. Die schrankenlose Ausdehnung treibt das Proletariat zur Rebellion gegen die neue, die kapitalistische Form der Ausbeutung. Mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolution und durch Angriffe auf die positivste Seite des Kapitalismus, auf die Anwendung der Technik kämpft das Proletariat in seinen Kindertagen gegen die unerträgliche kapitalistische Ausbeutung. Dieser elementare Kampf mit falschen Mitteln (Revolten, Putschen, Maschinenvernichtung) bringt keine Hilfe gegen die rapide Verelendung. Nach schweren Niederlagen, in langjährigem Tasten findet das Proletariat in der solidarischen Arbeitsverweigerung das Kampfmittel zur Sicherung der proletarischen Existenz.

Der elementare Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer in der Periode des primitivsten Konkurrenzkampfes der unorganisierten Unternehmer untereinander trifft den Kapitalisten an der verwundbarsten Stelle, der Profitbildung. Der bestreikte einzelne unorganisierte Unternehmer wird von der nichtbestreikten Konkurrenz um Kundschaft und Aufträge gebracht. Die Notwendigkeit der laufenden Verzinsung des Kapitals, der Material- und Maschinenschaden, die Zahlungsverbindlichkeiten

zwingen den Unternehmer zum Nachgeben. Die streikenden Arbeiter finden anderweitig bei der Konkurrenz Arbeit. Das führt nicht nur zur Verminderung des Druckes auf die Arbeiter, sondern wird zu einer neuen Gefahr für den Unternehmer, der seine qualifizierten, eingearbeiteten Arbeiter an die Konkurrenz verliert. Dies ist in den Anfängen des Kapitalismus oft gleichbedeutend mit Vernichtung, zumal wenn das Fabrikationsgeheimnis mit dem eingearbeiteten Arbeiter zur Konkurrenz übergeht.

Vom Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer weitet sich der Kampf aus zum Streik der Arbeiter einer Branche gegen die Unternehmer einer Branche, eines Ortes, eines Industriebezirkes, eines Landes und mehrerer Länder. Zu dieser Ausweitung der ökonomischen Kämpfe greifen die Arbeiter, um dem Unternehmer die Fortführung der Betriebe durch Streikbrecher zu erschweren, die Unternehmer, um durch ihren organisierten Zusammenschluß die Konkurrenz während der Streiks auszuschalten, die Zahlungsschwierigkeiten und den Kundschaftsabgang abzuwehren. Überdies weitet die Konzentration der Betriebe und Aufsaugung der kleinen und Mittelbetriebe durch die kapitalkräftigen Großbetriebe, Kartelle und Trusts automatisch den Streikumfang aus. Mit der Konzentration des Kapitals entwickeln sich die Massenstreiks und Massenaussperrungen. Die Kampffront der Arbeiter wächst, aber es wächst auch die Widerstandskraft der Unternehmer. Aus dem für die Gesellschaft bedeutungslosen Streik der Arbeiter eines Betriebes gegen den einzelnen Unternehmer werden die Streiks der Massen zu einem gesellschaftlichen Ereignis, das die Produktion und die Staatsmacht der Bourgeoisie in ihren Grundlagen erschüttert. Die Streiks der Massen weiten sich aus zu gigantischen Kämpfen, die den staatlichen Rahmen überschreiten und international die Klassenfront aufreißen durch ihre Gewalt und Massenhaftigkeit, die Klasse gegen Klasse in zwei feindliche Lager zwingen und aus ökonomischen und gewerkschaftlichen Kämpfen zur Sicherung der Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung zu politisch-revolutionären Kämpfen um die Macht und Herrschaft werden.

19. Mit den wirtschaftlichen Kämpfen entwickeln sich die wirtschaftlichen Organisationen. Der spontane Streik wird unterstützt durch spontane Sammlungen. Aus den elementaren Kämpfen und elementaren Abwehreinrichtungen bildet sich der berufsmäßige und lokale Zusammenschluß. An Stelle der spontanen Sammlungen tritt die regelmäßige Beitragszahlung. Der Zusammenschluß zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufs von billigen Lebensmitteln führt zum Konsumverein und zur Genossenschaftsbewegung. Mit der Entwicklung der Kämpfe und deren Massenhaftigkeit entwickelt sich die gewerkschaftliche Organisation vom lokalen Berufsverein zur zentralen Berufs- und Industriegewerkschaft und deren nationale und in-

ternationale föderalistische und schließlich zentralistische Vereinigung.

Die Mannigfaltigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes führt zur Ausbildung einer komplizierten Strategie und Verwaltung. Der tatsächliche Inhalt und Sinn dieser organisierten Klassenkämpfe ist bis 1914 die Sicherstellung und Verbesserung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nehmen zu die Kämpfe und das Erfassen des Sinnes dieser Kämpfe durch das Proletariat. Das Bewußtwerden dieser Kämpfe führt zur Verfeinerung und Vertiefung des proletarischen Klassenbewußtseins, zur Verstärkung und Sicherung der Macht der proletarischen Organisationen.

20. Parallel mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Organisation und den ökonomischen Kämpfen geht der politische Kampf und der Auf- und Ausbau der politischen Organisation. Schon der ökonomische Streik der Arbeiter einer Fabrik gegen den einzelnen Unternehmer der Fabrik ist im Grunde ein politischer Kampf. Die Bourgeoisie in der Periode des Frühkapitalismus vermochte den Einzelstreik in einem Betriebe nicht mit ihrer Staatsmacht niederzuschlagen, wie jene Kämpfe, die die Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung führten mit den Mitteln und Methoden der bürgerlichen Revolte. Insofern war die politische Bedeutung dieser Kämpfe prinzipiell wichtig. Das Proletariat blieb aber noch jahrzehntelang politisch im Gefolge der Bourgeoisie, als es schon heftig und siegreich gegen die Bourgeoisie auf ökonomischem Gebiete kämpfte.

In England ist der politische Loslösungsprozeß des Proletariats von der Bourgeoisie bis heute noch nicht bis zur selbständigen proletarischen Parteibildung durchgeführt. Der politische Kampf der zwei hart um die Regierungsmacht kämpfenden bürgerlichen Parteien wurde von den englischen Arbeitern lediglich indirekt ausgenutzt, durch wechselnde Unterstützung jener Partei, die die Augenblicksforderung der Arbeiter, die durch den direkten ökonomischen Kampf in den Vordergrund gerückt wurde, zu erfüllen versprach. Es gelingt dem englischen Proletariat auf diese Art durch Unterstützung der Liberalen die Kornzölle abzuschaffen und billiges Brot zu erkämpfen und durch Unterstützung der Torys die Arbeitszeitverkürzung, die 12 und schließlich die 10 Stundenbill und die Arbeiterschutzgesetzgebung gesetzlich festzulegen.

In den romanischen Ländern entwickelt sich ein zweiter Typus der Arbeiterbewegung. Wegen der geringeren zahlenmäßigen Bedeutung des Proletariats und genau geregelten Rolle in der Wirtschaft dieser Länder bleiben die vom Proletariat unterstützten bürgerliche Parlamentarier nach der Wahl die gemachten Versprechungen fast restlos schuldig. Die Enttäuschung über den Parlamentarismus führt zur Vernachlässigung des

Kampffeldes des bürgerlichen Parlamentarismus durch das Proletariat und zur Propaganda der Beschränkung auf den rein gewerkschaftlichen Kampf (Syndikalismus), ohne indeß die Machtstellung des Proletariats zu erweitern.

Die dritte Form der Arbeiterbewegung, die Synthese der beiden ersten, ist die deutsche, die neben der, dem Bürgertum gegenüber selbständigen politischen Partei eine mit der Partei zusammenarbeitende Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung heranbildet, die in Arbeitsteilung unter Ausnutzung aller Möglichkeiten, die die kapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Staatsmacht bietet, den Kampf um die Sicherung der proletarischen Existenz innerhalb der kapitalistischen Ordnung führt.

Der vierte Typus ist die russische Form der Arbeiterbewegung. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse Rußlands machten eine legale Kampftätigkeit innerhalb der bestehenden Ordnung unmöglich. In einem zähen, heroischen, opferreichen Kampf bildet sich illegal eine revolutionäre Partei, deren vorwiegende Tätigkeit zum nächsten Zielpunkt den Umsturz der politischen Machtverhältnisse hat. Die schweren Kampfbedingungen schaffen eine Auslese der mutigsten und kampffähigsten Kaders in der revolutionären Partei, die jede Frage konsequent zu Ende zu denken fähig und in die Tat umzusetzen imstande sind. Im geeigneten Zeitpunkt gelingt es dieser Partei, die Führung der Massen an sich zu reißen, die alte Macht zu stürzen, die proletarische Staatsmacht, gestützt auf ein revolutionäres Bauerntum, aufzurichten und siegreich zu verteidigen.

21. Die Sicherstellung der proletarischen Existenz stößt heute überall auf die Schranken der politischen Macht der Bourgeoisie. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse nirgends mehr auf die Dauer möglich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, überall in der Kommunistischen Partei ein leitendes Organ der proletarischen Klasse zu schaffen, das, wie in Rußland, imstande ist, den revolutionären Machtkampf zu organisieren und zu leiten. Gegenüber den Schwankungen des Bewußtseins und des Willens des Gros der Arbeiterklasse verkörpert und verwirklicht die Kommunistische Partei ihre ideelle und tatsächliche Klasseneinheit. Sie vereinigt in sich die fortgeschrittensten, klarsten, kampfesmutigsten Teile der Arbeiterklasse. Die Konstituierung des Proletariats zur bewußten Klasse — sie vollzieht sich durch die Kommunistische Partei.

Die Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen“.

Im Zeitalter der zerfallenden kapitalistischen Weltwirtschaft kann der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse nur unter ausschließlicher zentraler internationaler Leitung und bei Wahrung strafster revolutionärer Disziplin siegreich geführt werden.

Die Kommunistische Partei ist eine einheitliche internationale Partei.

Die Kommunistische Partei strebt nicht zur Macht als eine kleine Minderheit des Proletariats, sie strebt danach, die große Mehrheit der Arbeiterklasse (und der schaffenden, vom Kapital ausgebeuteten und bedrückten Volksmassen) für die Ziele und Grundsätze des Kommunismus zu erobern. Sie strebt danach, die breitesten Massen des Proletariats zu bewußten willensstarken Trägern der Klassenkämpfe gegen die Bourgeoisie zu machen. In diesen Kämpfen verbindet sich die Kommunistische Partei aufs innigste mit den Massen und übernimmt ihre Führung.

Die Kommunistische Partei wird die Macht nur ergreifen an der Spitze der Arbeiterklasse. Ihr Sieg steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.

Aus dieser Stellung der Kommunistischen Partei ergibt sich ihr Verhältnis zu den bestehenden reformistischen Parteien und den reformistischen Gewerkschaften.

Die reformistischen und zentristischen Parteien leisten durch ihr Festhalten an den erstarrten Formen der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit der Bourgeoisie Helfersdienste. Die Sicherung der proletarischen Existenz ist bei Weiterbestand der kapitalistischen Wirtschaft und Herrschaft nicht mehr möglich. Indem die reformistischen und zentristischen Parteien für den kapitalistischen „Wiederaufbau“ tätig sind, opfern sie die Interessen der Arbeiterklasse und diese selbst. Sie verwandeln sich während des Kampfes um die Macht in ein Deckschild, eine aktive Hilfstruppe der Bourgeoisie; sie werden nach Eroberung der Macht die Herde der konterrevolutionären Propaganda, Organisation und Aktion, der Sammelpunkt, um den sich alle Klassen und Schichten gruppieren, die sich gegen die proletarische Staatsmacht auflehnen.

Das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den reformistischen Arbeiterparteien ist deshalb nur Kampf bis zu ihrer vollständigen Überwindung.

Die reformistischen Gewerkschaften, in denen die proletarischen Massen gesammelt sind, stehen, wie die zentristischen und reformistischen Parteien, im Lager der Bourgeoisie; sie verraten die Arbeiterinteressen tagtäglich, indem sie aus Furcht vor dem revolutionären Machtkampf im Interesse des kapitalistischen „Wiederaufbaues“ sogar in den einfachsten Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit gegen die Arbeiter mit der Bourgeoisie in Harmonie und Arbeitsgemeinschaft zusammengehen. Diese Massenorganisationen des Proletariats gilt es zu erobern, von der reformistischen Führung zu reinigen und ihre bürokratische Verknöcherung zu beseitigen durch die Betriebsräte, die die lebendigen und im revolutionären Kampf immer bedeutsamer werdenden neuen Gewerkschaftsorgane sind.

Indem die Kommunistische Partei die Führung in diesem revolutionären Kampf übernimmt, schafft sie in den Arbeiterräten die dem Proletariat spezifischen Klassenorgane, in denen über alle Differenzierungen hinweg das gesamte Proletariat organisiert wird. Unter Führung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterräte, im ideologischen und Machtkampf geschult, zum Organ der Arbeiterklasse für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Im Feuer des Bürgerkrieges, im harten, opferreichen Ringen um den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft überwindet das Proletariat die Reste des bürgerlichen Denkens und Handelns, wird kommunistisch, wirft den bürgerlichen Klassenfeind nieder und schafft in dem Umfange, in dem es gelingt, die bürgerliche Klasse zu vernichten, die klassenlose Gesellschaft, die keine Ausbeutung und keine Unterdrückung mehr möglich macht, weil an Stelle der schmutz- und bluttriefenden bürgerlichen Gesellschaft die klassenlose Gesellschaft sich selbstverwaltender freier Menschen tritt.

In seinem Befreiungskampf wendet das Proletariat alle Kampfmittel an, die die Verhältnisse ihm in die Hand geben, und die geeignet sind, den Gegner zurückzuwerfen und den proletarischen Kampf selbst zu organisieren: vom ökonomischen Streik bis zum politischen Massenstreik, von der öffentlichen Versammlung und der friedlichen Demonstration bis zum bewaffneten Aufstand.

III. Die Rolle der Gewalt.

22. Die Bourgeoisie, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Lakaien, zertert über die gewaltsamen Methoden der Kommunisten, über den kommunistischen Terror.

Diese Klage der Bourgeoisie über kommunistische Gewalt ist grobe Heuchelei.

Die Bourgeoisie selbst ist nur durch eine Reihe blutiger Revolutionen, durch Krieg und Bürgerkrieg zur Herrschaft gelangt. Ihre staatliche „gesetzliche“ Macht ist selbst ein Ergebnis der Revolution.

Die Bourgeoisie hat von Anbeginn ihrer Laufbahn die Gewalt in ihrer konzentriertesten Form angewandt, um ihren Herrschaftsbereich zu erobern, auszudehnen und zu behaupten.

Die Bourgeoisie in ihrer heutigen imperialistischen Aera hat die gewaltsamen Methoden ihrer Herrschaft aufs höchste gesteigert.

Die Bourgeoisie, die den Boden ihrer Herrschaft unter den Füßen wanken sieht, ergänzt allenthalben die legale staatliche Gewalt durch die illegale, außerstaatliche.

Die Bourgeoisie pfeift auf alle ihre Gesetze, wo sie ihre Herrschaft bedroht sieht.

Die „friedliche“ Demokratie existiert nur in Zeiten geschichtlicher Stagnation, fester Klassenverhältnisse, aufsteigender kapitalistischer Entwicklung.

In den Zeiten des kapitalistischen Abstiegs, der Erschütterung aller Klassenverhältnisse, ist die „friedliche Demokratie“ nur eine Maske vor dem eisernen Gesicht der bürgerlichen Diktatur.

Die „Gewaltlosigkeit“ wird zur Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat in dem Augenblick, wo die Arbeiterklasse das physische, zahlenmäßige Übergewicht über die Bourgeoisie erlangt, sich ihres Gegensatzes zur Bourgeoisie bewußt zu werden beginnt und ihr zahlenmäßiges physisches Übergewicht über sie zur Geltung bringt.

Die Bourgeoisie selbst lacht der Zumutung der Gewaltlosigkeit.

Sie hat gegenüber der proletarischen Revolution in Sowjetrußland unzählige Bürgerkriege, Verschwörungen, Aufstände angezettelt, sie hat den gegenrevolutionären Krieg wieder und wieder ins Land getragen. Sie hat die proletarischen Erhebungen am Ende des Krieges in Mitteleuropa in Strömen von Blut erstickt. Sie hat den Terror, den politischen Mord, die Verschwörung zu ihrer ständigen Waffe gemacht.

Sie kehrt die Teufeleien des Weltkrieges, von den Giftgasen bis zu den bombenwerfenden Flugzeugen und den Tanks, gegen die aufsteigende proletarische Revolution.

Die bürgerliche Gewalt ist die Gewalt im Interesse der Minderheit gegen die Interessen der breiten Volksmassen.

Die proletarische Gewalt ist die zusammengefaßte Gewalt der breiten Volksmasse gegen die herrschende Minderheit.

Die bürgerliche Gewalt ist reaktionär, die proletarische Gewalt ist revolutionär.

Die Kommunisten leugnen nicht, daß nur die Gewalt, der Bürgerkrieg in seiner schroffsten Form die bisher herrschenden Klassen stürzen wird.

Die proletarische Gewalt ist unvermeidlich, solange die bürgerliche Gewalt der Minderheit die breiten Volksmassen in Ausbeutung und Knechtschaft halten soll. Sie wird überflüssig in dem Maße, wie die bürgerliche Minderheit sich der proletarischen Mehrheit unterordnet — wie sie ihre Klassenansprüche aufgibt.

Die bürgerliche Gewalt strebt danach, die gewaltsame Beherrschung der breiten Volksmassen zu verewigen.

Die proletarische Gewalt strebt danach, sich selbst überflüssig zu machen.

Die proletarische Gewalt als die Gewalt der Volksmehrheit tritt offen als Klassengewalt auf.

Die bürgerliche Gewalt, als die Gewalt einer kleinen Minderheit, ist ständig genötigt, sich selbst zu verleugnen.

23. Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muß die Kommunistische Partei alle Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie ausnutzen (Parlamente, Gemeinde, Verwaltungen usw.). Sie muß trachten, die Massenorganisationen des Proletariats (Gewerkschaften, Genossenschaften) zu erobern, um diese Organisationen umzuformen

aus Trägern der bloßen Reformen in die breiten Sturmkolonnen, die die Bourgeoisieherrschaft stürzen.

Ausschlaggebend ist in allen Kämpfen die Aktion der breiten Volksmasse selbst.

Individueller Terror und Einzelsabotage sind keine geeigneten Mittel des proletarischen Klassenkampfes.

IV. Die bürgerliche Demokratie.

24. Das Proletariat kann die politische Gewalt nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie erobern und festhalten. Die bürgerliche Demokratie ist die letzte, entwickeltste Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft.

Sie ist die Staatsform, in der in den kapitalistisch entwickelten Ländern der Klassenkampf endgültig auszufechten ist.

Die Staatsmaschine der bürgerlichen Republik ist wie die aller früheren Staatsformen der kapitalistischen Gesellschaft eine Maschine zur gewaltsamen Unterdrückung der ausgebeuteten durch die ausbeutenden Klassen.

Die bürgerliche Demokratie ist gegründet auf die formelle Rechtsgleichheit aller Staatsbürger. Aber die wirtschaftliche Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer macht die Rechtsgleichheit zur tatsächlichen Ungleichheit.

Dem Scheine nach haben alle Staatsbürger gleiche Rechte und Freiheiten. In der Wirklichkeit haben nur die Besitzenden die Möglichkeit, von den demokratischen Rechten voll Gebrauch zu machen; die Nichtbesitzenden sind in ihrem Gebrauch beschränkt oder von ihm ausgeschlossen.

Die Versammlungsfreiheit! Aber die Kapitalisten allein haben die nötige Muße, sie besitzen die Versammlungssäle, ihnen dient die große Schar redegeübter Intellektueller und politischer Agenten.

Die Pressefreiheit! Aber die Kapitalisten sind die Besitzer der Druckereien und Papierfabriken, sie können die geübtesten Schriftsteller und Schreiber in ihre Dienste nehmen.

Gleiches Recht! Aber die Richter sind Fleisch vom Fleisch der Bourgeoisie.

Freiheit der Wissenschaft! Aber die Wissenschaft ist das Privileg der Besitzenden, sie ist daher bürgerliche Klassenwissenschaft.

Gleiches Wahlrecht! Aber die Bourgeoisie sichert sich das Übergewicht vermittle der Beherrschung der Presse, der Schule, der Kirche, durch die tausend Mittel, durch die sich ökonomische Übermacht durchsetzt.

Die Bourgeoisie beherrscht das Parlament durch das offene und geheime Spielklassen ihrer wirtschaftlichen Machtmittel.

Aber das Parlament ist nur ein Teil der Regierungsmaschine.

Die tatsächliche Staatsverwaltung wird ausgeübt durch die staatliche Bürokratie.

Die wichtigsten leitenden Stellen der staatlichen Bürokratie sind im Besitz der herrschenden

Klassen. Die staatliche Bürokratie lebt abgewendet von den breiten Volksmassen, sie ist ihrem unmittelbaren Einfluß entzogen. Sie steht dafür unter dem ausschlaggebenden Einfluß der bürgerlichen Klassen.

Die tatsächlichen Machtmittel der bürgerlichen Demokratie sind vereinigt in den Händen der Polizei- und Heeresmacht.

Die bürgerliche Demokratie erweitert die überkommene Staatsmaschine, sie fügt ihr Teile der beherrschten Klassen ein, aber sie verstärkt dadurch nur dieses Unterdrückungsmittel.

Die bürgerliche Demokratie als die letzte, entwickeltste Form der bürgerlichen Klassenherrschaft bietet dem proletarischen Klassenkampf einen größeren Spielraum, als absolutistisch-monarchistisch-feudalistische Staatsformen.

Gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus ist die bürgerliche Demokratie ein Schritt vorwärts.

Die Arbeiterklasse muß gegenüber Absolutismus und Feudalismus die bürgerliche Demokratie erkämpfen.

Sie ist verpflichtet, jedem Versuche, die bürgerliche Demokratie zugunsten absolutistischer Herrschaft zu beseitigen, mit äußerster Energie entgegenzutreten.

Aber um seine eigene Klassenherrschaft aufzurichten und auszuüben, muß das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine und damit den bürgerlichen Staat sprengen und die proletarische Staatsgewalt aufbauen.

V. Die proletarische Diktatur.

25. Der nächste Zweck der proletarischen Diktatur ist die gewaltsame Niederhaltung der bisher herrschenden kapitalistischen Minderheit durch die staatlich zusammengefaßte und organisierte Gewalt der proletarischen Mehrheit, ist die Verwaltung des gesamten öffentlichen Lebens durch das Proletariat, die Entreibung aller ökonomischen Machtmittel aus den Händen der Bourgeoisie und der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Die proletarische Diktatur macht für die breiten Volksmassen die Scheinrechte und Scheinfreiheiten der bürgerlichen Demokratie erst zu wirklichen Rechten und wirklichen Freiheiten.

Die proletarische Diktatur gibt Rechte allen denen, die arbeiten, und nur denen, die arbeiten.

Die proletarische Diktatur hebt die staatliche Bürokratie, die Parlamente, die Berufsrichter, die bürgerliche Polizei und Armee auf.

Sie hebt die Trennung der Staatsgewalten auf.

Die proletarische Diktatur setzt an die Stelle der bürokratisch-militärischen Beherrschung der Volksmassen — die Selbstverwaltung durch die Arbeiterräte (und Kleinbauernräte) in Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat.

Die Arbeiterräte sind keine parlamentarischen, sondern arbeitende Körperschaften. Sie vereinigen Gesetzgebung, Verwaltung, Kontrolle, Exekutive und Rechtsprechung in ihrer Hand.

Wie die Arbeiterräte die Macht nur erobern können, geführt von der revolutionären Partei des Proletariats, den Kommunisten, so können sie sie nur unter kommunistischer Führung gegen alle Widerstände festhalten.

Die Arbeiterräte werden nicht territorial, sondern nach Betrieben und Wirtschaftskörperschaften gewählt. Sie arbeiten gegen Arbeiterlöhne. Sie sind jederzeit abberufbar.

Die proletarische Staatsgewalt stützt sich auf das bewaffnete Proletariat, dessen aktiver Teil die Rote Garde und die Rote Armee, dessen Reserve die Rote Miliz ist. Die proletarische Staatsgewalt bedient sich des proletarischen Klassengerichts: der Revolutionstribunale zur beschleunigten Beurteilung ihrer Gegner und zur Bestrafung der Verbrechen an der revolutionären Disziplin, der permanenten proletarischen Klassengerichte für die übrigen Streitfälle.

Die proletarische Staatsgewalt entreißt die Presse, die Versammlungssäle, die Schule der Bourgeoisie. Die proletarische Staatsgewalt verwirklicht für die Gesamtheit die gesellschaftliche Erziehung aller, ohne Unterschied des Geschlechts. Die Schule des proletarischen Staates vereinigt die Erziehung der Hand mit der des Kopfes, sie verbindet die Ausübung produktiver Arbeit mit der theoretischen Ausbildung.

Der proletarische Staat vollendet die Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule; er überläßt den Unterhalt der Kirche und ihrer Priester den Gläubigen.

Der proletarische Staat gibt allen bisher unterdrückten Nationen und Teilen von Nationen die volle Freiheit, sich selbständig staatlich zusammenzuschließen.

Der proletarische Staat vernichtet mit der Herrschaft der Bourgeoisie und der bürgerlichen Eigentumsordnung die soziale Grundlage jedes Herrschaftsverhältnisses von Menschen über Menschen. Er hebt damit die Herrschaft des Mannes über die Frau auf. Er gliedert diese als gleich verpflichtet und gleichberechtigt der gesellschaftlichen Wirtschaft ein, wertet und schätzt die Mutterschaft nach ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und verbürgt die vollkommene Rechtsgleichheit der Geschlechter. Er wälzt die alte Form der Familie um, die auf der Ausbeutung und Unfreiheit der Frau beruht, und verwandelt die Familie in eine freie, sittliche Einheit.

Als erste Stufe der Verbindung der nationalen Räterepubliken betrachten die Kommunisten den Bund der Räterepubliken, mit gemeinschaftlicher Leitung des Heereswesens, der Wirtschaft und der Außenpolitik.

Die Kommunisten erstreben die Zentralisierung der Wirtschaft der Räterepubliken.

Für Deutschland erstreben die Kommunisten: die einheitliche sozialistische Räterepublik. Sie fordern die Aufhebung der bisherigen Einzelstaaten und der bisherigen Landes- und Provinzial-

einteilung, die Neueinteilung nach Wirtschaftsgebieten.

Die deutsche sozialistische Räterepublik wird es dem freien Ermessen der Bevölkerung der deutschsprechenden Gebiete außerhalb des jetzigen Deutschlands überlassen, ihren Anschluß zu vollziehen.

VI. Übergangsmaßregeln vor Eroberung der politischen Macht.

26. Arbeiterräte und Parlamente, proletarische und bürgerliche Diktatur können in einem großen Staate in der Zeit der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft auf die Länge nicht nebeneinander existieren. Entweder vernichten die Arbeiterräte die Parlamente, oder die Parlamente vernichten die Arbeiterräte.

Der Sturz der bürgerlichen Demokratie, die Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine ist ein einmaliger, gewaltsamer Akt.

Aber die Schaffung der Arbeiterräte und ihr Heranreifen zu der Machtfülle, die sie befähigt, die bürgerliche Demokratie zu stürzen und zu ersetzen, kann kein einmaliger Akt sein.

Die Arbeiterräte können nicht anders entstehen als im Schoße der bürgerlichen Demokratie selbst. Sie werden — unter welchem Namen, in welchen Formen, mit welchen ursprünglichen Zwecken auch immer — entstehen als die Organe, die der Arbeiterklasse erlauben, ihre organisatorische Zerklüftung zu überwinden, um tatsächlich als Klasse einheitlich zu kämpfen.

Die Arbeiterräte können nur im Feuer zäher, hartnäckiger Klassenkämpfe die zunächst nur organisatorische Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in ihre ideelle Vereinheitlichung umwandeln, die die notwendige Voraussetzung für ihren schließlichen Sieg über die bürgerliche Demokratie ist.

Zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Räterepublik liegt also notwendig eine Periode, wo die Arbeiterräte und der bürgerliche Staat nebeneinander bestehen und um die politische Macht ringen. (Doppelregierung)

Das Entstehen und revolutionäre Heranreifen der Arbeiterräte entspricht dem Wachstum des proletarischen Klassenkampfes nach Umfang, Tiefe und Schärfe und der Schritt für Schritt damit fortschreitenden Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins.

Die Arbeiterräte bringen zum Ausdruck, die in der Tiefe und Breite der proletarischen Massen sich vollziehende Entfremdung, Loslösung und Entgegensetzung gegen die Bourgeoisie, aber zugleich auch die Loslösung von denjenigen ihrer bisherigen politischen Führer, die mit der Bourgeoisie eng verbunden sind.

Der Ausdruck der Verbindung der Führung proletarisch zusammengesetzter Massenparteien mit der Bourgeoisie ist dagegen die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition

Die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition entspricht einer Stufe des Klassenkampfes, wo die Bourgeoisie bereits nicht mehr imstande ist, die proletarischen Massen unmittelbar ideologisch zu beherrschen, wo sie genötigt ist, sich zu diesem Zweck sozial-reformistischer und zentristischer Mittelsmänner zu bedienen.

In der Anfangsperiode der Krise des Kapitalismus scheint die Periode der bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung ein unvermeidliches Mittel, um den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten, aber auch um sie durch eigene Erfahrung von ihren bürgerlich-demokratischen Illusionen loszulösen.

Den Kommunisten fällt dabei die Aufgabe zu, diesen Prozeß durch fortlaufende Kritik an der Hand der im Kampf erworbenen politischen und sozialen Erfahrungen der Massen und durch die unausgesetzte Bemühung um die Herbeiführung einer einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Bourgeoisie zu beschleunigen.

Die Voraussetzung dafür ist die Bewahrung der vollen Freiheit der Kritik und der Propaganda und die unbedingte organisatorische Selbständigkeit der Kommunistischen Partei. Die Partei darf die Aktionsgemeinschaft mit anderen Arbeiterparteien und Organisationen nur solange aufrechterhalten, als das Interesse des Kampfes nicht darunter leidet. Dabei ist anzuknüpfen an diejenigen Teilkämpfe und Teilziele, die der Lage der breiten Massen entsprechen und die der Reife ihres Verständnisses naheliegen (Taktik der Einheitsfront)

In dem Zeitabschnitt, wo die selbständige Massenbewegung des Proletariats eine bestimmte Höhe und Breite erreicht hat, wo ihr Gegensatz zur Bourgeoisie und der mit ihr verbündeten Arbeiterführer sich vertieft, wo sie aber in ihrer Mehrheit noch nicht bereit ist, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu sprengen, ist die Forderung der Arbeiterregierung das geeignetste Mittel, um eine neue Etappe der Loslösung der proletarischen Massen von der Bourgeoisie und einen neuen höheren Ausgangspunkt für ihre Bewegung in der Richtung der proletarischen Diktatur zu erreichen

Die Forderung der Arbeiterregierung begreift in sich nicht nur die Forderung der Loslösung der Spitzen der reformistischen Arbeiterbewegung von der Bourgeoisie, sondern vor allem die Schaffung neuer Stützpunkte proletarischer Macht in und durch die Massen selbst, und die Zertrümmerung von Machtstützpunkten der Bourgeoisie. Die entscheidenden Machtstützpunkte der Arbeiterbewegung müssen die bewaffneten Proletarier, ihre ausschlaggebende politische Grundlage müssen die Arbeiter (Kleinbauern) und Betriebsräte sein.

Gestützt auf die bewaffneten Arbeiter und die Arbeiterräte, entwarfnet die Arbeiterregierung die Bourgeoisie, zerstört ihre organisatorischen Verbindungen und entfernt die bürgerlichen Elemente aus der bisherigen Staatsmaschine.

regierung konstituierten proletarischen Staatsgewalt, die das Verfügungsrecht der Kapitalisten über ihr Eigentum, die das kapitalistische Profitinteresse bewußt und rücksichtslos im Interesse und zum Vorteil des Proletariats und der breiten schaffenden Massen beschränken.

Für Deutschland und eine Reihe anderer Länder kommen als solche ökonomischen Übergangsmaßregeln etwa folgende in Betracht:

1. Die Beteiligung des Staates an allen kapitalistischen Großbetrieben (Erfassung der Sachwerte) und die Verwendung der dem Staate zufließenden Betriebsüberschüsse in erster Linie zur Beseitigung der Steuerbelastung der breiten Massen (indirekte, Verkehrssteuern, Lohnsteuern).
2. Die staatliche Syndizierung oder Vertrustung der kapitalistischen Betriebe, an denen der Staat beteiligt ist, unter ausschlaggebender Mitwirkung (Kontrolle) der wirtschaftlichen Organe der Arbeiter und Angestellten (Betriebsräte, Gewerkschaften). (Produktionskontrolle.)
3. Zu diesem Zweck Aufhebung des Bank-, Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisses.
4. Staatliches Lebensmittelmonopol und Rationierung — ebenfalls unter ausschlaggebender Mitwirkung der Organe der Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern.
5. Staatliches Außenhandels- und Bankmonopol — wieder unter ausschlaggebender Arbeiter- und Angestelltenkontrolle.

Alle diese Übergangsmaßregeln sind — obwohl formell noch im Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung — tatsächlich bereits in schroffem Widerspruch zu dem kapitalistischen Klasseninteresse, sie werden nur im schärfsten, breitesten Kampf gegen die Bourgeoisie durchzusetzen sein. Der erbitterte und planmäßige Widerstand der Bourgeoisie wird die Arbeiterregierung naturgemäß zwingen, schließlich über diese halben und in sich widerspruchsvollen Maßregeln hinauszugehen, und an Stelle der teilweisen Beschlagnahme des bürgerlichen Eigentums und der bloßen Beschränkung des kapitalistischen Verfügungsrechts die volle Aufhebung des bürgerlichen Eigentums an den Produktionsmitteln (Rohstoffen usw.) und die gänzliche Beseitigung des kapitalistischen Verfügungsrechts zu setzen.

Sie wird zu diesem weiteren Schritt gezwungen werden durch die unausbleibliche Erscheinung, daß die Kapitalisten die Reste ihrer Verfügungs-

das Heer, die Verwaltung, die Presse, die Schule, die Kirche usw.

Im Verlaufe dieser Kämpfe wird die Arbeiterregierung daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung gezwungen sein, ihre zwiespältige, in sich widerspruchsvolle, politische Form aufzuheben, die bürgerliche Staatsmaschine auch formell zu zerbrechen, und die Arbeiterräte zu Trägern der gesamten Staatsmacht zu machen.

Das zeitweilige Nebeneinanderbestehen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und der Arbeiterräte als um Leben und Tod ringender Mächte, ist eine unvermeidliche Etappe im Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen Diktatur.

Ob die Arbeiterregierung, die letzte mögliche, denkbare Etappe vor der Rätediktatur, verwirklicht oder ob sie übersprungen wird, ist nicht von vornherein zu sagen, ebensowenig wie von vornherein zu sagen ist, ob staatskapitalistische Maßregeln im Interesse der Arbeiterklasse eine Übergangsstufe sein werden, bei der eine gewisse Zeitlang verweilt wird.

Das hindert jedoch nicht, daß die Kommunisten, solange die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht bereit ist, unmittelbar die Rätediktatur und den Sozialismus zu verwirklichen, diese letzten denkbaren Etappen vor der Rätediktatur und dem Sozialismus ganz bewußt und planmäßig ins Auge fassen müssen.

Werden diese Etappen dank dem hartnäckigen Widerstand der Bourgeoisie und der Tatenscheu ihrer sozialdemokratischen Lakaien übersprungen — dann um so schlimmer für die Bourgeoisie.

3. Abschnitt.

Die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung.

27. Der unter dem Kapitalismus ausgebildete tatsächliche einheitliche Zusammenhang der Weltwirtschaft offenbart sich der kapitalistischen Welt, die diesen Zusammenhang gewaltsam aufhebt, in der schlagenden Form der Zerrüttung der Produktivkräfte.

Die kapitalistische Form der Aneignung ist in grundlegenden Widerspruch geraten zur weltwirtschaftlichen Form der Produktion.

Erst die sozialistische Wirtschaft ist imstande, diesen Widerspruch zu beseitigen und die Weltwirtschaft als ein planmäßiges harmonisches Ganzes

zu verwirklichen. Es ist klar, daß die sozialistische Wirtschaft vollendet nur durchzuführen ist im Weltraum.

Der sozialistischen Wirtschaft in kapitalistischer Umgebung sind durch diese Umgebung bestimmte Schranken und Opfer auferlegt.

Es ist aber auch klar, daß das in einem oder in mehreren kapitalistischen Großstaaten zur Herrschaft gelangte Proletariat mit der Durchführung sozialistischer Maßregeln nicht warten kann, bis die ganze übrige Welt das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt hat.

Die Schranken und Opfer, die dem sozialistischen Aufbau durch die kapitalistische Umgebung auferlegt sind, werden in dem Maße sich verringern, wie das Gebiet der proletarischen Herrschaft und seine Produktivkräfte sich ausweiten.

Das zur politischen Herrschaft gelangte Proletariat kann jedoch und muß daher sofort mit Maßregeln zur Verwirklichung des Sozialismus beginnen.

Es kann seine im ständigen, offenen und versteckten Kampfe gegen die Kräfte der versinkenden Bourgeoisie zu behauptende Macht nur festhalten, indem es der Bourgeoisie unverzüglich und rücksichtslos ihre ökonomischen Machtmittel entreißt, die die letzte und stärkste Grundlage ihrer politischen Macht bilden.

Es muß zunächst sofort die Maßregeln ergreifen, um den Schutt zu beseitigen, den die zusammengebrochene kapitalistische Wirtschaft und die bankrotte Finanzwirtschaft des bürgerlichen Staates hinterlassen haben.

Unerläßlich ist:

Die Annullierung der inneren Staats- und öffentlichen Schulden sowie der Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen in einer bestimmten Höhe, die staatlich zentral festzusetzen sind.

Ferner ist durchzuführen, wo das von der bürgerlichen Republik unterlassen ist: die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.

Der proletarische Staat kann grundsätzlich keine auswärtigen Schuldverpflichtungen, Kriegsschädigungen usw. des von ihm abgelösten bürgerlichen Staates anerkennen. Er muß unbedingt die Annullierung der auswärtigen Schuldverpflichtungen anstreben.

In welchem Zeitmaße er dieses Ziel wird durchsetzen können, das wird jedoch von dem jeweiligen Verhältnis der bürgerlichen und der proletarischen Kräfte außerhalb seiner Grenzen abhängen.

Als die ersten Schritte zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft fordert die Kommunistische Partei:

1. Die Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften auf Großbetrieben unter einheitlicher zentraler Leitung im Staatsgebiete; die Aufteilung von

Großgrundbesitz, der im Kleinbetrieb bewirtschaftet wird.

Bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zum freiwilligen Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften.

2. Enteignung aller Bergwerke, Hütten, Banken, aller Großbetriebe in Industrie, Handel und Verkehr. Zentraler, einheitlicher Wirtschaftsplan. Staatliches Monopol des Außenhandels.
3. Zusammenschluß der industriellen Kleinbetriebe zu selbstverwaltenden Genossenschaften.
4. Allgemeine Arbeitspflicht.

Vollständiger staatlicher Unterhalt der Arbeitsunfähigen (Kinder, Greise, Kranke usw.) und Arbeitslosen.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft macht die grundsätzliche Umwandlung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin erforderlich. An die Stelle der kapitalistischen Zwangsdisziplin tritt die freiwillige sozialistische Arbeitsdisziplin. Ihre Durchsetzung wird jetzt die Sache der Arbeiter selbst und der von ihnen eingesetzten und kontrollierten Organe in der Fabrik und im Arbeiterstaat.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Ausbeuter und dem Übergang der Fabriken, Bergwerke, landwirtschaftlichen Großbetriebe usw. in die Hände der Arbeiter und ihrer Staatsmacht selbst verlieren die bisherigen Kampfmethoden der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung (Streik, passive Resistenz usw.) ihren Sinn. Sie verwandeln sich jetzt in ebensoviele Anschläge gegen die Arbeitermacht selbst. Sie behalten ihren Sinn nur für diejenigen Betriebe, die der Rätestaat noch in den Händen kapitalistischer Unternehmer gelassen hat. Der Rätestaat ist verpflichtet, in allen Konflikten zwischen Arbeitern und kapitalistischen Unternehmern zugunsten der Arbeiter einzugreifen.

Mit dem Verschwinden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ändert sich ebenfalls von Grund auf die Rolle der Gewerkschaften. Aus Organen des wirtschaftlichen Kampfes und der revolutionären Umwälzung verwandeln sie sich in hervorragend wichtige Organe der Durchführung der sozialistischen Wirtschaft. Zu diesem Zweck müssen sie sich aus Berufs- und Industrieverbänden in Produktionsverbände umstellen. Sie müssen in allen Wirtschaftsorganen des Staates vertreten sein.

Die Konsum- und Produktivgenossenschaften werden der sozialistischen Gesamtwirtschaft eingegliedert. Sie verwandeln sich in staatliche Organe der Verteilung und der Produktion.

28. In dem Maße, wie die proletarische Diktatur ihre Ziele durchsetzt, den Widerstand der Bourgeoisie bricht, den Sozialismus verwirklicht und damit die Klassen aufhebt, macht sie ihre Unterdrückungsorgane, d. h. den proletarischen

Staat und damit die letzte Form des Staates überflüssig.

Der Staat stirbt ab.

Die sozialistische Gesellschaft, die notgedrungen mehr oder weniger an die ökonomischen, sittlichen und geistigen Vorstellungen der alten Gesellschaft anknüpft, streift die letzten Erinnerungen an sie ab. Sie geht über in die kommunistische Gesellschaft.

An Stelle des abgestorbenen Staates tritt die gesellschaftliche Verwaltung, deren Grundlage ein geistig völlig umgewandelter Menschenschlag ist.

4. Abschnitt.

Internationale Aufgaben.

29. Die Eroberung und Behauptung der politischen Macht ist in allen Stadien in ausschlaggebender Weise auf das internationale Zusammenwirken der Arbeiterklasse und der vom Kapitalismus unterdrückten Völker angewiesen. Die als kommunistische Internationale konstituierte einheitliche Kommunistische Partei vertritt bewußt und planmäßig die internationale Einheit des proletarischen Befreiungskampfes. Sie setzt in allen Befreiungskämpfen, die sich im nationalen Rahmen entspinnen, das Gesamtinteresse des Weltproletariats durch. Die Interessen der internationalen Revolution sind allen nationalen revolutionären Interessen übergeordnet. Die Kom-

munistische Internationale ist das Vaterland aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Nationen. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als eine Sektion der revolutionären Weltmacht der Kommunistischen Internationale eingereiht. Die Kommunistische Internationale faßt alle revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker zusammen zur Verteidigung der bereits bestehenden Proletarierstaaten, zur solidarischen Führung des Klassenkampfes auf internationaler Stufenleiter, zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in den kapitalistischen Ländern, zur Befreiung der Kolonial- und Halbkolonialländer von imperialistischer Knechtung und Bedrückung, zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Vernichtung der imperialistischen Friedensverträge.

Das Ziel der kommunistischen Internationale ist der Weltbund der Räterepubliken.

Aus dem Trümmerfeld, dem Chaos, der blutigen Barbarei der zusammenbrechenden kapitalistischen Welt, wird die Kommunistische Internationale der unterdrückten Menschheit den Ausweg bahnen. Es gilt, eine Welt von Trümmern aus dem Wege zu räumen, es gilt, eine Welt von Feinden zu besiegen, es gilt, eine neue Welt aufzubauen.

Proletarier und unterdrückte Völker aller Länder um die Fahne der Kommunistischen Internationale vereint Euch!

Zum Programmentwurf der Komm. Partei Italiens).*

AN DAS
ZENTRAALKOMITEE DER ITALIENISCHEN
KOMMUNISTISCHEN PARTEI.

Werte Genossen!

Die Exekutive hat sich mit dem Programmentwurf der Partei beschäftigt, der im „Li Comunista“ vom 31. Dezember v. J. veröffentlicht ist, und das Präsidium der Exekutive hält es für notwendig, sich an Euch mit folgenden Erwägungen zu wenden.

1. Das Dokument stellt kein Projekt eines Programms, sondern Thesen über die Taktik der Kommunistischen Partei Italiens dar. Ein Programm müßte nicht nur die Tendenzen der Entwicklung charakterisieren, die Formen der Verwirklichung unserer Endziele, sondern es müßte die Übergangsziele feststellen, um die wir jetzt

*) Dieses Mitte März abgefaßte Schreiben der Exekutive ist in einzelnen Teilen durch die Tatsachen schon überholt, kann aber im allgemeinen zur Klärung unseres taktischen Verhaltens in programmatischen Fragen beitragen.

die Masse in den Kampf führen, wo es sich leider nicht um die Eroberung der Macht, sondern um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse handelt. Davon ist in Euren Thesen keine Rede. Sofern sie sich auf die Taktik der Partei beziehen, müssen wir leider feststellen, daß sie nicht nur in einer Weise verfaßt sind, die es ganz gewiß der Mehrheit der Partei unmöglich macht, sie zu verstehen, sondern daß sie in einigen der wichtigsten Punkte den Beschlüssen des III. Kongresses widersprechen. Wir werden das beweisen.

2. Die Frage der Eroberung der Mehrheit. In den Thesen über die Taktik, die von dem III. Kongreß angenommen wurden, wird gesagt: „Die Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf ist die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Internationale.“ Dieser Punkt wurde aufgenommen nach einem Kampf mit den Vertretern einer linken Minderheit, zu denen auch Eure Vertreter gehörten. Eure Thesen kehren zurück zu dem Irr-

tum, den der Kongreß abgelehnt hat. In dem 16. Punkt Eurer Thesen sagt Ihr:

„Andererseits kann man nicht verlangen, daß zu einem gewissen Zeitpunkt oder am Vorabend von allgemeinen Aktionen die Partei als Vorbedingung die Mehrheit des Proletariats unter ihrer Führung oder geradezu in ihren eigenen Reihen organisiert habe. Eine solche Forderung kann nicht a priori aufgestellt werden unter Außerachtlassung des tatsächlichen dialektischen Verlaufes des Entwicklungsprozesses der Partei und es hat nicht einmal einen abstrakten Sinn, die Zahl der in der disziplinierten und einheitlichen Organisation der Partei eingereichten oder ihre Gefolgschaft bildenden Proletarier mit der Zahl jener zu vergleichen, die nicht organisiert und versprengt sind, oder solchen korporativen Organismen nachlaufen, die eines organischen Zusammenhanges unfähig sind.“

Diese Ausführungen haben nur einen Zweck: sie mindern, sie bagatellisieren die Notwendigkeit des Kampfes um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, d. h. sie vertuschen die wichtigste Aufgabe, vor der eine solche junge Partei, wie die Kommunistische Partei Italiens steht. Statt der Partei zu sagen: Kämpfe um jeden Arbeiter, suche ihn zu erobern, suche die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, schieben die Thesen doktrinaire Vorwände vor, die beweisen, daß die Sache nicht so brenzlich ist. Hier liegt eine so große Gefahr vor, daß die Exekutive vor keinem Mittel zurückschrecken wird, um die Partei vor dieser Gefahr zu warnen.

3. Kampfsituationen und Kampfmöglichkeiten. Die zweite Hauptlehre, die der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale den Kommunistischen Parteien gegeben hat, eine Lehre, die in erster Linie auf den Erfahrungen der Märzaktion basiert, war die sorgfältigste Abwägung der Kampfmöglichkeiten, die Berücksichtigung der Tatsachen und Erwägungen, die auf Schwierigkeiten der Aktion hinweisen. Der gesamte Sinn der Thesen, inwieweit sie sich auf die Aktionen beziehen, läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Kommunistische Partei nur dann in den Kampf eintreten kann, wenn die Situation sich so gestaltet, daß breite Massen diesen Kampf als eine Notwendigkeit für sich ansehen. Im Gegensatz zu diesen Lehren erklären die Thesen des Zentralkomitees der K. P. I. in § 24 und 25:

§ 24. Das Eintreten der Situationen abwarten, um sich von ihnen in eklektischer und unzusammenhängender Weise anweisen und anregen zu lassen, ist die charakteristische Methode des sozialdemokratischen Opportunismus. Falls die Kommunistischen Parteien gezwungen wären, sich dieser Methode anzupassen, würden sie den Untergang des ideologischen und organisatorischen Gebäudes des Kommunismus unterschreiben.

§ 25. Der Kommunistischen Partei gelingt es insoweit, ihren Einheitscharakter zu bewahren und einen ganzen programmatischen Prozeß zu

realisieren, als sie in ihren Reihen jenen Teil des Proletariats vereinigt, der durch eine Organisation die Tendenz verloren hat, sich nur durch den unmittelbaren Anstoß beschränkter wirtschaftlicher Situationen in Bewegung setzen zu lassen. Der Einfluß der Situationen auf die Gesamtbewegung der Partei hört auf, ein unmittelbarer und bestimmter zu sein, um eine rationale und freiwillige Abhängigkeit zu werden, insofern das kritische Bewußtsein und die Willensinitiative, die für die einzelnen Individuen nur einen ganz geringen Wert haben, in der organischen Gemeinschaft der Partei realisiert sind.

Was bedeuten diese Ausführungen, wenn man versucht, was nicht leicht ist, den Sinn der Worte zu erfassen, die mehr nach den Phrasen der bürgerlichen Soziologie, als nach Marxismus schmecken? Sie bedeuten eines: Historisch entstehende Situationen zum Kampfe auszunützen, das ist Opportunismus. Das kritische Bewußtsein braucht nicht erst günstige Gelegenheiten zum Kampf abzuwarten. Es ist viel weniger von ihnen abhängig. Es kann die Initiative zum Kampfe frei wählen. Was ist das anderes als eine Wiederaufwärmung der Offensivtheorie, die der III. Kongreß abgelehnt hat? Der nächste Punkt der Thesen sucht zwar diese Tatsache zu verhüllen, indem er diese Theorie des Abenteuerertums mit drei Worten abtut, aber sie bleibt bestehen als ein gefährlicher Bestandteil der Thesen, als ein Bestandteil, der — wenn er nicht nur auf dem Papier, sondern in den Köpfen der Parteimitglieder existieren würde — die größte Gefahr für die Partei darstellen müßte.

4. Die Einheitsfront. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat in seinen Thesen über die Taktik das Wesen unseres Bestrebens zur Bildung der Einheitsfront charakterisiert, indem er ausführte:

„Wo die Lage der Arbeitermassen immer unerträglicher wird, haben die Kommunistischen Parteien alles zu versuchen, um die Arbeitermassen in den Kampf um ihre Interessen zu führen. Angesichts dessen, daß in Westeuropa und Amerika, wo die Arbeitermassen in Gewerkschaften und politischen Parteien organisiert sind, wo also bis auf weiteres auf spontane Bewegungen nur in sehr seltenen Fällen zu rechnen ist, haben die Kommunistischen Parteien die Pflicht, zu versuchen, durch die Ausbietetung ihres Einflusses in den Gewerkschaften, durch die Erhöhung des Druckes auf andere sich auf die Arbeitermassen stützende Parteien die gemeinsame Entfaltung des Kampfes um die nächstliegenden Interessen des Proletariats anzustreben, wobei, falls die nichtkommunistischen Parteien in diesen Kampf hineingezwungen werden, die Aufgabe der Kommunisten darin besteht, die Arbeitermassen von vornherein auf die Möglichkeit des Verrats seitens der nichtkommunistischen Parteien in einem nachfolgenden Stadium des Kampfes vorzubereiten, die Situation möglichst zu verschärfen und weiterzutreiben, um befähigt zu sein, den Kampf even-

tuell selbständig weiterzuführen (Vgl. den offenen Brief der V. K. P. D., der als Ausgangspunkt für Aktionen vorbildlich sein kann.)

Gegen diese Thesen wendet sich bewußt das Z. K. der Italienischen Partei im Punkte 36, in dem es sich für eine gewerkschaftliche Einheitsfront ausspricht, aber gegen die Bildung von leitenden Kampf- und Agitationskomitees, in denen die Kommunistische Partei zusammen mit der Sozialistischen Partei vertreten wäre. Gegen alle Argumente, die die Thesen der K. P. I. vorbringen, findet man Kontre-Argumente in den Thesen des III. Kongresses, die im Kapitel über Teilkämpfe und Teilforderungen, Thesen über die Taktik, folgendes besagen:

„Die Arbeiter, die um ihre Teilforderungen kämpfen, werden automatisch zum Kampf mit der ganzen Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat gezwungen. In dem Maße, wie die Kämpfe und Teilforderungen, wie die Teilkämpfe einzelner Gruppen der Arbeiter sich auswachsen zum allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus, hat die Kommunistische Partei auch ihre Losungen zu steigern, zu verallgemeinern bis zur Losung der direkten Niederwerfung des Gegners.“

Würde das Zentralkomitee der Italienischen Partei dies durchdacht haben, so würde es verstehen, daß die Einheitsfront auf die Gewerkschaften beschränken zu wollen, nichts anderes bedeutet, als einen syndikalistischen Standpunkt einzunehmen. Denn nur wenn man annimmt, die wichtigsten Klassenfragen des Proletariats können durch den Gewerkschaftskampf ausgefochten werden, nur dann kann man versuchen, bei ihnen die politischen Parteien auszuschalten. Ist dem nicht so, wächst sich jeder größere Wirtschaftskampf zum politischen aus, dann hat die Kommunistische Partei die Pflicht, zu versuchen, die gemeinsamen Interessen des Proletariats zusammen mit den anderen Arbeiterparteien zu verfechten, sie zu zwingen, sich der gemeinsamen Front einzureihen. Nur auf diese Weise gewinnt sie die Möglichkeit, diese Parteien zu entlarven, falls sie aus Angst vor dem Kampf sich weigern, sich der gemeinsamen Front anzuschließen. Diese Frage ist nun durch den Beschluß der Erweiterten Exekutive beschlossen und entschieden. Wenn die Kommunistische Partei Italiens die internationale Disziplin nicht brechen will, und wir sind überzeugt, daß sie es nicht tun wird, so muß sie in dieser praktisch entscheidenden Frage ihren Standpunkt ändern und sich mit der Exekutive verständigen, wie der Kampf um die Einheitsfront in Italien durchgeführt werden kann.

5. Die Losung der Arbeiterregierung. Die einheitliche Arbeiterfront in Italien gewinnt jetzt eine größere Bedeutung denn je. Die bürgerlichen Parteien zeigen sich immer unfähiger, ein stabiles Regime herbeizuführen. Die Regierung kommt nicht aus der Krise heraus. Die Sozialistische Partei hat weder den Mut, mit dem Bürgertum zu brechen

und zum Kampfe gegen die Regierung überzugehen, noch hat sie den Mut, offen in die Regierung einzutreten. Die Kommunistische Partei kann sich in einer solchen Situation nicht damit begnügen, die Losung der Räteregierung aufzustellen. Sie kann sich nicht damit begnügen, den Massen darzutun, daß die Italienische Sozialistische Partei nicht gewillt ist, um die Räteregierung zu kämpfen. Sie hat die Aufgabe, den Massen zu sagen: Ihr fürchtet den Kampf um die Diktatur, Ihr wollt auf dem Boden der Demokratie bleiben. Nun, dieser Boden wird nicht genügen, um auf ihm auch nur die Minimal-Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu befriedigen. Ihr werdet genötigt sein, die Kämpfe zu wagen, die zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur notwendig sind. Aber schaut Euch die Zerfahrenheit an, das vollkommene Chaos, das in Italien herrscht, unter dem Ihr am meisten leidet. Wenn Ihr an den demokratischen Kampfmitteln festhalten wollt, warum nützt Ihr nicht die Mittel der Demokratie aus, um auch nur zu versuchen, aus der Anarchie herauszukommen? Wir fordern die Italienische Partei auf, um die Auflösung der Kammer zu kämpfen mit dem Zweck, eine Arbeiterregierung herbeizuführen. Die Kommunisten sollen sich bereit erklären, bei der Festlegung eines Minimalprogramms der durch die Arbeiterregierung zu verwirklichenden Bedingungen einen Block mit der Sozialdemokratischen Partei zu schließen, und sie zu unterstützen, soweit sie die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Wird die Italienische Sozialistische Partei darauf eingehen, so werden Kämpfe entstehen, die sich nicht nur auf parlamentarischem Boden abspielen werden. Damit ist der Einwand beantwortet, daß es sich bei der Losung der Arbeiterregierung um eine rein parlamentarische Kombination handele. Lehnt die Italienische Sozialistische Partei unseren Vorschlag ab, dann sehen die Massen, daß wir ihnen einen konkreten Ausweg gezeigt haben, während die Sozialistische Partei weder ein noch aus weiß. Alle Befürchtungen der linken Genossen, eine solche Taktik könnte die Verwischung der Gegensätze zwischen Kommunisten und Serratianern bringen, sind direkt lächerlich. Entweder ist es nicht wahr, daß die Italienische Sozialistische Partei die Interessen des Proletariats — nicht nur seine zukünftigen, sondern auch seine heutigen Interessen — auf Schritt und Tritt verrät: dann wäre es lächerlich, zu versuchen, das zu behaupten und den Arbeitern einzureden. Die Kommunistische Partei kann ihre Existenz nicht gründen auf eine Agitationslüge. Oder es ist wahr, daß nur wir die Lebensinteressen des italienischen Proletariats vertreten, — und dann wird jeder gelungene und jeder mißlungene Versuch der Aufrichtung einer gemeinsamen Front die Sozialistische Partei demaskieren und die Kommunistische stärken.

Wir hoffen, daß die Kommunistische Partei Italiens sich nicht nur äußerlich den Beschlüssen

der Erweiterten Exekutive fügen wird, sondern daß die Diskussion, die in dieser Sitzung stattgefunden hat, zur Klärung der Fragen und zur wirklichen Annahme des Standpunktes der Exekutive durch die Italienische Partei führen wird.

Wir verzichten darauf, alle die falschen Wendungen und Formulierungen, die wir in dem Thesen-Vorschlag des italienischen Zentralkomitees finden, hier eingehend darzustellen, da das Gesagte genügt, um zu zeigen, daß diese Thesen in ihrer grundsätzlichen Richtung falsch sind. Der 49. Punkt der italienischen Thesen sagt:

„Befreit von den Sorgen, die mit jeder Anfangsperiode verbunden sind, muß die Partei nunmehr ihre ganze Aufmerksamkeit ihrem immer tiefer greifenden Eindringen in die Massen zuwenden, durch Bildung und Vermehrung der sie mit ihnen verbindenden Organe.“

Die Exekutive wäre glücklich, wenn sie sich dieser Meinung der Italienischen Partei anschließen könnte. Leider ist das nicht der Fall. Die Thesen der Parteileitung zeigen, daß sie die

Kinderkrankheit, die Krankheit eines jungen, unfruchtbaren Radikalismus nicht überwunden hat, eines Radikalismus, der krank an einer sektierischen Furcht vor der Berührung mit dem realen Leben, an einem mangelhaften Vertrauen auf die eigenen Kräfte und die revolutionären Tendenzen der Arbeiterklasse, sobald diese, wenn auch nur vorübergehend, in den Kampf eintritt. Die Exekutive hat das Vertrauen, daß das Zentralkomitee der Partei diese Schwächen einsehen und an ihre Abstellung gehen wird. Den Anfang muß die Änderung der Thesen der Partei bilden. Es ist besser, daß die Partei sich begnügt mit den Thesen des III. Kongresses und denen der Erweiterten Sitzung der Exekutive, daß sie verzichtet auf die Ausarbeitung von eigenen Thesen, als daß sie mit diesen Thesen auftritt, die die Exekutive nötigen würden, in der schärfsten Weise gegen die Auffassungen des italienischen Zentralkomitees öffentlich zu polemisieren.

*Das Präsidium des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale.*

Thesen zur Agrarfrage.

I. Allgemeiner Teil.

1. Die Aufgaben des Agrarprogrammes.

Die gewaltige Krisis des Kapitalismus und ihr krassester Ausdruck: der Krieg mit all seinen katastrophalen Resultaten stellten das internationale Proletariat vor die unmittelbare historische Aufgabe — den Kampf um die Eroberung der Macht.

Im Kampfe für die soziale Revolution und die Diktatur des Proletariats stehend, muß die Arbeiterklasse ihre Stellung zu den übrigen sozialen Klassen festlegen, muß die Richtlinien und Grundsätze ihrer künftigen Wirtschaftspolitik sowohl für die Stadt wie für das Land aufstellen.

Die russische Revolution hat — als Pionier der Weltrevolution — als erste in konkreter Form eine ganze Reihe von Problemen aufgeworfen, die wir uns früher nur in ganz allgemeinen Umrissen vorstellen konnten, inwiefern wir sie ohne Zusammenhang mit dem uns unbekanntem Moment des Ausbruches der sozialen Revolution und ihren Bedingungen betrachteten. Diese Fragen erfordern aber heute eine reale Lösung und unzweideutige Beantwortung. Nun ist vielleicht das wichtigste dieser Probleme das mit der Art und dem Tempo des Prozesses der Vergesellschaftung der Produktion verbundene Problem: des Verhältnisses der ländlichen Bevölkerung zur Revolution.

Der jahrelange Streit über die Tendenzen in der ökonomischen Entwicklung der Landwirtschaft hat

für uns seine frühere Bedeutung verloren, jedenfalls, wenn in der Form und Gestalt betrachtet, die man dieser Frage früher verlieh, als man die Richtigkeit der ganzen Marxschen Revolutionsprognose von dem Zutagetreten von Konzentrationstendenzen in der Landwirtschaft in Abhängigkeit stellen wollte. Nun ist die Periode der sozialen Revolution zur geschichtlichen Tatsache geworden, und ihr Sieg würde für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft ganz neue Möglichkeiten schaffen und neue Zukunftsprobleme in den Vordergrund stellen. Heute ist für unsere Politik vor allem die Tatsache maßgebend, daß sich die soziale Revolution auf der Basis der bestehenden Gestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande entwickeln wird, für die es charakteristisch ist, daß kleine landwirtschaftliche Produzenten, Mittel- und Kleinbauern in allen Ländern einen bedeutenden Prozentsatz, in einigen sogar den größten Teil der Bevölkerung bilden.

Welche Stellung werden sie der Revolution gegenüber einnehmen? Das ist das ausschlaggebende Problem der jetzigen Epoche. Welches sind die Aufgaben des Proletariats ihnen gegenüber? Wie wird sich das Verhältnis dieser beiden Klassen zueinander gestalten, in welchem Umfange, Tempo und auf welchem Wege wird das Proletariat die Grundsätze der sozialistischen Wirtschaft auf dem Lande, inmitten der überwiegenden Kleinpro-

duktion verwirklichen? — Das ist das ausschlaggebende Problem der Politik der Kommunistischen Partei und in Zukunft der proletarischen Regierung.

Die Lösung dieser Frage hängt offensichtlich davon ab, inwieweit und bis zu welchen Grenzen die Interessen und Bestrebungen des revolutionären Proletariats und der jeweiligen Gruppen der ländlichen Bevölkerung übereinstimmen oder auseinandergehen. Diese Probleme in ihrer geschichtlichen Perspektive und ihrem internationalen Zusammenhang erfassend, müßte das Agrarprogramm der Kommunisten:

1. eine Analyse der wirklichen Gestaltung der Verhältnisse auf dem Lande geben, das Wesen der dort vor sich gehenden Klassenkämpfe und der revolutionären oder konterrevolutionären Strömungen der verschiedenen Landbevölkerungsschichten feststellen;
2. die Wege weisen, auf denen die Partei eine Festigung und Aufdeckung aller offenen und latenten revolutionären Faktoren auf dem Lande erstreben soll;
3. die wirtschaftlichen und sozialen Kräfte und Verhältnisse einschätzen, die die Revolution von dem früheren Regime erben wird und die den objektiven Rahmen bilden werden für die Wirtschaftspolitik der Arbeiterregierung;
4. solche Agrarlösungen aufstellen, die in den Bedingungen des betreffenden Landes am besten, sowohl den wirtschaftlichen wie auch den politischen Interessen, Zielen und Mitteln der sozialen Revolution entsprechen.

2. Die Landbevölkerung und die Revolution.

Der natürliche Verbündete des städtischen Proletariats auf dem Lande ist vor allem die Klasse der Landarbeiter, die heute schon überall in erbittertem Kampfe gegen die Klasse der junkerlichen Ausbeuter steht.

Dieser Kampf des ländlichen Proletariats, das selbst in Agrarländern und Agrargebieten nur eine bedeutende Minderheit der Landbevölkerung bildet, erschöpft aber durchaus nicht den ganzen Inhalt der Klassengegensätze auf dem Lande.

Die gegenwärtige Revolution — wie übrigens jede Revolution — stößt in der sozialen Ordnung, gegen die sie sich wendet, auf Überreste und Überbleibsel aus den vorhergehenden Epochen und räumt diese Überreste als die am meisten morsch und anachronistisch gewordenen in erster Linie und aufs gründlichste aus dem Wege. Solche Überreste und offensichtliche oder versteckte Überbleibsel aus der feudalen Ordnung haben sich in manchen Formen des Bodenbesitzes bis auf den heutigen Tag erhalten, wie in dem oft an Hörigkeit gemahnenden Abhängigkeitsverhältnis der Kleinbauern vom Großgrundbesitz und in der hieraus folgenden Gestaltung der sozialen Verhältnisse auf dem flachen Lande usw. Das trifft vor allem auf

die Länder zu, in denen der Kapitalismus noch keine hohe Entwicklung erreicht hat, in denen die landwirtschaftliche Produktion noch der wichtigste oder einer der wichtigsten Zweige der Volksproduktion geblieben ist, in denen die Industrie nicht allzuviel Arbeitskräfte benötigte und in denen auch der Mangel des Zuzugs der Bevölkerung zur Industrie eine Übervölkerung auf dem Lande und einen verschärften Bodenhunger zur Folge hat.

Heute schon, in der dem Ausbruch vorangehenden Periode, haben die Erschütterungen des Weltkrieges und das Anschwellen der Revolutionswelle sofort das Problem der Änderung der Landeigentumsverhältnisse als eines der wundensten und heikelsten Probleme der Gegenwart an die Oberfläche des politischen Lebens gebracht und mit Wucht bei einer ansehnlichen Zahl von europäischen Ländern auf die Tagesordnung gestellt. Das Echo hiervon sind die in fast allen Ländern der sogen. grünen Internationale (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Litauen) ausgearbeiteten Agrargesetzvorlagen, die sich angeblich das Prinzip der Enteignung des Großgrundbesitzes zueigen machen, die sich aber tatsächlich überall nur als betrügerische Palliativmittel erweisen, indem sie lediglich die Interessen des reichen Bauerntums befriedigen, nirgends indessen den brennendsten und aktuellsten Agrarproblemen näherzutreten wagen, vor allem dem Problem des kleinbäuerlichen Proletariats und Halbproletariats, das in halbbarbarischer Rückständigkeit und Not vegetiert. Erst die soziale Revolution wird, indem sie auf das Land übergeht und die Massen dieses ländlichen Proletariats und Halbproletariats aufrüttelt, jene Lösung bringen, die in den Agrarländern auch zu ihrem eigentlichen geschichtlichen Wesen gehören und ihr erst die nötige dynamische Kraft verleihen wird.

Infolge der Rückständigkeit der kapitalistischen Entwicklung wird die soziale Revolution in diesen Ländern den Boden für die Durchführung ihrer endgültigen Ziele weniger vorbereitet finden, als in den höher entwickelten Ländern. Sie wird daher notgedrungen viele Elemente des bürgerlichen Umsturzes mit einbegreifen und obgleich sie sie zweifellos nach ihrer Art ummodellieren wird, wird sie doch gleichzeitig gewissermaßen das unbeendigte Werk der früheren, d. h. bürgerlichen Revolutionen vollbringen, und auf diese Weise wird sie nicht nur eine Arbeiterrevolution, sondern vorübergehend auch eine Arbeiter- und Bauernrevolution werden (als Beispiel für eine solche Vermengung von Elementen einer sozialen und bürgerlichen Revolution dient Rußland). In anderen Agrarländern muß sich, wenn auch in etwas anderer Form und nicht in demselben Maßstabe, dieselbe Erscheinung wiederholen.

Aber auch in den am stärksten industrialisierten Ländern, in denen mit der feudalen Vergangenheit schon längst aufgeräumt worden ist, oder in denen eine solche Vergangenheit selbst gar nicht existiert

hat — wie in den Vereinigten Staaten —, sind in der Nachkriegs- und Revolutionsperiode viele Erscheinungen zum Vorschein gekommen, die das innere Gleichgewicht des Dorfes ins Wanken gebracht, und innerhalb der heutigen kapitalistischen Staaten neue politische und wirtschaftliche Gegensätze ins Leben gerufen haben.

Schon heute ist die privilegierte Stellung, in die sich viele Schichten des Bauerntums dank der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse versetzt sahen, in den meisten europäischen Ländern erschüttert worden, und die weitere Krise der kapitalistischen Welt muß auch das Land immer mehr umfassen, die Lage der Bauern beeinflussen und so die revolutionären Faktoren auf dem flachen Lande vermehren. Die Entwertung des Papiergeldes, die Hemmung der Landflucht und die sogar hier und da eintretende Gegenerscheinung — das Rückfluten von der Stadt aufs Land —, das Zusammenschrumpfen der städtischen Produktion, und als wichtige Welterscheinung die allgemeine Erschütterung des Gleichgewichtes zwischen der agrarischen und industriellen Produktion, das Streben der mächtigen kapitalistisch-junkerlichen Cliques nach einem Wiederaufbau der kapitalistischen Welt, u. a. vermittelt neuerlicher gewaltsamer Pauperisierung und vorkriegszeitgemäßer Unterjochung der Bauern, der damit im Zusammenhang stehende hartnäckige Kampf um die Steuern, deren riesige Last diejenigen Schichten in irgendeiner Form werden tragen müssen, die ihrer Zahl und Rolle nach die maßgebendsten in der Produktion sind, d. h. neben den Arbeitern auch die Bauern, — all dies ruft auf dem Lande eine ständige Gärung und sich gegenseitig aufreibende Tendenzen hervor, die ein dramatisches Bild der sich kreuzenden neuen und alten Klassengegensätzen geben. Der Krieg, der durch die Aufhebung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus Rußland und die Verteuerung der überseeischen Einfuhr die wirtschaftliche Bedeutung, den Wohlstand und somit auch das soziale Selbstgefühl der Bauern gehoben hat, andererseits die den Bauern jetzt drohenden Gefahren sowie ihr wachsender Appetit auf den Großgrundbesitz — all das erzeugt in der Bauernschaft ein ständiges Drängen nach Macht und läßt sie in bestimmten Fällen als geeinte Masse auftreten, die sich dem Lager der Großgrundbesitzer und des mit diesem verbündeten Kapitals entgegensetzt. Die relative Harmonie und sogar Einheit und tätige Solidarität in den Beziehungen zwischen dem Großkapital des Landes und der Stadt und dem Bauerntum wiederherzustellen, gelingt heute nirgends; diese Einheit und Solidarität waren aber ein charakteristisches Merkmal der letzten Vorkriegsepoche und eines der sozialen Fundamente des imperialistischen Zeitalters. Diese Harmonie ist tief erschüttert worden, und die überwiegende Masse des Bauerntums hat aufgehört, ein zuverlässiger Verbündeter und eine soziale und politische Reservearmee der kapitalistischen

Schichten zu sein. Dieser Tatbestand bewirkt ein ständiges Schwanken des Gleichgewichtes in der Staatsmaschine der Agrarländer, erschwert das Zustandekommen einer dauerhaften und sicheren Grundlage der bürgerlichen Regierungen, ermutigt die furchtsame, früher wenig bewegliche kleinbäuerliche Masse zum Kampf und schafft so die Basis für tiefere Erschütterungen.

Zugleich wird es aber auch immer offensichtlicher, daß keinerlei vorübergehendes Übereinstimmen der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Groß- und der Kleinbauern (wie etwa der gemeinsame Kampf gegen jedwede Form staatlicher Zwangswirtschaft, der Kampf um den freien Handel usw.) in stande ist, die wachsende Gegensätzlichkeit ihrer Bestrebungen zu verdecken. Für die Kleinbauern ist die gegenwärtige Gestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande ein unüberwindliches Hindernis für die Befriedigung ihrer elementarsten Bedürfnisse und der Antagonismus zwischen diesen Schichten und dem Großgrundbesitz gewinnt mit jedem Tag an Spannung und Schärfe, während gleichzeitig immer deutlicher die neugearteten Grundlagen eines partiellen Bündnisses der reichen Bauern mit der Bourgeoisie offenkundig werden.

Das einzige Agrarprogramm dieser reichen Bauernschichten ist: durch eine derzeitige Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes die Sicherung eines „eisernen“ Bodenvorrates zu erzielen, der entweder durch Parzellierung oder durch entsprechende Gesetzgebung allmählich an ihre vergrößerten Familien übergehen soll. Die durch die bürgerliche Propaganda verbreitete Panik vor dem Sozialismus, die Furcht vor der Liquidierung des Großgrundbesitzes zugunsten der Lohnarbeiter und Kleinbauern, die gemeinsamen Interessen gegenüber der Lohnarbeit, das Streben nach einer Abwälzung der Steuern und anderer sozialer Lasten auf die Schultern der städtischen und der ärmeren ländlichen Bevölkerung — all das bildet ein sich festigendes Band zwischen der Bourgeoisie und den reichen Schichten des Bauerntums und äußert sich in einem Streben nach einer gemeinsamen Front, die sich gegen das Proletariat und Halbproletariat des Landes und der Stadt wendet.

Dieser Riß muß sich immer mehr vergrößern und zu einer scharfen Spaltung und Differenzierung der Klasseninteressen auf dem Lande führen. Das bezieht sich sowohl auf die Länder, in denen die ungeheuren Kriegslasten, die Erschütterung der hochentwickelten Industrie, die Massenarbeitslosigkeit und die Verwüstung ganzer Provinzen ein Bild einer chronisch gewordenen Krankheit des sozialen Organismus darstellen, wie besonders auf diejenigen Länder und Gebiete, in denen großer Bodenhunger herrscht, in denen einerseits die Habsucht des reichen Bauerntums wächst, das den Großgrundbesitz als ein Terrain seiner ausschließlichen Expansion betrachtet, in denen sich andererseits die Not und die Hoffnungslosigkeit der Lage der breitesten Massen des ländlichen Proletariats und

Halbproletariats ständig steigern muß. Die Verschärfung der Gegensätze auf dem Lande baut eine Brücke auf zwischen dem Proletariat der Städte und den arbeitenden Massen des Landes, die endlich werden begreifen müssen, daß „ihre einzige Rettung in ihrem Zusammenschluß mit dem kommunistischen Proletariat, in einer rückhaltlosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes um die Zertrümmerung des Joches der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie liegt“. Zugleich müssen (wie es auch weiter die Resolution des II. Kongresses der Komm. Internationale formuliert) auch die „Industriearbeiter begreifen, daß sie ihre große historische Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitalismus und des Militarismus nicht erfüllen können, wenn sie die arbeitenden und ausgebeuteten Massen auf dem flachen Lande nicht in den Kampf führen oder wenigstens auf ihre Seite bringen, wenn sie nicht in der Tat eine im sozialistischen Geiste handelnde revolutionäre Klasse sein werden, als welche sich das Proletariat nur dann erweist, wenn es als Vortrupp aller arbeitenden und ausgebeuteten Massen auftritt und handelt, als ihr Führer im Kampfe um den Sturz der Herrschaft der Ausbeuter. Diese Aufgabe läßt sich aber nicht verwirklichen, ohne daß der Klassenkampf auf das Land übertragen wird, ohne daß die arbeitenden Massen um die kommunistische Partei des städtischen Proletariats gruppiert werden, dem die Aufgabe der Schulung dieser Massen obliegt.“

Wenn man gleichzeitig die ungeheure Abhängigkeit der Städte von dem flachen Lande — besonders in den Industriestaaten — als dem Erzeuger der Nahrungsmittel in Betracht zieht, wenn man sich der entscheidenden Rolle bewußt wird, die nach der Revolution die Sorge um die Sicherung der Ernährungsbasis in der neuen Ordnung spicien wird, wenn man sich endlich vergegenwärtigt, daß die Bauernmassen besonders in den Ländern mit überwiegender agrarischer Bevölkerung das Hauptreservoir für die Waffennmacht bilden werden, aus dem sowohl die Revolution wie die Konterrevolution schöpfen muß, so wird es klar, daß angesichts des Bürgerkrieges die Gewinnung der großen Mehrheit und zum mindesten die Neutralisierung der Mehrheit der Bauernmassen für die Revolution eine Frage auf Leben und Tod bedeutet.

Um das zu erreichen, um die unbemittelte, meistens unaufgeklärte und politisch ungebildete Masse der Landbevölkerung von dem Einfluß und dem Kommando der mit den Großgrundbesitzern verbundenen reichen Bauern zu befreien, die auf dem Lande so oft das Regime führen und die Feinde der Revolution und der arbeitenden Massen der Stadt und des Landes sind und auch bleiben werden, muß das städtische Proletariat die Massen der ärmeren Bevölkerung über das soziale und politische Wesen des Teilbündnisses der reichen Bauern und der Großbourgeoisie aufklären, was es

am leichtesten erzielen kann, indem es die Forderungen der armen Masse formulieren und ihre Interessen schützt, die nicht nur den Interessen der Großgrundbesitzer, sondern auch denen des reichen Bauerntums entgegengesetzt sind.

3. Das Agrarprogramm früher und jetzt.

Das Agrarprogramm der Kommunisten kann sich deswegen nicht ausschließlich mit dem Los des Landproletariats befassen und kann sich in bezug auf die an Zahl noch größeren und ebenso bedrückten Massen der Kleinbauern nicht auf ein Entwerfen weitliegender Perspektiven betreffs Verschmelzung ihrer Betriebe mit dem sozialisierten Großgrundbesitz beschränken und sie auf die Wohltaten verträsten, die sich aus der zukünftigen kollektiven Wirtschaft ergeben werden (wie das in unseren bisherigen diesbezüglichen Resolutionen geschah). Ohne die Interessen der Landarbeiter auch nur für einen Augenblick außer acht zu lassen, müssen wir uns dabei stets vergegenwärtigen, daß das brennende Problem des notleidenden Kleinbauerntums im Augenblick des Umsturzes sofort eine Lösung auf der Basis der heute in der Landwirtschaft herrschenden konkreten Verhältnisse finden muß.

Die Resolution des 2. Kongresses besagt hierüber:

„Die Macht des Proletariats wird nur dann von Dauer sein, wenn sie sich die Neutralität des mittleren Bauerntums sichert und die Unterstützung, wenn nicht des ganzen, so doch wenigstens eines Teils des Kleinbauerntums gewinnt. Die Bedingung dafür ist, daß der arbeitenden, am meisten ausgebeuteten Masse auf dem flachen Lande durch den Sieg der Arbeiter eine sofortige Besserung ihrer Lebenslage auf Kosten der Ausbeuter zuteil wird.“

Unser Programm soll allen revolutionären Elementen in den Dörfern Rechnung tragen, die Gegensätze der verschiedenen Bauernschichten unterstreichen und die Parteilätigkeit auf ihre Ausnutzung und Stärkung lenken. Unser Programm muß den reif gewordenen Bedürfnissen und Forderungen nicht nur der breiten Schichten des Proletariats, sondern auch des Kleinbauerntums und ländlichen Halbproletariats Ausdruck geben, zugleich aber auch die Richtlinien unserer Politik gegenüber dem mittleren Bauertum aufstellen und damit die Grundlage für jenes revolutionäre Bündnis der Bauern und Arbeiter schaffen, von welchem Lenin sagt, daß es „das wesentlichste und tiefste Problem sowohl der russischen wie auch jeder anderen sozialistischen Revolution“ ist und daß „nur die Festigung dieses Bündnisses die Menschheit vor solchen Katastrophen wie dem letzten imperialistischen Krieg und anderen wilden Erscheinungen des kapitalistischen Chaos erlösen kann“.

In der ganzen Politik der kommunistischen Parteien, in den Formen und dem Wesen ihrer

Agitationsarbeit, in der Bedeutung, die der Arbeit auf dem Lande beigemessen wird, muß sich möglichst schnell und in möglichst weitem Umfang die grundsätzliche Änderung bemerkbar machen, die durch die Epoche der sozialen Revolution in unserer Stellungnahme zu den Kleinbauern erfolgt ist, zu der bedeutungsvollen Bevölkerungsschicht, die früher nur als ein zum Untergang verurteiltes Hemmnis in der Entwicklung zum Sozialismus und zur Revolution galt, heute aber durch den Gang der Geschichte in vielen Ländern zur aktiven Teilnahme an der sozialen Revolution, in anderen zur friedlichen Mitarbeit berufen ist.

Die Gründe, die früher die Marxisten von der Aufstellung besonderer, die Gewinnung des Bauerntums bezweckender Agrarlosungen abschrecken, existieren heute nicht mehr. Die früheren Revisionisten, die den Kleinbetrieb als die lebensfähigste und zweckmäßigste Form des landwirtschaftlichen Betriebes betrachteten, stellten zugleich die ganze Auffassung der sozialen Revolution als einer Konsequenz der Konzentration des Kapitals in Frage und wollten der Partei auch in organisatorischer Hinsicht ihren proletarischen Charakter nehmen und sie zum großen Teil auf Elemente stützen, die ihrem ganzen Wesen nach dem Sozialismus fremd sind. Faktisch führten sie die Partei auf den Weg eines vollkommenen ideologischen Übereinkommens mit dem Kapitalismus, führten sie zur Preisgabe ihrer Endziele und setzten an Stelle des Kampfes um die Zertrümmerung des Kapitalismus den Versuch, ihn zu verbessern und zu vervollkommen. Heute liegt aber die Sache gerade umgekehrt. Heute bedeutet das Bündnis der Arbeiter und Bauern gegenseitige Hilfe im Kampf um den Sturz des Kapitalismus und den gemeinsamen Schutz der neuen Ordnung.

Die Agrarlosungen bilden heute einen Bestandteil der Plattform der sozialen Revolution.

Die Bestrebungen und Forderungen der arbeitenden Massen auf dem Lande und andererseits die Kräfte und Mittel, über die das Proletariat zur Verwirklichung seiner Bestrebungen auf der Basis der herrschenden ökonomischen, sozialen und psychologischen Verhältnisse verfügt, werden den Inhalt der Losungen bestimmen, die die wirtschaftliche Grundlage des politischen Bündnisses der unbemittelten Bauern und der Arbeiter formulieren werden.

4. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Verwirklichung des Sozialismus. Die bisherige Entwicklung und deren Auswirkung in der Volkswirtschaft und in der Massenpsyche.

Der endgültige Sieg des Sozialismus, also die vollkommene Aufhebung aller Grundlagen der Ausbeutung und der sozialen Ungleichheit wird erst

dann eintreten, wenn alle Produktionsmittel in der Landwirtschaft wie in der Industrie sozialisiert sind, wenn die individuelle Wirtschaft auf allen Arbeitsgebieten durch die rationelle, auf den Grundlagen der planmäßigen Produktion und der modernen Technik organisierte Kollektivwirtschaft ersetzt worden ist. Erst wenn die Vorteile der Kollektivwirtschaft allen Werktätigen klar sein werden, werden die psychologischen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung verschwinden und das egoistische Bestreben jedes Einzelnen sich auf fremde Kosten zu bereichern, wird allmählich dem sozialen Empfinden für das Gemeinwohl weichen. Erst dann wird auch die neue Gesellschaftsordnung fest begründet werden und der sozialistische Gedanke wird triumphieren.

Jedoch die Hauptvoraussetzung für die Erreichung dieses ideellen Zieles ist ein Zustand der Technik, der Organisation und der allgemeinen Produktionsverhältnisse sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie, bei welchem die Kollektivproduktion der Einzelproduktion restlos überlegen wäre, und bei dem die letztere auf dem Wege eines natürlichen wirtschaftlichen Prozesses beseitigt würde, der sich nur in ganz beschränktem Maße durch den staatlichen Zwang und Druck ersetzen und regulieren läßt. In der städtischen Industrie sind solche objektive Voraussetzungen für die Sozialisierung der Produktion schon im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entstanden, wie hier der Großbetrieb über den Kleinbetrieb siegte und die Mehrzahl der Kleinerzeuger von Großkapital enteignet wurden.

In der Landwirtschaft dagegen, in der die Produktionstechnik nicht dieselbe Vollkommenheitsstufe erlangt hat, die wissenschaftlichen Errungenschaften eine kleinere Rolle und die allgemeinen Naturbedingungen eine viel größere Rolle spielen, hat sich bis jetzt die Überlegenheit des Großbetriebes über den Kleinbetrieb nur als relativ und nicht genug ausschlaggebend erwiesen. Und so geschah es, daß Faktoren, wie das persönliche Interesse des Kleinbesitzers, seine gesteigerte Arbeitsleistung usw. genügten, um der technischen Überlegenheit des die Lohnarbeit anwendenden Großbetriebes die Wage zu halten. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb zeigte im Laufe der letzten Jahrzehnte soviel Widerstandskraft und Lebensfähigkeit, daß er in vielen Ländern sogar wesentlichen Zuwachs auf Kosten des Großbetriebes erfuhr und in ganz West- und Mitteleuropa jetzt wohl die verbreitetste Form der landwirtschaftlichen Produktion ist.

Freilich ist die große Produktion nicht unter allen Umständen die unentbehrliche Voraussetzung der Kollektivwirtschaft. Es steht jedoch außer Zweifel, daß im Zeitpunkt der sozialen Umwälzung nur jene Produktionszweige und Gebiete unmittelbar sozialisierungsreif sein werden, in denen die bereits erfolgte Konzentration die erforderlichen wirtschaftlichen Grundlagen, wie die Vereinheit-

lichung und Zentralisierung der Administration geschaffen und das entsprechende Menschenmaterial erzeugt hat, was in der Landwirtschaft erst in beschränktem Maße der Fall ist.

Infolge der verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklung sind die werktätigen Massen der Stadt und des flachen Landes in ihrer Psyche, in ihren Gewohnheiten und Bestrebungen voneinander grundverschieden. Die städtische Industrie sammelte die Arbeiterschaft in den großen Zentren und gab ihnen dadurch die Möglichkeit, sich zu organisieren, eine eigene Klassendisziplin auszubilden, sich auf eine relativ hohe Stufe der Kultur und des Klassenbewußtseins aufzuschwingen. Gleichzeitig zerstörte die sich rasch vollziehende Zentralisation alle Hoffnungen auf die Erlangung wirtschaftlicher Selbständigkeit. All das machte die städtischen Proletarier zu einer Klasse der natürlichen und bewußten Feinde des Kapitalismus und der Kämpfer für die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Dagegen blieb auf dem Lande die Schicht der Klein- und Mittelgrundbesitzer die maßgebende Schicht. Weder diese Elemente, noch das mit ihnen noch eng verbundene ländliche Proletariat konnten sich zum Bewußtsein durchringen, daß die Ersetzung des Privateigentums durch den Kollektivbesitz für sie der einzige Ausweg ist. Die Psyche des ländlichen Proletariats mußte unter dem Einfluß der Tatsache stehen, daß er hoffen durfte, ein Stück Boden als Eigentum zu erwerben, während der Kleinbauer andererseits der Hoffnung lebte, sein Grundstück zu vergrößern und abzurunden. Der Faktor des privatwirtschaftlichen Individualismus behielt auf dem Lande seine ganze Macht und der Prozeß seiner Überwindung hat dort entweder gar nicht begonnen oder steckt noch in den Anfängen. Die niedrige Kulturstufe und die mangelnde soziale Aufklärung der breiten Dorfmassen wird auf dem Lande noch sehr lange ein starkes Hindernis für alle kollektivistischen Bestrebungen bilden.

5. *Schlußfolgerungen.*

Aus den obigen Voraussetzungen ergeben sich die folgenden Schlußfolgerungen:

a) Das städtische Proletariat ist die einzige Klasse, die fähig ist, die ersten Grundlagen der kollektiven Produktion zu verwirklichen und zu organisieren. Diese Klasse wird in der ersten Revolutionsperiode die ganze Last der ersten kollektivistischen Maßnahmen auf ihre Schultern nehmen müssen. Daher muß auch der Umfang dieser Maßnahmen genau der Macht der städtischen Arbeiter, ihrer Entwicklungsstufe, ihrer Bedeutung im Lande und dem Ausmaß der Hilfe

anderer revolutionärer Länder angepaßt werden. Wird das Proletariat selbst in der städtischen Industrie nicht sogleich imstande sein, die ganze Produktion zu sozialisieren, wird es mit den wichtigsten und den am meisten konzentrierten Produktionszweigen beginnen müssen, so muß es noch viel vorsichtiger in der Landwirtschaft vorgehen, wo die Produktion ungleich mehr zersplittert, die Bevölkerung kulturell tiefgehend und in ihrem privatwirtschaftlichen Individualismus befangen ist.

b) Alle Versuche, den Kleinbesitz zu enteignen und die individuelle Bauernwirtschaft zwangsweise zu liquidieren, wären zum Scheitern verurteilt und müßten die Revolution mit dem Untergang bedrohen. Im Gegenteil, man wird je nach der Kraft des Proletariats nach den Verhältnissen im Zeitpunkt des Ausbruchs der Revolution, nach der Lage und nach den ersichtlichen Bedürfnissen der ländlichen werktätigen Massen (d. h. des Proletariats und der landarmen Bauern) je nach der landwirtschaftlichen Kultur des Großgrundbesitzes und nach ihrem mehr oder weniger kapitalistischen Charakter kleinere oder größere Abweichungen von dem allgemeinen kollektivistischen Prinzip zulassen müssen und diesen oder jenen Teil des Junkerbodens teilen, um den landlosen Grund und Boden zu geben und den Besitz der landarmen Bauern zu vergrößern. In den Ländern, in denen das Proletariat schwächer ist, die Überreste der Feudalwirtschaft ausgeprägter sind, der Landhunger stärker und das kulturelle Niveau des flachen Landes niedriger ist, wird man in der Teilung des Grundbesitzes bedeutend weiter schreiten müssen als in den Ländern, in denen das Proletariat, stark und organisatorisch geschult, imstande sein wird, einen bedeutenden Teil seiner organisatorischen Kräfte auf das flache Land zu werfen, und in denen die vorhergehende kapitalistische Entwicklung, insbesondere die Industrialisierung der Landwirtschaft, zum Teil auch auf dem flachen Landen den Boden für die sozialistische Umwälzung vorbereitet hat. Der Beschluß des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale besagt: „Die Teilung der großen Güter ist das sicherste Mittel, die Bauernschaft in den Ländern, in denen der Großgrundbesitz eine relativ kleine Rolle spielt und in denen im Gegenteil eine sehr zahlreiche Schicht von Kleingrundbesitzern besteht, die den Grund und Boden für sich zu behalten suchen, für die Revolution zu gewinnen.“

c) Ehe es der proletarischen Staatsgewalt gelingen wird, die ganze Industrie auf den Grundlagen der kollektiven Großproduktion zu organisieren und die materiellen und organisatorischen Grundlagen für die vollkommene Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen,

wird sie sich eine lange Zeit hindurch mit dem Weiterbestehen der individuellen Wirtschaft auf dem Lande als der überwiegenden Form der landwirtschaftlichen Produktion abfinden müssen. Die Beständigkeit und die Kraft der Revolution wird in großem Maße davon abhängen, ob und inwieweit es gelingt, dieses Zusammenleben der beiden Wirtschaftsformen richtig zu organisieren.

d) Nach dem Sieg der Revolution, wenn die Furcht der Bauern vor der Rückkehr der alten Grundbesitzer nicht mehr als Bindeglied zwischen den Bauern und dem städtischen Proletariat wirken wird, muß der Gegensatz der augenblicklichen Interessen der beiden Klassen unausbleiblich hervortreten. Die Rückständigkeit, der engherzige Egoismus und die noch mangelnde soziale Aufklärung der Bauernmassen werden zu verschiedenen Konflikten mit der proletarischen Staatsgewalt führen. Trotz der großen Schwierigkeiten und Gefahren, die daraus für die Revolution oft erstehen werden, wird doch dabei die Tatsache ausschlaggebend bleiben, daß diese scheinbaren Gegensätzlichkeiten und Zielunterschiede nur die Erbschaft der kapitalistischen Periode bilden, daß zwischen dem städtischen Proletariat und der Masse der werktätigen Bauernschaft kein wirklicher Interessengegensatz besteht, daß diese Klassen im Gegenteil aufeinander angewiesen sind und ohne gegenseitige Hilfeleistung nicht existieren könnten. Der Staat wird gezwungen werden, für die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe systematisch zu sorgen und eine intensive Hilfe für sie zu organisieren, und zwar nicht nur zu dem Zweck, um die Bauernschaft für sich zu gewinnen, sondern auch um die Volksernährung sicherzustellen, die landwirtschaftliche Kultur zu heben und die Bodenproduktivität in möglichst kurzer Zeit zu steigern. Der Weg zur sozialistischen Wirtschaft führt nicht durch die gewaltsame Enteignung der breiten Bauernmassen, auch nicht durch eine Politik, die das Besitztum dieser Massen wirtschaftlich zugrunde richten würde, sondern durch die Veranschaulichung der Vorteile und Wohltaten der gemeinschaftlichen Arbeit. Die weitgehende Verwendung der durch den Staat gelieferten Kunstdünger und landwirtschaftlichen Maschinen, die eine Reihe von Betrieben bedienen, die Praxis der produktiven und kommerziellen Genossenschaften, Elektrifizierung der Landwirtschaft, landwirtschaftliche Schulen, Lieferung von Fachagronomen, die den Bauern die Ausnützung der wissenschaftlichen Errungenschaften erleichtern werden, all dies wird den Bauern aus seiner bisherigen Isolierung herausreißen und in ihm allmählich das Verständnis dafür wecken, daß es in seinem Interesse liegt, sich der Allgemeinheit nicht entgegenzusetzen, sondern mit ihr immer enger mitzuarbeiten. Die Hilfe, die die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe vom Staate erhalten werden, wird sie wirtschaftlich immer enger mit den Zentren der kollektiven Wirtschaft ver-

binden und eine Brücke zu ihrer allmählichen Verschmelzung in ein wirtschaftliches Ganzes schlagen.

e) Schon heute, in der der Revolution vorausgehenden Periode, müssen die Kommunisten die Agrarlosungen, die auf die revolutionäre Lösung der Agrarfrage hinzielen, verkünden, gleichzeitig aber das ländliche Proletariat organisieren und seinen Kampf gegen die Großgrundbesitzer leiten, die kleinbäuerliche Masse in diesen Kampf hineinziehen, die Interessen der Klein- und Mittelbauernschaft gegenüber der Ausbeutung durch die städtische und ländliche Bourgeoisie vertreten, die Interessengegensätze zwischen den Großbauern und den breiten Bauernmassen ans Licht bringen und verschärfen.

6. Kritik der Argumente, die durch die Befürworter der Aufrechterhaltung des kollektivistischen Prinzips in vollem Umfange und in allen Ländern geltend gemacht werden.

a) Die Befürchtung, daß die Bodenenteilung die Bodenproduktivität verringert und die Ernährung der Städte gefährdet. Die Gefahr für die Ernährung der Städte ist zweifellos vorhanden und bildet eine der Hauptsorgen und Hauptgefahren der Revolution, sie hängt aber nicht nur mit der Frage der Bodenteilung zusammen, sondern muß als eine notwendige Folge des revolutionären Ausbruchs und als die unvermeidliche Begleiterscheinung der ersten Revolutionsperiode eintreten. Und zwar nicht nur infolge der herrschenden Verwirrung, der Transportschwierigkeiten, der Blockade, der Sabotage gegen die neue Regierung und des ausbrechenden Bürgerkrieges, sondern auch und sogar vor allem kraft der Tatsache, daß die agrarische Umwälzung die unmittelbare Folge haben wird, daß die bisher hungernden ärmeren Dorfmassen besser zu leben und sich besser zu ernähren beginnen, oder anders ausgedrückt, daß das flache Land jetzt mehr Lebensmittel zum Nachteil der Stadt zu konsumieren beginnt. Unter diesen Umständen gewinnt die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur, oder wenigstens deren Erhaltung auf dem bisherigen Niveau um so größere Bedeutung. Wollte aber der Staat den ganzen Großgrundbesitz in seine Verwaltung übernehmen, wozu ihm offenbar die erforderlichen organisatorischen Kräfte fehlen, so würde er nicht nur dem Übel nicht abhelfen, sondern es nur noch verschärfen: die erwartete Produktionssteigerung als Folge der Sozialisierung würde sich als eine Fiktion erweisen, wenn die proletarische Regierung nicht imstande, in der ersten Periode ihres Bestehens den erforderlichen Apparat für die Bewirtschaftung und Sicherstellung des Bestandes der großen Ländereien zu schaffen. Ein bedeutender Teil dieser Güter würde verwüstet werden, das Land würde brachliegen

oder vernachlässigt werden, was die Ernährungslage nur noch verschlimmern und die konterrevolutionären Stimmungen nur begünstigen würde. Dabei ist die höhere Ausgiebigkeit des landwirtschaftlichen Großbetriebes gegenüber dem Kleinbetrieb absolut genommen, d. h. wenn man den Ertrag von 1 ha vergleicht, oft gering, besonders wenn man die Gesamtheit der landwirtschaftlichen Produkte, d. h. nicht nur die Getreide-, sondern auch die Fleisch- und Milcherzeugung in Betracht zieht. Dagegen ist diese Überlegenheit relativ, d. h. im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Hände, sehr groß. Das hat für die weiteren Perspektiven der Landwirtschaft eine ungeheure Bedeutung. Aber in der ersten Revolutionsperiode bei der Übervölkerung des Dorfes und bei der Unmöglichkeit, für die ländliche Bevölkerung in der Stadt eine genügende Beschäftigung in kurzer Zeit zu finden, verliert diese relative Überlegenheit an Bedeutung.

b) Die Befürchtung, daß die Klassenbasis der Revolution sich durch die Umwandlung der Landproletarier in Kleinbesitzer schmälern wird, kann nur einer falschen Einschätzung der Psyche des ländlichen Proletariats und der Unkenntnis der Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion entspringen. Würden die alten Großgrundbesitzer nach der Umwälzung durch die Staatsgewalt abgelöst werden und würde die Verwaltung der Güter in den Händen der früheren Besitzer oder Verwalter bleiben (was besonders bei der Verstaatlichung *aller* enteigneten Landgüter wohl unvermeidlich wäre), so könnte die Unzufriedenheit des ländlichen Proletariats, die früher ein revolutionärer Faktor war, sich jetzt leicht gegen die revolutionäre Staatsmacht richten und sich zu einem konterrevolutionären Faktor entwickeln. Schon die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß in den Ländern, in denen nach der Revolution der Großgrundbesitz nicht geteilt wurde, sondern eine völlige Nationalisierung versucht wurde (Ungarn, Litauen, Weißrußland), das flache Land der Revolution seine volle Unterstützung verweigerte. Die riesige Masse der Landarmen, die in vielen und besonders in den agrarischen Ländern und Provinzen die Mehrheit der Dorfbevölkerung bilden, würde leicht wenn unbefriedigt in ihren elementarsten Bedürfnissen und Erwartungen, den konterrevolutionären Machenschaften zugänglich werden. Die Armut der Städte, die relativ schwache Entwicklung der Industrie würde den agrarischen Ländern (im Gegensatz zu den hochindustriellen Ländern wie z. B. Deutschland) auch unmöglich machen, das flache Land mit Industrieerzeugnissen genügend zu versorgen und so der proletarischen Staatsmacht das Vertrauen der Bauernmassen zu sichern. Die Revolution würde dann nicht nur auf das flache Land als ihre Stütze und ihren Schutzwall gegen die Konterrevolution nicht rechnen können, sie müßte im Gegenteil die von ihr aufgezwungene Ordnung dort verteidigen.

c) Die Berechnungen, die zeigen sollen, daß der vorhandene Landvorrat nicht reicht, um alle Landlosen und Landarmen zu versorgen und ihnen den Grundbesitz zu geben, der ihnen den vollkommenen Wohlstand und die selbständige Existenz sichern könnte, können ebensowenig entscheidend sein. Infolge der ungeheuren Überbevölkerung des flachen Landes in vielen agrarischen Ländern und der industriellen Rückständigkeit dieser Länder gibt es zurzeit kein Mittel, die Lage der ländlichen Bevölkerung radikal zu bessern. Es kann sich nur darum handeln, die verzweifelte Lage der ländlichen Bevölkerung, wenn auch nur zum Teil, in dem schon heute möglichen Umfange zu bessern, und darum, daß das angehäufte Brennmaterial nicht gegen die Revolution, sondern zugunsten der Revolution ausgenutzt wird, die erst die Grundlagen für die allgemeine Intensivierung des Ackerbaues und die Hebung der Landwirtschaft schaffen und dadurch die heutige Landnot beseitigen wird.

d) Auch wäre es verfehlt, nach dem Vorbild der russischen Bolschewisten die Lösung der Bodenteilung bis zum Ausbruch der Revolution hinauszuschieben. Die russische Erfahrung ausnutzen heißt, nicht alles zum Prinzip erheben, was dort ein unvermeidliches Übel war. Erst der Ausbruch der Revolution hat die mit ihr verbundenen Probleme als reale Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, daher wurde in Rußland das bis dahin bekämpfte Programm plötzlich angenommen. Das besagt aber keineswegs, daß derartige unerwartete Veränderungen des Parteistandpunktes die richtige und grundsätzlich zu empfehlende Methode sein sollten. Die Lösung dieser Frage darf nicht bis zum letzten Moment hinausgeschoben werden. Nur der Umfang der Sozialisierung oder der Bodenteilung kann ausgedehnt oder eingengt werden, je nach der Kraft des proletarischen Elementes im Zeitpunkt der Revolution nach seiner Fähigkeit, den Produktionsapparat schnell zu beherrschen und zu leiten. Aber die hauptsächlichsten Richtlinien müssen von vornherein feststehen. Je klarer und je eher die Kommunisten sich den künftigen Gang der revolutionären Ereignisse auf dem Lande vergegenwärtigen, je eher sie sich zu den Wortführern der in revolutionärer Gärung befindlichen Bauernmassen machen, desto besser und vollständiger werden sie jetzt und in der Zukunft ihren revolutionären Aufgaben gerecht werden. Heute werden sie zur Vertiefung der Konflikte und zur Verschärfung des Klassenkampfes beitragen, sie werden das städtische Proletariat auf die Opfer vorbereiten, die das Bündnis mit der Bauernschaft ihm auferlegen wird, sie werden die Sympathien der Bauernschaft gewinnen, auf dem Lande hingebungsvolle und bewußte Agitatoren finden, sie werden dann im Zeitpunkt der Revolution in den spontanen Prozeß das mögliche Maximum an Planmäßigkeit hineinbringen und indem sie ihre Anstrengungen nur auf be-

stimmte Punkte konzentrieren, werden sie die Interessen der proletarischen Staatsmacht am erfolgreichsten vertreten und die günstigsten Bedingungen schaffen für die Einführung des Kollektivbesitzes in dem Umfange, als dies die Kraft des Proletariats und die Gesamtumstände des fortschreitenden revolutionären Prozesses ermöglicht werden.

II. Das Agrarprogramm in Polen.

7. Der agrarische Charakter Polens und die ländliche Überbevölkerung.

Polen ist, besonders nach der erfolgten Vereinigung seiner drei Teilgebiete, ein typisches Agrarland und der prozentuellen Zusammensetzung der Bevölkerung nach vorwiegend ein Bauernland. Die ländliche Bevölkerung betrug in Kongreßpolen im Jahre 1912 (nach den Daten des Warschauer Statist. Komitees) 23 %, die Bevölkerung der Städte und Städtchen in Galizien 30 % der Gesamtbevölkerung. Die Landbevölkerung besteht — nach den Angaben von 1910 zu 85 % — aus Bauern. Ohne uns auf die agrarische Bewegung zu stützen und ohne das Bündnis mit einem Teil der Bauernschaft einzugehen, können wir an die siegreiche Umwälzung und an die Erhaltung der Staatsmacht in den Händen des Proletariats nicht denken.

Gleichzeitig reifen die Ansätze der revolutionären Bewegung auf dem Lande immer mehr heran, die Agrarfrage wird zu einem immer brennenderen und immer lauter Lösung heischenden sozialen Problem.

Die Überbevölkerung des polnischen Dorfes sucht ihresgleichen in ganz Europa. Die vom Ackerbau und von der Forstwirtschaft lebende Bevölkerung beträgt in Deutschland 31 auf 1 Quadratkilometer, in Frankreich 33, in Dänemark 34, in Kongreß-Polen dagegen beträgt diese Zahl 57, in der Provinz Posen 39, in Galizien sogar 87.

Diese Überbevölkerung hat die übermäßige Bodensplitterung und eine Riesenzahl der Zwergwirtschaften sowie die übermäßige Zahl des landlosen Dorfproletariats zur Folge. Wohlgermerkt können die Zwergwirtschaften in Polen unter keinen Umständen mit denen in Deutschland oder in Frankreich verglichen werden, da sie in Deutschland nur ein Stützpunkt für einen Teil der Fabrikbevölkerung bilden, während in Frankreich der Weinbau es erlaubt, auch ein relativ sehr kleines Grundstück zu einem leidlich ausreichenden Produktionsbetrieb auszugestalten.

Diese Überbevölkerung wirkt um so verderblicher, als die allgemeine Bodenkultur, also auch die Bodenproduktivität in Polen sich auf einer ziemlich niedrigen Stufe hält. (Der durchschnittliche Bodenertrag beträgt in Polen 13 Quintal Weizen

und 11 Quintal Roggen von 1 ha, während für Deutschland diese Zahlen 21 und 17, für Belgien 24 und 21 betragen.)

8. Faktoren des Gleichgewichts in der Vorkriegszeit.

Vor dem Kriege spielten folgende Faktoren die Rolle eines Sicherheitsventils, das trotz der geschilderten Verhältnisse die Aufrechterhaltung des Zustandes relativer Ruhe und relativen Gleichgewichts auf dem Lande ermöglichte.

1. Die Abwanderung der Landbevölkerung nach den rasch wachsenden Industriestädten. Die Bevölkerung der 43 größeren Städte Kongreßpolens stieg in den Jahren 1893—1919 von 1 201 983 auf 2 137 257, d. h. um mehr als 935 000, während der natürliche Zuwachs — ca. 1,6 % — nicht mehr als etwa 300 000 betragen konnte. In den Jahren 1860—1910 vermehrte sich die Gesamtbevölkerung Kongreßpolens um 251 %, die Bevölkerung Warschaus um 451 %, die Bevölkerung von Lodz um 1466 % (nach Römer).

2. Die ständige und Saisonauswanderung, welche einen gewaltigen Umfang erreichte (innerhalb 30 Jahren sind aus Galizien über 10 % der Bevölkerung, d. h. 856 751 Personen für immer ausgewandert, wobei die Auswanderung beständig wuchs). Der natürliche Bevölkerungszuwachs Galiziens betrug von 1901—1910 1 191 182 Personen, der tatsächliche Zuwachs aber 723 448, d. h. im Laufe dieses Jahrzehnts sind 477 834 Personen ausgewandert. Aus Kongreßpolen sind nach den durchaus unvollständigen Angaben des Warschauer Statistischen Komitees in den Jahren 1890—1905 1 583 362 Personen für ständig ausgewandert. Doch die größte Auswanderungszahl fällt auf die letzten Vorkriegsjahre: Im Jahre 1908 hat Galizien allein 60 382 Personen verloren. Im Jahre 1912—13 sind nach Amerika aus Polen 174 365 polnische Emigranten gekommen und nur 24 107 zurückgekehrt. Der größte Teil der Auswanderer bestand aus Landarbeitern = 44 % und Bauern 28 % (Statist. Jahrbuch von Grabski). Die Saisonauswanderung aus Kongreßpolen und Galizien überschritt insgesamt die gewaltige Zahl von einer halben Million Einwohner jährlich. Für Kongreßpolen allein gab das Warschauer statistische Komitee die Zahl der Saisonauswanderer im Jahre 1908 mit 268 446, im Jahre 1913 mit 360 142 an.

3. Die Teilparzellierung des mittleren Grundbesitzes, welcher aus der durch Konkurrenz des amerikanischen Getreides hervorgerufenen Krise der neunziger Jahre finanziell stark angegriffen hervorging und sich aus der schwierigen Lage durch Parzellierung eines Teiles oder des ganzen Besitzes zu retten suchte. Über den Umfang der Parzellierung belehren uns folgende Daten: Im Jahre 1870 betrug die Bodenfläche der Bauerngüter in Kongreßpolen 5 069 958, im

Jahre 1899 7 080 939 ha, d. h. um 2 010 981 ha mehr. Davon werden für Servituten 565 395 erlangt, den Rest — 1 445 586 — erwirbt der kleinere Besitz auf dem Wege der Parzellierung. In Galizien wurden in den Jahren 1889—1902 117 000 ha, d. h. 24 000 ha jährlich, parzelliert, in den Jahren 1903—1912: 245 000 ha, d. h. 32 000 ha jährlich.

9. Faktoren, die gegenwärtig eine revolutionäre Situation schaffen.

Alle diese Faktoren, welche während einer Reihe von Jahren die Verhältnisse regelten und die Folgen der Übervölkerung auf dem Lande milderten, haben ihre Wirkung gänzlich oder fast gänzlich eingebüßt und es bestehen keine Aussichten, daß sie in absehbarer Zeit wieder eine wichtige Bedeutung erlangen werden.

Der größere Grundbesitz ging aus dem Kriege finanziell gestärkt hervor und ist nicht gewillt, den Boden aufzugeben, höchstens werden weit abliegende Grundstücke oder Brachland abgestoßen. Der Abgang der Landbevölkerung nach den Städten und nach dem Auslande ist infolge der industriellen Krisen gänzlich unterbunden. Zuweilen macht sich sogar die entgegengesetzte Erscheinung bemerkbar: ein gewisser Abgang der Bevölkerung aus den Städten aufs Land, durch die Arbeitslosigkeit in den Städten verursacht. Nach Angaben des statistischen Jahrbuches von 1914 betrug im Jahre 1910 die Zahl der Industriearbeiter in Kongreßpolen allein 400 000; gegenwärtig wird diese Zahl selbst in den Zeiten der besten Konjunktur für das gesamte Gebiet Polens nicht erreicht. Im Jahre 1890 betrug der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung in Kongreßpolen 17 %, im Jahre 1912: 23,3 %. Seit dem Kriege ist im Wachstum der Städte ein Stillstand eingetreten.

Der Landhunger beginnt den Charakter einer sozialen Katastrophe anzunehmen. Die Lage wird noch verschärft durch den erbitterten Kampf der Großgrundbesitzer gegen die Landarbeiter, der durch die Überzahl der Arbeitshände auf dem Lande und durch das Bestreben der Junker hervorgerufen wird, die ihnen günstige Konjunktur auszunutzen und den relativ kostspieligen Arbeiter, wie den Arbeiter mit Naturallohn loszuden. Eine früher auf dem Lande unbekannte Erscheinung — die Arbeitslosigkeit — bedroht jetzt den Landarbeiter stetig wie ein Damoklesschwert: Tausende von Arbeiterfamilien bleiben ohne Arbeit. Die Versprechungen, die entlassenen Arbeiter mit einer Bodenzuteilung zu entschädigen, haben sich als gemeiner Schwindel erwiesen. Die Ausbeutung der landlosen Bauern durch die Junker steigert sich immer mehr. Die Parzellierung, die den von der Witospartei begünstigten Parzellierungsgesellschaften anvertraut wurde, gab die Gelegenheit zu zügelloser Spekulation und die dadurch verursachte ungeheure Bodenverteuerung bewirkte, daß nur die reichsten Bauern oder die mit amerikanischer Valuta versorgten Rück-

wanderer sich den Luxus des Landankaufs leisten können.

Die riesigen Massen der dadurch um ihre Existenzmöglichkeit gebrachten Landarbeiter und landarmen Bauern, die allein in Kongreßpolen und in Galizien mehr als 1½ Millionen Familien zählen, müssen unter diesen Umständen zum günstigen Nährboden für die immer zunehmende revolutionäre Gärung und für den immer erbitterteren Kampf um den Grund und Boden werden.

10. Die Abhilfsmittel der Bourgeoisie.

Die besitzenden Klassen sind sich der Unhaltbarkeit der Lage wohl bewußt, doch außerstande, einen Ausweg zu finden. Der einzig mögliche Ausweg wäre nämlich die Enteignung des Großgrundbesitzes. Die Klasse der Großgrundbesitzer aber, welche bis dahin in Polen noch eine gewaltige Rolle spielte, kann weder über sich selbst ein Vernichtungsurteil fällen, noch sich einem solchen freiwillig fügen. Ein scheinbares Vernichtungsurteil für die Großgrundbesitzer war der Sejmbeschluß über die Agrarreform vom 10. Juli 1919. Dieser war einerseits ein Ausdruck der im Lager der Bourgeoisie und der Intellektuellen zu der Zeit herrschenden Panik und des Kompromisses eines Teiles des Adels mit dem reichen Bauerntum, andererseits ein geschicktes politisches Manöver, welches ermöglichte, in den Bauernmassen unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken und die Gefahr eines revolutionären Ausbruches abzuwenden in dem Augenblick, da die Massen in Bewegung und die Macht der Bourgeoisie schwankend und noch nicht fest begründet war. Das Rahmengesetz über die Agrarreform, finanziell, organisatorisch und politisch undurchführbar, wurde anfangs vollständig sabotiert und erst angesichts der bolschewistischen Offensive durch den Beschluß vom 15. Juli 1920 „Über die Ausführung der Agrarreform“ vervollständigt. Die Enteignung, welche nach dem ursprünglichen Plan in raschem Tempo (Minimum 200 000 ha jährlich) vor sich gehen sollte, wurde von zahllosen Vorbehalten umgeben. Die weiteren Kämpfe um das Ausmaß der Durchführung der Agrarreform, die vereinzelt Beschüsse der Landämter über Zwangsenteignung zwecks Parzellierung, die übrigens sofort den gesamten Großgrundbesitz gegen sich mobilisieren, usw. sind der dauernde Ausdruck jener Politik, welche der Nachfrage nach Land seitens der reichen Bauern genügen will und mit Hilfe dieser auf dem Lande einflußreichen und politisch begabteren Klasse die Knechtung und Fesselung der breiten, immer mehr in Elend und Abhängigkeit geratenden Massen der Landarmen und Landlosen anstrebt.

Versuche der Kolonisierung der durch den Krieg verwüsteten und zum Teil entvölkerten östlichen Gebiete, Versuche, die aus finanziellen Gründen in größerem Maßstabe undurchführbar sind, aber eine starke Gärung unter der örtlichen Bevölkerung und

die Unzufriedenheit der dem Elend preisgegebenen Kolonisten hervorrufen, sind das für die Bourgeoisie einzig annehmbare und von ihr vorausgesehene (siehe die Beschlüsse des Parteitages der Nationaldemokratie, Schriften von Bujak, Ludkiewicz, Aufsätze über die Agrarfrage), aber zum unvermeidlichen Mißerfolg verurteilte Mittel zur Entlastung des flachen Landes und zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse des landarmen und landlosen Proletariats.

11. Die revolutionäre Bedeutung des Landhungers des Bauerntums und die Rolle der Partei.

Unter diesen Umständen wird zweifellos der wachsende Landhunger — das Bestreben der landarmen Bauern, zum Teil auch der Gutsarbeiter, nach Erweiterung der unzulänglichen Parzellen oder nach Erwerb eines eigenen Grundstückes — zu einem revolutionären Faktor von erstklassiger Bedeutung. Die kommunistische Partei muß diesen Faktor ausnutzen, sowohl um bereits heute zur Vertretung der Interessen der breiten Massen, der besitzlosen und unterdrückten ländlichen Bevölkerung zu werden, die Basis des Klassenkampfes auf dem flachen Lande zu erweitern und die Legende von der Einheit der Bauerninteressen zu zerschlagen, als auch um im Augenblick des Umsturzes sich sofort an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Proletariatsmacht im Bewußtsein der Bauernmassen zu dem zu machen, was sie tatsächlich sein soll und wird, zur Befreiung des Bauerntums von dem Joche des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, um dank der baldmöglichsten Festigung dieser Überzeugung, in einem Teile der Bauernschaft einen treuen Verbündeten im Kampf um den Schutz der Errungenschaften der Revolution zu gewinnen.

Ausgehend von all diesen Voraussetzungen muß die kommunistische Partei in Polen in bezug auf die Agrarfrage folgende Taktik anwenden:

1. den Klassenkampf des Landproletariats leiten und organisieren in allen seinen Formen, wie Lohnkämpfe, Aktionen für gemeinsame Tarife und Verträge, Streiks, Kämpfe um Arbeitsschutzgesetze und uneingeschränkte Koalitionsfreiheit. In den Bereich dieser Kämpfe müssen alle landlosen und landarmen Gutsarbeiter einbezogen werden.
2. in bezug auf Kleinbauern: sie vor den Verfall auf ihre Schultern schützen, sie gegen die Ausbeutung des Vermittlertums in Schutz vom Staate weitangelegte Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur der kleinen Bauernwirtschaften verlangen, und zwar: Zurückziehung der staatlichen Liebesgaben und Subsidien zugunsten der Großgrundbesitzer und ihrer Organisationen und Verwendung der auf diese Art frei gewordenen Mittel für Unterstützung des

Kleinbauerntums, Gründung besonderer Darlehnskassen zur Erteilung von Kredit für Meliorationen in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und für Unterstützung der landarmen Bauern bei Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften, genossenschaftlicher Molkereien und Meiereien und jeder Art genossenschaftlicher Organisationen.

Fordern, daß die in den Händen des Staates befindlichen Staatsgüter für die Bauern zu Bezugsquellen von Mustersämereien, Zuchtvieh usw. umgestaltet werden.

Statt der gegenwärtigen betrügerischen und nur für die Befriedigung der Habsucht der Großbauern berechneten Agrarreform, die Lösung der vollständigen und sofortigen Enteignung ohne Entschädigung des Großgrundbesitzes zugunsten der arbeitenden ländlichen Bevölkerung aufstellen.

Die kommunistische Partei muß klar und unzweideutig erklären, daß, indem sie ihre kollektivistische Tendenz beibehält und die gemeinschaftliche Bodenbearbeitung als die einzige tatsächliche Lösung der Agrarfrage in der Zukunft erachtet, die Partei doch gegenwärtig eine Umwälzung auf dem flachen Lande anstrebt, die in der Entfernung der Großgrundbesitzer bestehen würde, in der Enteignung ohne Entschädigung ihres gesamten Bodens, in der Verstaatlichung der industrialisierten und für die Versorgung der Städte und industriellen Großbetriebe besonders wichtigen landwirtschaftlichen Betriebe und in der Überweisung alles übrigen Großgrundbesitzes an das landarme und landlose Bauerntum zur Verteilung oder genossenschaftlichen Bebauung.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei im Momente der Revolution und die der revolutionären Regierung in der Zukunft wird es sein, in den elementaren Prozeß der Änderung der Formen des Grundbesitzes so viel wie möglich Planmäßigkeit hineinzubringen und baldmöglichst die Beziehungen der Produktion und des Zusammenlebens zwischen Stadt und Land, zwischen der Regierung und den Bauernmassen, zwischen dem Organismus der Kollektivproduktion in der Stadt und auf dem Lande und den individuellen Bauernwirtschaften zu ordnen.

Demgemäß muß das Agrarprogramm, außer den Punkten, die die politischen Umgestaltungen und die Schaffung von revolutionären Organisationen auf dem Lande betreffen, folgende Richtlinien enthalten:

1. sämtliche Güter, Ackerland, Weiden, Wälder, Gebäude, Inventar und Werkzeuge, die sich bisher in den Händen des Großgrundbesitzes befanden, sollen ohne Entschädigung enteignet werden.
2. die Wälder oberhalb eines gewissen Minimums, Bodenschätze und große Güter, die den Charakter industrieller Betriebe tragen, sowie Güter mit hoher landwirtschaftlicher

Kultur, die technische Vervollkommnungen anwenden und hauptsächlich Lohnarbeiter beschäftigen, gehen in den Besitz des Staates über. Dies gilt in erster Linie für diejenigen Güter, die sich in der Nähe der Städte befinden und somit für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter von Wichtigkeit sind, oder diejenigen, welche Produkte herstellen, die in anderen gewöhnlichen landwirtschaftlichen Betrieben nicht erzeugt werden und für die gesamte Bevölkerung notwendig sind (wie Zuckerfabriken usw.).

3. Aufgabe dieser Betriebe wird es sein, einerseits die Verproviantierung der Städte zu erleichtern, andererseits Muster einer fortschrittlichen Bewirtschaftung zu schaffen, die umliegenden kleineren und mittleren Bauernwirtschaften durch Belieferung mit Mustersämereien, Zuchtvieh, künstlichen Düngemitteln und landwirtschaftlichen Geräten wirtschaftlich zu unterstützen.
4. landwirtschaftliche Mittelgüter, die keine große Bedeutung für die landwirtschaftliche Kultur haben und unter den Besitz der landarmen eingeprengt sind, sowie Großgüter, insbesondere schlecht bewirtschaftete, die sich in Gegenden großen Landhungers befinden, werden unter die Gutsarbeiter und Kleinbauern aufgeteilt, wobei es die Aufgabe der revolutionären Regierung sein wird, in erster Linie die Interessen der ärmsten Bevölkerung zu wahren. Die Gutshöfe mit den anliegenden Parzellen müssen überall für die Gemeinde erhalten bleiben. Es muß auch selbst in Gegenden des größten Landhungers ein Teil der Güter als Mittelpunkt landwirtschaftlicher Kultur und Stütze für die Bauernwirtschaften erhalten bleiben.
5. Der Plan der Verteilung des Bodens, sowie des Inventars und der landwirtschaftlichen Geräte, die in vielen Fällen sich in gemeinsamem Besitz mehrerer Betriebe werden befinden müssen, muß durch Gemeinderäte, welche sich aus Vertretern der Gutsarbeiter und landarmen Bauern zusammensetzen, ausgearbeitet und durch die von den neuen Behörden eingesetzten Kreisämter bestätigt

werden. Die Kreisämter werden in jedem Kreise bekanntgeben, welche Norm des Grundbesitzes als Maximum für die Zulassung zu den die Bodenverteilung durchführenden Räten zu erachten ist, Zusammensetzung und Wahlssystem der Gemeinderäte, Minimum der Waldfläche, die nicht der Aufteilung unterliegt, festsetzen, die Frage der Versorgung neu entstehender Betriebe mit Baumaterial und überhaupt alle Einzelheiten, die mit der neuen Besitzform in Zusammenhang stehen, entscheiden.

6. Die Verwaltung der Staatsgüter bleibt in den Händen der Vertreter des landwirtschaftlichen Hauptamtes und wird mit Hilfe und Anteil der gewählten Ortskomitees geleitet.

Der bäuerliche Kleinbetrieb, das Privateigentum der Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Sie behalten das bisher bewirtschaftete Land zu freier Nutzung.

Zu Mittelpunkt der Förderung der landwirtschaftlichen Kultur werden die Staatsgüter. Es werden dort landwirtschaftliche Auskunftsstellen, Versuchsstationen, Düngemittelager und Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen usw. errichtet.

Die sozialistische organisierte Industrie wird das Kleinbauerntum mit den notwendigen Industrieerzeugnissen beliefern, die Vergenossenschaftung der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Geräte, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichts, durch unentgeltliche Zuweisung von Fachleuten, und technischen Hilfsmitteln, Hilfe bei Meliorationsarbeiten usw. fördern.

Erst nachdem allmählich die ökonomischen Grundlagen für die sozialistische Wirtschaftsweise sowie die kulturellen Bedingungen für die Erziehung der Bauernmassen im Geiste des Verständnisses für die Interessen der Allgemeinheit geschaffen worden sind, wird die Möglichkeit gegeben sein, die gesamte Produktion des flachen Landes und der Stadt nach den Prinzipien des Kollektivismus aufzubauen.

W. Kostrzewa.

Die ökonomische Politik des Proletariats im Bauernlande.

Eine ungeheure Mehrzahl der Genossen, die der Kommunistischen Internationale angehören, sehen in der neuen ökonomischen Politik Sowjet-Rußlands nur ein taktisches Manöver an der ökonomischen Front, ein Manöver, zu dem die Sowjetmacht unter dem

Drucke der Bauernschaft und um die Macht in den Händen des Proletariats zu halten, ihre Zuflucht nehmen mußte.

Ein solcher Gesichtspunkt ist unrichtig, obwohl man zugeben muß, daß die russischen Kommunisten sehr wenig getan haben, um

eine richtigere Interpretierung der neuen ökonomischen Politik zu geben.

Die neue ökonomische Politik ist zweifellos die Taktik einer langsamen Einkreisungsbewegung von seiten der proletarischen Regierung eines Landes, das nicht durch eine proletarische Revolution in anderen Ländern unterstützt wird und den Sozialismus in isolierter Stellung, inmitten feindlicher kapitalistischer Umzingelung, aufzubauen gezwungen ist.

Sie ist aber zugleich auch die ökonomische Politik des Proletariats eines b ä u e r l i c h e n Landes, das in eine solche Lage geraten ist. Bei einer Analyse der neuen ökonomischen Politik, bei der Analyse dessen, was sie gegenwärtig gibt und was sie verspricht, muß man darum diese beiden Momente in Betracht ziehen.

Wenn es nicht ein agrarisches, kleinbürgerliches Land, sondern ein Industrieland wäre, das in die Situation sozialistischer Isolierung geraten ist, so wäre die ökonomische Politik dieses Landes, das auch zu manövrieren und zu laviieren gezwungen wäre, selbstverständlich eine andere, wenn überhaupt ein solches Land sich lange unter den Verhältnissen einer kapitalistischen Einkreisung ohne genügende landwirtschaftliche Basis im Innern halten könnte. Denselben Gedanken können wir auch von der entgegengesetzten Seite betrachten. Wenn, angenommen, jetzt eine proletarische Revolution in Deutschland und den kleineren Ländern Zentral-Europas (Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn) ausbrechen würde, so fragt es sich, ob wir unsere neue ökonomische Politik vollständig liquidieren und das heutige Wirtschaftssystem als Ganzes durch eine „wirkliche“ sozialistische Organisation der werktätigen Arbeit in der staatlichen Industrie und durch eine sozialistische Verteilung der Produktion der Stadt und des Dorfes ersetzen könnten. Es genügt, die Frage in dieser Weise zu stellen, um sie negativ beantworten zu können. Eine Revolution in Deutschland würde die internationale politische und wirtschaftliche Situation für Sowjet-Rußland in radikaler Weise verändern und ungeheure Möglichkeiten für eine viel schnellere Sozialisierung der ganzen Wirtschaft eröffnen. Sie würde alle Elemente der Taktik und der Manöver in der neuen ökonomischen Politik, nicht aber die ganze neue ökonomische Politik vernichten.

Von der neuen ökonomischen Politik würde das zurückbleiben, was ihren organi-

sch en Teil darstellt, es würde die ökonomische Politik des Proletariats in einem bäuerlichen Lande zurückbleiben.

Gerade diese Elemente der neuen ökonomischen Politik müssen deutlich genug erklärt werden, denn hier legt die Sowjetmacht jenen Weg zurück, den zurückzulegen jedem ökonomisch rückständigen Land bevorsteht, in welchem das Proletariat an der Macht stehen wird.

Wir wollen sehen, in welchen Wechselbeziehungen die staatliche Großindustrie zu dem nicht vergesellschafteten Teil der Wirtschaft, vor allem zu der bäuerlichen Wirtschaft steht, und in welcher Richtung sich hier unvermeidlich ökonomische Beziehungen entwickeln werden.

In der Periode des sogen. „Kriegskommunismus“ hat die Sowjetmacht den grandiosen Versuch gemacht, ihrer kleinbourgeoisen Einkreisung das Zwangssystem der Planverteilung aufzuoktroyieren, während diese Einkreisung bei der individuellen Methode der Kleinproduktion beharrte. Man kann sich darüber streiten, wie dieses Verteilungssystem zu benennen ist, das bei uns in der Periode des Kriegskommunismus bestanden hat: halbsozialistisch, vorkapitalistisch, Naturalsystem, Plansystem usw. Es handelt sich nicht um den Namen. Im Grunde genommen war unser Umlageverfahren ein System von Naturalzwangsanleihen, die auf die Bauernschaft entfielen, denn der Staat war außerstande, sein Versprechen, für die Produkte der Landwirtschaft mit Produkten der Industrie zu zahlen, zu erfüllen. Die Bauernschaft lehnte dieses System nicht nur deshalb ab, weil sie als Klasse kein Äquivalent aus der Stadt für die im Umlageverfahren abgelieferten Produkte erhielt, sondern auch deshalb, weil das System der Enteignung nach dem Typus des Umlageverfahrens und die proportionale Verteilung der Produkte der städtischen Industrie für die kleinen selbständigen Wirtschaften alle Anreize zur Erweiterung ihrer Produktion beseitigte. Wir haben uns in der Periode des Kriegskommunismus davon überzeugt, daß ein solches System der proportionalen Verteilung nicht einmal für die Arbeiter geeignet ist, d. h. für jene Klasse, welche die Sozialisierung durchführen sollte (hierüber weiter unten). Was konnte man da von der Masse der selbständigen Kleinproduzenten verlangen? Dieses ganze System der Zwangsverteilung wurde mit Beendigung des Bürgerkrieges liquidiert,

welcher dieses System bei der sinkenden Valuta und dem Brotmangel im Lande, wenn auch nicht ganz, so doch in den Grundzügen, notwendig gemacht hatte. Die Bauernschaft zwang den Staat, zum alten System der Marktverteilung zurückzukehren.

Unter diesen Bedingungen veränderte sich die Aufgabe und sie läßt sich für den Sowjetstaat folgendermaßen formulieren: 1. Wie ist die Produktion der Großindustrie auf der Grundlage eines solchen Verteilungssystems zu heben, das bei dem gegebenen Kultur-niveau und dem Niveau der sozialistischen Bewußtheit der Arbeiterklasse die Maximalproduktivität der Arbeit garantiert? 2. Wie ist die Landwirtschaft des Landes zu heben, indem man die treibenden Kräfte der kleinsten Kleinproduktion ausnützt und zugleich die Kleinproduktion von jener Seite her beherrscht, von der das Kapital sie immer beherrscht hat: von der Seite des Handels und des Kredits. 3. Wie soll man zur nächsten Stufe weiterschreiten, die eine Periode der Neugestaltung der technischen Grundlage der bäuerlichen Kleinproduktion sein soll?

Was die erste Aufgabe anbelangt, so sind die Wege für ihre Verwirklichung schon vollständig angedeutet. Das gegebene Kultur-niveau und das Niveau der sozialistischen Bewußtheit der Arbeiterklasse ist derartig, daß von einer proportionalen Verteilung innerhalb des Staatsbereiches gar keine Rede mehr sein kann. In der Periode des Kommunismus ist der Versuch der proportionalen Rationenverteilung gemacht worden. Er hat die kläglichsten Resultate ergeben. In dieser Periode hat die Arbeiterklasse im ganzen den größten Heroismus und eine Selbstaufopferung gezeigt, die ihnen die Geschichte nicht vergessen wird. Hungrig, mit hungrigen Kindern hinter sich, stand der Arbeiter an der Werkbank, fiel oftmals vor Ermattung in Ohnmacht, stellte aber die Arbeit nicht ein. Seine einzelnen Abteilungen, die einzelnen Fabriken und Werke, leisteten an der Wirtschaftsfrent Wunder. Aber das alles geschah im Drange des allgemeinen revolutionären Aufschwungs und nicht dank der Proportionalität der Verteilung, vielleicht auch trotz derselben, und zwar war es in dieser Periode schon eine Heldentat, überhaupt zu arbeiten, und man konnte von dem Arbeiter nicht einmal die Hälfte der Produktivität der Vorkriegszeit verlangen. Als aber die dringende Notwendigkeit eintrat, die Produktivität der

Arbeit besonders in einzelnen äußerst wichtigen Zweigen zu heben, mußte man der Proportionalität Lebewohl sagen und darauf auch die monatliche Entlohnung verabschieden: das Gebiet der Anwendung des Stücklohnes erweiterte sich immer mehr und mehr. Es ist charakteristisch, daß die Sowjetmacht und die Gewerkschaften auf die Proportionalität teilweise im Grunde genommen schon vor dem Übergang zur neuen ökonomischen Politik verzichtet haben. Die neue ökonomische Politik hat den Prozeß des Überganges zum neuen Lohnsystem beschleunigt, und im gegenwärtigen Augenblick liegt der Entlohnung größtenteils das gleiche Prinzip zugrunde wie dem Arbeitslohn unter dem Kapitalismus: Je größer die individuelle Arbeitsleistung, desto größer der individuelle Lohnempfang. Wenn man die Rationenproportionalität in der Periode des Kriegskommunismus als einen „Schritt nach vorwärts“ im Vergleich zum System des Arbeitslohnes unter dem Kapitalismus betrachtet, so ist die Form des Arbeitslohnes unter der neuen ökonomischen Politik ein Schritt nach rückwärts im Vergleich zu den Jahren des Kriegskommunismus. Doch darf man daran zweifeln, daß die proportionale Rationenverteilung ein, wenn auch unvollkommenes Stück Sozialismus war. Die neue Form des Arbeitslohnes hat positive Resultate ergeben. Überall hat sie als sehr starker Anreiz zur Hebung der Produktivität der Arbeit gedient, die in einer Reihe von Fabriken das Vorkriegsniveau erreicht hat. Wenn wir uns aber dessen erinnern, daß diese Errungenschaften unter einem äußerst niedrigen Niveau des Arbeitslohnes erzielt wurden, (im Durchschnitt 2—3mal niedriger als der Vorkriegslohn), so spricht dieser Erfolg schon für sich selbst. Der Sozialismus auf dem Gebiete der Verteilung bedeutet größere Proportionalität auf der Grundlage größerer Produktivität. Wo die Produktivität sinkt oder die gleiche bleibt, ist die Proportionalität ein schlechter Trost. Im gegebenen Falle war die Steigerung der Arbeitsleistung in bedeutendem Grade (nicht vollständig) mit der Liquidierung der Proportionalität in der Verteilung verknüpft. Hierin ist die Antwort auf die Frage enthalten, ob Sowjet-Rußland auf dem Wege der sozialistischen Verteilung innerhalb des Staatsbereiches weit gekommen ist. Es hat den Kapitalismus um sehr Weniges überholt. Es wäre aber unrichtig, das Vorhandensein einer gewissen Vorwärtsbewegung zu leugnen.

Diese Vorwärtsbewegung besteht einerseits in der mehr oder weniger planmäßigen Verteilung des Fonds der Arbeitslöhne der staatlichen Arbeiter und Angestellten (wofür ein spezielles zentrales Tariforgan besteht), worin schon der Kern einer vollkommeneren Planverteilung der Zukunft enthalten ist. Andererseits ist ein Schritt vorwärts in den Elementen der Kollektivität enthalten, die bereits Wurzeln geschlagen haben. In einer Reihe von Unternehmen erhält der Arbeiter seinen Lohn nicht nur in Abhängigkeit von seiner individuellen Arbeitsleistung, sondern auch in Abhängigkeit von der Gesamtproduktion des Unternehmens. In welcher Richtung aber ist hier eine Entwicklung möglich?

In der sozialistischen Literatur ist niemals genau festgestellt worden, welche Form der Verteilung innerhalb der vergesellschafteten Wirtschaft dem Sozialismus als solchem eigen ist, und ob in dieser Hinsicht irgendein Unterschied zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus besteht. Im besonderen läßt, wie bekannt, K. Kautsky in seiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution“ nicht nur das Bestehen des Arbeitslohnes kapitalistischen Typs zu, sondern auch Schwankungen der Ausmaße desselben in den verschiedenen Zweigen, in Abhängigkeit von der Nachfrage und dem Angebot von Arbeitskräften dieser oder jener Qualifikation. Doch muß zwischen dem System der Arbeitsentlohnung unter dem Kapitalismus, das wir alle kennen, und dem System der rein kommunistischen Verteilung, das auf dem Prinzip „einem jeden nach seinen Bedürfnissen, ein jeder nach seinen Fähigkeiten“ beruht, eine historisch als Übergangsstufe zu betrachtende Stufe der Verteilung liegen, insofern als ja der Sozialismus selbst eine Übergangsstufe vom Kapitalismus zum Kommunismus ist. Es ist unrichtig, zu denken, daß die sozialistische Verteilung sich von der kapitalistischen nur dadurch unterscheiden muß, daß unter dem Sozialismus das ganze Produkt des vergesellschafteten Teiles der Wirtschaft planmäßig verteilt wird, während die Verteilung des Arbeitslohn-Fonds (dessen Ausmaß unter dem Kapitalismus durch das Verhältnis der Kräfte der Arbeiter und der Kapitalisten zueinander bestimmt wird, und unter dem Sozialismus auf Grund einer Zählung aller Wirtschafts-Ressourcen festgesetzt wird) ungefähr ebenso wie unter dem Kapitalismus vor sich gehen wird. Das aber bedeutet, daß der Arbeiter auch unter dem Sozialismus

einen Lohn in Abhängigkeit nicht nur von der Qualifikation, sondern auch von den Ausmaßen der individuellen Arbeitsleistung erhalten wird (dort, wo sich diese berechnen läßt). Wenn es sich damit so verhalten würde, so würde das bedeuten, daß die Anreize für die Produktion unter dem Sozialismus die gleichen bleiben wie unter dem Kapitalismus, und es wird unverständlich, wie die Menschheit von den individuellen Arbeitsanreizen zum kommunistischen System der Organisation der Arbeit überspringen kann. In Wirklichkeit aber muß hier eine ganze Reihe allmählicher Übergänge bestehen, die ebenso unabgeschlossene, unvollkommene, logisch nicht durchgeführte Formen der Entlohnung und des Anreizes ergeben werden, wie ja auch der Sozialismus selbst, dieser nicht zugeführte Kommunismus, unvollendet und unlogisch ist. Der Sozialismus ist gezwungen, dort zu beginnen, wo der Kapitalismus aufhört, mit der individuellen Entlohnung der Arbeit der Arbeiter plus hier und da Beteiligung an den Gewinnen des Unternehmens, d. h. im gegebenen Falle Prämierung der Arbeitsleistung. Aber er schafft Bedingungen für die allmähliche Verdrängung des individuellen Arbeitslohnes durch Kollektiventlohnung. Je mehr ich produzieren werde, desto mehr werde ich erhalten, sagt der Arbeiter bei Stücklohn. Je mehr meine Fabrik oder der Trust produzieren wird, desto mehr werde ich erhalten, wird der Arbeiter bei Kollektiventlohnung sagen. Von hier aber führt der nächste Schritt zu der Lösung: Je mehr die gesamte Gesellschaft produzieren wird, desto mehr werden alle erhalten. Der Kollektivlohn wird anfangs mit Individuallohn kombiniert werden: der Arbeiter muß um so mehr erhalten, je größer 1. seine individuelle Produktion, 2. die kollektive Produktion des ganzen Unternehmens ist. Allmählich wird jener Teil des Arbeitslohnes des einzelnen Arbeiters, den er aus dem Fonds der Kollektivprämierung erhält, wachsen und wird zugleich damit jener Prozent des allgemeinen Fonds des Arbeitslohnes wachsen, der für die kollektive Prämierung bestimmt ist. Jener Augenblick, da die Mehrzahl der Arbeiter von den individuellen Arbeitsanreizen sich zu den kollektiven erheben wird, wird in der Sache des Kampfes um den Kommunismus von nicht geringerer Bedeutung sein, als es der Sozialismus der Produktionsmittel sein kann. Dieser Übergang wird aber vor allem deshalb eintreten, weil die indivi-

dualistischen Anreize sich bereits als für die sozialistische Produktion ungenügend erweisen werden, als rückständig, verknöchert, um so mehr, da die Entwicklung der Technik die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer individuellen Registrierung der Arbeit jedes einzelnen Arbeiters nicht vergrößert, sondern verringert (Elektrifizierung, Transport usw.). Auf dieser Grundlage wird auch die veränderte Erziehung der Jugend im Geiste jener Forderungen schneller vor sich gehen, die die neue Methode an die Massenpsychologie der Arbeiter, ihre kollektiven Instinkte, ihre sozialistische Bewußtheit und ihre Fähigkeiten stellt. Die Sowjetmacht hat in dieser Richtung schon unter der neuen ökonomischen Politik einen kleinen Fortschritt gemacht. Das war der Versuch der sogen. Kollektivversorgung, der auf einer Reihe von großen Unternehmen angewandt wurde und vom Standpunkt der Produktion befriedigende Resultate ergeben hat. Zwar ist diese Form jetzt nicht pflichtmäßig, aber sie kann im Wege der freiwilligen Übereinkunft der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsorganen angewandt werden. Die Kollektiventlohnung wird in dieser oder jener Form (nach einem gewissen Anfall von kapitalistischer Reaktion unter der neuen ökonomischen Politik) sich entwickeln und wird im Weiteren die herrschende Form der Entlohnung unter der Diktatur des Proletariats sein. Es versteht sich, daß in dem bäuerlichen Lande, in dem die kleinbourgeoise Psychologie sogar unter dem Proletariat stark ist, wir keinen bedeutenden Schritt vorwärts von den Methoden des kapitalistischen Systems der Arbeitsentlohnung machen konnten. Aber die industriell-fortschrittlichen Länder werden unter der Diktatur des Proletariats schon zu Anfang auf dem Wege zur sozialistischen Verteilung weiter gehen können.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats nach der Eroberung der Macht besteht darin, seine Avantgarde mit großer Geschwindigkeit zum Zwecke der Besitzergreifung der Wissenschaft, der führenden Posten der Industrie und des ganzen Staatsapparats vorrücken zu lassen und den besiegten Gegner, wenn nicht gerade zu übertreffen, so doch wenigstens es ihm im ersten Jahrzehnt auf dem Gebiete der Kultur gleichzutun. In diesem Punkt besteht ein radikaler Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution. Die Bourgeoisie war in der Periode ihres Kampfes um

die Macht keine unterdrückte Klasse, sondern eine Klasse, die mit dem Adel um die Macht konkurrierte. Als exploitierende Klasse, als eine Minderheit, die über alle Lebensgüter, über Mittel und Muße verfügt, konnte die Bourgeoisie sich in kultureller Beziehung auf eine höhere Stufe stellen als ihr Gegner — die Grundbesitzeraristokratie und die Geistlichkeit — und hat dies auch getan. Anders verhält es sich mit dem Proletariat. Das Proletariat erweist sich als befähigt, sich der Staatsmacht früher zu bemächtigen, als es sich der Kultur der Epoche zu bemächtigen und eine eigne Kultur zu schaffen beginnen wird. In dieser Hinsicht holt es die besiegte Bourgeoisie erst nach der Eroberung der Macht ein. Dort aber, wo das Proletariat, wie in Rußland, überhaupt noch auf einem ziemlich niedrigen Niveau, sogar im Vergleich mit dem Proletariat der anderen Länder steht, dort ist dies Problem für die Existenz der Arbeitermacht selbst noch wichtiger, wenn nicht gar gefährlicher.

Unter der neuen ökonomischen Politik erhebt sich dies Problem vor der Sowjetmacht in derselben Weise, wie auch in der Periode des Kriegskommunismus. Ja weit mehr, unter der neuen ökonomischen Politik ist die Gefahr, die dem Proletariat von seiten der kulturellen Überlegenheit der besiegten Bourgeoisie und bourgeoisen Intelligenz droht, eine noch ernsthaftere. Darum macht jetzt die Sowjetmacht noch mehr Anstrengungen als früher, die Hochschule zu proletarisieren und das Proletariat in seinem Bestreben, sich der Wissenschaft zu bemächtigen, zu unterstützen. Unsere Errungenschaften auf diesem Gebiet sind noch nicht groß, aber sie übertreffen alles, was das Proletariat im Laufe eines ganzen Jahrhunderts des bourgeoisen Regimes erreichen konnte. Wir haben ein Netz von Arbeiterfakultäten mit 50 000 proletarischen Studenten. Die ersten Kurse der Hochschule sind schon im vergangenen und in diesem Jahre bedeutend proletarisiert worden. Nach 3—4 Jahren wird die Mehrzahl der Studenten in allen Hochschulen (vielleicht mit Ausnahme der Kunst-Hochschulen) aus proletarischer und sozialistisch gesinnter Bauernjugend bestehen. Ich rede schon gar nicht von den rein kommunistischen Schulen, unseren Parteischulen, beginnend von den Kreisschulen und bis zu den Hochschulen, wie z. B. die Swerdlowuniversität u. a., sowie auch den Kriegsschulen, die schon lange lauter Schüler

haben, die sich ausschließlich aus Arbeitern und Bauern zusammensetzen.

Was die Hebung der Produktivität der Arbeit, die Vergrößerung des Quantums von Waren und die entsprechende Erhöhung des Arbeitslohnes anbelangt, so verhält es sich hiermit vorläufig bedeutend schlimmer als unter dem Kapitalismus. Die Produktion der Industrie erreicht annähernd nur ein Fünftel des Vorkriegsniveaus. Die Produktivität des einzelnen Arbeiters ist im ganzen niedriger als vor dem Kriege; das Vorkriegsniveau bleibt vorläufig noch das Ideal. Zugleich aber kann man eine Steigerung sowohl der absoluten Masse der Produktion und der Produktion des einzelnen Arbeiters im Laufe der letzten anderthalb Jahre konstatieren. Aber die Zerrüttung innerhalb der Industrie, die durch den Krieg und die Revolution hervorgerufen ist, ist so groß, daß nach allgemeiner Ansicht der Mehrzahl der auf wirtschaftlichem Gebiet Arbeitenden, die Sowjetindustrie das Vorkriegsniveau nicht früher als in 4 bis 5 Jahren erreichen wird, und daß erst hiernach ein Weiterschreiten über jene Grenzen hinaus möglich sein wird, bei denen der Kapitalismus Halt gemacht hatte. Der einzige große Zweig, in dem wir weiter gegangen sind als der Kapitalismus, ist die Elektrifizierung. In engem Zusammenhang hiermit befindet sich auch die Frage des Arbeitslohnes. Die Ausmaße des Arbeitslohnes waren während der Jahre des Bürgerkrieges bis zu einem so niedrigen Niveau gesunken, daß jegliche normale Produktion unmöglich war. Aber jetzt steigt der Arbeitslohn, wenn auch äußerst langsam, so doch beständig die ganze Zeit über. Dieses Steigen verspricht auch in den nächsten Jahren kein schnelles zu sein, weil die Industrie nach Ansammlung von Umsatzkapital (das noch äußerst ungenügend vorhanden ist) zur Wiederherstellung des Grundkapitals und zur Bautätigkeit in den Städten übergehen wird, wofür eine „Ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ nicht nur auf Kosten der kleinbourgeoisien Klassen, die mit Steuern belegt werden, sondern auch auf Kosten des Arbeitslohnes notwendig sein wird.

Die Aufgabe der Wiederherstellung der Industrie und des Niveaus des Arbeitslohnes bis zu den Ausmaßen der Vorkriegszeit und darauf ihre weitere Vorwärtsbewegung ist eine Aufgabe, die allen proletarischen Staaten gemeinsam ist. Und man kann sogar jetzt nicht sagen, ob das siegreiche europäi-

sche Proletariat die Industrie bei einem im Vergleich zum Niveau der Vorkriegszeit verhältnismäßig höheren Niveau beginnend wiederherstellen wird, als wir dies tun müssen, denn niemand kann die Ausmaße jener Verheerungen voraussagen, die in der europäischen Wirtschaft der unvermeidliche Bürgerkrieg anrichten wird.

Im Gegenteil, die Aufgabe der ökonomischen Unterordnung der bäuerlichen Wirtschaft unter die staatliche Großindustrie gestaltet sich in Rußland, als einem agrarischen Lande, sehr eigenartig, sie gestaltet sich so, wie dieses Problem sich für Deutschland, Österreich, Tschecho-Slowakei nicht gestalten wird.

In einer einigermaßen analogen Lage wie Rußland werden sich nur die Balkanländer und Polen unter dem proletarischen Regime befinden. Um die neue ökonomische Politik nicht in ihrem taktischen, sondern in ihrem organischen Teil zu verstehen, muß man die ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen der staatlichen Industrie und der Bauernwirtschaft, so wie sie jetzt bestehen und wie sie sich in nächster Zukunft gestalten werden, verstehen.

Um die bäuerliche Wirtschaft den kapitalistischen Methoden, der staatlichen Großindustrie und den staatlichen Bankzentren unterzuordnen, ist vor allem als unumgängliche Voraussetzung eine genügende ökonomische Macht der Großindustrie selbst notwendig.

Wie verhält es sich nun jetzt in dieser Beziehung?

Nach Berechnungen von S. P. Prokopowitsch*) betrug das ganze Nationaleinkommen des Europäischen Rußland für das Jahr 1913 11.805 Millionen Goldrubel (die Tausende lasse ich fort) und setzte sich aus folgenden Quellen zusammen:

Landwirtschaft	5630 Millionen
Forstwirtschaft und Fischfang	729 „
Industrie	2566 „
Transportwesen	1055 „
Bauwesen	842 „
Handel	980 „

Wenn wir zu den Einnahmen aus Industrie, Transportwesen und Baugewerbe die Einnahmen aus dem Handel mit Industrieprodukten hinzufügen (die methodisch richtiger als ein bestimmter Teil der Einnahmen der Industrie,

*) S. P. Prokopowitsch, Versuch einer Berechnung des Volkseinkommens von 50 Gouvernements des Europäischen Rußlands. (Russisch).

der dem Handel zukommt, zu betrachten wären) und zu den Einnahmen aus der Landwirtschaft die Einnahmen des Handels mit Produkten der Landwirtschaft hinzufügen, so werden wir zugeben müssen, daß Rußland vor dem Kriege kein bis zu einem solchen Grade agrarisches Land war, wie man es sich vorstellte.

Wenn man aber das Verhältnis der Großindustrie zu der Landwirtschaft betrachtet, so muß man von den Einnahmen aller Arten von Industrie die Einnahmen aus dem Handwerk (611 Millionen), die Einnahmen der Gewerksleute aus dem Bauernstande (289 Millionen) und einen Teil der Einnahmen der Kleinproduzenten in der Fischerei und im Forstwesen ausschließen. Aber auch hier nach würde das Verhältnis zwischen der großkapitalistischen Produktion und der Produktion der Landwirtschaft ungefähr 4 : 7 bleiben und im Verhältnis zur Landwirtschaft plus Kleinindustrie 4 : 8.

Im allgemeinen aber haben in der Ökonomie der Vorkriegszeit das Industriekapital, das Bankkapital und im besonderen das Handelskapital eine beherrschende Rolle gespielt, sie nahmen die wichtigsten führenden Posten in der ganzen Wirtschaft überhaupt ein und ordneten sich die Landwirtschaft unter. Und wenn sich das Proletariat in den Besitz aller Positionen des Kapitals in der russischen Wirtschaft in ihren Vorkriegsproportionen setzen würde, so würde es ökonomisch eine ungeteilte Herrschaft über das ganze Territorium der nichtvergesellschafteten Kleinproduktion ausüben. Aber leider hat sich während der Kriegs- und Revolutionsjahre das Kräfteverhältnis zwischen der Klein- und Großwirtschaft, im besonderen zwischen der Großindustrie und der bäuerlichen Wirtschaft schroff zugunsten der Kleinproduktion verändert. Die Groß- und die Kleinproduktion sind in ganz verschiedenem Grade im Laufe des Krieges und der Revolution in Mitleidenschaft gezogen worden. Im Jahre 1921 wurde das reine Nationaleinkommen des ganzen Landes nach sehr annähernden Berechnungen auf eine Summe von 5 Milliarden Goldrubel nach Vorkriegspreisen berechnet, wobei die Reineinnahmen der Industrie von unseren Wirtschaftlern auf eine Summe von 500 Millionen (Bruttoeinnahme annähernd 1 Milliarde) und des Transportwesens auf annähernd ein Viertel der Vorkriegszeit, d. h. auf annähernd 250 Millionen berechnet wer-

den. Diese Berechnung muß man eher als zu hoch gegriffen betrachten. Was die bäuerlichen Einnahmen anbelangt, so betragen sie über 3½ Milliarden, die Einnahmen der Handwerker und Gewerksleute aus dem Bauernstande sind ungefähr um die Hälfte im Vergleich zu der Vorkriegszeit gesunken. Auf jeden Fall ist das Verhältnis der Reinerzeugung der Großproduktion und des Transportwesens zum bäuerlichen Einkommen ungefähr 1 : 5, was im Vergleich zu den Vorkriegsproportionen einen furchtbaren Rückschritt bedeutet. Zwar hat sich in diesem Jahre die Produktion der Industrie vergrößert (bei Verringerung der Produktionsunkosten), aber die Produktion der bäuerlichen Wirtschaft hat sich dank der guten Ernte in noch stärkerem Grade vergrößert, und das Verhältnis zwischen den Einnahmen der Industrie und den Einnahmen der Landwirtschaft hat sich für die erstere noch ungünstiger gestaltet.

Unter solchen Bedingungen also muß das Proletariat Rußlands sich die Aufgabe der ökonomischen Unterordnung der bäuerlichen Wirtschaft unter die staatliche Industrie stellen. Diese Aufgabe ist außerordentlich schwierig unter den heutigen Proportionen innerhalb der Wirtschaft, sie ist aber zweifellos durchführbar unter der Bedingung der Wiederherstellung der Industrie. Die Unterordnung der Bauernschaft unter die Großproduktion ist auf zwei Wegen möglich: auf dem Wege des Handels und des Kredits, d. h. durch Austausch, und auf dem Wege der Umgestaltung der Grundlagen der bäuerlichen Wirtschaft dank der Elektrifizierung des Ackerbaus und der Moorkultur, d. h. auf dem Produktionswege. Die zweite Möglichkeit steht für uns in Aussicht, die erste haben wir schon zu verwirklichen begonnen, obgleich unsere Erfolge auf diesem Wege noch außerordentlich geringe sind.

Unsere Aufgabe auf dem Gebiete des Handels mit dem Dorfe besteht darin, die privaten Vermittler allmählich auszuschalten, das private Handelskapital in den Wechselbeziehungen der Industrie mit der Bauernschaft zu beseitigen, uns auf die Kooperativen zu stützen und den Staat zum Monopolinhaber nicht nur auf dem Gebiete des Handels mit Produkten der Großindustrie mit dem Dorfe zu machen, sondern sich auch in den Besitz des größeren Teiles der Produkte der Landwirtschaft zu setzen, die auf den großen Markt geworfen werden. Hier und da haben wir bereits Erfolg. So geht z. B. in der Stadt

Orjol 60 % des ganzen Handels durch die Organe des staatlichen Handels und die Arbeiterkooperativen beherrscht in einigen Fabrikzentren den Markt. Dank dem Monopol des Außenhandels ist der Staat in der Lage, den ganzen Getreide-Außenhandel des Landes und den Rohstoffhandel mit den ausländischen Kapitalisten in seinen Händen zu halten.

Was den Kredit anbelangt, so muß die Hauptart dieses Kredits bestehen in dem langfristigen Meliorativkredit, in dem Kredithandel mit landwirtschaftlichen Maschinen, mit Zuchtsamen und künstlichen Düngemitteln und in Gelddarlehen der Staatsbank für den Kauf von Pferden und die Wiederherstellung der Landwirtschaft überhaupt. Der langfristige landwirtschaftliche Kredit hat in Rußland eine große Zukunft. Auf diesem Wege kann das Proletariat am leichtesten die Landwirtschaft der Diktatur der Großindustrie unterwerfen. Der Staatsbank bietet sich hier die Möglichkeit, der Bauernschaft nicht nur in Geldform Kredit zu gewähren, sondern hauptsächlich in Naturalform, in Form der Produktion der Werke für landwirtschaftliche Maschinen und aller vom Dorf benötigten Waren. Indem die Staatsbank die Lösungszahlungen und die Zahlungen von Prozentsätzen für die Darlehen auch in Naturalform, d. h. in Form von Getreide und Exportrohstoffen erhält, kann sie dem Staat allmählich einen bedeutenden Teil aller Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion sichern, was zusammen mit den Ressourcen der Naturalsteuer einen festen Nahrungsmittel- und Rohstofffond nicht nur für die Sowjetindustrie, sondern auch für den Außenhandel ergeben wird. Später kann der Staat von der Rolle des Hauptkäufers und des einzigen Kreditors der Bauernschaft leicht zu der Rolle eines

Bestellers und Kontrolleurs der Produktion der Bauernschaft übergehen. Die Staatsbank kann durch entsprechende Preispolitik und die Erklärung, daß sie als Kreditor gewisse Produkte als Zahlung auf die Darlehen annehmen wird, andere aber nicht annehmen wird, die Erweiterung des einen Kulturentyps beeinflussen, die Entwicklung anderer anspornen, dritte wieder töten und dadurch in kapitalistischer Form die bäuerliche Individual-Wirtschaft den Bedürfnissen des eigenen allgemeinen Wirtschaftsplanes unterordnen. Zugleich kann man auf diesem Wege eine ziemlich genaue Registrierung der ganzen Produktion des Dorfes erreichen, insofern als der Kreditor alle wirtschaftlichen Ressourcen des Kreditempfängers kennen muß. Sozialismus aber ist vor allem Registrierung.

Wenn wir uns aber daran erinnern, daß der Staat in sehr weitem Maße die Möglichkeit einer Umverteilung des nationalen Einkommens auch auf anderem Wege hat, d. h. auf dem Wege der Besteuerung, die in ständig wachsendem Umlange auf die bemittelteren Schichten des Dorfes und auf das private Handels- und Industriekapital fallen muß, so ist durch Kombination aller dieser Mittel der Sowjetmacht die Möglichkeit in die Hand gegeben, in immer stärkerem Maße das Wasser aus den Kanälen der ursprünglichen (es wäre besser zu sagen der sekundären) Akkumulation der neuen ökonomischen Politik auf die Mühle der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation zu leiten, indem sie die Flußläufe der neuerstehenden kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse in eine niederere und untergeordnete Form im Vergleich zu den Formen der sozialistischen Großwirtschaft verwandelt.

E. Preobraschenski.

Der III. Weltkongreß der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Am 20. November, genau drei Jahre nach Eröffnung des Gründungskongresses des Kommunistischen Jugendinternationale, werden in Moskau die Vertreter der kommunistischen Jugendorganisationen zum III. Weltkongreß zusammentreten. Drei Jahre voll Kampf und Arbeit sind seit dem Zusammentritt des ersten Kongresses verflossen, drei

Jahre, in denen die kommunistische Jugendinternationale eine gewaltige Entwicklung genommen hat. Aus der kleinen Gruppe weniger Organisationen ist eine mächtige weltumspannende Organisation geworden. Die Mitgliederzahl hat sich von 219 000 in 13 Sektionen auf 800 000 in 50 Sektionen gehoben, und es gibt kein Land mehr

in Europa und nur noch wenige in den anderen Erdteilen, wo die Kommunistische Jugendinternationale nicht Mitglieder zählen kann.

Die Bedeutung des 3. Kongresses für die K. J. I. ist eine doppelte. Einerseits wird es ein Kongreß der Selbstverständigung über die bisher erreichten Ergebnisse und den Wert der durch den 2. Weltkongreß festgelegten Kampfmethoden sein, andererseits wird er für die breiten Massen der Arbeiterjugend einen neuen Sammelpunkt in der seit Monaten geführten internationalen Kampagne gegen die Offensive des Kapitals und die Reaktion bedeuten. Die Tagesordnung besteht aus folgenden Punkten:

1. Bericht vom 4. Kongreß der Komintern.
2. Bericht des E. K. der K. I.
3. Die Ergebnisse der Durchführung der Beschlüsse des 2. Kongresses.
4. Die wirtschaftliche Lage und der Kampf der Arbeiterjugend.
5. Die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den Militarismus und den weißen Terror.
6. Das Programm der Kommunistischen Jugendinternationale.
7. Die sozialistischen Jugendorganisationen und die Einheitsfront der Arbeiterjugend.
8. Die Frage des Arbeitersportes.

In besonderen Kommissionen werden die Fragen der kommunistischen Jugendbewegung in den Kolonialländern und die Tätigkeit in den Kindergruppen behandelt werden.

Um die Bedeutung dieses Kongresses für die Selbstverständigung und die innere Klärung der kommunistischen Jugendbewegung zu ermessen, muß man einen Blick auf die bisherige Entwicklung und die in ihr aufgetauchten Fragen werfen. Der zweite Weltkongreß bedeutete eine grundsätzliche Umstellung für die gesamte kommunistische Jugendbewegung. Sie, die bisher die Rolle der selbständigen politischen Führerorganisation des gesamten Proletariats durchzuführen gesucht hatte und in vielen Ländern, in denen es noch keine kommunistische Partei gab, während des Krieges und der ersten Jahre der Revolution auch durchgeführt hat, gab nunmehr ihre politische Führerrolle an die entstandenen kommunistischen Parteien ab und vollzog ihre politische Unterordnung unter sie. Wenn selbstverständlich die politische Tätigkeit und aktive Mitwirkung am politischen Leben der Partei sowohl als Einzelmitglied als auch als Gesamtorganisation nach wie vor das Recht, ja die Grundlage der Arbeit der K. J. I. bilden mußte, so konnten sich die K. J. O. nunmehr doch mit ihrer Hauptkraft der Beschäftigung mit den eigentlichen Jugendfragen zuwenden. Die Tätigkeit auf diesem Gebiete hatte selbstverständlich während des Krieges und in den ersten Jahren der Revolution,

wo es die heilige Pflicht der K. J. O. war, Propagandist der III. Internationale und Vorkämpfer der proletarischen Revolution zu sein und dieser Aufgabe angesichts des Fehlens und der Schwäche revolutionärer Parteien ihre Hauptkraft zu widmen, zurücktreten müssen. Der II. Kongreß beschloß ganz im Sinne der Beschlüsse des III. Kongresses der Komintern, den bisherigen Zustand der K. J. O. zu überwinden, da die K. J. O. nur kleine in sich geschlossene Propagandagesellschaften und Sekten gebildet hatten. Auch für die K. J. O., ja noch mehr für die K. J. I. als für die K. P. galt die Richtigkeit des Wortes: Heran an die Massen und Eroberung ihrer Mehrheit. So war denn der Sinn der Beschlüsse des II. Kongresses der K. J. O. die Umwandlung der Jugendorganisationen aus kleinen geschlossenen Gruppen zu breiten Massenorganisationen.

In der Gewinnung der breiten Massen für die K. J. O. konnten aber umöglich die bisherigen Methoden der rein politischen Propaganda fortgeführt werden. Unser Kampf und unsere Propagandamethoden mußten sich den Bedürfnissen und dem Verständnis der breiten Massen der Arbeiterjugend anpassen. Dies war um so notwendiger, als in der Arbeiterjugend, noch viel mehr als in den Massen der erwachsenen Arbeiterschaft, nach den ersten stürmischen Jahren der Revolution eine tiefgreifende psychologische Umwandlung einzutreten begann. Die Arbeiterjugend machte den Prozeß der Senkung des Kampfwillens, welcher 1920 die breiten Massen der Arbeiterschaft zu erfassen begann, vollständig mit. Und wie während des Krieges und der ersten stürmischen Zeit des offenen Angriffes auf den bürgerlichen Staat die Jugend, beflügelt von der ihr innewohnenden Kraft des Gefühls und des Idealismus, den Massen der erwachsenen Arbeiterschaft voraneilte, so wirkte die Periode des Niederganges des revolutionären Kampfes und des Überganges zum Stellungskrieg auf ihre Gefühls- und Vorstellungswelt auch viel stärker und nachhaltiger ein, als auf die erfahrene und kampfgeschulte erwachsene Arbeiterklasse. Das Schwinden des unmittelbaren Interesses an den politischen Fragen und die Mutlosigkeit drangen in die Massen der Arbeiterjugend viel tiefer ein als in die erwachsene Arbeiterschaft. Wenn diese Periode sich in der erwachsenen Arbeiterschaft durch ein Wiederaufleben der reformistischen Illusionen kennzeichnete, so machte sie sich bei der Jugend durch ein Erstarren der sozialdemokratischen Jugendorganisationen geltend, die man 1919-1920 bereits zum Tode verurteilt geglaubt hatte. Aber auch durch die der jugendlichen Welt angemessenen besonderen Erscheinungen: es zeigte sich ein Neuerwachen des Bildungshungers und ein Bestreben, in dem düsteren, freudlosen Alltags auch dem Vergnügen und der Freude der Jugend in den Jugend-

organisationen mehr Recht zu geben. Nach wie vor blieb jedoch, ständig angestachelt durch das wachsende Elend, das Interesse der Arbeiterjugend an den wirtschaftlichen Fragen ihres Lebens wach. Und es war vorauszusehen, daß dieses Interesse mit dem Wachsen des Elends größer werden würde. Es hatten sich auch schon Beispiele gezeigt, daß die Arbeiterjugend, gedrängt von dem Willen, gegen die wirtschaftliche Not anzukämpfen, zur Bildung von besonderen wirtschaftlichen Organisationen geschritten war, weil die K. J. O. selbst, ganz in der allgemein politischen Propaganda aufgehend, sich um die wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterjugend nicht kümmerte und nicht kümmern wollte.

Einen so tiefgreifenden Vorgang in der Arbeiterjugend mußte die K. J. O. ernst beachten und ihre Schlüsse daraus ziehen. Es war zur Zeit des II. Weltkongresses ganz offensichtlich geworden, daß die K. J. O., die Avantgarde der Arbeiterjugend, bereits begonnen hatte, den engen Kontakt mit den breiten Massen der Arbeiterjugend zu verlieren. Wenn die K. J. O. jetzt die Erorberung der breiten Massen der Arbeiterjugend ernst nahm, durfte sie nicht mit einer abstrakten Arbeiterjugend rechnen, wie sie nicht mehr war, sondern mit der Arbeiterjugend, wie sie im Augenblicke tatsächlich gegeben war. Und es mußte eine Anpassung in unseren Kampfmethoden und unserer Propaganda an diese Arbeiterjugend erfolgen. Sie mußte sich vor allem bei drei Methoden zeigen: erstens im wirtschaftlichen Kampf, zweitens in der Bildungsarbeit, drittens in der Organisation.

Die K. J. O. und ihre internationale Organisation mußten sich nunmehr mit ganzer Kraft der wirtschaftlichen Fragen und Nöte der Arbeiterjugend annehmen und auf diesem Boden den Kampf gegen den Kapitalismus entfesseln. Der wirtschaftliche Kampf wurde nunmehr zum Mittelpunkt der Propaganda und Tätigkeit der K. J. O. in den breiten Massen der Arbeiterjugend. Je mehr die K. J. O. danach strebte, ihre Organisation größeren Massen der Arbeiterjugend zu öffnen, desto mehr mußte sie ihre Bildungsarbeit verstärken, und so galt es jetzt, mit aller Kraft an die Einführung einer planmäßigen Bildungsarbeit in unserer Organisation zu schreiten. Diese Bildungsarbeit durfte aber gleichzeitig nicht eine trockene lernschulmäßige Eintrichterung der Grundlehren des Marxismus sein. Sie mußte in lebendigem Zusammenhang mit dem täglichen Leben stehen und in einer so lebhaften und anziehenden Weise geboten werden, daß sie auch die noch unbewußten jugendlichen und jüngsten Elemente mit ihrer augenblicklichen Psychologie anzog. Sie mußte, mit einem Wort, jugendgemäß betrieben werden und die Bedürfnisse der Jugend sehr ernstlich beachten.

Die bisherige Organisationsweise unserer Bewegung mußte aber eine tiefgreifende

Umänderung erfahren. Bisher besaßen unsere Jugendverbände noch das von der Sozialdemokratie ererbte Organisationsschema. Die Einheit der Organisation war die territoriale Ortsgruppe. Die Leitung der Ortsgruppe und der einzelnen Körperschaften lag in den Händen von Komitees, welche aus dem Sekretär, dem Kassierer, dem Vorsitzenden bestanden, oder manchmal nur in den Händen eines Sekretärs. Eine solche Organisationsform konnte genügen für die Zeit, da die sozialistischen Jugendverbände sich nur mit der Erziehung ihrer Mitglieder abgegeben hatten und da die ganze Organisation hauptsächlich unter der Leitung der Partei stand. Sie konnte zur Not auch ausreichen in den Tagen der politischen Avantgarderolle der Jugendorganisationen, als diese sich damals in enge Kreise gegen außenstehende Jugendliche mehr oder minder abschlossen. Sie wurde jedoch völlig unzureichend, als die K. J. O. begannen, in die breiten Massen der Arbeiterjugend herazutreten, um sie in den Kampf um konkrete Parolen zu führen und diese breiten Massen in die Organisation hineinzuziehen.

Zwei grundlegende Veränderungen waren da vor allem notwendig, am Grunde und an der Spitze. Die Grundeinheit der kommunistischen Jugendorganisation mußte an die Stätten verlegt werden, wo die Massen selbst zusammengeballt sind, d. h. in die Arbeitsstätten. An die Stelle der territorialen Ortsgruppe muß die Betriebszelle und die Berufsschulzelle treten. Die Fähigkeiten und Arbeiten der Leitung müssen gleichzeitig bedeutend vergrößert werden und dies muß geschehen durch die Einführung der Arbeitsteilung in den leitenden Komitees. Nicht mehr Vorsitzender, Sekretär, Kassierer, sondern verantwortlicher Leiter für wirtschaftlich-gewerkschaftliche Tätigkeit, für antimilitaristischen Kampf, für Bildungsarbeit, für Landpropaganda, für Kindergruppen, für Vertretung in der Partei und ähnliches.

So wies der II. Kongreß der internationalen kommunistischen Jugendbewegung große Aufgaben. Man muß leider sagen, daß von den kommunistischen Parteien nur die erste Voraussetzung dieser neuen Tätigkeit der K. J. O., nämlich die Aufgabe der politischen Führerrolle an die Partei und die politische Unterordnung unter diese, bemerkt wurde. Leider suchte man nicht die Beschlüsse des II. Weltkongresses zu erfassen und sich so ein klares Bild über die wirkliche praktische Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisationen in der neuen Epoche zu machen. So sind viele Unklarheiten zu erklären und wir mußten in der Tätigkeit seit dem II. Weltkongreß wiederholt feststellen, daß in Parteien die Ideologie der reinpolitischen Tätigkeit der K. J. O., die wir in der Jugendbewegung überwunden haben, noch weiter fortlebt und daß man den tiefgreifenden psycho-

logischen Prozessen in den Massen der Arbeiterjugend fast gar keine oder nur äußerst oberflächliche Beachtung schenkte. Daraus resultieren auch gewisse kleine Verstimmungen und Reibungen, die sich bei Parteigenossen zeigten, die nur die äußere Seite der Umänderung in der Jugendbewegung sahen und die fast häufiger sind, als der ebenfalls sich zeigende Fehler auf der anderen Seite, zu glauben, daß jetzt die politische Tätigkeit der Jugendorganisation in der kommunistischen Bewegung überhaupt aufhöre.

Wenn unser III. Weltkongreß im November zusammentreten wird, wird er sich folgende Fragen stellen müssen: Wie weit ist es uns gelungen, die durch den II. Kongreß verlangte Umstellung zu vollziehen und wie weit ist es uns bereits möglich gewesen, in die Massen der Arbeiterjugend einzudringen, sie in Bewegung zu setzen, und wesentliche Teile bei uns zu organisieren?

Will man die Frage erst allgemein und international beantworten, so kann man nicht aus dem Auge lassen, was für ein tiefer und grundsätzlicher Umstellungsprozeß vom II. Kongreß von manchen unserer Organisationen verlangt wurde. Wir weisen nur auf die K. J. Italiens hin, die wie ihre Partei noch auf dem II. Weltkongreß schroff Stellung nahm gegen den Kampf um wirtschaftliche Teilforderungen, der eine breitere Bildungsarbeit bisher ganz fremd gewesen war und die ihre ganze Kraft allein auf die allgemein politische Propaganda und den Kampf gegen den Faschismus konzentriert hatte. Ähnlich war die Lage in Frankreich, wo die alleinige Tätigkeit der K. J. O. bisher der antimilitaristische Kampf und die allgemein politische Tätigkeit gewesen waren und zur Zeit des II. Kongresses Bildungsarbeit und wirtschaftlicher Kampf noch schroff abgelehnt wurden. Sehr schwer mußte die Umstellung, die Verlegung des Hauptgewichtes auf die eigentlichen Jugendfragen auch den skandinavischen Verbänden fallen, die in ihrer Mehrzahl aus den älteren Jahrgängen bestanden und bisher fast ausschließlich Parteaufgaben erfüllt hatten. So kann es nicht wundernehmen daß die Zeit der Annahme und der ersten praktischen Anwendung der Beschlüsse des II. Weltkongresses für die meisten Organisationen eine recht schwere war. Nicht nur galt es, die eigenen Mitglieder für die Beschlüsse zu gewinnen und zu dieser Organisation auf die Bedürfnisse des neuen Kampfes einzustellen, die besten Methoden der praktischen Anwendung der internationalen Beschlüsse in den Landesverhältnissen zu suchen und herauszuschälen, sondern diese schwierige innere Arbeit, die die Kräfte des Verbandes im höchsten Grade in Anspruch nahm, mußte gerade zu einer Zeit erfolgen, wo die arbeitende Jugend bereits von der K. J. O. eine Tätigkeit verlangte, wie sie durch den II. Weltkongreß vor-

geschrieben und nun erst gesucht wurde. Jedoch zur Zeit der erweiternden Sitzung der Exekutive der Komintern konnte man bereits die ersten wirklichen Anzeichen der Beendigung dieser krisenhaften Zeit feststellen. Und die Sitzung des internationalen Büros der K. J. I., die im März stattfand, hat geholfen, durch praktische Arbeit diese erste Zeit abzukürzen. Eine unzweifelhafte Verstärkung und Vertiefung der kommunistischen Jugendbewegung ist in der Folgezeit in allen Ländern eingetreten. Bedeutende und wichtige praktische Schritte zur Anwendung der Beschlüsse des II. Kongresses wurden gemacht, und die Jugendverbände begannen bereits, in die Massen der Arbeiterjugend hinauszutreten und sie in praktischen Kämpfen mit sich zu reißen. Einen starken Anstoß erhielt die Tätigkeit der Verbände durch die internationale Tätigkeit der K. J. I. Denn seit Januar 1922 war die K. J. I. als selbständiger Faktor im internationalen Kampf gegen die Offensive des Kapitals und die Reaktion aufgetreten und hatte die Arbeiterjugend zum Kampfe aufgerufen.

Von den einzelnen Punkten war es das Verhältnis zwischen Jugend und Partei, wo die Anwendung der Beschlüsse des II. Weltkongresses noch am leichtesten und raschesten durchgeführt werden. Die K. J. O. vollzogen überall fast reibungslos ihre politische Unterordnung und auch die gegenseitige Vertretung zwischen Partei und Jugend wurde bald überall durchgeführt. Zwei oder drei Krisen, zu denen es im Verhältnis der Jugend zu der Partei wegen Eingreifens der Partei in die innere Organisation der Jugend kam, konnten mit Hilfe des E. K. der K. J. I. bald und gut überwunden werden. Gemäß den Beschlüssen der beiden Weltkongresse mußten die K. J. O. in den einzelnen Ländern (wie Norwegen und Frankreich) noch eine verstärkte politische Tätigkeit innerhalb der Partei aufrechterhalten, deren Ziel die Annahme der Linie der K. I. war. In dieser Beziehung haben der K. I. gerade die Jugendverbände von Norwegen und Frankreich unschätzbare Dienste geleistet. Andererseits bemerken wir in einigen mitteleuropäischen Verbänden ein gewisses Nachlassen des politischen Interesses unserer Mitglieder und der politischen Tätigkeit der Jugendorganisation als Ganzes, welches auf ein mißverständliches Auffassen der Beschlüsse des Weltkongresses über Jugend und Partei und auf die allgemeine Stimmung in der außenstehenden Arbeiterjugend, die selbstverständlich auch auf die K. J. einwirkt, zurückzuführen ist. Bedauerlich ist, daß die Beschlüsse über die Unterstützung der Jugendbewegung durch die Partei (durch Jugendbeilagen in der Parteipresse, Gründung von Jugendgruppen durch Parteigruppen, Abgabe der jüngeren Parteimitglieder usw.) bisher nur sehr wenig durchgeführt wurden.

Im wirtschaftlichen Kampf galt es, zuerst unsere eigenen Mitglieder mit dem Sinn und den Fragen unserer wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Kampfätigkeit vertraut zu machen. Der wichtigste weitere Schritt war dann das ganze Studium der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend, sowie Sammlung und Veröffentlichung des Materials über ihre Lage. In dieser Beziehung wurde recht viel getan und die K. J. O. begannen nunmehr, der Arbeiterjugend den Spiegel ihrer furchtbaren Lage im Kapitalismus entgegenzuhalten. Die K. J. O. waren weiter vor die Aufgabe gestellt, in einem konkreten Kampfprogramm ihre Forderungen zu formulieren und auf der Grundlage dieses Programms die Propaganda in den Massen zu beginnen. Manche Verbände taten dies und dies war gleichzeitig ihr erstes öffentliches Heraustreten in wirtschaftliche Fragen, indem sie einen offenen Brief an den Gewerkschaftskongreß ihres Landes richteten. Auf seiner Grundlage wurde dann die Tätigkeit in den Gewerkschaften und in den Massen selbst aufgenommen. Doch wir konnten auch konstatieren, daß bereits mehrere Verbände (Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei, Schweden, Dänemark) zu Kampfaktionen um konkrete Tagesforderungen der Arbeiterjugend übergingen, in welchen es ihnen gelang, größere Massen der Arbeiterjugend in Bewegung zu setzen. Jedoch die Auswertung dieser Aktionen im Sinne einer Gewinnung von Mitgliedern für unsere Organisation und eines Behaltens der Massen der Arbeiterjugend unter unserer Führung auch nach den Aktionen gelang nicht infolge der Mängel unseres organisatorischen Apparates. Noch nirgends außer in Rußland sind die Verbände dazu übergegangen, Zellen in den Betrieben und Fachschulen zu schaffen! Und nur in wenigen Fällen wurden bereits Fraktionen oder Komitees der K. J. in den Gewerkschaften gebildet. So können wir sagen, daß wohl die ersten Ansätze zu einem gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Kampf manchmal in recht weitgehender und befriedigender Art gemacht wurden und daß es uns in diesem Jahre auch gelungen ist, bereits größere Massen um unsere Forderungen zu gruppieren und in Bewegung zu setzen, daß unsere Propaganda jedoch meistens nur auf der Oberfläche dieser Massen geblieben ist und es uns noch nicht gelungen ist, in ihnen fest zu verwurzeln und sie sicher unter unsere dauernde Führerschaft zu bringen.

Der antimilitaristische Kampf wurde wie in den Vorjahren von den meisten Ländern mit derselben Kraft weitergeführt, nur in den meisten mitteleuropäischen Ländern kann man wieder ein Nachlassen des Interesses an den antimilitaristischen Fragen und der antimilitaristischen Betätigung der K. J. O. feststellen.

Sehr schwierig gestaltete sich auch die Einführung der planmäßigen Bildungsarbeit in unseren Organisationen. Ohne eine lange, vielleicht

zu lange Periode von großen Diskussionen über die Bildungsarbeit ging es nicht ab, bevor man begann Bildungsarbeit wirklich zu verrichten, und auch hier finden wir selten kräftige und kühne Versuche der Einführung einer wirklich gründlichen und planmäßigen Bildungsarbeit. Sondern meistens war es so, daß die Gruppen begannen, in ziemlicher Verwirrung die verschiedensten Anfänge zu einer Bildungsarbeit zu machen, die nicht immer so war, wie sie sein sollte, und daß die Landeszentralen, anstatt führend und planmäßig voranzugehen, nachher erst ihre ziemlich allgemeinen Anweisungen auszugeben begannen. Drei Fehler sind es in der Bildungsarbeit vor allem, vor denen die K. J. O. sich hüten müssen: einerseits die Festlegung auf eine rein lernhafte und trockene ausschließlich wissenschaftliche Bildung, andererseits zu große Konzessionen an Spiel- und Vergnügungstrieb und drittens die Beschäftigung mit von unserem Kampfe fernab liegenden Fragen der allgemeinen Wissenschaft und Kunst, für deren Behandlung wir in unserer Organisation keinen Platz haben können. Die Jugendverbände, die schon vor dem II. Weltkongreß eine ständige Bildungsarbeit entfalteten, wie Skandinavien und Österreich, führten sie auch nach dem II. Kongreß fort, ohne allerdings an ihr wesentliche Änderungen vorzunehmen.

Die Veränderungen an unserer Organisation gelangen in mancher Beziehung (wie in der Durchführung der Arbeitsleistung und der Selbsttätigkeit), doch das wesentlichste: die Gründung der Betriebszellen und Fraktionen in den Gewerkschaften wurde bisher in ernsthafter Weise von den Verbänden noch nicht in Angriff genommen.

Der III. Kongreß wird die bisherigen Erkenntnisse der Durchführung der Beschlüsse des II. Kongresses eingehend prüfen und die Wege für ihre praktische Weiterführung zeigen. Er wird dabei die vom II. Weltkongreß erst in ihren allgemeinen Grundlagen festgestellte gesamte Auffassung von der Rolle und den Aufgaben der kommunistischen Jugendbewegung gemäß den bisherigen Erfahrungen abrunden. So wird er das Programm von Berlin, das 1919 inmitten einer Zeit der nur politischen Tätigkeit der Jugendorganisationen geschaffen wurde, einer Revision unterziehen und das Programm der K. J. I. neu redigieren und beschließen.

Hat so der Kongreß im Sinne einer Selbstverständigung große Aufgaben, so hat er eine nicht minder große Bedeutung als ein Kampfrat der breiten Massen der Arbeiterjugend, auf den die jugendlichen Proletarier aller Länder blicken und von dem sie die Fortführung des Kampfes gegen die Verelendung der Arbeiterjugend und gegen die Reaktion erwarten. Seit dem Winter dieses Jahres hat die K. J. I. den entschiedenen Kampf gegen diese Geißeln der Arbeiterjugend aufgenommen. Im Februar d. J. trat sie an die K. I. und R. G. I.

heran und erwirkte von ihnen einen Beschluß dafür, daß die Aufnahme des Punktes „Kampf gegen die Verelendung der Arbeiterjugend“ in die Tagesordnung des geplanten Arbeiterweltkongresses gefordert wurde. Sie unterbreitete der K. I. und R. G. I. eine Reihe von Kampfforderungen, die von ihnen angenommen wurden und erreichte auch die Annahme eines Beschlusses für die Einladung aller drei Jugendinternationalen zum Arbeiterweltkongreß. Nur besonderen technischen Umständen und der Sabotage der II. Internationale ist es zuzuschreiben, daß die K. J. I. diese Forderungen nicht sofort in der offiziellen Berliner Konferenz an die beiden Internationalen der Sozialdemokratie gerichtet hat. Aber die K. J. I. ließ auch, nachdem das Schicksal des Arbeiterweltkongresses durch das verbrecherische Vorgehen der II. Internationale unter Mithilfe der 2½. Internationale entschieden war, in ihrem Kampfe nicht locker und leitete in allen Ländern Kämpfe ihrer Organisationen zur Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterjugend und der Einheitsfront zwischen erwachsener und jugendlicher Arbeiterschaft und Ende Juni trat sie mit einem Aufrufe an die Arbeiterjugend der gesamten Welt heran und rief zu einem Weltkongreß der jugendlichen Arbeiterschaft auf. Dieser Jungarbeiterweltkongreß sollte für die Einheitsfront zwischen jugendlicher und erwachsener Arbeiterschaft und die Einheitsfront der erwachsenen Arbeiterschaft selbst wirken und sollte die Ein-

heitsfront der Arbeiterjugend im Kampfe gegen die Offensive des Kapitals und die Reaktion herstellen.

Die sozialdemokratischen Jugendinternationalen haben unter dem Drucke der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale diesen Vorschlag scheitern lassen. Aber die K. J. I. ist weit entfernt davon, diesen Kampf für die Einheitsfront deshalb im internationalen und nationalen Maßstabe aufzugeben. Nach wie vor bleibt er ihre Losung und ihre Verbände führen in den verschiedenen Ländern unter den Massen der Arbeiterjugend, nachdem die internationalen Führer selbst sabotiert haben, den Kampf nur um so stärker fort. Und so wird der III. Kongreß, das höchste Forum der internationalen revolutionären Jugendbewegung, die Lage der Arbeiterjugend, die durch Offensive des Kapitals, die Verfolgungen der Reaktion und die imperialistischen Beziehungen geschaffen werden, noch einmal eingehend prüfen und wird die Beschlüsse fassen müssen, die zu ihrer Verteidigung notwendig sind. Die ganze Arbeiterjugend muß mit der größten Aufmerksamkeit auf diesen Kongreß der Kommunistischen Jugendinternationale schauen, und die kommunistische Bewegung muß in ihm einen bedeutungsvollen Markstein in der Aufwärtsentwicklung ihrer Jugendbewegung erkennen.

Richard Schüller.

Jules Guesde und der Kommunismus.

Es sind jetzt gerade 30 Jahre her, daß ich, noch sehr jung, in Paris landete, ausgerüstet mit einem Empfehlungsschreiben von Plechanow an Jules Guesde¹⁾. Ich kam in die

¹⁾ Ich erinnere mich dieses Datums sehr gut; denn ich kam nach Paris, gerade als der berühmte Streik der Bergarbeiter von Carmaux seinen dramatischsten Moment erreicht hatte. Wie alle sich für das politische Leben Frankreichs interessierenden Ausländer habe ich mich zur Deputiertenkammer begeben. Ich hatte einen Brief von Guesde für Ferroul, zu der Zeit der einzige Guesdistische Abgeordnete im Palais Bourbon. Die sehr bewegte Sitzung, in der gerade die Frage des Streiks von Carmaux diskutiert wurde, artete in großen Tumult aus, als im Verlauf der Diskussion Joseph Rainach das Wort verlangte, um eine dringende Frage an den Ministerpräsidenten, Emile Loubet, zu richten. Er wünschte eine Bestätigung der in den Korridoren der Kammer angeschlagenen Meldung, der zufolge in den Geschäftsräumen der Société des Mines de Carmaux eine Anzahl Bomben gefunden worden seien, die, als die Gendarmen sie aufs Kommissariat in der Rue des Bons Enfants transportieren wollten, explodiert

französische Hauptstadt, um den Mann kennenzulernen, der sich in der von Plechanow inspirierten Gruppe der russischen und ausländischen revolutionären Marxisten einer tiefen

sein und sechs Gendarmen getötet hätten. Nach Bestätigung der Meldung durch die Regierung steigerte sich die Wut der Kammer gegen Ferroul und den blanquistischen Abgeordneten Baudin, die eben aus Carmaux zurückgekehrt waren. Die Redner in dieser Sitzung waren unter anderen der Marquis de Solage und der Baron Reille, beides Deputierte und die hauptsächlichsten Aktionäre der Société des Mines de Carmaux. Um den anarchistischen Geist der Streikenden zu beweisen, zitierte der Marquis de Solage ein Liedchen, wahrscheinlich eine Variante der zur Zeit des Streiks viel gesungenen Carmagnole, dessen Schlußrefrain lautete: „Le baron au bout du canon, le marquis au bout du fusil“. Große Heiterkeit löste es aus als Ferroul, der sich dadurch scheinbar in eine Bergarbeiterversammlung von Carmaux versetzt fühlte, seine Replique mit den Worten begann: „Genossen, Kameraden . . .“ Nach dem Streik mußte der Baron Reille demissionieren und Jaurès wurde an seine Stelle gewählt.

und aufrichtigen Bewunderung erfreute. Zusammen mit dem, seines Internationalismus wegen von der Reptilienpresse Bismarcks als „Franzose“ qualifizierten Wilhelm Liebknecht galt er als einer von denen, die den Charakter des internationalen und revolutionären Marxismus am besten verkörperten. Nach dem Tode des alten Liebknecht wurde er sehr bald die hervorragendste Erscheinung unter den internationalen Marxisten. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1900 gruppierte sich um Guesde die marxistische revolutionäre Minderheit, die es ablehnte, für die von der „Iskra“ (Der Funke) — dem Organ der russischen Marxisten — als Kautskuresolution bezeichnete Resolution Kautskys zu stimmen. Man wird sich erinnern, daß diese Resolution, von der weiter unten noch die Rede sein wird, eine nachträgliche Rechtfertigung des von Millerand — dem ersten offiziellen Sozialisten, der in eine bürgerliche Regierung eingetreten — verübten Verrates bedeutete. Vier Jahre später, in Amsterdam, scharten sich erneut um Guesde die revolutionären Marxisten mit Einschluß Bebels — der an dem Pariser Kongreß nicht teilgenommen hatte — und diesmal auch Kautskys — der die antiproletarische Ausnutzung seiner Pariser Resolution einzusehen gezwungen war.

Ich möchte hier darauf verweisen, daß ich nicht der einzige bin, der Guesde diesen bedeutenden Platz in der Geschichte der sozialistischen Bewegung nach der Kommune zuerkennt, und zwar nicht nur für die lateinischen, sondern auch für die angelsächsischen und slawischen Länder. Ich kann mich auf einen, allerdings schon seit langem verstorbenen Genossen berufen, der in der sozialistischen Bewegung der Vereinigten Staaten sehr angesehen war. Es ist dies De Leon, der Führer der alten amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der den Delegierten und den Arbeitern des Internationalen Sozialistischen Kongresses von Amsterdam eine Reihe Studien gewidmet hat, die, heute nachgelesen, durch ihre Fülle zutreffender und prophetischer Urteile überraschen. De Leon zögert nicht, indem er von den markantesten Persönlichkeiten der Zweiten Internationale spricht, Guesde als die hervorragendste Erscheinung der sozialistischen Bewegung des Kontinents zu bezeichnen²⁾.

²⁾ Daniel De Leon: „Flashlights of the Amsterdam Congress (1904). Dieses äußerst lesens-

Die hervorragende Rolle Guesdes in der internationalen proletarischen Bewegung resultierte aus seinen, zum Teil von Erfolg gekrönten Bemühungen, die französische Arbeiterbewegung — damals nächst der deutschen die bedeutendste — mit marxistischem Geist zu durchtränken. Das persönliche Verdienst Guesdes ist es, die marxistische Denkweise in einem Lande propagiert zu haben, das infolge seiner ganzen Vergangenheit ihr am entschiedensten ablehnend gegenüber zu stehen schien. Die revolutionäre Arbeiterbewegung in Frankreich hatte eine lange und ruhmreiche Vergangenheit; aber die Ideologie dieser Bewegung war immer durchtränkt und identisch mit der kleinbürgerlich-republikanischen und pazifistischen Demokratie. Dazu hatte die revolutionäre Arbeiterbewegung in Frankreich stets eine nationalistische Färbung, sowohl vor als auch während der Kommune. Die Reaktion nach dem Zusammenbruch der Kommune hat diese Tendenzen noch schärfer hervortreten lassen. Die französische Arbeiterklasse, ihrer besten Führer beraubt, die teils während der Kommune getötet worden waren, teils im Exil lebten, verfiel dem Einfluß aller schlimmster kleinbürgerlicher Elemente, die oft in direktem Dienste der bürgerlichen Parteien oder gar der Polizei standen.

Eine große Intelligenz und ein außerordentlicher Mut waren daher nötig, eine klare sozialistische revolutionäre Erkenntnis und unerschütterliche Treue der Sache der Arbeiterklasse gegenüber, um in einem Lande mit durchaus kleinbürgerlicher und chauvinistischer Mentalität, das durch den Bürgerkrieg von allen Wünschen nach einer neuen Revolution geheilt zu sein schien, den als eine deutsche Doktrin bezeichneten wissenschaftlichen und marxistischen Sozialismus zu lehren, den Klassenkampf und die Revolution. Unter dem Einfluß der bürgerlichen Parteien waren die Männer, die in der Zeit von 1872 bis 1878 an der Spitze der legalen französischen Arbeiterbewegung standen, vor allem bemüht, die Bourgeoisie des durchaus patriotischen und legalen Charakters der Bestrebungen der französischen Arbeiterklasse zu versichern, indem sie ihre ganze Vergangenheit verleugneten.

Auch Guesde begann mit einer Kritik der Vergangenheit der französischen Arbeiterbewegung. Sogar die Kommune, ihre Männer

werte Buch befindet sich in der Bibliothek des Marx-Instituts in Moskau

und ihr Werk haben vor seiner Kritik nicht standgehalten. Aber was Guesde der Kommune und den Arbeiterorganisationen in Frankreich am Vorabend der Kommune zum Vorwurf machte, waren nicht ihre revolutionären Ideen. Umgekehrt war nach seiner Auffassung die Arbeiterbewegung in Frankreich, selbst während der Kommune nicht revolutionär genug.

* * *

Die Kritik Guesdes an der sozialistischen Bewegung in Frankreich.

Es ist dies ein Urteil, auf das man in seinen Reden und Schriften sehr oft stößt. Am ausführlichsten wird der Standpunkt Guesdes aber entwickelt in einer, unter dem Titel „Die Arbeiterbewegung in Frankreich nach der Kommune“³⁾ in der Plechanowschen Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ (1891/92) veröffentlichten Studie, der bedeutendsten die Guesde geschrieben hat. „Haben wir den Mut“, schrieb Guesde, „einzugestehen, daß in der Internationalen Arbeiterassoziation die Franzosen ein reaktionäres Element darstellten. Mit Ausnahme von Varlin und zwei oder drei anderen stellten sich die von der individualistischen Metaphysik Proudhons durchtränkten Franzosen die Emanzipation des Proletariats nicht anders vor als innerhalb des Rahmens des kapitalistischen Eigentums.“

Man kann den Proudhonschen Mutualismus auch anderes, sicher aber nicht treffender definieren. Es ist dies die ewige reformistische Illusion, daß man die kapitalistische Gesellschaft gewissermaßen von hinten herum durch einfache Überlistung der naiven Bourgeoisie ihres Charakters entkleiden könne.

Indem er sich der Untersuchung der Tätigkeit der Kommune zuwendet, macht Guesde die folgende Bemerkung:

„Die Regierung der Kommune war nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Ihre legislative Leistung erschöpfte sich: 1. in der Beschränkung der Entschädigungen für die Minister auf 6000 Franken pro Jahr, 2. in der Veröffentlichung eines Dekretes über das Verbot der wie immer motivierten Einbehaltung eines gleichgültig wie großen Teiles der Arbeitslöhne durch die Unternehmer und staatlichen

Verwaltungen; 3. in der Veröffentlichung eines Dekrets über das Verbot der Nacharbeit in Bäckereien; 4. in der Anordnung einer Inventaraufnahme in den von ihren Besitzern im Stiche gelassenen Fabriken und Werkstätten zum Zweck ihrer sofortigen Übergabe an die Produktivgenossenschaften der Arbeiter.“

Die Kommune hat sich in ihrer revolutionären Initiative nicht allzu kühn gezeigt; aber sie blieb bis zur russischen Oktoberrevolution der bedeutendste Versuch des Proletariats, die politische Macht zu ergreifen. Im Gegensatz zu ihr war das Kennzeichen der späteren französischen Arbeiterbewegung der systematische Verzicht auf jeden Klassenkampf. Die bedeutendste Arbeiterorganisation von 1872 „le Cercle de l'Union Syndicale Ouvrière“ proklamierte als ihr Ziel die Aussöhnung aller Interessen, das Ende der Streikära.

Der Versailler Reaktion genügten alle diese Widerrufe jedoch nicht, und auf Anordnung der französischen Regierung erfolgte die Auflösung des Cercle de l'Union Syndicale Ouvrière. Nach der Auflösung der Organisation wurde von 24 Arbeiterdelegationen eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich zu rechtfertigen suchten, indem sie sich beklagten, daß die Behörden ihre Bestrebung falsch auffaßten, und erneut beteuerten: „1. daß das Ziel des Cercle Syndical die Überwindung des Gegensatzes zwischen den Unternehmern und den Arbeitern sei; 2. daß der Cercle Syndical niemals die Absicht gehabt habe, eine Partei der Arbeiter zu organisieren zur ausschließlichen Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen.“

Und das ökonomische Programm dieser Bewegung? Dem Kapital müssen die Profite entzogen werden. Den Streik bezeichnen alle gewerkschaftlichen und sonstigen Erklärungen dieser Epoche als durch die Erfahrungen überwundenes Kampfmittel.

Im Jahre 1876 kommen die französischen Arbeiter über die Frage der Arbeiterkandidaturen in Bewegung, wobei diese jedoch nicht als Kampfkandidaturen gedacht waren, sondern als ein Mittel, der Regierung die korporativen und beruflichen Interessen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen. Das ist der Sinn der auf dem nationalen Arbeiterkongreß in Paris im Oktober 1876 mit Bezug auf diesen Gegenstand beschlossenen Resolution. Zwei Jahre später in Lyon, wagt der zweite französische nationale Arbeiterkongreß es nicht, in der Frage der Arbeitergesetzgebung hinauszugehen.

³⁾ Diese Studie ist in der dritten Lieferung des „Sozialdemokrat“, Dezember 1892, enthalten und nur in russischer Sprache erschienen. Ihre Übersetzung ins Französische hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

gehen über die Schutzgesetzgebung für Minderjährige und Frauen. Dieser Kongreß verwirft jede Intervention des Staates in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und erklärt, daß die Emanzipation der Arbeiter sich ergeben werde aus der Entwicklung von „Arbeiter-Konsum-, Produktiv- und Kreditgenossenschaften.“

* * *

Guesde stellt dem kleinbürgerlichen Sozialismus den Kollektivismus gegenüber.

So stand es um die Ideologie der organisierten französischen Arbeiterbewegung, als Guesde dank einem ersten teilweisen Amnestiegesetz nach Frankreich zurückkehren konnte und sofort einen erbarmungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie und den reformistischen Sozialismus begann. Diesen Kampf, der besonders in den Jahren von 1900 05 ein großes internationales Interesse fand, hat Guesde über ein Vierteljahrhundert geführt, und er hätte ihn wahrscheinlich auch weiter geführt, wenn er nicht, durch ein schweres zehnjähriges Krankenlager um die unmittelbare Fühlung mit den Arbeitermassen gebracht, später selber dem Einfluß der reformistischen Strömung erlegen wäre, die gerade in Frankreich einen genialen Vertreter in der Person Jaurès' gefunden hatte. Dies bezieht sich jedoch auf eine Zeit, wo Jules Guesde bereits aufgehört hatte, eine aktive führende Rolle zu spielen.

Guesde begann seinen Feldzug mit der Gründung der „Egalité“, einer Wochenschrift, die er auswärts drucken mußte, weil er die 12 000 Franken nicht aufbringen konnte, die die französische Republik als Kautions für die in Paris hergestellten Publikationen verlangte.

Die „Egalité“ war ein wirkliches Organ des revolutionären Marxismus, oder, um es in der Terminologie unserer Zeit auszudrücken, des Kommunismus. Das tapfere proletarische Organ führte nicht nur einen Feldzug systematischer Kritik und Verspottung gegen den Ideenbau, den sich die Arbeiterklasse in Frankreich unter dem Einfluß der Anhänger von Proudhon und des Terrors der Versailler konstruiert hatte, es zertrümmerte auch, einen nach dem anderen, die Götzen der ganzen demokratischen und republikanischen Ideologie, die die Hirne der französischen Proletarier unter dem zweiten Kaiserreich beherrscht hatten.

„Die Sparkasse, die Kooperative, die Berufsunterweisung“ schreibt Guesde, „die normale und friedliche Entwicklung der republikanischen Einrichtungen, die Aufhebung der Gemeindesteuern, der antiklerikale Kampf und viele andere Spielzeuge, mit denen die republikanische Bourgeoisie die Sklaven unserer Epoche zu unterhalten wußten, wurden mit-leidslos zerschlagen.“

Den Trugbildern der verschiedenartigsten Kooperativen stellte die „Egalité“ als Kampfmittel den Streik gegenüber, und um die Arbeiterklasse von den demokratischen Illusionen zu heilen, die sie von der Einführung politischer und sozialer Reformen Wunder erhoffen ließ, wies sie auf die Erfahrung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hin.

Die „Egalité“ zögerte nicht, die Arbeiterklasse vor den Enttäuschungen des allgemeinen Stimmrechtes zu warnen, die sie als unvermeidlich nachwies, wenn die Arbeiterklasse in ihm ein Mittel sah, an sich geeignet, die soziale Frage zu lösen, anstatt es nur zu nutzen für ihre Organisation als Klassenpartei, mit dem Ziel der Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Revolution als Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sein wahrhaft geniales Eindringen in die Psychologie der Masse ließ Guesde sich nicht damit begnügen, die neuen Ideen zu verkünden, er hat ihnen auch ein Symbol des Ausdrucks gegeben. Er gab seiner Lehre den Namen Kollektivismus, und seine Partei bezeichnete er als kollektivistische Partei. Damit zog Guesde einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den kleinbürgerlichen Parteien aller Art, die das Wort sozialistisch prostituiert hatten; und er unterstrich außerdem den ökonomischen Charakter der neuen Doktrin, im Gegensatz zu allen bisherigen Spielarten des Sozialismus in Frankreich, die die Forderung der Aufhebung des Privateigentums nicht zu erheben wagten, und sich auf die politischen Formen der Gesellschaft versteiften.

Bevor ich weitergehe, kann ich nicht umhin, die Aufmerksamkeit des Lesers auf eine frappierende Analogie hinzulenken: die auf Anregung Lenins durchgeführte Reform in der Benennung der sozialdemokratischen Parteien. Die Bezeichnung Sozialdemokrat ist am Vorabend und während des Krieges von den Reformisten genau so herabgewürdigt wor-

den, wie ehemals die Bezeichnung Sozialist in Frankreich).

In ihrem Programmartikel in der ersten Nummer der „Egalité“ unterstreicht die Redaktion ausdrücklich: „Als Anhänger der heute von den klassenbewußten Proletariern der alten und der neuen Welt anerkannten kollektivistischen Doktrin sind wir der Überzeugung, daß die soziale und wissenschaftliche Entwicklung der Menschheit mit Notwendigkeit zum Kollektiveigentum am Boden und an den Produktionsmitteln führt.“

In einigen Artikeln bezeichnet Guesde seine Doktrin auch als kommunistisch⁴⁾. Aber ob er nun seine Ideen als Kommunismus oder Kollektivismus bezeichnet, immer betont er, daß es sich um den wissenschaftlichen Sozialismus handelt. 1886 schreibt er in einem Brief an Jules Volès, als er sich anschickt, dessen Blatt „Le Cri du Peuple“, das er zwei Jahre lang bekämpfte, zu verlassen: „Sie wissen, was mit mir in ihren „Cri du Peuple“ eintrat, war der von einigen Phantasten als Sektierertum bezeichnete wissenschaftliche Sozialismus, von Marx geschaffen und, wenn man es so bezeichnen darf, in die Tat umgesetzt durch unsere Kongresse von Marseille, Havre und Rouen.“

Wir wollen hier nicht das Leben Guesdes beschreiben, das seit dem Arbeiterkongreß von Marseille im Jahre 1879, der den Kollektivistischen Mehrheit brachte, identisch ist mit der aus diesem Kongreß hervorgegangenen Parti Ouvrier, die gewöhnlich als guesdistische Partei bezeichnet wurde.

Worum es uns bei dieser kleinen Arbeit zu tun ist, das ist, seine Grundsätze über die Theorie und die Taktik der Arbeiterbewegung, die heute noch ihre volle Gültigkeit haben, ins rechte Licht zu rücken.

* * *

⁴⁾ Es hat in Frankreich mehr als eine bürgerliche und kleinbürgerliche Partei gegeben, die sich als sozialistisch bezeichneten. So die Sozialisten-Demokraten von 1848, die Republikaner-Sozialisten, die Radikal-Sozialisten, die Christlichen Sozialisten usw. in der dritten Republik.

⁵⁾ Kollektivismus und Kommunismus (Le Socialisme de jour le jour, p. 375). In einem im „Almanach Social D'Argyriades“, unter dem Titel „Kollektivismus und Kommunismus“ erschienenen Artikel bemerkt Guesde, daß in der wirtschaftlichen Evolution der Kommunismus einem vorgeschritteneren Stadium der Entwicklung der Produktivkräfte entspreche als der Kollektivismus.

Die Fehlerquellen des französischen Reformismus.

Jules Guesde hat sich nicht nur damit begnügt, den französischen Reformismus zu bekämpfen, er hat auch seine historische Verknüpfung mit den Ideen der französischen Revolution aufgezeigt. Da noch heute der französische reformistische Sozialismus sich derselben Argumente bedient und sich auf die Grundsätze der großen französischen Revolution beruft, will ich ein wenig bei der denkwürdigen Diskussion verweilen, die in Amsterdam zwischen Jaurès und Guesde stattfand.

Schon im Verlauf der Debatte in der Kommission über die Taktik der sozialistischen Bewegung ist Jaurès von mehreren Rednern nachgewiesen worden, daß die Quellen seines Sozialismus nicht die gleichen seien wie für die Sozialisten der anderen Länder, und daß er sehr oft den Sozialismus als ein logisches Resultat der Grundsätze der Revolution von 1789 auf ökonomischem Gebiete betrachte, wie es die Demokratie und die Republik auf dem politischen Gebiete sind. Bebel wies Jaurès darauf hin, daß die Republik, die er durch seine Taktik der ministeriellen Kollaboration gerettet zu haben meinte, nicht etwas absolut Gutes sei⁶⁾.

In seiner Antwort auf die verschiedenen Redner bestand Jaurès auf der besondern Bedeutung der republikanischen Form in der französischen Geschichte:

„Infolge ihres Ursprungs selbst, der Reihe revolutionärer Ereignisse: 1791 der Petition des Champs de Mars, 1792 des Eindringens des Volkes in die Tuilerien, im Januar 1793 der Hinrichtung Ludwigs XVI., der Jahre 1830, 1840, 1871, infolge alles dessen ist die Republik das Resultat einer revolutionären Bewegung, die das moderne Frankreich geschaffen hat.“

Überflüssig zu sagen, daß Jaurès auch die Namen Babeufs, Buonarottis, Blanquis zitierte. Dieser demokratischen Konzeption setzte Guesde, der nach Jaurès zum Worte kam, die marxistische Betrachtungsweise entgegen. „Wohl ist die Republik für uns wie

⁶⁾ Einer der ausländischen Redner bemerkte in seinen Ausführungen mit Bezug auf den Sozialismus Jaurès: Die „Humanité“ beruft sich bei jeder Gelegenheit auf die großen revolutionären Prinzipien von 1789; diese genügen uns nicht. Das Prinzip des Klassenkampfes hat dort seine Wurzeln nicht.“

für Marx das ideale Terrain der Revolution, aber warum? Weil sie Klassengegensätze unmittelbar und deutlich zutage treten läßt, ohne daß sie durch dynastische Berechnungen verfälscht werden. Diese Überlegenheit des republikanischen Regimes verschwände aber, sobald, wie es Jaurès will, das Proletariat, um die Republik zu retten, wenn sie in Gefahr ist, jedesmal seine Forderungen aufgeben müßte. Dann würde die Republik die schlimmste der Regierungsformen⁷⁾.

Aber wo Guesde das Problem in seiner ganzen Breite aufrollt, wo er die französische Arbeiterbewegung an ihrer schwächsten Stelle faßt, das ist, als er die Quelle der Fehler von Jaurès, den Ursprung seiner falschen Konzeption des Sozialismus aufzeigt.

„Für uns entspringt der Sozialismus dem Kapitalismus in voller Waffenrüstung. Die Maschine, die Konzentration des Kapitals, die Proletarisierung der Arbeit usw., sie bewirken allerorten die gleichen Leiden und lassen die gleichen Opfer sich in Millionen erheben zu einem Kampf auf Tod und Leben gegen den gleichen Feind, wie verschieden immer die Regierungsformen sein mögen, unter denen sie leben. Alles aber ändert sich, sobald man im Sozialismus nicht mehr eine ökonomische Etappe, sondern nur ein Postulat sieht, die Weiterführung oder die Krönung einer demokratischen Bewegung, deren Ursprung die bürgerliche Revolution im Ausgang des 18. Jahrhunderts war. Und weil Jaurès an dieser ebengenannten Konzeption hängt, wenigstens zur Zeit noch, darum akzeptiert und fordert er — und kann es auch logischerweise tun — die immer engere Zusammenarbeit mit den vorgeschrittensten, d. h. den demokratischen und republikanischen Elementen der Bourgeoisie. Aber darum gerade ist er verurteilt, ob er es will oder nicht und wie widerlich ihm das Wort auch sein mag, nichts anderes zu sein als ein Nationalist neuer Art und gefährlicher als die anderen“⁸⁾.

* * *

Gegen die Kollaboration der Klassen.

Wir müssen auf den Pariser Kongreß zurückkommen. Die nach den Wahlen von 1893 geschaffene sozialistische Einheit in Frank-

⁷⁾ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Amsterdam 1904. S. 76.

⁸⁾ Sechster Internationaler Sozialistenkongreß in Amsterdam, 14. bis 20. August 1904. Bericht, herausgegeben vom Internationalen Sozialistischen Sekretariat, Brüssel 1904.

reich war an dem Eintritt Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau zerbrochen.

Der Internationale Kongreß in Paris hatte sich mit der Frage des Ministerialismus auseinandersetzen. Zwei Thesen lagen vor: eine von Kautsky und die andere von Guesde. Kautsky unternahm es, die französischen Reformisten zu verteidigen. Seine Resolution lautete: „. . . Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein“⁹⁾.

Die Resolution Jules Guesde-Ferris besagte: „. . . Sie läßt deshalb die Teilnahme am Bourgeoisregiment dem Proletariat nur in der Form der Eroberung von Mandaten aus eigener Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes zu und untersagt jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbeugsamer Opposition stehen bleiben müssen“¹⁰⁾.

Was jedoch diesen Resolutionen ihre eigentliche Bedeutung gibt, das sind die Argumente, die von den Befürwortern der einen und der anderen zu ihrer Verteidigung ins Feld geführt wurden.

Der Generalberichtersteller war Vandervelde. Für ihn bestand der Unterschied zwischen den beiden Thesen in folgendem: während die Befürworter der Resolution Kautsky in der Frage des Eintritts von Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium eine Frage der Taktik sähen, sei sie für Guesde und seine Freunde eine Frage des Prinzips¹¹⁾.

Wenden wir uns jetzt den Kommentaren zu.

Ansele, der die Resolution Kautsky befürwortete, sagte über sie folgendes: „Das bedeutsamste in der Resolution Kautsky ist, daß der Gedanke ausgesprochen wird, der Sieg des Sozialismus könne nicht die Folge eines Handstreichs sein, sondern nur das Resultat

⁹⁾ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris 1900. (Berlin, Vorwärts). S. 17.

¹⁰⁾ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris 1900. S. 19.

¹¹⁾ „Für uns ist die Frage des Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium eine Frage der Taktik, für jene (Guesdisten) ist sie eine Frage des Prinzips.“ (Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris 1900. S. 18. — De Leon charakterisiert in seinem Buche über den Amsterdamer Kongreß (1904) Vandervelde: „Er ist im wesentlichen ein Komödiant“.

langer und langsamer Arbeit. Das ist der Bruch mit der Vergangenheit. Bisher haben auch wir, ähnlich wie die Kirche ihre Gläubigen auf die Schönheiten des Himmelreichs, die Bourgeoisie auf die Allheilkraft der politischen Freiheit verwiesen, nur allzu lange den Glauben an den großen Tag der Revolution gepredigt, dadurch ist nur allzu oft die Meinung entstanden, als ob wir bis dahin die Hände in den Schoß legen dürften. Von heute an gilt eine andere Taktik — und diese bringt nicht, wie Guesde fürchtet, eine Schwächung des sozialistischen Bewußtseins¹²⁾.

Guesde bekämpfte die Resolution Kautsky: „Sie bringt durch ihre Widersprüche schwere Gefahren für den Marsch des Proletariats. Wir halten daran fest: Außerhalb des Klassenkampfes gibt es kein Heil für das Proletariat!“

Noch eine Bemerkung aus der Rede Guesdes verdient hervorgehoben zu werden; das ist, als er von dem Stande der internationalen sozialistischen Bewegung spricht, die „zwar gewachsen sei, dafür aber an Tiefe verloren habe, was sie an Breite gewonnen hat“.

Guesde hat sich hier auch über die Diktatur des Proletariats ausgelassen; aber hierauf komme ich weiter unten zu sprechen.

Bei der Abstimmung stimmten nur zwei Delegationen geschlossen für die Resolution Guesde-Ferri. Es waren dies die Delegationen der beiden „kleinen Länder“: Bulgarien und Irland¹³⁾.

Die französischen, italienischen, russischen, polnischen Delegationen und die Delegation der Vereinigten Staaten waren geteilt; alle anderen stimmten für die Resolution Kautsky.

* * *

Zur Macht durch die Revolution.

Am 4. September 1879, im Moment der Eröffnung eines Internationalen Arbeiterkongresses in Paris, wurden Guesde und seine Kameraden verhaftet und in das Gefängnis Saint Pelagie überführt. Von hier aus ver-

¹²⁾ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris 1900. S. 23. Anseele war einer der Führer des internationalen Opportunismus, der von Guesde mit beißendem Sarkasmus behandelt wurde. Guesde machte sich über Anseele lustig, der „das Kapital mit den Kartoffeln seiner Konsumgenossenschaften zertrümmern wollte“.

¹³⁾ Die Partei der Engherzigen (Bulgarien) — jetzt die Kommunistische Partei Bulgariens — war auf dem Pariser Kongreß durch den Verfasser dieses Artikels vertreten.

öffentlich die Redakteure der „Egalité“ ein in mehreren Tausend Exemplaren hergestelltes und von noch dreißig Delegierten unterzeichnetes Manifest, wie auch die Verteidigungsreden Guesdes und seiner Freunde vor dem Tribunal, die ihnen mit 13 Monaten Gefängnis quittiert wurden.

„Wir wollen eine dritte Revolution“, so beginnt ihre Proklamation, „die die Revolutionen von 1789 und 1848 zu Ende führen soll Wir wollen dem Erstgeburtsrecht der Klasse der Privilegierten ein Ende machen, indem wir allen Menschen das Genußrecht an dem Erbe der Menschheit zugestehen. Wir wollen, daß das Kapital aufhöre, ein Privateigentum zu sein, daß es uneingeschränkt und für immer allen Arbeitenden gehöre.“

Anderthalb Jahrzehnte später, in der Kammersitzung vom 22. Mai 1894, zitierte Guesde unter dem Beifall seiner Abgeordneten-Kollegen in seiner Rede über den Achtsturentag und den 1. Mai die folgende Stelle aus einem Buche des später als „Senator und Mitglied der Akademie“ gestorbenen John Lemoine: „Wie alle großen Probleme wird auch die Sklaverei (deren letzte Form nach einem Ausspruch M. Chateaubriands die Lohnarbeit ist) ihre Lösung nur durch Eisen und Feuer finden, und Spartakus wird noch einmal sein Bürgerrecht im Staube und im Kampfe erobern müssen. Das ist der Preis aller großen Fortschritte.“

Einige Monate darauf, im gleichen Jahre, in seiner berühmten Rede über die Liberté communale und den Kollektivismus, die eine prächtige kommunistische Polemik darstellt, richtet Guesde an die verschiedenen, im Palais Bourbon vertretenen politischen Parteien die Frage:

„Möge man mir eine einzige der hier anwesenden politischen Parteien nennen, die auf friedlichem Wege in den Besitz der Gewalt gelangt ist. Die Legitimisten machten ihren Einzug in die Tuilerien im Gefolge der Ulanen und der Kosaken. Die Orleanisten konnten denselben Weg nur gehen über die ruhmreichen Julitage, über die dreitägigen Kämpfe in den Straßen von Paris. Und indem sie die Legalität Louis Philipps und später Bonapartes zerschmetterten, sind die Republikaner ihrerseits zur Macht gelangt.“

Und mit einer derartigen Vergangenheit haben Sie die Prätension, uns in Ihre Legalität einsperren zu wollen, wie in einem Gefängnis! Wir werden diese Bastille zerbrechen, sobald

Sie uns dazu zwingen; aber wir sind nicht unbedingt für die Gewalt, solange Sie uns die legalen Mittel lassen."

Sich an Charles Dupuis wendend, dem Präsidenten des Conseil, der auch das Ressort des Inneren inne hatte, jenen Gewaltmenschen, der die von der sozialistischen Stadtverwaltung in Roubaix beschlossenen Subventionen für die kostenlose Lieferung von Medikamenten durch eine Stadtapotheke aufhob, erklärte Guesde:

„Sind Sie einer aus jenen Parteien, denen es darum zu tun ist, die Revolution zu beschleunigen; die uns dazu zwingen, sie zu machen? In diesem Falle stehen wir zu Ihren Diensten. Sobald Sie es wünschen, meine Herren, „Wann es Ihnen gefällt,“ wie es in gewissen Zeremonien heißt. Wenn es Ihnen gefällt, die kapitalistische Bourgeoisie Frankreichs recht bald unter die Erde zu bringen, dann fahren Sie nur auf dem Wege fort, den Sie beschritten haben.“

Die Macht ist nur zu halten durch die Diktatur.

In seiner Rede auf dem Pariser Kongreß im Jahre 1900 sagte Guesde:

„Mit dem Eintritt eines Sozialisten können im besten Fall nur Teilreformen erzielt werden, die an der Klassenlage des Proletariats so gut wie nichts ändern. Um sie zu verändern, muß die Zentralgewalt eingreifen. Nicht nur ihre Eroberung ist notwendig, sondern die Diktatur des Proletariats, vor dem schon 1793 die großen, bürgerlichen Revolutionäre zitterten“¹⁴⁾.

Die Eroberung der Macht ist leichter als ihre Erhaltung. Die Beispiele der Eroberungen sind zahlreicher als die ihrer Erhaltung; es ist naiv zu glauben, daß es genüge, den Conseil zu besetzen oder die Kammern, und über den offiziellen Apparat zu verfügen, um die bürgerliche Verwaltung, die bürgerliche Wirtschaft, die bürgerliche Armee zur Unterwerfung zu veranlassen. Die Schwierigkeit des Problems beginnt nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat. Die Schwierigkeiten einer neuen Ordnung hoffte Guesde zu überwinden durch die Diktatur, die nach ihm auch — wie aus einem Artikel Guesdes hervorgeht, die Berechtigung des Geiselnnehmens in sich schließt. Nicht nur, daß Guesde die Kommune rechtfertigte, er hielt

¹⁴⁾ Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Paris 1900. S. 22.

es auch für seine Pflicht, die kommende Kommune darauf vorzubereiten, daß auch sie möglicherweise zu den Mitteln des roten Terrors werde greifen müssen.

Es gab in der Wirksamkeit der Arbeiterpartei eine Periode, in der die Partei sich unmittelbar vor einem Arbeiteraufstand glaubte. Jules Guesde erzählt darüber. In der in dem Plechanowschen „Sozialdemokrat“ veröffentlichten Studie macht Guesde, als er von den Possibilisten spricht — den Opportunisten jener Epoche, die 1882 auf dem Kongreß die Mehrheit erlangt hatten und die Spaltung der Arbeiterpartei verursachten — folgende Mitteilung:

„Während der durch den Rücktritt Grevys¹⁵⁾ verursachten politischen Krise im Dezember 1887, als die Arbeiterpartei und das „Revolutionäre Zentralkomitee“¹⁶⁾ bereit waren, zu den Waffen zu greifen, überredeten die Possibilisten die Arbeiter zum Verrat an der gemeinsamen Sache, indem sie ihnen rieten, sich den Anordnungen Ferris¹⁷⁾ zu fügen, der sich im Mai 1871 unsterblich gemacht hatte durch die Bemerkung: „Man kann davon niemals genug erschießen!“

Reformistische und revolutionäre Reformen.

Mehr als einmal hat Guesde die Possibilisten verächtlich als Reformer bezeichnet. Das bedeutete jedoch nicht, daß er Reformen überhaupt ablehnte. Er unterschied nur zwischen reformistischen und revolutionären Reformen. Während uns die ersten von der Revolution entfernen, bringen die letzten uns ihr näher.

Der Gesichtspunkt Guesdes wird uns verständlicher, wenn wir hören, was er selbst über den Unterschied in der Haltung der Kollektivisten und der Possibilisten während der Wahlkämpfe sagt:

„Der Unterschied zwischen den beiden Parteien manifestierte sich in allen Fragen, die die Arbeiterklasse in Paris interessieren: Nehmen wir die Wohnungsfrage: Während die Marxisten der Arbeiterpartei ein Gesetz forderten über die Herabsetzung der Mieten — ein Gesetz, das nicht nur eine allgemeine und

¹⁵⁾ Der damalige Präsident der Republik.

¹⁶⁾ Die Blanquistische Organisation unter der Führung Vaillants, dessen Kandidatur zum Pariser Conseil Municipal von den Possibilisten bekämpft wurde.

¹⁷⁾ Damals Präsident des Ministerrates.

wirksame Maßnahme wäre, sondern das gleichzeitig einen ersten Angriff auf das Eigentumsrecht bedeutete, eine erste Beschlagnahme des kapitalistischen Profites und Mehrwertes — schlugen die Possibilisten die Errichtung städtischer Mietshäuser vor, die der Bourgeoisie nur ein neues Mittel zur Korruption und Beherrschung der Wählermassen in die Hände geben würden."

„In der Frage der Arbeitsbörsen — der gleiche Unterschied. Die Marxisten, die in ihrer Organisierung ein Mittel der Konzentration der Arbeitermassen sehen, hatten sich für eine zentrale, den Arbeitern aller Berufe zugängliche Arbeitsbörse erklärt. Demgegenüber forderten die Possibilisten die Errichtung von Arbeitsbörsen in allen Arrondissements, was nur auf eine Zersplitterung der Arbeiterklasse hinauslaufen kann."

„Das Jahr 1884/85 brachte eine schreckliche Industriekrise, in deren Verlauf Hunderttausende in den Fabriken und Werkstätten brotlos wurden. War eine passendere Gelegenheit denkbar, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft selbst zu lenken, für die Eroberung der politischen Macht unter gleichzeitiger Aufstellung der Forderung nach materieller Unterstützung der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen? Das ist das Programm, das sich die Arbeiterpartei und das revolutionäre Zentralkomitee gestellt hatten, und ihre Aktivität entwickelte sich in dieser Richtung."

„Die Possibilisten versuchten uns hieran mit allen Mitteln zu hindern, das Abreißen unserer Anschläge mit einbegriffen."

* * *

Guesde als Antipazifist.

Wie himmelweit entfernt war Guesde von dem traditionellen scheinheiligen Pazifismus der reformistischen Sozialisten! Der Krieg ist weder absolut böse noch gut. Alles hängt von den Konsequenzen ab, die sich aus ihm für die Arbeiterklasse ergeben können, und der Rolle, die diese dabei spielt. Guesdes Beurteilung des diplomatischen Konfliktes zwischen England und Rußland im Jahre 1884, der zu einem Kriege zwischen den beiden Mächten zu führen drohte, fand — Guesde sah dies voraus — eine sehr ungünstige Aufnahme bei den pazifistischen Sozialisten aller Länder.

„Der fruchtbare Krieg“, so betitelt er den Artikel, den er dem Konflikt „zwischen der

russischen Militäradokratie und der englischen Handelsplutokratie“ wegen des Besitzes des Protektorates über Zentralasien widmet.

„Weit davon entfernt“, schreibt Guesde, „die revolutionären Aussichten zu verdunkeln, kann dieses gigantische Duell, das das regierende Europa nicht ohne Schrecken näherkommen sieht, nicht anders als die Sache des westeuropäischen Sozialismus fördern, gleichgültig, welcher der beiden „zivilisatorischen“ Staaten dabei unter die Räder kommen sollte. Und das träfe noch viel mehr zu, wenn sich beide dabei weißbluteten. . . .“

„Wenn der britische Kapitalismus, der Schlußstein des europäischen Kapitalismus, an den Ufern des Oxus sein Sedan fände, so bedeutete das einen allgemeinen Achtzehnten März in nicht allzuferner Zeit, mit dem englischen Proletariat als Avantgarde.“

Die Konsequenzen einer Niederlage Rußlands wären nicht weniger vorteilhaft.

„Die Zertrümmerung der russischen Macht in Zentralasien, das wäre das Ende des Zaris, der es überleben konnte, daß der Zar in Stücke gerissen wurde, der aber nicht überleben kann, die Auflösung der militärischen Macht, auf die er sich stützt und mit der er identisch ist.“

Das in dieser Epoche zu erwartende Resultat ist die Übernahme der Macht durch die „von nun ab konstitutionelle, parlamentarische, westlich orientierte „russische Bourgeoisie.“ Und die erste unvermeidliche Wirkung dieser politischen Revolution in Petersburg würde sein die Befreiung des arbeitenden Deutschland von dem Moskowitischen Alpdruck, von der Furcht, in seinen revolutionären Kämpfen hinter der Armee eines Wilhelm stets die eines Alexander fürchten zu müssen; das ergäbe die deutsche Demokratie im Arbeitermaßstabe auf den Trümmern des Reiches von Blut und Eisen, den revolutionären Ball, das Neunundachtzig der Arbeiter¹⁸⁾.

Darum schreckt Guesde der Krieg nicht. Die Kapitalisten allein haben allen Grund, ihn zu fürchten.

„Wir, die Sozialisten, die wissen, aus welcher unabwendbaren Sturmflut die neue Ordnung, die Ordnung der Zukunft hervorgehen wird, wir können mit aller Inbrunst den Anfang vom Ende des unerträglichsten aller Regime herbeiführen.“

¹⁸⁾ Artikelsammlung „Le Socialisme le jour au jour. p. 431“.

Coule, coule, sang du Soldat,
Soldat du tsar ou de la reine.
Coule en ruisseaux, coule en fontaine."

Einige Zeit darauf kommt er erneut auf denselben Gegenstand zurück. In einem Artikel, betitelt „Es lebe der Krieg!“, wo er eine Stelle aus dem Organ der englischen Sozialisten „Common Wealth“ übersetzt, das den Konflikt ebenfalls begrüßt. „Möge er“, schrieb „Common Wealth“, „zur Vernichtung nicht nur des einen, sondern beider Gegner führen“.

Und Guesde fügt hinzu: „Am internationalen Sozialismus ist es, vor allem an dem Frankreich des Achtzehnten März, sich bereit zu halten für diesen großen und letzten Gang.“

* * *

Guesde für die Einheitsfront und den proletarischen Zentralismus.

Aus den angeführten Zitaten wissen wir, daß Guesde als „Sektierer“ galt. Aber das tat ihm nichts; wie er auch ohne Zögern in einem durch und durch individualistischen Lande sich als Anhänger der Parteidisziplin und der Zentralisation erklärte. „Eine Partei kann nicht leben ohne Disziplin, „erklärt er in einem Brief an Jules Valès, und er fügt hinzu: „Die Arbeiterpartei ist überzeugt, daß nur die proletarische Zentralisation der kapitalistischen Zentralisation Herr werden kann.“

Ich wende mich der Einheitsfront zu.

Das Jahr 1886 war reich an Konflikten zwischen Kapital und Arbeit; es gab einen Riesenstreik, den der Bergarbeiter von Decazeville, in dessen Verlauf die Arbeiter einen der Bergwerksdirektoren, einen gewissen Wantrim, töteten. Verhaftungen wurden vorgenommen, große Mengen Militär ins Streikgebiet gesandt; Protestversammlungen in ganz Frankreich, vor allem in Paris, fanden statt. Im weiteren Verlauf schritt die Polizei zur Verhaftung der Genossen, die aus Paris ins Streikgebiet kamen. Als in dieser Zeit ein Abgeordnetenmandat in Paris frei wurde, beschlossen die Arbeiterorganisationen die Aufstellung der Kandidatur von Soubrié oder Ernest Roche, die beide im Gefängnis saßen. Die Bildung des revolutionären Blocks stieß auf keinerlei Schwierigkeiten bei den Guesdisten und den Blanquisten; die Possibilisten aber, an die man sich gleichfalls gewandt hatte, lehnten ab. Trotzdem erhielt der Block 100 000 Stimmen gegenüber 140 000, die auf sämtliche, in einer Koalition vereinigten bürgerlichen Parteien entfielen.

„Wir haben“, schreibt Guesde, „uns wiederholt bemüht, die Einheit der Arbeiterpartei wiederherzustellen. Trotz der Verleumdungs- und Beschimpfungskampagne hat die Arbeiterpartei, die zu hoch steht, um von solchen Methoden getroffen zu werden, den Versuch gemacht, mit der Sozialistischen Arbeiterföderation (Possibilisten) zu einem gleichen Verhältnis zu kommen wie mit dem Revolutionären Zentralkomitee. Unsere Partei verstand sehr wohl, daß das Schauspiel der Streitigkeiten in unseren Reihen auf die Arbeitermaßen den ungünstigsten Eindruck machen mußte. Aber alle unsere Vorschläge stießen auf die systematische Ablehnung seitens der Führer der Possibilisten, die zweifellos fürchteten, daß die Annäherung an uns ihrem Einfluß auf die Arbeiter schaden würden, die ihnen folgten“¹⁹⁾.

Wir schließen hier unsere Wanderung durch die Artikel und Reden Jules Guesdes. Es bliebe noch viel zu sagen, im besonderen über die Widersprüche bei Guesde, nicht erst seit der Zeit nach dem Kriege, sondern schon vorher. Vielleicht finden wir die Zeit, dies später nachzuholen; vielleicht unternimmt es ein französischer Genosse, dem es besser möglich ist, die Werke Guesdes zu studieren. Heute, da Guesde nicht mehr ist, halte ich es für meine Pflicht als Kommunist, uns das Werk dieses großen Kämpfers ins Gedächtnis zu rufen, der das Wort des proletarischen Sozialismus in das kleinste Arbeiterdörfchen Frankreichs getragen hat, und dessen Einfluß weit hinaus reichte über die Grenzen Frankreichs. Um eine Vorstellung von der ungeheuren Aktivität Guesdes zu geben, sei eine im „Almanach der französischen Arbeiter für das Jahr 1894“ genannte Zahl angeführt. Danach hat Guesde bis zum Parteikongreß im Jahre 1893 mehr als 3000 Versammlungen in ganz Frankreich abgehalten. Das gesprochene Wort und die Wochen- und Halbwochenschriften waren die einzigen Propagandamittel. Lange hat sich Guesde mit dem Plane getragen, der Arbeiterpartei eine Tageszeitung zu schaffen. Wir alle kannten diesen Wunsch und wir waren außerstande, ihn zu erfüllen. Wie groß war unsere Freude, als wir eines Tages, 1896 oder 1897, genau weiß ich es nicht mehr, „La Petite Republique“ zugesandt erhielten, mit dem Hinweis am Kopf: „Chefredakteur Jules Guesde.“ Ein feuriger Apell an die Freunde und Genossen, die „Kanoniere“

¹⁹⁾ Die Arbeiterbewegung in Frankreich nach der Kommune (russischer Sozialdemokrat).

auffordernd, sich zu ihren „Geschützen“ zu begeben“, mit weiten Perspektiven für die Partei. Die Freude war von kurzer Dauer. Der Besitzer nahm das Blatt und gab es an die bisherigen Inhaber zurück. Eine marxistische und revolutionäre Tageszeitung war für das kleinbürgerliche Paris damals zu vorge-schritten.

Heute ist die Kommunistische Partei, die Erbin der revolutionären Tradition der alten Arbeiterpartei, in Frankreich die herrschende Organisation. Sie hat die Tageszeitungen, die Guesde fehlten. Wünschen wir, daß sie die Lehren der Vergangenheit zu nützen weiß.

Ch. Rakowski.

Bibliographischer Teil.

Die Bauernrevolution in Rußland.

(Paul Olberg: Die Bauernrevolution in Rußland. Die alte und neue Politik Sowjetrußlands. Verlag C. L. Hirschfeld in Leipzig, 1922, 97 S.)

Der russische Menschewik Paul Olberg nimmt ein Zentimetermaß und will damit die Bauernrevolution in Rußland, das gewaltigste Ereignis des Jahrhunderts, messen. Am Ende wundert er sich nicht einmal, daß sein Maß etwas zu kurz und auch etwas zu gebrechlich geraten ist. 97 Seiten — und darin soll die ganze Agrarentwicklung Rußlands seit der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum heutigen Tag erörtert sein. Wie gründlich die Sache ausfällt, kann sich jeder vorstellen. Etwas geschieht aber „gründlich“ und trotz dem beschränkten Umfang des Heftes ausgiebig: das Schimpfen auf die Bolschewiki, die „infolge der Parasitenpolitik der Leninschen Regierung die Errungenschaften der Revolution für das Bauerntum zunichte gemacht und die Grundlagen der russischen Landwirtschaft auf das äußerste erschüttert“ haben (S. 61). Das haben diese Bolschewiki getan, trotzdem „in einleuchtender Form und überzeugender als Lenin in den letzten vier Jahren die russischen Sozialdemokraten und die besten Köpfe des westeuropäischen Sozialismus, sowie bekannte unvoreingenommene bürgerliche Schriftsteller wiederholt die Beweise dafür erbracht haben, daß im rückständigen Agrarrußland die Voraussetzungen und die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus nicht vorhanden seien“ (S. 67).

Mit einem Buche, in dem ein weltgeschichtliches Ereignis, wie es die russische Revolution ist, mit solchen Mätzchen abzutun versucht wird, und mit einem Verfasser, der solchen bösen Willen auf Schritt und Tritt bekundet, lohnte es sich überhaupt nicht sich zu beschäftigen, müßte man nicht jede Gelegenheit ergreifen, über die russische Bauernrevolution einige Worte zu sagen.

Verwickelt sich doch Herr Olberg gleich beim ersten Schritt in einen seltsamen Widerspruch. Auf Seite 61 wird, wie wir oben sahen, behauptet, daß „die Parasitenpolitik der Leninschen Regierung die Errungenschaften der Revolution zunichte gemacht hat“. Das behauptet er unbekümmert darum, daß auf Seite 42 seiner Schrift folgender Absatz steht:

„Man darf selbstverständlich auf keinen Fall die außerordentlich wichtige sozialpolitische,

sowie wirtschaftliche Bedeutung der Konfiskation des Großgrundbesitzes verkennen: sie führte nämlich den endgültigen Zusammenbruch des russischen Feudalismus, der gewaltigsten Stütze des Zarismus, herbei. Infolge der Konfiskation gingen in 22 Gouvernements Sowjetrußlands von dem gesamten Bodenfonds von 16 Millionen Desjatinen 12 Millionen Desjatinen, also 81 Prozent des gesamten Fonds, in die Hände der Bauernschaft über. Hierdurch sollte der Landhunger der Bauern befriedigt und der Knoten der russischen Agrarfrage gelöst werden. Aber die planlose „Sozialisierung“ vergeudete ungeheure Produktivkräfte und trug — in Verbindung mit anderen ungünstigen Faktoren (Mangel an Geräten usw.) — wesentlich zur Verschärfung der Krise bei, in der sich die Landwirtschaft seit den Kriegsjahren befindet.“

Also: Etwas hat die russische Revolution den russischen Bauern doch gebracht! Aber die planlose „Sozialisierung“ der Bolschewiki! Die Sozialdemokraten, diese „besten Köpfe“, haben gewarnt! Aber umsonst!

Herr Olberg weiß sehr gut, wie „überzeugend“ die russischen Sozialdemokraten schreiben. Was er ebensowohl weiß, wovon er sich aber hütet, auch ein Sterbenswörtchen zu erwähnen, ist die tatsächliche Haltung der russischen Menschewiki betreffs der Agrarfrage in der russischen Revolution.

Betrachtet man die Bauernrevolution in Rußland für sich (wie es der Verfasser tut), ohne Zusammenhang mit dem ganzen revolutionären Komplex der Epoche, in der sie sich abspielt, so kann man auch bei gutem Willen zu keinen richtigen Ergebnissen gelangen. Noch weniger aber bei einem — so unverhohlen zutage tretenden — schlechten Willen, wie Herr Olberg ihn bekundet. Die Aufgabe der Bauernrevolution in Rußland — sie wurde von der Geschichte selbst gestellt als eine historische Aufgabe der Klassen der russischen Gesellschaft, die es zu lösen galt. Und die Geschichte stellt ihre Aufgaben nicht nach den Grillen der „besten Köpfe des westeuropäischen Sozialismus“, sondern die besten Köpfe des Proletariats haben immer nur die Aufgabe und die Pflicht, zu erkennen, wie die Aufgaben durch die Geschichte selbst gestellt und wie sie unter den immer konkret gegebenen historischen Bedingungen konkret zu lösen sind.

Nun war die Aufgabe einer russischen Bauernrevolution zweimal gestellt. Einmal im Jahre 1905, das andere Mal, da sie 1905 nicht restlos gelöst wurde, im Jahre 1917. Beidemale dieselbe Aufgabe, beidemale anders, d. h. unter anderen Bedingungen.

Wie war die Aufgabe 1905 gestellt? Es galt, in Rußland die Reste der feudalen Wirtschaftsweise auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu beseitigen. Welches war die Kraft, die dazu drängte? Die Entwicklung der Produktivkräfte, die in Rußland seit der Aufhebung der Leibeigenschaft, also seit 1861, langsam, aber unaufhaltsam vor sich ging. Im Namen der Entwicklung der Produktivkräfte mußte die feudale Wirtschaftsweise unbedingt beseitigt werden. Und im Interesse welcher ökonomischen Klasse? Im Interesse der Kapitalistenklasse! So war die bürgerliche Revolution die Aufgabe, vor die Rußland im Jahre 1905 durch die Geschichte selbst gestellt wurde. Diese Aufgabe galt es zu lösen! Aber wie?

Es gab zwei Wege. Der eine — der Weg der russischen Menschewiki — wollte die Lösung dieser Aufgabe der Bourgeoisie überlassen, in deren ökonomischem Interesse sie lag. Nun war aber längst die Zeit vorüber, wo die Bourgeoisie ihre eigensten historischen Aufgaben radikal zu lösen imstande oder geneigt gewesen wäre. Dazu waren die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu groß geworden; die Bourgeoisie erblickte den gefährlicheren Feind nicht im feudalen Adel Rußlands und im Zarismus, sondern im Proletariat. So trat die russische Bourgeoisie auf die Seite des Zarismus, auf die Seite der Großgrundbesitzer und Bürokratie, warf die Überbleibsel der Idee der Verstaatlichung des Grundbesitzes über Bord und propagierte den Übergang des Bodens in das Privateigentum der Bauern. Die revolutionäre Aufgabe, die die Geschichte gestellt hatte, hätte damit eine reformistische Lösung gefunden. Eine unvollkommene Lösung natürlich, denn die feudalen Grundbesitzer wären nicht verjagt, sondern nur bürgerlich modern zugestutzt worden, aber eine Lösung, die im Interesse der Bourgeoisie lag.

Im Interesse des Proletariats und der Bauern lag aber eine andere Lösung: die revolutionäre Lösung auf dem Wege einer Bauernrevolution. Wohlgermerkt, die Aufgabe war nicht, eine sozialistische Revolution zu vollbringen, sondern eine bürgerliche Revolution! Und trotzdem war es nur das Proletariat, das diese Aufgabe zu lösen imstande war. Und seine Verbündeten waren darin die russischen Bauern! Nur diese beiden Klassen waren es, in deren Interesse es lag, die Agrarfrage radikalrevolutionär zu lösen.

Welches war die Aufgabe der Partei des Proletariats in dieser Situation? Es galt, die bürgerliche Revolution zu vollbringen und diese Aufgabe war dem Proletariat gestellt: gewiß die widerspruchsvollste Aufgabe, die je einer Klasse durch die Geschichte gestellt wurde, die Revolution einer anderen, sie unterdrückenden Klasse zu vollenden. Die Geschichte läßt aber nicht mit sich verhandeln, sie stützt die Probleme und ihre Lösungen nicht schulmäßig zu, wie ein Herr Olberg sie sich zu recht macht. Hätten die Bolschewiki die Unerschrockenheit eines Herrn Olberg, so würden

sie der Geschichte einen Vorwurf daraus gemacht haben. Als Marxisten aber erkannten sie schon damals die konkrete Aufgabe (d. h. die einer bürgerlichen Revolution), auch den Widerspruch (daß die bürgerliche Revolution durch die Bourgeoisie verraten wird und durch das Proletariat gemacht werden muß), und sie fanden auch die dialektische Lösung der Aufgabe: die demokratisch-revolutionäre Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den Bauern.

Bei dem Worte „Dialektik“ stutzt natürlich Herr Olberg und lächelt. Seitdem der „beste Kopf“ Bernstein die Dialektik abgetan hat, lächeln alle Olbergs, wenn von ihr die Rede ist. Sie lächeln, so lange die Geschichte ihnen nicht „Dialektik“ einpaukt. So lächelten auch die Menschewiki — im Jahre 1905 —, und sie wiederholten halstarrig, daß die Revolution von 1905/06 eine bürgerliche Revolution sei (was von niemandem bestritten wurde) und zogen daraus die artige Folgerung: also muß man die Lösung der Bourgeoisie überlassen.

Sie wiesen den Gedanken einer demokratisch-revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauern, also den Gedanken der Bauernrevolution, zurück und verfielen in den ärgsten parlamentarischen Kretinismus, lange bevor es ein Parlament in Rußland gab. Die Bourgeoisie nicht zu „entmutigen“, damit sie sich nicht von der Revolution zurückziehe — das war ihr leitender Gedanke. Und als die Bourgeoisie die Revolution doch verraten hatte, diese Niedergerungen worde war, — da nahmen sie diesen Verrat einfach nicht zur Kenntnis. Was sie „im Namen der Entwicklung der Produktivkräfte“ zur Kenntnis nahmen, das war die Stolypinsche Agrarform. Die Liquidation der Bauernrevolution!

Sie unterstützten den Verrat der Bourgeoisie. Und wer kanzelte sie damals ab? Wer machte ihnen einen Vorwurf daraus, daß sie auf ein Bündnis mit der Bourgeoisie hinarbeiteten? Ein „bester Kopf des westeuropäischen Sozialismus“, der damals noch revolutionäre Kautsky, schrieb im Jahre 1907 an und gegen Plechanow, daß die russische Bourgeoisie nicht die treibende Kraft der russischen Revolution, daß in diesem Sinne die Zeit der bürgerlichen Revolutionen vorüber sei, daß „eine dauernde Interessengemeinschaft während der ganzen Dauer der revolutionären Kämpfe nur zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft existiert“ und daß diese Interessengemeinschaft die Taktik der russischen Sozialdemokratie bestimmen müsse. Diesen Gedankengang nahm er dann später auch in die zweite Auflage seiner „Sozialen Revolution“ mit hinüber.

Die wirtschaftliche Maßnahme aber, die die Bolschewiki damals im Programm der Bauernrevolution forderten, war: die Nationalisierung, Verstaatlichung des Grund und Bodens (im Gegensatz zu den Menschewiki, die die „Municipalisierung“, die „Aufteilung“ usw. propagierten). Das ist die „planlose Sozialisierung“, die Herr Olberg bemängelt, das ist die Maßnahme, die die Bolschewiki keineswegs von den Sozialrevolutionären übernommen haben. Im Gegenteil: diese Maßregel stand seit einem Jahrzehnt als Forderung im Agrarprogramm der Bolschewiki, da Lenin

und seine Partei diese nichtsozialistische, aber streng und radikal bürgerliche Lösung von jeher konsequent vertreten und — nach ihrem Sieg — auch verwirklicht haben.

Über diese Maßnahme herrscht natürlich in bürgerlichen (und sozialdemokratischen Kreisen) die heil- und gedankenloseste Verwirrung. Man stellt sie als eine sozialistische Maßnahme hin (die sie nicht ist), Herr Olberg faselt sogar von „Verwirklichung des Sozialismus“. Dann meint er, sie bleibe in der heutigen russischen Revolution ein leeres Wort, eine „sozialistische Dekoration“, um die Ehre der Flagge zu retten; wurde doch der Grund und Boden — durch die Bauern aufgeteilt. Was das erste betrifft, so weiß jeder Marxist, daß die Nationalisierung, Verstaatlichung des Grund und Bodens nichts anderes ist, als die Aufhebung des Privateigentums am Grundbesitz und eine Maßnahme der radikalen Bourgeoisie. (Siehe Marx: „Theorien über den Mehrwert II/1, S. 208, 292/93, Kapital I., 558; dann Lenin: „Agrarprogramm der Sozialdemokratie“, „Renegat Kautsky“ usw.; Kautsky: „Die Agrarfrage“, S. 79, 80 u. 322/23.) Was aber der zweite betrifft, so ist die Nationalisierung des Bodens und die Aufteilung desselben unter die Bauern innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur nicht unvereinbar miteinander, sondern im Gegenteil. Die Nationalisierung des Grund und Bodens besagt nur soviel, daß die absolute Rente abgeschafft wird, also das Monopol der Grundherren aufgehoben wird, im übrigen aber der Boden durch die Bauern (Farmer) privatwirtschaftlich bewirtschaftet werden kann. Die Form dieser Privatbewirtschaftung mag wechseln, an Stelle des feudalen Grundbesitzes mag der kapitalistische Großgrundbesitz oder der bäuerliche Genossenschaftsbetrieb treten, in keinem Falle wird dadurch die Nationalisierung aufgehoben!

Darüber aber, was nach der Nationalisierung geschehen soll, so will ich dem Herrn Olberg keineswegs Lenin zitieren, sondern Kautsky, den er überzeugender finden wird. Über diese Frage schrieb Kautsky an M. Schanin, einen russischen Sozialdemokraten, im April 1906 folgendes:

„Wir können den Bauern die Entscheidung über die Form überlassen, welche das Grundeigentum annehmen soll, das man den Grundbesitzern abgenommen hatte. Ich würde es als einen Fehler erachten, würde man ihnen in dieser Beziehung etwas aufdrängen wollen.“ (Zitiert bei Lenin „Agrarprogramm“ usw., S. 176).

Jetzt schreit Kautsky natürlich aus voller Kehle Zeter und Mordio, weil die Bolschewiki seinen Rat befolgt haben! So erscheint also die Nationalisierung des Grund und Bodens als eine bürgerliche Maßnahme, als nichts anderes als die Wegjagung des privilegierten feudalen Grundbesitzers, die Aufhebung des Monopols einer nicht kapitalistischen Klasse. Daß dies die Bolschewiki gründlich getan haben, bezweifelt nicht einmal Herr Olberg, wie wir aus dem Zitat am Anfang dieses Artikels (S. 42 des Olbergschen Buches) ersehen haben. Zu welchem Zweck wurden aber die feudalen Grundbesitzer weggejagt? Nun, das ist gerade die Frage, die uns aus der ersten russischen Revolution in die zweite überführt.

Wäre die erste russische Revolution siegreich gewesen, wäre sie zu einer Agrarrevolution geworden, so hätte das siegreiche Proletariat im Bündnis mit dem Bauerntum die revolutionär-demokratische Diktatur errichtet und alle Hindernisse aus dem Weg geräumt, die der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland im Wege standen. So hätte — würde der russischen Revolution nicht die soziale Revolution des Proletariats in Westeuropa gefolgt sein — die Kapitalistenklasse selbst aus der von der Revolution geschaffenen Lage den Nutzen gezogen. Aber auch alle Hindernisse wären weggeräumt worden, die dem Proletariat den Weg versperren, seinen Klassenkampf unbehindert zu führen. Statt dessen wurde die russische Revolution mit Hilfe der Bourgeoisie erwürgt und die Stolypinsche Agrargesetzgebung inauguriert. Das bedeutete aber, daß der Kapitalismus sich in Rußland zwar weiter entwickelte, aber langsam, behindert, schwach, unter der Fuchtel eines junkerlich-bürokratischen Zarismus. Trotzdem wurde die radikale, revolutionäre Aufgabe der bürgerlichen Revolution nicht umgangen, sie wurde notwendig und unausweichbar noch einmal gestellt, im Jahre 1917, inmitten des imperialistischen Weltkrieges, an dem Rußland schon als ein verhältnismäßig entwickeltes kapitalistisches Land teilgenommen hat. Jetzt aber wurde sie unter gänzlich veränderten Umständen gestellt, wie im Jahre 1906. Unterdessen entwickelte sich auch der Weltkapitalismus weiter, und zwar bis zum Beginn der proletarischen Weltrevolution.

Das russische Proletariat hatte nun eine noch widerspruchsvollere Aufgabe zu lösen als im Jahre 1905. Damals sollte sie, die bourgeoisfeindliche Klasse, die Bourgeoisie revolution ausführen; jetzt mußte sie die Bourgeoisie revolution zu Ende führen als den Beginn der proletarischen Weltrevolution. Das ist die Dialektik der Geschichte. Herr Olberg und alle Olbergs der Welt! — die Geschichte, scheint es, läßt sich von Bernstein nicht bekehren, und läßt sich weiterhin von der Hegelschen Dialektik „mystifizieren“! Das heißt aber so viel, daß — siehe die Bauernrevolution — die russische Revolution teilweise auch eine bürgerliche Revolution ist. Und das heißt so viel, daß die Weltrevolution des Proletariats, also die sozialistische Revolution, als eine bürgerliche Revolution begonnen hat, zuerst die bürgerliche Revolution zu Ende führen mußte, aber dann nicht in dieser stecken blieb, sondern unter den seit 1906 veränderten Umständen nach kurzem Schwanken die sozialistische Revolution einleitete. Der Widerspruch also, den der Unverstand eines Herrn Olberg den Bolschewiki aufhalst, als ihre „Ungeschicklichkeit“, ihren „Unverstand“ usw., ist ein dialektischer Widerspruch der Geschichte selbst: dieser Widerspruch beschränkt sich auch nicht auf Rußland allein, sondern erstreckt sich auf fast ganz Europa und die Kolonien. Nirgends ist die bürgerliche Revolution restlos durchgeführt, in den Kolonien ist nicht einmal der Anfang gemacht. Nirgends wird aber diese Revolution — die notwendige Voraussetzung der sozialen Revolution — von der Bourgeoisie gemacht werden können, überall wird sie die Aufgabe des Proletariats sein

im Bündnis mit den Bauern, als Einleitung zur sozialen Revolution.

Es war daher keine „Prinzipienlosigkeit“ der Bolschewiki, daß sie das „Sozialisierungsgesetz“ der linken Sozialrevolutionäre übernommen haben, sondern diese Übernahme entsprach der Auffassung von Lenin und seiner Partei seit 1906. Das Bündnis mit den linken Sozialrevolutionären, also mit der einzig radikalen Partei der Bauern, mit einer Partei, die die Bauernrevolution voll durchzuführen geneigt war, — dieses Bündnis war einfach das Bündnis mit den Bauern selbst, also die Voraussetzung der proletarischen Revolution. Und die Übernahme ihres Programms war nichts anderes, als was Kautsky geraten hat, als er noch einer revolutionären Einsicht fähig war: „den Bauern nichts aufdrängen zu wollen“. Und überall in Europa, England vielleicht ausgenommen, wird dasselbe geschehen müssen. Vor allem in den Kolonien, dort wird die Bauernrevolution ganz und gar bürgerlich sein: unter der Führung des sozialistischen Europa und Amerika.

Die Bolschewiki haben seit 1906 diese Tatsache erkannt und im Jahre 1917 ihre Auffassung nicht geändert, sondern nur ihr altes Programm verwirklicht. Alle anderen Parteien des Proletariats wie die der Bauern sind mit der Bourgeoisie marschiert. Das muß auch Herr Olberg konstatieren. Er sagt:

„Die Regierungen des Fürsten Lwow und Kerenski zögerten mit der Lösung der Agrarfrage. Das bewirkte in hohem Grade den Schiffbruch des Regimes der beiden provisorischen Kabinette“ (S. 2).

Und noch ausführlicher auf Seite 32/35. Nach Olberg hätten auch die Bolschewiki „zögern“ sollen! Natürlich, um Schiffbruch zu erleiden! Statt dessen zögerten sie nicht und so

„ist die Dauer der Herrschaft des Sowjetregimes zum großen Teil der Haltung der Bauernmassen zuzuschreiben: der Sieg des Zarismus, wie ihn die

Denikin, Koltshak usw. beabsichtigten, hätte für die Bauern die Entziehung des neu erhaltenen Landbesitzes bedeutet. Um dieser Gefahr zu entgehen, leistete die Bevölkerung des flachen Landes der Armee der zaristischen Generale Widerstand und trug so wesentlich zum Sieg der Roten Armee bei“ (S. 2).

Ja, kann man die Politik Sowjetrußlands besser rechtfertigen, als sie von der Geschichte selbst gerechtfertigt wurde?

Überall, wo die Agrarfrage noch nicht gelöst ist, wird die proletarische Revolution sich um diese Formen bewegen müssen wie in Rußland. Und wo ist sie schon vollständig gelöst?

Von alledem hat Herr Olberg natürlich keine Ahnung. Wenn er etwas nicht versteht, faselt er von „Prinzipienlosigkeit“, von der „feierlichen Ankündigung sozialistischer Prinzipien“ im Gegensatz zu „sehr bescheidenen bürgerlichen Maßnahmen“. Der böse Wille kommt am deutlichsten in der folgenden Stelle zum Ausdruck:

„Die furchtbare Hungersnot, die ein von 40 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfaßt, also ein Drittel der gesamten Bevölkerung Sowjetrußlands, ist hauptsächlich eine Folge dieser verhängnisvollen Politik (d. h. der Politik der Bolschewiki).“

Das wagt er zu behaupten, wo die reaktionärsten unter den Reaktionären eingestehen mußten, daß die Hungersnot eine Naturkatastrophe war, für die die Bolschewiki nicht nur nicht verantwortlich gemacht werden können, sondern im Gegenteil: die Katastrophe wäre unverhältnismäßig größer geworden, wären die Bolschewiki nicht mit übermenschlicher Anspannung aller Kräfte tätig gewesen. Man denke nur an die Metzereien während der Hungersnot von 1894, die Herr Olberg selbst auf Seite 10 seines Buches so ergreifend schildert.

Durch ein derartiges Vorgehen richtet Herr Olberg sich und sein Buch selbst!

L. Rudas

Aus den Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

★

- N. BUCHARIN: Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der Marxistischen Soziologie.
- N. BUCHARIN: Die Ökonomik der Transformationsperiode.
- N. LENIN und G. SINOWJEW: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914—1917.
- N. LENIN: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus.
- N. LENIN: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht.
- KARL LIEBKNECHT: Reden und Aufsätze.
- T. LOAF: Der Kampf der Kohlenarbeiter in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.
- M. PHILIPS PRICE: Die russische Revolution.
- E. PREOBRASCHENSKI: Die Ergebnisse der Genueser Konferenz und die wirtschaftlichen Aussichten Europas.
- KARL RADEK: Wege der russischen Revolution.
- KARL RADEK: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, (mit 6 Illustrationen nach Zeichnungen von Käthe Kollwitz und Originalphotographien).
- KARL RADEK: Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. (III. Auflage).
- JOHN REED: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. (III. Auflage).
- MANABENDRA NATH ROY; Indien. (II. Auflage).
- G. SINOWJEW: Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht.
- G. SINOWJEW: Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.
- G. SINOWJEW: Vom Werdegang unserer Partei.
- L. TROTZKI: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky. (II. Aufl.).
- L. TROTZKI: Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
- L. TROTZKI: Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben.
- E. VARGA: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. (II. Auflage).
- E. VARGA: Die Niedergangsperiode des Kapitalismus.
- E. VARGA: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. (II. Auflage).
- CLARA ZETKIN: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution.
- CLARA ZETKIN: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG 8

